

hochschule

leipziger beiträge
zu hochschule &
wissenschaft

ost

1-2/00

hochschule ost. leipziger beiträge zu hochschule & wissenschaft

Herausgegeben von Peer Pasternack

Redaktion:

Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas,
Thomas Neie, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig.

Tel. (0177) 32 70 900.

E-Mail: hso@rz.uni-leipzig.de

www.uni-leipzig.de/~hso

hochschule ost ist keine Publikation der Universität Leipzig. Sie erscheint in ausschließlicher Verantwortung der Redaktion. V.i.S.d.P. ist der Herausgeber. Die veröffentlichten Beiträge geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen der Redaktion wieder. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck & Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989

INHALT

CHANCEN VERPASST – PERSPEKTIVEN OFFEN? ZUR BILANZ DER DEUTSCHEN TRANSFORMATIONSFORSCHUNG

- Monika Gibas:*
Verpasste Chancen, aber offene Perspektiven?
Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung..... 9
- Michael Vester (Interview):*
Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung..... 14
- Rolf Reißig:*
Die deutsche Transformationsforschung der ersten und zweiten
Generation. Eine Bilanz..... 26
- Dieter Segert:*
Mit dem Ende der abgeschlossenen Epoche beginnt eine neue,
aber welche?..... 43
- Peer Pasternack:*
Hochschultransformation – Hochschultransformationsforschung –
Hochschulforschung..... 52
- Katrin Sell:*
Institutionenbildung „à la carte“ in neuen Demokratien, oder:
Was Äpfel von Birnen lernen können..... 84

FORUM

- Roland Köhler:*
Berichtigung einer Universitätsgeschichte.
Hans Georg Gadamer zum 100. Geburtstag..... 103
- Günter Wirth:*
„lost moments of history“
Zur Problemsicht Gadamers und Litts in den Debatten von 1946..... 121
- Werner Terpitz:*
Abschied vom Vaterland.
Ein gesamtdeutscher Studentenprotest 1954..... 128

DOKUMENTATION

- Zeitzeugnis und eine Leserdiskussion zum Evangelischen
Studententag in Heidelberg 1954..... 147

FORUM

- Bruno Schelhaas:*
DDR-Geographiegeschichte. Problemlagen und Zugriffe einer
wissenschaftshistorischen Rekonstruktion..... 161
- Johanna Säger:*
Der Turm von Jena. Ergebnisse eines Forschungsprojekts..... 179
- Herbert Wöltge:*
Die Leibniz-Sozietät im Jahr 300 der Berliner Akademie..... 195
- Arno Hecht:*
Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten
der neuen Bundesländer. Die Gewinner der Einheit..... 210
- Angela Zumpe:*
„Neu? Medien, Länder, Konzepte“ –
Medienausbildung in Ostdeutschland..... 222
- Michael Laschke & Brigitte Lindert:*
Was aus ihnen geworden ist.
Absolventinnen der Technischen Fachhochschule Wildau..... 233
- Klaus Höpcke:*
Peter Glotz und Wolfgang Bergsdorf..... 247
- Melanie Heldt & René Kremkow:*
Einflußfaktoren bei studentischen Lehrbewertungen an
sächsischen Hochschulen..... 258
- Gertraude Buck-Bechler & Anke Burkhardt:*
Hochschulmedizin in Deutschland. Auf der Suche nach adäquaten
Rechts-, Organisations- und Finanzierungsmodellen..... 283

REAKTIONEN

Günter Wirth:

Zu „Akademische Rituale“, hso 3-4/1999..... 297

Jürgen Werner:

„Magnifizienz“ oder nicht „Magnifizienz“, das ist hier die Frage.

Zu „Rituale der Akademiker“ und „Talare über Latzhosen“..... 303

DOKUMENTATION

In der Forschung liegen oft die kleinen Unis vorn.

Im Westen Aachen, im Osten Chemnitz auf Rang 1..... 305

Wilhelm Pauli:

Grauschleier über der Stadt. Frankfurt an der Oder im Spannungsfeld zwischen europäischen Hoffnungen und völkischen Wallungen. Ein Stimmengeflacker.....

309

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack: Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart..... 318

1. Zu Wissenschaft & Hochschule in SBZ/DDR/
Ostdeutschland seit 1945..... 318

2. Zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa..... 329

Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/
Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen

Ländern der Bundesrepublik Deutschland (*Thomas Neie*)..... 336

Christian W. Wolff (Hg.): Wandel in Deutschland –

Prozeß oder Abrechnung? (*Ulrich van der Heyden*)..... 338

Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus (Hg.): Ostprofile.

Universitätsentwicklung in den neuen Bundesländern
(*Falk Bretschneider*)..... 340

Walter Jens: Aus gegebenem Anlaß. Texte einer Dienstzeit

(*Jürgen Werner*)..... 345

Autorinnen & Autoren..... 349

**Monika Gibas
Frank Geißler
(Hrsg.)**

**Chancen verpasst –
Perspektiven offen?**

Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung

Verpasste Chancen, aber offene Perspektiven?

Zur Bilanz der deutschen Transformationsforschung

Monika Gibas
Leipzig

Mit der friedlich-revolutionären Selbstauflösung des europäischen real-sozialistischen Staatensystems – der anderen, nämlich staatssozialistisch-planwirtschaftlichen Variante der Moderne – erlebte das zu Ende gehende „kurze zwanzigste Jahrhundert“ den Abbruch eines

gigantischen und ehrgeizigen Gesellschaftsexperimentes. Heute, im letzten Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts, kann man nun auf beinahe ein Jahrzehnt sozialwissenschaftlicher Begleitung eines damit ausgelösten Umbruch- und Umbauprozesses zurückblicken, der in seinen globalen Dimensionen durch Beendigung der Systemkonfrontation, in seiner sozialen und politischen Tiefenwirkung vor Ort, vor allem aber in seiner Rasanz wohl einmalig war.

Für die Sozialwissenschaften waren diese 1989er historischen Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa bittere Pille und Chance zugleich. *Bittere Pille*, weil durch das Geschehen schlagartig klar wurde, dass es um die analytischen und prognostischen Fähigkeiten von Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie u.a. sozialwissenschaftlicher Disziplinen nicht allzu gut bestellt ist. Wie die überraschten Politiker in Ost und West sahen sich auch die Wissenschaftler von der Praxis vorgeführt als Kaiser im Adamskostüm. Vor allem die von Dogmen gefesselte und zur Legitimationswissenschaft verkommene „Sozialismustheorie“ und „Revolutionstheorie“ des orthodoxen Marxismus-Leninismus hatte sich blamiert. Dabei hatten die Revolutionstheoretiker des Ostens mit der Leninschen Definition der „revolutionären Situation“ aus dem Jahre 1915 ja eigentlich den entscheidenden Denkanstoß für eine realistische Situationsanalyse und Entwicklungsprognose an der Hand. In den DDR-Lehrbüchern des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ war nachzulesen – und selbst jeder

Medizinstudent hatte das im Grundstudium als Grundwissen parat zu haben –, dass eine solche Situation im Rahmen einer wirtschaftlichen und politischen Krise immer dann eintrete, wenn die unteren Schichten nicht mehr „in der alten Weise leben wollen“ und die oberen Schichten „in der alten Weise nicht leben können“¹.

Dass der Sozialismusversuch in allen Ostblockstaaten in der offenen Krise steckte, war spätestens seit Mitte der achtziger Jahre mit Händen zu greifen, und Sozialwissenschaftler im Osten spürten und signalisierten das auch. Aber weder die Dynamik, die diese Krise letztlich entwickelte, noch die Richtung der Krisenauflösung waren abseh- und damit voraussagbar. Es mag nun für die schon per Selbstdefinition systemstützenden Sozialwissenschaften des Ostens – was auch für ihre kritischeren Teile zutraf – nicht sonderlich verwundern, dass sie das Ende ihres Gesellschaftssystems nicht zu denken vermochten und bis zuletzt an seine Reformierbarkeit glaubten. Doch auch keiner der Protagonisten der westlichen etablierten sozialwissenschaftlichen Großtheorien – ob Totalitarismus-, Modernisierungs- oder Konvergenztheorie – hatte offenbar ein Instrumentarium zu entwickeln vermocht, mit dessen Hilfe der eruptive, revolutionäre Aufbruch von Teilen der Bevölkerung der DDR und anderer Ostblockstaaten zu öffentlicher, weithin friedlicher Systemkritik oder gar der rasch folgende totale Zusammenbruch des östlichen Blocksystems und seines Gesellschaftsmodells vorausgesehen werden konnte.

Die im wesentlichen friedliche und obendrein noch bedingungslose Kapitulation der Herrschenden der „totalitären Diktaturen“ vor friedlichen Demonstranten – das war nicht nur von den Totalitarismustheorieanhängern nicht zu denken. Auch Vertreter der Modernisierungs- und Konvergenztheorie vermochten sich einen solchen Ausgang der von ihnen schon länger und durchaus subtil konstatierten, langfristigen sozialen Wandlungsprozesse in den Gesellschaften des sowjetischen Machtbereiches nicht vorzustellen. Betroffen von der Belehrung durch die soziale Wirklichkeit – Klaus von Beyme sprach in diesem Zusammenhang vom „Schwarzen Freitag“ der Sozialwissenschaften² – plädierten einige westdeutsche Sozialwissenschaftler wie Bernd Giesen, Claus Leggewie u.a.

¹ W. I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Band 21, S. 206. Zitiert unter dem Schlagwort „revolutionäre Situation“ in: Wörterbuch des Wissenschaftlichen Kommunismus, Berlin 1982, S. 322.

² Klaus von Beyme, Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Folgen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung, in: *WZB-Mitteilungen* 63, März 1994, S. 9-19.

für kritische Selbstreflexion ihrer Disziplinen und versuchten eine Bestandsaufnahme und neue Standortbestimmung.

Systemumbruch als Chance: Solche ersten selbstkritischen Ansätze zum Nachdenken über die Grenzen des bislang erprobten methodischen Instrumentariums und der Theoriefähigkeit der westlichen Sozialwissenschaften wurden allerdings nicht vertieft. Man sah die Situation sehr rasch nur noch als historischen Glücksfall für die Transformationsforschung – was er ja tatsächlich im Hinblick auf die Möglichkeiten der unmittelbar begleitenden wissenschaftlichen Beobachtung der Folgen eines solchen historischen Einschnitts auch war – und stürzte sich mit den alten, vermeintlich auch für den aktuellen Fall tauglichen Instrumenten ins Feld. Zweifellos wurde in den folgenden Jahren zwischen 1990 und 1998 für den spezifischen Fall der Transformation der DDR-Gesellschaft eine wohl so noch nie da gewesene Dokumentationsdichte erreicht. Als Ergebnis der Transformationsforschung läge damit, so Rainer M. Lepsius in einer bilanzierenden Diskussion im Januar 1998 am Fachbereich Soziologie der Universität in Dresden, ein „hervorragendes deskriptives Ergebnis“ vor. Der „Hauptwitz der soziologischen Forschung“ sei die „Produktion von Quellen für die Historiker“ und das habe man „vorzüglich geleistet“, so seine Position.³

Die beinahe schon unüberschaubare Zahl von Publikationen aus den verschiedenen Forschungsprojekten, vor allem aus den zwei großen Drittmittelprogrammen, dem Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Transformationsforschung und der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels der DDR-Gesellschaft“ (KSPW)⁴, belegen diese Einschätzung hoher Ausbeute an empirischen Ergebnissen anschaulich. Allerdings gab es auch sehr kritische Bilanzierungsversuche zu inhaltlichen Ergebnissen der Transformationsforschung. Thomas Bulmahn resümierte schon 1996 nach gründlicher Sichtung recht drastisch:

³ Zitiert nach Mitschrift der Autorin sowie nach Abschriften der Tonbandprotokolle der Konferenz.

⁴ Für die Forschungen der KSPW liegen nun inzwischen die kompletten Ergebnisse als Dokumentation in 9 Bänden vor. Zusammenfassende Inhaltsübersicht siehe in: *Berliner Journal für Soziologie* 4/1997, S. 609-611: „Abstracts der Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland“. Zur Bewertung siehe auch: Michael Klein, Arbeit und Beschäftigung in Ostdeutschland – Veröffentlichungen der KSPW, in: ebenda, S. 619-630.

„Wenn man die verschiedenen Thesen zur Bilanzierung der deutschen Einheit flüchtig Revue passieren lässt, dann scheint sich die sozialwissenschaftliche Diskussion durch eine theoretische Reichhaltigkeit und ein alles in allem solides Urteil auszuzeichnen. Dieser Eindruck ist falsch. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, glänzt die Debatte weder durch theoretische Opulenz noch durch ein realistisches Gesamturteil.“⁵

Am problematischsten, so sein Eindruck, seien „die bislang ungenutzten Potentiale theoretischer Innovationen, die sich aus der Transformation der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften ergeben haben.“ Er sieht theoretisches Entwicklungspotential der Transformationsforschung vor allem „in der Verbindung von international vergleichenden und regional konzentrierten Studien.“⁶

Auch die meisten der DiskutantInnen der 1998er Dresdner Bilanzierungs-Runde⁷ waren sich darin einigermaßen einig, dass eine bloße Anhäufung von Empirie, noch dazu zu einem Einzelfall, der DDR, als einziges Ergebnis der Forschungen nicht ausreiche. Es sei zu bedauern, dass der Einstieg in die Transformationsforschung ohne eine analytische Fragestellung erfolgt sei und dass die empirische Forschung auch später „nicht begleitet“ war von einem „wirklichen Konzeptualisierungsprozess“ (Burkhard Lutz). Im wesentlichen stimmte man auch darin überein, dass „keine kritische Prüfung westdeutscher Theorien der Transformation erfolgt“ sei (Hans Merkens) und beklagte diesen Zustand nachträglich als innovationshemmend. Die Konzentration der Transformationsforschung auf den Fall DDR habe der historischen Selbsterfahrung der Bundesrepublik viel Interesse und Intelligenz abgezogen, und sie habe darüber hinaus „einen beängstigenden Konsensschwall“ innerhalb der westdeutschen Intelligenz erzeugt, geradezu einen „Verdummungseffekt“ bewirkt, so Lutz Niethammer. Irene Dölling resümierte in der gleichen Diskussion, die Sozialwissenschaften hätten „die Chance nicht genutzt, den Rückblick auf

⁵ Thomas Bulmahn, Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften, in: WZB/FS III 96-403, Berlin 1996, S. 25.

⁶ Ebenda, S. 26.

⁷ An der Panel-Diskussion zu den Fragestellungen: „Zeit und Geld: zur Perspektive der Transformationsforschung“/„Apologie und Innovation: zur Praxisrelevanz der Transformationsforschung“/„Sonderfall oder Trend: zur vergleichenden Transformationsforschung“ nahmen teil: Irene Dölling (Potsdam), Rainer M. Lepsius (Heidelberg), Burkhard Lutz (Halle), Hildegard Maria Nickel (Berlin), Hans Merkens (Berlin), Michael Vester (Hannover), Lutz Niethammer (Jena), Siegbert Rehberg (Dresden).

die Moderne selbstreflexiv zu machen“, und zwar auf beide Varianten, den östlichen und den westlichen Strang der Moderne.⁸

Daß die deutschen Sozialwissenschaften es nicht vermochten, mit einer solch großen historischen Perspektive an die einmalige Ereigniskonstellation des spontanen Systemzusammenbruchs und der anschließenden intendierten Systemtransformation heranzugehen – darin liegt in der Tat wohl das größte Defizit der Transformationsforschung seit 1990, die eigentlich verpasste Chance.

hochschule ost hat, anknüpfend an diese ersten Bilanzierungsversuche, nun erneut verschiedene SozialwissenschaftlerInnen um ein Resümee zur Transformationsforschung gebeten. Dabei konzentrierten wir uns auf die Fragestellung nach den methodischen und theoretischen Innovationen dieser fast zehnjährigen Begleitforschung, nach der politischen Relevanz ihrer Ergebnisse und erbat einen Ausblick auf die Perspektiven der weiteren Arbeit. Es wurden ganz bewusst ost- und westdeutsche WissenschaftlerInnen angefragt, um die Sichtweisen von Vertretern beider deutscher Teilkulturen auf diese Problematik einzufangen. Zwei Beiträge, der des westdeutschen Soziologen Michael Vester und der des ostdeutschen Soziologen Rolf Reißig, versuchen übergreifende Bilanzierungen der deutschen Transformationsforschung. Die Beiträge von Dieter Segert, Peer Pasternack und Katrin Sell resümieren die Leistungen einzelner sozialwissenschaftlicher Disziplinen und Ansätze.

⁸ Zitiert nach Mitschrift der Autorin sowie nach Abschriften der Tonbandprotokolle der Konferenz.

Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung

Interview mit Michael Vester, Hannover¹

hso: Wir möchten auf eine Diskussionsrunde an der Universität in Dresden zurückkommen, die im Januar 1998 stattgefunden hat und in der Sie eine sehr kritische Position zu Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung vertreten haben. Unter anderem zur Frage der Methodeninnovation, aber auch zur Förderpraxis und zur Politikrelevanz dieser Forschungen. Das würden wir ganz gern vertiefen in einem erneuten Bilanzierungsversuch. In der Diskussionsrunde wurde damals die Meinung vertreten, Methodeninnovation habe es so richtig nicht gegeben. Man sei mit dem alten Instrumentarium ins neue Feld gesprungen, hätte keine andere Chance gehabt, sich methodisch gegenstandsadäquater zu verhalten. Es gab lediglich Methodenpluralität und -parallelität der Ansätze, mit denen man versucht habe, empirisch Material einzufangen. Sie haben damals eine etwas andere Position vertreten. Sie kritisierten, daß es auch Ausgrenzung gab, nicht eine prinzipielle Offenheit gegenüber allen Ansätzen. Und Sie kritisierten vor allem auch die Fachscheuklappen, die nicht überwunden worden seien, die fehlende Interdisziplinarität der Forschung.

„Verteilung der Transformationsforschungsmittel in den Händen einer Hierarchie von Bürokratien“

Michael Vester: Eigentlich hätte der Prozeß der Transformation der DDR-Gesellschaft konsequent interdisziplinär erforscht werden müssen, vor allem auch mit Blick auf die Geschichte dieses Territoriums. Wir haben eine lange gemeinsame Geschichte, die hat sich erst nach 1945 gegabelt und dabei haben beide Gesellschaften, die ostdeutsche und die westdeutsche, zum einen sehr verschiedene Entwicklungen gehabt, zum anderen aber auch ähnliche. Zum Beispiel, wenn Wolfgang Engler die frühere DDR ei-

¹ Das Interview wurde am 25.2.2000 in Hannover geführt. Die Fragen stellte Monika Gibas.

ne „arbeiterliche“ Gesellschaft nennt, so nennt man die westdeutsche eine arbeitnehmerische, was das Aufrücken des früheren Proletariats in die gesellschaftliche Mitte beschreibt. Ein historischer, also interdisziplinärer Ansatz wäre notwendig gewesen, hatte aber gar keine wirkliche Chance. Die Verteilung der Mittel für die Transformationsforschung lag in den Händen einer Hierarchie von Bürokratien. Zuoberst die Staatsbürokratie einer konservativen Regierung, darunter Wissenschaftsfunktionäre, die teilweise noch aus der sozial-liberalen Zeit kamen. Dazu kam ein Verteilungsschlüssel, der sehr stark die mächtigen Richtungen der Sozialwissenschaften begünstigte. Ich weiß noch ziemlich genau, daß bei dem großen DFG-Programm zur Transformationsforschung Richtungen, die nicht so gut bekannt waren, bei der Begutachtung mit sehr wertenden Urteilen ausgegrenzt worden sind. Ihnen wurde keine Chance gegeben, weil sie zwischen den Stühlen saßen.

Auf dem einen Stuhl saß die große, quantitative Sozialforschung, die ja ein Imperium ist, und die ja auch nicht nur quantitativ forscht, bis zum Wissenschaftszentrum Berlin. Auf dem anderen Stuhl saß die kritischere Wissenschaft, die sich in qualitativen Kleinforschungen eingerichtet hatte. Eine Forschung, die dazwischen oder quer dazu verlief, z.B. nach einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz wie dem von Bourdieu, war in einer hoffnungslosen Minderheit. Das war in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) so, aber es war eigentlich auch in der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels (KSPW) so. Im Rahmen der KSPW konnten nur solche Projekte gefördert werden, die durch ostdeutsche Forscher realisiert wurden. Kooperationspartner im Westen durften nicht gefördert werden. Das wurde zum Problem für eine kritische linke Strömung in Westdeutschland, die damit in beiden Förderprogrammen ausgegrenzt blieb. Umgekehrt wurden innovative Ansätze, die es im Osten durchaus gab, zum Beispiel bei den Kulturwissenschaftlern um Dietrich Mühlberg, zu denen wir schon vor 1989 gute Kontakte hatten, nicht anerkannt. Dietrich Mühlberg ist, wie andere auch, auf eine ganz unsägliche Weise abserviert worden.

Diese unorthodoxen Richtungen, die zwischen den Systemen lagen, wurden also in beiden Fördermodellen ausgegliedert mit Argumenten, die keine waren und die auch gar nicht öffentlich ausgetragen werden konnten. Es gab darüber keine Diskussion. Wir selbst haben dann, gefördert durch das Land Niedersachsen und die Hans-Böckler-Stiftung, mit sehr guten Partnern in Leipzig und Ostberlin die Forschung über den Milieu-,

also Klassenkulturwandel begonnen. Wir hatten aber keine Chance, das zu Ende zu führen, und unsere ostdeutschen Freunde hatten und haben bis heute auch sehr große Schwierigkeiten.

„Abgelehnt ohne Begründung: man hatte die Macht“

hso: Keine Chance, was heißt das konkret? Keine Fördermittel?

Vester: 1990/91 hatten wir ein kleines ost-westdeutsches Gemeinschaftsprojekt über den Wandel der ostdeutschen Sozialstruktur (nach dem Ansatz Bourdieu) bei der DFG beantragt. In der entscheidenden Ausschussitzung der DFG haben zwei Gutachter, Vertreter der großen quantitativen Forschung, viele Projekte anderer Richtungen verhindert, so auch unseres. Sie kamen von einer anderen Tagung aus einem Sonderforschungsbereich einer großen westdeutschen Universität und haben gesagt, diesen Milieuansatz haben wir dort schon abgelehnt, den lehnen wir jetzt hier auch ab. Ohne Begründung, weil man die Macht hatte. Andererseits waren dann bei der DFG noch einige Millionen Mark an Fördergeldern frei, die dann gar nicht ausgegeben wurden. Es lag daran, daß es sich um Richtungsentscheidungen handelte. Darüber wird nicht offen geredet. Man redet offiziell sogar sehr nett miteinander, druckt Aufsätze voneinander ab und kommt auf Fachtagungen zusammen. Intellektuell besteht gegenseitige Anerkennung, auch für den Ansatz von Bourdieu und von uns. Aber wenn es um die Mittelverteilung geht, dann geht es knallhart zu. Das heißt, die Wissenschaftsstruktur ist in Wirklichkeit vermachtet und kartellisiert.

„Verengter Blick auf die Wandlungsprozesse“

hso: Sie hatten damals in dieser Diskussion auch gesagt, es hätte von Anfang an einen blinden Fleck der Transformationsforschung gegeben. Der Fokus der Forschung war zunächst sehr stark auf den Prozeß des Wandels der DDR gerichtet, seltener schon auf den der anderen Gesellschaften des ehemals sozialistischen Ostens. Man habe aber vor allem, so Ihre Position, die globalen Prozesse, in denen dieser Zusammenbruch der Ostsysteme stand, nicht im Blick gehabt. Und man habe auch zu keinem selbstreflexiven Bezug auf die neue Lage, in die die westlichen modernen Industriegesellschaften im Globalisierungsprozeß gerieten, gefunden.

Vester: Ja, dabei bleibe ich auch, es war ein verengter Blick auf die Wandlungsprozesse, die im Osten stattfanden. Es wurde versäumt, die makroökonomischen Prozesse, die dahinter stehen, mit einzubeziehen, obwohl alle Regulierungsmechanismen, die vom Staat oder von der Gesellschaft angewandt werden, sich auf die Märkte und deren Veränderungen seit Eintritt der großen Nachfragekrise, seit den siebziger Jahren, beziehen. Das ist ein großer Schwachpunkt der Transformationsforschung, die Fachenge. Diese Fachenge bedingt, daß zwar die verschiedenen methodischen Zugänge für sich genommen immer sehr gute Befunde liefern. Aber wenn man sie nicht zusammenbringt, sind sie wie Mosaiksteine, von denen man nicht weiß, in welches Bild sie sich fügen. Das wäre aber ohne weiteres möglich, etwa nach Bourdieus Ansatz oder nach anderen Ansätzen. Ein globalerer Blick auf den Zusammenbruch des Ostblocks hätte gezeigt, daß diese Staaten nur die ersten waren, die die Rechnung des wachsenden Weltmarktdruckes zu bezahlen hatten. Denn auch bei uns, in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten, ist die Entwicklung durch diese sogenannte Globalisierung seit Ende der siebziger Jahre in einer Krise.

hso: In der erwähnten Diskussionsrunde zu Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung wurde die Position vertreten, einen solchen Zugang hätte es in den achtziger Jahren gegeben, der sei aber unter dem Druck der Vereinigungskrise aus dem Blick geraten.

Vester: Also zunächst muß man konstatieren, daß ein großer Teil der Linken ein Fiasko, einen Zusammenbruch erlebt hat, weil sie zu den orthodoxen, plattesten vulgär-materialistischen Theorien zurückgekehrt war in den achtziger Jahren. Mit diesem materialistischen Strukturalismus, d.h. aus der reinen ökonomischen Lage nach der Erwerbsstatistik, kann man kein alltagspraktisches und politisches Verhalten erklären. Das heißt, es gab von der linken Seite kaum Positionen, die auf die neue Lage adäquat reagieren konnten. Es gab nur noch zwei einflußreiche Strömungen, einerseits die differenzierende Ungleichheitsforschung der Schule von Bolte und Beck und andererseits die sehr technische Forschung der Kölner Schule oder Rheinschiene, die das versuchten. In beiden Strömungen wurde gut diskutiert, aber nie mit gesamtgesellschaftlichem Bezug. Beim Einstieg in die Forschungen zur Transformation der ostdeutschen Gesellschaft gab es auch nicht den Versuch, mal vorab eine Theorie zu entwick-

keln, das heißt, wir gehen dahin und überlegen erstmal, wie kann man das fassen, was da läuft. Vielmehr wurden relativ schematisch bestimmte mechanische Formen von begrenzter Theorie und Empirie angewendet.

„Theorien unüberprüft übernommen“

hso: Eine kritische Prüfung tradierter, am empirischen Material der westlichen Gesellschaften entwickelter Theorieansätze hat es also nicht gegeben?

Vester: Man hat nicht geprüft. Man hat Theorien unüberprüft übernommen, die am empirischen Fall eines hochinstitutionalisierten, politisch-gesellschaftlichen Systems geschärft waren, insbesondere an der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die siebziger Jahre, wo anscheinend alle Systeme funktioniert hatten, wo alles berechenbar war. Es gab keine Theoriedebatte. Aber dann stellte man irgendwann fest, daß über den zentralen Institutionen das Wichtigste vergessen worden war. Daß das Entscheidende der europäischen Sozialordnungen, von Schweden bis Italien, bis auf die Iberische Halbinsel der Korporatismus ist. Das heißt, daß hier die sozialen Gruppen sehr gut repräsentiert sind durch die Gewerkschaften einerseits, durch Unternehmer und ständische Interessen, durch die Kirchen andererseits und daß eine Demokratie, die nur auf das politische System blickt, auf Rechtsordnungen, auf Bürokratien, Straßenbau und was es sonst so gibt, auf Wahlverfahren, nicht erkennt, daß die eigentliche Stärke des kontinentaleuropäischen Modells auf der Selbstregulierung durch soziale Gruppen beruht. Das hat im Prinzip auch die Stabilität der Nachkriegszeit ausgemacht.

Die Nachkriegszeit, die Nachkriegsgesellschaften in Europa, das war ja nicht der Kapitalismus als solcher, sondern es war ein neues Verhältnis zwischen den sozialen Gruppen und Klassen, auch zur Arbeiterklasse. Die europäische Entwicklung nach 1945 stand unter der tiefen Überzeugung, daß es eine demokratisch-sozialistische Alternative zur Sowjetunion gab. Das war Schweden und das war bis 1950 auch Großbritannien. Die haben einen umfassenden Gesundheits- und Sozialdienst eingeführt, sie haben sozialen Wohnungsbau bis auf die Gemeindeebene heruntergebracht, sie haben den Gemeinden und Regionen mehr Rechte gegeben, sie haben den Aufbruch auch motiviert. Es gab also so etwas wie einen echten dritten Weg, eine arbeiterische Richtung. Dieser soziale Korporatismus war

praktisch eine Akteursmobilisierung. Es ist ganz merkwürdig, daß die Forschung das nicht aufgegriffen hat. Da gab und gibt es die entscheidenden Lücken.

Beim Einstieg in die Erforschung der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft nach 1989 blieb das ein Desiderat. Die Politologen haben sich auf das politische System im engeren Sinne beschränkt. Thematisiert wurden die Institutionen. Aber daß die Akteure mobilisiert werden müssen, das blieb unberücksichtigt, nicht nur in der Politik, auch in der Forschung. Natürlich hat es gute Gewerkschaftsforschung gegeben, die einzelnen Gewerkschaften haben da ganz hervorragend gearbeitet. Aber es ist ganz komisch, daß diese von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungen, etwa zum Wiedererstehen von arbeitnehmerischen Akteuren, kaum Beachtung finden. Also, es gab im Grunde genommen eine ‚fachidiotische‘ Verengung jedes einzelnen Arbeitsgebietes.

Was also fehlt, ist eine gesamtgesellschaftliche Zusammenschau der Befunde, nicht unähnlich der Weise, in der jeder Bürger und jede Bürgerin das eigentlich tun. Diese haben ein Bild davon, wie die Gesamtgesellschaft aussieht. Die Gesellschaft ist entweder wie eine Pyramide aufgebaut oder als zwei Lager, die sich gegenüberstehen, oder als ein Feld, in dem man sich hochkonkurriert. Die Bürger haben Vorstellungen von der ganzen Gesellschaft, nur die Wissenschaft hat offenbar keine mehr, auch die in der linken Tradition stehende nicht. Die bundesdeutsche Linke, auch die unorthodoxe, die nichtkommunistische, hatte eine wirklich große Chance in den siebziger Jahren in der Wissenschaft in Westdeutschland. Sie konnte Positionen erwerben und hätte ihre Paradigmen weiterentwickeln können. Das heutige Vorpreschen der neoliberalen Seite ist nicht nur mit deren Stärke zu erklären. Man muss selbstkritisch sagen, daß die Linke selbst wohl auch nicht genug getan hat. Die vielen Sozialwissenschaftler an westdeutschen Universitäten, die in dieser linken Tradition standen, haben sich in den fachlich verengten Traditionen verheddert und innerhalb der Wissenschaftslandschaft eine Strategie der Nischenbildung entwickelt.

„Integration von Theorie und Empirie: darauf hätte umgesteuert werden müssen“

Vor allem Soziologen haben sich in die Nische der nicht hoch angesehenen qualitativen Forschung begeben, damit aber auch den Anspruch, für

das Ganze der Gesellschaft Analysen und vor allem Prognosen zu liefern, aufgegeben. In der Biographieforschung zum Beispiel konzentrierte man sich ganz überwiegend auf individuelle Biographien. Nur der Historiker Lutz Niethammer hat mit der Biographieforschung noch beanspruchen können, für das Ganze der Gesellschaft etwas auszusagen. Daß das geht, kann man ja auch bei Bourdieu sehr gut sehen. Er hat mit diesem Instrument das Elend beschädigter Biographien von Modernisierungsverlierern thematisiert – und damit auch das, was das Gemeinsame der negativen Erfahrungen in Ost und West ist. Er hat gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, mit solchen Ansätzen eine öffentliche Akzeptanz zu finden. Die etablierte linke Theorie hat neue Herausforderungen, so auch die von Bourdieu, abgewehrt. Auch Habermas hat Bourdieu einfach auflaufen lassen, ihm Determinismus vorgeworfen, was wirklich unzutreffend ist. Bourdieu hat ein klares Ethos, das für Gleichheit, gleiche Chancen ist. Ich sag es mal ganz ungeschützt: Es ist vom Herzen her gedacht, aber es ist vom Kopf her auch perfekt, also es ist auf einem hohen theoretischen Niveau, und es ist auch technisch perfekt. Diese Empirie wird übrigens in Köln auch sehr anerkannt. Eine solche Integration von Theorie und Empirie gibt es hier nicht. Hier gibt es nur einerseits die große, überfliegende Theorie, Habermas etwa, und andererseits eine bodenbezogene qualitative Forschung ohne ein gesamtgesellschaftliches Bild. Da hätte man umsteuern können und müssen nach 1989.

Jetzt stellen die Neoliberalen, nicht die Linken, diese Fachscheuklappen in Frage, sagen, wir müssen über die Fachgrenzen zusammenarbeiten, die ständische Abschottung der Fächer überwinden. Die zwingen uns, horizontal zusammenzuarbeiten durch eine gewisse Form der Haushalts-, der Planungspolitik, und dieser Teil ihrer Politik ist gut. Wir hoffen nur, daß wir das auf eine pädagogische, humanistische Weise strukturieren können. Es gibt einen ganzen Teil Professoren – ob links oder rechts, ist hier nebensächlich –, die nur an ihren Privilegien hängen, die sagen, ich kann machen, was ich will, ich kriege sowieso mein Gehalt. Das da jetzt über ein paar Veränderungen nachgedacht wird, die das korrigieren, die durchaus innovationsfördernd sein könnten, finde ich gut.

„Wir haben eine Innovation gesamtgesellschaftlicher Analyse versucht“

hso: Gab es in der neuen Situation 1989/90 und folgende Versuche, mit diesem Zustand zu brechen und neue Forschungsrichtungen, neue methodische Zugriffe im Pool der drittmittelfinanzierten Transformationsforschung zu etablieren?

Vester: Ja. Also, wir haben versucht, eine Innovation der gesamtgesellschaftlichen Analyse zu entwickeln, schon vor dem Zusammenbruch des Ostens. 1988 haben wir ein größeres Projekt über den Wandel der Klassenmilieus begonnen, finanziert von der Volkswagenstiftung. Das ist ein Stück Grundlagenforschung gewesen, die den englischen kulturmaterialistischen Ansatz von Williams, Hall und Thompson mit dem von Bourdieu verband. Es ging um die Frage, wie sich Milieus und Klassen wandeln. Diese Studie nun wollten wir nach 1989 für Ostdeutschland weiterführen. Wir haben sehr viel investiert, mit Partnern in Ostberlin und in Leipzig, um Leute auszubilden. Wir haben in Leipzig zum Beispiel hervorragende Studentinnen und Studenten gehabt, die sich mit Hannoverschen Studenten verbunden haben und gelernt haben, wie man die Methoden anwendet. Wir hatten hervorragende Vorbereitungen mit Kollegen wie Michael Hofmann und Dieter Rink in Leipzig, Irene Zierke in Ostberlin. Wir hatten uns drei Regionen in Ostdeutschland ausgesucht, hatten Unterstützung der Leipziger und der Brandenburger Akteure, wollten noch in eine andere Region und hatten das eigentlich alles angelegt. Wir konnten das wegen der abgelehnten Förderung nicht realisieren, aber immerhin mit Hilfe der Böckler-Stiftung und des Landes Niedersachsen eine Pilotuntersuchung durchführen. Deren Ergebnis wurde dann in dem Buch „Soziale Milieus in Ostdeutschland“ zusammengefaßt.² Aber eine Längsschnittuntersuchung hat es nicht gegeben.

Die Leipziger Fallstudien in dem Buch haben bis in die Tiefe der Geschichte gearbeitet, zum Beispiel für das Braunkohlemilieu oder einzelne Facharbeitermilieus in Leipzig seit dem Kaiserreich. Man konnte zeigen, daß seit dem Kaiserreich immer wieder die gleiche Struktur wiederkehrt. Das stellte natürlich die Annahme systemtheoretischer, modernisierungs-

² Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995.

theoretischer Ansätze in Frage, die die Gravitation historisch-gesellschaftlicher Kräfte ausblenden. Solche Ansätze verkennen, daß Regionen ihre eigenen Milieus haben, die relativ stabil sind. Und diese sind wiederum Produktivkräfte. Die Produktionsverhältnisse haben sich mehr oder weniger immer nach diesen Produktivkräften gerichtet, ein bißchen Marx würde ja nicht schaden. Das war eines unserer interessanten Ergebnisse.

In Leipzig haben wir zum Beispiel herausbekommen, daß der Braunkohlestandort von Espenhain dort eine von Staats wegen hingesezte Industrie war, schon von den Nazis. In diesem Industriezweig gab es schon immer eine starke Spaltung zwischen einer sehr qualifizierten Ingenieurs- und einer sehr unqualifizierten Handarbeiterebene. Bei den Leipziger Kranbauern dagegen gab und gibt es die Struktur von hochqualifizierten Facharbeitern, deren Söhne und Töchter heute in vielen spezialisierten Berufen unterkommen können, weil sie das Können haben. Wir haben mit Brandenburg an der Havel eine Stadt kennengelernt, die schon Ende des 19. Jahrhundert aus dem ganzen Deutschen Reich wie ein Magnet die besten handwerklich arbeitenden Familien angezogen hat. Die Familien gibt es heute noch, die können das erzählen. Brandenburg hat eine der besten Automobilfabriken gehabt. Das war ein Produktionspotential, nach dem sich andere die Finger geleckt haben. Mit dieser Studie hatte man prototypische Beispiele, wie man Deindustrialisierung, aber auch Reindustrialisierung und industrielle Modernisierung beobachten könnte. Und da haben wir auch mit den Gewerkschaften, in diesem Fall mit der IG Metall, gut zusammengearbeitet.

Die Pilotstudie ist interessant, weil die Leipziger Partner es geschafft haben, die Stimme der Leute einzufangen. Da zeigt sich nämlich, daß es in der DDR in den Arbeitermilieus eine ganz lange, eigensinnige Geschichte gegeben hat. Etwa eines Morgens flatterte an einem Kran so ein Spruch: „So wie wir heute essen, werden wir morgen arbeiten!“, also eine Umdrehung der SED-Parole. Das hieß: wer hart arbeitet, soll gut leben. Und das ist auch die Mentalität: Man leistet etwas, aber dafür will man sich dann etwas leisten. Und da kann man sehen, was das für ein Volk ist, anders als das Bild von den angepaßten DDR-Bürgern.

„Wir hatten kein kulturelles Mißverständnis“

hso: Nun gibt es die Meinung, die Ostforscher haben sich angepaßt, haben begierig aufgesogen, was die Westwissenschaft methodisch-theoretisch zu bieten hatte, konnten aber methodisch selbst nichts einbringen in die Transformationsforschung. Welche Erfahrungen haben Sie mit ostdeutschen Kollegen machen können?

Vester: Ich würde das nicht so verallgemeinern. Unsere Erfahrung war eher das Gegenteil eines Kulturschocks. Denn wir haben zwischen den Leipziger Kollegen und uns eigentlich keine großen Unterschiede festgestellt, und auch zwischen unseren Studenten gab es kein kulturelles Mißverstehen. Es gab den Ossi-Wessi-Konflikt nicht, wir hatten kein kulturelles Mißverständnis mit den Leipziger Kulturwissenschaftlern, weder menschlich noch wissenschaftlich. Es gab gemeinsame Bezüge, auch methodisch-theoretisch. Denn in der DDR hatten sich bestimmte kulturwissenschaftlich orientierte Milieus schon sehr lange modernisiert und zwar vom selben Zeitpunkt an wie in der Bundesrepublik, nämlich seit Anfang der siebziger Jahre. Es gibt diesen nicht anerkannten oder nicht erkannten Teil der ostdeutschen Entwicklung, mit dem wir kompatibel waren und sind. Die Kollegen haben auch Bourdieu gelesen, schon vor 1989, haben neue Ansätze rezipiert. Da konnten wir anknüpfen, hatten eine gemeinsame Verständigungsbasis. Wir haben natürlich zusammen auch Neues gelernt, die ostdeutschen Kollegen haben auch von uns gelernt und wir haben auch von ihnen gelernt. Denn damals hatten wir den Ansatz von Bourdieu noch nicht weit genug methodisch umgesetzt. Bourdieu sagt nicht, wie er das macht, da mußten wir Methoden entwickeln und das haben wir zusammen getan. Dabei gab es natürlich auch Differenzen, aber es ist völlig falsch anzunehmen, daß die ostdeutschen Kollegen nichts einzubringen hatten in die Forschung. Es gab spezifische ostdeutsche Traditionen, die nicht in einem Rückstand gegenüber unseren Entwicklungen waren.

Die Leipziger Kollegen waren auch Ende 1989 sofort bei den Montagsdemonstrationen, haben den gesamten Umbruch mit Interviews begleitet. Leipzig hat eine urbane Kultur, eine liberale Kultur, die eigentlich nur mit einer Hansestadt vergleichbar ist. Das war die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, aber auch die Wiege der populären wissenschaftlichen Literatur. Dieser Schoß ist noch fruchtbar, da hat man über-

haupt nicht das Gefühl, man kommt als Lehrmeister dahin. Die Berliner Tradition ist anders, die Kolleginnen dort hatten andere Spezialisierungen, haben auch hervorragend interviewt und auch sehr schöne biographische Muster herausbekommen. Die Zusammenarbeit war daher rundum fruchtbar. Wir haben zusammen aus dem Material Entdeckungen gemacht. Etwa wie Lebensgeschichten in Familien verlaufen. Es gibt manchmal methodische, technische Dinge, die weiß der eine besser oder der andere, aber grundsätzlich geht es ja um die Art zu denken, um die Art sich einzufügen in den gemeinsamen Forschungsprozeß. Soziologie besteht nach Max Weber aus zwei Künsten: Verstehen und Erklären. Viele Soziologen können aber nicht verstehen. Sie müssen eine soziale Gruppe verstehen, die nicht intellektuell ist. Volksklassen verstehen heißt zunächst, daß man die eigenen Ideen in Frage stellt und sagt, ich muß jemanden verstehen, der nicht so ist wie ich. Und das war das Großartige an der Leipziger Kulturwissenschaft, und das ist auch das, was Mühlberg kann und die ganze Schule von ihm. Das sind Juwelen, und die hat man weggeworfen.

hso: Zum Abschluß noch die Frage nach der Praxiswirkung der Ergebnisse der Forschung. Gab es Nachfrage von Seiten der politischen Akteure, der Gestalter der Transformation? Gerade Ihre Forschungen zu gewachsenen Milieus und den Bedingungen ihres Wandels fördern ja interessante Ergebnisse zutage, die zeigen, daß man nicht einfach irgendwelche neuen Strukturen über bestimmte Regionen stülpen kann, sondern gewachsene Strukturen und tradierte Mentalitäten in Rechnung stellen muß, wenn gesellschaftliche Prozesse der Transformation gelingen sollen.

Vester: Dazu kann ich Ihnen ein konkretes Beispiel geben. Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission, die Biedenkopf und Stoiber einberufen hatten, hat bei uns angerufen und Material erbeten. Man wollte wissen, ob es stimmt, daß die Deutschen wirklich so merkwürdig sind, sich beim Einkaufen nicht die Taschen packen lassen zu wollen. Man wollte wissen, ob die Deutschen billige persönliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen würden. Es ging der Kommission um den Aufbau eines Sektors von Billigjobs in der Dienstleistungsbranche. Wir sagten: Nein, es gibt eine Linie in Europa, die verläuft irgendwo bei Paris, und südlich davon schändet körperliche Arbeit, und nördlich davon schändet sie nicht. Hier will jeder seine Arbeit selber machen. Das gehört zu unserer Ehre, und wir sagten,

das kriegen Sie nicht weg. Unser Rat war, lassen Sie die Finger davon, Sie können keinen akzeptierten Niedriglohnsektor schaffen, weil die Mentalität das nicht trägt. Unsere Position fand aber kein Gehör. Wir sind dann aber noch in der Literaturliste aufgetaucht. In diesem Falle wollte man keinen wissenschaftlichen Rat, sondern man hatte ein ideologisches Konzept der konservativen Hierarchisierung der Gesellschaft, und das sollte realisiert werden.

„Die Sozialwissenschaften: vollständig ausgegrenzt aus den großen Diskursen über politische Gestaltungskonzepte“

Bei anderen gibt es durchaus ein großes Interesse für solche Forschungen. Die Ergebnisse werden hier bei uns im Westen vor allem von intermediären Akteuren abgefragt: den Kirchen, den Gewerkschaften und der Erwachsenenbildung, den großen Städten, den Landkreisen. Wo sich die Gesellschaft mit der Politik berührt, da entsteht auch Interesse. Es gibt dort überall ausgesprochen kritische Leute, auch in den Kirchen. Die Evangelische Akademie in Loccum hat mit uns zum Beispiel ein Kirchenprojekt gemacht über den Wandel von Milieus. Unsere kleine Forschungsstelle wurde vom Land Niedersachsen konsequent weitergefördert. Also, es gibt die Nachfrage nach einer bürger- und praxisnahen Forschung, aber ganz oben nicht. Nach unseren Erfahrungen ist es eine Illusion, ganz oben, auf der Ebene der großen Politik irgend etwas erreichen zu können. Wenn wissenschaftliche Ergebnisse oben ankommen, gibt es sofort eine gegnerische Fraktion, die das durchkreuzt. Das heißt, die Sozialwissenschaften sind praktisch vollständig aus den großen öffentlichen Diskursen über politische Gestaltungskonzepte ausgegrenzt. Sie haben da keinen Einfluß, sondern sie sind ein Alibi. Deswegen glaube ich, die richtige Strategie wäre, daß die Sozialwissenschaften sich um ihre intermediären Akteure kümmern. Das heißt, eine Universität um die Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Theaterhäuser usw. ihrer Region. Und daß sie mit denen diskutiert, die sich wirklich interessieren, denn da, an der Basis der Gesellschaft, entsteht so etwas wie stabile Meinung, da gehören wir ja auch hin. Ich denke sogar, daß der Föderalismus, den wir haben und der Korporatismus, ein demokratischer Korporatismus – daß das die wirklichen Partner und Adressaten von Forschung sein müssen.

Die deutsche Transformationsforschung der ersten und zweiten Generation

Eine Bilanz

Rolf Reißig
Berlin

Die Implosion der realsozialistischen Systeme Europas wurde weder in der Wissenschaft noch in der Politik antizipiert. Nicht allein dieser Überraschungseffekt als vielmehr der ungewöhnliche Untersuchungsgegenstand stellen für die Sozialwissenschaften eine selte-

ne Chance und Herausforderung dar. Auf welchen Entwicklungspfaden, mit welchen Konzepten und Strategien, durch welche Akteure und mit welchen Ergebnissen bewältigen die über 20 Transformationsstaaten das beispiellose Projekt eines mehrdimensionalen Systemwechsels? Ohne historisches Vorbild sollte gleichzeitig der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft vollzogen werden. Bislang dominierende theoretische Grundannahmen und Denkfiguren in den Sozialwissenschaften standen auf dem Prüfstand. Es ergaben sich ganz neue Möglichkeiten zu vergleichenden Studien. Wie reagierten die Sozialwissenschaften auf diese gesellschaftlichen Umbrüche und wie agierten sie in solchen Perioden beschleunigten sozialen Wandels? Am Beispiel der deutschen Transformationsforschung der ersten (1990-94) und zweiten (1994-97) Generation sollen dazu einige Überlegungen entwickelt und diskutiert werden.

Erste Zwischenbilanz

Die deutschen Sozialwissenschaften, darunter vor allem die Soziologie und Politikwissenschaft, haben sich besonders der (ost-)deutschen Transformationsvorgänge mit großer Intensität, intellektueller Energie und neuer Ressourcenakquirierung angenommen. Zwischen 1990 und 1997 sind ca. 4.000 deutschsprachige sozialwissenschaftliche Publikationen über den sozialen Wandel in den neuen Bundesländern erschienen.

Diese Transformationsforschung der KSPW (Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern), der DFG, der Volkswagen-Stiftung, von Max-Planck-Instituten, von universitären und außeruniversitären Instituten hat unser Wissen über die sich wandelnden sozialen, politisch-kulturellen Verhältnisse in Ostdeutschland beachtlich bereichert. So wurden – um nur einen Forschungsstrang herauszugreifen – der strukturelle und personelle Umbau und Neuaufbau der Verwaltungen in Ostdeutschland, die Prozesse des Institutionentransfers, die Entwicklung des ostdeutschen Parteien- und Verbändesystems, die Kontinuität und der Wandel in den Einstellungen und politischen Orientierungen der Bürger Ostdeutschlands empirisch nachgezeichnet und systematisch zusammengefaßt.

Die Schwerpunkte der Forschung entsprachen etwa den Schwerpunkten der Transformationsprozesse.¹ Sie umfaßten vor allem den sozialstrukturellen Wandel, d.h. den Wandel von Arbeit und Arbeitsmarkt, die Veränderungen des Systems der sozialen Ungleichheit und der Lebenslagen, die Vielfalt der individuellen und kollektiven Mobilitätsprozesse; den institutionellen Wandel, insbesondere den Transfer und die Transformation der politisch-administrativen Institutionen sowie des Parteien- und Verbändesystems; den kognitiven und mentalen Wandel, vor allem die Entwicklung von Einstellungen, politischen Orientierungen und Verhaltensweisen.

Die Transformationsforschung der ersten Generation entwickelte sich als „Ad-hoc“ Forschung, die flexibel an den „Brennpunkten“ des Umbruchs ansetzte (Hradil 1996: 301). Sie formierte sich als eine sozialwissenschaftliche empirische Begleitforschung zu den vielfältigen und komplexen Prozessen der Transformation Ostdeutschlands. Diese einseitige empirische Orientierung konnte nicht so sehr überraschen. In einer Situation, da es galt, im großen Umfang soziologische Daten und Informationen über bislang kaum erschlossene Problemlagen und Länder zu sammeln, ist eine stark empirisch geprägte Transformationsforschung geradezu zwingend. Und die Erwartung des Entwurfs eines umfassenden theoretischen Rahmens, der die komplexen Transformationsprozesse auf den Begriff bringt, war überzogen. Theoretische Verarbeitungen bedürfen der Distanznahme, und sie kommen stets hinterher (Kollmorgen 1994: 381 ff., Reißig 1994: 323 ff.).

¹ Siehe dazu auch Pollack, Detlef 1996: 3.

Doch was sich zu Beginn der Transformationsforschung schon abzeichnete, wurde auch in der Folgezeit nicht grundlegend überwunden – ihre Abhängigkeit von den etablierten Forschungsfeldern der „alten“ Bundesrepublik. Die Transformationsforschung folgte im wesentlichen den Interessen, Perspektiven und aktuellen Schwerpunktsetzungen, wie sie sich in der früheren Bundesrepublik herausgebildet hatten (vgl. auch Pollack 1996). Das zeigen u.a. die Lebensverlaufsforschungen von Karl Ulrich Mayer und Johannes Huinink, die Forschungen zu Lebenslagen und sozialer Mobilität von Stefan Hradil oder Rainer Geißler, die Arbeiten zur Dynamik der Entwicklungen an den Schnittstellen von Staat, Politik und Ökonomie wie die von Gerhard Lehbruch und Roland Czada, die Arbeiten zur institutionellen Interessenvermittlung von Helmut Wiesenthal, die zum Verwaltungsaufbau bzw. zur Neukonstitution der Verwaltung von Hellmut Wollmann sowie die Arbeiten zum Parteiensystem von Oskar Niedermayer oder Richard Stöß; die zur Elitenrekrutierung und -zirkulation von Wilhelm Bürklin bzw. zur politischen Kulturforschung von Petra Bauer, Oscar Gabriel, Max Kaase, Helmut Klages und Bettina Westle.

Damit einher ging der Rekurs auf bekannte und bislang bewährte Ansätze und Konzepte sowie die Neubelebung theoretischer Traditionen. Diese konnten in einer neuen (Forschungs-)Situation und in anderen Kontexten auf ihre Analyse- und Erklärungskraft hin getestet werden. Verwendet wurden u.a. institutionentheoretische und handlungstheoretische Konzepte, Konzepte sozialer Lagen und Ungleichheiten, aber auch hermeneutisch-biographische und sozialisationstheoretische Ansätze. Auf der makrosozialen Ebene erlangte das modernisierungstheoretische Paradigma neuen Aufschwung und zeitweilig Dominanz.

Dieses pragmatische Vorgehen in der Transformationsforschung war auch dem Zeitdruck geschuldet; ausschlaggebend war dies aber m.E. nicht.

Die Fortsetzung und Übertragung bewährter Forschungsmethoden, -ansätze und -traditionen sowie ihre seit 1994/95 vorgenommene Präzisierung bzw. Erweiterung hat wesentlich dazu beigetragen, daß interessante Studien aus der Transformationsforschung hervorgegangen sind. Eine ernsthafte Alternative dazu war vorerst nicht zu sehen, und aus den Sozialwissenschaften der früheren DDR kamen zunächst (1989/90 bis ca. 1992) kaum weiterführende oder alternative Analyse-, Methoden- und Theoriekonzepte. Und doch scheinen gerade in diesem Umstand der Ab-

hängigkeit der Transformationsforschung von den etablierten Interessen, Forschungsfeldern und Schwerpunktsetzungen der Sozialwissenschaften der „alten“ Bundesrepublik und des Rekurses auf bewährte Konzepte und Instrumentarien nicht nur die Gewinne, sondern auch die Defizite der Transformationsforschungen der ersten und zweiten Generation begründet.

Den Fragestellungen, Analysen und Interpretationen der Transformationsforschung lag nahezu durchgängig eine Argumentationsfigur zugrunde, die „geradezu als Paradigma der frühen Transformationsforschung“ (vgl. Lutz 1996: 1) bezeichnet werden kann. Sie läßt sich nach Lutz in zwei Thesen zusammenfassen.

1. Der rasche Transfer der westdeutschen Institutionen in die ostdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft löst Anpassungsprozesse in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen aus, die früher oder später in einer weitgehenden Angleichung an die Verhältnisse münden werden, die sich in Westdeutschland (wie in allen anderen westlichen Industrienationen) seit dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben.
2. Die westlichen Verhältnisse liefern demzufolge die adäquate Folie und die zu ihrer Analyse entwickelten Konzepte und Methoden das geeignete Instrumentarium zur Untersuchung der Transformationsprozesse.

„Gefragt... wurde praktisch nur nach dem, was im Osten aus westlicher Sicht von Interesse war“ (Lutz 1996: 1/2). Dies hatte, verbunden mit der Tatsache, daß es kaum zur Entwicklung kategorial neuer Fragestellungen und Konzepte kam, den Blick verengt, die Perspektive verkürzt.

Etwa 1994 setzte die zweite Generation der Transformationsforschung ein. Der Boom der Ad-hoc-Forschung war schon zu Ende. Allmählich kam es – besonders dann seit 1995 – zu ersten Systematisierungen, Verallgemeinerungen, vorsichtigen theoretischen Verarbeitungen und Interpretationen der vielfältigen Befunde. Wichtiger noch: Die Diskrepanzen zwischen den vorherrschenden Erwartungen in der Bevölkerung und den Eliten der Transformationsstaaten und den Problemlagen und Entwicklungen in den Transformationsgesellschaften traten immer offensichtlicher zutage. Der Transformationsverlauf hatte zugleich frühere Modellannahmen in den westlichen Sozialwissenschaften bestätigt, viele aber eben in Frage gestellt. So die vom schnellen Anpassungs- und Angleichungsprozeß, vom ostdeutschen Transformationsfall als ausschließlichen

Sonderfall und günstigster Transformationsvariante, von der geringen Wirkungskraft der in der Ausgangsgesellschaft liegenden sozio-kulturellen Kontexte, von der flexiblen Anpassungs- und Lernfähigkeit der westlichen Institutionenordnung oder von der Folgenlosigkeit der Transformation im Osten für die Wandlungen im Westen.

Die Verkürzungen und Verengungen in den bisherigen Transformationsforschungen sowie die „weißen Flecke“ wurden nun sichtbar.

In den einsetzenden Debatten gab es Revisionen und manch neue, weiterführende Anregungen. Die zentrale „Argumentationsfigur“ wurde kritischer hinterfragt, theoretische und methodische Schwächen „eingestanden“.

Dennoch blieben die bisherigen Paradigmen, zentralen Annahmen und eingesetzten Analyseinstrumentarien in der Transformationsforschung weitergehend dominant. Doch gleichzeitig differenzierte sich die Transformationsforschung aus. Die von Anfang an vorhandenen, zwei unterschiedlichen Sichtweisen auf die Transformationsprozesse traten jetzt noch deutlicher zutage.

Unterschiedliche Perspektiven

Der zentralen Argumentationsfigur folgend galt das vordergründige wissenschaftliche Interesse der Mehrheit der Transformationsforscher dem Grad der erreichten Anpassung der sozialen Lagen, des Arbeitsmarktes, der Institutionen, des politischen Systems, der Einstellungen, Verhaltensweisen und Mentalitäten Ostdeutschlands an diejenigen Westdeutschlands. Angesichts des spezifischen Modus gerade des (ost-)deutschen Transformationsfalls (Beitritt, Transfer von Institutionen, Personal, Wissen, Finanzen; externe Steuerung) schien dies naheliegend.

Eine ausgeprägte Sicht auf „Abweichungen“ von den Erwartungen, auf Turbulenzen, Rückschläge, Paradoxien, Ungeplantes war eher selten. Letzteres aber stellte die Frage: War es Zufälliges und Vorübergehendes oder Notwendiges und zumindest von einiger Dauer. Der gewählte paradigmatische Rahmen, in dem diese Fragen behandelt wurden, bedeutete bereits eine Vorentscheidung hinsichtlich der Antworten (Rudolph 1995b: 10).

Die erste Sichtweise hat besonders nach 1994 die immer deutlicher zutage tretenden Ambivalenzen und Turbulenzen im Transformationsprozeß zwar stärker berücksichtigt, in das ihr zugrundeliegende Konzept in-

tegriert, gleichwohl dieses auch modifiziert, aber nicht grundlegend korrigiert oder gar aufgegeben. Ambivalenzen, aktuelle sowie potentielle Konfliktfelder der Transformationsprozesse gelten weiterhin eher als Anpassungs- und Folgeprobleme eines Ordnungswechsels, die weitgehend unvermeidlich und langfristig eher unproblematisch sind. Insofern kann bis heute von zwei recht unterschiedlichen Sichtweisen auf die Transformationsprozesse gesprochen werden. Zugespißt und etwas vereinfacht kann man formulieren: Transformation als eher geschlossenes, zielgerichtetes Projekt „nachholender Modernisierung“ bzw. Transformation als voraussetzungsvolle, prozessuale, eher offene, sich selbst organisierende Evolution, in der Eigenes und Neues entsteht.²

In der erstgenannten Sicht auf die Transformation sind das Modell des Übergangs und die Zielstellungen alternativlos. Sie ging insbesondere von der Konzeptualisierung der Ankunftsgesellschaft (westliche Moderne) aus, während die Ausgangsgesellschaft eher als tabula rasa abgetan wurde. Die tatsächlichen Folgewirkungen der Ausgangsgesellschaft auf den Transformationsverlauf blieben so (lange Zeit) unberücksichtigt oder einseitig, normativ festgeschrieben. Der Blick richtete sich auf die Implementation der Basisinstitutionen in der Transformationsgesellschaft, die als wesentlicher Inhalt der Transformation verstanden wurde. Das Ziel der Transformation – Einführung des Marktes entsprechend dem neoklassischen, ordnungspolitischen Konzept und der Parteiendemokratie – im Auge wurden die unverzichtbaren Kontextdiskrepanzen oft unterbeleuchtet.

Die Strukturierungs- und Ordnungsleistungen der Institutionen werden in dieser Perspektive hoch-, ihre Akteursgebundenheit eher gering bewertet.

Die zweite, „offenere“ Sichtweise³ auf den Transformationsverlauf geht demgegenüber davon aus, daß die Richtung der Transformation weniger von den systemspezifischen Steuerungsimperativen als vielmehr vom Handeln der dominanten Akteure bestimmt wird. Die eingegrenzte Steuerbarkeit der Transformation ist Ausdruck der Komplexität der zu transformierenden Gesellschaft, die sich immer wieder gegen die inten-

² Siehe auch Hauser, Richard u.a. (Hg.) 1996: Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Opladen: Leske+Budrich: 475.

³ Exemplarisch dafür sei verwiesen auf die Arbeiten und Debatten in Rudolph 1995a; Kollmorgen/Reißig/Weiß 1996; Hauser u.a. 1996; Offe 1994.

dierte Prozeßualität mehr oder weniger durchsetzt. Dabei wird Transformation in diesem Zusammenhang als die durch das Handeln der Akteure hergestellte Vermittlung von Ausgangs- und Ankunftsgesellschaft begriffen. Der Transformationsverlauf ist in dieser Sicht mithin nicht „vorprogrammiert“, sondern ein konflikthafter, ambivalenter und in seinen spezifischen Resultaten ergebnisoffener Wandlungsprozeß. In Abhängigkeit von alten und neu entstehenden Akteurskoalitionen können sich im Transformationsverlauf unterschiedliche Entwicklungspfade konstituieren. Gerade auch der Wandel der Politikbereiche, der Wirtschaftssektoren, der Kultur- und Berufsfelder ist in erheblichem Umfang das Ergebnis des Wirkens kollektiver Akteure. Mit dem Fokus auf die korporative Steuerung des gesellschaftlichen Wandels können deshalb jene bereichsspezifischen Differenzierungen der Transformation erschlossen werden, die nicht primär durch die weitreichenden Startbedingungen determiniert sind. Und im Spannungsverhältnis von politischer Struktur und politischer Kultur, wie es für den ostdeutschen Transformationsfall besonders typisch ist, wird eine Quelle möglichen politisch-institutionellen Wandels gesehen. Schließlich wird der Herausbildung endogener Entwicklungspotentiale für Verlauf und Ergebnis der Transformation wesentliche Beachtung beigemessen.

Daß im Vergleich zu den anderen postsozialistischen Transformationsgesellschaften der (ost-)deutsche Transformationsfall durch eine Reihe Besonderheiten charakterisiert ist, wurde in beiden Sichtweisen nicht bestritten. Auch nicht, daß mit dem Transfer von Institutionen, Personal, Wissen und Finanzen Ostdeutschland ungleich günstigere Bedingungen für seine Umstrukturierung und Modernisierung besaß und besitzt. Wurden im ersten Diskurs, in jüngster Zeit noch verstärkt, die Erfolge der Transformation Ostdeutschlands vor allem auf dieses „einzigartige Projekt“ (Wiesenthal 1995: 147) einer „exogenen Transformation“ (Lehmbruch 1993) zurückgeführt und inzwischen vom „privilegierten Sonderfall“ oder „Idealfall“ gesprochen, der allein die Garantie des Erfolgs in sich birgt, so wurden im zweiten Diskurs diesbezüglich vor allem die Ambivalenzen der Vor- und Nachteile stärker thematisiert, unter der Perspektive der Voraussetzungen für eine „gelingende“ Transformation.

Allmählich artikulierte sich darüber hinaus eine sozialwissenschaftliche Kritik, die nicht schlechthin einzelne Seiten und Fehlentscheidungen der Transformation in den Blick nimmt, sondern die das zugrunde liegende Modernisierungs- und Transformationsmuster, die Transformationsre-

sultate und ihre theoretisch-konzeptionelle Fundierung überhaupt in Frage stellt (z.B. Müller 1995:1-42, vgl. auch Thomas 1998: 104-116).

Defizite der Transformationsforschung

Die deutsche Sozialwissenschaft hat die einmalige wissenschaftliche Chance, vor allem die Transformationsprozesse in Ostdeutschland und ihre Folgen für die Bundesrepublik zu analysieren, ergriffen und weitgehend genutzt. Der seit der Implosion der DDR einsetzende beschleunigte soziale und politische Wandel in Ostdeutschland wurde forschend begleitet, umfassend dokumentiert und meist auch recht genau beschrieben. Unser Wissen über die Komplexität und Differenziertheit von Transformationsprozessen hat sich beträchtlich erweitert. Frühere Erkenntnisse über soziale Transformationen konnten präzisiert, korrigiert und neue gewonnen werden.

So ist mit der Analyse dieser Transformationsprozesse z.B. die überragende Bedeutung außerökonomischer Voraussetzungen für funktionierende Märkte klarer geworden. Und es geht um eine integrative Sicht, die Institutionen und Akteure in den Blick nimmt und auch die Interessen und Machtverhältnisse in Rechnung stellt. Auch ist die Funktionsfähigkeit und Stabilität von Institutionen bereits im Transformationsprozeß nicht allein von deren Steuerungs- bzw. Ordnungsleistungen abhängig, sondern wird letztlich von den über Symbole und Leitideen vermittelten Legitimationen und Integrationen bestimmt. Schließlich – um nur noch ein Beispiel für diese konzeptionellen „Testergebnisse“ anzuführen – lassen sich inzwischen genauere, empirische gehärtete Aussagen über die Potenzen und vor allem auch die Grenzen der jüngeren Modernisierungstheorie für die Analyse von Transformationsprozessen treffen.

Trotz dieser positiven Ergebnisse kommen die wenigen Autoren, die sich der gewiß nicht besonders dankbaren Aufgabe stellten, eine erste Zwischenbilanz der Transformationsforschung zu ziehen, zu einem alles in allem zugleich kritischem Urteil. So heißt es z.B. in einer Analyse der deutschen Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften: „Wenn man die verschiedenen Thesen zur Bilanz der deutschen Einheit flüchtig Revue passieren läßt, dann scheint sich die sozialwissenschaftliche Diskussion durch eine theoretische Reichhaltigkeit und ein alles in allem solides Urteil auszuzeichnen. Dieser Eindruck ist falsch. Von wenigen Ausnahmen

abgesehen, glänzt die Debatte weder durch theoretische Opulenz noch durch ein realistisches Gesamturteil.“ (Bulmahn 1996: 25).

Die bisherigen Desiderate der Transformationsforschung der ersten und zweiten Generation können aus meiner Sicht in den Stichworten „verkürzte Perspektive“ (1.-2.), „isolierte Fallbehandlung“ (3.), „ausgebliebener Theoriesprung“ (4.-5.) beschrieben werden. Dazu fünf Anmerkungen:

1. Den Fragestellungen, Analysen und Interpretationen der Transformationsforschung lag nahezu – wie gezeigt – durchgängig eine Argumentationsfigur zugrunde, die als Trias von „Transfer-Anpassungsprozesse-Angleichung“ beschrieben wurde. Die westliche Gesellschaft war gleichsam Folie für die Evaluierung der östlichen Wandlungsprozesse und die bislang zur Analyse der modernen, westlichen Gesellschaften entwickelten Konzepte und Methoden bildeten das Instrumentarium zur Analyse auch der Transformationsprozesse des Ostens (Lutz 1996: 7). Das hatte aus meiner Sicht zumindest drei Folgen. Zum einen bildete die sozialwissenschaftliche Analyse und Kritik der DDR als Ausgangsgesellschaft der Transformationsprozesse eher die Ausnahme, was die Transformationsforschung verengte. Zum anderen wurden die Komplexität, die Ambivalenzen und Paradoxien der Transformationsprozesse in Ostdeutschland – zugespitzt formuliert – auf Anpassungsprozesse der „westdeutschen“ Institutionen an die „ostdeutschen Umweltbedingungen“ und auf Lernprozesse der ostdeutschen Akteure im Kontext der westdeutschen Regeln, Normen, Standards reduziert. Schließlich:

„Wichtige Bereiche (in der Transformationsforschung, der Verf.) sind ausgeklammert worden, wie die Institutionenbildung und die Schaffung der Randbedingung für die Wirtschaftseinheiten... Die verkürzte Perspektive der deutschen Transformationsforschung aufgrund der ‘geschenkten Institutionen’ könnte freilich langfristig zum Nachteil werden, weil die Pose der Selbstgerechtigkeit ungebrochen ist, in der jedes Nachdenken über institutionellen Wandel als die ‘Wiederfindung des Rades’ lächerlich gemacht wird.“ (Beyme 1996: 314-315).

2. Die Forschung zu den Transformationsprozessen Ostdeutschlands hat die Strukturbrüche im Osten in ihren Folgen für die normativen und faktischen Prämissen und Institutionen des Westens nicht ernsthaft thematisiert. Die Transformationsforschung hat hierzu m.W. kaum Ergebnisse vorzuweisen. Dies ist die Kehrseite der zentralen Argumentationsfigur der Transformationsforschung. Vergleichende Arbeiten zum Transformationsgeschehen in Ostdeutschland, die auch die Entwicklung in Westdeutschland analytisch einbeziehen, waren die Ausnahme. Auch die För-

derinstitutionen (DFG, KSPW u.a.) gingen davon aus, daß Transformation östlich entstanden, dort auch konzeptionell zu lokalisieren sei. Transformations- und Moderne-Diskurse liefen deshalb seit 1990 getrennt voneinander, wirkliche „Brückenschläge“ wurden in den Sozialwissenschaften nur vereinzelt versucht.

3. Neben der „verkürzten Perspektive“ ist die „isolierte Fallbehandlung“ in der deutschen Transformationsforschung kritisch zu vermerken. Der (ost)deutsche Transformationsfall ist trotz oder ungeachtet all seiner Besonderheiten kein Einzel- oder Sonderfall, sondern anschlussfähig wie -bedürftig an das Transformationsgeschehen in den postsozialistischen Gesellschaften. Im Verlauf der Transformationsforschung gewann die Einsicht an Boden, daß sich der ostdeutsche Transformationsfall keineswegs der komparativen Analyse entzieht.

Es wäre deshalb gleichsam eine empirisch wie theoretisch interessante Frage gewesen, zu untersuchen und zu prüfen, wo die Besonderheiten des ostdeutschen Transformationsfalls liegen und vor allem wo unter der Oberfläche, der Vielfalt und der Differenz sich typische Gemeinsamkeiten postsozialistischer Transformation abzeichnen. Analysen, die den deutsch-deutschen Transformationsprozeß mit dem in anderen ost- und mittelost-europäischen Gesellschaften vergleichen, hatten eher Seltenheitswert. Die Transformationsforschung „verlängerte die Tradition der DDR-Forschungen (die der Bundesrepublik, der Verf.), die dadurch glänzte, daß sie kaum je komparativ angelegt war – vielfach schlicht mangels Sprachkenntnissen östlich der Oder. Auch die KSPW hat mit ihren beträchtlichen Mitteln und Möglichkeiten die anfangs geplante komparative Perspektive nicht einbringen können.“ (von Beyme 1996: 14).

Die Fragmentierung der sozialwissenschaftlichen Forschung nach alten Rastern und Disziplinen wurde auch in der Transformationsforschung zumindest hier fortgeführt. Und dazu gehört, daß Osteuropa-Forschung einerseits und Soziologie sowie Politikwissenschaft und ihre Teildisziplinen andererseits getrennt voneinander agieren. Auch hier ist eine diskursive Isolation die Folge: Hier die Diskussion zum deutsch-deutschen Transformationsprozeß und da die Debatte zur Transformation der mittelosteuropäischen Länder. Beide sind in der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung verwurzelt, nehmen sich aber gegenseitig kaum wahr (Bulmahn 1996: 25).

Kritisch vermerkten ausländische Kollegen relativ frühzeitig, daß die deutschen Sozialwissenschaften hier Chancen vertan haben, Chancen, die

so nicht wiederkehren (Nowotny 1994: 250). Da mag es dann auch nicht so überraschen, daß die deutsche Transformationsforschung von der internationalen und insbesondere angelsächsischen meist getrennt agierte. Selbst die in den USA früher entwickelten Konzepte (Linz und Stepan 1978, O'Donnell und Schmitter 1986) zur Analyse der Transition politischer Regime fanden in Deutschland nur in einigen Arbeiten Berücksichtigung.

4. Als (zunächst) Ad-hoc-Forschung und später sozialwissenschaftliche Begleitforschung war diese Transformationsforschung analytisch, aber weniger systematisierend und synthetisierend angelegt.

Selbst wenn in der zweiten Phase z.B. in der von der KSPW initiierten Transformationsforschung Systematisierungen und Synthetisierungen in den Vordergrund traten (s. die sechs Endberichte), konnten die vordem entstandenen Lücken (weißen Flecken) nicht mehr vollends ausgeglichen (getilgt) werden. Zu viele „Bausteine“ fehlten, um ein tragfähiges und konsistentes „Gesamtgebäude“ zu errichten. Eine strategisch angesetzte und theoretisch aufeinander bezogene Forschung kam nicht zustande, obwohl KSPW und DFG über entsprechende Schwerpunktprogramme Forschungszusammenhänge herstellten (Kaase u.a. 1996: 16/17). Ein konzeptionelles Vordenken in der Transformationsforschung z.B. der KSPW war nicht gefragt, entsprechende Initiativen wurden negiert.

Der Transformationsforschung in diesem Stadium mangelte es deshalb sowohl an der Bearbeitung von quer zu den traditionellen Forschungsfeldern liegenden Themen als auch weitgehend an Längsschnittstudien (Ausnahmen u.a. zur politischen Kulturentwicklung).

5. Der mit der einsetzenden Transformationsforschung von den einen erwartete, von den anderen eher skeptisch gesehene „Theoriesprung“ (Mayntz 1994) ist bislang nicht eingetreten. Diejenigen Sozialwissenschaftler, die von Anfang an kaum Neues in den Transformationsprozessen vermuteten, könnten sich somit bestätigt sehen. Doch spricht einiges dafür, daß dies nicht allein dem Gegenstand, sondern den den Gegenstand bearbeitenden Sozialwissenschaftlern „geschuldet“ ist, wenn sich die Transformationsforschung mit theoretischen Innovationen bislang schwer tut.

Der singuläre ostdeutsche Transformationsfall ist offensichtlich keine Basis neuer Theorienbildung. Doch selbst er bietet, und zwar gerade in komparatistischer Perspektive, die Möglichkeit konkreter Analysen von Prozeßeygenarten – eine Möglichkeit, wie sie so nur selten vorkommt.

Hier werden spezifische Fragen aufgeworfen, die theoretische Debatten und Innovationen ermöglichen. Solche „Durchbruchstellen“ lagen z.B. in der vergleichenden Rekonstruktion der Sozialordnung der Ausgangsgesellschaft; in der Analyse der Transformationspfade, der Wahl verschiedener, alternativer Pfade und deren Zusammenhang zu alten und neuen Akteurs- und Elitenkoalitionen; in der Beobachtung der Lernfähigkeit und der Selbsterneuerungspotentiale der „westlichen“ Institutionen in einem ganz neuartigen sozio-kulturellem Kontext. Es geht hierbei kaum um eine neue Transformationstheorie, wie sie 1990/91 von mehreren Sozialwissenschaftlern gefordert wurde (u.a. Dahrendorf, Giesen und Leggewie, Mayer, Burrichter). Doch es bietet sich die Chance, vorhandene theoretische Analyse- und Erklärungsansätze sowie Konzepte und sozialwissenschaftliche Theorien in einer neuen Forschungssituation kritisch zu prüfen, zu präzisieren und weiterzuentwickeln (vgl. Reißig 1994, Kollmorgen 1995). Daran sollte sich zeigen, ob allein „im Rahmen bisheriger Ansätze, kleiner Modifikationen bekannter Paradigmen“ (Mayntz 1994: 21) das praktisch und theoretisch Neue in diesen Umbrüchen und Transformationsprozessen zu erklären ist. Tatsächlich aber verleibten sich die einzelnen Disziplinen die neuen Untersuchungsgegenstände ein, setzten ihren Theoriebestand aber anhand der neuen Befunde keinem Test aus (Wiesenthal 1999: 50). Wie sich inzwischen aber zeigte, ist allein eine Fortschreibung bisheriger Ansätze nicht ausreichend. Kollmorgen gibt dafür eine plausible Erklärung: „Um solche Fragen (der Prozeßanalysen, der. Verf.) der postsozialistischen Transformationsforschung zu bearbeiten, können nicht einfach die theoretischen und methodischen 'sets' fortgeschrieben werden, die für die westliche Moderne der Nachkriegszeit und deren dominant fluktuativen, sukzessiven, teils kumulativen Wandlungsmodus elaboriert wurden: Gesellschaften im Prozeß 'schöpferischer Zerstörung' können analytisch nicht mit (relativ) strukturstabilisierten Gesellschaften gleichgesetzt werden. Mit anderen Worten: Die bekannten Ansätze sind gegenstandsspezifisch zu überprüfen und dürfen nicht zu einfachen Subsumtionen neuer Erkenntnisobjekte führen.“ (Kollmorgen in Hauser u.a. 1996: 475/476). Bei der Anwendung eingeübter Forschungsansätze und -weisen auf das Objekt der Transformation geht es weder um eine einfache Übertragung noch um ein tabula rasa. Ihre kritische, gegenstandsbezogene Reflexion und Umstellung eröffnet auch neue Horizonte für Theorieentwicklungen. Doch für eine solch kritische Refle-

xion scheint z.Z. in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung noch wenig zu sprechen.

Auch auf makro-sozialer Ebene stellt sich die Frage, ob und wie die klassischen Sozialtheorien mit der Komplexität und dem Neuen der gegenwärtigen Transformation umzugehen vermögen, da es sich bei ihnen ja nicht um spezielle Transformationstheorien handelt.

Auch wenn eine neue, generalisierte Transformationstheorie nicht zu finden ist, und angesichts reichhaltig existierender „Theorienangebote“ nicht erforderlich ist, das Problem der Theoriebildung im „Zeitalter des Umbruchs“ stellt sich. Wenn nicht als Theorie der Transformation, dann aber als „Transformation der Theorien“ (Weiß), was zum Beispiel die Theorien der institutionellen Ordnung und ihre Differenzierungen sowie die komplexen Theorien politischer Steuerung beträfe. Hier könnte es im Prozeß der Transformationsforschung zu neuen theoretischen Prioritäten, empirisch veränderten Perspektiven, neuen konzeptionellen Logiken kommen, auch wenn bislang davon noch wenig zu spüren ist. Vielleicht erbringt eine Bilanz der allgemeinen, über den (ost)deutschen Fall hinausreichende Transformationsforschung hier neue Ergebnisse und Erkenntnisse.

Ende oder Wende in der Transformationsforschung?

Unter den Sozialwissenschaftlern besteht Einigkeit darüber, daß ein wichtiges Stadium der Transformationsforschung abgeschlossen ist. Während die einen wie Klaus von Beyme nun für ein schnelles Ende einer speziellen Transformationsforschung plädieren mit der Option, „ihre verbleibenden Aufgaben dezentralen Einheiten im Routinebetrieb“ zu übertragen (von Beyme 1996: 314), treten andere wie Stefan Hradil (Hradil 1996b), Max Kaase, Rainer M. Lepsius (Kaase/Lepsius 1997), Detlef Pollack (1996), Helmuth Wiesenthal (1999) für ihre Fortführung ein, aber in neuem Rahmen und mit neuen Aufgaben und Orientierungen. Der Verfasser dieses Artikels hat ebenfalls relativ frühzeitig einen Perspektivenwechsel weiterführender Transformationsforschung begründet (Reißig 1995 und 1996).

Das spezielle Forschungsobjekt hat sich noch nicht „verflüchtigt“. Viele Probleme vor allem in den Transformationsstaaten Mittel-Ost-Europas und Asiens harren der Bearbeitung, der Erforschung, auch wenn nach den Systembrüchen des Realsozialismus nun gesellschaftliche Ent-

wicklungen „geregelter“, „übersichtlicher“ und in einigen Ländern erfolgreich verlaufen. „Normalität“ des sozialen Wandels ist das noch nicht, und dieser erlangt vor allem auch im Kontext globaler Umbrüche eine neue Dimension.

Die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung der dritten Generation könnte tatsächlich sowohl in Richtung „Internationalisierung“ als auch „Regionalisierung“ tendieren. Beide Perspektiven schließen sich nicht aus. „Gerade in der Verbindung von international vergleichenden und regional konzentrierten Studien könnte das theoretische Entwicklungspotential der Zukunft liegen.“ (Bulmahn 1996: 26).

Auf alle Fälle „werden die bisherigen Instrumente einer punktuellen, national-staatlich begrenzten, weitgehend unkoordinierten, wissenschaftsimmanenten und kurzfristigen Transformationsforschung kaum in der Lage sein, die Probleme der weitergehenden, durchaus vorgebahnten Transformation mit ihren Koordinations- und Strategieproblemen zu erfassen“ (Hradil 1996: 301).

Notwendig ist eine Wende in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, ein Perspektivenwechsel. Hradil forderte z.B. schon 1996:

„Sie wird erstens vernetzter betrieben werden müssen. Sie wird zweitens längerfristig angelegt sein müssen.

Drittens wird sie internationale Vergleiche vor allem mit mitteleuropäischen Ländern einbeziehen müssen.

Und viertens wird sie sich mittels Handlungsempfehlungen stärker in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis einmischen müssen.“ (Hradil 1996: 300)

Damit wurden nicht nur indirekt Defizite bisheriger Transformationsforschung angesprochen, sondern mehr noch Mängel der deutschen Forschungsförderung insgesamt. Auch zur künftigen Forschungsförderung wurden unter Einbeziehung der Erfahrungen in den neuen Bundesländern Vorschläge für neue Instrumente und Arbeitsweisen unterbreitet. Die inhaltliche und institutionelle Transformation der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung und ihrer Förderung waren und sind angesagt. Erforderlich scheint eine international vergleichende und theoriezentrierte Untersuchung der neuen Problemlagen in den Transformationsgesellschaften Mittel-Ost-Europas, Asiens, Lateinamerikas. Dabei gewinnt die Analyse der Voraussetzungen und Entwicklungspfade „gelingender Transformation“ offensichtlich einen neuen Stellenwert und damit die

Diskussion der alten Frage nach Erfolg und Scheitern großer Reformprojekte unter den heutigen veränderten Kontexten (Wiesenthal 1999).

Der institutionelle Stand der Transformationsforschung in der Bundesrepublik 1999 gleicht jedoch eher einem Auslaufmodell. Die KSPW hat ihre Arbeit 1996 eingestellt. Nach Beendigung des Transformations-schwerpunktes der DFG 1996 ist keines der 24 geistes- und sozialwissen-schaftlichen Schwerpunktprogramme und keiner der ebenso zahlreichen Sonderforschungsbereiche der Transformation gewidmet. Auch für die beiden Transformationsschwerpunkte der Volkswagen-Stiftung war das Ende der Antragsfrist 1999 angekündigt (ebenda). Angesichts des Standes der Transformationsforschung und ihrer institutionellen Förderung spricht im Jahre 2000 mehr dafür, daß das bereits erreichte „Zukunftspotential der Transformationsforschung“ (Hauser u.a. 1996: 302) kaum entwickelt und eher wieder verspielt wird. Das wäre umso bemerkenswerter, als die internationale Transformationsforschung in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte zu verzeichnen hat.

Literatur

- Beyme von, Klaus 1994: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beyme von, Klaus 1995: Verfehlte Vereinigung – verpaßte Reformen? In: Holtmann, Everhard/Sahner, Heinz (Hg.): Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten. Rückwirkungen im Westen. Opladen: Leske+Budrich, 41-68.
- Beyme von, Klaus 1996: Der kurze Sonderweg Ostdeutschlands zur Vermeidung eines erneuten Sonderweges: Die Transformation Ostdeutschlands im Vergleich der postkommunistischen Systeme. In: *Berliner Journal für Soziologie*. Berlin, H. 3, 305-316.
- Bulmahn, Thomas 1996: Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Arbeitspapiere FS III 96-403.
- Hauser, Richard u.a. 1996: Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW). Opladen: Leske+Budrich.
- Hradil, Stefan 1996: Die Transformation der Transformationsforschung. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Berlin, H. 3, 299-303.
- Kaase, Max u.a. 1996: Politisches System. Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW). Opladen: Leske+Budrich.
- Kaase, Max/Lepsius, Rainer M. 1997: DFG: Transformationsforschung. Perspektiven der Forschung und ihrer Förderung. Aufgaben und Finanzierung 1997-2000. Weinheim. VCH Verlag.

- Kollmorgen, Raj 1994: Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformation. In: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 3, 381-396.
- Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hg.) 1996: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Lehmbruch, Gerhard 1993: Der Staat des vereinigten Deutschlands und die Transformationsdynamik der Schnittstellen von Staat und Wirtschaft in der ehemaligen DDR. In: *BISS public*, H. 10, 21-42.
- Lehmbruch, Gerhard (Hg.) 1995: Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Leske+Budrich.
- Linz, Juan.J./Stepan, Alfred (Hg.) 1978: The Breakdown of Democratic Regimes, 4 Bände. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press.
- Lutz, Burkart 1996: Einleitung. In: Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, Berichte der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V. (KSPW). Opladen: Leske+Budrich, 1-16.
- Mayntz, Renate 1994: Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften. In: *BISS public*, H. 13, 21-24.
- Merkel, Wolfgang (Hg.) 1994: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Leske+Budrich.
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Everhard/Segert, Dieter 1996: Die Institutionalisierung der Demokratie. In: Merkel, W./Sandschneider, E./Segert, D. (Hg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen: Leske+Budrich, 9-36.
- Müller, Klaus 1995: Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen. In: Schmidt, Rudi/Lutz, Burkart (Hg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland. Berlin: Akademie Verlag, 1-42.
- Nowotny, Helga 1994: Zu klein für die große Welt. Anmerkungen zur Soziologie in Deutschland. In: *Soziologische Revue*, 3, 245-251.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Phillippe C.: Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press 1986.
- Offe, Claus 1994: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Pickel, Andreas 1995: Die neue ideologische Orthodoxie? Neoliberale Doktrin und ökonomische Transformation. In: *Berliner Debatte Initial*, 6, 106-117.
- Polanyi, Karl 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pollack, Detlef 1996: Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Europa-Universität Viadrina. Arbeitsberichte. Frankfurt Oder.

- Przeworski, Adam u.a. 1995: Sustainable Democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Reißig, Rolf 1993 (Hg.): Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Reißig, Rolf 1994: Transformation - Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: *Berliner Journal für Soziologie*, H. 3, 323-343.
- Reißig, Rolf 1995: Transformationsforschung zum (ost-)deutschen Sonderfall – Blockaden und Chancen theoretischer Innovation. In: *Soziologische Revue*, 18, 147-153.
- Reißig, Rolf 1996: Perspektivenwechsel in der Transformationsforschung: Inhaltliche Umorientierung, räumliche Erweiterung, theoretische Innovation. In: Kollmorgen, Raj/Reißig, Rolf/Weiß, Johannes (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Opladen: Leske+Budrich.
- Reißig, Rolf 1998a: Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven. In: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 2, 301-328.
- Reißig, Rolf 1998b: Ostdeutschland: Am Ende des Systemwechsels – am Anfang einer nachhaltigen Transformation. In: *BISS public*, H. 26, 5-27.
- Reißig, Rolf 2000: Nach dem Systemschock. Transformation im Osten und Wandel der "alten" Bundesrepublik. In: Czada, Roland / Wollmann, Helmut (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik, *Leviathan* Sonderheft 19, Westdeutscher Verlag Wiesbaden, 73-88.
- Rose, Richard et. al 1993: Germans in Comparative Perspective. *Studies in Public Policy* 218. University of Strathclyde.
- Rudolph, Hedwig (Hg.) unter Mitarbeit von Simon, Dagmar 1995a: Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation. WZB-Jahrbuch, Berlin: edition sigma
- Rudolph, Hedwig 1995b: Pläne und Planrevisionen – heute wie früher? In: Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen a.a.O., 9-20.
- Thomas, Michael 1998: Paradoxien in der deutschen Transformationsdebatte. In: *Berliner Debatte Initial*, H. 2/3, 104-116.
- Wiesenthal, Helmut 1995: Die Transformation Ostdeutschlands: Ein (nicht ausschließlich) privilegierter Sonderfall der Bewältigung von Transformationsproblemen. In: Wollmann, Helmut/Wiesenthal, Helmut/Bönker, Frank (Hg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften. Am Ende des Anfangs. *Leviathan*, Sonderheft 15.
- Wiesenthal, Helmut (Hg.) 1996: Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Wiesenthal, Helmut 1999: Erntezeit der Sozialwissenschaft? Die Transformationsprozesse in Osteuropa stellen ein politikwissenschaftliches Paradigma in Frage. In: *humboldt spectrum*, H. 2, 44-50.
- Zapf, Wolfgang 1996: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: *Leviathan*, 24. Jahrgang, 1, 63-77.

Mit dem Ende der abgeschlossenen Epoche beginnt eine neue, aber welche?

Dieter Segert
Berlin

Gestellt ist die Frage, welche Leistungen die Transformationsforschung bisher hervorgebracht hat. Vernünftigerweise scheint man von den Angefragten keine umfassenden Evaluationen, sondern Meinungsäußerungen, Beobachtungen aus dem eigenen Forschungsprozeß, zu erwarten. Das setzt natürlich voraus, daß man seinen Horizont sichtbar macht, indem man sich vorstellt: Ich habe mich in den letzten Jahren mit der Analyse des sich entwickelnden Parteiensystems in verschiedenen Staaten der Region beschäftigt, mit dem Pendeln der Region zwischen Diktatur und Demokratie in diesem Jahrhundert, sowie mit der Geschichte des Staatssozialismus, v.a. in der DDR.¹ Auf dieser Grundlage kann ich mich über Eindrücke äußern.

Die erste Frage, die sich aufdrängt ist die, was überhaupt *Transformationsforschung* sein soll. In der deutschen Diskussion, besonders der, die sich mit dem sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern (abgekürzt bekanntlich: SoPoWa) beschäftigt, ist dies keine Frage, es geht um die Institutionalisierung der Ordnung, die seit 40 Jahren in der größeren deutschen Teilgesellschaft erfolgreich war. Daß bei der Implementierung derart gut erforschter Institutionen nichts wirklich Neues herauskommen kann, war eigentlich klar. Das höchste war die Fragestellung

¹ Vgl. dazu u.a. D. Segert/Cs. Machos: Parteien in Osteuropa - Kontext und Akteure, Opladen 1995; D. Segert: Diktatur und Demokratie in Osteuropa, in Gert-Joachim Glaeßner/ Michal Reiman (Hrsg.): Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997, 197-232; ders.: Auf der Höhe der Zeit? DDR-Reformsozialisten in den sechziger Jahren, in: Wissenschaft-Politik-Recht, Redaktion M. Brie, Berlin: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V., o.J. (1998), S. 6-19; ders.: Eine neue politische Klasse in Ost- und Mitteleuropa?, in: Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, hrsg. durch J. Borchert, Opladen 1999, 482-503.

vom Funktionieren derselben Institutionen in anderen Umwelten als denen, die sie hervorgebracht haben. Ob man allerdings, wie Klaus von Beyme vor einiger Zeit, diese Feststellung auch auf die Analyse der osteuropäischen Transformation übertragen kann, wäre erst noch zu prüfen. Von ihm stammt die skeptische Bilanz, diese hätte kaum eine theoretische These hervorgebracht, "die nicht schon in Ansätzen vor 1989 vertreten worden wäre."² Dagegen kann man vielleicht die Aussage des Herausgebers der *Zeitschrift East European Politics and Societies* Vladimir Tismaneanu setzen: "the historical cycle inaugurated by WWI, the Bolshevik seizure of power in Russia..., and the long European warfare (some call it "European civil war") that followed had come to an end."³

Am Ende eines historischen Zyklus steht ein neuer, wir befinden uns in einer Zeit des Übergangs, was aber kommt danach, was beginnt nun? Und da sollten wir mit dem auskommen können, was bisher an Theorien zur Beschreibung der abgeschlossenen Epoche entwickelt wurde? Oder anders herum: was sollen wir von solchen universellen Theorien halten, die versprechen, alle denkbaren gesellschaftlichen Formen gleichermaßen gut erklären zu können?

Kommt nun die (vorsozialistische) Geschichte zurück? Was auch immer man darunter versteht, für das ehemalige "sowjetische Osteuropa" wäre das keineswegs eine gute Botschaft. Von einigen Ausnahmen abgesehen waren die Staaten dieses Raumes vor 1944/45 europäische Peripherie, Raum einer innereuropäischen Kolonisierung. Mal kamen die Eroberer von Westen, mal von Osten, über Jahrhunderte auch aus dem Süden. Trotzdem gibt es für die erhoffte "Rückkehr nach Europa" (eher wohl als endlich gelungene Ankunft vorstellbar) deshalb eine gewisse Chance auf Realisierung, weil es vorher den Staatssozialismus gab, der dafür das Fundament gelegt hat. Das wäre meine These.⁴ Sie stellt hoffentlich eine gewisse Provokation für den Leser dar. Ich werde diesen Gedanken weiter unten, im Zusammenhang mit den Erfolgen der "kommunistischen Nachfolgeparteien", noch ausführen.

² K. v. Beyme: Theorie der Politik im Zeitalter der Transformation. PVS Sonderheft 26/1995, S. 12.

³ V. Tismaneanu: Reassessing the revolutions of 1989, in: *Journal of Democracy* (10) 1/1999, 69.

⁴ Nur um abzukürzen möchte ich noch einmal eine Arbeit von mir zitieren. In dem Artikel "Was war die DDR?" habe ich dieses Verständnis des Beitrags des Staatssozialismus zum sozialen Wandel etwas weiter ausgeführt, siehe meinen entsprechenden Artikel in *Berliner Debatte Inital* (9) 2-3/1998, S. 15 ff.

Zusammenhang zwischen theoretischem Ertrag und personeller Bilanz der Transformationsforschung

Keine neuen Erkenntnisse mögen aus der Transformationsforschung für diejenigen herausgekommen sein, die nach 1989 in größeren Scharen in die Region eingeflogen sind, um die von ihnen schon immer präferierten theoretischen Konzepte mittels des neuen Materials zu bestätigen. Die originäre Gesellschaft und Geschichte der Transformationsgesellschaften verwandelte sich unter dieser Hand in immer neue *stilisierte Fakten* für den Beleg der eigenen theoretischen Überzeugungen. Von Beyme hat in seinem schon zitierten Artikel⁵ auf eine dieser Richtungen hingewiesen (v.a. Rational-Choice-Approaches), aber das gilt wohl auch für andere Konzepte. Gerade an der Transformations-Forschung hat sich die konjunkturelle Bewegungsform einer Forschung bewiesen, die um knappe Forschungsmittel und Stellen kämpft. Die betreffende Mode ist allerdings schon wieder am Abklingen, so meine Beobachtung seit zwei, drei Jahren. Zurückbleiben die, die sich mit den betreffenden Prozessen auch aus anderen Motiven beschäftigen.

Anders als die „Safariforschung“ kann man die deutsche Osteuropafor- schung einschätzen. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu ihrem Vorteil gewandelt, hat sich den höheren Standards der anglo-amerikanischen Forschung angenähert: sie ist stärker empirisch fundiert, stärker vergleichend geworden. Eine große Gruppe junger Wissenschaftler hat sich dem Gegenstand qualifiziert zu widmen begonnen. Allerdings hat einige Jahre nach dem Ende der "Epoche" nun auch die Bereitschaft der Öffentlichkeit ein Ende gefunden, die Infrastruktur dieser Forschung ausreichend zu finanzieren. Dafür gibt es mehrere Ursachen: zum einen ist es nun möglich, viele Forschungen gemeinsam mit den Kollegen aus den Ländern selbst zu betreiben, so daß die nationale Expertise nicht mehr so dringend ist. Andererseits aber waren offensichtlich viele Stellen der Osteuropa-Forschung vor 1989 ein Nebenprodukt des Kalten Kriegs. Als die Gefahr aus dem Osten fortfiel, schwand auch das öffentliche Bedürfnis, gut über die Gesellschaft der Nachbarn informiert zu sein. Es ist zu hoffen, daß sich dieser Trend nicht ungebremst fortsetzt.

Für die Gesellschaftswissenschaftler aus den östlichen Nachbarstaaten hatte die Transformationsmode des Westens positive und negative Fol-

⁵ Siehe FN 2, S. 17.

gen. Über diese Bilanz wurde auf der Grundlage früherer Veröffentlichungen von Kollegen aus Ostmitteleuropa vor kurzem im *Newsletter Sozialwissenschaften in Osteuropa* eine Diskussion geführt.⁶ Nach 1989 wurden Methoden der Umfrageforschung erstmals (oder: in größerem Umfang als bisher, letzteres gilt zumindest für Polen, Ungarn und Jugoslawien) angewandt, die bisher schwer zugänglichen Archive erschlossen. Das geschah in Kooperation zwischen Ost und West. Ein großer Mangel besteht dabei in der unzureichenden Finanzierung der sozialwissenschaftlichen Forschung in den Ländern selbst, so daß eine wilde Jagd auf die Projektmittel der westlichen Kollegen einsetzte. Langfristige Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit haben sich trotz des Gewinns, der aus der nunmehr möglichen Freiheit der Forschung erwächst, verschlechtert.

Vor allem scheint mir die Arbeit in der Forschung und Lehre in den meisten Ländern für junge Leute unattraktiv zu sein, so daß die Überalterung des wissenschaftlichen Personals vorprogrammiert ist. Auch sind Forschungszusammenhänge zwischen den Kollegen verschiedener Länder aus diesem Raum wenig entwickelt. Immer wieder hört man die Klage, man sehe sich nur noch auf Konferenzen in Berlin oder London, kaum aber mehr in Prag oder Budapest. So gilt (leider) in Mittel- und Osteuropa: es ist besser, in einem westlich finanzierten Forschungsprojekt "ausgebeutet" zu werden, als allein mit den internen Forschungsmitteln arbeiten zu müssen.

Schließlich zu einer letzten Gruppe von Forschern: Die Analyse des "SoPoWa" in den NBL hat ebenfalls keine dauerhafte Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ostdeutschen Sozialwissenschaftler gebracht, obwohl das wohl anfänglich ein Ziel der entsprechenden Kommission gewesen ist. Man muß schon konstatieren, daß es zwar einige Fälle einer Integration von Wissenschaftlern mit einer DDR-Biographie gegeben hat, aber der größte Teil dieser Gruppe heute ausgeschieden ist. Vor allem müssen die von ihnen geschaffenen eigenständigen Institute trotz von Zeit zu Zeit wiederholter positiver Evaluationen ihrer Leistungsfähigkeit inzwischen eher ein Schattendasein führen.

⁶ Vgl. die Übersetzung der ursprünglichen Diskussion in: *Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa/3, Institutionen und Forschungsprojekte 1995/6*, Bonn/Berlin: Verlag IZ Sozialwissenschaften, 1997. Die deutschen Stellungnahmen dazu sind veröffentlicht in: *Sozialwissenschaften in Osteuropa - Newsletter*, Berlin: IZ Sozialwissenschaften, September 1998 (Sonderausgabe zur deutschsprachigen Osteuropaforschung anlässlich des 29. Kongresses der DSG).

Aus dieser Analyse der personellen Bedingungen der Forschung ergibt sich zumindest für denjenigen, der die produktiven Spannungen für die Forschung, die aus einer biographischen Verankerung der Forscher in ihrem Gegenstand erwachsen, für wichtig hält, eine eher zurückhaltende Erwartung gegenüber der zukünftigen Transformationsforschung.

Nachfolgeparteien in Nachfolgegesellschaften als Forschungsgegenstand

Im Verlaufe des Transformationsprozesses waren für die Forscher, die sich mit den politischen Akteuren beschäftigten, zwei Fragen besonders interessant: warum haben die alten Eliten nicht nur keinen Widerstand gegen ihre Entmachtung geleistet, sondern sogar aktiv an dieser mitgewirkt? Was war die Ursache dafür, daß es in einigen Ländern schon bei der zweiten Wahl einen Wiederaufstieg der bankrotten Nachfolgeparteien zur Macht gegeben hat?

Natürlich ist selbst die politikwissenschaftliche Literatur zum Thema der Nachfolgeparteien viel zu umfangreich, als daß sie hier in ihren wichtigsten Ergebnissen vorgestellt werden könnte.⁷ Die Richtung der Analyse allerdings scheint mir klar zu sein: Einzelfallstudien, die die wesentlichen Tatsachen nur zusammentragen, werden durch solche abgelöst, die mittels theoretischer Modelle diesen Einzelfall interpretieren. Vergleichende Studien über die Entwicklung des betreffenden Parteientyps kommen ergänzend hinzu. Dieser Fortschritt war verbunden mit einer Entideologisierung der Sichtweise: nachdem man begann, die Nachfolgeparteien als Parteien wie andere auch anzusehen, konnte man die als zweites gestellte Frage adäquater beantworten. Man mußte zunächst die Angst überwinden, die man gegenüber der alten Nomenklatura und ihrer Macht in sich trug. Die Nachfolgeparteien waren v.a. dann erfolgreich, wenn sie sich grund-

⁷ Um wenigstens auf einige der in den letzten zwei Jahren erschienenen Artikel hinzuweisen, das folgende: M. Orenstein: A genealogy of Communist successor parties in East-Central Europe and the determinants of their success and D. F. Patton: Germany's PDS in comparative perspective, beide in: *East European Politics and Societies*, 3/1999; J.T. Ishigama: "Red vs. Expert": Candidate recruitment and Communist party adaptation in Post-Soviet politics, in: *Party Politics* 3/1998; R. Sakwa: The CDRF and the problem of democratic consolidation in Russia, in: *The Journal of Communist and Transition Politics* 1-2/1998; Henry Kreikenbom: Nachwirkungen der SED-Ära. Die PDS als Katalysator der Partei- und Wahlpräferenzen in den neuen Bundesländern, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1/1998.

sätzlich gewandelt haben, nachdem sie ihr Machtmonopol verloren hatten. Ihr Wiederaufstieg zur Macht wurde in dem Maße möglich, in dem es ihnen gelang, sich als wichtigste Alternative zu den anfangs regierenden anti-kommunistischen Reformern darzustellen, die seitens der Bevölkerung für die Härten des Reformprozesses verantwortlich gemacht wurden. Dort hingegen, wo ihnen diese Rolle seitens anderer Linksparteien – wie in Tschechien durch die historische Sozialdemokratie – streitig gemacht wurde, gelang ihnen dieser Aufstieg nicht. Anders gesagt, die Nachfolgeparteien agierten wie “gewöhnliche Parteien” und waren demzufolge mit den Instrumenten der Parteienforschung gut zu analysieren.⁸

Bezogen auf die PDS, als der deutschen Nachfolgepartei, ist allerdings mit Recht ein Mangel konstatiert worden: sie würde vor allem innerhalb ihrer deutschen Sondersituation, weniger vergleichend mit den anderen Fällen erklärt.⁹ Der hier zitierte Autor vertritt die These, daß die PDS am besten als Regionalpartei zu erklären und insofern besser verstanden wird, wenn man sie u.a. mit der *Legia Nord*, der kanadischen *Reform party* und der schottischen *National party* vergleicht. Mir scheint, daß bisher aber auch die Möglichkeiten des Vergleichs mit anderen osteuropäischen Parteien gleichen Typs noch nicht in ausreichendem Maße genutzt worden sind. Das ist natürlich nur in dem Maße produktiv, wie man sich auf die Merkmale der PDS konzentriert, in denen sie ihre DDR-Vergangenheit mit sich herumträgt – bezüglich der historisch geprägten Wertvorstellungen der Wähler, bezogen auf die Krise, die die Partei auf dem Weg von der Staatspartei zur “normalen Wettbewerbspartei” durchlaufen hat, bezogen auf ihre Mitgliedschaft und die Parteielite. Hierbei geht es allerdings keineswegs nur um Gemeinsamkeiten zwischen den Vergleichsfällen. Der Vergleich zielt, wie man sich auch an anderer Stelle (etwa beim Vergleich von “zwei deutschen Diktaturen”) immer wieder klar machen muß, nicht nur auf die Herausarbeitung von gemeinsamen sondern auch von unterschiedlichen Zügen. Mir scheinen sogar die Unterschiede zwischen zwei verwandten Dingen immer interessanter zu sein als deren Gemeinsamkeiten. Eine eindeutige Besonderheit der ostdeutschen Nachfolgepartei im Vergleich mit den anderen Fällen ist, daß ihre Elite

⁸ Siehe etwa die bisher umfassendste und solideste Analyse der PDS: G. Neugebauer/R. Stöss: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.

⁹ D. F. Patton: open cit., 503 f. “Political scientists have tested specific economic, cultural, and political variables, but they have not engaged in much comparative work, perhaps because German unification is seen by many as a new *Sonderweg*...”

einem Milieu entstammt, in dem die Hoffnungen auf eine Reform des gegebenen Sozialismus noch lange nach dem Jahr 1968 lebendig waren.

Wie überhaupt die Parteienforschung eignet sich auch die Analyse der Nachfolgeparteien dazu, ein unzureichend bearbeitetes allgemeineres Forschungsthema anzugehen: die Frage nach dem Charakter, den Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten der verschiedenen staatssozialistischen Gesellschaften. In der Gegenwart dieser Parteien widerspiegelt sich die unterschiedliche Vergangenheit dieser Gesellschaften, die bisher zu wenig untersucht worden ist. In besonderem Maße trifft das auf die Differenzierungen zu, die sich in den letzten drei Jahrzehnten vor 1989/91 herausgebildet haben. Von Reißig stammt die Feststellung, daß die Analyse der sozialistischen Vergangenheit eine unabdingbare “Voraussetzung für das Verständnis des Transformationsprozesses” ist.¹⁰ Bisher haben die Schablonen des Kalten Kriegs gerade auf diesem Gebiet eine weitergehende Forschung behindert.¹¹

Insgesamt sollte eine historisch orientierte sozialwissenschaftliche Osteuropa-Forschung eine gute Zukunft haben. Vorhin war festgestellt worden, daß die Rückkehr der vorsozialistischen Geschichte nach Osteuropa nicht unbedingt eine gute Botschaft wäre. Und doch lohnt es sich, über diese These nachzudenken. Seit 1989 ist jedenfalls wieder ein erhöhtes Interesse an der “eigenen” Geschichte innerhalb der Öffentlichkeit dieser Länder feststellbar. Seit der Geburt der nationalen Bewegungen des

¹⁰ Rolf Reißig: Perspektivenwechsel in der Transformationsforschung: Inhaltliche Umorientierungen, räumliche Erweiterung, theoretische Innovation, in: Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland - empirische Befunde und theoretische Ansätze (Hrsg. von R. Kollmorgen, R. Reißig, J. Weiß), Opladen 1996, S. 254.

¹¹ Mir bekannte Ausnahmen sind der Artikel von M. Brie über die Typen staatssozialistischer Gesellschaften (M. Brie: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in H. Wiesenhal, (Hrsg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt a.M./New York 1996; interessante Überlegungen zur differenzierten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leistungsbilanz des Staatssozialismus finden sich bei I. T. Berend: Central and Eastern Europe 1944-1993, Cambridge Univ. Press 1996. Gerade die in ihrem theoretischen Anspruch und dem begrifflichen Modell beeindruckende Arbeit von J.J.Linz und A. Stepan (Problems of Democratic Transition and Consolidation in Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore and London 1996) leidet jedoch bezüglich Osteuropas unter einer nur dürftigen Analyse der ausgewählten Fälle und einem begrifflichen Instrumentarium, das seine Herkunft aus den Zeiten der ideologischen Konfrontation nicht verleugnen kann. M.E. ist es unmöglich, mit dem dort entwickelten Begriff des “posttotalitären Regimes” die differenzierte Wirklichkeit dieser Länder adäquat zu erfassen.

19. Jahrhunderts bis zum Ende der Zwischenkriegszeit war in diesem Raum die praktische Wirksamkeit historischer Mythen groß.

Die Diskussion unter osteuropäischen Intellektuellen über "Mitteleuropa" in den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts hat dann bestätigt, daß diese Erscheinung weiter lebt. Vor einer historisch orientierten sozialwissenschaftlichen Osteuropa-Forschung steht nunmehr die Aufgabe zu entscheiden, wo der Spaten angesetzt werden soll, wo sich eine Grabung lohnt, wenn man auf aktuell bedeutsame Befunde stoßen will. Für Italien hat Robert Putnam ein plausibles Modell des Rückbezugs von Unterschieden in der Leistungsfähigkeit heutiger Institutionen auf die historischen Gegebenheiten seit dem Ausgang des Mittelalters entwickelt.¹² In der osteuropäischen Diskussion der 80er Jahre waren die Thesen des Mediavisten Jenö Szücs¹³ über die jahrhundertealten Wurzeln der Mittelstellung Ungarns, Polens und Böhmens zwischen West und Ost bedeutsam. Eine solcherart historische Sozialwissenschaft bietet verlockende Möglichkeiten für die Osteuropaforschung der nächsten Jahre, sie wird aber – das ist meine persönliche Vermutung – eher mit der Geschichte des Staatssozialismus zu tun haben müssen, als mit der des ausgehenden Mittelalters.

Aufgrund der Modernisierung, die sich in der 1989 in Osteuropa gescheiterten Ordnung vollzogen hat, wurden Fähigkeiten und Wertorientierungen produziert, die danach in den verschiedenen Ländern der Region in unterschiedlichem Maße einen zunehmend gleichberechtigten Austausch mit den Ländern des westlichen Europas erlauben. Die Zielvorstellungen, die sich im Laufe des sozialen Wandels bei großen Teilen der Bevölkerung vorwiegend unintendiert von der offiziellen Politik herausgebildet haben, sind eine wichtige Grundlage für die Machbarkeit der "Rückkehr" nach Europa, die – wie schon formuliert – wohl eher einer erstmaligen Ankunft gleichen wird. Insofern scheint mir der Vergleich zwischen Osteuropa und der dritten Welt verfehlt. Die Nachfolgeparteien oder doch Teile der Mitgliedschaft der früheren Staatsparteien sind zumindest in einigen der Staaten (Polen, Ungarn, Slowenien, Slowakei) in diesem Zusammenhang nicht zufälligerweise Motoren der "Transformati-

on" und der europäischen Integration. Sie sind es allerdings nur dann, wenn sie sich in der Periode der politischen Krise des alten Systems von den Teilen der Elite (und der Mitgliedschaft) der Staatsparteien trennen konnten, die eher traditionalistische Positionen vertreten haben. Zu erforschen, wie das geschehen ist, welche Voraussetzungen für solche Differenzierung und den Wandel dieser Parteien in der Zeit vor 1989 geschaffen worden sind, wäre dann schon wieder ein wichtiger Teil einer historisch-komparativen Analyse der staatssozialistischen Gesellschaften.

¹² Robert D. Putnam: *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, New Jersey 1993.

¹³ Siehe J. Szücs: *Die drei historischen Regionen Europas*, Frankfurt a. M. 1990 (ungar. 1983).

Hochschultransformation – Hochschultransformationsforschung – Hochschulforschung

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

Im Zuge der ostdeutschen Systemtransformation fand auch ein Komplettumbau des ostdeutschen Hochschulwesens statt, der in der ersten Hälfte der 90er Jahre das DDR-Hochschulsystem finalisierte. Dieser Umbau wurde flankiert von einer intensiven Begleitforschung und ebenso intensiven zeitnahen Dokumentationsaktivitäten. Die Begleitforschung ordnete sich zwei verschiedenen analytischen Feldern zu: entweder der allgemeinen Transformationsforschung, d.h. der Analyse des ostdeutschen (bzw., in weiterer Perspektive, osteuropäischen) Systemwandels, oder sie wurde betrieben als Hochschul- bzw. Wissenschaftsforschung, d.h. als Forschung über Hochschulen resp. Wissenschaft. Beide Linien sollen hier unter dem Begriff *Hochschultransformationsforschung* zusammengefaßt werden.

Die Hochschulforschung als Forschung über Hochschulen¹ versteht sich nicht als Fach, sondern als gegenstandsbezogener Forschungsbereich. Von außen wird dieser vornehmlich durch Institutionalisierung identifizierbar (und wegen seiner schwachen Institutionalisierungsdichte in Deutschland nur mäßig identifiziert). Intern kann er nicht anders als inter- bzw. polydisziplinär organisiert sein: die wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen empfängt die Hochschulforschung aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft; systematisch ist sie zwischen den strukturell ähnlich verfaßten Forschungsbereichen Bildungsforschung und Wissenschaftsforschung angesiedelt; Schnittstellen weist die Hochschulforschung insbesondere zur Verwal-

tungs-, Rechts- und neuerdings verstärkt zur Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu ähnlich interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Arbeitsmarktforschung.

Nun ist in den Jahren 1990 bis 1995 das ostdeutsche Hochschulwesen innerhalb kürzester Zeit auf genau die Struktur umgestellt worden, die seit Jahrzehnten nächstliegender Gegenstand der (west-)deutschen Hochschulforschung war; zugleich hatte es auch in der DDR Forschung über Hochschulen gegeben. Da liegen die Fragen nahe, welche Verbindungen zwischen Hochschultransformation und Hochschulforschung beobachtet werden konnten, und welche anhaltenden Wirkungen der ostdeutsche Transformationsvorgang auf die nun gesamtdeutsche Hochschulforschung hat. Gefragt werden muß nach institutionellen Konsequenzen und inhaltlichen Erträgen.

1. Institutionelle Konsequenzen für die Hochschulforschung

Konstatiert werden können Gewinne und Verluste. Für beide ist es aus drei Gründen schwierig, säuberlich die Hochschul- von der Wissenschaftsforschung zu trennen:

1. Institutionelle Konsequenzen für die Hochschulforschung

- Zum ersten ließ sich das DDR-Hochschulwesen nur unzureichend ohne die verzweigten Systeme von Akademieinstituten und industriellen Forschungsabteilungen (und deren intersektorale Beziehungen) betrachten.² Deshalb ergaben sich zwangsläufig Vermischungen der Gegenstände von Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

- Zum zweiten hatte die Forschung über Hochschulen in der DDR bestimmte Schwerpunkte: Ihre meisten Ressourcen waren in der Hochschulökonomie gebunden, zu einem wesentlichen Teil war sie Studentenforschung, und durch die weitflächige Vertretung der Hochschulpädagogik hatte sie auch einen pädagogischen Schwerpunkt.

² Ein Umstand, der im übrigen nur unzureichend erklärt ist, wenn er, wie häufig geschehend, auf die Übertragung des sowjetischen Forschungsorganisationsmodells zurückgeführt wird. Nicht nur hatten es die DDR-Hochschulen vermocht, ihren Status als Institutionen auch der Forschung zu verteidigen, so daß Forschung nicht allein an außerhochschulischen Einrichtungen stattfand; ebenso ist die funktionale Differenzierung von Forschungssystemen in Einrichtungen mit und Einrichtungen ohne Ausbildungsaufgaben kein realsozialistisches Spezifikum: konsequenterweise haben auch zwei Fünftel der MitarbeiterInnen der früheren DDR-Wissenschaftsakademie eine Anstellung in neunkonstituierten außeruniversitären Forschungsinstituten (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Blaue-Liste-Institute) gefunden.

¹ im Unterschied zu der auch vorkommenden Begriffsverwendung im Sinne von Forschung an Hochschulen

Viele der Analysen, die diese Horizonte überschritten, fanden dagegen in der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung statt.³

- Zum dritten ließ sich auch die nach-1989er Hochschultransformation nur sehr schwierig völlig getrennt von der gleichzeitigen Transformation des außerhochschulischen Wissenschaftssektors zu analysieren. Daraus resultierten fortgesetzte Überlappungen von Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

Betrachten wir im einzelnen, was die DDR an Hochschulforschung aufbot und was die institutionellen Neuordnungen der Jahre 1990ff. neu entstehen ließen.

1.1. Verluste

Wenn die Verluste betrachtet werden sollen, so ist dies hier im Sinne einer quasi-betriebswirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnung gemeint, listet also alle Positionen auf, ohne weitergehende Bewertungen vorzunehmen. Ob einzelne institutionelle Bastionen der DDR-Hochschulforschung für die Verhältnisse nach 1989 zu groß dimensioniert waren, wissenschaftlichen Elementaranprüchen genügten oder nicht, strukturell inkompatibel waren oder nur die Phantasie der Entscheidungsträger überforderten, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden. (Ersatzweise wird, wo es andernorts solche Erörterungen gibt, in den Fußnoten darauf hingewiesen.)

Die weitflächigste Präsenz von Hochschulforschung in der DDR war in Gestalt der *Hochschulpädagogik* erzielt worden: Sie war an allen Uni-

³ Indem hier die *sozialwissenschaftliche* Wissenschaftsforschung mit einbezogen wird, ignorieren wir in der hiesigen Betrachtung die *Wissenschaftsgeschichte*, die nach 1989 ihre institutionellen Standorte teils behielt (etwa das Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften an der Universität Leipzig oder die wissenschafts- und technikgeschichtlichen Professuren an der TU Dresden und der Bergakademie Freiberg), sie teils verlor (wie die Technik- und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Rostock) und teils neue hinzugewann (etwa das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, nachdem bereits von Anfang 1992 bis Ende 1994 in Berlin ein befristeter „Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie“ unter dem Dach der MPG gearbeitet hatte). Ebenso unberücksichtigt bleibt die *Wissenschaftstheorie*, die in der DDR ohnehin institutionell wie inhaltlich näher der Philosophie als der Wissenschaftssoziologie stand (vgl. als diesbezügliche Bilanz: Reinhard Mocek, Versuch zur Bilanz der Wissenschaftstheorie in der DDR. Entstehung - Inhalte - Defizite - Ausblicke, in: *Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften* H. 22, Dresden 1994, S. 1-30).

versitäten und an zahlreichen weiteren Hochschulen, meist innerhalb der Pädagogik-Sektionen, vertreten.⁴ Anfang der 80er Jahre gab es insgesamt 39 HochschullehrerInnen, die für dieses Gebiet berufen waren; hinzu trat ein entsprechender Unterbau an MitarbeiterInnen.⁵ Heute gibt es Professuren, die für Hochschulpädagogik (oder aber Hochschuldidaktik, wie sich das westdeutsche Pendant nennt) denominiert sind, in Ostdeutschland nirgends mehr. In der Regel gilt das Gebiet als eines, das innerhalb der Erwachsenenpädagogik inhaltlich mit abzudecken ist.

Neben den hochschulpädagogischen Professuren gingen innerhalb der ostdeutschen Hochschulen auch weitere Einrichtungen der Hochschul- und Wissenschaftsforschung verloren, so insbesondere

- an der Humboldt-Universität zu Berlin die *Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation* (WTO), die Diplom-Wissenschaftsorganisatoren (oder wie man heute sagen würde: -manager) ausbildete; sie war ein Konglomerat unterschiedlichster Bereiche von Wissenschaftstheorie und -geschichte über Scientometrie bis Informatik; sie ist 1991 abgewickelt worden;
- kleinere *Forschungsstellen* wie die *für Universitätsgeschichte* an der Humboldt-Universität (die formal innerhalb der Sektion WTO bestand, sich aber auf die Geschichte ihrer Sitz-Universität konzentrierte und die Abwicklung der Sektion auch um drei Jahre überlebte),⁶ das *Laboratorium für Studentenforschung* an der Universität Leipzig⁷ und vergleichbare Einrichtungen etwa an der Hochschule

⁴ Vgl. den Abschnitt „Institutionen und Strukturen der Hochschulpädagogik in der DDR“ in: Jan-Hendrik Olbertz, *Hochschulpädagogik – Hintergründe eines „Transformationsverzichts“*, in: Adolf Kell/J.-H. Olbertz (Hg.), *Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern*, Weinheim 1997, S. 246-284, hier 259-262. Dieser Artikel ist auch die bislang einzige ausführliche Darstellung und kritische Würdigung der DDR-Hochschulpädagogik, die in die (veröffentlichten) Quellen geht. Daneben hatte es im August/September 1990 eine Bestandsaufnahme der DDR-Hochschulpädagogen gegeben, die unter anderem die eigene Fachgeschichte kritisch bewertete: vgl. Zentrale Arbeitstagung Hochschulpädagogik am 31. August und 1. September 1990 in Dresden „Neue akademische Bildungskonzepte und Hochschulpädagogik“, Technische Universität, Dresden o.J. [1991].

⁵ Ebd., S. 261.

⁶ Vgl. die zwischen 1980 und 1994 in 32 Heften erschienenen *Beiträge zur Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin*, komplett aufgelistet in: ebd., Heft 32, Berlin 1994, S. 101f.

⁷ Uta Starke: *Das Laboratorium für Studentenforschung an der Universität Leipzig*, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hg.), *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse*, Berlin 1999, S. 542-549. (Der

für Verkehrswesen Dresden⁸ oder die „Arbeitsgruppe Jugendforschung (Studenten)“ an der TU Dresden.⁹

Ebenso sind einige außeruniversitäre Einrichtungen abgewickelt worden, die sich mit Gegenständen befaßten, die im westlichen Sinne vollständig oder teilweise zur Hochschulforschung zu rechnen wären:

- das *Zentralinstitut für Hochschulbildung* (ZHB) Berlin, eine dem DDR-Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zugeordnete Einrichtung mit 300 MitarbeiterInnen¹⁰ (wobei es hier eine kleine Nachfolgelösung gab, dazu siehe unten bei „Gewinne“);
- das *Institut für Fachschulwesen* in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), gleichfalls dem MHF zugeordnet gewesen (hier befaßte sich bis 1994 noch eine kleine Gruppe als „Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse Chemnitz der Technischen Fachhochschule Berlin“ mit der Organisation und Begleitung von sog. Brückenkursen: mithilfe dieser Kurse konnten AbsolventInnen von DDR-Fachschulen ein FH-Diplom erwerben¹¹);
- das *Zentralinstitut für Jugendforschung* (ZIJ) Leipzig mit seiner Abt. Studentenforschung¹² (hier wurde durch eine befristete Regionalstelle des Deutschen Jugendinstituts München lediglich noch eine Sicherung der Daten und sonstigen empirisch relevanten Unterlagen vorgenommen);
- das *Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft* (ITW) der Akademie der Wissenschaften, das zusammen mit

u.U. mißverständliche Name der Einrichtung ging auf ein ebenso benanntes Institut an der Universität Leningrad zurück, was den Freiraum der universitätsintern nicht unangefochtenen Leipziger Einrichtung wesentlich gesichert habe. Vgl. ebd., S. 543)

⁸ Vgl. Manfred Rochlitz: Meine Kooperation mit dem ZIJ, in: Friedrich/Förster/Starke, *Das Zentralinstitut für Jugendforschung...*, a.a.O., S. 550-555.

⁹ Vgl. Elenor Volprich: Forschungen zu Technikstudenten – in Kooperation mit dem ZIJ, in: Friedrich/Förster/Starke, *Das Zentralinstitut für Jugendforschung...*, a.a.O., S. 532-541.

¹⁰ Vgl. näher zum ZHB Karin Hildebrandt: Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung in der DDR – Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Potentials, in: Kell/Olbertz, *Vom Wünschbaren...*, a.a.O., S. 90-122, hier 93-95.

¹¹ Vgl. Arbeitsgruppe Fernstudienbrückenkurse Chemnitz der Technischen Fachhochschule Berlin (Hg.): *Studieninformation für Ingenieure, Ökonomen, Ingenieurökonomen zum Erwerb des akademischen Grades Diplom (FH)*, Chemnitz 1992.

¹² Vgl. Gustav-Wilhelm Bathke/Kurt Starke: Studentenforschung, in: Friedrich/Förster/Starke: *Das Zentralinstitut für Jugendforschung...*, a.a.O., S. 225-268.

der Akademie aufgelöst wurde¹³ (wobei es, wie beim ZHB, eine kleine Nachfolgelösung gab,¹⁴ siehe dazu unten bei „Gewinne“);

- genannt werden muß schließlich eine Einrichtung, die zwar nicht in Ostdeutschland, sondern in Erlangen angesiedelt war, die gleichwohl in unmittelbarer Folge der ostdeutschen Systemtransformation abgewickelt wurde: das *Institut für Gesellschaft und Wissenschaft* (IGW), ein An-Institut der Universität Erlangen-Nürnberg, dem 1992 die institutionelle Förderung durch das Bundesforschungsministerium gekündigt worden war; das Institut hatte sich in den Jahrzehnten zuvor mit der Erforschung von Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik der DDR und der RGW-Länder befaßt; es gab auch eine Zeitschrift – die *IGW-Berichte* – heraus, deren Erscheinen mit der Abwicklung des Instituts eingestellt wurde.¹⁵

Soweit die institutionellen Verluste. Was nun ist stattdessen entstanden, kann also auf der Seite der Gewinne verbucht werden?

1.2. Gewinne

Hier lassen sich einige Institute und Forschungsgruppen nennen, daneben aber auch wissenschaftlich aktive Vereine, Zeitschriften und Schriftenreihen.

¹³ Vgl. Hansgünter Meyer (Hg.): *25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin*. "Wie zeitgemäß ist komplexe integrierte Wissenschaftsforschung?" Reden eines Kolloquiums, Berlin 1996; Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW) der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.): *Veröffentlichungen 1970–1989 (=Studien und Forschungsberichte H. 31)*, Berlin 1990.

¹⁴ In gewisser Weise kann desweiteren auch der 1992 bis 1994 von der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin unterhaltene „Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie“ als Nachfolgeeinrichtung des ITW gelten, da einige personelle und inhaltliche Kontinuitäten bestanden. Hochschulforscherisch waren die Arbeiten des Forschungsschwerpunkts nicht relevant; vgl. die Tätigkeitsberichte der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte 1992, 1993, 1994, hrsg. von der Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, München.

¹⁵ Vgl. Materialien: IGW-Forschungsprofil. Vorlage für die Gutachtersitzung am 26./27.11.1991 im IGW; Brief des Staatssekretärs im BMFT, Dr. Gebhard Ziller, an den Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V., vom 3.9.1992, in: *IGW-Report 4/1992*, S.125-149.

1.2.1. Institute und Forschungsgruppen

Neugegründete öffentlich finanzierte Einrichtungen mit hochschulforscherischer Relevanz waren und sind:

- die *Projektgruppe Hochschulforschung* Berlin-Karlshorst,¹⁶ institutionell im ZHB wurzelnd, deren Gründung sich wesentlich einer Initiative westdeutscher Hochschulforscher verdankte sowie einem Interesse des Bundesbildungsministeriums, die ostdeutsche Hochschultransformation zu begleiten;¹⁷ 1996 planmäßig ausgelaufen, schloß sich an die Projektgruppe die Neugründung von *HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung* an der Universität Halle-Wittenberg an, dieses nun zusammengesetzt teils aus ProjektgruppenmitarbeiterInnen, teils aus WissenschaftlerInnen anderer Herkünfte, z.Z. mit 13 Beschäftigten, davon 8 ForscherInnen; gesichert werden konnten in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auch die Bestände der Bibliothek des ZHB, darin u.a. eine große Anzahl nicht-buchhändlerischer Literatur (Forschungsberichte, Studien, unveröffentlichte Materialien u.ä.) zum DDR-Hochschulwesen sowie – infolge stark ausgebauter internationaler Schriftentauschbeziehungen des ZHB – umfangliche Forschungsliteratur aus den osteuropäischen Ländern zu deren Hochschulsystemen¹⁸;
- die *Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik* bzw., seit 1997, *Wissenschaftstransformation* am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin; sie wurde Anfang 1992 aus ITW-WissenschaftlerInnen gebildet, umfaßt(e) zwischen fünf und sieben WissenschaftlerInnen und beschäftigte sich zunächst mit vornehmlich statistischen Analysen der ostdeutschen Wissenschaftstransformation; nunmehr

¹⁶ Vgl. Carl-Helmut Wagemann: Die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst. Zur Geschichte einer 'Auf'-Wicklung, in: *Beiträge zur Hochschulforschung* 3/1991, S. 179-184; Gertraude Buck-Bechler: Hochschulforschung in Berlin-Karlshorst, in: *hochschule ost* 5/1994, S. 9-15.

¹⁷ Vgl. Fritz Schaumann: Hochschulforschung und Hochschulinnovation. Erwartungen des Staates und der Hochschulen, in: *HoF-Berichte* 1-2/1997, S. 2-4, hier 2.

¹⁸ Vgl. Kerstin Martin/Rosemarie Kohls: Sammlungen zu den Hochschulsystemen der DDR und Osteuropas. Informationsservice des HoF Wittenberg - Institut für Hochschulforschung, in: *Deutschland-Archiv* 4/1999, S. 712f.

befaßt sie sich vor allem mit der Wissenschaftssystementwicklung in den osteuropäischen Transformationsstaaten;¹⁹

- die *Leipziger Außenstelle der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS)*, die ihren Hauptsitz in Hannover hat; in Leipzig waren in den letzten Jahren zwischen zwei und vier MitarbeiterInnen tätig, wobei der Schwerpunkt auf empirischer Studentenforschung lag und liegt;
- vereinzelt, z.T. an Personen gebunden, sind hochschulforscherisch relevante Initiativen an Hochschulen entstanden: etwa an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften, die neueingerichtete *Professur für Wissenschaftsgeschichte*, die einen zentralen Schwerpunkt auf Universitätsgeschichte legt (jedoch keine Kontinuität zu der früher bestehenden und abgewickelten HUB-Forschungsstelle Universitätsgeschichte aufweist); oder an der Universität Jena ein 1999 gegründetes *Interdisziplinäres Zentrum für Didaktikforschung* mit einem Schwerpunkt auf Hochschuldidaktik; ebenso gibt es an der Universität Rostock eine *Arbeitsstelle für Hochschuldidaktik* als hochschulinterner Dienstleister, im Nebenamt geleitet von der Professorin für Religionspädagogik;
- hochschulforscherisch relevant ist im weiteren die *Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung* mit Sitz in Berlin: als Außenstelle des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. (DIPF) pflegt und erweitert sie diejenigen Bestände, die früher die Bibliothek der DDR-Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) bildeten.²⁰

¹⁹ Vgl. Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, in: *hochschule ost* 5/1994, S. 16-25.

²⁰ Vgl. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (Hg.): Zur Geschichte der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (vormals Deutsche Lehrerbücherei, gegründet 1875), bearb. v. Christa Förster, Berlin 1994; Marion Bierwagen (Hg.): Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Frankfurt a.M. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin. Wiedereröffnung am 2. März 1994. Dokumentation, Berlin/Frankfurt a.M. 1994; Marion Bierwagen/Christian Ritzki (Hg.): Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin. Bestandsverzeichnis. Teil 1: Archiv des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Bearb. v. Ursula Basikow. Teil 2: Archivbestände der ehemaligen Deutschen Lehrerbücherei und der Pädagogischen Zentralbibliothek. Bearb. v. Ursula Basikow u. Marion Bierwagen. 25/16 S., Berlin 1996.

Werden die abgewickelten und neugegründeten Institutionen der ostdeutschen Hochschulforschung sowie ihre Personalstellen saldiert, so ergibt sich für die Mehrzahl der früheren DDR-HochschulforscherInnen eine berufsbiographisch und sozial gravierende Entinstitutionalisierung.²¹

1.2.2. Vereine

Nicht alle indes, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich damit einfach abfinden. Sie schritten zu Vereinsgründungen: als institutionalisierende Gegenstrategie zur Entinstitutionalisierung. Die daraus entstandenen Vereine fungier(t)en ersatzweise als neue quasi-akademische Wirkungsorte – ohne selbstredend mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können. In den Vereinen wurde gleichwohl ein reges und anhaltendes Veranstaltungswesen entfaltet, aus dem dann auch eine Reihe von Publikationen entstand und entsteht. Nicht zuletzt fungierten die Vereine vorrangig in der ersten Hälfte der 90er Jahre als Träger von ABM-Stellen und konnten aus Transformationsforschung-Fonds Drittmittel einwerben. Zu nennen sind hier:

- die *Deutsche Gesellschaft für akademische Bildung* e.V. (DGAB): sie organisierte vornehmlich Hochschulpädagoginnen und -pädagoginnen, konstatierte im Gründungspapier eine „programmatische Nähe“ zur westdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD), wobei dann im Laufe der Zeit die Distanz zur AHD eher gewachsen sei; die DGAB konnte ABM-Stellen unterhalten und Drittmittel einwerben, womit sie „nicht unwesentlich zur Konsolidierung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst beigetragen (hat), die ihrerseits zum Ausgangspunkt der Gründung des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg geworden ist“;²²
- das *Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft* e.V. Berlin (WIFO) betreibt seit 1991 bis 1996 Bildungsforschung auf Projektfinanzierungsbasis, zeitweilig mit bis zu zehn MitarbeiterInnen; dabei lag

²¹ Hildebrandt gibt exemplarisch für die früher 23 Angestellten der Abt. Bildungssoziologie des Zentralinstituts für Hochschulbildung an: „1995...: sechs im Vor- bzw. Ruhestand, einer verstorben, fünf Steuerberater, sechs in Zeitverträgen, zwei mit unbefristeten Verträgen außerhalb der Forschung, zwei arbeitslos und eine Bürgermeisterin“. Hildebrandt, *Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung...*, a.a.O., S. 102.

²² Olbertz, *Hochschulpädagogik...*, a.a.O., S. 275-277.

ein Schwerpunkt seiner Arbeit bis 1996 auf der Untersuchung von Europäisierungsaktivitäten der ostdeutschen Hochschulen (seither befaßt sich WIFO vornehmlich mit Berufsbildungsforschung);²³

- die *Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung* e.V. in Leipzig, die sich wesentlich aus früherem ZIJ-Personal rekrutierte – in Hochzeiten mit 40 ABM- und Projektstellen – und teils Untersuchungen der ZIJ-Studentenforschung fortsetzte;
- der *Wissenschaftssoziologie und -statistik* e.V. (WiSoS) in Berlin, 1991 als ITW-Ausgründung entstanden, der in den ersten Jahren 21 über ABM geförderte MitarbeiterInnen hatte, die zahlreiche Projekte zur Wissenschaftsforschung betrieben und publizierten, nicht nur, aber auch zu Hochschulen;²⁴
- die *Gesellschaft für Wissenschaftsforschung*, gleichfalls 1991 in Berlin gegründet, mit personellen Kontinuitäten zum ITW und zur HUB-Sektion WTO: sie versteht sich im Unterschied zu den anderen Vereinen nicht als institutionelle Plattform für Projektmitteleinwerbungen, sondern als klassische wissenschaftliche Gesellschaft, die fachliche Kommunikation organisiert; die Gesellschaft für Wissenschaftsforschung ist hier vornehmlich der Vollständigkeit halber erwähnt, da Hochschulen in den Projekten ihrer Mitglieder nur ausnahmsweise explizite Gegenstände sind, vielmehr eher implizit vorkommen: innerhalb von Beiträgen zur Wissenschaftsgeschichte, Scientometrie, Forschungspolitik und Technologieentwicklung.²⁵

Die Vereinskonstruktion war für die meisten als Projektträger fungierenden Vereine eher ein pragmatischer Ausweg. Sie waren existentiell auf Fördermittel aus Transformationsforschung-Töpfen angewiesen. Nachdem diese Töpfe erschöpft waren, gingen die Aktivitäten der Vereine stark zurück bzw. führten z.T. zu deren Auflösung.

²³ *Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft* e.V.: [o.T., Präsentationsmappe], Berlin o.J. [1994], o.S.

²⁴ Vgl. Hansgünter Meyer: *Statt eines Vorwortes: Ostberliner Wissenschaftsforschung. Rückblicke auf ihr Potential*, in: ders., *25 Jahre Wissenschaftsforschung...*, a.a.O., S. 5-11.

²⁵ Vgl. das seit 1996 erscheinende, von der Gesellschaft herausgegebene *Jahrbuch Wissenschaftsforschung*.

1.2.3. Zeitschriften und Schriftenreihen

Neben Instituten und Vereinen sind für die wissenschaftliche Kommunikation und öffentliche Ergebnispräsentation entsprechende Publikationsorgane von herausragender Bedeutung. Als die ostdeutschen Journale durch die Grenzöffnung 1989 plötzlich in einen gemeinsamen deutsch-deutschen Marktzusammenhang gestellt wurden, gab es zwar für die meisten Forschungsfelder in der ehemaligen Bundesrepublik bereits eine ausdifferenzierte Zeitschriften-Landschaft. Doch für die Hochschulforschung war diese Landschaft auch in Westdeutschland ausgesprochen überschaubar: gute Voraussetzungen für das Überleben ostdeutscher Periodika und die Neugründung weiterer.

In der DDR hatte das hochschulforscherische Zeitschriftenwesen aus einer Monatszeitschrift und einigen Schriftenreihen bestanden. Die Schriftenreihen wurden von den hochschulpädagogischen Bereichen an den Hochschulen unterhalten (etwa die *Rostocker Beiträge zur Hoch- und Fachschulpädagogik*) bzw. vom ZHB herausgegeben (*Studien zur Hochschulentwicklung* sowie *Berichte und Informationen zur Hochschulentwicklung*) oder waren Gemeinschaftsprojekte (so die Reihe „Hochschulbildung heute“ beim Deutschen Verlag der Wissenschaften). Daneben wird auch aus der Hochschulforschung von den Eigenheiten des Publizierens in der DDR berichtet, wie sie unterdessen aus vielen Fächern überliefert sind.²⁶ So schreibt Manfred Rochlitz, seinerzeit Soziologe an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, über seine entsprechenden Bemühungen:

„Die Mitarbeiter des ZIJ waren ja in ihren Publikationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Ich vereinbarte daher mit dem für solche Aktionen sehr aufgeschlossenen Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Hochschule, nicht nur spezielle Beiträge in der Zeitschrift zu veröffentlichen, sondern die Herausgabe von ganzen Sonderheften zur Jugend- und Studentenforschung zu ermöglichen. Diese Sonderhefte unterlagen keiner politischen Begutachtung durch zentrale Stellen, dies nutzten wir, um Ergebnisse unterzubringen, die anderswo nicht publiziert werden konnten. Einige dieser Sonderhefte gehören m.E. zu den besten und kritischsten Verlautbarungen der Studentenforschung in der DDR...“²⁷

²⁶ Vgl. die Nachweise im Fußnotenapparat in: Peer Pasternack, Normalisierung mit verbleibenden Besonderheiten. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989, in: *Bibliothek – Forschung und Praxis* 1/1999, S. 52-61.

²⁷ Rochlitz, Meine Kooperation mit dem ZIJ, a.a.O., S. 553.

Das wichtigste Organ der Hochschulforschung in der DDR war die seit 1953 monatlich erscheinende Zeitschrift *Das Hochschulwesen*, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen.²⁸ Überlebt hat allen genannten Periodika und Schriftenreihen allein eben dieses *Hochschulwesen*. Es war 1991 im Zuge der (Teil-)Übernahme des Verlages Volk und Wissen an den Luchterhand-Verlag gegangen. Zugleich wurde es mit der westdeutschen Zeitschrift *Hochschulausbildung* fusioniert und ist dadurch auch zum Mitgliederblatt der (zuvor westdeutschen) Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik (AHD) geworden.²⁹

Daneben gab es Neugründungen: *hochschule ost* erscheint seit Oktober 1991, widmet sich schwerpunktmäßig der DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte sowie der aktuellen ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, thematisiert daneben gelegentlich osteuropäische Entwicklungen, transferiert hochschulreformerisches Know-how von West nach Ost wie umgekehrt und erweitert dabei sein Profil ohne Hektik, aber stetig zu gesamtdeutschen Fragen hin. Die Gesellschaft für Wissenschaftsforschung gibt seit 1996 das *Jahrbuch Wissenschaftsforschung* heraus. Dort werden Themen von Wissenschaftsgeschichte über Scientometrie, Hochschulpolitik, Forschungsmanagement und Technologiepolitik bis hin zu Spezialfragen wie Patentwesen verhandelt. Der Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte an der HU Berlin begann 1997, ein *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* zu publizieren.

Im weiteren produzierte zwar nicht periodisch, aber in schneller Folge die Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst (1991-1996) *Projektberichte* – vornehmlich mit quantitativen Erhebungen und Forschungsergebnissen zu Hochschulzugang und Studierneigungen, Studienberatung, hochschulischen Ausbildungsprofilen und Berufungsgeschehen, sämtlich bezogen auf den ostdeutschen Transformationsvorgang, daneben auch Untersuchungen zu Hochschulbeziehungen nach Osteuropa.

Ebenso aperiodisch, doch stetig publiziert WiSoS eine *WiSoS-Schriftenreihe* mit unterdessen 12 Bänden: darin finden sich auch, aber nicht nur hochschulforscherische Beiträge; daneben geht es vor allem um Technologietransfer und Forschungspolitik.

²⁸ Vgl. Olbertz, Hochschulpädagogik..., a.a.O., S. 261f.

²⁹ Vgl. Wolff-Dietrich Webler: Nicht nur fusioniertes, auch vereinigt Hochschulwesen, in: *hochschule ost* 3-4/1997, S. 28-34.

Schließlich kann auch auf die *Brandenburgischen wissenschaftspolitischen Hefte* verwiesen werden, die 1994 bis 1996 vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. herausgegeben wurden, sowie auf *Lomonossow*: diese Zeitschrift wird von der Deutschen Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität e.V. (DAMU) herausgegeben und publiziert Beiträge zur russischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und -entwicklung sowie zu west-ost-europäischen Wissenschaftsbeziehungen.

2. Publikationsflut

„Hochschulforschung schöpft generell Freud und Leid daraus, daß sie besonders kluge und reflektierte Akteure erforscht.“³⁰ Dies galt auch für den ostdeutschen Transformationsvorgang. Es zeigt sich zunächst in einer ungeheuren Publikationsflut zum Umbau des Hochschul- und Wissenschaftssektors – eine Flut, die zumindest insoweit erstaunt, als dieser Sektor nun vergleichsweise gesellschaftlich auch nicht so epizentral angesiedelt ist.³¹

Neben den forschend mit Hochschulen und Wissenschaft Befassten drängten die Träger dreier ganz unterschiedlicher Legitimationsbedürfnisse danach, gedruckt zu werden: Betroffene des Hochschulumbaus, Temporärakteure vorrangig westdeutscher Provenienz sowie Transformationsgewinner wollten Geschichte dokumentieren, Handeln rechtfertigen, Ungerechtigkeiten anprangern, die Unausweichlichkeit von Entwicklungen begründen usw. Wo der abgewickelte Genossenschaftsbauer in der Dorfkneipe (soweit noch vorhanden) räsoniert, wo die arbeitslose Textilarbeiterin resigniert oder vielleicht mit früheren Kolleginnen einen Verein gründet und eine Fotoausstellung über die dreißig Jahre im nicht mehr existierenden Betrieb zusammenstellt, wo der erfolgreiche Unternehmer lieber schweigt über seine Aufbau-Ost-Techniken der Subventionserlangung, da wissen akademische Akteure Druckkostenzuschüsse zu akquirieren und Tagebuchnotizen in dreihundertseitige Argumentationsschleifen zu überführen. Mancher wurde dabei zum „Gelegenheitshochschulfor-

³⁰ Ulrich Teichler: Managementreformen an deutschen Hochschulen. Einige Betrachtungen aus der Distanz, in: Karl Ermert (Hg.), Hochschulmanagement. Perspektiven der „Organisationskultur“ der Hochschulen, Loccum 1998, S. 9-33, hier 10.

³¹ Vgl. Peer Pasternack: Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945–1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–1998, Weinheim 1999.

scher“.³² Dennoch ist nur ein kleinerer Teil der Literatur zur Hochschultransformation der Hochschulforschung zuzurechnen.

Die Publikationsflut zu sortieren, liegen mehrere Wege nahe. Wir werden in drei Schritten vorgehen: Beginnend mit einer Betrachtung der (1) Textsorten, widmen wir uns sodann den möglichen (2) Betrachtungsperspektiven, um schließlich zu einer (3) Würdigung der hochschulforscherisch relevanten Erträge zu gelangen.

2.1. Textsortenvielfalt

Um die Erträge der Hochschultransformationforschung für die Hochschulforschung zu identifizieren, müssen eingangs die wissenschaftlichen von den nichtwissenschaftlichen Bemühungen unterschieden werden. Bei dieser Übung fällt eine beträchtliche Textsortenvielfalt auf. Die umfangreiche Bibliothek zum ostdeutschen Hochschulumbau ließe sich in sieben Regalaufstellern sortieren:

- *politische Meinungspublizistik*: für den Tageszweck produziert und als Zeitdokumente von Interesse;
- *politische Analysen*: methodisch geleitete Beweisführungen normativ-politischer Hypothesen; sie wurden in der Regel auf der Grundlage eines spezifischen Gruppeninteresses formuliert;
- *Dokumentationen/Zeitzeugenberichte*: Betroffene und Akteure legten vielfach schriftlich Zeugnis ab, womit insbesondere das prozeßkennzeichnende Reflexionsniveau und Verwerfungen innerhalb des Hochschulumbaus dokumentiert sind; zu den Dokumentationen im engeren Sinne gehören auch Gesetzessammlungen und statistische Veröffentlichungen;
- *sozialwissenschaftliche Begleitstudien*: z.B. statusgruppen- und geschlechtsspezifische Verbleibsstudien oder bildungssoziologische Transformationsuntersuchungen;
- *sozialwissenschaftliche Distanzanalysen*: sie nähern sich dem Gegenstand aus zeitlicher, geographischer oder kognitiver Distanz, der ostdeutsche Hochschulumbau ist ihnen ein ‘interessanter Fall’;

³² Ulrich Teichler innerhalb einer Typologie, die fünf Formen, Hochschulforschung zu betreiben, charakterisiert: Comparative higher education: potentials and limits, in: ders. (ed.), Special issue on the state of comparative research in higher education (= *Higher Education* 4/1996), S. 431-465, hier 443.

- *historiographische Untersuchungen zu Hochschule & Wissenschaft in der DDR*: sie sind im Transformationszusammenhang hinsichtlich der Beschreibung des zu transformierenden Ausgangszustandes relevant.
- *Belletristik*.

Politische Meinungspublizistik³³ und Belletristik³⁴ sind für unseren Zweck nicht relevant und bleiben deshalb an dieser Stelle unbeachtet. Die anderen genannten Textsorten können inhaltlich nicht durchgehend strikt voneinander abgesetzt werden. Formal jedoch lassen sich die Unterschiede hinreichend bestimmen, um mit der vorgenommenen Kategorisierung arbeiten zu können. So gehen zwar sozialwissenschaftliche Begleitstudien mitunter, ebenso wie die politischen Analysen, von normativ-politischen Hypothesen aus; doch stärker als die politischen Analysen suchen sozialwissenschaftliche Begleitstudien die intersubjektive Überprüfbarkeit ihrer Ergebnisse zu sichern, indem sie das Arsenal empirischer Datenerhebung weitaus gründlicher nutzen.

Mischformen der Textsorten finden sich häufig bei den historiographischen Untersuchungen und bei zahlreichen der Dokumentationen/Zeitzeugenberichte. Diese widmen sich zum Großteil der Hochschule & Wissenschaft in den DDR-Jahrzehnten, d.h. vor unserem Betrachtungszeitraum, der 1989 beginnt. Sie sind deshalb im hiesigen Zusammenhang – über die Beschreibung des Ausgangszustandes hinaus – nur in zwei Fällen relevant: wenn die dort gelieferten Darstellungen auf die Zeit nach 1989 explizit ausgreifen, oder soweit sie eine Spezifik des ostdeutschen Hoch-

³³ Zur Illustration sei ein exemplarischer Titel genannt: Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmässigen Grundrechte und gegen Berufsverbote/Initiative "Weg mit den Berufsverboten" (Hg.): Internationales Hearing: Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa. Am 16. und 17. Januar 1993 in Berlin. Konferenzmaterialien, Berlin 1993. Dieser Band enthält u.a. analytische Beiträge zur Berufsverbotsproblematik und Betroffenenberichte von entlassenen ostdeutschen WissenschaftlerInnen.

³⁴ Hier können genau drei Titel genannt werden, von denen zwei indes mehr im außerhochschulischen Wissenschaftsbereich spielen: die Romane „Im Schatten des Regenbogens“ (Berlin 1993) von Helga Königsdorf, Ostberliner Mathematikprofessorin und Schriftstellerin, „Aufschwung“ (Berlin 1996) von John Erpenbeck, Ostberliner Philosophieprofessor und Schriftsteller, sowie "Ende einer Berufung. Erzählung zur Abwicklung" (Leipzig 1994) von Rudolf Hagem, einem Leipziger Psychologieprofessor (der Autorennamen ist ein Pseudonym, läßt sich aber als *Hans-Georg Mehlhorn*, den Verleger des Bandes und früherer Psychologieprofessor in Leipzig, deuten). Die Hauptfiguren aller drei Bände sind deaktivierte Professoren jeweils des Faches, aus dem auch die Autoren bzw. die Autorin kommen.

schulumbaus berühren, nämlich den Umstand, daß dieser Umbau eng mit Auseinandersetzungen um die Interpretationshoheit über die Vergangenheit verquickt war.

Letzteres ergab sich daraus, daß die Beantwortung der Frage, welcher politische Umgang mit den ostdeutschen Hochschulen angebracht sei, von den meisten Akteuren mit Deutungsmustern zur DDR-Hochschulgeschichte munitioniert worden war: Die Neugestaltung des ostdeutschen Hochschulsystems wurde von den Akteuren entweder in rigoroser Abgrenzung zum vorangegangenen DDR-Hochschulwesen betrieben oder im Versuch der Fortführung als positiv bewerteter Elemente, bisweilen auch im Streben nach einer Mischung beider Anliegen. Damit entstand ein Zusammenhang zwischen den (u.a. wissenschaftlichen) Auseinandersetzungen um die Deutungskompetenz zur DDR-Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte und der aktuellen Gestaltungskompetenz in der ostdeutschen Hochschulpolitik.

Doch nicht nur ein Teil der von vornherein DDR-historiographisch angelegten Literatur ist von diesem Zusammenhang zwischen Deutungs- und Gestaltungskompetenz gekennzeichnet. Umgekehrt ist auch das Schrifttum, das vorrangig den ostdeutschen Hochschulumbau, also die Entwicklung seit 1989 thematisiert, oft vermischt mit narrativen oder methodisch geleiteten Darstellungen zur DDR-Wissenschafts- bzw. Hochschulgeschichte. Dem entspricht, daß in einem Großteil der vorliegenden Literatur wissenschaftliche und politische Urteile vielfach miteinander verschränkt sind. Insbesondere die politischen Analysen übten einen nicht unerheblichen Einfluß auf die normativen Ausgangspunkte resp. Schlußfolgerungen auch der wissenschaftlichen Debatten aus.

Solche politischen Analysen waren zusammen mit Dokumentationen/Zeitzeugenberichten zum Hochschulumbau vor allem anfangs der 90er Jahre in Form von Sammelbänden vorgelegt worden. Daneben finden sich in diesen Kompilationen vielfach historiographische oder Erinnerungsdarstellungen zur DDR – offenkundig, um die Ausgangsbedingungen des Umbaus zu präsentieren –, aber auch politische Meinungspublizistik. Diese Sammelbände liefern aufschlußreiche Einblicke in die seinerzeitige Situation und das damals aktuelle Reflexionsniveau. Nur bedingt konnten sie, selbstredend, zu tagesübergreifender Analyse unseres Gegenstandes

beitragen, abgesehen von z.T. auch schon enthaltenen empirisch fundierten Begleitstudien zum Hochschulumbau.³⁵

Zu erwähnen ist auch, daß sich die Autoren politischer Analysen häufig in einem hermeneutischen Dilemma befanden: Ihre zentrale untersuchungsleitende Motivation ist meist subjektive Betroffenheit; diese Betroffenheit dominiert die Betrachtungen über implizite Annahmen, sozialisationsgesteuerte Ausblendungen und dgl.; das prägt die kognitiven Vorgänge in solcher Weise, daß Objektivierung und damit intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Betrachtungsergebnisse vielfach unmöglich wird. Für unser Thema sind daher vorrangig die sozialwissenschaftlichen Begleitstudien und die sozialwissenschaftlichen Distanzanalysen relevant.

Ferner hatten einige Verbände Tagungsdokumentationen vorgelegt, in denen vornehmlich aus der Sicht des jeweiligen Gruppeninteresses Positionen zum Hochschulumbau formuliert wurden. Ebenso liegen mehrere Kompilationen von aktuellen Zeitdokumenten vor, die teils überregional angelegt und teils auf einzelne Hochschulen bezogen sind.

2.2. Betrachtungsperspektiven

Die uns interessierenden sozialwissenschaftlichen Begleitstudien und Distanzanalysen ließen sich vielfältig nach ihren methodischen Ansätzen, erkenntnisleitenden Interessen, disziplinären Verankerungen, geographischen Autorenherkünften und dergleichen differenzieren. Es finden sich dabei Fallstudien wie Gesamtdarstellungen, disziplinhistorische, institutionengeschichtliche und wissenschaftssoziologische Arbeiten, quantitativ

³⁵ Die wichtigsten dieser Sammelbände sind: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): Wege zu einer deutschen Wissenschaftslandschaft. Konzepte und Perspektiven, Essen 1991; Clemens Burrichter/Eckart Förtsch (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch, Erlangen 1991; Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.): Streitsache: "Abwicklung" in Ostdeutschland, Köln 1991; dass. (Hg.): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln 1992; Friedrich W. Busch/Beate Rütter/Peter-Paul Straube (Hg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft, Oldenburg 1992; Bernhard Muszynski (Hg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven, Opladen 1993; Peer Pasternack (Hg.): IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive, Leipzig 1993; Hilde Schramm (Hg.): Hochschule im Umbruch. Zwischenbilanz Ost, Berlin 1993; Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hg.): Zur Situation der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern, Halle 1994; Gertraude Buck-Bechler/Heidrun Jahn (Hg.): Hochschulerneruerung in den neuen Bundesländern. Bilanz nach vier Jahren, Weinheim 1994.

wie qualitativ orientierte Untersuchungen, Darstellungen externer und interner Autorinnen und Autoren.

Soll die vorliegende Literatur nach ihren Betrachtungshorizonten unterschieden werden, stellen sich folgende Fragen: Wird der Transformationsprozeß auf der Hochschulsystemebene betrachtet? Werden lokale Entwicklungen einzelner Hochschulen in den Mittelpunkt gerückt? Oder finden sich Umbrüche in einzelnen Fächern respektive Fächergruppen dargestellt und untersucht (womit dann auch wieder die hochschulexternen Entwicklungen im ostdeutschen Wissenschaftssektor, vorrangig die Akademieforchung, in das Blickfeld geraten)?

Abseits der auf die Hochschul- (bzw. Wissenschafts-)Systemebene bezogenen Untersuchungen sind zahlreiche Publikationen aus und zu einzelnen Fächern vorgelegt worden.³⁶ Diese lassen bemerkenswerte Unterschiede in der Selbstreflexionsleistung der einzelnen Fächer erkennen. Das Feld kann hiernach in drei Fallgruppen kategorisiert werden:

- Es gibt zum ersten Fächer, für die neuere Darstellungen sowohl zu ihrer DDR-Geschichte wie zum Umbau nach 1989 existieren; Fächer also, in denen die historische Selbstvergewisserung und die öffentliche Debatte des aktuell stattfindenden eigenen Umbaus miteinander verbunden waren – feststellbar vor allem in der Soziologie, der Erziehungs- und der Geschichtswissenschaft.
- Zum zweiten gibt es Fächer, die sich intensiv der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer DDR-Geschichte gewidmet und zugleich eine begleitende Analyse ihres nach-1989er Umbaus sorgfältig vermieden haben – das betrifft vor allem die Philosophie sowie die Sprach- und Literaturwissenschaften.
- Zum dritten schließlich finden sich solche Fächer, für die weder DDR-wissenschaftsgeschichtliche noch umbauanalytische Arbeiten vorliegen – in den Sozial- und Geisteswissenschaften wären hier mehrere der sog. Kleinen Fächer zu nennen, was u.a. ein Kapazitätsproblem sein mag, und fast komplett zählen die Naturwissenschaften in diese Kategorie (nicht hingegen die akademische Medizin).³⁷

³⁶ Diese sind übersichtlich erschlossen im Teil B. der Bibliographie Pasternack, Hochschule & Wissenschaft..., a.a.O., S. 293-469.

³⁷ Ausführlich sind die Differenzen dieser drei Gruppen mit Beispielen und Belegen dargestellt in: Peer Pasternack, Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, in: *Comparativ* 4/1998, S. 91-102, nachgedruckt in: ders. (Hg.), Eine nachholende Debatte. Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97, Leipzig 1998, S. 180-192.

Uns nun interessiert hier vornehmlich eine Frage: Was kann als Ertrag der Hochschultransformationsforschung im allgemeinen und für die Hochschulforschung im speziellen bilanziert werden? Zu fragen ist, ob sich neben oder in den elaborierten *Beschreibungen* auch ambitionierte *Erklärungen* für den ostdeutschen Hochschulumbau finden – Erklärungen, die deren Verlauf und ihre Ergebnisse auf diskutierbare Begriffe bringen, theoretisch anschlussfähig sind oder/und über den gewiß singulären ostdeutschen Vorgang hinaus unser Wissen erweitern: etwa zu Steuerung(smöglichkeiten) von Hochschulentwicklung, zur Funktionsweise von Wissenschaft als Sozialsystem, zur Implementation von Innovation in Großorganisationen, aber auch zu Umbrüchen gesellschaftlicher Ordnungen.

In dieser Perspektive betrachtet schrumpft die relevante Literatur rasch auf ein überschaubares Maß zusammen.

2.3. Hochschulforscherisch relevante Erträge

Der sozialwissenschaftlichen Forschung zum ostdeutschen Hochschulumbau sind zunächst arbeitsmarktorientierte bzw. Verbleibsstudien zuzuordnen. Eine Reihe von Untersuchungen zielt(e) auf die Beantwortung geschlechtsspezifischer Fragestellungen. Was das Ausmaß der empirischen Durchleuchtung betrifft, sind die Studierenden recht bald und mittlerweile uneinholbar zur besterforschten Gruppe innerhalb der gesamten ostdeutschen Partialpopulation geworden.³⁸ Stärker auf theoretische Erklärungen sind Arbeiten aus der Institutionenforschung aus. Sie analysieren, organisations- und implementationstheoretisch inspiriert, die komplexen Prozesse der Entscheidungserzeugung und -umsetzung innerhalb des Hochschulumbaus.

Die wesentlichen im engeren Sinne wissenschaftlichen Beiträge zur Analyse des ostdeutschen Hochschulumbaus kommen aus unterschiedlichen Disziplinen und Forschungsbereichen, die sich z.T. festen Institutionalisierungen zuordnen lassen:

(1) Wissenschaftssoziologische, insbesondere potentialtheoretisch orientierte Untersuchungen legte fortlaufend die *Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik* am WZB in Berlin vor. Diese Gruppe untersuchte vornehmlich am Prozeß der Herausbildung eines einheitlichen deutschen

³⁸ Vgl. Pasternack, Hochschule & Wissenschaft... Bibliographie..., a.a.O., S. 147-163.

Wissenschaftssystems die Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der Ressourcenströme als wichtigem Instrument der Fremd- und Selbststeuerung von Wissenschaft einerseits und der strukturellen Dynamik des Wissenschaftssystems auf der Makro-, Meso- und Mikroebene andererseits. Dazu wurden wesentlich (neben auch anderen Gegenständen) Veränderungen des Wissenschaftspotentials in Ostdeutschland untersucht, wobei sich sowohl die universitäre, außeruniversitäre wie die Industrieforschung berücksichtigt finden.³⁹

Die dabei entstandenen Arbeiten fallen sowohl unter das Rubrum Begleitforschung, wie sie auch stets weitergehende theoretische Erträge für die wissenschaftssoziologische Forschung anzielten.⁴⁰ Die hauptsächlichsten Ergebnisse dieser Untersuchungen sind, soweit sie die Hochschulen betreffen, in der Publikation „Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik“ zusammengefaßt.⁴¹

Der Autor gelangt dort auf der Grundlage einer empirischen Ressourcen- und Potentialanalyse zu der Aussage: „Die Zielstellung, in den ostdeutschen Ländern ein gegenüber den westdeutschen kleineres, aber in seinen Strukturen ebenbürtiges Abbild zu schaffen, geht an wichtigen Gegebenheiten vorbei“. So sei es dahin gekommen, „daß man eine erste Phase von Strukturbrüchen und Personalauswechslungen statt für einen Start für die Essenz von Erneuerung hält.“ Dabei habe man jedoch zunächst nur eine neue Bewegungsrichtung eröffnet, „nicht mehr“. Die Fehldeutungen folgten einer Zieldichotomie des ostdeutschen Hochschulumbaus: zum ersten die Ausdehnung des Hochschulwesens der westdeutschen Länder auf die ostdeutschen, d.h. im eigentlichen kein Transformations-, sondern eine Transferprozeß; zum zweiten eine nachträgliche funktionale Politisierung der Hochschulen – in den Worten Meyers:

„Das ostdeutsche Hochschulwesen, statt es von den politischen Vereinnahmungen des DDR-Regimes zu befreien, wurde nachträglich politisch überwölbt:

³⁹ Vgl. Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Bericht 1992 - 1993, Berlin 1994, S. 218-225.

⁴⁰ Hansgünter Meyer: Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom, Berlin 1995.

⁴¹ Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin 1993.

*Es wurde als wissenschaftliches System verworfen, und es wurde als Verortung einer abzuschaffenden wissenschaftlichen Elite wahrgenommen.*⁴²

Hinzu sei getreten, daß die Akteure dem Hochschulumbau kein orientierendes Potentialkonzept oder Kapazitäten-Modell beigegeben hatten (was durch den Flächenbezug nicht hinreichend substituiert habe werden können). So lasse sich zusammenfassend sagen, daß

„die Kompatibilität der im Verlauf der 90er Jahre sodann erneuerten ostdeutschen Hochschulen mit den Hochschulen der westdeutschen Länder nicht kapazitatativ und nicht strukturell ausgelegt sein wird, sondern 'nur' ordnungspolitisch, d.h. vor allem durch Nachgestaltung des föderalen Prinzips, das die Wissenschaftsministerien in den Ländern zu den maßgeblichen Entscheidungsgremien macht, und durch die auf deren Akzeptanz gegründete Anpassung der neuen Länder-Hochschulgesetze an das altbundesdeutsche Hochschulrahmengesetz. // Insofern damit auch die innere Verfaßtheit der Hochschulen mitbetroffen ist..., kann man... sagen, daß es in Teilbereichen eine strukturelle Kompatibilität der Hochschulen der westdeutschen Ländern mit denen in Ostdeutschland geben wird.“⁴³

(2) Inhaltlich den Beiträgen aus der WZB-Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik ähnlich sind diejenigen aus dem *Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V.* Berlin (WiSoS). Dieser Verein überschneidet sich auch personell mit der WZB-Forschungsgruppe und legte u.a. empirisch fundierte Arbeiten zur Mittelbau-Entwicklung an ostdeutschen Hochschulen vor. Daneben wurde hier ein Schwerpunkt auf die Untersuchung des Zusammenhangs von Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung gesetzt.⁴⁴

(3) Empirische Hochschulforschung mit besonderer Betonung quantitativer Erhebungen betrieb die *Projektgruppe Hochschulforschung* Berlin-Karlshorst (1991-1996). Die dort erarbeiteten Studien sollten zumeist politischen und administrativen Beratungsbedarf befriedigen. Adressaten waren insbesondere das Bundesbildungsministerium und die hochschulpolitischen Akteure auf Länderebene.

⁴² Ebd., S. 71-73.

⁴³ Ebd., S. 80.

⁴⁴ Die Ergebnisse wurden in der unregelmäßig erscheinenden Schriftenreihe des Vereins veröffentlicht. Vgl. für unseren Kontext insbesondere Klaus Klinzing (Hg.): *Der universitäre Akademische Mittelbau. Arbeitsaufgaben – Beschäftigungsverhältnisse – Arbeitsbedingungen. Zur Situation an Berliner Universitäten*, Berlin 1996, und Hansgünter Meyer/Helmut Steiner (Hg.): *Wissenschaft und Politik – Diskurs. Kolloquien-Beiträge zu aktuellen Problemen der F&T-Politik*, Berlin 1998.

In den Studien der Projektgruppe wurden ostdeutsche Entwicklungen verdichtend dokumentiert und prognostiziert, so zu hochschulischen Ausbildungsprofilen, studentischem Nachfrageverhalten, Hochschulzugangsentwicklung, Studienberatungs- und Studentenbetreuungskonzepten, Studierverhalten, Übergangsprozessen von AbsolventInnen in die Berufstätigkeit, zum personellem Wandel an den ostdeutschen Hochschulen und zu deren Wissenschaftsbeziehungen nach Mittel- und Osteuropa. Daneben wurden als Querschnittsproblematik frauenspezifische Fragestellungen bearbeitet.⁴⁵ Die Forschungsergebnisse der Projektgruppe waren fortlaufend in *Projektberichten* und 1997 in einem umfänglichen „Handbuch zur Hochschulerneuerung“ zusammenfassend veröffentlicht worden.

Dieses Handbuch widmet sich in acht Einzelstudien einer empirisch-analytischen Bilanzierung des Umbaus. Mitherausgeberin Buck-Bechler unterscheidet drei Phasen der in den Blick genommenen Vorgänge: (a) Phase des demokratischen Aufbruchs von Herbst 1989 bis Herbst 1990; (b) Phase der Angleichung von Herbst 1990 bis Ende 1993/94; (c) Phase der Konsolidierung seit 1994. Zusammenfassend stellt sie fest,

„daß in einer unvergleichlichen Umgestaltungsleistung bei laufendem und erweitertem Studienbetrieb die Rechtseinheit im gesamtdeutschen Hochschulwesen hergestellt und ein Hochschulsystem nach dem Modell der alten Länder in den neuen Ländern aufgebaut worden ist. Dabei wurden mit allen Vorzügen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung auch wesentliche Mängel des altbundesrepublikanischen Systems übernommen.“⁴⁶

(4) Untersuchungen zu geschlechtsspezifischen Fragestellungen, etwa zu Verbleib und Beschäftigung ostdeutscher Wissenschaftlerinnen, vernetzte das *Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung (ZiF)* an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Ergebnisse werden unter anderem fortlaufend in dem regelmäßig erscheinenden *ZiF Bulletin* publiziert.

⁴⁵ Vgl. dazu das Heft 3/1993 der Zs. *Beiträge zur Hochschulforschung*, hrsg. vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, München 1993, das Beiträge von MitarbeiterInnen der Projektgruppe Hochschulforschung enthält, in denen sie die Ergebnisse ihrer jeweiligen Forschungsprojekte fokussiert auf das Thema "Frauen in der Ost-Wissenschaft/ostdeutsche Akademikerinnen" referieren.

⁴⁶ Gertraude Buck-Bechler: *Das Hochschulsystem im gesellschaftlichen Kontext*, in: dies./Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.), *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung*, Weinheim 1997, S. 11-45, hier 43.

Hinzuweisen ist daneben insbesondere auf den Sammelband „Ausgegrenzt und mittendrin“ als zwischenbilanzierendem Überblick,⁴⁷ insbesondere die Präsentation von Ergebnissen des ZiF-Forschungsprojekts „Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß“.⁴⁸ Anke Burkhardt leistete verdienstvolle Untersuchungen des ostdeutschen Berufungsgeschehens in geschlechtsspezifischer Perspektive,⁴⁹ und Karin Zimmermann setzte dies ambitioniert theoriegeleitet fort: sie lieferte eine geschlechtsspezifische, netzwerk- und machtanalytische Untersuchung zur Personalrekrutierung in der Umstrukturierung.⁵⁰ Darüber hinaus ist die Gleichstellungsarbeit im Hochschulumbau vielfältig⁵¹ untersucht worden.⁵²

Die wichtigsten Ergebnisse der geschlechtsspezifischen Untersuchungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der ostdeutsche Hochschulumbau ist für Frauen zwar „besser als befürchtet“, aber „schlechter als erhofft“ – so die Formulierung von Burkhardt in ihrer Untersuchung des Berufungsgeschehens – gelaufen. Doch habe das „besser als befürchtet“

⁴⁷ Marlies Arndt/Magdalene Deters/Gabriele Harth/Gabriele Jähnert/Johanna Kootz/Birgit Riegraf/Manuela Roßbach/Karin Zimmermann (Hg.): *Ausgegrenzt und mittendrin*. Frauen in der Wissenschaft, Berlin 1993.

⁴⁸ Christina Felber/Krishna Mont/Sabine Röhl: Zur Situation von Wissenschaftlerinnen im Transformationsprozeß der Universitäten und Hochschulen in Ost-Berlin und im Land Brandenburg. Ein Vergleich mit dem männlichen Wissenschaftspotential, in: Arndt et al., *Ausgegrenzt und mittendrin...*, a.a.O., S. 57-70; vgl. auch den Abschlußbericht des Projekts: Vrita Baume/Christina Felber, *Hochschulfrauen zwischen Wende und Erneuerung. Karrierechancen oder unaufhaltsamer Abstieg. Ein Wissenschaftlerinnenreport*, Berlin 1995; vgl. auch Vrita Baume/Christina Felber/Sabine Röhl: „Ich möchte ein ganzes Leben“. Zu Diskriminierungserfahrungen von Wissenschaftlerinnen (Ost) im Transformationsprozeß der Hochschulen, in: Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung der Humboldt-Universität Berlin (Hg.), *Unter Hammer und Zirkel. Frauenbiographien vor dem Hintergrund ostdeutscher Sozialisationserfahrungen*, Pfaffenweiler 1995, S. 89-102.

⁴⁹ Anke Burkhardt: „Besser als befürchtet – schlechter als erhofft“. Zum Stand des Berufungsgeschehens an ostdeutschen Hochschulen aus Frauensicht, in: *hochschule ost* 2/1995, S. 107-121.

⁵⁰ Karin Zimmermann: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in: Falk Bretschneider/Peer Pasternack (Hg.), *Akademische Rituale. Symbolisches Handeln an Hochschulen*, Leipzig 1999, S. 171-195; ausführlicher dazu dies.: *Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Paßfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen*, Berlin 2000.

⁵¹ Die empirisch gehaltvollste Analyse lieferte Helga Adler: Gleichstellungsarbeit im Umstrukturierungsprozeß ostdeutscher Universitäten. Instrument oder instrumentalisierte Ohnmacht?, in: *hochschule ost* 4/1996, S. 127-157.

⁵² Die genannten Publikationen repräsentieren das Themenspektrum in diesem Untersuchungsfeld. Zur Vervollständigung der Bibliographie vgl. Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft... Bibliographie...*, a.a.O., S. 140-146.

seine Ursache nicht darin gehabt, daß die Akteure vor Ort eine besondere Sensibilität für geschlechtsspezifische Problemlagen entwickelt hätten. Vielmehr sei es Nachwirkungen der DDR, etwa dem höheren Professorinnenanteil, und einer hohen Bereitschaft zu Mobilität und Fortbildung bei Wissenschaftlerinnen zu verdanken gewesen. Im übrigen beziehe sich das „besser als befürchtet“ auch nur auf eine projektive Übertragung der westdeutschen Verhältnisse auf Ostdeutschland. Im ganzen hätten die Frauen an den Hochschulen die strukturellen Einschnitte überdurchschnittlich zu tragen gehabt.⁵³

Eine zusammenfassende geschlechtsspezifische Bilanz des ostdeutschen Hochschulumbaus steht nach wie vor aus. Erklären dürfte sich das wohl nicht zuletzt aus der häufig prekären institutionellen Ansiedlung der entsprechenden Projekte.⁵⁴

(5) Empirische Erhebungen zu den Rahmenbedingungen und insbesondere zu den Wirkungen des ostdeutschen Hochschulumbaus auf die Studierenden unternahm das *Hochschul-Informationssystem (HIS)* Hannover, das auch eine Außenstelle in Leipzig unterhält. Ähnlich der Projektgruppe Hochschulforschung in Berlin zielten die HIS-Untersuchungen vorrangig darauf, politischen und administrativen Beratungsbedarf zu befriedigen. Die Adressaten der an dieser Stelle interessierenden Analysen waren vorwiegend Hochschulpolitiker des Bundes und der Länder sowie Hochschulverwaltungen.

Zum Teil wurden durch HIS bereits laufende Untersuchungen auf das ostdeutsche Siedlungsgebiet ausgedehnt (Studienanfängerbefragungen, regionale Mobilität von Studierenden, Studienfachwahl und dgl.), z.T. auch gesonderte Erhebungen durchgeführt (Studienanfängerprognosen, Studienbefindlichkeit u.ä.).⁵⁵

(6) Mehrere umfänglich angelegte, organisationssoziologisch und implementationstheoretisch orientierte Projekte zum ostdeutschen Wissenschaftsumbau hatte das *Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung*

⁵³ Anke Burkhardt: „Besser als befürchtet...“, a.a.O., S. 107.

⁵⁴ Vgl. dazu die Beiträge des Themenschwerpunkts „Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns“ in: *hochschule ost* 3/1996.

⁵⁵ Vgl. dazu überblicksweise die jährlich herausgegebenen HIS-Jahresarbeitsberichte, desweiteren die fortlaufend erscheinenden *HIS Kurzinformationen* und die Schriftenreihe des *HIS Hochschulplanung*.

Köln während eines mehrjährigen Forschungsprogramms realisiert. Diese theoriegeleiteten Arbeiten wurden ohne unmittelbaren Verwertungszweck unternommen.

Neben drei im hochschulforscherischen Kontext weniger interessierenden Untersuchungen zur DDR-Akademie der Wissenschaften⁵⁶ und zu den osteuropäischen Forschungssystemen⁵⁷ betraf eines der Projekte auch die Hochschulen. Renate Mayntz hatte beteiligte Akteure und Wissenschaftler – was bei einigen zusammenfiel – zu einem Projekt eingeladen, das dann unter dem Titel „Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß“ veröffentlicht wurde.⁵⁸

Im Ergebnis der dort geleisteten Fallstudien werden vornehmlich exogene Reformprozesse diagnostiziert, wofür zunächst die Akteurskonstellation verantwortlich gewesen sei. Das Fehlen einer „entschlossenen und durchsetzungsfähigen Erneuerungsgruppe“ habe Außeninterventionen erforderlich gemacht.⁵⁹ Trotz extremer Überforderung hätten die Landesregierungen, innerhalb derer zugleich nicht selten verschiedene Ziele verfolgt wurden, keinen Steuerungsverzicht geleistet. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit der Universitäten sei „durch die unkoordinierte Pluralität der auf sie einwirkenden externen Akteure nicht wesentlich gemildert“ worden.⁶⁰ Eine differenzierte Einschätzung der wesentlichen hochschulpolitischen Akteure (BMBW, KMK, Fakultätentage und Fachverbände, HRK, Wissenschaftsrat und Hochschulstrukturkommissionen) kommt zu der Bewertung:

„alle alt-bundesdeutschen Akteure (handelten)... im Sinne ihrer etablierten funktionellen Identität: Sie verfolgten dieselben Ziele bzw. nahmen dieselben Aufgaben wahr wie immer. [...] Das Ergebnis mußte die oft konstatierte Tendenz zum Institutionentransfer sein.“⁶¹

⁵⁶ Renate Mayntz: Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, Frankfurt a.M./New York; Hans-Georg Wolf: Organisationsschicksale im deutschen Vereinigungsprozeß. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR, Frankfurt a.M. 1996.

⁵⁷ Renate Mayntz/Uwe Schimank/Peter Weingart (Hg.): Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme. Länderberichte, Opladen 1995.

⁵⁸ Renate Mayntz (Hg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M./New York 1994.

⁵⁹ Renate Mayntz: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: dies., Aufbruch und Reform..., a.a.O., S. 283-312, hier 301.

⁶⁰ Ebd., 295.

⁶¹ Ebd., 293f.

Gegen die an dieser Tendenz vielfach geäußerte Kritik stellt Mayntz fest: Es sei zu einer konservativen Zieldefinition gekommen, deren Verfolgung zwar für Ostdeutschland „einen kurzfristig zu bewerkstelligen, radikalen Wandel“ bedeutete. Doch hätten für eine umfassende, d.h. darüber hinaus gehende Reformanstrengung „alle wesentlichen Voraussetzungen“ gefehlt. Diese Anstrengung hätte

„einen entsprechenden Reformwillen und ein Reformkonzept vorausgesetzt; bei fehlendem Konsens unter den direkt und indirekt (über ihr Widerstandspotential) an einer solchen Reform Beteiligten hätte es eines durchsetzungsfähigen dominanten Akteurs bedurft, der die Reform planen und ihre Implementation sichern konnte. Die bloße Tatsache, daß das bundesdeutsche Hochschulwesen vor der Vereinigung als eminent reformbedürftig galt, genügte nicht, da unter den wichtigsten Entscheidungsbeteiligten kein Konsens über die zentralen Ursachen der Mängel, über die Reformziele und über die zu ergreifenden Maßnahmen bestand.“⁶²

(7) Ein weiteres aufwendiges Forschungsprogramm hatte eine Arbeitsgruppe namens „Wissenschaften und Wiedervereinigung“ 1994-97 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) realisiert. Sie diagnostizierte 1994 eine Forschungslücke hinsichtlich „der kognitiven Dimensionen der Wissenschaften im Vereinigungsprozeß“.⁶³ Daher wollte sie „Fragen nach dem paradigmatischen Zuschnitt und den theoretisch-methodischen Orientierungen der Wissenschaften in den Vordergrund“ rücken und nach dem Schicksal wissenschaftlichen Wissens unter der Bedingung des abrupten politischen Wandels fragen. Indem sich diese Problemstellung auf die ostdeutsche Wissenschaft in Gänze bezog, überschreiten die dort vorgelegten Ergebnisse naturgemäß den engeren Bereich des Hochschultransformation und folgen einer erweiterten Perspektive auf den Wissenschaftsumbau, d.h. zuvörderst unter Einbezug der Akademieforschung.

⁶² Ebd., 308f.

⁶³ Jürgen Kocka: Einleitung, in: dies./Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin 1998, 7-19, hier 10. Neben diesem großen Projektabschluss-Band sind die Arbeitsgruppen-Forschungsergebnisse zu zwei der dort verhandelten Disziplinen noch ausführlicher in gesonderten Publikationen veröffentlicht: vgl. Wolfgang Fratzscher/Klaus-Peter Meinicke (Hg.): Verfahrenstechnik und Wiedervereinigung, Berlin 1997, und Wolf Hagen Krauth/Ralf Wolz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Asien- und Afrikawissenschaften im Umbruch, Berlin 1998.

Formuliert worden war ein anspruchsvolles Forschungsprogramm, das sich nicht zuletzt aus den Defiziten bisheriger Untersuchungen legitimierte:⁶⁴ gerade vor diesem Hintergrund muß das Ergebnis aber als hochproblematisch bezeichnet werden. Auf systematische begriffliche Klärungen wird verzichtet. Was die untersuchungsleitenden „kognitiven Dimensionen“ sind, bestimmt jeder der beteiligten Autoren auf je eigene Weise. Wissenschaftstheoretische und -soziologische Kenntnisse haben sich die Projektbeteiligten augenscheinlich unter dem leitenden Gesichtspunkt der Zufälligkeit angeeignet.

Hier scheint passiert zu sein, was in der Transformationsforschung generell häufig zu beobachten war: Prominente Projektleiter möchten es nicht verpassen, auch in diesem Themenfeld präsent zu sein, zumal dafür gerade besonders günstig Mittel zu akquirieren sind; sie skizzieren zu diesem Zweck ein ambitioniertes Untersuchungsprogramm, können dann jedoch dessen Umsetzung aufgrund anderer Beschäftigungen – die wiederum unmittelbar mit ihrer Prominenz zusammenhängen – nur am Rande begleiten; daher bleibt das Projekt im Bearbeitungsverlauf inkonsistent, was den Projektleitern gleichwohl erst am Ende unabweisbar deutlich wird; daraufhin versuchen sie, die Integration der Teilprojekte in abschließende Kommentierungen zu verlegen, wobei die Projektleiter davon ausgehen, daß ihnen dafür schon irgend etwas Kluges einfallen werde. Jürgen Kocka z.B. ist dann auf S. 435 eingefallen, daß „Staat, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur... in der DDR keine funktionale Selbständigkeit (besaßen), sondern... dem politischen Führungsanspruch der Zentrale unterworfen“ waren, um auf S. 455 den gegenteiligen Einfall zu haben: „Die Grenzen der diktatorischen Durchdringung der Gesellschaft zeigen sich mithin gerade im Fall der Wissenschaften sehr deutlich.“⁶⁵

Das Erklärungspotential solcher Aussagenkombinationen ist selbstredend beschränkt. Das aufbereitete Material bietet gleichwohl Beschreibungen, die weiterführende Untersuchungen erheblich erleichtern können. Ähnlich wie die Karlshorster Projektgruppe Hochschulforschung war auch die BBAW-Arbeitsgruppe zu der Auffassung gelangt, daß die Trans-

⁶⁴ Vgl. die Projektbeschreibung „Arbeitsgruppe: Wissenschaften und Wiedervereinigung“, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: Jahrbuch 1994, Berlin 1995, S. 401-416, und den Projekt-Zwischenbericht in dies.: Jahrbuch 1996, Berlin 1997, S. 235-244.

⁶⁵ Jürgen Kocka: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Kocka/Mayntz: Wissenschaft und Wiedervereinigung..., a.a.O., S. 435-459.

formation kaum beschreibbar sei, ohne sich des zu transformierenden Ausgangszustandes zu vergewissern. Also beschäftigt sich der größere Teil der Projektpublikation mit der Wissenschaft in der DDR bis 1989. Die Projektbeteiligten wollen „ein zutreffendes und gerechtes Bild von den Wissenschaften und den Wissenschaftlern der DDR“ zeichnen,⁶⁶ leisten hier notwendige Korrekturen bisheriger Einschätzungen und insoweit auch ‚Vergangenheitsbewältigung‘ für eine Reihe von Arbeitsgruppenmitgliedern, die seit 1990 steuernd oder vollziehend an der „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“⁶⁷ beteiligt war.

Sieben fachspezifische Einzelstudien (zu den Afrika- und Asienwissenschaften, zur Biomedizin, Mathematik, Rechtswissenschaft, Soziologie, Verfahrenstechnik sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte) sind von der Arbeitsgruppe erstellt worden. Manfred Bierwisch bemüht sich um deren Zusammenschau hinsichtlich dessen, was ihnen zum Wandel des inhaltlichen Charakters der Wissenschaft im Zuge der Transformation zu entnehmen ist. Er resümiert vier Punkte:

- der Wegfall von inneren und äußeren Barrieren habe die Rückkehr zu „allgemeiner wissenschaftlicher Normalität“ bedeutet;
- Themen und Methoden, „die im Prinzip immer schon den Kriterien und Orientierungen allgemeiner Wissenschaftsentwicklung gehorcht haben“, würden weitergeführt, „sofern nicht institutionelle Änderungen die Kontinuität einschränken oder aufheben“;
- Themen und Verfahren, „die Wissenschaft nur in politikabhängig deformierter Weise darstellen“, seien weggefallen;
- Themen und Entwicklungen, die zur genuin marxistischen Tradition gehören, „verlieren aufgrund kompromittierender Deformationen ihre Geltungskraft und werden weitgehend suspendiert“.⁶⁸

Letztgenanntes sieht Bierwisch im übrigen nicht mit Begeisterung: Eigentlich ginge es darum, Marx von seinen falschen Freunden zu befreien und den Grundimpetus marxistischer Geschichts- und Wissenschaftsauf-

⁶⁶ Kocka: Einleitung..., a.a.O., S. 8.

⁶⁷ Dieter Simon: Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: Kocka/Mayntz, Wissenschaft und Wiedervereinigung..., a.a.O., S. 509-523, hier 509.

⁶⁸ Manfred Bierwisch: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Versuch einer Bilanz, in: Kocka/Mayntz, Wissenschaft und Wiedervereinigung..., a.a.O., S. 485-507, hier 502.

fassung von Verkrustungen und Verzerrungen zu befreien.⁶⁹ In seiner Abschlußbilanz der methodisch-inhaltlichen Gewinne und Verluste formuliert Bierwisch einen „ziemlich eindeutig... moderaten Gewinn von deutlich konservativem Charakter – konservativ in dem Sinn, daß der Erhalt des bestehenden Kanons der Bundesrepublik das dominierende Moment darstellt, und zwar in den alten *und* neuen Ländern“.⁷⁰

Nun ist ein inhaltlich „moderater Gewinn“ angesichts der hohen – sowohl finanziellen, individualbiographischen wie sozialen und sozialpolitischen – Transformationskosten keine sehr eindrucksvolle Diagnose. Bierwisch erkennt hier jedoch kein Verschulden, das den Umbaumodalitäten anzulasten wäre:

„... auch in inhaltlicher Hinsicht (hat) der Aufbruch, das Überraschungsmoment der Vereinigung nicht stattgefunden... Ob er aus der Begegnung des Verschiedenartigen, sich wechselweise Verfremdenden hätte hervorgehen können, erscheint eher fraglich. Denn die sogenannte Wende in der DDR hatte Ansätze hervorgebracht, die neu vornehmlich im Vergleich zur vorherigen Reglementierung waren, kaum aber im Vergleich zur internationalen Wissenschaftsentwicklung. Themen wie Frauenemanzipation, Kulturwissenschaften oder Klimaforschung waren ja keine den ostdeutschen Besonderheiten zu verdankenden Gegenstände.“⁷¹

Das wesentlichere Problem sieht Bierwisch darin, „ob der Einigungsprozeß nicht Themen blockiert hat, deren Auftauchen längst vor diesem Prozeß begonnen hatte“. Die Änderungen, denen die Struktur der Gesellschaft über die deutschen Probleme hinaus unterliege, der Wandel der Arbeit und der Wissensbestände, auf denen sie beruhe, seien vermutlich gravierender als das, was die Reflexion auf den Einigungsprozeß ins Auge fallen lasse. „Sofern dies der Fall ist, wäre die Wiedervereinigung selbst... ein retardierendes Moment für den kognitiven Gehalt der Wissenschaft... – ein fragwürdiger Aspekt des Einigungsprozesses, der möglicherweise nicht auf die Wissenschaft beschränkt ist“.⁷²

(8) Neben den Beiträgen, die in den bisher genannten institutionellen Zusammenhängen entstanden sind, liegen schließlich auch einzelne Untersuchungen des Hochschulumbaus vor, die von andernorts beheimateten

⁶⁹ Ebd., S. 501.

⁷⁰ Ebd., S. 505.

⁷¹ Ebd. S. 506.

⁷² Ebd., S. 506f.

Autoren unternommen wurden. So sind bspw. die ostdeutschen Studierenden, über die Forschungsbemühungen von Projektgruppe Hochschulforschung und HIS Hannover hinaus, Gegenstand zahlreicher weiterer Studien gewesen.⁷³ Daneben haben auch einige an den Umbauprozessen beteiligte Akteure analytische Verdichtungen ihrer Erfahrungen geliefert.⁷⁴

So gelangte etwa der Heidelberger Soziologe Wolfgang Schluchter, der seine als Akteur in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen in mehreren kleineren Studien verarbeitet hat, zu ähnlichen Ergebnissen wie die von Renate Mayntz angeregten Untersuchungen. Schluchter erkennt im ostdeutschen Hochschulumbau eine im Kern strukturelle Anpassung an die westdeutschen Hochschulen, was zunächst ein nachholender Modernisierungsschritt, daneben aber auch „nahezu unvermeidlich“ gewesen sei: „Dies ist nicht im Sinne eines akteursfreien Determinismus, sondern im Sinne einer Abwägung akteursbezogener Handlungschancen gemeint“.⁷⁵ Fünf tieferliegende Gründe sieht Schluchter dafür: die DDR gab ihre Eigenstaatlichkeit selbst auf; die Wissenschaftsinstitutionen standen in einem Gefüge, das ihnen keine eigenständige, politikentlastete Entwicklung erlaubte; der Umbruch der DDR-Gesellschaft habe nicht institutionenbildend gewirkt, da „er von einer spontanen und basisdemokratischen Bewegung ohne strategisch operierende Eliten bewirkt wurde und weil die Selbstanpassung an die Bundesrepublik Deutschland schon vor der Vereinigung einsetzte“; die Architekten der Vereinigung hatten den Umbau unter extrem kurze Fristen gestellt; für den Neubau hätte man auch Abwicklungen im Westen ernsthaft ins Auge fassen müssen, „angesichts des durch Kartelle gesicherten Strukturkonservatismus der westdeutschen Gesellschaft ein nahezu aussichtsloses Unterfangen“.⁷⁶

Zusammenfassend ergibt die Sichtung: Die um Erklärung des ostdeutschen Hochschulumbaus bemühten Studien gruppieren sich um drei Hauptthemen:

⁷³ Vgl. Pasternack, Hochschule & Wissenschaft... Bibliographie..., a.a.O., S. 147-163.

⁷⁴ Vgl. zahlreiche Beiträge in dem oben schon verhandelten Band Mayntz, Aufbruch und Reform von oben..., a.a.O.; desweiteren den gleichfalls bereits erwähnten Band Buck-Bechler/Jahn, Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern..., a.a.O.

⁷⁵ Vgl. Wolfgang Schluchter: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt a.M. 1996, S. 86.

⁷⁶ Ebd., S. 63f.

- den Verbleib der personellen Potentiale (wobei sich ein eigenständiger Strang der geschlechtsspezifischen Erkundung widmet);
- den Wandel der Institutionen, betrachtet insbesondere unter funktionalen und Steuerungsaspekten;
- schließlich die kognitive Dimension des Wandels (wozu auch eine Reihe disziplinspezifischer Untersuchungen gehört, die wir hier nicht ausführlicher behandeln konnten).

Allen Analysen gemeinsam ist die Betonung der Singularität des ostdeutschen Vorgangs. Daraus ergibt sich, daß im wesentlichen Zeitgeschichte geschrieben worden ist – und Geschichte hat das Recht, geschrieben zu werden. Ein eher sozialwissenschaftliches Interesse daran, was Gestaltung und Ablauf der ostdeutschen Hochschultransformation für andere, künftige Transformationsfälle an Erkenntnis bereithält, wird damit – in der Gesamtschau – noch nicht befriedigend bedient. Gleichwohl sind hierfür wichtige Vorarbeiten geleistet worden.

Was nun noch zu tun wäre, ließe sich mit der Simulation einer ganz konkreten Beratungssituation sinnfällig vor Augen führen. Man nehme – hypothetisch – an, daß nord- und südkoreanische Hochschulakteure vor der Integration ihrer beiden Hochschulsysteme stünden und dieserhalb um unterstützende Expertise nachsuchten: Was könnten die Analytiker des ostdeutschen Hochschulumbaus aus den ostdeutschen Erfahrungen für den koreanischen Wiedervereinigungsfall empfehlen? Welche Fehler sollten wie vermieden werden, auf daß sie bei der ostdeutschen Hochschultransformation nicht gänzlich umsonst gemacht worden sind? Welche Bedingungen müßten, soweit sie nicht vorhanden sind, geschaffen werden, um eine optimierte Variante der Zusammenführung zweier Hochschulsysteme realisieren zu können? Wie könnte die Systemintegration im Hochschulbereich mit einer Sozialintegration verbunden werden?

Wer auf solche Fragen lediglich zu antworten vermag, der Zeitrahmen habe eine andere Reform nicht zugelassen, sei aber zugleich alternativlos gewesen, die Akteurskonstellationen hätten die asymmetrischen Machtbeziehungen innerhalb der Hochschultransformation erzwungen, also andere nicht zugelassen, und selbst Marginalreformen wären am Ende regelmäßig am Kostensparzwang gescheitert, kurz: es habe so laufen müssen, wie es gelaufen war – wer allein dies als analytische Auswertung des ostdeutschen Hochschulumbaus anzubieten hätte, der würde den auswärtigen

Nachfragern nach Transformationsexpertise weder praktisch sonderlich hilfreich sein noch wissenschaftlich sehr imponieren.

Im übrigen aber beeindruckt die im und zum ostdeutschen Hochschulumbau erbrachte Dokumentationsleistung vor allem anderen durch ihren schier druckpapiergewordenen Umfang. Material für Generationen von Diplomierenden und Promovierenden jedenfalls liegt vor.

Institutionenbildung „à la carte“ in neuen Demokratien, oder: Was Äpfel von Birnen lernen können

Plädoyer für eine komparative Transformationsforschung

Katrin Sell
New York

Seit die "dritte Welle" der Demokratisierung¹ weltweit Transformationsprozesse ausgelöst hat, die in den siebziger Jahren in Südeuropa begannen, sich in der Ablösung von Militär- und Entwicklungsdiktaturen in Lateinamerika, Afrika und

Südostasien fortsetzten, das Apartheidregime in Südafrika beendeten und in den 'sanften' Revolutionen gegen die sozialistischen Systeme Mittel- und Osteuropas gipfelten, werden die Auslöser dieser Transitionen sowie die Chancen und Risiken für die Konsolidierung der neuen Demokratien wissenschaftlich untersucht.

Doch trotz exponentiell ansteigender Veröffentlichungszahlen ist auch nach einem Vierteljahrhundert Transformationsforschung keine umfassende Theorie der Transformation in Sicht. Zwar wird eine solche teilweise angesichts der Fülle von Literatur und des daraus folgenden gesteigerten Verständnisses für Demokratisierungsprozesse eingefordert.² Meist

¹ Samuel P. Huntington, 1991, *The Third Wave. Democratization in the Late 20th Century*, Norman: University of Oklahoma Press. Andere sehen in den Transitionen in Mittel- und Osteuropa eine vierte Welle, doch die unterschiedlichen Einteilungen lassen entweder die Demokratisierungen nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland und Großbritannien außer Acht, wie Jeffrey S. Huffman und Mary L. Gautier, 1993, *Continuity in Transitions Theory*, in: Frederick D. Weil (Hrsg.), *Democratization in Eastern and Western Europe*, Greenwich (Conn.)/London: JAI Press, S.5-24; oder die Unterscheidung zwischen der dritten und der vierten Welle erscheint unlogisch, wie bei Jon Elster, Claus Offe und Ulrich K. Preuss, 1998, *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*. With Frank Boenker, Ulrike Goetting and Friedbert W. Rueb, Cambridge: Cambridge University Press. Daher wird im folgenden Huntingtons Einteilung beibehalten.

² Roger E. Kanet, 1999, *Demokratische Konsolidierung im postkommunistischen Europa*. Neuere englischsprachige Veröffentlichungen, in: *Osteuropa* 5, S.530. Vgl. auch Raj

wird ein solches Vorhaben jedoch wegen der jeweils spezifischen historischen, ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern abgelehnt.³ So beschränken sich viele Publikationen zum Thema in ihrem Erkenntnisinteresse auf länderspezifische Erklärungsmuster oder regionale Vergleiche.

Eine komparative Analyse, die die Untersuchungsergebnisse zu Mittel- und Osteuropa mit denen aus anderen Regionen verknüpft, könnte jedoch zur Entwicklung einer generellen Theorie der Transformation beitragen. Im folgenden wird daher zunächst das Für und Wider einer komparativen Transformationsforschung erörtert und erläutert, mit welcher Konzeptualisierung vergleichende Ansätze möglich sind. Daran anschließend wird am konkreten Beispiel von Spanien, dessen ‚paktierte Reform‘ als nachahmenswertes Modell der Institutionenbildung in neuen Demokratien in die Literatur eingegangen ist, auf Chancen und Gefahren komparativer Arbeiten hingewiesen. Der Artikel schließt mit einer Bewertung der Möglichkeiten komparativer Transformationsforschung.

1. Die komparative Methode in der Transformationsforschung

1.1. Die dritte Welle der Demokratisierung als Anreiz für die Komparatistik

Das weltweit feststellbare Phänomen der Demokratisierung hat einen neuen Forschungszeitweig in der Politikwissenschaft etabliert: Die Transformationsforschung untersucht die Änderungen politischer Systeme in verschiedenen Ländern und Regionen.⁴ Angesichts der "Globalisierung der Demokratie"⁵ erwarteten einige Autoren eine "komparative Revolution"⁶

Kollmorgen, 1994, Auf der Suche nach Theorien der Transformation. Überlegungen zu Begriff und Theoretisierung der postsozialistischen Transformationen, in: *Berliner Journal für Soziologie* 3, S.381-398.

³ Vgl. exemplarisch Robert A. Dahl, 1995, *The Newer Democracies: From the Time of Triumph to the Time of Troubles*, in: Daniel N. Nelson (Hrsg.), *After Authoritarianism, Democracy or Disorder?*, Westport (CT)/London: Greenwood Press, S.11.

⁴ Philippe C. Schmitter, 1994, *Transitology and Consolidology: Proto-Sciences of Democratization?* Paper Prepared for Publication in a Volume to be Published by the Latin American Program of the Woodrow Wilson International Center for Scholars. Revised Version, September 1994, Manuskript.

⁵ Larry Diamond, 1993, *The Globalization of Democracy*, in: Robert O. Slater, Barry M. Schutz und Steven R. Dorr (Hrsg.), *Global Transformation and the Third World*, Boulder: Lynne Rienner Publishers, S.31-69.

für dieses Wissenschaftsfeld, um über most similar cases-Vergleiche hinaus mit einem most different systems-Ansatz die Chancen, aber auch die Fallstricke eines derartigen Regimewechsels zu identifizieren, aus den Erfahrungen der ersten Transitionsländer Lektionen für die Nachzügler abzuleiten und ihnen so einen Teil ihres Rückstandes zu nehmen.⁷

Die Möglichkeit derartiger Vergleiche beruht auf der zumindest grundsätzlich geteilten Definition von Demokratisierungsprozessen als De-Institutionalisierung der bisherigen Systeme und einer daran anschließenden Re-Institutionalisierung, die sich nach dem Scheitern des Kommunismus an marktwirtschaftlich-demokratischen Modellen von Staat und Gesellschaft orientiert.⁸

Tatsächlich sind auf Vergleichen beruhende Lernprozesse und daraus folgende Versuche der Institutionenimitation⁹ angesichts des sich globalisierenden Umfeldes unvermeidbar. Durch international publizierende Medien, wirtschaftliche Beziehungen, transnationale Netzwerke und nicht zuletzt persönliche Erfahrungen stehen Ideen, Institutionen, Werte und Normen politischer Gestaltung allen interessierten Akteuren für die Institutionengenerierung in neuen Demokratien zur Verfügung.¹⁰

Durch die komparative Betrachtung der Erfahrungen anderer Länder im Verhältnis zur eigenen Situation können sie beim anstehenden institu-

tion building wie aus einer Speisekarte möglicher Institutionen das für sie passende Menü zusammenstellen.¹¹

Anfang der neunziger Jahre wurden beratend-vergleichende sozialwissenschaftliche Analysen publiziert, die auf diese Tatsache reagierten und die Gemeinsamkeiten zwischen Mittel- und Osteuropa und anderen Transitionsländern in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellten:¹² Neben der autokratischen Natur der vorherigen Systeme, dem aus diesen Strukturen resultierenden politisch-kulturellen Umfeld, und dem friedlichen Charakter der Transitionsprozesse selbst sind Transitionsländer häufig mit ähnlichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, wie einem Nachfrageüberhang, einer hohen Auslandsverschuldung, einer staatlich dominierten Industriestruktur mit international nicht wettbewerbsfähigen Großbetrieben und dem Fehlen grundlegender Institutionen der Marktwirtschaft. Damit stellen sich ähnliche Fragen nach der Art und Weise der notwendigen ökonomischen Reformen.

Außerdem stehen fast alle Reformstaaten vor dem Dilemma, daß diese wirtschaftlichen Strukturanpassungsmaßnahmen mit Einschnitten ins soziale Netz verbunden sind und deshalb die Legitimität der Institutionen, die sie implementieren, gefährden. Um die Konsolidierung des demokratischen Staates zu garantieren, müssen daher trotz der vorübergehenden Abnahme an materieller Wohlfahrt Anreize dafür geboten werden, daß die politischen Kräfte ihre Interessen innerhalb des neuen Systems artikulieren.¹³

⁶ Attila Ágh, 1993, The 'Comparative Revolution' and the Transition in Central and Southern Europe, in: *Journal of Theoretical Politics* 5 (2), S.231-252.

⁷ Vgl. Adam Przeworski, 1990, Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: *Transit* 1, S.190-213; Bart van Steenberghe, 1992, Transition from Authoritarian/Totalitarian Systems. Recent Developments in Central and Eastern Europe in a Comparative Perspective, in: *Futures* (March), S.158-166; und Geoffrey Pridham, 1994, Democratic Transition in Theory and Practice. Southern European Lessons for Eastern Europe?, in: Geoffrey Pridham und Tatu Vanhanen (Hrsg.), *Democratization in Eastern Europe. Domestic and International Perspectives*, London/New York: Routledge, S.15-37.

⁸ Vgl. Kollmorgen, op.cit., S. 382.

⁹ Häufig wird in der Literatur von einem Institutionentransfer gesprochen, doch dieser Sonderfall institutioneller Reform gilt nur für die ehemalige DDR, vgl. Gerhard Lehmbruch, o.J., Sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands, Konstanz: Manuskript.

¹⁰ Vgl. zu den Auswirkungen globaler Werteentwicklung auf die Demokratisierungsprozesse Thomas Risse-Kappen, 1994, Ideas do not float freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War, in: *International Organization* 48 (2), S.185-214; sowie Hans-Peter Schmitz, Anja Jetschke und Thomas Risse, 1998, Die Macht der Menschenrechte. Zur innenpolitischen Durchsetzung internationaler Normen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 46-47/98, 6. November 1998, S.43-53.

¹¹ Vgl. Thomas D. Lancaster, 1995, Deficits of Democratic Accountability: Institutional Examples from Western Europe, in: Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Stability in East Central Europe? – Stabilität in Ostmitteleuropa?*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.21-37.

¹² Vgl. Vittorio Corbo, 1992, Economic Transformation in Latin America. Lessons for Eastern Europe, in: *European Economic Review* 36 (1992), S.415; Alejandra Cox Edwards und Sebastian Edwards, 1992, Markets and Democracy: Lessons from Chile, in: *The World Economy* 15 (2), S.203; Dirk Messner und Jörg Meyer-Stamer, 1992, Lateinamerikanische Schwellenländer: Vorbild für Osteuropa? In: *Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, Nr. 129 (September), S.219-233; Barbara A. Misztal, 1992, Must Eastern Europe follow the Latin American Way?, in: *Archives Européennes de Sociologie* XXXIII (1992), S.151-179; und Andrés Solimano, 1993, The Postsocialist Transitions in Comparative Perspective: Policy Issues and Recent Experience, in: *World Development* 21 (11), S.1823-1853.

¹³ Vgl. Joan M. Nelson, 1993, The Politics of Economic Transformation. Is Third World Experience Relevant Eastern Europe?, in: *World Politics* 45 (April), S.434; Adam Przeworski, 1988, Democracy as a Contingent Outcome of Conflicts, in: Jon Elster und Rune Slagstad (Hrsg.): *Constitutionalism and Democracy*, Cambridge et al.: Cambridge

Doch trotz dieser Gemeinsamkeiten und des globalen Charakters der Transformationsprozesse ist in der Forschungsliteratur eine Überzahl an Einzelfallstudien bzw. lediglich regionalen Vergleichen festzustellen.

1.2. Die Spezifika der Transformationen als Grenze der Komparatistik

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Transformationen werden Lernprozesse aus den jeweils angewandten Strategien – wie die Übernahme von wirtschaftlichen Reformsequenzen oder die Institutionenbildung durch Imitation – für nicht ratsam erachtet. Folglich werden interregionale Vergleiche abgelehnt:

*"Because these background conditions vary enormously from one country to another, no general strategy of democratization is feasible. More specifically, the prospects for any given country should be appraised with the particular features of that country clearly in mind: its history, the specific nature of the background conditions, the concrete character of its existing political institutions, and so on."*¹⁴

Vor allem die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa gilt als etwas Besonderes, da es sich dabei nicht nur um einen Systemwandel, sondern um einen viel umfassenderen Systemwechsel handele¹⁵: Nicht nur die politischen Rechte müssen so umgestaltet werden, daß sich demokratische gesellschaftliche Strukturen entwickeln können. Simultan muß durch (im Vergleich mit anderen Transformationsstaaten viel umfassendere) wirtschaftliche Reformen die ökonomische Ordnung von einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft umgewandelt werden. Darüber hinaus findet häufig gleichzeitig eine Neubestimmung territorialer Grenzen statt.

Wegen dieses besonderen "Dilemmas der Gleichzeitigkeit"¹⁶ sowie der speziellen historischen und geographischen Rahmenbedingungen, mit

denen sich mittel- und osteuropäische Transformationsstaaten konfrontiert sehen, wird argumentiert, daß der dortige Systemwechsel mit den bisherigen Kategorien der Demokratisierungsforschung nicht faßbar sei. Die notwendigen De- und Re-Institutionalisierungsprozesse seien zu verschieden. Daher wird eine Konzentration der Forschungsarbeiten ausschließlich auf diese Region gefordert.¹⁷ Ein Vergleich mit Demokratisierungsprozessen in anderen Regionen entspräche der größten Sünde der Komparatistik: die augenscheinlich unvergleichbaren Äpfel und Birnen zu vergleichen.¹⁸

Doch wie Sartori richtig feststellt, ist die Frage nicht, ob etwas vergleichbar ist oder nicht, sondern "in Bezug auf welche Eigenschaften oder Charakteristika" verschiedene Einheiten verglichen werden.¹⁹ Betrachtet man die weltweiten Transformationsprozesse zielorientiert, dann weisen alle Demokratisierungsfälle trotz der unleugbaren Differenzen eine Gemeinsamkeit auf: Sie befinden sich im Übergang von einem undemokratischen Regime mit einer geschlossenen oder nur halboffenen Wirtschaft zu etwas, das versucht, eine Demokratie mit einem offenen Wirtschaftssystem zu sein, und müssen dementsprechend gleichartige Aufgaben erfüllen.²⁰ Daher stellt sich nicht die Frage nach dem "Ob" komparativer Transformationsforschung, sondern nach der Konzeptualisierung eines derartigen Forschungsansatzes.

1.3. Ziele und Konzeptionen der vergleichenden Transformationsforschung

Ein Vergleich verschiedener Demokratisierungsprozesse kann systematische Erkenntnisse über das Entstehen, die Gefährdung und die Dauerhaf-

¹⁷ Klaus von Beyme und Dieter Nohlen, 1991, Systemwechsel. in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München/Zürich: Piper, S.765-77; Claus Offe, 1996, Varieties of transition. The East European and East German Experience, Cambridge: Polity Press; und Bruce Parrott, 1997, Perspectives on Postcommunist Democratization, in: Karen Dawisha und Bruce Parrott (Hrsg.), The Consolidation of Democracy in East-Central Europe, Cambridge: Cambridge University Press, S.1.

¹⁸ Vgl. für die Metapher der unvergleichbaren Äpfel und Birnen Giovanni Sartori, 1991, Comparing and Miscomparing, in: Journal of Theoretical Politics 3 (3), S.245.

¹⁹ Ebd., S. 246.

²⁰ Vgl. Arend Lijphart und Carlos H. Waisman, 1996a, Institutional Design and Democracy, in: dies. (Hrsg.), Institutional Design in New Democracies. Eastern Europe and Latin America, Boulder (Col.): Westview Press, S.1; Ghia Nodia, 1996, How different are Post-Communist Transitions?, in: Journal of Democracy 7 (4), S.18.

University Press, S.59-80; und Omar G. Encarnación, 1996, The Politics of Dual Transitions, in: Comparative Politics 28 (4), S.477-492.

¹⁴ Dahl, op.cit., S.11.

¹⁵ Wolfgang Merkel (Hrsg.), 1994, Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen: Leske + Budrich.

¹⁶ Claus Offe, 1994, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/New York: Campus Verlag. Vgl. auch Elster et al., S.3. Sie führen noch weitere "Besonderheiten", wie die Gewaltlosigkeit des Prozesses und die Nichtbeteiligung der Militärs an, doch erstens gelten diese Charakteristika auch für andere Länder, und zweitens waren nicht alle Transitionen in Mittel- und Osteuropa gewaltlos, wie das Beispiel Rumänien zeigt.

tigkeit neuer Demokratien erbringen.²¹ Aufgrund der Spezifika der verschiedenen Transformationsstaaten bietet sich zur Anlage des Vergleichs das *most different systems-Design* an, das unterschiedliche Fälle gegenüberstellt, in denen ähnliche Prozesse des Wandels identifiziert werden können.²² Anhand der Differenzen zwischen den Beispielfällen kann ein Rahmen zum Verständnis der Folgen von Wandlungsprozessen in unterschiedlichen Kontexten geschaffen werden.²³ Derartige Fragestellungen waren bislang allerdings selten Thema der Analysen. Dafür gibt es zwei durch die Anlage der Forschungsarbeiten bedingte Gründe. Erstens enden die meisten Analysen mit der formalen Transition der Institutionen, ohne eine theoretische Auseinandersetzung mit der Konsolidierung der Transitionsergebnisse zu bieten.²⁴ Entsprechend des vorherrschenden "minimalistischen" Konzepts von Legitimation wird die Einrichtung demokratischer Institutionen in der Transition als hinreichende Bedingung einer erfolgreichen Konsolidierung gesehen²⁵, weil sich das neue System durch dieses "prozedurale Minimum"²⁶ quasi automatisch stabilisiere und legitimiere.²⁷ Erst seit immer häufiger Typen 'virtueller' Demokratien als Ergebnis des

politischen Wandels identifiziert werden,²⁸ die deutlich machen, daß ein Steckenbleiben im Prozeß der Transition möglich und demokratische Konsolidierung nicht automatisch garantiert ist, wird nach eventuell ableitbaren Lektionen aus erfolgreichen oder gescheiterten Regimewechseln gesucht.

Zweitens sind die beiden bisherigen, methodologisch entgegengesetzten Forschungsansätze – zum einen eine auf makro-strukturellen Variablen beruhende Erklärung, und zum anderen ein akteurszentrierter Ansatz, der im Verhalten der Bevölkerung, vor allem der Eliten, die entscheidende Bedingung sieht – nicht geeignet, einen fruchtbaren Vergleich verschiedener Transformationsprozesse zu ermöglichen.²⁹

Anhänger des struktur-funktionalistischen Erklärungsansatzes suchen nach den Umweltbedingungen für die Liberalisierung autokratischer Regime, den strukturell bedingten Auslösern für eine Transition und schließlich den notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung neuer Demokratien.³⁰ Diese Perspektive führt allerdings häufig zur Fokussierung auf die spezifischen historischen Gegebenheiten eines Landes und läßt möglicherweise generalisierbare Aspekte des Transformationsprozesses außer Acht. Lediglich die von der Modernisierungstheorie beeinflussten Arbeiten, die in bestimmten wirtschaftlichen bzw., allgemeiner gefaßt, institutionellen Rahmenbedingungen die zentrale Erklärungsvariable für politischen Wandel und seine Konsolidierung sehen, proklamieren eine Generalisierbarkeit dieser Hypothese.

Allerdings wird dann die Nicht-Linearität des Prozesses nicht genügend berücksichtigt und – bei Erfüllung der entsprechenden Rahmenbedingungen – die zwangsläufige Entwicklung zu einer konsolidierten De-

²⁸ Vgl. für die verschiedenen Bezeichnungen der "Demokratien mit Adjektiv" Peter Burnell und Peter Calvert, 1999, *The Resilience of Democracy: An Introduction*, in: *Democratization* 6 (1), S.1f.

²⁹ Im folgenden kann aus Platzgründen nur eine knappe Kritik der bisherigen Ansätze gegeben werden. Für eine ausführliche Diskussion vgl. Hans-Peter Schmitz, 1997, *Why Structural and Agency-based Approaches Fail to Explain - A Constructivist Perspective on Democratization*, Paper presented at the 25th ECPR Joint Sessions of Workshops, 27.02.-3.02.1997, Bern, Switzerland. Siehe für einen Überblick über mögliche soziologische Transformationstheorien Kollmorgen op.cit.

³⁰ Vgl. exemplarisch Stephan Haggard und Robert R. Kaufman, 1994, *The Challenges of Consolidation*, in: *Journal of Democracy* 5 (4), S.5-16; und Juan J. Linz, 1990, *Transitions to Democracy*, in: *The Washington Quarterly* 13 (Summer), S.143-164; Seymour Martin Lipset, 1994, *The Social Requisites of Democracy Revisited*, in: *American Sociological Review* 59 (February), S.1-22.

²¹ Vgl. Eberhard Sandschneider, 1995, *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Opladen: Leske+Budrich, S.14f.

²² Vgl. Adam Przeworski und Henry Teune, 1970, *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York: Wiley.

²³ Vgl. David Collier, 1991, *The Comparative Method: Two Decades of Change*, in: Dankwart A. Rustow/Kenneth Paul Erickson (Hrsg.): *Comparative Political Dynamics: Global Research Perspectives*, New York: Harper Collins Publishers, S.13.

²⁴ Vgl. exemplarisch Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead (Hrsg.), 1986, *Transitions from Authoritarian Rule*, 4 vols., Baltimore, Johns Hopkins University Press; Larry Diamond, Juan J. Linz und Seymour Martin Lipset (Hrsg.), 1990, *Politics in Developing Countries. Comparing Experiences with Democracy*, Boulder/London: Lynne Rienner Publishers; Gunter Schubert, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald (Hrsg.), 1994, *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*, Hamburg: Lit Verlag; und Sandschneider, op.cit.

²⁵ Robert D. Putnam, 1993, *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton (NJ): Princeton University Press, S.10f.

²⁶ Robert A. Dahl, 1971, *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven: Yale University Press, S.8.

²⁷ Giuseppe Di Palma, 1990, *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*, Berkeley et al.: University of California Press, S.137-155.

mokratie angenommen.³¹ Doch das Entstehen "hybrider Demokratien", die sich aus der lediglich institutionellen Transition ergeben und als Zwitter zwischen autokratischen und demokratischen Systemen beschrieben werden können,³² zeigt, daß Demokratie mehr ist als ein Set formaler Institutionen. Institutionen können in der Realität andere Wirkungsweisen zeitigen als theoretisch erwartet und praktisch intendiert, denn ihre bloße Existenz garantiert noch nicht das demokratische Verhalten der politischen Akteure. Zwischen der Schaffung von Institutionen und dem Beginn ihrer Arbeit auf der einen und ihrem ordnungsgemäßen Funktionieren auf der anderen Seite besteht ein großer Unterschied: Um letzteres zu erlangen, müssen die Menschen die Werte und Regeln, die den Institutionen innewohnen, internalisieren, da sonst die Gefahr besteht, daß die Institutionen in ihrer Anwendung systematisch verzerrt werden. Neben dem institutionellen Rahmen als *conditio sine qua non* für die Weiterentwicklung des Transformationsprozesses müssen die neuen Institutionen daher von den politischen Akteuren auch akzeptiert werden.³³

Der dem Strukturalismus entgegengesetzte akteurszentrierte Erklärungsansatz fokussiert dementsprechend auf die Entwicklung von Anerkennung der, Vertrauen in die und Zufriedenheit mit den politischen Institutionen bei Eliten und Bevölkerung als notwendigen Kriterien der Transformation. Das Vorhandensein einer demokratischen politischen Kultur ist dementsprechend der Indikator für Konsolidierung.³⁴

³¹ Vgl. für eine ausführliche Kritik der Modernisierungstheorie Klaus Müller, 1991, *Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformationen der osteuropäischen Gesellschaften*, in: *Leviathan* 2: 261-291; und Kollmorgen, op.cit., S.388f.

³² Vgl. Francisco C. Weffort, 1993, *What is a 'New Democracy'?*, in: *International Social Science Journal* 136 (May), S.248.

³³ Agnes Heller, 1988, *On Formal Democracy*, in: John Keane (Hrsg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London/New York: Sage; vgl. auch Victor Pérez Díaz, 1990, *The Emergence of Democratic Spain and the "Invention" of a Democratic Transition*, Working Paper 1990/1, Juni, Madrid: Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones, S.26; und Guillermo O'Donnell, 1996, *Illusions about Consolidation*, in: *Journal of Democracy* 7 (2), S.41.

³⁴ Vgl. John Higley und Richard Gunther (Hrsg.), 1992, *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press; John A. Hall, 1993, *Consolidation of Democracy*, in: David Held (Hrsg.), *Prospects for Democracy. North, South, East, West*, Cambridge: Polity Press, S.274; Max Kaase, 1994, *Political Culture and Political Consolidation*, in: Hendrikus J. Blommenstein und Bernard Steunenberg (Hrsg.), *Governments and Markets, Establishing a Democratic Constitutional Order and a Market Economy in Former Socialist Countries*, Dordrecht/Boston/London: Kluwer Academic Publishers, S.71-114; und Leonardo Morlino, 1995, *Democratic*

Allerdings neigt auch eine derartige Forschungsperspektive dazu, Einzelfallstudien gegenüber komparativen Untersuchungen zu privilegieren, da sie sich häufig an real handelnden Personen orientiert, die logischerweise nur in einem Land zu den politischen Entscheidungsträgern gehören. Darüber hinaus kann dieser Ansatz nicht klarmachen, warum die politischen Akteure die alten Regeln plötzlich ablehnen, Änderungen durchführen, dann die neuen Strukturen als legitim akzeptieren und sich über den Erhalt der entsprechenden Institutionen einig sind. Ein akteurszentrierter Zugang darf sich angesichts der Umbrüche in Transformationsgesellschaften nicht auf ein allein utilitaristisches bzw. zweckrationales Begründungsschema zurückziehen, da ein solches handlungsrelevante Präferenzstrukturen oder tradierte Interaktionsmodi der Individuen zugrunde legen würde, die angesichts des stattfindenden Wandels gerade nicht vorausgesetzt werden können. Um zu erklären, weshalb Eliten ihr Verhalten ändern, Koalitionen eingehen bzw. Kompromisse aushandeln, wird daher häufig wiederum das strukturelle Umfeld bemüht.³⁵

Daraus ergibt sich zwingend, daß die Konzeptualisierung einer vergleichenden Analyse der Demokratisierungsprozesse die bisherigen, methodologisch bedingten Hindernisse überwinden und beide Aspekte – Strukturen und Akteure – in ihren Forschungsansatz integrieren muß. Dazu bietet sich der Neo-Institutionalismus an, denn Institutionen haben als Bedingungsrahmen für das Handeln von Personen einerseits strukturellen Charakter, der andererseits aber erst durch die Aktionen und Perspektiven der Beteiligten und Betroffenen realisiert wird. Durch die Fokussierung auf die institutionelle Ebene und auf die hier stattfindenden Wechselwirkungen zwischen den die Institutionen reformierenden Akteuren und der Rückwirkung dieser neuen Institutionen auf deren Handlungsspielraum kann die Dichotomie zwischen akteurszentrierten und strukturellen Erklärungsansätzen überwunden werden.³⁶ Da alle Transformationsstaaten De-

Consolidation: Definition and Models, in: Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe*, Aldershot et al.: Dartmouth, S.574.

³⁵ Vgl. Michael Burton, Richard Gunther und John Higley, 1992, *Introduction: Elite Transformation and Democratic Regimes*, in: John Higley/Richard Gunther (Hrsg.): *Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe*, Cambridge: Cambridge University Press, S.20.

³⁶ Gerhard Göhler, 1994, *Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen*, in: ders., (Hrsg.), *Die Eigen-*

und Re-Institutionalisierungsaufgaben zu erfüllen haben, um den Wandel zu realisieren, stellen Institutionen den gemeinsamen Faktor dar, anhand dessen Transformationsprozesse in verschiedenen Ländern vergleichbar gemacht werden können.³⁷

Die komparative Analyse von Transformationsprozessen in unterschiedlichen Regionen läßt sich also anhand eines *most different systems*-Vergleichs mit einem neo-institutionalistischen Forschungsansatz konzeptualisieren. Im folgenden werden am Beispiel von Spanien die Ergebnisse und Fallstricke einer komparativen Analyse skizziert, die sich auf den Vergleich des institutional design als primärer Staatsaufgabe in allen Transformationsländern stützt.

2. Das Beispiel Spanien – Modell oder Mythos?

Das spanische Modell der Transition zur Demokratie erlangte Vorbildcharakter für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, obwohl die *transición* in Spanien nicht mit der Legalität des alten Regimes brach, keine Veränderungen des ökonomischen Systems vornahm und den Staats- und Militärapparat weitgehend übernahm.³⁸ Doch die im Rückblick einfach anmutende, erfolgreiche Transition und die relativ problemlose Integration Spaniens in den wohlhabenden Teil Westeuropas, ihre originäre Stellung als erste Demokratisierung der "dritten Welle", vor allem aber die Tatsache, daß die Konsolidierung in Spanien trotz der historischen Polarisierung des Landes und einer andauernden endemischen Beschäftigungskrise gelang, machten das Land zum Vorbild nicht nur für das kulturell und geschichtlich eng mit Spanien verbundene Lateinamerika, sondern auch für die Staaten Mittel- und Osteuropas.³⁹ Madrid wurde zum "Mek-

art der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden: Nomos, S. 26

³⁷ Arend Lijphart und Carlos H. Waisman, 1996a, *Institutional Design and Democracy*, in: dies. (Hrsg.), *Institutional Design in New Democracies. Eastern Europe and Latin America*, Boulder (Col.): Westview Press, S.2ff.

³⁸ Holm-Detlev Köhler, 1993, *Spaniens Gewerkschaftsbewegung: demokratischer Übergang, Regionalismus, ökonomische Modernisierung*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S.13.

³⁹ Vgl. José María Zufiaur, 1985, *El Sindicalismo Español en la Transición y la Crisis*, in: *Papeles de Economía Española* 22, S.202-234; Josep M. Colomer, 1991, *Transitions by Agreement: Modeling the Spanish Way*, in: *American Political Science Review* 85 (4), S.1283; Scott Mainwaring, Guillermo O'Donnell und J. Samuel Valenzuela (Hrsg.), 1992: *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Compa-*

ka" der mittel- und osteuropäischen Transitionsakteure⁴⁰, und Spanien zum "paradigmatischen Fall" für das Studium von Transitionen, der das Vokabular des gesamten Forschungszweiges prägt.⁴¹

2.1. Lektionen aus der De-Institutionalisierung: Das Modell Spanien

Eine der zentralen Lektionen aus dem Modell Spanien scheint angesichts der genannten Widrigkeiten während des Transformationsprozesses die Art des Übergangs zu sein: Es handelte sich um eine *reforma pactada*, eine zwischen alter und neuer Elite ausgehandelte Reform, die durch konsensorientierte Pakte zur Überwindung der historischen sozialen Brüche umgesetzt wurde. Der Regimewandel fand innerhalb der alten, franquistischen Institutionen statt.⁴² Auch der Umgang mit den alten Eliten war ein wichtiger Aspekt dieser Konsensorientierung: Es wurde keine radikale Reinigung der Vergangenheit mit öffentlichen Verurteilungen der Akteure des alten Regimes durchgeführt, so daß nicht neue Wunden aufgerissen wurden.⁴³

Der Verzicht auf einen harten Bruch mit der Diktatur zugunsten eines friedlichen Übergangs, der die Gesetze des alten Regimes zu dessen Auflösung einsetzte, macht die De-Institutionalisierung in Spanien zu einer Reformpolitik. Vergleiche mit den mittel- und osteuropäischen Fallbei-

rative Perspective, Notre Dame (IN): University of Notre Dame Press, S.5; Laura Desfor Edles 1993, *The Sacred and the Spanish Transition to Democracy in Spain*, in: *Social Compass* 40 (3), S.399; Juan J. Linz, Alfred Stepan und Richard Gunther, 1995, *Democratic Transition and Consolidation in Southern Europe, with Reflections on Latin America and Eastern Europe*, in: Richard Gunther, P. Nikiforos Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press, S.87; Sidney Tarrow, 1995, *Mass Mobilization and Regime Change: Pacts, Reform, and Popular Power in Italy (1918-1922) and Spain (1975-1978)*, in: Richard Gunther, P. Nikiforos Diamandouros, und Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), op.cit., S.216; und Eric Hershberg, 1996, *Demokratischer Übergang und Sozialdemokratie in Spanien. Kritische Überlegungen zur Konstruktion von Idealtypen*, in: Prokla, Heft 105, 26 (4), S.598.

⁴⁰ Pridham 1994, op.cit., S. 29. Vgl. für die ungarische Debatte einer Imitation der spanischen Demokratisierungsstrategie László Bruszt, 1992, *Transformative Politics: Social Costs and Social Peace in East Central Europe*, in: *East European Politics and Societies* 6 (1), S.55-72 und Ágh, op.cit.

⁴¹ Linz et al., 1995, op.cit., S.87.

⁴² Walther L. Bernecker, 1990, *Spanien und Portugal zwischen Regime-Übergang und stabilisierter Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B51/90, 14. Dezember 1990, S.15.

⁴³ Vgl. Steenbergen, op.cit., S.166.

spielen zeigen, daß eine solche, gleichsam integrierende De-Institutionalisierung, wie sie mit Hilfe der Runden Tische zum Beispiel in Polen und Ungarn umgesetzt wurde, eher eine konsequente Weiterführung der Transitionsaufgaben zu ermöglichen scheint als gewaltsame Aktionen gegen das alte Regime, wie sie beispielsweise in Rumänien stattfanden.

Doch mit der Ablösung alter Institutionen ist es nicht getan. Diese müssen durch neue Regeln und Routinen ersetzt werden, die in der Bevölkerung und bei den politischen Eliten anerkannt werden.

2.2. Lektionen aus der Re-Institutionalisierung: Der Mythos Spanien

In der Forschungsliteratur werden vor allem zwei institutionelle Muster zur Ausgestaltung politischer und gesellschaftlicher Interaktion als verallgemeinerbar eingeschätzt. An erster Stelle ist hier die bessere Bewertung der konsolidierenden Kraft eines parlamentarischen gegenüber einem präsidentiellen oder semi-präsidentiellen Regierungssystem zu nennen.⁴⁴ Die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems in Spanien hat die Tendenz zur Koalitionsbildung und Kompromißbereitschaft bei allen Akteuren gefördert. Ein Vergleich mit Polens semi-präsidentiellem und Ungarns parlamentarischem System zeigt, daß letzteres auch in mittel- und osteuropäischen Fallbeispielen die Konsolidierung der neuen Demokratie durch die Garantierung einer stabileren Regierung fördert.⁴⁵

Angesichts der in Transformationsprozessen häufig auftretenden Einengung der Verteilungsspielräume für die Regierung bezieht sich die zweite, aus dem spanischen Fall als empfehlenswert abgeleitete Re-Institutionalisierungsstrategie auf den Bereich der Arbeitsbeziehungen. Deren neokorporatistische Ausgestaltung in Spanien wird vor allem an den verschiedenen Pakten festgemacht, die in den ersten Jahren der Demokratie zwischen Regierung und Interessengruppen geschlossen wurden. Diese wurden als konsensuale Gestaltung des Transformationsprozesses inter-

pretiert, dank derer die sozioökonomischen Spannungen durch direkte Verhandlungen geregelt wurden, bevor es zu Marktzwängen oder politischen Ausbrüchen kam. Durch die häufig in den Pakten festgelegte Gründung von tripartistischen Gremien zur Organisation arbeits- und sozialpolitischer Fragen wurden die Sozialpartner, die die entsprechenden Pakte mitunterzeichnet hatten, in institutionalisierter Form an politischen Entscheidungen beteiligt. Die Pakte gelten als Legitimitätslieferanten:

"The very image of representatives from such a wide diversity of interests signing such an accord ... can serve to reduce uncertainty about substantive outcomes and 'reciprocally legitimate' both the negotiating organizations and the government officials that brought them together. In this case, neocorporatism will have switched from being a 'consumer' of legitimacy already well-established in state institutions to being a 'producer' of it in democratic institutions that are just emerging".⁴⁶

Tatsächlich wurde das spanische Beispiel der Pakte zwischen Regierung, Oppositionsparteien und den kollektiven Akteuren der Arbeitsbeziehungen von den mittel- und osteuropäischen Transitionsakteuren als erfolgreiche Strategie anvisiert, die es zu imitieren gelte.⁴⁷ Die ersten spanischen Pakte, die nach dem Ort ihrer Unterzeichnung benannten Moncloa-Pakte, wurden als Vorbild sogar ins Ungarische übersetzt. Das ungarische Regime etablierte auch als erstes Land in Mittel- und Osteuropa in Anlehnung an westliche Vorbilder neokorporatistische Institutionen der Arbeitsbeziehungen.⁴⁸ Doch eine genauere Betrachtung der spanischen Pakte macht deutlich, daß bei ihrer Interpretation die Mythenbildung zum Transitionsfall Spanien beginnt⁴⁹: Entgegen ihrer Bewertung als Beweise für den neokorporatistischen Charakter der spanischen Arbeitsbeziehungen während der Transition erfüllen weder die Moncloa- noch alle folgenden Pakte die idealtypischen Definitionsmerkmale neokorporatisti-

⁴⁶ Philippe C. Schmitter, 1995, *The Consolidation of Democracy and Representation of Social Groups*, in: Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe*, Aldershot: Dartmouth, S.620.

⁴⁷ Vgl. Bernecker, op.cit; Bruszt, op.cit.; und Ágh, op.cit.

⁴⁸ Vgl. Lajos Héthy/Robert Kyloh, 1995, *A Comparative Analysis of Tripartite Consultations and Negotiations in Central and Eastern Europe*, in: Robert Kyloh (Hrsg.), *Tripartism on Trial. Tripartite Consultations and Negotiations in Central and Eastern Europe*, Genf: ILO, S.7.

⁴⁹ Vgl. Katrin Sell, 1999, *Konsolidierung zwischen Markt und Staat. Die Bedeutung der Arbeitsbeziehungen für die Demokratisierung in Spanien und Ungarn*, Opladen: Leske+Budrich (im Erscheinen).

scher Politikgestaltung. Sie beinhalteten zwar immer Einigungen über die Lohnentwicklung und andere Fragen der Arbeitsbeziehungen in der neuen Demokratie, aber anstatt diese Übereinkünfte durch die institutionalisierte und gleichberechtigte Beteiligung von – idealiter monopolistisch organisierten – Interessengruppen an der Formulierung und Ausführung staatlicher Politik zu realisieren, handelte es sich um Pakte mit exklusivem Charakter, die die jeweils "schwierigen" potentiellen Verhandlungspartner ausschlossen. So wurden die Moncloa-Pakte ohne direkte Beteiligung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als rein politische Abkommen zwischen den Parteien im Parlament verabschiedet, und alle weiteren Pakte schlossen die starke kommunistische Gewerkschaft ganz oder teilweise aus.⁵⁰ Das Etikett Neokorporatismus darf auf Spanien also nur unter Vorbehalt angewandt werden. Der Begriff der Konzertierung erscheint angemessener.

Dennoch wurde z.B. in Ungarn die Nachahmung der "neokorporatistischen" spanischen Paktspolitik zur Re-Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen propagiert. Um den Abschluß von Pakten zur Lösung der erwarteten sozialen Konflikte zu erleichtern, wurde in einer Art "antizipierten" Institutionenbildung, die sich teilweise an das Vorbild Spanien und teilweise an deutsche bzw. österreichische Modelle der Arbeitsbeziehungen anlehnte, ein tripartistischer Rat für Interessenausgleich gegründet.

Damit waren jedoch zwei Probleme verbunden: Erstens wurde der Rat nicht, wie ähnliche Gremien in Spanien, in Reaktion auf ein bestimmtes Problem durch Paktverhandlungen gegründet, sondern vorbeugend, um derartige Verhandlungen überhaupt erst zu ermöglichen. Aufgrund dieses präemptiven Charakters hat der Rat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da es sich um eine Regierungsgründung handelt und die beteiligten Interessenorganisationen nicht Mit-Initiatoren sind, stehen sie dem Gremium skeptisch gegenüber. Außerdem sind sie erst im Entstehen begriffen und verfügen daher noch nicht über eine tiefe Verankerung in der Bevölkerung. Deshalb leidet der Rat für Interessenausgleich unter einem Legitimitätsdefizit. Das führt dazu, daß er von Regierung und Parlament nicht wirklich ernst genommen wird und die ihm zugeschriebenen All-

tagsaufgaben nur begrenzt erfüllen kann.⁵¹ Zweitens versuchten die politischen Akteure in Ungarn, die durch die spanischen Pakte vermittelte Bedeutung von – möglichst inklusiven – Kompromissen im eigenen Transformationsprozeß zu verwirklichen, indem sie ein sozio-ökonomisches Abkommen anstrebten. Im Rahmen des Rates für Interessenausgleich sollte unter Beteiligung aller Sozialpartner und der im Parlament vertretenen Parteien ein Pakt "wie in Spanien" verabschiedet werden. Dieses Vorhaben scheiterte.

Lediglich während der sogenannten Taxifahrerblockade vom Oktober 1990 hat sich der Rat als Verhandlungsgremium bewährt, weil hier auf einen konkreten Konflikt reagiert wurde, die in den Straßen protestierende Bevölkerung den Verhandlungspartnern Legitimität gegenüber der Regierung verlieh, und außerdem in Verhandlungen "hinter den Kulissen", d.h. ohne Beteiligung aller, Teilkompromisse erzielt werden konnten.

Die wichtigste Lektion aus dem Vergleich der Institutionalisierung von Arbeitsbeziehungen in den neuen Demokratien Spaniens mit Ungarn ist, daß eine vorbeugende Institutionenbildung von oben, die sich an einem Mix von – häufig idealisierten – Modellen aus anderen Ländern orientiert, als Re-Institutionalisierungsstrategie dann fragwürdig ist, wenn die geschaffenen Institutionen nicht in der Bevölkerung verankert werden können.

2.3. Was Äpfel von Birnen lernen können: Ideen der Institutionengese

Viele Vergleiche Spaniens mit anderen Reformstaaten verdeutlichen zunächst die Unterschiede zwischen den Einzelfällen. Damit zeigen sie die Grenze komparativer Analysen und die eingeschränkte Generalisierbarkeit ihrer spezifischen Ergebnisse auf.

Daraus jedoch abzuleiten, daß vergleichende Untersuchungen und eine daraus möglicherweise folgende Institutionenimitation keine erfolgreiche Strategie der Demokratisierung ist, weil aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen nicht einmal funktionale Äquivalente entstün-

⁵¹ Vgl. ausführlicher Katrin Sell, 1998, Konsolidierung durch intermediäre Institutionen? Das Beispiel des ungarischen Rates für Interessenausgleich, in: Stefanie Pfahl, Elmar Schultz, Claudia Matthes und Katrin Sell (Hrsg.), Institutionelle Herausforderungen im Neuen Europa. Legitimität, Wirkung und Anpassung, Opladen: Westdeutscher Verlag, S.105-129.

⁵⁰ Vgl. Linz et al. 1995, op.cit., S.88.

den⁵², verkennt nicht nur die Tatsache, daß eine wie auch immer geartete Institutionenimitation gar nicht verhindert werden kann, weil die Ideen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Strukturierungsmöglichkeiten in einem sich globalisierenden Umfeld allen interessierten Akteuren zur Verfügung stehen. Dieses Verständnis von Institutionenimitation als Institutionentransfer mißverstehet außerdem den Prozeß als Versuch einer vollkommenen Nachbildung von Modellen. Diese ist aber sowohl aufgrund der Notwendigkeit zur Anpassung an den jeweiligen historischen und kulturellen Kontext als auch angesichts der Varietät von Modellen, die miteinander kombiniert werden können, gar nicht Ziel der Institutionenimitation. Es geht bei dieser Form der Institutionengenese "à la carte" vielmehr um die Übernahme grundlegender Ideen einer erfolgreichen Transformationsstrategie.

Das Ergebnis des Vergleiches zwischen Spanien und Ungarn, die unterschiedliche Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungsinstitutionen in beiden Ländern, zeigt, daß nicht eine bestimmte Form des Neokorporatismus – Konzertierung oder Tripartismus – entscheidend für die Unterstützung der Demokratisierung ist. Als verallgemeinerbare Gemeinsamkeit läßt sich vielmehr die zugrundeliegende Idee ableiten, Konflikte über einen deliberativen Politikansatz, d.h. durch Kommunikation als Legitimationsbeschaffer für die gefundenen Kompromisse, zu lösen: Durch die mehr oder weniger feste Institutionalisierung eines öffentlichen sozialen Dialogs über wirtschaftliche Fragen wurde in beiden Ländern die Bewältigung von Transformationsrisiken entstaatlicht und eine demokratische Form der Konfliktregulierung eingeübt, die der Demokratie als politischem System insgesamt Legitimität verlieh.

Auf dieser Abstraktionsebene, die nach dem generellen Wesen von De- und Re-Institutionalisierungsprozessen zur erfolgreichen Durchführung der Transitionsaufgaben fragt, bleibt die spanische reforma pactada ein empfehlenswertes Modell, aus dem alle nachfolgenden Reformstaaten lernen konnten und können.

⁵² So Petra Stykow, 1996, Organized Interests in the Transformation Processes of Eastern Europe and Russia: Towards Corporatism? Berlin: Arbeitspapiere der Arbeitsgruppe Transformationsprozesse der Max-Planck-Gesellschaft, 96/11, S.3f.

3. Schlußbetrachtung

Obwohl Fukuyama das Ende der Geschichte eingeläutet hat, und Diamond die dritte Welle der Demokratisierung für beendet erklärt, sind viele der Fragen, die seit dem Erscheinen des mehrbändigen Standardwerkes von O'Donnell, Schmitter und Whitehead 1986 in Bezug auf die Transitionen autokratischer Regime aufgeworfen wurden, noch keineswegs so erschöpfend beantwortet, daß sie zu den Akten gelegt werden könnten.

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, daß ein interregionaler Vergleich dann zu einer weitergehenden Beantwortung dieser Fragen beitragen kann, wenn er sich auf die systematischen Aspekte des allen Transformationsstaaten gemeinsamen Prozesses der De- und Re-Institutionalisierung konzentriert. Durch eine derartige Konzeptualisierung der Untersuchung kann die Dichotomie zwischen strukturalistischen und akteurszentrierten Erklärungsansätzen überwunden werden. Anhand der im Verlauf der De- und Re-Institutionalisierung manifesten Wechselwirkungen zwischen Strukturen und Akteuren kann sowohl das Funktionieren des politischen Prozesses als auch der Konsolidierungsfortschritt bewertet werden. Darüber hinaus ermöglicht der Neo-Institutionalismus als Forschungsansatz die Integration der internationalen Dimension in die Analyse. Damit gibt dieses Forschungsdesign Aufschluß darüber, inwieweit Modelle der Transformation generalisierbar sind und per Institutionenimitation in einen anderen Kontext importiert werden können.

Die tatsächlich stattfindende Institutionenimitation unterstreicht, wie wichtig diese Konzentration auf die institutionelle Entwicklung ist, um die Fallstricke derartiger Lektionen zu identifizieren. Ihre Grenzen liegen in der Idealisierung von Modellen zu Mythen. Der skizzenhafte Vergleich des Modells Spanien mit mittel- und osteuropäischen Reformstaaten hat gezeigt, daß nicht die direkte Übernahme von De- und Re-Institutionalisierungsstrategien, sondern ein Lernen aus abstrakten Charakteristika der spanischen Demokratisierungsstrategie, wie die Idee der Konsensorientierung und Kommunikationsbereitschaft, entscheidend ist. Darüber hinaus hat das Beispiel Spanien gezeigt, daß ein komparativer Ansatz auch zur Re-Evaluierung eingefahrener Forschungsergebnisse beiträgt.

Insgesamt ist die vergleichende Transformationsforschung daher geeignet, Erkenntnisse aus Einzelfallstudien theoretisch zu fundieren, eventuell zu generalisieren und so einen Beitrag zur Erarbeitung einer umfassenden Theorie der Transformation zu leisten.

Berichtigung einer Universitätsgeschichte

Hans-Georg Gadamer zum 100. Geburtstag

Roland Köhler
Berlin

Keine Sorge: Ich überhebe mich nicht, die gesamte Universitätsgeschichte revidieren zu wollen. Ich möchte nur auf eine Passage zu sprechen kommen, die in dem Festband enthalten ist, der zum 575. Jahrestag der Gründung der Universität Leipzig im Jahre 1984 erschie-

nen ist: Ein Prachtband unter editorischem Blickwinkel, nicht nur im Vergleich mit Publikationen der DDR aus ähnlichem Anlass, sondern durchaus auch in der geamtdeutschen Landschaft, hinter dem vor allem viel ernste Forschungsarbeit steckt.¹

Universitätsgeschichten, wie wir sie damals schrieben, trugen von vornherein das Kainsmal vieler akademischer Veröffentlichungen auf der Stirn: Der eine hat sie geschrieben, der andere setzt seinen Namen darauf, weil er die Verantwortung für sie zu übernehmen hat – der Leiter der Einrichtung, also der Rektor, der Dekan usw. Dafür gibt es auch heute noch Beispiele. Es war aber nicht purer Kollektivismus, wenn die Namen aller Autoren einer solchen Veröffentlichung – in unserer Literaturangabe sind sie der Einfachheit halber weggelassen – gemeinsam mit den Amtsträgern, die ja tatsächlich auch Koautoren waren, Titelseite und Impressum zierten. Ich stehe nicht an zu behaupten, dass dieses „Autorenkollektiv“,

¹ Autorenkollektiv unter Leitung von Siegfried Hoyer: *Alma Mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig*. Herausgegeben von Lothar Rathmann, Leipzig 1984.

wie die meisten anderen dieser Art im allgemeinen auch, etwa nicht hinter seiner Veröffentlichung gestanden habe. Auch in meinen Augen verkörperte diese Leipziger Universitätsgeschichte wissenschaftlich den aktuellen, im Rahmen der vielen Universitätsgeschichten der DDR einen hohen Stand der Historiographie.

Nun sind an die sechzehn Jahre ins Land gegangen – eine Zeit zudem mit stürmischen gesellschaftlichen und auch wissenschaftlichen Umbrüchen. Die meisten Bürger der ehemaligen DDR haben in schnellem Tempo, allerdings auf ganz unterschiedliche Weise und sehr verschiedenen Gebieten, hinzugelernt, haben neue Einsichten gewonnen. Sicher wurden nicht alle Erkenntnisse der damaligen Zeit umgestoßen, im zeitgeschichtlichen Bereich aber doch viele und darunter auch grundsätzliche. Schon aus diesem Grunde lohnt es, bei passender Gelegenheit zurückzuschauen und sich über vollzogene und noch ausstehende Veränderungen im Wissensstand Rechenschaft abzulegen. Dabei geht es in erster Linie um Erkenntnisse, die aus einem neuen Stand der Forschung, aus der Arbeit in wissenschaftlichem Neuland hervorgegangen sind. Auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften fallen auf Gebieten, auf denen geforscht wird, in so vielen Jahren neue Erkenntnisse an.

Aber ebenso interessant und dringlich ist der Dialog – Diskurs, wie es heute richtiger heißt – nicht nur über neue Ergebnisse und Erkenntnisse der Forschung, sondern auch über Auffassungen, die aus einer immer wieder tradierten und gedankenlos hingenommenen Ideologie, nicht selten aus einem Feindbild hervorgegangen sind. Man sage nicht, dieser Art Prüfung sei überholt, weil das Feindbild überholt ist, und so etwas könne heutiger Wissenschaft nicht, oder nicht mehr, passieren. Die rasche Übernahme westdeutscher Gesellschaftselemente und Auffassungen in einer „Reform von oben“, das Wuchern alter und neuer Vorurteile, zum Beispiel über die Kommunisten, hat neue Pauschalen gebracht, die in der Wissenschaft meist von Übel sind. Es lohnte sich wirklich, darüber gründlicher öffentlich nachzudenken.

Dietmar Keller schrieb in besagter Universitätsgeschichte den zeitgeschichtlichen Teil, der am schwierigsten, der Natur der Sache nach und der Zeit entsprechend am meisten ideologiebehangen und auch am umstrittensten war, auf der Grundlage umfangreicher eigener Forschungen. Er hatte dazu seine Habilitation vorgelegt und öffentlich vor großem Auditorium verteidigt. Gerade aber weil der Darstellung eine ernste Forschungsleistung zugrunde liegt, will ich – der ich mich mit der Darstel-

lung damals identifizierte – auf einige Passagen aus meiner heutigen Sicht eingehen, von denen ich meine, dass sie damals schon falsch waren, ohne dass ich imstande gewesen wäre, das zu erkennen oder gar zu korrigieren. Wie Dietmar Keller diese Fragen später gesehen hat oder gar heute sieht, weiß ich nicht – ich bin ihm seitdem nicht wieder persönlich begegnet.²

In dem erwähnten Jubiläumsband heißt es:

„Schon die Absicht zur Gründung einer Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät hatte alle auf den Plan gerufen, die sich mit der konservativen bürgerlichen Universität verbunden fühlten. An ihrer Spitze standen Rektor Gadamer, die Dekane Hans-Otto de Boor, Friedrich Klingner, Friedrich Lütge und der Philosoph Senator Theodor Litt, der sich zu ihrem Sprecher machte und den dialektischen Materialismus als ‚Philosophie der Straße‘, als ‚Philosophie der Massen‘ verunglimpfte.

Mit der Wahl des Juristen Erwin Jacobi zum Rektor am 1. Oktober 1947 erhielten die demokratischen Kräfte erstmals von der Universitätsleitung in vielen Fragen politischen Rückenhalt, wissenschaftliche Anerkennung und wirksame Unterstützung. Die Wortführer der Reaktion unterlagen im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Universität und setzten sich in die westlichen Besatzungszonen ab. Litt ging im Oktober 1947 als philosophischer Berater Konrad Adenauers nach Bonn, Gadamer wenig später nach Heidelberg, Hans Freyer, Existentialist wie Gadamer und fanatischer Antikommunist, nach Münster. Damit war ihr politischer Einfluß aber keinesfalls gebrochen, denn ihre Anhänger gaben ihre Positionen nicht freiwillig preis.“³

Hans-Georg Gadamer, um den es mir im folgenden geht, wurde zunächst an die Universität Frankfurt a.M. berufen und ging erst danach, 1949, nach Heidelberg. Aber es dreht sich hier nicht zuerst um dieser Art Fakten, die natürlich auch zu stimmen haben, sondern um die „Philosophie“ des Textes – um mich einer in der Informatik verbreiteten terminologischen Sprachschluderei zu bedienen. Im Text wird Gadamer kurzerhand in die „schwarz-konservative Fraktion“ gepackt, immerhin aber von Hans Freyer abgesetzt und nicht wie dieser als „fanatischer Antikommunist“ eingestuft. Dietmar Keller hält ihn für einen Existentialisten, wie ich übrigens bis zum 17. Juli 1992 auch. Warum genau bis zu diesem Tag? Das Datum steht symbolisch für den Tag, an dem ich den früheren Leip-

² Keller, Dietmar, geb. 1942, 1962-1966 Studium an der Universität Leipzig, Habilitation zur Zeitgeschichte der Universität 1945-1976, Veröffentlichung der Arbeit Anfang 1978, 1984-89 stellv. Kulturminister, November 1989 bis März 1990 Mitglied der Modrow-Regierung, ab Oktober 1990 Abg. des Deutschen Bundestages. Vgl. Bernd Rainer Barth/Christoph Links/Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths (Hg.), Wer war Wer in der DDR. Ein biografisches Handbuch, Frankfurt am Main 1996, S. 362.

³ Alma Mater Lipsiensis, S. 278.

ziger Rektor zusammen mit meiner Frau in seinem Haus am Büchsenackerhang in Heidelberg besuchte, um ihn im Stil der *oral history* nach den Ursachen seines Wegganges von Leipzig und vor allem nach dem Schicksal Wolfgang Natoneks zu fragen. Zu einer gewissenhaften Vorbereitung meines Besuches des damals 92-jährigen Wissenschaftlers hätte gehört, nicht nur den Kürschner, sondern vor allem seine Autobiographie „Philosophische Lehrjahre“ zu lesen, die er schon 1977 veröffentlicht hatte. Die konnte ich aber nicht, und auch deshalb hielt ich ihn, wie Dietmar Keller, fälschlich für einen Existentialisten und sagte ihm das auch. Der freundliche alte Herr berichtete mich unauffällig und klärte mich mit ein paar Worten über seine philosophiegeschichtliche Einordnung auf, die ich seitdem zu vertiefen suche.

Zurück zum ausgewählten Text. Aus den Sätzen „Die Wortführer der Reaktion unterlagen im Kampf ... und setzten sich ... ab“ und: ihr Einfluss an der Universität war nicht gebrochen, „denn ihre Anhänger gaben ihre Positionen nicht freiwillig auf“ weht tatsächlich etwas vom eisigen Hauch der Gewalt, der die Geschichte der DDR bis zur friedlichen Revolution vom Herbst 1989 beherrschte – „von der Härte des Klassenkampfes“, wie wir es damals terminologisch verbrämt hätten. Zwar nicht das einzige, aber das wohl bekannteste nächste Opfer dieser von der SED gezüchteten Atmosphäre war Wolfgang Natonek, über den hier nicht ausführlich gesprochen werden kann. Der Krieg der örtlichen Leipziger Gewalten gegen Prof. Gadamer hatte viel früher begonnen, mindestens seit seiner Übernahme des Rektorates.

In der Zeit der amerikanischen Besetzung Leipzigs vom April bis Anfang Juli 1945 war Hans-Georg Gadamer zum Dekan der Philosophischen Fakultät gewählt worden. Die Vorbereitungen für die Reorganisation der Leipziger Universität fielen zum großen Teil auf ihn, so schreibt er. „Denn ich war unkompromittiert und war während der ganzen Nazi-Zeit nicht einmal in Ämtern der akademischen Selbstverwaltung tätig gewesen.“⁴ Theodor Litt, der von den Nazis aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt worden war und als Privatmann in Leipzig lebte, sollte zum Rektor gewählt werden, aber er lehnte unter einem Vorwand ab.⁵ So wurde der Archäologe Bernhard Schweitzer Rektor, der „mit der ihm ei-

⁴ Gadamer, Hans-Georg: Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau, Frankfurt am Main 1977 (2. Auflage 1995), S. 122.

⁵ Ebenda, S. 112, 122.

genen zähen Energie mit den Amerikanern, mit den Entnazifizierungskammern verhandelte und in endlosen Sitzungen mit uns...“, so schreibt Gadamer, „eine klug überlegte neue Universitätssatzung ausarbeitete.“⁶ Die Vorbereitungen auf die Wiedereröffnung der Universität stagnierten, kompakte Interessengegensätze standen sich gegenüber. Hans-Georg Gadamer schreibt darüber:

„Die Vorbereitungen für die Wiedereröffnung der Universität gingen nicht voran. Am Ende mussten wir uns eingestehen, dass die neuen Machthaber nicht bereit waren, den von uns noch zur Amerikaner-Zeit gewählten Rektor Schweitzer zu tolerieren, und so eröffnete mir Schweitzer eines Tages, dass ich der ausserkorene neue Rektor sein würde, der die Universität eröffnen sollte.“⁷

Die Personallage war auf das Äußerste angespannt. Viele Angehörige des Lehrkörpers waren schon durch ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen in den Filz des NS-Regimes verstrickt. An der Medizinischen Fakultät hatte 75% der Lehrkräfte der NSDAP angehört. Mitte Dezember 1945 waren nach vorangegangenen zwei Wellen der Entnazifizierung, Mitte Oktober und Mitte November, noch zwölf Lehrkräfte übriggeblieben.⁸ Bei der Klärung vieler Fragen spielten natürlich auch persönliche Dispositionen und Aversionen eine Rolle. Der sehr gewissenhafte und exakte Inspektor für Hochschulfragen in der Abteilung für Volksbildung der SMAD im Land Sachsen, Major Witali Charitonowitsch Pljushnikow, war der Überzeugung, dass Prof. Schweitzer, der die entlassenen Mediziner – unter ihnen hochrangige Fachleute wie Kurt Alverdes, Max Bürger, Franz Schede und andere – in den Kliniken mit Forschungsaufträgen untergebracht hatte, „auf diese Weise nur versuche, ‚diese Nazi-Professoren‘ zu behalten, um sie vielleicht später wieder an die Universität zu übernehmen.“⁹ 1947 führte er eine umfassende Kontrolle der Leipziger Universität durch und legte der Abteilung Volksbildung der SMAD in Berlin eine detaillierte Analyse der Situation an der Universität vor. P. I. Nikitin schreibt:

⁶ Ebenda, S.123. Es wäre eine interessante Forschungsaufgabe, sie mit der Satzung zu vergleichen, die wenig später die Zentralverwaltung für Volksbildung in das Geschehen einbrachte und an der sich eine lebhaft, bis 1949 hinziehende Debatte entzündete. Vgl. Köhler, Roland: Die verpasste Chance. Streit um eine demokratische Hochschulverfassung in der sowjetischen Besatzungszone 1946-1949, in: *hochschule ost* 4(1994)6, S. 72-84.

⁷ Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., ebenda, S. 124.

⁸ Nikitin, Pjotr I.: Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand: Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 67.

⁹ Ebenda, S. 67.

„Aus anderen Ländern oder Provinzen hat die Volksbildungsabteilung niemals einen Bericht ähnlicher Güte erhalten. Jedoch hatte es Pjushnikow bei der Erarbeitung seines Berichtes vermieden, Gespräche mit dem Rektor der Universität, Prof. Gadamer, und dem Prorektor, Prof. Hund, zu führen, da er beide für „Reaktionäre“ hielt.“¹⁰

Nikitin war bestürzt über ein solches Urteil und wirkte radikalen Tendenzen, die ja auch an anderen Universitäten auftraten, entgegen. Es war sehr schwer, dagegen anzukommen, zumal ja die Alliierten sich vorgenommen hatten – bei aller Oberhoheit jeweils für ihre Zonen – sich in ihrer gemeinsamen Verantwortung für die wirkliche Entnazifizierung des geistigen und kulturellen Lebens in Deutschland aufeinander zu verlassen. Anfang Januar 1946 trat Prof. Schweitzer jedenfalls zurück, kurz darauf ging er nach dem Westen. Am 21. Januar 1946 bestimmte der Senat Prof. Gadamer als Rektor. „Ich wurde also gewählt“, schrieb er später, „und nun begann eine aufreibende, interessante, illusionsreiche und desillusionierende Arbeit des Aufbaus – oder des Abbaus? – der Leipziger Universität.“¹¹

„Illusionsreich“ und „desillusionierend“? Von welchen Illusionen löste sich der Philosoph als Leipziger Eröffnungsrektor? Worin bestanden seine Illusionen? Dank der Offenheit der Berichterstattung in seiner Autobiografie kann man dazu begründete Überlegungen anstellen.

Wir können von Glück reden, dass Hans-Georg Gadamer wie auch die anderen neuen Rektoren, die die Forderung der Selbstreinigung der Universitäten in den Vordergrund gestellt hatten, in dieser komplizierten Situation so energisch die Frage der Sicherung des wissenschaftlichen Niveaus der Ausbildung reklamierten und dass sie dabei meist mit kompetenten und flexiblen Politikern in den Besatzungsbehörden wie auch zu einem Teil in deutschen Verwaltungsstellen konfrontiert waren, die auf sie hörten und sich um hochschulgerechte Lösungen bemühten – allerdings bisweilen erst bei energischer Intervention. Hören wir noch einmal P.I. Nikitin über die Situation an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig:

„Ich hatte die Hoffnung, dass es uns gelingen würde, im Verlaufe einiger Monate wenigstens einige von ihnen (der im Verlaufe der Entnazifizierung entfernten bekannten Medizinprofessoren. R.K.) wieder anzustellen. Einzelne Professoren wurden auch wirklich schrittweise wieder genommen, die o.g. namhaft

¹⁰ Ebenda, S. 52f.

¹¹ Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., S. 124.

ten Wissenschaftler erhielten jedoch lange keinen Zugang zur Universität. Infolgedessen drohte der neue Rektor Gadamer im Juli 1947, die Medizinische Fakultät gänzlich zu schließen und selbst zurückzutreten. Daraufhin führten wir noch im gleichen Monat eine gemeinsame Beratung mit der Führung der Abteilung Gesundheitswesen der SMAD und Vertretern des Apparats des Politischen Beraters durch. Nachdem wir die Zustimmung der Verwaltung Inneres eingeholt hatten, beschlossen wir, die ehemals durch die Entnazifizierungskommissionen entlassenen Medizinprofessoren wieder an den Universitäten einzustellen. Diese Entscheidung teilten wir den Rektoren mit.“¹²

Es ist zu vermuten, dass sich damit die Chancen für die eigene Auseinandersetzung der Wissenschaftler mit dem Problem geistig-inhaltlichen Verstrickungen der deutschen Wissenschaft in die NS-Politik nicht unbedingt und in jedem Falle erhöhten.

Der geistige Widerstreit Hans-Georg Gadamers gegen das NS-Regime war seit 1933 mit dem Voranschreiten der Verbrechen der Nazis, soweit sie denn in dieser Zeit schon bekannt wurden, immer rigoroser und agierender geworden: Ich erinnere an seine Einverständnisse in den letzten Kriegsjahren mit Carl Goerdeler und anderen Männern des 20. Juli 1944. Die Deutschen mussten eine Wiederholung des schrecklichen Geschehens unter allen Umständen von sich aus verhindern. Hans-Georg Gadamer verstand mit der ihm eigenen Sensibilität, dass hinter der Strenge dieser Forderung der Alliierten das Leid der unzähligen von Hitlerdeutschland gequälten Menschen stand. Er schreibt:

„Was ich lernte, war vor allem die Unfruchtbarkeit und Unmöglichkeit alles restaurativen Denkens, und als ich zwei Jahre später in den Westen ging, als Professor nach Frankfurt, war ich über die Illusionen der dortigen Universitätspolitik, an deren Spitze damals Hallstein stand, ziemlich fassungslos.“¹³

Hans-Georg Gadamer stellte für die Verwirklichung des Gedankens der Autonomie der Universität, der Immunisierung der Wissenschaftler und Studenten gegen anmaßende Bevormundungen und die Dominanz durch die Politik die Wiederauffindung der Ursprünglichkeit der Wissenschaft in den Mittelpunkt seines Rektorats und deshalb auch seiner Festrede zur Wiedereröffnung der Leipziger Universität am 5. Februar 1946.¹⁴ Diese Forderung bildete nicht nur die Konsequenz seines eigenen For-

¹² Nikitin, Zwischen Dogma ..., a.a.O., S. 67f.

¹³ Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., S. 124.

¹⁴ Über die Ursprünglichkeit der Wissenschaft: Rede bei der Übernahme des Rektorats der wiedereröffneten Universität Leipzig am 5. Februar 1946. Erstdruck als Heft 14 der Leipziger Universitätsreden, Leipzig 1947. In: Gadamer, Hans-Georg: Gesammelte Werke (im folgenden zitiert als: GW), Tübingen, Bd. 10, S. 287-291.

scherlebens, auch seines Erlebens der Nazidiktatur, sondern öffnete darüber hinaus den Blick für die kritische Analyse der deutschen Geschichte seit Wilhelm von Humboldt, ihre Wiedereingliederung in die humane Kulturentwicklung der Menschheit.

Natürlich war die Spitze seiner Überlegungen gegen nationalsozialistische Politik gerichtet – wie hätte es anders sein sollen im Kontext der Zeit, wo alle Nazigegner darüber nachdachten, wie das Land, vor allem seine Jugend, von diesen Einflüssen geheilt und vor neuen bewahrt werden könnte. Der Philosoph drang aber bis zu den Gründen vor, infolge derer diese Politik in die Universität und die Wissenschaft hatte einbrechen können. Er fragte nach der Haltung, mit der der Wissenschaftler diesen Einfluss hätten abweisen müssen – wohlgemerkt: an der *Universität* und in der *Wissenschaft* das Eindringen der barbarischen Ideologie hätten verhindern müssen. Ausdrücklich wies er darauf hin, dass sich in der staatsbürgerlichen Haltung zu Menschlichkeit und Demokratie der Wissenschaftler in nichts von anderen Staatsbürgern des Landes in seiner Verantwortung unterscheidet:

*„Im Angesicht dieser Forderung bedarf es nicht mehr der Darlegung, welchen Beitrag die Universität zur demokratischen Erneuerung unseres Volkes zu leisten hat. Wir wissen, dass wir im Bereich der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Erziehung vor den gleichen Aufgaben stehen, vor denen unser Volk als Ganzes steht.“*¹⁵

Die Grundgedanken seiner Festrede bilden ein gutes Maß für die Bewertung der Vergangenheit und die Beurteilung dessen, worauf es an der Universität ankommt.

Die Universität hatte einen besonders zähen und dennoch oft nicht erfolgreichen Abwehrkampf geführt – gegen die entstellende Herrschaft großenwahnsinniger und geistfeindlicher Tendenzen, gegen das Aufkommen eines Krieges voller Aberwitz und Verbrechen und seine grausamen geistigen und materiellen Verwüstungen. Die Universitäten hatten es nicht nur nicht verhindern können, sondern waren in dem furchtbaren Strudel fortgerissen worden und ihm selbst als Stätten der freien wissenschaftlichen Forschung und Lehre erlegen. Die Freunde und Verehrer unseres Volkes in aller Welt fragten, wie „diese Verkehrung dessen, was sie am deutschen Wesen liebten, in solch Unwesen überhaupt möglich war. Wir können uns nicht verbergen, dass diese Frage auf mehr zielt, als auf die

¹⁵ GW 10, S. 293.

Geschichte des letzten oder der letzten Jahrzehnte...“¹⁶ Das gesamte Bild unserer deutschen Geschichte, mit ihr das Wesen der deutschen Universität und das Bild, das ihre Lehrer von ihr hatten, war durch diese Frage erschüttert. Auf diese Weise kennzeichnete der Rektor zutreffend die geistige Situation der Wissenschaft und der Universität und durch sie des ganzen deutschen Volkes. Von eben diesem Standpunkt der *Wissenschaft* gibt es an dieser Charakterisierung *nichts*, aber auch gar nichts zu bemängeln, wie wir fünfzig Jahre später wussten, als wir sie verstanden hatten.

Wir stehen vor der Aufgabe, das war sein zweiter Leitgedanke, das Lebensgesetz der Universität neu zu bestimmen. Das *Lebensgesetz* wohlgemerkt, nicht nur die Verfassung oder Satzung der Universität. Die Arbeit an der letzteren hält er zwar nicht für unwichtig, sieht sie aber doch mit gewisser Distanz – eingedenk vermutlich der Erfahrung, wie schnell und wie leicht Universitätsverfassungen nach dem Führerprinzip umgebildet worden waren – seinerzeit in Marburg und überall an den deutschen Universitäten.¹⁷

Er hebt dabei einen sehr wichtigen Aspekt hervor: Die Universität ist auf das Verständnis aller Kreise der Arbeitenden angewiesen, obwohl ihre Arbeitsprozesse „still und geheim“ sind, d.h. nicht von allen unmittelbar und direkt nachvollzogen werden können. „ihre Wirkungen und Erfolge oft unsichtbar sind und immer erst spät und von dem schöpferischen Vorgang entfernt ans Licht treten.“¹⁸ Worum er also warb, war Vertrauen in die Wissenschaft, Achtung ihrer Würde und Erwartung in sie. Genau das war einer der Punkte, an dem die Universität schon bald, wenn auch auf ganz andere Art als in der Nazizeit, scheiterte und sich erneut universitätsfremde, politische Kräfte gegen sie durchsetzten.

Wer aufmerksam die Rede liest, wird etwas von dem großen Ernst der Mahnung spüren, sich auf die Ursprünglichkeit der Wissenschaft zurückzubedenken, „um den Söhnen unseres Volkes, von deren harter Arbeit die äußeren Existenzbedingungen der Wissenschaft geschaffen und erhalten werden, zu sagen, was das eigentlich ist und was es wieder werden muss, wofür sie einstehen und tätig eintreten: die Wissenschaft.“¹⁹

¹⁶ GW 10, S. 287.

¹⁷ Vgl. u.a. Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., S. 54.

¹⁸ GW 10, S. 288.

¹⁹ GW 10, S. 290.

Und was ist diese Wissenschaft, was soll sie sein, seit sie bei den Griechen zuerst entstand?

„Sie ist der Bereich, wo keine Meinungen gelten, sondern nur Gründe. Welch ungeheure Zumutung an die Schwäche der Menschen, die allesamt ihre Meinungen so sehr lieben und das Rechthaben im Reden! Dass die Wissenschaft bei den Griechen zuerst entstand, begreift sich nur zu gut angesichts der Gewalt der Rede und der Streitlust über dieses feurige Volk. Aber auch uns beherrscht das Vorurteil der allgemeinen Meinung und besticht der Schein der Wahrheit und der Glanz des Wirksamen. Wissenschaft aber stellt einen festen Stand dar gegenüber allem Wechsel und Schillern der Meinungen, sie ist ein Darüberstehen, weil ein Eingehen auf die Sache selbst und ihre wahren Gründe.“

Das ist die ursprüngliche Idee der Wissenschaft. An sie gilt es sich zu erinnern, auf sie gilt es zurückzukommen aus der vielfachen Entfernung des modernen Wissenschaftsbetriebes. Nicht als ob wir leugnen wollten, dass Vormeinungen und Interessen auch unsere Erkenntnismöglichkeiten ständig beeinflussen und beschränken. Aber was in uns Wissenschaft ist, das verwandelt die Macht der Vormeinungen über uns in eine lärmende Ohnmacht. In der Stille unserer forschenden Arbeit sind wir allein mit uns selbst und unseren Zweifeln, und in der Stille dieser Einsamkeit schließt sich dem Forscher Wirkliches auf, das noch kein menschlicher Geist vor ihm sah. Diese ursprüngliche Macht der Wissenschaft ist es, die unseren Auftrag seitens der Gesellschaft, in der wir leben, darstellt. Sie erzeugt die Kraft, aus eigener, selbständiger Entscheidung zu handeln und das Leben zu meistern. Deshalb sind ihr die hohen Schulen geweiht, auf ihr beruht die Eigenart unserer Lebens- und Arbeitsformen, die man so schwer erklären kann und in der wir uns doch gerade im Kreise aller Arbeitenden verstanden finden möchten.“²⁰

Der Philosoph und Klassische Philologe schöpfte aus der Verallgemeinerung des ganzen Entwicklungsweges der europäischen Wissenschaft und Kultur, der ihm zu Gebote steht, und leitete aus ihm den ursprünglich menschlichen Grundsinn der Wissenschaft ab. Wer sich mit ihr befasst, muss sich auszeichnen durch „höchste Konzentration und Versunkenheit in die Sache selbst“. Er muss wissen: „Was er zu sagen hat, sind Wahrheiten, die erst die Zukunft zu allgemeiner Anerkennung bringen wird“, und er muss sich der „Grenzen seines Könnens“ und der „erdrückenden Größe seiner Aufgabe“ bewusst sein. Wäre die Kraft dieser Tugenden – der Sachlichkeit, Entschiedenheit und Bescheidenheit – „in den Männern der deutschen Wissenschaft groß genug gewesen, die schwächliche Anpassung an das nationalsozialistische Regime wäre für sie keine Versuchung geworden.“²¹

²⁰ GW 10, S. 292.

²¹ GW 10, S. 293.

Diesen Weg zeigte der Philosoph den Wissenschaftlern und Studenten, aber auch den politischen Kräften des Landes, um die Staatszerrüttung unter den Deutschen, die zu überwinden sich alle vorzunehmen befeuerten, von innen und von unten her zu überwinden. Er konnte – und kann bis heute – beschritten werden, wenn die Universität auf diesem Weg einer humanen Kultur vorangeht.

Die erste Zuspitzung erfuhr die Auseinandersetzung um diesen Weg in der Folgezeit in der Frage der Freiheit der Meinungsäußerung des Wissenschaftlers und der Verwirklichung seines Rechtes auf Kritik an der offiziellen politischen Ideologie. Gadamer schreibt:

„Theodor Litt, ein begnadeter Rhetor, hatte mit seinen Vorlesungen, die mit Kritik an den marxistischen Ideen nicht sparten, einen so großen Erfolg, dass die Russen ihn schließlich suspendierten. Ich war entsetzt. Dasselbe noch einmal, was die Nazis schon getan hatten. Wiederkehr des Gleichen. Das musste jedes Vertrauen in die neugewonnene Freiheit von Forschung und Lehre zerstören. Ich fuhr nach Berlin und trug den höchsten russischen Stellen (Solotuchin hieß der Minister) das vor. Zum Glück hatte ich einen ausgezeichneten Dolmetscher. Ich habe damals gelernt, dass dort, wo Dolmetscher zwischengeschaltet werden müssen, das wirkliche Gespräch nicht zwischen den Partnern, sondern zwischen mir und dem Dolmetscher stattfindet. Ihn gilt es zu gewinnen, damit er meine Sache überzeugend vertritt. In diesem Falle gelang es. Die Russen gaben nach: ‚auf meine Verantwortung hin‘. Das war vielleicht eine versteckte Drohung, aber doch auch eine Vertrauenserklärung, und ich konnte weiteres Unheil verhüten. Freilich vertauschte Litt im nächsten Semester bereits Leipzig mit seiner Heimatstadt Bonn, sodass ich an dieser Verantwortung nicht lange zu tragen hatte.“²²

Im Grunde war das bereits der deutliche Ausdruck dafür, dass die SED nicht nur ihre politischen Grundauffassungen, sondern auch ihre „Philosophie“ in die Universität einzuführen und der Universitätswissenschaft entgegenzusetzen begann, und vor allem, dass sie bereits mit dem Anspruch *alleiniger* Wissenschaftlichkeit auftrat. Zentrale Papiere und Verlautbarungen widersprachen dem zwar, zudem hatte die Partei nur sehr wenige Mitglieder, die dem Lehrkörper angehörten. Aber unter Studenten, vor allen an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten, waren derartige Bestrebungen bereits sehr virulent. Professor Gadamer erinnert sich, dass es auch in den deutschen Stellen engstirnige Doktrinäre gab, die vor Wichtigkeit und Wichtigtuerei förmlich platzten.²³

²² Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., S. 129.

²³ Ebenda, S. 128.

Auf dem Gebiet studentischer Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Universität eskalierte die Einmischung der SED bedrohlich im sogenannten „Fall Stiller“.

Nach mehreren kurzlebigen Anläufen war im Dezember 1945 beim Jugendausschuss der Stadt Leipzig eine „Studentische Arbeitsgemeinschaft“ gebildet worden. Im August 1946 wurde sie in „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“ umbenannt. Der erste Vorsitzende war der Medizinstudent Peter Brückner, Mitglied der KPD. Er war auf eine offene, freimütige Diskussion eingestellt und beliebt, musste aber wegen einer schweren Erkrankung aus seinem Amt ausscheiden. An seine Stelle trat Gerhard Stiller, Jahrgang 20. Er war als blutjunger Panzerleutnant vor Moskau im Einsatz gewesen, in Gefangenschaft geraten und hatte sich dann der Bewegung „Nationalkomitee Freies Deutschland“ angeschlossen. Er verfügte demnach bereits über eine bestimmte Lebensreife, und sicher hatte ihn das Wehrmachtserlebnis stark geprägt. Bei einigen seiner Kommilitonen galt er als eine etwas „schillernde Persönlichkeit“. Seine Arbeit in der studentischen Arbeitsgemeinschaft jedenfalls hatte er betont konfrontativ zu Rektor und Senat angelegt. Im November 1946 spitzte sich dieses Verhältnis weiter zu. Er hatte Schriftsätze verfasst und selbstherrlich als Resolutionen der Arbeitsgemeinschaft der Presse übergeben, in denen er die Universitätsleitung kritisierte, nicht entschieden genug die Möglichkeit zur Berufung antifaschistischer Professoren wahrgenommen zu haben. Erst danach, am 4. November, überreichte er die Anschuldigungen als „Resolution vom 1. November“ im Namen der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten und im Beisein der Vorstandsmitglieder Ranft und Müller an Rektor Gadamer. Der Rektor bat um Angaben, welche personellen Möglichkeiten die Universitätsleitung bei der Besetzung von Lehrstühlen mit antifaschistischen Professoren denn versäumt oder welche Vorschläge sie abgelehnt habe, wie die Arbeitsgemeinschaft behauptete. Stiller vermochte diese Fragen nicht zu beantworten und erbat Aufschub. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder erklärten, erst zehn Minuten vor dem Gespräch mit dem Rektor mit den Schriftstücken bekannt gemacht worden zu sein und sich nicht mit dem Inhalt identifizieren zu können.

Der Rektor betonte, dass er den Studenten nicht wegen demokratischer Initiativen Vorwürfe mache. Wenn aber bei der Landesverwaltung der Eindruck bestehe, er habe seine Möglichkeiten, den Lehrkörper der Universität mit antifaschistischen Lehrkräften zu ergänzen, bewusst versäumt,

so trete er mit den Dekanen sofort von seinen Funktionen zurück. Er verwahrte sich dagegen, dass die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten vor der Aussprache bereits die Presse verständigt hatte. Das Protokoll stellt fest:

„In diesem Zusammenhang weist Herr Stiller auf die von der Universitätsleitung anscheinend übersehene Möglichkeit (hin), sich an die Parteien zu wenden, um eben alle gangbaren Wege zu beschreiten, worauf der Rektor versichern und beweisen kann, dass er seit langer Zeit schon mit den Parteien, insbesondere mit der SED, in Verbindung stehe und sämtliche ihm gemachten Vorschläge gründlichst erwogen habe.“²⁴

Nach dem Gespräch schlugen die Wellen in der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten hoch. Mit Recht fühlten sich der Vorstand und ein Teil der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch den Vorsitzenden, der offensichtlich von der Landesleitung der SED vorgeschickt worden war, übertölpelt. Sie empfanden den Vorfall als einen schweren Vertrauensbruch und als einen politischen Verstoß gegen das Prinzip ehrlicher demokratischer Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft. Helmut Ranft, 2. Vorsitzender, der Politikreferent Weinoldt und der Rundfunkreferent Stelzig traten von ihren Ämtern zurück. In ihrer Erklärung stellten sie fest, „wir werden nach wie vor willens sein, am demokratischen Neuaufbau mitzuhelfen, sehen uns aber außerstande, im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft mitzuarbeiten, solange Herr Stiller das Amt eines Leiters innehat.“²⁵ Am 8. November widerrief die Arbeitsgemeinschaft ihre Resolution vom 1. November und sprach der Leitung der Universität ihr Vertrauen aus.

Am 9. November 1946 sprachen Staatssekretär Gute, Prof. Dr. Simon und Ministerialrat Donath von der Landesregierung Sachsen bei Rektor Gadamer in dieser Angelegenheit vor. In diesem Gespräch ließ Staatssekretär Gute das ‚enfant terrible‘ Stiller kurzerhand fallen. Er erklärte, „dass demokratische Meinungsäußerungen von Studenten in hochschulpolitischen Fragen an sich legitimiert seien, dass aber die Resolution (gemeint war der erste Schriftsatz vom 1. November. R.K.) absolut zu missbilligen sei, zumal sie ja auch noch eine Desavouierung der Landesverwaltung darstelle.“ Die Landesverwaltung werde sich „grundsätzlich durch diesen lokalen Handstreich nicht von ihrer Politik der Wiedereinsetzung nötiger Lehrkräfte abbringen lassen, denn dieselbe geschehe ja

²⁴ Universitätsarchiv Leipzig, Rektorat 119, Bl. 4.

²⁵ Universitätsarchiv Leipzig, Rektorat 46, Bl. 63.

nicht, um Nazis an die Hochschule zu bringen, sondern um den Studenten etwas beizubringen.²⁶

Der Rektor sorgte dafür, dass sich auch der Senat gründlich mit dem Vorfall befasste. Im Ergebnis der Debatte verabschiedete er eine Erklärung. In ihr hieß es:

„Die Mitarbeit der Studierenden am demokratischen Aufbau der Universität erfolgt nur dann im wahrhaft demokratischen Sinne, wenn sie die Zusammenarbeit mit den demokratischen Behörden nicht umgeht. Die am 1. November 1946 gefasste Resolution und insbesondere ihre Weitergabe an die Presse verstößt gegen die Ordnung des akademischen Lebens und einer gesunden Demokratie.“

Rektor und Senat sprachen sich dagegen aus, dass vom Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten angeblich belastendes Material für seine Anschuldigungen verwandt worden war, das „nicht von der Landesverwaltung stammte, sondern ihm aufgrund seiner Parteistellung zugänglich war“. Sie erklärten, „dass sie sich in ihrer Arbeit an der demokratischen Erneuerung werden nicht beirren lassen, sondern die Erwartung hegen, dass die Studentenschaft mit ihrer Vertrauenserklärung Ernst macht und künftig die richtigen Wege findet, ihrer Meinung Ausdruck zu geben.“²⁷

Der Vorfall hätte dank der prinzipiellen und besonnenen Haltung von Rektor Gadamer für alle Beteiligten zu einem Lehrstück demokratischer Universitätsverwaltung werden können – wenn es denn alle Beteiligten gewollt hätten. Das aber war durchaus nicht der Fall, wie der hier als bekannt vorausgesetzte weitere Gang der Ereignisse um den Studentenrat nachdrücklich bewies. Das deutete sich bereits im Verhalten aller Beteiligten nach der Senatssitzung an. Lediglich die Gruppe der LDP-Studenten – offenbar im Ergebnis des von Wolfgang Natonek in Gang gebrachten politischen und moralischen Erkenntnisprozesses – entschuldigte sich bei Rektor und Senat offiziell für „ihre“, d.h. von einem Teil ihrer Mitglieder mit getragene Fehläußerung und korrigierte ihre fehlerhaften Auffassungen zur demokratischen Selbstverwaltung der Universität.²⁸

Das Verhältnis zur Besatzungsmacht enthielt viele Möglichkeiten zu Kollisionen, Meinungsverschiedenheiten und Missverständnissen. Umso überraschender ist die relative Unkompliziertheit, mit der Hans-Georg

Gadamer in kontroversen Situationen mit den Verantwortlichen der SMAD gangbare Lösungen und vernünftige Verfahren herauszufinden in der Lage war. Das lässt sich nicht einfach auf die „Elastizität“ des Rektors zurückführen – obwohl ihm offensichtlich außer seinem wissenschaftlichen auch diplomatisches Können nachgerühmt werden kann. Die Erklärung dafür liegt in meiner Sicht viel mehr in der grundsätzlichen Zustimmung der Russen zu seinen hochschulpolitischen Grundpositionen, die er in seiner Festrede zur Wiedereröffnung herausgearbeitet hatte. Wer sich die Mühe macht, die Positionen der sowjetischen Militärverwaltung gegenüber der Akademie der Wissenschaften und den anderen Akademien zu analysieren, wird genau diese Grundhaltung wiederfinden. In der sowjetischen Besatzungspolitik auf diesem Gebiet schwang ein aus viel längerer historischer Perspektive gewonnener Respekt vor dem in Deutschland seit Leibniz, der deutschen Klassik und den preußischen Reformern praktiziertes Verhältnis zwischen Wissenschaft und Staat mit. Gadamer schreibt in seinen Memoiren:

„Im ganzen war die Verständigung mit den russischen Kultur-Offizieren nicht sehr schwer. Sie hatten ihre Anweisungen zu geben, weil sie die ihnen gegebenen Anweisungen auszuführen hatten. Aber sie waren natürlich keine Offiziere, sondern Professoren in Uniform, mit denen einen vieles verband.“²⁹

Dabei kamen auch Kompromisse zustande, die bisweilen schmunzeln lassen. „Mir war von Anfang an klar,“ schreibt Gadamer, „dass die Russen misstrauische Leute waren, und ich begegnete ihnen daher immer mit absoluter Offenheit, auch mit entschiedenem offenem Widerspruch“:

„Wenn ich mich mit demselben nicht durchsetzte, und das war natürlich meistens so, so konnten sich die Russen darauf verlassen, dass ich ihre Anweisungen – auch gegen meine Überzeugungen – jedenfalls genau durchführte. Ein interessantes Beispiel, das unwichtig, aber symptomatisch war, sei erzählt: Im Vorlesungsverzeichnis der Universität Leipzig war nach altem Brauche eine Liste der berühmtesten Leipziger Studenten – von Camerarius, Altdorfer über Christian Wolff, Ranke, Richard Wagner bis Friedrich Nietzsche auf einer Art Ehrenliste aufgeführt. Die Russen verlangten von mir die Streichung des Namens Nietzsche. Ich widersprach – ein Name von diesem internationalen Range könne unmöglich ausgelassen werden. Die Russen gaben zu, dass ‚später einmal‘ eine Nennung vielleicht wieder möglich sein werde, aber aus politischen Gründen

²⁶ Universitätsarchiv Leipzig, Rektorat 119, Bl. 10.

²⁷ Universitätsarchiv Leipzig, Rektorat 119, Bl. 1.

²⁸ Universitätsarchiv Leipzig, Rektorat 119, Bl. 21.

²⁹ Gadamer, Philosophische Lehrjahre, a.a.O., S. 128.

sei er zur Zeit nicht zulässig. Darauf entschied ich, dass dann die ganze Ehrenliste zu streichen sei, und die Russen haben diese Entscheidung respektiert. (Die Anweisung, die sie selbst auszuführen hatten, war offenkundig erfüllt: der Name Nietzsche trat nicht mehr auf.)³⁰

Hans-Georg Gadamer akzeptierte menschlich die führenden Hochschulpolitiker der Zentralverwaltung für Volksbildung – Paul Wandel, Robert Rompe, mit denen er „manches freundschaftliche Gespräch hatte“. Aber er wusste auch, wieviel sie trennte und machte sich nichts vor, dass weder er noch sie sich von ihren Welten trennen konnten.

„Was Philosophie in meinen Augen war, war in ihren Augen etwas völlig Unverständliches. Der ‚wissenschaftliche‘ Sozialismus und der dialektische Materialismus sowie die von der Physik (Rompe war Physiker) her gewohnten Perspektiven und Maßstäbe waren darauf nicht anwendbar, und als ich eines Tages besonders überzeugend mit Rompe und Wandel diskutiert hatte, kamen sie zu dem Ergebnis: ja, dann sollte man die Philosophie doch lieber an die Akademie der Schönen Künste überführen. In meinen Augen ein niederschmetterndes Resultat des Verständigungsversuchs.“³¹

Prof. Gadamer war ein gewissenhafter Rektor. Die Universität verdankte ihm sehr viel – gerade in dieser außergewöhnlichen Zeit des Neubeginns, der Besatzung, der sich ständig zuspitzenden Kämpfe um Autonomie oder neue politische Dominanz gegenüber der Wissenschaft, der Auseinandersetzung gegen linksradikale Willkür und Gewalt. Im Unterschied zu manch anderem Rektor kümmerte er sich wirklich um die schreienden Sorgen und Nöte der großen Universität und rieb sich ungeachtet seiner Geübtheit in Universitätsangelegenheiten in ihrem Dienste fast auf. Dies war sicher einer der Gründe, die ihn veranlassten, sein Amt aufzugeben. Vor allem aber war es wohl der unaufhaltsame, immer weiter vom Stil einer westlichen Universität hinwegdriftende Weg der Universitäten der sowjetischen Besatzungszone, der ihm viel schmerzlicher bewusst war, als manchem, der nicht in dieser alten humanistischen Kultur lebte, und erst recht als uns jungen Leuten. „So war die Abwehr unsachlicher Attacken von der Seite der örtlichen, kleinkarierten, sich avantgardistisch fühlenden Aktivisten der SED-Organisationen, die natürlich pausenlos erfolgten, im ganzen sehr erfolgreich.“³² Er fürchtete, dass unter diesen Umständen der wissenschaftliche Rang der Universität mehr und mehr zu-

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda, S. 128f.

³² Ebenda, S. 126.

rückgehen musste und sah sich schließlich gezwungen, die Universität zu verlassen.

Es war ein schlechtes Omen für den weiteren Verlauf der kulturellen Entwicklung, wie auch die Russen ihn sich vorgestellt hatten. Auch die oppositionellen Kräfte um Wolfgang Natonek sahen seinen Weggang zu recht mit großer Besorgnis. Das geht aus einem Brief hervor, den Natonek im August 1947 an Helmut Ranft schrieb, der zu dieser Zeit im Krankenhaus lag:

„Von dem Wichtigsten erhältst Du durch beiliegende Abschrift eines Schreibens an die Landesregierung Kenntnis. Daraus ersiehst Du, dass Se. Magnifizienz am 1.10. Leipzig verlassen wird. Wir sind der Meinung, dass wir der Landesregierung gegenüber unsere Sorgen für das weitere Schicksal der Universität zum Ausdruck bringen müssen.“³³

Hans-Georg Gadamer ging nicht etwa bei Nacht und Nebel und machte aus seiner Kritik an der Entwicklung der Universitäten in der SBZ der SMAD gegenüber kein Hehl. Die offizielle Politik hinderte die Wissenschaftler unter anderem daran, in freier eigener Entscheidung zu gehen, wohin sie es für erforderlich hielten – als Reaktion auf für viele unerträgliche Verhältnisse in der SBZ also nach dem Westen, nicht als Einbahnstraße selbstredend. Genau das hatte er den Bildungspolitikern der SMAD wiederholt gesagt, und weil sie das nicht zu ändern in der Lage waren, nahm er schließlich selbst eine Berufung nach Frankfurt am Main an. Es war auch für ihn nicht leicht, wie er selbst schreibt, seinen Weggang zu begründen. „Man fragte mich denn auch nach meinen Gründen, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass man mir stets volles Vertrauen entgegengebracht, mich gegen törichte Störungen von Leipzig aus stets abgeschirmt habe und meine Arbeit sehr schätze.“ Aber das Ganze trug mehr den Charakter einer Unterhaltung, denn einer Auseinandersetzung – die Entscheidung, ihn gehen zu lassen, war offenbar schon gefallen. So ließ man schließlich von dem Thema ab und verabschiedete ihn mit guten Wünschen auf die Reise.³⁴

Inzwischen wissen die Forscher vom inneren Aufbau und den „Zuständigkeiten“ innerhalb der SMAD genug, um erkennen zu können, dass die Bildungspolitik der SMAD mit dem Geschehen, das ihm in der Fol-

³³ Universitätsarchiv Leipzig, Studentenrat 4, Bl. 21, 22.

³⁴ Vgl. Gadamer, Hans-Georg: Philosophische Lehrjahre, S. 133.

gezeit, vor seiner endgültigen Abreise noch widerfuhr, nichts mehr zu tun hatten.

Er hatte bereits seine Vorlesungen in Frankfurt begonnen und kehrte im Oktober – zur offiziellen Rektoratsübergabe an Erwin Jacobi, Professor für öffentliches Recht, Kirchenrecht und Arbeitsrecht, und auch zur Organisierung seines privaten Umzugs – nach Leipzig zurück. Die Rektoratsübergabe verlief in würdiger Atmosphäre und fand einen guten Widerhall in der Presse. Da wurde er nachts um 11 Uhr in seiner Wohnung verhaftet und einer viertägigen entwürdigenden Einkerkerung durch russische Besatzungsbehörden im Leipziger Polizeigefängnis in der Bismarckstraße unterzogen. Seiner Meinung nach war es ein Amtsmissbrauch lokaler Größen, die sich an ihm für seinen Weggang rächen und Folge einer Denunziation – so wurde es ihm auch durch die russische Behörde bedeutet. Bei seiner Freilassung versicherte ihm der russische General, dass „es ein Versehen, ein Übergriff der deutschen Polizei gewesen sei, den sie bedauerten.“³⁵

Von Frankfurt aus folgte er 1949 einem Ruf nach Heidelberg, auf den Lehrstuhl von Karl Jaspers, der in die Schweiz gegangen war.

³⁵ Ebenda, S. 136.

„lost moments of history“

Zur Problemsicht Gadamers und Litts in den Debatten von 1946

Günter Wirth
Berlin

„Daß wir in ein Zeitalter eingetreten sind, in dem die Arbeiterklasse ihren politischen Führungsanspruch durchgesetzt hat, ist eine Erkenntnis, die heute von niemandem mehr geleugnet werden kann.“ Dieser Satz könnte aus dem Notizbuch des Agitators in der Hoch-Zeit des realen Sozialismus stammen. In Wahrheit stand er am 12. Dezember 1946 in der *Leipziger Zeitung*, in einer zwischen Frühjahr 1946 und Anfang Januar 1948 publizierten sogenannten überparteilichen Tageszeitung, die hervorragend redigiert war (vom Umbruch her manchmal an die *Frankfurter Zeitung* der Weimarer Republik erinnernd); in ihr ergriffen bedeutende Leipziger Hochschullehrer ebenso das Wort wie die führenden Vertreter des kulturellen Lebens, vom Senior der Leipziger Schriftsteller Franz Adam Beyerlein über Günther Ramin, die Dramatiker Walter Gilbricht und Alfred Matusche bis zu Georg Maurer, von dem ich ca. 20 Beiträge gefunden habe.

Der Autor des einleitend zitierten Satzes gehörte in den Umkreis solcher Autoren – es war kein Geringerer als der Philosophieprofessor Hans-Georg Gadamer, der Heidegger-Schüler, der damals Rektor der Leipziger Universität war. Er hatte diese Aussage auf einer Zusammenkunft der SED mit Leipziger Hochschullehrern – auch Litt war zugegen gewesen – getroffen, und in der Tat zeugt sie davon, wie offen die Führungskräfte der bürgerlichen Intelligenz unter dem Eindruck des Sieges der UdSSR über das NS-Regime und angesichts des authentischen antinazistischen Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung für eine geistig-gesellschaftliche Umorientierung, offenbar sogar für eine so weitgehende, waren.

Gadamer hatte eine solche Haltung, etwa auch als Mitbegründer des Kulturbundes, schon zuvor deutlich werden lassen – wiederum sehr bri-

sant in einem Interview mit der *Leipziger Zeitung* am 13. Juni 1946, unmittelbar vor dem sächsischen Volksentscheid über die Enteignung der Nazikriegsverbrecher. In der Aufmachung der Zeitung liest sich dies so:

„Die materielle Frage des Volksentscheids, so führte Prof. Gadamer aus, ist so klar, weil niemand vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Augen verschließen kann. Die ethische Bedeutung aber scheint mir zunächst darin zu liegen, daß die Öffentlichkeit ... unter staatlichen Gesichtspunkten (zu) denken lernen muß. Die mit dem Volksentscheid gestellte Frage erscheint nur als Spezialfall der allgemeinen Frage, wie weit wir nach dem Zusammenbruch des Naziregimes und angesichts der auf uns ruhenden Wiedergutmachungspflichten alle mit allem, was wir sind und haben, dem staatlichen Neuaufbau zu dienen verpflichtet sind... Das moralische Problem des Volksentscheids erscheint mir daher primär als eine sittliche Gesamtaufgabe des deutschen Volkes, nämlich aus der gegebenen Lage alle fruchtbringenden und für das Ganze nützlichen Folgerungen zu ziehen...“

Alternativen gegen das NS-Regime verbanden sich bei Gadamer damals mit Offenheit für die programmatischen Alternativen, wie sie die Arbeiterbewegung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zur Wirkung brachte, offenbar noch in Konkurrenz mit anderen politischen und geistigen Mächten. Gadamer, sensibler Analytiker geistiger Vorgänge in der Gesellschaft, entdeckte freilich mindestens schon Ende 1946 in der Zusammenkunft mit Vertretern der SED gewisse Gefahrenmomente, die er insonderheit an der Intelligenz-, speziell an der Hochschulpolitik der SED festmachte. So fügte der Philosoph Gadamer dem einleitend zitierten Satz sofort einige andere hinzu, die dessen Gültigkeit zusätzlichen Bestimmungen unterwarfen:

„Aber (ein abgrenzendes Aber – G. W.) sehr verschiedenartig sind die Empfindungen, von denen dieser große sozialpolitische Vorgang im öffentlichen Bewußtsein begleitet wird. Daß die Vertreter der Arbeiterbewegung selber ihre eigenste Stunde (von mir hervorgehoben – G. W.) erst nach langen Jahrzehnten politischen Kampfes und vielfacher Rückschläge heraufkommen sehen, muß in ihnen ein ungeduldiges Verlangen nähren, ihren Erfolg in sichtbaren Formen der sozialen und politischen Ordnung auszugestalten.“ (LZ, a.a.O.)

Was für bemerkenswerte Einsichten: die in die eigenste Stunde der Arbeiterklasse, die in die Versuchung durch Ungeduld und damit erst recht in die viel gefährlichere Versuchung, die vom opferreichen antinazistischen Kampf, aber auch noch vom Wählervotum des Spätherbstes 1946 legitimierte Macht zu mißbrauchen.

Solcher Machtmißbrauch war im Sonderfall der Hochschul-, der Universitätspolitik, um die es in der Aussprache ging, an der sich Gadamer beteiligt hatte, die illegitime Instrumentalisierung der Wissenschaft, der

Gelehrten. Gadamer wörtlich: „Es ist ein großes Verdienst der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß sie in jahrzehntelanger Erziehungsarbeit ein Gemeinbewußtsein der Arbeiterklasse herausgebildet hat, das einem künftigen Staatsaufbau zu dienen vermag ... In dieser ihrer gegenwärtigen Bestimmung darf sie sich ... mit der Stellung der deutschen Intelligenz einig wissen ...“ Und zwar deshalb, weil „... ihre Herkunft aus der bürgerlichen Welt für sie überhaupt keinen politischen oder klassenmäßigen Sinn (hat) – Sie (hat) keinerlei Vorrecht zu verteidigen ... Das Vorrecht, das wir beanspruchen, ist allein das unseres Auftrages. Wir brauchen, um ihn zu erfüllen, das öffentliche Vertrauen ...“. Vielleicht verdienten „wir“ es nicht, „aber wir sind überzeugt, wir würden es lohnen“. (LZ, a.a.O.)

Hiervon war auch Gadamers Position und Engagement im Kulturbund bestimmt. In der Leipziger Organisation hatte er eine führende Stellung, und 1946 versuchte er, den Kulturbund in Leipzig eigenständig zu entwickeln, was zu Spannung mit der Landesleitung (insbesondere im Zusammenhang mit der von ihm abgelehnten Aufstellung einer Kulturbund-Liste zu den Landtagswahlen) führte. Diese Spannungen mußten in Verhandlungen mit dem Präsidialrat in Berlin ausgeglichen werden, an denen von Leipziger Seite Gadamer und der Buchhändler Engewald, von Dresden u.a. Victor Klemperer teilnahmen.¹ Noch 1947 wurde Gadamer stellvertretender Landesvorsitzender des Kulturbundes – als Vertreter Ludwig Renns, und wenn der andere stellvertretende Landesvorsitzende, der aus der Bekennenden Kirche gekommene Rektor der Freiburger Bergakademie Prof. Dr. Gerhard Grüß (zugleich Kreisvorsitzender der CDU) war, hatte sich eigentlich eine verheißungsvolle personalpolitische Konstellation ergeben. Offenbar kam sie dann aus den objektiven Gründen der sich verschärfenden politischen Entwicklung nicht zum Tragen. Immerhin saß Gadamer noch im Präsidium des Bundeskongresses von 1947, bekam aber bei der Wahl zum Präsidialrat nicht genügend Stimmen – sehr zum Bedauern Johannes R. Bechers, der sich 1946 für Gadamer eingesetzt hatte. Während seines Ahrenshoop-Urlaubs 1947 hielt Gadamer übrigens einen Vortrag in den damals dort einsetzenden Bildungskursen des Kulturbundes (u.a. zusammen mit Ernst Lemmer); die Kulturbund-Zeitschrift *Sonntag* meldete es damals auf Seite 1.

¹ Klemperer berichtet hierüber in seinen Tagebüchern: vgl. V. Klemperer, *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen*, Berlin 1999, Band I, S. 361ff.

Auch sonst setzte sich Gadamer nachweislich für die kulturelle Erneuerung in der damaligen SBZ ein, etwa mit einem Vortrag über die „Bedeutung des philosophischen Weltbildes für die Erziehung des Lehrers“ in einer Beratung der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung im Juni 1946 in Berlin (Theodor Litt sprach bei dieser Gelegenheit über die Bedeutung der pädagogischen Theorie für die Erziehung des Lehrers).² Immer aber ging es Gadamer um die Autonomie der Universität, die damals natürlich nur unter dem Vorbehalt der Besatzungspolitik anzustreben war, und damit war sie weitgehend infrage gestellt.

Dennoch: Offensichtlich gab es damals in der politisch-geistigen Situation der sowjetischen Besatzungszone Möglichkeiten, ein solches Konzept, das pluralistische Züge getragen und die Autonomie der Gelehrten vorausgesetzt hätte, zu verfolgen. Dies läßt sich an dem Einfluß nachweisen, den bürgerliche Gelehrte damals in den Hochschulen und in der Öffentlichkeit hatten. Auch in Hinsicht auf die Wiedergewinnung emigrierter Gelehrter oder solcher, die am Kriegsende ihre im Osten liegenden Wirkungsstätten verlassen hatten, kann man ähnliche Beobachtungen machen: Man denke an die Bemühungen um Arthur Liebert, Julius Lips, Friedrich Siegmund-Schultze und Friedrich Meinecke, um nur solche markanten Beispiele zu nennen, und es war allein Siegmund-Schultze, der ablehnte.

Auch dieses kaum bekannte Faktum müßte hier Erwähnung finden, nämlich die im Umkreis der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung erfolgte Berufung eines Gelehrtenrates, dem aus Leipzig u.a. Gadamer, Litt und Theodor Frings angehören sollten, der aber wohl nicht zum Zuge kam.

Sicher gab es vordergründige politische Momente, auch solche, die mit dem Besatzungsregime zu tun hatten, durch die das Verhältnis der Arbeiterbewegung und der Intelligenz belastet wurde; übrigens spielte auch, was oft übersehen wird, der Versuch der SED ein böse Rolle, die Beziehungen zwischen Intelligenz und neuen staatlichen Organen sowie der Gesellschaft zu monopolisieren und die beiden anderen Parteien CDU und LDP auszuschalten, obwohl in deren Reihen bedeutende Gelehrte, damals auch noch solche geisteswissenschaftlicher Disziplinen, standen.

Doch vor allem: Hinter diesen mehr vordergründigen Konfliktzonen gab es eine andere, in deren tiefliegenden Dimensionen die eigentlichen

² Vgl. ebd., S. 261f.

Divergenzen zwischen der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Intelligenz, einer sich durchaus neu orientierenden bürgerlichen Intelligenz, zu orten waren. Diese Divergenzen kamen zwischen Kommunal- und Landtagswahlen 1946, also nicht ohne politische Bezüge, in einem philosophischen Dialog in der *Leipziger Zeitung* in bemerkenswerter Offenheit und Zuspitzung zur Sprache, und es könnte dieser Dialog anderen um 1946, 1947 und noch 1948 zugeordnet werden, deren brisanter Gehalt ebenfalls der Aufarbeitung harrt: Ich denke, um nur einige Beispiele zu nennen, an die Petersen-Debatte in Jena um pädagogische Fragen, an die Mehring-Debatte im Thüringer Landtag, an den Dialog zwischen Steiniger, Sartre und anderen im Berliner Hebbel-Theater, an Auseinandersetzungen um Tafel- oder Wandbild zwischen Publizisten und Kulturpolitikern in Dresden, ausgelöst von Reinhold Lindemann, dem Feuilleton-Chef der Dresdener CDU-Zeitung *Die Union*.

Den Leipziger Dialog eröffnete kein Geringerer als Theodor Litt am 29. September 1946 mit einem auf Seite 1 der *Leipziger Zeitung* abgedruckten Aufsatz „Der Mensch und sein Werk“. Es waren also grundlegende anthropologische Probleme, solche des Menschenbildes, die hier zur Verhandlung gestellt wurden. Ausgehend davon, daß die Nazis alles, „die Liebe und die Ehe, das Recht und den Staat, die Religion und die Sittlichkeit, die Kunst und die Wissenschaft“ zum „Mittel“ gemacht hätten, warnte Litt davor, neuerlich eine solche „Begradigung über sich ergehen (zu) lassen“.

„Das Begriffspaar ‚Mittel – Zweck‘, das unentbehrlich ist, wenn es darauf ankommt, das Verhältnis der handelnden Menschen zur Wirklichkeit der außermenschlichen Natur zu kennzeichnen, ist durchaus nicht am Platze, wenn das Verhältnis desselben Menschen zu der von ihm selbst zu schaffenden und auszubauenden Welt der ‚Kultur‘ ... in Frage steht.“

Absage an die Begradigung menschlicher Werte zum Mittel, Betonung des Selbstwertes des Menschen und seines Werks – darum ging es Theodor Litt.

„Denn zu einem nicht nur lebenswürdigen, sondern auch vom Geist geadelten Dasein wieder aufzusteigen(,) haben wir nur dann die Hoffnung, wenn es uns wieder selbstverständlich geworden sein wird, einer jeden der Aufgaben, die uns durch das Gefüge der menschlichen Kultur gestellt werden, in seiner Hingabe und ohne Rücksicht auf sachfremde Zwecke zu dienen.“

Auf Litt reagierte zunächst der frühere sozialdemokratische Ministerialrat im preußischen Kultusministerium Heinrich Becker, später langjähriger Vorsteher des Leipziger Börsenvereins, der – auf zweifellos hohem

Niveau – Litts Position als „idealistisch“ charakterisierte und für die Zuordnung von „Idealismus und Politik“ (so die Überschrift seines Aufsatzes) erhoffte:

„... daß sich in allen, die im politischen Leben stehen, die hohe sittliche Energie, die uns in den Ausführungen Professor Litts ergriff, mit der Einsicht in die soziologischen Gegebenheiten und mit der Entschlossenheit verbindet, den Kampf für den Neubau unseres durch die nazistische Katastrophe zerstörten Lebens radikal durchzuführen...“

In der Aussprache über diese Aufsätze, in der sich u.a. der Rechtswissenschaftler Professor de Boor, der Leipziger Publizist Dr. Ernst Richert, nach seinem Weggang Autor eines der ersten BRD-Bücher über die DDR, Dr. Hermann Ley sowie Studenten beteiligten und die auch in einer Kulturbund-Veranstaltung sozusagen von Mann zu Mann fortgesetzt wurde, insistierte Theodor Litt am 13. Oktober in der *Leipziger Zeitung*, es könne natürlich nur ein mißverständener Idealismus die Realität des gesellschaftlichen Lebens vernachlässigen. Ebenso abzulehnen sei freilich die Betonung einer einseitigen Abhängigkeit der Idee von der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

In der Zwischenzeit hatte sich die Leipziger Debatte insofern konkretisiert, als aus dem Mittel-Zweck-Bereich die *Rechtsproblematik* in besonderer Weise aufgenommen worden war. Theodor Litt hierzu – und mit diesen Sätzen transzendierte er alles, was damals in Leipzig öffentlich in dieser Debatte gesagt worden war, und machte klar, wo die Gefahren aus der Versuchung, die Macht in der Gesellschaft zu mißbrauchen, in besonderer Weise existieren:

„... Es gibt eine Rechtsidee, die über die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Standpunkte – deren Sinn und Notwendigkeit zu bestreiten mir nicht einfällt – hinausführt. Die Preisgabe dieser Rechtsidee ist ein Unglück für Volk und Staat und der Anfang der Selbstzerstörung.“

Das war ein Cassandra-Ruf des Leipziger Philosophen, der den engen Umkreis dieser Debatte, den Heinrich Becker in seiner unmittelbaren Antwort mit dem Hinweis auf unterschiedliche Wertvorstellungen festzuhalten suchte, durchstieß und paradoxerweise klarstellte, daß der des Idealismus, der Flucht vor dem gesellschaftlichen Leben Bezichtigte es recht eigentlich war, der den Scheideweg des gesellschaftlichen und geistigen Lebens markierte. Dem intelligenten und dialogfreudigen Heinrich Becker blieb dann am Schluß seiner Antwort nichts anderes übrig als das vom plural maiestatis verstärkte Beteuern, Litt Auffassungen „müssen wir ... als irrig ablehnen“.

Festzuhalten bleibt die Tatsache, daß nach 1945 Alternativen zur Bewältigung des NS-Regimes und gegenüber neuen monopolistisch-totalitären Tendenzen vorhanden waren. Es gab damals das, was O. Negt, auf CDU und LDP bezogen, ein bürgerliches vorsozialistisches Potenzial genannt hat, und es gab dieses in allen Bereichen des gesellschaftlichen, vor allem des geistigen Lebens. Die Ausschaltung solchen Potentials, die vor 40 Jahren als Sieg gefeiert wurde, verhunzte den Realsozialismus, und vor allem verbaute sie den Rückweg zur Utopie. In einem Aufsatz „Der deutsche Geist 1947“ in der *Leipziger Zeitung* vom 9. September 1947, hat dies Ernst Richert schon damals erkannt: Der kommende Sozialismus „wird ein Sozialismus nicht nur ohne Utopie, sondern auch ohne Illusionen sein“.

Abschied vom Vaterland

Ein gesamtdeutscher Studentenprotest 1954

Werner Terpitz
Oberwinter

Im August 1954 fand in Heidelberg ein Studententag statt, der die Öffentlichkeit in ungewohntem Maße bewegte. Er blieb bis 1989 das letzte vergleichbare gesamtdeutsche studentische Ereignis. 350 von insgesamt etwa 1200 Studenten kamen aus der DDR.¹ Danach waren solche gemeinsamen Großveranstaltungen nicht mehr möglich.

Auf der Tagesordnung standen damals die deutschen Themen Vaterland, Reich und Nation, die diesem heute fast vergessenen 3. Deutschen Evangelischen Studententag ihre große Beachtung gaben und zu monatelangen Diskussionen in den Leserspalten der Zeitungen führten. Hier war eine Stimmungslage dieser „skeptischen Generation“² zum Ausdruck gekommen, die, gleichsam als Gegenreaktion auf das kollektivistische, ideologische Denken der Nachkriegszeit, eine Lebenseinstellung artikulierte, die individualistisch,³ rationalisierend, antiideologisch und doch bewußt staatsbürgerlich war. Eines der Schlagworte hieß „Nachdenken, auch wenn es weh tut“. Es war ein radikales Denken gegen Erfülltes und Geglauhtes, das nun die Begriffe Vaterland, Nation und Reich in ihrem

¹ 250 Studenten waren die staatlich erlaubte Quote, der Rest kam über private Einladungen. Ein Hinweis auf das Treffen fand sich an dieser Stelle bereits einmal vor sieben Jahren, vgl. Klaus-Dieter Kaiser: Gemeinsame Verantwortung zur Geschichte der Trennung der Evangelischen Studentengemeinden 1967, in: *hochschule ost* 2/1993, S. 18.

² Nach Hans Rothfels, Die Nation, Meyers Enzyklop. Lexikon, Bd. 16, Mannheim 1976, S. 773 ff., ist der Begriff eine Prägung von Helmut Schelsky. Peter Glotz, Geleitwort zu Christian Krause/Detlev Lehnert/Klaus-Jürgen Scherer: Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft..., Bonn 1980, S. 3, würde sie lieber „angepaßte Generation“ nennen!

³ Eine individualistische Grundströmung dieser Jahrgänge vermutet in einer Betrachtung vor dem Studententag Horst Bannach, sieht sie aber als Gegenströmung zum Nationalismus „wesentlich im Gefühl beheimatet“ und nimmt an, daß sie nicht beständig sei: Wir Deutschen, in: *Mitteilungen der Evangelischen Studentengemeinde und der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland*, Nr. 9, Juli 1954, S. 1 ff.

bisherigen Verständnis als „Denkmatsche“ abtat und die Verknüpfung des Nationalen mit dem Christlichen als illegitim, ja blasphemisch anprangerte. Und es war ein Protest gegen die Restauration alter Vorstellungen im Westen, partiell auch im Osten.⁴ Die „Heidelberger Studenten“, wie man sie bald nannte, konnten nicht mehr nachvollziehen, daß Volk und Vaterland gottgewollte Einrichtungen seien, und daß man dem Vaterland als etwas Heiligem Verehrung entgegenzubringen habe. Das Volk war für sie das faktisch Vorhandene, ohne Anspruch auf unveränderbare Identität, ohne Anspruch auf Bestand.⁵

Das offizielle Thema der Tagung „Das Reich Gottes und das Reich der Deutschen“ klang nicht provokativ. Was dagegen schon viele Wochen davor Anstoß erregte, war das schmale Vorbereitungsheft. Es zeigt einen morbide gewordenen Reichsadler und den vielfach verschnörkelten, fragenden Titel „Heilig Vaterland?“. Vor einem halben Jahrhundert war diese Wortverbindung jedem geläufig. Wir alle kannten doch den schaurig-schönen Hymnus, dessen erste Strophe lautet:

*„Heilig Vaterland, in Gefahren
deine Söhne stehn, dich zu wahren.
Von Gefahr umringt, heilig Vaterland,
schau, von Waffen blinkt jede Hand“⁶.*

Die eindringliche Ästhetik dieses Liedes machte es uns zur religiösen Pflicht, für Deutschland, „Haupt bei Haupt“ zu fallen, zu vergehen, damit das Land bleibt. Als „Söhne des heiligen Vaterlands“ hatten wir es im Jungvolk, der Kinderorganisation der Hitler-Jugend, gelernt und an Lagerfeuern gläubig gesungen. Das Lied war eine späte Jugendsünde des 36jährigen Hymnen- und Kirchenliederdichters R. A. Schröder, dessen

⁴ Um diese Zeit versuchte sich die DDR als Sachwalter der Interessen der deutschen Nation darzustellen und bemühte dabei nationale Dichter der Romantik. Vgl. auch den Wortlaut der Nationalhymne der DDR. Ausführlich dazu und zur wechselnden Akzeptanz des nationalen Wortlauts dieser Hymne: Hermann Kurzke: Hymnen und Lieder der Deutschen. Mainz 1990. S. 151 ff.

⁵ Die Vorträge und einige zusammenfassende Texte erschienen später in: Das Reich Gottes und das Reich der Deutschen, Dritter Deutscher Evangelischer Studententag 1954, *Der Kreis*, Sonderreihe Heft 1, Stuttgart 1954. (Im folgenden: *Der Kreis*).

⁶ Zitiert aus: Ernst Theodor Echtermeyer: Auswahl Deutscher Gedichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neu gestaltet von Richard Wittsack, 49. Aufl. Berlin 1943, S. 571. Abweichend von der Druckfassung sang man die zweite Zeile „...deine Söhne sich um dich scharen“.

ganz anders lebensferne Deutschland-Hymne von 1951 beinahe die westdeutsche Nationalhymne geworden wäre.⁷

Die Vaterlandskritik kam keineswegs nur von christlichen Studenten. Sie war – ohne den theologischen Aspekt – schon 1953 von den *Frankfurter Heften* thematisiert und mit erfrischend unbefangenen Primanertexten belegt worden.⁸ Das hatte etliche Mitmenschen ziemlich erschreckt. Der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder, CDU und betont evangelisch, hatte dem Denken der Primaner vehement widersprochen und es als das einer Minderheit, die nicht die deutsche Jugend repräsentiere, bezeichnet.⁹ Damals hatte die Diskussion noch keine Breitenwirkung. Jetzt aber lenkte das Vorbereitungsheft des Studententags die Aufmerksamkeit der Journalisten und damit ihrer Leser und Hörer auf das Thema. Daß die Leitung der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland (ESGiD) als Veranstalterin ihres Studententags die Heiligkeit des Vaterlands plakativ mit einem Fragezeichen versehen hatte, wurde heftig kritisiert. Christlich-konservative Politiker und etliche Kirchenmänner empfanden den Vorgang schlichtweg als skandalös. Gerade von dieser studentischen Organisation, die kurz vor dem Kriege aus dem kirchlichen Widerstand heraus entstanden war,¹⁰ hatte man ein verantwortlich staatstragendes Denken im Sinne der Kritiker erhofft – mit einem Bekenntnis zum Vaterland.

Was diesen Studententag in der Rückschau so irritierend erscheinen läßt, ist einmal die Diskrepanz zwischen den alten Denkstrukturen, die trotz des Umbruchs 1918 und des völligen Zusammenbruchs 1945 in der westdeutschen Wirklichkeit der 50er Jahre wieder artikuliert wurden, und der unbefangenen, antiideologischen Radikalität der studentischen Thesen, die später von der 68er-Bewegung¹¹ so nicht mehr akzeptiert wurde. Es ist zum anderen der verwunderliche Gegensatz zwischen den geistig

⁷ Abgedruckt bei Hermann Kurze a.a.O., S. 60. Die schwer verständliche Hymne schwelgt klischeehaft in den christlichen Tugenden Glaube, Liebe und Hoffnung.

⁸ Ohne Verfasser: Wofür lohnt es sich ...?, in: *Frankfurter Hefte*, 8. Jahrg., November 1953, S. 863 ff.

⁹ Dies berichtet Klaus Scholder in: *Deutsche Universitäts Zeitung*, 7. Dezember 1953, S. 3 ff. (4).

¹⁰ Vgl. H.-C. Rohrbach in: *Die Religion in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3, 3. Aufl., Tübingen 1962, Stichwort: Studentengemeinde, I. Evangelische, Sp. 422 ff.

¹¹ Die 68er-Bewegung zeigte seit Beginn einen Hang zum Ideologischen und Kollektiven: Christian Krause/Detlev Lehnert/Klaus-Jürgen Scherer, a.a.O., S. 28 f..

nur unzulänglich ausgerüsteten Studenten und ihren meist viel älteren, an Bildung überlegenen Gegnern, die um die Gültigkeit ihrer Gaubensüberzeugungen fürchteten. Es gab schließlich eine Nebendiskussion, die geeignet war, weniger geübte studentische Diskussionsleiter in den Gruppen vom Hauptthema abzulenken. Sie betraf das Wie der Wiedervereinigung, das nun einmal nicht auf der Tagesordnung stand. Es sollte, wie bei kirchlichen Tagungen üblich, als konkretes politisches Thema den persönlichen Gesprächen vorbehalten bleiben. Treibend waren hier immer wieder die Vertreter der DDR-Presse, aber auch einige westliche Journalisten, denen der Abbau alt-ideologischen Denkens nicht so interessant war, wie der erhoffte oder befürchtete Knüller, der gesamtdeutsche Evangelische Studententag fordere Verhandlungen der Adenauer-Regierung mit der DDR.

Nachkriegsstudenten

Der Neubeginn an den deutschen Universitäten nach 1945 – oft ein unvorstellbares Provisorium in Halbruinen oder Baracken – fand mit Studenten statt, die meist nach dem Abitur oder mitten im Studium mit nationaler Begeisterung in den Krieg gezogen waren. Viele hatten schon an der Front zu begreifen begonnen, daß man sie betrogen hatte. Etliche waren durch Verwundungen für ihr Leben gezeichnet. Frauen hatten Hilfsdienste geleistet. Jetzt räumten sie gemeinsam die Trümmer ihrer Hochschulen, hungerten und diskutierten. Es herrschte eine Mischung von Arbeitsatmosphäre und Aufbruchstimmung.¹² Auch die nach 1950 Studierenden gehörten noch zur Erlebnisgeneration; sie hatten Nazidiktatur, Bombenkrieg, Vertreibung, Heimatflak, oft auch Fronteinsatz im jugendlichen Alter hinter sich. Die Nachkriegsstimmung setzte sich fort. In den Hörsälen saßen neben jungen Studenten mit normalem Abitur Spätheimkehrer und im Westen zunehmend auch Studierende, die aus der DDR geflohen waren. Die meisten Studenten lebten nach heutigen Maßstäben unvorstellbar dürftig. In manchen Universitäten erhielten die ärmsten immer noch eine Art Schulspeisung.¹³ Viele arbeiteten zwischendurch in Fabriken oder auf

¹² Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: *Nachkriegssemester. Studium der Kriegs- und Nachkriegszeit*. Stuttgart 1990. S. 61 ff. und 171 ff.

¹³ In Tübingen z.B. noch im Sommer 1952.

Baustellen. Im Osten kamen dazu der politische Druck und die Unwägbarkeiten bei der Zuteilung von Studienplätzen.¹⁴

Die geistigen Informationsquellen waren dürftig. Fachbücher besaßen nur wenige. Wichtigste Lernquelle waren die eigenen Vorlesungsmitschriften. Nur wenige leisteten sich eine Zeitung. Noch seltener hatten sie Radios, deren Betrieb Strom sparende Wirtinnen argwöhnisch beobachteten. In Gesprächen und den immer wieder geführten politischen Diskussionen gab man Informationen weiter. Bei Vorträgen von Politikern waren die Säle überfüllt.

Die Alliierten hatten miteinander schon vor Kriegsende die Reeducation, die politische Umerziehung der deutschen Nation vereinbart. Sie wurde ein Flop, weil die Theorien der eifernden Kulturzuständigen nicht auf die Wirklichkeit paßten.¹⁵ Am ehesten zeigte sie ihre Wirkungen in der sowjetischen Zone, weil hier die antifaschistische Umerziehung im Endeffekt auf eine Anpassung an neue diktatorische Verhältnisse abzielte und mit drastischen Machtmitteln betrieben wurde. Nach dem nationalsozialistischen Irrsinn hatten die meisten genug von der tristen Tagespolitik und kümmerten sich nur noch um das Überleben. Wer etwas erreichen wollte, paßte sich den neuen Verhältnissen an und verdrängte das nationalsozialistische Vorleben. Nur wenige Lehrer oder Professoren lebten uns ein radikales, kritisches Verhalten vor und überprüften hergebrachte Strukturen. Anregungen waren eher zufällig. Den Tip, Tucholsky zu lesen, bekam ich z.B. von Mitstudenten. Von Huelsenbeck und Dada hörte ich erst viel später.

Was in Heidelberg zum Ausbruch kam, das waren Erkenntnisse aus unzähligen Diskussionen in Studentenbuden. Die überstandene Katastrophe trieb an nachzudenken. Es gab aber auch andere Impulse: Die Entmythologisierungstheologie Bultmanns¹⁶ und seiner Schüler hatte in den Studentengemeinden Konjunktur. Sie hatte nichts mit der Entmythologi-

¹⁴ Bei der Zuteilung von Studienplätzen in der SBZ ging es von Anfang an darum, das bürgerliche Bildungsprivileg zu brechen und Systemkritiker auszugrenzen. Hierzu: Marianne und Egon Erwin Müller: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953, S. 74 ff. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945 - 1961. Köln 1994, S. 26 ff.

¹⁵ Zur Re-education und ihren Irrtümern eingehend Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Nachkriegssemester. a.a.O. S. 81 ff.

¹⁶ Eine kurze plastische Darstellung der Theologie Ludwig Bultmanns gibt Alan Richardson: Die Bibel im Zeitalter der Wissenschaft. Göttingen 1964, S. 92 ff.

sierung des Vaterlands zu tun. Aber sie zeigte, wie befreiend es sein kann, anerkannte Gefühlswelten durch radikales Nachdenken infrage zu stellen. Wir jedenfalls begannen nun, die christliche Überhöhung des Staates kritisch zu betrachten, nicht nur den menschenverachtenden Nationalsozialismus, sondern auch dessen Wurzeln: den Nationalismus, den Antisemitismus, die Ablehnung des Sozialismus und des Pazifismus, die Förderung des Militarismus und schließlich das moralisierende Ausklammern der Moderne in Kunst und Literatur.

Studentische Organisationen

Die ESGiD, Veranstalterin unserer Tagung, war damals wohl an westdeutschen Universitäten und Hochschulen die größte studentische Gruppierung. Sie verstand sich als evangelische Gemeinde an der Universität¹⁷ und hatte Anteil am damaligen Ansehen der beiden großen Kirchen, die in der neochristianisierten Nachkriegsgesellschaft, bis hinein in die staatliche Politik, als moralische Instanzen großen Einfluß hatten. Diese Einbindung der Kirchen war allerdings nicht nur zukunftsweisend zu verstehen im Sinne einer christlich-ethischen Neuorientierung der Gesellschaft, sondern auch rückwärts gewandt, anknüpfend an traditionelle Werte und die in der Adenauerzeit so beliebte Rückbeziehung auf das „christliche Abendland“,¹⁸ unter Studenten eher ein Gegenstand des Spottes. Die ESGiD war als einzige studentische Organisation bis in die 60er Jahre hinein gesamtdeutsch. Über Patengemeinden wurden intensive grenzüberschreitende Kontakte gepflegt, soweit die DDR-Behörden das zuließen. Die Finanzierung der leitenden Studentenfarrer, der Veranstaltungen und der Räume oblag den Landeskirchen. Politisch waren die Studentengemeinden neutral.

Die Katholische deutsche Studenteneinigung (KDSE) war die Spitzenorganisation einerseits ihrer örtlichen Studentengemeinden als Gemeinden

¹⁷ Im einzelnen H.C. Rohrbach, a.a.O., Sp. 423. Eine ausführliche, plastische Darstellung der Evangelischen Studentengemeinden in der SBZ/DDR bis 1961 bei Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung., a.a.O., S. 353 ff. Für die Zeit danach vgl. Klaus-Dieter Kaiser: Gemeinsame Verantwortung. Zur Geschichte der Trennung der Evangelischen Studentengemeinden 1967, in: *hochschule ost* 2/1993, S. 18-25, und ders.: Die Arbeit der Evangelischen Studentengemeinden in der DDR, in: ebd., S. 5-10.

¹⁸ Über diese Zeitstimmung im einzelnen: Friedrich Heer: Abendland; in Meyers Enzyklop. Lexikon, Bd. 1, Mannheim 1971, S. 57 ff.

an der Universität, andererseits aber auch der zahlreichen katholischen Korporationen¹⁹. Als Gemeinden unterstanden sie den Bistümern, die auch für die wirtschaftliche Basis zuständig waren. Katholische Studentengemeinden in der DDR waren nicht der KDSE angeschlossen, hielten zu ihr aber engen Kontakt.²⁰

Zu den politischen Studentengruppen zählten in erster Linie die mitgliederschwachen aber aktiven Ableger der drei wichtigsten Parteien, der damals SPD-treue Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS),²¹ der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)²² und der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD)²³. Der Ring Politischer und Freier Studentenverbände, dem alle drei angehörten, zerbrach 1955 an Differenzen in der Korporationsfrage.²⁴ Ihre Tätigkeit blieb damit auf die alte BRD begrenzt. Die Politischen Studentenverbände bekämpften ebenso wie ihre Parteien die Versuche der FDJ, über sportliche Veranstaltungen oder Friedensbewegungen im Westen Fuß zu fassen.²⁵

Heftiger Streitpunkt war an den westlichen Hochschulen das Wiedererstehen der Korporationen, initiiert und intensiv gefördert durch deren bald wieder wohlhabende Altherrenschaften, die bestrebt waren, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.²⁶ Zwar akzeptierte man in der kritischen

studentischen Öffentlichkeit die katholischen Korporationen, den sich evangelisch verstehenden Wingolf²⁷ und vielleicht gerade noch einige andere nichtschlagende Verbindungen. Daß sich aber Burschenschaften, Landsmannschaften und Corps mit ihrem völkischen Gedankengut breit machten, nationale Parolen artikulierten und altertümliches Mannes- und Standesdenken restaurieren wollten, wurde gerade auch in den Studentengemeinden als ärgerlich und als Hindernis auf dem Weg in eine moderne demokratische Gesellschaft betrachtet.²⁸ Die Korporationsdebatte stand an den westlichen Hochschulen lange Zeit im Vordergrund und war beim Heidelberger Studententag schon deshalb präsent, weil die enge Verknüpfung von Gott und Vaterland zum festen Bestand des Denkens in fast allen Verbindungen gehörte.²⁹

In der DDR gab es damals außer den in ihrer Arbeit immer wieder behinderten Studentengemeinden keine vom Staat unabhängigen studentischen Organisationen. An den Universitäten betätigten sich unmittelbar nach dem Kriege neben den SED-Studenten auch CDU- und LDP-Studenten sowie von der FDJ dominierte studentische Arbeitsgemeinschaften. Bei den Wahlen zu den Studentenräten gelang es an etlichen Hochschulen, SED und FDJ in die Minderheit zu drängen. Durch erheblichen Druck, bis hin zur Verhaftung gewählter Studentenfürher, gelang es denen aber, die Macht an sich zu reißen. Ab etwa 1950 ging die Funktion der Studentenräte auf die FDJ über.³⁰

Prägende Ereignisse

Der 17. Juni 1953, der als Arbeiteraufstand zur unbewaffneten Volkserhebung gegen das kommunistische Regime in der DDR geworden war, der aber im Hinblick auf die bewaffnete Überlegenheit der Besatzungsmacht

¹⁹ R. Hauser in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, 3. Aufl., Tübingen 1962, Stichw. Studentengemeinde. II. Katholische, Sp. 424 f.

²⁰ Vgl. dazu Peter-Paul Straube: Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR, in: *hochschule ost* 2/1993, S. 11-17, und ders.: Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale, in: *hochschule ost* 4/1995, S. 57-64.

²¹ Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994. Jürgen Briem: Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945, Frankfurt 1976.

²² L. Krappmann in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, 3. Aufl., Tübingen 1962, Stichw.: Studentenverbände, 1c) seit 1945, Sp. 427, a.a.O.

²³ L. Krappmann, a.a.O.

²⁴ Werner Terpitz: Methodenstreit, in *ansätze. Eine Semesterzeitschrift der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland*, 1955, Heft 3 (keine Seitenzahlen).

²⁵ Hierfür zwei Beispiele: Der Vorstand der SPD gab unter dem Titel „Jugend gib acht! Kommunistische Agenten greifen nach der deutschen Jugend“ eine Serie von Heften zu Einzelthemen heraus: Thema des mir vorliegenden Heftes: Die „Darmstädter Aktionsgruppe“ (ohne Jahr, wohl 1952). – Vom Ring politischer und freier Studentenverbände stammt das Heft: Gesamtdeutscher Studentensport? (ohne Jahr, wohl 1954).

²⁶ Politisch führend im Kampf gegen das Wiedererstehen des alten Korporationsgeistes war der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Im einzelnen: Willy Albrecht, a.a.O., S. 98 ff., Jürgen Briem a.a.O., S. 112 ff..

²⁷ Zu den christlichen Studentenverbänden: J. F. Staats in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3, 3. Aufl., Tübingen 1962, Stichw.: Studentenverbände, 2. Zu christlichen, Sp. 427 f.

²⁸ Werner Terpitz: Methodenstreit, a.a.O.

²⁹ Unter der Überschrift „Heilig Vaterland?“ – Heilig Vaterland“ nimmt Klaus Amberger in den *Burschenschaftlichen Blättern*, Oktober 1954, S. 289 ff., zum Heidelberger Studententag sowie dem Fragezeichen hinter dem Wort Vaterland Stellung und prägt den Schlusssatz: „Für uns hat es ein solches Fragezeichen zu keiner Zeit gegeben.“

³⁰ Marianne und Egon Erwin Müller: „... stürmt die Festung Wissenschaft!“, a.a.O. S. 92 ff. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller: Anpassung, Widerstand, Verfolgung; a.a.O., S. 148 ff.

chancenlos blieb, hatte zu einer außergewöhnlichen Solidarisierung der westlichen Bevölkerung mit der östlichen geführt. Es war ein ähnlicher Vorgang, wie fünf Jahre zuvor bei der Abschnürung Berlins und der Luftbrücke oder wie acht Jahre danach beim Bau der Mauer. Diese Ereignisse erzeugten jeweils so etwas wie eine nationale, gesamtdeutsche Stimmungslage der Solidarität. Bei den Teilnehmern des Studententags waren die Erinnerungen an die Vorgänge des 17. Juni 1953 noch frisch. Mit Genugtuung nahmen sie jetzt die von der DDR-Regierung verfügbaren Reiseerleichterungen zur Kenntnis.

Gegen vielfache Erwartungen konnte Anfang Juli 1954 in Leipzig der Evangelische Kirchentag stattfinden, eine Massenveranstaltung mit zum Schluß mehreren hunderttausend Christen mitten in der DDR. An die zehntausend Dauerteilnehmer waren aus Westdeutschland angereist.³¹ Für alle, die dabei waren, auch für die Bewohner Leipzigs, war dies ein denkwürdiges gesamtdeutsches Ereignis. Der meinungsbeherrschende Staat nahm sich für einige Tage zurück, die Meinungsdictatur schien vorübergehen aufgehoben.

Bei vielen Deutschen hat bis heute der Fußball-Sieg der deutschen Mannschaft bei den Weltmeisterschaften Anfang Juli 1954 immer noch einen hohen Stellenwert. Es war ein warmer Sonntag. Ich ging in Bonn durch fast menschenleere Straßen. Überall schallte durch geöffnete Fenster aus Lautsprechern die Stimme des damals bekanntesten Sportmoderators. Er lud das Gemeinschaftsgefühl der Nation auf, das am Ende in Siegestaumel einmündete. Das geschlagene und gedemütigte Volk ließ sich durch einen Fußballsieg aufrichten: „Wir sind wieder wer!“ Und Pecco Bauwens, der Fußballpräsident, tönte im Taumel, am deutschen Fußballsieg werde sichtbar, wie sich ein besiegtes Volk aus dem Staub erhebe.³²

„Heilig Vaterland?“

Als dieser Sieg über Ungarn das deutsche Volk in neuem Glücksgefühl vereinte, hatte ich das Vorbereitungsheft schon in Händen. Auf den ersten Blick enthält es, von dem damals anstößigen Titel abgesehen, nichts Her-

ausragendes: eine längere Einleitung, zwei nachgedruckte Beiträge und das Programm.

Horst Bannach, der Generalsekretär der ESGID, etwa anderthalb Jahrzehnte älter als die meisten Studenten, versucht eingangs, das Tagungsthema behutsam abzustecken. Für ihn ist es ein Wir-Thema: Wir Deutschen und die anderen Europäer. Werden wir von den anderen angenommen? Können wir eine politische Rolle in Europa spielen? Wie läßt sich die besondere Gefühlsanfälligkeit der Deutschen beherrschen? Müssen wir in unserem Nationalgefühl nicht auch das Gefühl der Scham unterbringen? Dann erst kommt die vorsichtige Frage, ob das, was wir Nation nennen, vielleicht „gar keine Notwendigkeit aus sich selbst“ habe. Sie geht aber gleich über in die Wir-Frage, was Gott von den Völkern, auch dem deutschen Volk erwarte.

Der erste der beiden in das Vorbereitungsheft übernommenen Beiträge ist damals sieben Jahre alt und offenbar schon mehrfach abgedruckt. Dolf Sternberger, damals einer der bekanntesten Publizisten, hat ihn zuerst 1947 in der von ihm gegründeten Zeitschrift *Die Wandlung*³³ veröffentlicht. Es ist ein auffallend früher Nachkriegs-Beitrag zum Thema Vaterland. Sternberger wird offenbar von keinem Zweifel an der Institution Vaterland gequält. Er beklagt, daß der vaterländische Gedanke von den falschen Leuten okkupiert, „gepachtet“, worden sei. Sie „kommen von 'rechts', aus der Gegend der antirepublikanischen, feudalistischen oder monarchischen Schichten, Verbände und Interessen“. Der Begriff des Vaterlands erfülle sich demgegenüber erst in einer freien Verfassung, der republikanischen, demokratischen. Und es gehe nicht um das Sterben für das Vaterland, sondern darum, im Vaterland miteinander zu leben. – Im Kontext aber fällt auf: Die jahrhundertlang eingeprägte Verbindung von Vaterland und Gott, gar das Attribut „heilig“, werden von Sternberger nicht berührt, als habe es sie nie gegeben. Er akzeptiert über den Begriff Heimat das naturhafte Element, definiert Vaterland aber, als sei es seit je religionsgereinigt, als „das geschichtliche Feld und Medium unseres eigenen freien Wirkens und Bildens“.

Geradezu nüchtern liest sich dagegen der aus der *Deutschen Universitätszeitung*³⁴ entnommene Beitrag eines bis dahin unbekannteren dreiundzwanzigjährigen Studenten. Klaus Scholder heißt er. Zwei Jahre danach

³¹ Deutscher Evangelischer Kirchentag: Telefonische Auskunft vom 14.2.2000.

³² Dies zitiert und kritisiert Erwin Krämer in seinem Vortrag. *Der Kreis*, a.a.O., S. 66.

³³ Begriff des Vaterlands, in: *Die Wandlung*, 2. Jahrg. 1947, S. 494 ff.

³⁴ Vom 7. Dezember 1953, S. 3 ff.

wird er promovieren, dann habilitieren. Später ist er als evangelischer Theologe Ordinarius für Kirchengeschichte. Er begrüßt die in den *Frankfurter Heften*³⁵ abgedruckten Äußerungen der Primaner als Bestätigung einer lange erhofften radikalen Wandlung in Bezug auf den Vaterlandsbegriff:

„Der Begriff des Vaterlands ist tot, so wie manche anderen Begriffe in ihrer überkommenen Bedeutung tot sind, die Nation etwa, oder das Reich. Das muß einmal gesagt und es muß ernst genommen werden.“

Scholder setzt sich mit dem korporationsnahen Vaterlandsverständnis von Hermann Ehlers,³⁶ dem damaligen Bundestagspräsidenten, auseinander und mit der Meinung des Bundesinnenministers Gerhard Schröder, der vermute, daß die befragten Primaner nur von einem Radio-, Kühlschrank- und Motorradprospekt zum anderen leben wollten und gesagt habe, ihm schein „der Gedanke, diese unsere Nation zu behüten, zu verteidigen und zu entwickeln ... wert, daß wir für ihn leben, mit voller Hingabe leben“. Scholder versucht nachzuweisen, daß der Vaterlandsbegriff stets notwendig mit dem Heiligen, mit Gott verbunden sei, und rät, Abschied zu nehmen von diesem Begriff, denn eine Verbindung von Gott und Vaterland sei heute nicht mehr möglich. Nach seiner Überzeugung sei die Vaterlandsvorstellung keine Voraussetzung für verantwortliches staatsbürgerliches Mitdenken. Schließlich sei es konsequent, die Freiheit höher einzuschätzen als die Wiedervereinigung.

Heute erscheint dieser bescheiden an das Ende des Vorbereitungshefts gesetzte Beitrag von Scholder wie ein vorweggenommenes Protokoll über die wichtigsten Denkergebnisse der erwarteten Tagung.

Die Akteure

Die Leitung der ESGiD bestand überwiegend aus Theologen, jungen Intellektuellen, die aus eigener Anschauung den Krieg und die Nachkriegsstimmung an den Universitäten kannten, die Probleme, mit denen sich die Studenten herumschlugen, auch deren bohrende Fragen nach den Wurzeln des Nationalismus, der so oft auch von Kanzeln herab gepredigt worden

³⁵ Vgl. oben Fn. 7.

³⁶ Hierzu am besten Hermann Ehlers selbst: Um dem Vaterland zu dienen. Reden und Aufsätze, postum herausgegeben von Friedrich Schramm, Köln 1955. Darin speziell die Rede vom 18. 1. 1953: Der Reichsgedanke heute, S. 44 ff.

war. Ihnen als Veranstaltern ging es darum, hier kompetente Denkanstöße anzubieten. Wichtig war eine Vertiefung der historischen und theologischen Kenntnisse über eine Entwicklung, die letztlich zu einer Personifizierung, Mystifizierung und Heiligsprechung der Nation geführt hatte. Sie wußten, daß diese in der Kriegszeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgewachsene Studenten-Generation erhebliche Bildungsdefizite aufwies und jahrelang statt handfester Fakten Ideologisches gelernt hatte. Aber sie hatten die Radikalität der Teilnehmer unterschätzt.

Auch die acht Vortragenden hatten typische Schicksale jener Zeit hinter sich, und die knappen Hinweise auf die jeweilige Vita lassen hier und da ahnen, welche Dimensionen ihre Lebenserfahrungen hatten. Reinhard Wittram hatte im Riga der Vorkriegszeit an der Herder-Hochschule gelehrt, später im besetzten Posen, dann in Göttingen. Seine Forschungen betrafen osteuropäische Geschichte und Nationalitätenprobleme.³⁷ Gerhard Ritter, Hochschullehrer in Freiburg seit 1925, hatte als Mitglied des Goerdeler-Kreises vor dem Volksgerichtshof gestanden und war 1945 aus dem Gefängnis befreit worden.³⁸ Die Zeit hatte aber auch die sechs Theologen geprägt, alle unter fünfzig, meist deutlich jünger. Sie waren wohl ausnahmslos im Krieg Soldaten gewesen; eine Freistellung für evangelische Theologen gab es nicht. Einige, wenn nicht alle, mögen ihre Laufbahn als „Illegale“ der Bekennenden Kirche³⁹ begonnen haben. Erwin Krämer, Dozent für Pädagogik und Psychologie, wirkte jetzt als Leiter des sozialpädagogischen Seminars in Dortmund,⁴⁰ Heinz Zahrnt war Redakteur des *Sonntagsblatts*.⁴¹ Beide waren nach dem Kriege Studentenpfarrer gewesen. Die anderen vier waren es noch; ihre predigtartigen Betrachtungen über das Reich Gottes wurden nun den historischen und zeitkritischen Hauptvorträgen vorangestellt.

Der 2. Weltkrieg hatte nicht nur Haß, Brutalität und Vernichtung erzeugt, sondern auch Nachdenken. Was besonders Krämer und Zahrnt an radikalen Gedanken mitbrachten, war sicher nicht erst nach dem Kriege gewachsen, sondern schon in Bunkern und Schützengräben; denn wäh-

³⁷ *Der Kreis*, a.a.O., S. 20. Meyers Enzyklop. Lexikon Bd. 25, 1979.

³⁸ *Der Kreis*, a.a.O., S. 40. Meyers Enzyklop. Lexikon Bd. 20, 1977.

³⁹ Die Bekennende Kirche ordinierte „illegal“ Pfarrer und setzte sie an Orten ein, an denen Pfarrer der Deutschen Christen amtierten.

⁴⁰ *Der Kreis*, a.a.O., S. 62.

⁴¹ Ebd., S. 80.

rend sich alle „kampffähigen,, Männer in der ausweglosen militärischen Maschinerie befanden, wurden zum Ende des Krieges immer mehr von ihnen zu ernüchternden Einsichten über die Mechanismen nationalistischer Ideologien gebracht. Bei manchem kam Wut auf gegen das Regime. Die Karikatur des Nationalen stellte das gefühlsvermeigte Denken über Volk und Vaterland infrage.

Die Vorträge

Die beiden gründlichen Vorträge von Reinhard Wittram und Gerhard Ritter waren den meisten von uns wichtige Nachhilfestunden in geschichtlichen Zusammenhängen. Erst bei Krämer und Zahrnt konnten wir uns identifizieren. Die Vorträge und die theologischen Betrachtungen liegen in einer Broschüre vor.⁴²

Wittram, der über das Reich der Deutschen referierte und es uns in sechs Gestalten vorstellte, vom deutschen Reich des Mittelalters bis hin zum schließlich entarteten „germanischen Reich deutscher Nation,“ ließ es nicht bei bloßer Berichterstattung. Er, der Spezialist für die Geschichte des östlichen Europas, flocht Bemerkungen ein über persönliche Fehleinschätzungen im Glauben an den Fortbestand der jahrhunderte alten Strukturen im Baltikum, über die Schwierigkeiten, nachwachsenden Generationen eine Welt verständlich und „ein Ganzes sichtbar zu machen, das keine Gestalt mehr hat“. Und er sprach auch über die neuen Mythen, die Ideologien, die alle, einschließlich des „mythischen Messianismus“ menschlicher Entwürfe, dem Untergang geweiht seien. Wenn uns, die wir jung waren, damals auch mancher Gedankengang fremd erschien, die klare Absage an alle Ideologien und die Ablehnung jeden Sendungsbewußtseins, welcher Nation auch immer, bestätigte unsere Denkansätze.

Ganz anders der um anderthalb Jahrzehnte ältere Gerhard Ritter: Bei allen Schlägen und Erniedrigungen, die ihm das Naziregime zugefügt hatte, war er in seinem Herzen Patriot geblieben. Er malte uns das Bild der schlimmen religiösen Verklärung der Nation, beginnend in den Freiheitskriegen, bis zum Ende unter Hitler. Und dann kamen Aussagen, die uns unruhig werden ließen, über die deutsche Nation, deren Heiligkeit „übersteigert“ worden sei, die als Gemeinschaft von Menschen der Sündigkeit des Menschenwesens unterliege, und nun schuldig und ehrlos ge-

⁴² Siehe oben: Fn 5.

worden sei. Denn die Nation war für ihn, auch in ihrer Schuldverstrickung, Gottes Ordnung, vergleichbar der Familie oder Stammesgemeinschaft. Als die Nächsten im Sinne des christlichen Liebesgebots nannte er an erster Stelle die „Volksgenossen“, eine Vokabel, die uns, seinen jugendlichen Zuhörern neun Jahre nach Ende der braunen Herrschaft nicht mehr zumutbar erschien. Und als er uns aufrief, wir sollten unser nationales Schicksal als eine Herausforderung Gottes an uns sehen, der uns vielleicht in schwerere Nöte als andere Völker geführt habe, weil er von uns größere und bessere Lösungen erwarte, da kam es zu massiven Protesten. Wir taten Ritters Gedanken sarkastisch als Anregung für ein neues Sendungsbewußtsein ab und beharrten darauf, damit müsse endlich Schluß sein. Man solle Gott nicht wieder unterstellen, mit dem deutschen Volk Besonderes vorzuhaben. Wir wollten als Deutsche endlich normal sein, nichts anderes als Menschen anderer Völker. Ritters Festhalten an der Personhaftigkeit der Nation als einer Art Über-Wesen, kam uns gespeist vor. Wo in den Gruppen hierüber diskutiert wurde, sah sich wohl niemand in der Lage, einem Volk oder einer Nation Heiligkeit, Ehre oder Schuld oder ähnliche Attribute zuzubilligen.⁴³

Krämer und Zahrnt sprachen unsere Sprache. Erst bei ihren Vorträgen kam es immer wieder zu tosendem Beifall. Das Vaterland wurde lautstark entmythologisiert.

Krämers Thema waren Nationalbewußtsein und Antisemitismus. Daß er gleich zu Beginn zu einem radikalen Nachdenken aufforderte, zu einem gewichtenden Zu-Ende-Denken, das gleichzeitig ein Ethisches ist, nötigte ihn, seine Thesen Schritt für Schritt zu belegen. Er zerpflückte das biologisch und das romantisch begründete Nationalbewußtsein, die beide im Irrationalen, im Gefühlsbereich angesiedelt seien, und analysierte ihre Tendenz, radikale Gegensätze aufzubauen, ein Klima zu erzeugen, das in der Psychologie Irritabilität genannt werde, und sich mit Selbstgerechtigkeit verbinde. Hierzu einige seiner uns damals wichtigen Passagen:

„Nationalbewußtsein kommt her aus Gefühlsbindungen. Erfülltes wird behauptet. Behauptete Gefühle werden in die Gesinnung lokalisiert, und Gesinnung wird zur Norm von Urteilen erhoben. Das ist eigentlich das zentrale Problem unseres deutschen Nationalbewußtseins: Der Normcharakter einer Gesinnung. Das

⁴³ Man muß wohl unterscheiden : 1. Kollektivschuld als Schuld des Volkes, auch der Nachgeborenen; 2. Gemeinschaftsschuld aller Täter und Mitläufer, sowie aller damals lebenden Erwachsenen, die aus Angst vor harter Bestrafung, bis hin zu Konzentrationslager oder Tod, schwiegen.

ist eine ethische Frage erster Ordnung. Denn in demselben Sinn, wie klar formulierte ethische Werte Gebote, ethische Imperative fordern, wird hier auch gefordert. Es entsteht in diesem Klima so etwas wie Konformismus durch Zwang. Gesinnung als Norm führt geradewegs in den Terror. Und es ist sicher nicht zufällig, daß Nationalbewußtsein in diesem Sinne immer eine permanente, treue Begleiterscheinung hat: die Feindschaft gegen den Intellektualismus, d.h. die Feindschaft gegen das nüchterne klare Denken. ... Das aber ist der Anfang jeglicher Barbarei. ... Das deutsche Nationalbewußtsein ist immer an der Grenze der Denksauberkeit, des Ungefährten, des nur zu Erfühlenden gewesen.⁴⁴

So weigerte sich Krämer, das Volk, das ja nichts Naturhaftes sei, theologisch zur Schöpfungsordnung Gottes zu rechnen:

„Volk ereignet sich in dieser unserer befristeten Zeit und ist mit ihr veränderlich, kann enden, kann neu anfangen. Völker entstehen und Völker vergehen, Völker dauern eine Weile, Völker verändern sich, manchmal sichtbar, manchmal unmerklich.“⁴⁵

In seine Aussage, daß für Christen nie das Volk, sondern immer Menschen Priorität haben müssen, bezog er die Wiedervereinigung ein:

„Die Rede, 'Deutschlands Einheit muß wieder hergestellt werden!' ist mir eine verdächtige Rede. ... Wir sollten aber dies sagen: Laßt Familien zusammenkommen, gebt Kindern wieder ihre Eltern zurück ... Das ist vollmächtiger als alles Reden von der Wiederherstellung der deutschen Einheit.“⁴⁶

In den Diskussionen machten wir daraus die plakativere Formel: Freiheit für die Menschen ist wichtiger als Wiedervereinigung.

Aber das eigentliche Thema war ja der Zusammenhang von Nationalbewußtsein und Antisemitismus. Krämer beschrieb den Weg vom religiös begründeten Judentum zum „modernisierten“, scheinbar wissenschaftlichen, rassistischen Antisemitismus, der – ebenso wie das Nationalbewußtsein – zur politischen Theorie wird, die Gesinnung voraussetzt: Antisemitismus als sittliche Pflicht.

Was er da sagte, fanden wir überzeugend. Als er dann aber, nun ganz Theologe und ohne zu entmythologisieren, die Sonderbeziehung des jüdischen Volkes zu Gott hervorhob, mochte niemand fragen, warum er an dieser Stelle in sein glasklares Denkgebilde nun doch ein Glaubenselement eingefügt hatte. Aber der Respekt vor den Menschen, die in so grauenvoller Weise Opfer geworden waren, verbot es uns instinktiv, Juden in die Nationalismus-Kritik einzuschließen.

⁴⁴ Der Kreis, a.a.O., S. 66.

⁴⁵ Ebd., S. 68.

⁴⁶ Ebd., S. 69.

Zahrnt sprach am Ende der Tagung. Sein Thema war der Einfluß des christlichen Glaubens auf die nationale Hoffnung. Aber er hatte wohl bei der Erarbeitung seines Vortrags das gestellte Thema längst überholt. Eine Nationale Hoffnung konnte er nicht formulieren, nur politische Aufgaben, und die jedenfalls nicht national. Christen sollten über den Nationalstaat hinauswachsen, „dazu mitwirken, daß neue Ordnungen entstehen, die es möglich machen, daß der Mensch Mensch bleibe“.

Zahrnt stand damals noch ganz unter dem Eindruck des Leipziger Kirchentags, der hatte stattgefunden zwischen dem grauen Koloß des Völkerschlachtdenkmal und dem sowjetischen Pavillon, darin die überlebensgroße Statue Stalins mit der Kuppel darüber und der Inschrift: „Die Werke Stalins dauern durch die Jahrhunderte.“ Mittendrin eine Kundgebung „Gott will Realisten“. Manches von dem, was Zahrnt vortrug, war thematisch durch die anderen Vorträge schon vorweggenommen. Aber seine Beispiele beim Gang durch die Geschichte des auf Gott bezogenen Nationalstaats und des daraus erwachsenen Nationalismus waren neu, vielfältig und eindrücklich. Und auch er setzte Fragezeichen an den Bestand der Völker:

„Wer die gegenwärtige Aufteilung der Menschheit in Völker aus Treue gegen Gott unbedingt festhalten zu müssen meint, maßt sich ein Wissen von Gottes Willen an, das ihm nicht zukommt. Wer sagt mir denn, daß es Gottes Wille ist, daß es in alle Ewigkeit Deutsche, Dänen, Belgier, Franzosen, Amerikaner und Russen geben soll? Volk ist eine veränderliche geschichtliche Größe. Völker wachsen zusammen und fallen auseinander.“⁴⁷

Adresse dieser damals noch radikal wirkenden Aussage waren wohl nicht nur seine studentischen Zuhörer, sondern auch die vielen Kirchenoberen und christlichen Politiker, denen es schwer fiel, sich von alten Denkstrukturen zu lösen.

Wirkungen

Die Tagung endete weder mit einer Resolution, noch mit einem protokollierten Einheitsergebnis. Sie sollte Plattform sein und zusätzliche Denkanstöße geben. Ihre Grunderkenntnisse hatten die meisten Teilnehmer mitgebracht. Es war im wesentlichen das, was schon Scholder geschrieben hatte. Die im Berichtsheft⁴⁸ den Vorträgen vorangestellte kurze Betrachtung

⁴⁷ Ebd., S. 90.

⁴⁸ Ebd., S. 7.

des Tagungsleiters Horst Bannach ist bereits unter dem Eindruck des heftigen Medienwirbels geschrieben, ist mehr Reflexion als Bericht und will wohl auch beruhigen. Der dort am Schluß abgedruckte Beitrag von Elisabeth Adler, Mitarbeiterin der „Geschäftsstelle DDR und Großberlin“, der ESGiD, faßt das, was sich in Heidelberg ereignete, aus ostdeutscher Perspektive viel deutlicher zusammen.⁴⁹ Die Tonbandaufnahme über eine Diskussion mit Studenten im Studio des Süddeutschen Rundfunks existiert nicht mehr.⁵⁰ Vorhanden ist aber das 60seitige Presseecho.⁵¹ Da alle Journalisten die Möglichkeit hatten, in die Diskussionsgruppen zu gehen, konnten sie sich am ehesten einen Gesamteindruck verschaffen. Aber es waren immer nur Ausschnitte. Die meisten berichteten erstaunlich positiv. Besorgt reagierten eher konservative Blätter. Über die Reaktion der nationalkonservativen *Burschenschaftlichen Blätter* wurde schon berichtet.⁵² Die DDR-Zeitungen versuchten, das falsche Bild zu vermitteln, der Studententag habe an der Linie der Veranstalter vorbei die Wiedervereinigung durch Verhandlungen mit der DDR zum Hauptthema gemacht⁵³ – ganz im Sinne ihres damals nach Anerkennung strebenden Staates. Dieser von einigen Oststudenten tatsächlich artikulierte Wunsch wurde auch von mancher Westzeitung überbewertet.⁵⁴

Der für damalige Verhältnisse ganz ungewöhnliche, sich über Monate hinziehende Disput in den Leserbriefspalten schälte sich immer mehr als Generationenkonflikt heraus. Es waren überwiegend ältere Akademiker, die verletzt und empört reagierten,⁵⁵ während die jüngeren Schreiber, auch ehemalige Frontsoldaten, die als Verführte ihre Jugend in einem

sinnlosen Krieg vertan hatten, auf die Kritik der Alten mit Sarkasmus antworteten.⁵⁶

Auf die Evangelische Studentengemeinde setzten gerade evangelische Politiker große Hoffnungen. Desto tiefer traf viele nun die radikale Abrechnung der in Heidelberg versammelten Studenten. Besonders verärgert war gerade auch Ehlers, der sich zweifellos als christlich-nationaler Politiker verstand.⁵⁷ Minister Tillmanns,⁵⁸ CDU, lange Vorsitzender des Evangelischen Hilfswerks, berichtete das viele Monate danach dem Bonner Vertreter der ESGiD gleichsam als Vermächtnis. Denn da war Ehlers schon tot. Auch Tillmanns fand die Heidelberger Diskussion leichtfertig und unpassend. Doch der Anstoß war jetzt da. Ein Jahr nach dem Heidelberger Ereignis stand in Worms beim konservativen Evangelischen Arbeitskreis der CDU das Thema „Christ und Vaterland“ auf der Tagesordnung. Es wurde heftig und kontrovers diskutiert.⁵⁹ Selbst die Deutsche Burschenschaft konnte sich vor den „nihilistischen“, Gedanken nicht schützen. Auf ihrer Arbeitstagung in Trifels vor den Jubiläumsfeiern beim Hambacher Schloß gab es harte Diskussionen über das Vaterland. Die Schmähung der „Heidelberger Studenten“ ließ sich nicht halten.⁶⁰

Im Rückblick von heute hatten sich die Studenten in Heidelberg vor allem gegen zwei tradierte Überzeugungen gewehrt: zum einen gegen die (pseudo-)christliche Verknüpfung von Gott und Vaterland, zum anderen gegen das daraus abgeleitete kollektive Bewußtsein. Der erste Aspekt hat in den letzten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung verloren, auch deshalb, weil man die Gesellschaft in Deutschland heute nicht mehr global als christliche verstehen kann. Man findet Reste noch beim „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr, hier und da auch bei den Gedenkfeiern der Kriegsgräbervereine. Dagegen ist der andere Aspekt, wenn auch meist ohne christliche Begründung, nach wie vor verbreitet.

⁴⁹ Ebd., S. 93. Vgl. die Dokumentation hier im Anschluß an diesen Artikel.

⁵⁰ Mitteilung des SWR vom 25. 8. 1999 an den Verfasser.

⁵¹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, Sign. ZS 2488. Dort befinden sich auch das Vorbereitungsheft und die Vorträge, in: *Der Kreis*, a.a.O.

⁵² S. Fn. 26. Ähnlich: A. H. Wegener: *Akademische Blätter, Zeitschrift des VDS* [= Verein Deutscher Studenten-Kyffhäuserbund], 8, 1954. Zitiert n. Presseecho.

⁵³ *Sonntag*, 15. Aug. 1954. *Junge Welt*, 13. Aug. 1954. *Forum* 20. Aug. 1954. *Neue Zeit*, 22. Aug. 1954. Alle zitiert nach Presseecho.

⁵⁴ Michael Schmitt in *Die Welt*, 13. Aug. 1954. *Festival-Informationen*, Sept. 1954. Beide zitiert nach Presseecho.

⁵⁵ Leserbriefe in *Deutsche Kommentare*: Albrecht Dühr, 21. Aug. und 9. Okt. 1954. Karl Otto Schlotzhauer, 28. Aug. 1954. *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*: AZW, 18. Aug. 1954. R.L. 25. Aug. 1954. R.L. 4. Sept. 1954. Alle zit.n. Presseecho

⁵⁶ Leserbriefe in *Deutsche Kommentare*: Rolf Weiß, 4. Sept. 1954. *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*: wph., 18. Aug. 1954. H. G., 21. Aug. 1954. G. E., 28. Aug. 1954. W. B., 1. Sept. 1954. A. Sch., 11. Sept. 1954. Alle zitiert nach Presseecho. (Vgl. die Dokumentation hier im Anschluß an diesen Artikel)

⁵⁷ Fritz Sänger, (Herausg.): *Handbuch des Deutschen Bundestages*, Stuttgart 1954, S. 221 f.

⁵⁸ Fritz Sänger, a.a.O., S. 319 f.

⁵⁹ Werner Terpitz in: *ansätze*, a.a.O.: *Der Stein rollt*.

⁶⁰ Ebd.

Immer noch verstehen Menschen ihre Völker oder Nationen gleichsam als Überpersonen, verleihen ihnen Charakter, Ehre und geschichtliche Aufgaben. Viele Deutsche sehen heute ihr Volk insgesamt, einschließlich der Nachgeborenen, als schuldverhaftet an mit der aus der Geschichte resultierenden Pflicht, Bußfertigkeit und Besserung zu zeigen. Solche kollektiven Zuordnungen erlauben es dann auch, Angehörige anderer Völker für die Verbrechen ihrer Herrscher-Cliquen verantwortlich zu machen und es gut zu heißen, sie mit Bomben zu bestrafen, wie vor einem Jahr in Serbien geschehen.⁶¹ Wo man um die Identität der eigenen Nation fürchtet, kommt schnell Fremdenfeindlichkeit auf, und das Wachsen der Europäischen Union bereitet Angst.

Den „Heidelberger Studenten“ waren Völker und Nationen unwichtig, wichtig waren ihnen allein Menschen, schuldige und nicht schuldige. Völker waren nach ihrem Denken nur das gegenwärtig Vorhandene, das Veränderbare, das Vergängliche. Dabei lehnten sie keineswegs das Erschrecken und historische Erinnern ab, erst recht nicht die strafrechtliche Verfolgung Schuldiger und staatliche Haftung für staatliches Unrecht. Der Antisemitismus und seine christlichen Wurzeln waren schließlich ein Schwerpunktthema. Die damals artikulierten Gedanken sind in vielem immer noch aktuell.

⁶¹ Die endgültige Zahl der Zivilisten durch das Nato-Bombardement als „Kollateralschäden“⁶¹ getöteten Zivilisten läßt sich nicht sicher ermitteln, solange die Region nicht befriedet ist.

Zeitzeugnis und eine Leserdiskussion zum Evangelischen Studententag in Heidelberg 1954

So erlebten wir den Studententag

Es war in den Studentengemeinden der DDR nicht nötig, die Werbetrömel für den 3. Deutschen Evangelischen Studententag zu rühren. Eine kurze Bekanntgabe in jeder Gemeinde genügte, um jedenfalls mehr Studenten zur Teilnahme zu begeistern, als die Schlüsselzahlen vorsahen. 250 sollten offiziell kommen, 350 kamen und weit mehr wären gekommen, wenn nicht energisch gebremst worden wäre. An diesem Interesse der DDR-Studentengemeinden war bestimmt nicht die Thematik schuld, sondern einfach die Tatsache, daß sich in Heidelberg die Evangelische Studentengemeinde in Deutschland treffen sollte. Die Thematik, das Programm, die Redner riefen eher Bedenken hervor. Nicht nur bei mir. Man fragte allgemein: Werden wir da mitreden können? Werden wir nicht nur Zuhörer sein? Wie wird die ostdeutsche Stimme lautwerden können, da alle Redner aus Westdeutschland sind? Werden wir nicht nur als Störenfriede auftreten, wenn wir das Wort nehmen? Ist es nicht viel zu früh, die Frage nach dem deutschen Reich zu stellen? Ist das auch unsere Problematik oder nicht vielmehr eine typisch westliche? Und die größten Skeptiker meinten: Was kann anders beabsichtigt sein, als die Akklamation der christlichen Studenten zur westdeutschen Regierungspolitik. Da ein restaurativer Vaterlandsbegriff nicht wünschenswert ist, sollen nun wohl die Christen das Nationalbewußtsein neu aufpumpen. So dachten nicht alle.

Aber wir hatten alle Bedenken irgendwelcher Art, als wir nach Heidelberg kamen.

Der Studententag liegt hinter uns. Wir versuchen ein Fazit zu ziehen. Wir sind froh, in Heidelberg gewesen zu sein. Daß wir dabei waren, war wichtig, nicht nur für uns, sondern für den ganzen Studententag. Wir sind so vermessen zu meinen, ohne uns wären weniger und schlechtere Ergebnisse bei der Erarbeitung der Thematik zustande gekommen. Im Gegenteil. Unsere existentiellen Fragen hemmten zuweilen eine klare akademische Diskussion. Vielleicht wäre man ohne uns weitergekommen. Aber wir entdeckten, daß man über Deutschland, deutsches Reich, deutsche Nation, deutsche Aufgabe gemeinsam reden muß, daß es nicht einer der beiden Teile Deutschlands für sich allein tun kann, ohne den andern zu hören. Es gibt Fragen, die ein Teil für den andern stellvertretend mitbedenken muß und kann. Aber dazu gehört die Frage nach dem deutschen Ich ganz gewiß nicht. So war es gut, daß wir den Schwierigkeiten des Gesprächs, der Verständigung zwischen zwei Erfahrungsbereichen, nicht auswichen.

Wir staunten, daß gemeinsame Schritte getan werden konnten, daß wir gemeinsame Erkenntnisse zustande brachten.

Wir fanden nicht nur eine gemeinsame Ebene, da wo wir auf Gottes Wort hörten, in Gottesdienst und Bibelstunden, zusammen sangen und beteten und Abendmahl miteinander feierten, sondern auch in der Arbeit am Thema „Das Reich der Deutschen“.

Wir stellen sogar fest und bedauern, daß die Bibelarbeiten über das Reich Gottes am Rande des wesentlichen Geschehens gestanden haben. Eigentlich belangvoll war in Heidelberg nur die Frage nach dem Reich der Deutschen. Das Reich der Deutschen, nicht das Reich Gottes wurde mit Ernst, Eifer und Interesse auf Wesen, Wert und Inhalt geprüft. Aber man hätte wohl weniger nüchtern danach gefragt, wenn nicht der gesamte Fragenkomplex durch die Fragen nach dem Reich Gottes, die die Bibelarbeiten stellten, schon auf den richtigen Platz verwiesen und als etwas Relatives, Sekundäres erkannt worden wäre.

Es gab eine völlige Übereinstimmung darüber, daß das, was man je unter Deutschem Reich verstanden hatte, kein neues Ziel sein könne. Man begrub gemeinsam das deutsche Sendungsbewußtsein, den Gott, der Eisen wachsen ließ, und alles gefühls- und gesinnungshafte Denken über Vaterland, das seit der Romantik unter uns lebendig war: Man lehnte allgemein einen traditionsfreudigen Nationalismus als heute nicht mehr möglich ab.

Es gab auch Übereinstimmung bei den Versuchen, Volk und Nation zu definieren. Volk und Nation sind keine Schöpfungsordnungen. Es gibt keine zwingende geschichtliche oder theologische Notwendigkeit für das Fortbestehen eines Volkes. Gott läßt Völker entstehen und vergehen. Ein Volk besteht, solange es eine Schicksalsgemeinschaft bildet und stellt sich als das Vorhandene dar und damit die Zugehörigkeit zu einem Volk als Aufgabe an Menschen, die einem „vor Händen“ sind.

An dieser Stelle setzten unsere Fragen ein. Seit 1945 haben wir eine getrennte Geschichte. Wie lange hält noch das Band der alten Schicksalsgemeinschaft? Wird es nicht höchste Zeit, das geteilte Deutschland wieder zu vereinigen, wenn es überhaupt noch möglich sein soll? Aber gibt es eine zwingende Notwendigkeit dazu? Die nationale Notwendigkeit hatten wir selbst abgebaut. Wir fanden auch keine theologische Begründung für die Wiedervereinigung. Wenn wir doch immer wieder darauf zurückkamen, so geschah das in vollem Bewußtsein dessen, daß Gott es auch anders einrichten und uns in einem kommunistischen Ostdeutschland Lebensraum geben kann, – der Vorwurf: Wir machten die Wiedervereinigung zum Götzen, traf uns nicht – aber wir ließen nicht locker, weil wir sie als die vorhandene Aufgabe ansehen um der Menschen willen. An ihnen werden wir schuldig, wenn wir die Hände in den Schoß legen und theologische Begründungen fordern, wo praktische vorhanden sind. Beim Betrachten der gemeinsamen Vergangenheit bis 1945 entdeckten wir neu, daß wir nicht nur ein Volk als Schicksalsgemeinschaft gewesen sind, sondern auch eine Schuldgemeinschaft. Das gemeinsame Schuldkonto ist noch nicht beglichen. Daher gibt es noch gemeinsame Aufgaben, mögen auch seit 1945 zwei neue Traditionen im Entstehen begriffen sein. Deutschland hat Aufgaben, wo es um das friedliche Nebeneinander der Völker geht, um die Wiedervereinigung des Vertrauens der Länder, an denen es schuldig geworden ist. Es geht nicht nur um das Verhältnis zu Frankreich und Holland, sondern auch zu Polen und Rußland.

Und schließlich geht es darum, Angst und Mißtrauen in Deutschland zwischen östlichen und westlichen Menschen abzubauen; wo sie im eigenen Lande gegeneinanderstoßen, Kommunismus und Antikommunismus als das, was sie sind, zu entlarven. Die westliche „Freiheit“ ist für uns unglaubwürdig, wenn sie sich nur als Antikommunismus gebärdet. „Ich bin frei, indem ich es wage frei zu sein“, das ist unsere Formel. Wir können nicht ohne weiteres an- und übernehmen, was Westdeutschland an Idealen anzubieten hat. Darum waren wir auch empfindlich (Vielleicht hätten wir

es mehr mit Humor aufnehmen sollen!), wenn man von Deutschland sprach und nur Westdeutschland meinte. Wir denken, daß ein zukünftiges Deutschland nicht auf die Erfahrungen des einen Bereichs verzichten kann, daß Westdeutschland auch von Ostdeutschland einiges lernen kann und nicht nur umgekehrt.

Weiter sind wir nicht gekommen im Gespräch miteinander. Wir haben ein falsches Nationalbewußtsein abgebaut, wir haben versucht zu klären, was Volk, Vaterland, Nation, Reich bedeuten, aber wir haben die Begriffe nicht aufs Neue positiv füllen können. Es ist gut, daß wir uns nicht vorschnell mit Scheinlösungen zufrieden gaben, daß wir unpathetisch und nüchtern blieben. Der Einschnitt 1945 war tiefer, als daß irgendein Flickwerk ihn überbrücken könnte.

Aber uns wird die Frage, die in Heidelberg angeschnitten ist, nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Wir werden weiter fragen, was Gottes Wille mit den deutschen Menschen ist und weiter suchen, welche Aufgaben an ihnen er uns stellt.

So haben sich viele unserer Bedenken, mit denen wir nach Heidelberg kamen, als unrichtig erwiesen: Wir sind Teilnehmer des Gesprächs gewesen (Wenn man sich auch auf einem Studententag mehr öffentliches Zu-Wort-Kommen von Studenten gewünscht hätte!), unsere Fragen wurden verhandelt. Das Hauptthema stellte sich als gemeinsames heraus. Es war nicht zu früh, dieses Problem anzupacken, sondern höchste Zeit. Es gab keine öffentliche oder heimliche Treuekundgebung zu westlicher oder östlicher Regierungspolitik, sondern ein gemeinsames Mühen um die uns aufgegebenen Fragen.

So sind wir dankbar aus Heidelberg zurückgekommen.

Elisabeth Adler (Ost-Berlin)

(Manuskript von 1954, Quelle: Sammlung Terpitz)

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 7. August 1954:

Am Grab des „Heiligen Vaterlands“. Nation und Reich in der Diskussion von Studenten

„Das Wort Vaterland bedeutet mir schon lange nicht mehr viel. Mit dem Begriff Nation fange ich schon gar nichts mehr an. Er ist für mich einfach leer und tot.“ Der etwa 22jährige Student sagt das ohne Zögern und Unsi-

cherheit, aus seiner Stimme klingt überlegte Bestimmtheit. Die rings um ihn auf kleinen Schulbänken hockenden etwa 20 Kommilitonen nehmen das hin – mehr noch: sie stimmen ihm teils leidenschaftlich, teils mit selbstverständlichem Ernst zu, variieren das Wort, fügen weitere Bekenntnisse ähnlichen Inhalts hinzu. Abends um sechs treffen sich die Diskussionsleiter der 40 Gruppen in der Heidelberger Stadthalle und berichten vom Gang der Auseinandersetzungen der Studenten. Sie alle bestätigen dasselbe: „Nation“ und „Vaterland“ als mythische Begriffe, als Bekenntnisse, selbst als Bestandteile des politischen Denkens sind verbraucht. Schon nach den ersten Stunden der Diskussionen auf dem Dritten Evangelischen Studententag wird deutlich, daß das Thema „Heilig Vaterland?“ diese Studentengeneration nicht mehr aufwühlt, in Meinungskämpfe verstrickt oder gar flammende Kernsprüche hervorruft. Doch nur wenige hat das überrascht. Die jungen Studentenpfarrer der evangelischen Kirche haben diese Reaktion erwartet. Gleichwohl bleibt der Studententag ein außerordentliches Ereignis: Worüber jahrelang geschwiegen wurde, was nur unter der Oberfläche sich entwickelte, das trat hier in Heidelberg zum erstenmal ganz deutlich und durchaus repräsentativ in die Helle des Bewußtseins. Keiner der über tausend Studenten machte auch nur den stammelnden Versuch, das Fragezeichen hinter dein „Heilig Vaterland?“ mit einem Ausrufezeichen zu ersetzen. Wenn von „deutschem Wesen“ die Rede war, so nur in negativem Sinn und mit einem Kopfschütteln über die Kuriosität des Begriffs begleitet. Ihre Urteile sind hart, ja apodiktisch: „Was geht uns der Glaube und die Borniertheit unserer Väter an?“ Ihre Empfindlichkeit geht noch weiter. Als der Freiburger Historiker Gerhard Ritter meinte, Deutschland habe vielleicht gerade nach seinem tiefen Sturz eine Art göttlichen Auftrag in der Geschichte, da erhob sich sogleich Widerspruch und Mißtrauen. „Deutsche Aufgabe“, „deutsche Besonderheit“ – das grenze ja schon wieder an jene fatale Sendungsgläubigkeit des deutschen Nationalbewußtseins in den letzten 150 Jahren. Doch da schwang auch manches Ressentiment mit. Das konkrete Wissen, die genaue Kenntnis der Zusammenhänge dieser deutschen Geschichte scheint weithin zu fehlen. Die Studenten reagieren vorab aus ihrem Empfinden heraus. Wer dies in Worte fassen konnte, erhielt den stärksten Beifall. Das gelang etwa dem Dortmunder Dozenten Dr. Krämer, einem jungen Mann, der klar, gründlich und scharf den Komplex des romantischen Nationalismus entfaltet und anprangerte. „Gefühltes wird behauptet, das Behauptete wird

zur Gesinnung, die Gesinnung wird zur Norm. Dies ist der gerade Weg zum Terror.“

Doch merkwürdig: So tot und ohne jeden Belang die Begriffe Nation, Vaterland, Reich, Volksseele, Deutschtum diesen jungen Protestanten sind, so undeutlich äußern sich auf der andern Seite die Gedanken zur Gegenwart und Zukunft. Einer sprach von „Europa“, das ja im Grunde viel mehr in sich schließe als Deutschland; dieses Europa, das die deutschen Barden einst „an deutschem Wesen genese“ lassen wollten. Aber da brach es aus einem Leipziger Studenten hervor: „Hört doch endlich mit eurem Europagerede auf. Das ödet uns an. Redet lieber von Deutschland.“ Ein anderer Student aus der Sowjetzone fuhr ihm in die Quere: Die Freiheit sei noch immer ein höheres Gut als die Wiedervereinigung. Aber er blieb allein. Wieder ein anderer von drüben: „Täuscht Euch nicht – so attraktiv, wie Ihr meint, ist Eure Freiheit nicht mehr“ Als der Professor Ritter sich abends den 40 Diskussionsleitern stellte, um zu hören, welches Echo sein Vormittagsvortrag über das „Bekenntnis zur geschichtlichen Vergangenheit?“ gehabt hatte, da klang es ihm entgegen: „Hat der Herr Professor realisiert, daß vor ihm nicht tausend westdeutsche Studenten saßen, sondern unter ihnen 350 aus dem Osten? Sie alle fühlten sich überhaupt nicht angesprochen.“ Die geschichtliche Kontinuität, von der Ritter gesprochen hatte, habe doch 1945 aufgehört, jedenfalls für die Menschen in Mitteldeutschland. Was solle das ganze Thema, fragten die jungen Leute aus Greifswald und Halle. „Das geht uns nichts mehr an.“ Was die westdeutschen Studenten bewegt, wenn sie es mit den Reichsparteilern, Fußballgöttern und Burschenschaftlern zu tun haben – und mit dem Benehmen deutscher Weltbeglückter im Ausland, das hat für die Studenten aus der Zone keinerlei Aktualität. Das ist für sie eine Welt, die sie schon in den Jahren 1945 bis 1948 überwunden haben, nicht nur unter dem Vorzeichen der kommunistischen Geschichtsauffassung. Dort hat die revolutionäre Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit kurz und kräftig stattgefunden, materiell und ideell, unter dem Beifall nicht nur der kommunistischen Akteure. Im Westen wurde sie versäumt, weshalb sich aufs neue die Stiekluft der Kadaver ausbreitet. „Beginnt sich die Nation zu trennen?“ Das bittere „Ja“ schwebte im Raum und einen Augenblick lang schien es, als ob die Leiter des Studententags vor der Notwendigkeit stünden, sofort das Thema der Diskussionen zu ändern, oder aber das Unternehmen abubrechen. Professor Ritter zitterte vor Erregung, als er sich verteidigte und sich zum ganzen Deutschland bekannte. „Sind wir

denn schon so weit, daß wir uns nicht mehr verstehen?“ Die Frage blieb offen. Die Gedanken und Sorgen der Menschen von beiden Teilen Deutschlands sind sich jedenfalls schon sehr fremd geworden, Gemeinsames Gesprächsthema scheint nur noch die Außenpolitik zu sein, Sie brennt den Leuten von Dresden und Rostock auf den Nägeln. Vor zwei, drei Jahren war das noch anders.

Doch auch diese plötzlich ausbrechende Erregung hat nicht die nationalen Argumente zu neuem Leben erweckt. Nicht das Schicksal der gespaltenen Nation bewegt die Studenten, sondern allein das Geschick der 17 Millionen Menschen in der Sowjetzone. Das Gerede vom „Deutschtum im Osten“, von „deutscher Kultur im slawischen Raum“ scheint in dieser Generation keinen Nährboden zu finden. Als ein Diskussionsleiter, nur um ein bißchen aufzureizen, von der Oder-Neiße-Linie und vom Saargebiet sprach und um Stellungnahme bat, da begegnete er hilflosem Lächeln. Als aber Dr. Krämer sagte, „Volk“ sei keine Norm, kein Auftrag, kein Wesen, sondern schlicht das „Vorhandene“, was vor unseren Händen liegt, donnerte Beifall durch den Saal. Das war konkret, menschlich gesprochen, nicht „völkisch“, nicht „national“. Es war nüchtern. „Für mich“, so sagte ein einfacher Student, „bedeutet Vaterland einfach die Teilhabe am geistigen und materiellen Leben meines Volkes, meiner Nächsten“. Ein Journalist bemerkte dazu trocken: „Hier wird deutlich, daß ein großer Teil unserer Politiker und Publizisten ‚schiefe‘ liegt. Was die reden, kommt hier nicht mehr an“. So ist es. Dieser Studententag hat deutlicher gezeigt als viele Reden und Betrachtungen, daß mit dem Jahr 1945 eine Epoche der deutschen Geschichte zu Ende gegangen ist. Das wird erst in Jahren ins allgemeine Bewußtsein dringen, wenn die Generationen vollends gewechselt haben. Zwar haben in Heidelberg „nur“ junge evangelische Christen sich geäußert. Doch kommen nicht eben diese aus einer Gesellschaftsschicht, der die Verbindung Gott–Vaterland 150 Jahre lang selbstverständlich war, die die deutschnationale Reichsidee weitergetragen und kultiviert hat! Das vergrößert noch das Gewicht dieses Studententreffens. Die evangelische Kirche Deutschlands hat sich in den vergangenen Jahren in einer Weise des politisch-moralischen Gesprächs angenommen wie nie zuvor. Sie hat sich dabei erneuert und verjüngt. Sie hat zugleich die fruchtbare Unruhe der Jahre nach 1945 weitergetragen bis heute. Das ist tröstlich, denn nur aus der immerwährenden Besinnung mag diese Zeit neue Impulse empfangen.

Bad Kreuznach, 15. August. Nicht die zynische Unbeschwertheit und pubertätsbedingte Wichtigtuerei, mit der die nach einem unpolitischen Vorzeichen ausgesuchte Studentenjugend nihilistische Antworten auf Fragen gab, für die sie nicht zuständig ist, sondern das Ausmaß, in dem sich die in den Begriffen „Vaterland“ und „Nation“ aufgewachsenen Alten von dem vaterlandslosen Nihilismus der Zwanzigjährigen beeindruckt zeigten, war das eigentliche Kuriosum des Heidelberger Evangelischen Studententages. Es ist ein Versagen der Alten, nicht der Jugend, wenn sie dem Trugschluß unterlagen, als sei aus Kindermund – man verzeihe uns diese Verdeutlichung! – so etwas wie ein Orakel, ein gottgerichthohes Urteil über Wert und Unwert von Dingen zu vernehmen, an die ein Fragezeichen zu setzen wir selbst uns nicht scheuen. Ein ernstes Wort wäre mit den Veranstalter zu reden, die durch ihre Themenstellung die Tagung von vornherein schief angelegt hatten. Die Tagung stand unter der Frage: „Heilig Vaterland?“ Das war eine Suggestivfrage. Es gehört schon ein Übermaß von geistiger Vorurteilslosigkeit dazu, sich bei einer solchen Themenstellung von dem diffamierenden Unterton freizumachen und nicht der Suggestion der Formel zu unterliegen, hier handele es sich um politische Ketzerei. Daß Zwanzigjährige, die sich einbilden, die Welträtsel gelöst zu haben, wenn sie gerade eben ihr Lehrbuch buchstabieren können, noch von den Schulbänken her den Ballast ihrer Umerziehung durch unsere besatzungsgeleitete Nachkriegspädagogik mit sich tragen, ist ihnen kaum zu verdenken. Daß aber Studentenseelsorger, von denen doch vermutlich die geistigen Impulse zu dieser Tagung ausgingen, von vornherein eine politisch verbogene Fragestellung wählten, ist eine anrühige Spekulation *à la baisse*. Mit ihrer zwielfichtigen Themenstellung haben sie den politischen Nihilismus ausgesät, der dann in den Antworten der Studenten aufwucherte. Vor allem ist es ein Trugschluß zu glauben, daß die im buchstäblichen Sinne vaterlandslose Anschauung einer nicht unbedingt symptomatischen Studentenschicht die beherrschende Gesinnung der kommenden politischen Generation sein werde. Denn selbst wenn die Sprecher der tausend Studenten das ausgedrückt hätten, was heute die Mehrzahl ihrer Altersgenossen empfindet, so würde das nichts darüber besagen, was diese gleichen Menschen in der Mitte ihres Lebens empfinden werden, wo allgemein erst der Zeitabschnitt erreicht wird, in dem sich die bis dahin

mehr oder weniger gefühlvoll nachgesprochenen Vokabeln „Vaterland“ und „Nation“ durch eigenes Erleben und Erkennen zu werthaltigen Begriffen entwickeln. Wenn es nach Platon ginge, wäre in Heidelberg niemand auf die Idee verfallen, unfertige Lehrlinge der Wissenschaften über letzte Entscheidungen der Politik zu befragen, da diese nach griechischer Faustregel nicht Sache von Halbwüchsigen, sondern den reiferen Jahrzehnten vorbehalten ist.

AZW

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 21. August 1954:
Studenten dumme Buben?

München, 18. August. Die Zuschrift AZW in Nr. 66 ist von auffälliger Inkonsequenz gekennzeichnet. Dieselben jungen Studenten, die von den Patrioten gelegentlich ihrer Erinnerungen an das Wartburgfest oder Langemarck oder andere mehr oder weniger symbolische Jugendvorstellungen als Helden oder Hüter des „heiligen Vaterlandes“ gefeiert werden, sind nun auf einmal so etwas wie dumme Buben, wenn sie „das Vaterland“ ein Phantom nennen, mit dem sehr unsympathische Erfahrungen gemacht wurden und das deshalb recht düstere Empfindungen weckt. Die Äußerungen der Studenten waren fraglos überraschend, jedoch im Sinne einer positiv zu bewertenden Nüchternheit. Der „Zeitabschnitt, in dem sich Vaterland und Nation durch eigenes Erleben und Erkennen zu werthaltigen Begriffen entwickeln“, ist, was erklärt werden muß, keine Erscheinung des individuellen Lebensalters, sondern gehört einer überlebten Generation an, die sich naturgemäß von antiquierten Sentimentalitäten nicht zu trennen vermag. Das Land, in dem man lebt und der Staat, zu dem man gehört, sind vom „Erleben“ unabhängige Fakten und verdienen nur Anhänglichkeit, wenn sie Leben und Zugehörigkeit durch ihre Prinzipien wertvoll machen. Dadurch kann sich eine Verbundenheit bilden, die fester ist als das verstaubte Surrogat, für das AZW sich ereifert.

H.G.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 25. August 1954:

Was soll aus diesen Studenten werden... ?

Fürth i. B., 20. August. Am Grabe des heiligen Vaterlandes. Nichts gegen den Bericht an sich über diese sehr traurige Tagung. Was ich aber vermisse, ist jegliche Stellungnahme Ihrerseits zu dieser kaum glaubhaften Kundgebung deutscher (evangelischer) Studenten, deutscher Jugend, die ja wohl dazu berufen ist, einmal an irgendwelchen maßgebenden Stellen tätig zu sein; mit solcher Einstellung dürften es allerdings saubere Aussichten werden. Viel Spaß für diese Zukunft! Daß mehr als tausend Teilnehmer dieser Tagung einen solchen Absud vaterländischer Gesinnung von sich geben und daß keiner hiergegen schärfsten Widerspruch erhoben hat, ist wahrlich mehr als beschämend, für die Alten wie für die Jungen! Haben diese jungen Menschen wirklich niemals und nichts vernommen und geschaut von den unsterblichen geistig-seelischen Gütern ihrer deutschen Heimat, ihrer Sprache, Lieder und Gesänge, ihrer Dichtung und ihre Bauten, ihrer Musik und Malerei, nichts gespürt und erlauscht von dem ewigen Geheimnis ihrer Landschaft, der Wälder, Berge, Flüsse und Seen, dem Segen der Stätte, da sie geborgen in Vater- und Mutter-Hut einst das Licht der Welt erblickten und in seinem Leuchten groß geworden sind. Haben sie wirklich niemals das Werden des Frühlings erlauscht, die so beglückende Stille einer Winternacht im Schneetreiben erlebt oder eine Wanderung unter dem nächtlichen Sternenhimmel durch reife Felder, am rauschenden Fluß, am weiten Meer? Sind diese jungen Menschen tatsächlich so von allen guten Geistern verlassen, daß sie ein derartig fades Geschwätz tagelang abspulen wie seelenlose Roboter? Dann wäre allerdings höchste Zeit, daß entweder eine gütige, helfende Hand behutsam eingreift oder aber, daß diese Menschen nochmals von einem harten Geschick aufgerüttelt werden, ehe sie als tote Schlacken und taube Hüllen verderben. Ich habe selbst den Krieg 1914/18 vier Jahre lang an der Front und 1939/45 im Luftschutz in der Heimat und danach unter den sogenannten Befreiern miterlebt. Niemals würde ich mich zu solch traurigen Äußerungen, wie sie in Heidelberg gemacht wurden, verstehen können. Allerdings bin ich inzwischen auch 70 Jahre alt geworden.

R. L.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 25. August 1954:

Jugend – mauhalten!

Stuttgart, 18. August. Geradezu mit Entsetzen habe ich soeben in Nr. 66 die Aussprache „Vaterlandslose Gesellen“ gelesen. Diese „Halbwüchsigen“, von denen AZW spricht, waren seit Urväterzeiten immer dazu gut, das Maul zu halten und die Knochen für die klugen Leute der „reiferen Jahrzehnte“ dann hinzuhalten, wenn diese reiferen Jahrgänge etwas angezettelt hatten, das sie glaubten nur noch mit Mord und Totschlag lösen zu können. Höchstfalls darf dann der „unfertige Lehrling der Wissenschaft“ als Infanterieleutnant seinem Zuge voraus mit gezogenem Degen und hurrabrüllend sein Leben auf dem „Altar des heiligen Vaterlandes“ opfern. Und wenn dann alles nicht hilft, wenn dann das Blut der „Zwanzigjährigen“, die eben „ihr Lehrbuch buchstabieren können“, umsonst geflossen ist und die Allwissenden „aus der Mitte des Lebens“ davonlaufen (durch Selbstmord oder ins Exil nach Holland), dann schreit man nach der Jugend, die „zu feige“ ist, die Verantwortung zu übernehmen, die die ganze Last dem Alter aufbürdet, die sich hinter Mutters Rockzipfel verberge oder was weiß ich für Vorwände habe, um sich nicht an der Verantwortung beteiligen zu müssen. Und dann wird die Jugend wieder so lange poussiert, bis sie einem empfindlichen Herrn der reiferen Jahrgänge auf die Zehen tritt – oder gehört er schon den Jahren der Senilität an, daß ihn „pubertätsbedingte Wichtigtuerei“ so empfindlich jaulen läßt (übrigens: AZW hat von Biologie wenig Ahnung; wenn einer studiert, hat er die Pubertät meist schon einige Jahre hinter sich; wann der geistige Abbau beginnt, das ist allerdings höchst unterschiedlich, bei manchen schon in der Mitte des Lebens). Post scriptum: Ich bin über die Jahre der Jugend hinaus, die hier getadelt werden sollte – ich habe sie in Rußland verbracht –, aber dennoch zähle ich mich zu den Jungen, denen jene eifersüchtigen „Greise“ heute das Wort und das Vorwärtskommen verbieten wollen. Aber – AZW – soweit sind wir noch nicht, daß man uns zurufen dürfte: Jugend! – Stillgestanden! – Maulhalten! – Verrecken!

wph.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 28. August 1954:
Gegen das Mythische eines heuchlerischen Begriffs

Leverkusen, 24. August. Auf eine Zuschrift, wie die des R. L. aus Fürth, habe ich schon lange gewartet. Wenn jemand das seelische Ringen junger Menschen, „die einmal an maßgeblichen Stellen tätig sein werden“, als ein „fades Geschwätz seelenloser Roboter“ bezeichnet, dann hat er – trotz seines Alters – noch nicht begriffen, worum es bei der augenblicklichen Diskussion geht und welchem großen historischen Fragezeichen sich jeder denkende junge Mensch gegenüber sieht. Die angeführten romantisch-leichtbeschwingten Verse (ähnlich den Herz- und Magenliedern von Männergesangsvereinen!) bezweifelt ja niemand in ihrem menschlichen Wertgehalt, sie haben aber mit der Problemstellung überhaupt nichts gemeinsam. Deshalb, weil die Jugend den Mut zur Initiative und zum „Anderssein“ hat, braucht man keine Angst vor der Zukunft zu haben. Eine Jugend, die redet und zweifelt und in einem durchdringenden Wahrheitsbewußtsein lebt, ist wertvoller als eine, die alles „Mythische und Mystische eines heuchlerischen Begriffs“ einfach oder aus einer falschen romantischen Vorstellung hinnimmt und dafür marschiert, verdirbt und stirbt.

G.E.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 1. September 1954:
Was hat die Winternacht mit dem Vaterland zu tun?

Nürnberg, 25. August. Jeder nachdenkliche Leser Ihres Berichts „Am Grabe des heiligen Vaterlands“ und der anschließenden Diskussion muß von der darin aufgezeigten Tragik ergriffen und erschüttert sein. Wer will es der Jugend verübeln, wenn sie aus dem grauenhaften Erleben zweier Generationen ihre eigenen Folgerungen zieht und dabei in verzeihlichem Schwung ein wenig über das Ziel hinausschießt? Wenn sie ein unerhörtes, aber verständliches Mißtrauen den „Liedern und Gesängen, Vater- und Mutterhut, nächtlichem Sternenhimmel, reifenden Feldern und der beglückten Stille einer Winternacht“ (gibt es dies alles nur im „Vaterland“?) entgegenbringt? Auch der Schreiber dieser Zeilen ist mit diesen, genau diesen romantischen Vorstellungen im Alter von 18 Jahren ins Feld gerückt. Aber die verkehrte Rechnung ging erst auf, als aus der Addition von 6 Jahren Krieg fürs heilige Vaterland plus 5 Jahren Sowjetgefangenschaft

als Ergebnis eine hundertprozentige Kriegsbeschädigung herauskam. Welche wache Jugend sollte hieraus nicht die berichteten Konsequenzen ziehen?

W.B.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 4. September 1954:
Was wissen die Studenten vom Vaterland?

Darmstadt, 1. Sept. Wenn junge Menschen zu den Begriffen „Volk“ und „Vaterland“ nicht ja sagen können, dann bedeutet das nicht, daß die Realitäten Volk und Vaterland durch solche Meinungsäußerungen irgendwie berührt wären. In solchen Äußerungen kommt nur unzulängliche Lebenserfahrung zum Ausdruck. Mir will es scheinen, als ob es sich bei dem, was hinter den Worten Volk und Vaterland an Realität steht, um Unsterbliches handelt, das man nicht begraben kann. Die jungen Studenten haben sich wohl auch nicht ganz klar ausgedrückt, wenn sie sagten, daß ihnen die Begriffe „Vaterland“ und „Volk“ nichts mehr bedeuteten. In Wirklichkeit sagen ihnen diese Begriffe „noch nichts“, deshalb, weil sie sie noch nicht mit eigener Lebenserfahrung ausfüllen können. Zur Zeit sind ihnen die Begriffe noch leer. Wie diese heute jungen Menschen urteilen werden, wenn sie erst 40 oder 60 Jahre alt geworden sind, darüber ist ihnen heute eine Aussage nicht möglich. Der Begriff Volk und Vaterland ist ein archimedischer Punkt. Wer auf ihm nicht stehen kann, ist ohne Halt. Es bleibt zu prüfen, wer besser zum Aufbau Europas geeignet ist: Menschen, die zu ihrem Volke ja sagen, oder solche, die zu ihrem Volk und Vaterland nicht mehr ja sagen können. Ob die letzteren nicht auch der Gefahr ausgesetzt sind, viel leichter landesverräterischen Angeboten zu entsprechen?

R.I.

Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 11. September 1954:
„Heilig Vaterland“

München, 8. Sept. Es ist beruhigend, daß eine solche Aussprache stattfindet. Als ich jung war – Verzeihung, ich bin „schon“ 53 –, da war das heilige Vaterland Dogma, eine Diskussion daher unmöglich. Die Erkenntnis,

daß am Dogma vom heiligen Vaterland etwas faul sein könnte, wurde zu teuer erkaufte. Interessant an den Zuschriften, die Sie veröffentlichten, ist mir, daß sich die Generations-Geister zu scheiden scheinen. Die „alten Herren“, die uns in den Krieg geschickt haben, werden es sich gefallen lassen müssen, wenn wir versuchen, den faulen Zauber zu entlarven. Wir gehören auch nicht zu jenen Leuten, die die jetzige Jugend gern etwas in Uniform sähen, um sich inzwischen auf bessere Pöstchen zu begeben. Wir hätten diese zwar wahrlich notwendig, denn die uns fortschickten, scheinen oft eifersüchtig zu sein, daß wir schon wieder und noch so zahlreich da sind. Bei einer Bestandsaufnahme, was mir noch vom heiligen Vaterland geblieben sein könnte, konnte ich nichts entdecken ... oder doch, ja, die Männer vom 20. Juli 1944, aber damit werde ich den „alten Herren“ sicher erneut zum Ärgernis. Wer würde heute schon wagen, der Jugend die Männer des 20. Juli zum Vorbild zu geben? Aber ohne Vorbilder kein heilig Vaterland.

A.Sch.

DDR-Geographiegeschichte – Problemlagen und Zugriffe einer wissenschaftshistorischen Rekonstruktion

Einige Aspekte aus der Frühphase der DDR-Hochschulgeographie¹

Bruno Schelhaas
Leipzig

Nachkriegs-Geographie-
Geschichte

Das geographiehistorische Interesse an der deutschen Nachkriegsgeographie ist, besonders im Vergleich zu anderen Zeitabschnitten wie dem 19. Jahrhundert oder der Geographie in der NS-Zeit, eher bescheiden.² Die Vorbehalte vor einer Zeitgeschichte, auch vor einer selbsterlebten Alltagsgeschichte, scheinen auch die deutsche Geographie zu kennzeichnen. Die Institutsgeschichten, Biographien und Nekrologe werden munter verfaßt, wie es der Tradition entspricht; auch kennen wir die periodischen Rechenschaftsberichte und Forschungsrückblicke, etwa zu den Internationalen Geographenkongressen. Es liegen weiterhin einige Autobiographien deutscher Geographen vor (die jüngsten

¹ Der vorliegende Text gibt eine erweiterte Fassung meines gleichnamigen Beitrages zur Arbeitskreissitzung „Geschichte der Geographie“ auf dem 52. Deutschen Geographentag in Hamburg 1999 wieder. Zum Arbeitskreis vgl. Wardenga, Ute: Der Arbeitskreis Geschichte der Geographie, in: Karrasch, Heinz (Hg.): Geographie. Tradition und Fortschritt. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Heidelberger Geographischen Gesellschaft (*HGG-Journal* 9/1998), Heidelberg 1998, S. 211-217.

² Vgl. Wardenga, Ute: Geschichtsschreibung in der Geographie, in: *Geographische Rundschau* 47(1995) H. 9, S. 523-525.

von Walther Manshard 1998 und Carl Rathjens 1997³), die uns auch Aufschluß über die neuere Geographiegeschichte geben. Besonders aber bei dieser speziellen Gattung wissenschaftshistorischer Literatur sind immer der Entstehungszusammenhang und der potentielle Leserkreis kritisch zu beachten. Für die geographische oder sonstige Nachwelt bewußt bestimmt oder aber aus dem Nachlaß kritisch editiert, eröffnen sich dem Leser hier unterschiedliche Rückblicke auf die Geographiegeschichte, die im Zusammenhang mit fundiertem Kontextwissen das Spektrum an Sekundärquellen fruchtbar erweitern.

Innerhalb der Wissenschaftshistoriographie nimmt die Zeitgeschichte traditionell einen relativ geringen Raum ein – und hier stellt sich die Frage nach der Distanz des Historikers ebenso wie nach einer Konkurrenz zur Wissenschaftssoziologie. Die deutschsprachige Wissenschaftshistoriographie, welche sich schon sehr frühzeitig einen Platz in der institutionalisierten Geschichtswissenschaft sichern konnte, kann sich im weiteren Verlauf nur schwer von einer traditionellen Geschichtsschreibung lösen. Die Öffnung hin zu kultur- und sozialgeschichtlich orientierten Ansätzen, basierend auf einem professionellen Theorie- und Methodenfundament erfolgt in der Geographiehistoriographie erst ab den 1980er Jahren, besonders mit Studien über die Geographie im Nationalsozialismus und über die Geschichte der Schulgeographie. Analysen über die Geographie nach 1945 entstehen jedoch nur sehr vereinzelt.

Erst im Zuge des Zusammenbruchs der DDR konnte sich ein enormes Forschungsfeld, mit neuen Perspektiven auch für die Wissenschaftsforschung, etablieren, z.T. reich gesegnet mit Fördermitteln und von staatlichen Stellen mit Wohlwollen unterstützt.⁴ Mit diesem Boom der DDR-Forschung, einer plötzlich neuen quellen- und forschungspraktischen Situation, diesem z.T. zwanghaften Drang einer „Aufarbeitung des nun besiegten SED-Regimes“ kam aber auch ein Problem der deutschen Zeitgeschichte zum Vorschein. Die DDR-Fixiertheit ließ die westdeutsche Zeitgeschichte, zwischen Vereinigungstrubel und „Aufbau Ost“, ins Abseits

³ Manshard, Walther: Als Geograph auf internationaler Bühne. Eine autobiographische Skizze (Freiburger Studien zur Geographischen Entwicklungsforschung 16), Saarbrücken 1998; Rathjens, Carl: Wege eines Geographen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Wolfgang Müller. Mit einem Nachwort von Dietrich Fliedner (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultät 10), St. Ingbert 1997.

⁴ So gab es zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und mehrere Neugründungen von zeithistorischen Forschungseinrichtungen.

geraten. Ein ganzer Schwarm von in der Regel westdeutschen Geisteswissenschaftlern fand von heute auf morgen ein Forschungsfeld in der abgewickelten, scheinbar „nivellierten Nischengesellschaft der SED-Diktatur“. Aber auch andere Formen der Geschichtsschreibung konnten sich entwickeln, wie etwa ausgehend von einigen kritischen, der Bürgerbewegung nahestehenden DDR-Historikern oder jenen der PDS-Geschichtsauffassung zuneigenden Wissenschaftlern.

Die Forschungsleistungen der letzten zehn Jahre sind an Quantität, aber auch an Qualität enorm. Der DDR-Boom scheint nun allmählich abzuklingen. Umfangreiche Sammelbände, z.B. über die DDR-Geschichtswissenschaft, zahlreiche Neuauflagen und lehrbuchartige Neuerscheinungen, ein Niederschlag in Schulbüchern und der politischen Bildung sind Zeichen eines ersten Abschlusses. Aber: Das Jahr 1999 hat zum zehnten Jahrestag der „Wende“ erneut die Vergangenheitsdiskurse angeregt. Das Bedürfnis nach Erinnerungskultur, aber auch nach einer „Ostalgie“ – angesichts dessen, daß 1989 während des rasanten Umbruchs keine Zeit blieb, um Abschied von einer tradierten DDR-Alltagswelt zu nehmen und als eine Art Strategie gegen die „nicht blühenden Landschaften“ – ist verstärkt in den neuen Bundesländern zu beobachten.

Das Problem bleibt: Wer schreibt die westdeutsche Nachkriegsgeschichte? Nicht nur die ungleiche Archivpraxis in West- und Ostdeutschland lassen die Unterschiede deutlich werden, sondern auch die alltäglichen wie wissenschaftlichen Diskurse über die deutschen Vergangenheiten und die verschiedenen Strategien ihrer Rekonstruktion.

Die vermeintliche Angst vor den Zeitzeugen, vor den eigenen Eltern und Lehrern, aber auch vor der persönlichen Forschungs- und Lebensleistung erschweren einen Zugang. Die scheinbare Unwissenschaftlichkeit und ein Beigeschmack des Nestbeschmutzens angesichts der Tatsache, daß die Beteiligten ja oft noch aktiv sind und eine Rolle, z.B. in der scientific community einnehmen, behindern eine professionelle Geschichtsschreibung. Auch die unterschiedlichen Formen einer Entnazifizierung nach 1945 und ihre heutigen Bewertungen spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR-Geographie, das Berufen auf die positiven Traditionen der deutschen Geographie und die Verdrängung von „pseudowissenschaftlichen Lebensraumlügen“, steht auf einem äußerst brüchigen Fundament; eine komparatistische Studie über die Kontinuitäten und Vergangenheitsbewältigungen in der SBZ und den westlichen Zonen wäre sehr zu wün-

schen. Die Nachkriegsbiographien von Johannes F. Gellert, Hermann Haack, Rudolf Käubler, Ernst Neef und Joachim Heinrich Schultze – um nur einige bekannte Namen der Gründergeneration zu nennen – sind in großem Maße durch ihr Verhalten im NS-System vorbelastet.⁵

Die DDR als ein – im formaljuristischen Sinne – abgeschlossenes Geschichtskapitel bietet sich aus unterschiedlichen Gründen auch für eine wissenschaftshistorische Forschung an. Wie steht es aber um die DDR-Geographie und ihre Erforschung?

Blicke zurück – was war, was ist, was bleibt

Nach der rasanten Abwicklung von Positionen, Institutionen und Arbeitsplätzen innerhalb der ostdeutschen Geographie konnte praktisch keine Erbmasse in die gesamtdeutsche Geographie nach 1990 mitgenommen werden. Zehn Jahre nach der „Wende“ und den wissenschaftspolitischen wie sozialen Konsequenzen sind die Unterschiede zwischen den beiden geographischen Traditionen – in der Alltagserfahrung wie auch auf institutioneller Ebene – virulent. Die ungleiche Ausstattung der Hochschulinstitute, eine marginale Vertretung von ostdeutschen Geographen in den Verbänden, aber auch die „vertanen Chancen“ nach den z.T. kreativen institutionspolitischen Diskussionen zwischen 1990 und 1995 sind nur einige Kennzeichen.

Der beinahe täglich zu hörende Ausspruch „zu DDR-Zeiten“ verdeutlicht den diskursiven Bezug im nostalgisch oder abwertend verklärten Duktus. Differenzen, Vorurteile, Verdrängungen und Ignoranz sind in Ost wie West anzutreffen. Aber besonders die Kollisionen der unterschiedlichen Rückblicke auf die Vergangenheit zwingen zu einer eigenen Meinungsbildung, im Falle des Historikers gestützt auf Quellen, aber auch auf Alltagserfahrung.

Der „Vereinigungsgeographentag“ 1991 in Basel, auf dem die Geographen der nun ehemaligen DDR seit langer Zeit und in dieser Konzentration zum letzten Mal auftreten, macht den westdeutschen Blick auf die Vergangenheit deutlich. In seiner Ansprache anlässlich des „Tages der Neuen Länder“ beschreibt Dietrich Barsch, der damalige Vorsitzende des

⁵ Der Übergang der Geographen aus den ehemaligen Ostgebieten, der wie auch immer geartete Transfer der Institute in Königsberg, Breslau, Danzig, Posen, Prag und anderen Zentren regt darüber hinaus zu weiteren Analysen an.

Zentralverbandes der Deutschen Geographen, seinen Blick auf die DDR-Geographie eindrucksvoll und mit einem gesamtdeutsch-optimistischen Pathos:

„Wir alle stehen vor dem großartigen Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft; wir alle haben diesen Aufbruch gewollt. Ich bin überzeugt, daß er für uns alle so glücklich wird, wie wir uns das vorstellen, wenn wir die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam anpacken.“

... Es ist für mich immer wieder bedrückend gewesen zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Kolleginnen und Kollegen in der ehemaligen DDR gelebt haben und wissenschaftlich arbeiten mußten. Sie haben gelitten unter den Folgen eines verfehlten Systems, das die individuelle Spontaneität und Kreativität voll unterdrückt hat und das auf allen Ebenen einer offenen Diskussion ausgewichen ist. Wie so häufig – und das ist ja nicht nur auf die ehemalige DDR oder das ehemals kommunistisch beherrschte Osteuropa beschränkt – hat das gesamte Land, die gesamte Bevölkerung unter den Fehlern einer Regierung zu leiden, die – bedingt durch ihre ideologische Blindheit – die Rahmenbedingungen für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, für eine freiheitliche Selbstverwirklichung weder geschaffen noch erhalten hat. Wir im Westen haben das Glück gehabt, daß uns diese Verhältnisse erspart geblieben sind.“⁶

DDR-Geschichte ist Teil der deutschen, der deutsch-deutschen Geschichte. Die komparatistischen Zugriffe auf die Vergangenheit, die Interpretationen als Trennungs-, Gegen- oder Parallelgeschichte, aber auch ein internationaler wie interdisziplinärer Vergleich können das erkenntnistheoretische und methodische Spektrum bereichern. Als problematisch erweist sich m.E. der Diktaturvergleich Nationalsozialismus vs. SED-Diktatur. Ein Vergleich zwischen der Geographie in der NS-Zeit und der DDR-Geographie stellt, abgesehen von einer forschungsmethodischen und textanalytischen Übertragbarkeit, nur wenig Erkenntnisgewinn in Aussicht. Der reiche Erfahrungsschatz, der bei der Erforschung des Nationalsozialismus gewonnen werden konnte, eine fundierte Quellenkritik, eine internationale Zusammenarbeit und besonders ein halbes Jahrhundert an Erinnerungskultur, können wertvolle Anregungen geben. Aber: Die Formen der Machtkonzentration und Machtausübung sind bezüglich der Geographie in beiden Systemen unterschiedlich strukturiert und bedürfen eigener kontextbezogener Rekonstruktionen.

⁶ Barsch, Dietrich: Schlußrede des 1. Vorsitzenden des Zentralverbandes der Deutschen Geographen zum Tag der Neuen Länder, in: Barsch, Dietrich und Heinz Karrasch (Hg.): Geographie und Umwelt. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des 48. Deutschen Geographentages Basel 23.-28.09.1991, Stuttgart 1993, S. 495-496.

Ambivalenzen und Konfrontationen scheinen bei einer Rekonstruktion der Zeitgeschichte, der DDR-Geschichte im Speziellen, vorgezeichnet. Wer also schreibt die DDR-Geschichte? Für die DDR-Geographiegeschichte lautet die Antwort: Neben einigen anlaßgebundenen Arbeiten und von den wenigen kritischen Ausnahmen abgesehen hat der DDR-Forschungs-Boom innerhalb der Geographie – ganz im Gegensatz etwa zu den Geschichtswissenschaften – nicht eingesetzt.

Der Rückblick auf die Physische Geographie, die weniger stark ideologisiert war, fällt deutlich leichter. Überschriften wie „Physische Geographie zwischen Ostsee und Erzgebirge“ vermeiden jedoch bewußt den Begriff „DDR“.⁷ Der schwierige Zugang zu diesem Kapitel der deutschen Geographiegeschichte, insbesondere bezüglich der Politischen und Ökonomischen Geographie, wird von Hans Richter und Helga Schmidt, zwei Zeitzeugen der DDR-Geographie, mit den „menschlichen, organisatorischen und zeitlichen Belastungen während der politischen und wissenschaftlichen Neubewertung“ erklärt.⁸ Dies trifft den Kern des Problems, ist aber aus der Insider-Perspektive heraus entstanden und ist nur eine Erklärung für die Vernachlässigung einer Rekonstruktion der DDR-Geographie. Dem Fazit der Autoren, daß bei einer Beantwortung der Fragen nach der DDR-Geographiegeschichte, die individuellen Lebensläufe möglichst ohne Berücksichtigung bleiben sollten,⁹ muß m.E. im Sinne einer sozialhistorisch orientierten Wissenschaftshistoriographie entschieden widersprochen werden.

⁷ Vgl. Barsch, Heiner: Physische Geographie zwischen Ostsee und Erzgebirge. 1949-1989, in: *Geographisches Taschenbuch* 1991/92 (1991), S. 88-101.; Barsch, Heiner: Physical Geography in East Germany, 1949-1989, in: Ehlers, Eckart (Hg.): 40 Years After: German Geography. Development, Trends and Prospects 1952-1992. Report to the IGU, Bonn 1992, S. 127-144 und Leser, Hartmut: 40 Jahre geographisches Arbeiten zwischen Ostsee und Erzgebirge. Einführung, in: Barsch, Dietrich und Heinz Karrasch (Hg.): Geographie und Umwelt. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des 48. Deutschen Geographentages Basel 23.-28.09.1991, Stuttgart 1993, S. 477-478.

⁸ Schmidt, Helga und Hans Richter: Entwicklung der Politischen und Ökonomischen Geographie in der DDR, in: *Geographische Rundschau* 47 (1995) H. 9, S. 506-512, hier S. 506.

⁹ Ebda, S. 512.

Neubeginn nach 1945?

Ausgangspunkte einer Rekonstruktion sollten m.E. die personellen, institutionellen, inhaltlichen wie theoretisch-methodischen Übergänge, die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Geographie nach 1945 in der SBZ und in den westlichen Zonen sein. Gerhard Sandner hat 1995 bereits auf die „fehlenden Ausarbeitungen der persönlichen Schicksale von Geographen in der unmittelbaren Nachkriegszeit“ hingewiesen.¹⁰ Schon in dieser Gründergeneration werden deutsch-deutsche Ansprüche, Kontakte und Konfrontationen erkennbar.

Die Länderkunde – um ein Beispiel aus der Ideengeschichte aufzuzeigen – wird in der allgemeinen Lehrmeinung der DDR-Geographie als imperialistisch, z.T. als profaschistisch abgelehnt.¹¹ Die II. Parteikonferenz der SED 1952, die die Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus propagiert, die II. Hochschulreform, die 1951/52 eine marxistisch-leninistische Grundlegung aller Wissenschaften sowie eine starke Sowjetisierung und Verschulung der Hochschulausbildung einführt, leiten die am Systemkampf angelehnte Entwicklung ein. Aus dieser Position heraus verstehen es Heinz Sanke und seine Schüler, in speziellen Dozentenlehrgängen neue Kader („Wahrnehmungsdozenten“) und Neulehrer für die zukünftige Politische und Ökonomische Geographie heranzuziehen.

Bis Anfang der 50er Jahre, z.T. auch länger, halten jedoch einige Geographen am alten Paradigma der Länderkunde und einer Einheit der Geographie fest (bekanntester Vertreter ist Ernst Neef). Da die Gründergeneration der DDR-Geographie noch vor oder während des Krieges studiert hat, erscheint diese Kontinuität zunächst auch naheliegend.

Schon Ende der 40er Jahre ist – und dies ist ein wichtiges Merkmal der DDR-Geographie – eine verstärkte Aneignung der Sowjetwissenschaften zu erkennen. Methoden und Theorien, besonders der Komplex-

¹⁰ Sandner, Gerhard: Die unmittelbare Nachkriegszeit: personelle, institutionelle und fachinhaltliche Aspekte 1945-1950, in: Wardenga, Ute und Ingrid Hönsch (Hg.): Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Geographie in Umbruchphasen. Studien zur Geschichte der Geographie (Münstersche Geographische Arbeiten 39), Paderborn 1995, S. 141-150, hier S. 141.

¹¹ Vgl. u.a. Sanke, Heinz: Die Lüge vom Lebensraum, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 7 (1955) 1, S. 1-10; Sanke, Heinz: Die Länderkunde als Bestandteil der bürgerlichen Ideologie in der Geographie, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 10 (1958) 6, S. 161-174; Sperling, Walter: Regionale Geographie in der DDR, in: *Berichte zur Deutschen Landeskunde* 57 (1983) H. 2, S. 235-260.

geographie, der kybernetischen und systemtheoretischen Ausrichtung, aber auch regionale Studien über die Sowjetunion werden im Unterschied zu Westdeutschland verfolgt.¹² Die Entwicklung hin zu einer angewandten, planungsbezogenen, an den Erfordernissen der Planwirtschaft angelehnten Wissenschaft ist eingeleitet – jedoch zunächst unter einer metatheoretischen Konzentration auf die Einheit der Geographie.

Die Folgezeit wird spätestens ab den 60er Jahren von zwei Feldern dominiert: der Geoökologie und der Territorialforschung.

Institutionen der frühen DDR-Geographie

Konzentrieren wir uns nun auf die Institutionengeschichte der Anfangsjahre, bis etwa zur einschneidenden II. Hochschulreform 1951 und Gründung der Geographischen Gesellschaft (in) der DDR 1953:¹³

Bereits vor Gründung der beiden deutschen Staaten gibt es gut funktionierende Netzwerke, so in den Zirkeln um Carl Troll, Wilhelm Credner, Emil Meynen und Walter Behrmann (welcher 1946 für kurze Zeit die Funktion des Obmannes der Hochschulgeographen für die SBZ ausübt). Auf der Versammlung der deutschen Hochschulgeographen 1947 in Bonn (einziger Beitrag aus der SBZ von Herbert Lembke aus Ost-Berlin) und ein Jahr später auf dem Deutschen Geographentag in München beraten die Protagonisten über den institutionellen Aufbau der Geographie. Durch die Wiederbelebung einiger der traditionsreichen Geographischen Gesellschaften, die Fortsetzung der Verbandsarbeit im Verband Deutscher Schulgeographen, im Verband Deutscher Hochschullehrer der Geographie, in dem 1951 gegründeten Zentralverband der Deutschen Geographen, in den Zeitschriften, an den Schulen und an den Hochschulinstituten sowie in der Verwaltung und Raumplanung werden Organisationsstrukturen aufgebaut, mit Verbindungen und Konsequenzen für alle Besatzungszonen, schwerpunktmäßig jedoch für die westlichen Zonen und die Bundesrepublik.

¹² So verwundert es auch nicht, daß in der Zeitschrift *Sowjetwissenschaft* Ende der 40er Jahre der Geographie Platz zur Verfügung steht, u.a. unter Beteiligung von Hermann Haack.

¹³ 1959 wird die Geographische Gesellschaft in „Geographische Gesellschaft der DDR“ umbenannt. Die Streichung des Wortes „in“ verdeutlicht den nationalen Souveränitätsanspruch der DDR und stellt somit eine Reaktion auf den von der Hallsteindoktrin angestoßenen „Alleinvertretungsanspruch der BRD“ dar.

In den Anfangsjahren der institutionellen Geographie in der SBZ und der frühen DDR konzentriert sich die Arbeit zunächst – neben dem Wiederaufbau der Schul- und Hochschulgeographie – in regional strukturierter „Arbeitskreisen für Erdkunde“. Oft in Anlehnung an die Geographischen Gesellschaften (so in Halle, Jena, Leipzig, Magdeburg und Greifswald – Berlin stellt einen Sonderfall dar) werden hier zunächst alte Traditionen fortgeführt. Die meist bildungsbürgerlichen Vorträge und Exkursionen werden auch von Geographen aus Westdeutschland bestritten.

In Leipzig wird am 21. Mai 1948 mit Gründung des unter Obhut des städtischen Volksbildungsamtes stehenden Arbeitskreises die seit 1861 bestehende Tradition der Gesellschaft für Erdkunde fortgeführt. Im Vorstand sind wie in den Jahren zuvor die bürgerlichen Persönlichkeiten der Stadt, besonders die Verlagsbuchhändler vertreten. 1949 erfolgt gemäß der Verordnung der Deutschen Verwaltung des Innern und der Deutschen Verwaltung für Volksbildung über die „Überführung von Volkskunstgruppen und volksbildenden Vereinen in die bestehenden demokratischen Massenorganisationen“ vom 12.01.1949 eine Überführung in den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. So konstituiert sich nur ein Jahr später am 4. Februar 1949 in Leipzig der Arbeitskreis zum zweiten Mal, diesmal unter Obhut des Kulturbundes.¹⁴

Die Arbeitskreise bilden ab 1953 die Basis für die Ortssektionen der Geographischen Gesellschaft (in) der DDR. Neben der Durchführung von Vortragsveranstaltungen (z.T. gemeinsam mit dem Kulturbund und der URANIA) dienen die Sektionen als Ausgangspunkt für ausgedehnte schulgeographische Aktivitäten, vor allem im Rahmen der Lehrerweiterbildung (oft in Zusammenarbeit mit den Pädagogischen Kreiskabinetten).

Die ersten wissenschaftlichen Aufsätze in der SBZ erscheinen zunächst in pädagogisch ausgerichteten Zeitschriften der Volksbildung, z.T. in Kooperation mit dem Hörfunk (die neue schule, Sowjetwissenschaft, Pädagogik, Funk und Schule u.a.). Diese frühen Fachorgane dienen auch verstärkt als Lehrmittel (oft angereichert mit Bild-, Karten- und Zahlen-

¹⁴ In der unmittelbar nach Kriegsende mit Unterstützung der SMAD im besetzten Berlin gegründeten Massenorganisation wird zunächst eine antifaschistische Umerziehung des deutschen Volkes angestrebt. Nach Gründung der DDR ist der Kulturbund Teil der Nationalen Front und dient später als Plattform für sozialistische Volksbildung und Kultur. Vgl. ausführlich: Heider, Magdalena: Politik-Kultur-Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945-54 in der SBZ/DDR (Bibliothek Wissenschaft und Politik 51), Köln 1993.

material), da es in vielen Fachbereichen noch keine genehmigten Lehr- und Studienbücher gibt. Die ab 1946 im Verlag Volk und Wissen erschienenen klassisch verfaßten „Lehrbücher der Erdkunde“, aufgeteilt in die Bände „Zentraleuropa“, „Europa“, „Die Alte Welt“ und „Die neue Welt“ werden wenige Jahre später, besonders nach den Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED 1952 als für den sozialistischen Aufbau ungeeignet abgelehnt.¹⁵

Als wichtigste Fachzeitschrift der frühen DDR-Geographie kann sich die Zeitschrift für den Erdkundeunterricht (ZfE) etablieren. Nachdem sich Anfang 1948 beim Verlag Volk und Wissen in Berlin eine Fachredaktion für Erdkunde zusammenfindet, können ein Jahr später zwei Beihefte für Erdkunde, als Beigabe zur pädagogischen Zeitschrift die neue schule erscheinen. Pünktlich zum Pädagogischen Kongreß 1949 in Leipzig wird Heft 1 der ZfE (eigentlich als drittes Beiheft geplant) als Eröffnungsnummer einer eigenständigen Fachserie vorgelegt. 1950 beträgt die Auflage bereits 24000 Stück.¹⁶

Mit „Petersmanns Geographische Mitteilungen“ kann ab 1948 die lange Tradition der geographischen Fachpresse in Gotha wieder aufgenommen werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte verlagern sich jedoch auf die Physische Geographie, die Sowjetgeographie und die Kartographie. Besonders die Beleuchtung der Rolle des Herausgebers Hermann Haack, der aufgrund seiner guten Beziehungen zur sowjetischen Administration und Geographie seinen Übergang von der NS- in die DDR-Geographie problemlos bewältigt und seine folgende Stilisierung zum „Gründungsvater“ der DDR-Geographie bietet hier einen spannenden Ansatzpunkt.

Anfänge der Hochschulgeographie

Die Universitäten in der SBZ können schon bald wieder öffnen und den Forschungs- und Ausbildungsbetrieb mit neuen, oft kommunistischen, aber auch alten Lehrkräften aufnehmen. Die in der DDR-Geschichtsschreibung als I. Hochschulreform bezeichnete „antifaschistisch-

¹⁵ Vgl. Bäumel, Josef: Die Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED und ihre Beschlüsse für den Erdkundeunterricht, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 4 (1952) 11/12, S. 321-324 und Barth, Ludwig: 10 Jahre Volk und Wissen Verlag und seine Arbeit auf dem Fachgebiet der Geographie, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 6 (1955) H. 9, S. 257-261.

¹⁶ Vgl. Bartholomäus, Georg: Probleme und Aufgaben, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 2 (1950) H. 1, S. 1-14.

demokratische Erneuerung“ wird eingeleitet mit dem Befehl Nr. 50 der SMAD (04.09.1945) „Über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts“ und den entsprechenden Beschlüssen der KPD und SPD. Den Anfang macht die Friedrich-Schiller-Universität Jena (16.10.1945),¹⁷ gefolgt von Berlin,¹⁸ Halle,¹⁹ Leipzig,²⁰ Greifswald²¹ und Rostock²². Die Technischen Universitäten, die Pädagogischen (so in Dresden²³ und Potsdam²⁴) und die anderen Hochschulen folgen.

¹⁷ Vgl. Hattenbach, Klaus: Materialien zur Geschichte des Geographischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945-1968 (Jenaer Geographische Manuskripte Bd. 1), Jena 1993.

¹⁸ Vgl. Kelm, Rainer, Matthias Schmidt und Joachim Marcinek: Die Entwicklung geographischer Institutionen an der Humboldt-Universität zu Berlin 1946-1986, in: *Berichte der Humboldt-Universität Berlin* 6 (1986) H. 14, S. 35-81; Kokles, Gerd und Hans-Dietrich Schultz: Zur Entwicklung der Physischen Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin bis 1990, in: Schultz, Hans-Dietrich (Hg.): *Quodlibet Geographicum. Einblicke in unsere Arbeit* (Berliner Geographische Arbeiten 90), Berlin 1999, S. 1-24; Paulukat, Inge: Die Geographie an der Berliner Universität von 1810-1986, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität Berlin, Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe* 36 (1987) H. 3, S. 174-196 (auch in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 39 (1987) 1, S. 1-12); Sanke, Heinz und Alfred Zimm: Zur Entwicklung der Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin, in: *Geographische Berichte* 72 (1974), S. 163-175 und Siebertz, Anja: Die Hochschulgeographie in der ehemaligen DDR zwischen 1945 und 1976. Aufbau, Entwicklung und politische Instrumentalisierung einer Wissenschaft. Magisterarbeit Universität Erlangen 1996 (unveröffentlicht).

¹⁹ Vgl. Linke, Max: Geographische Lehre und Forschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg seit 1946. Ein Beitrag zum Verständnis der Hochschulpolitik in der DDR, in: *Geographische Zeitschrift* 79 (1991), S. 44-57 und Richter, Hans: 125 Jahre geographische Forschung und Lehre an der Universität Halle-Wittenberg, in: *Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften* R.A., Bd. 21 1999, S. 1-18.

²⁰ Vgl. Neef, Ernst: Das Studium der Geographie an der Universität Leipzig, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 2 (1950) H. 3, S. 130-131.; Richter, Hans: Umfeld, Umbrüche und wissenschaftliches Profil des Geographischen Instituts der Universität Leipzig von 1871 bis 1996, in: Mayr, Alois und Helga Schmidt (Hg.): *Geographie in Leipzig. Tradition und Neubeginn*, Leipzig 1998, S. 18-49.

²¹ Vgl. Benthien, Bruno: Die Entwicklung der Geographie an der EMAU Greifswald, in: *Geographische Berichte* 72 (1974) S. 176-185.; Wegner, Eginhard: 100 Jahre Lehre und Forschung an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zu Greifswald, in: *Geographische Berichte* 101(1981), S. 237-242; Wegner, Eginhard: Hundert Jahre Geographie in Greifswald. Ein Beitrag zur Geschichte der Sektion Geographie, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald* 30, (1981) Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe 1, S. 5-10 und Mager, Friedrich: Das Studium der Geographie an der Universität Greifswald, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 4 (1950), S. 176-177.

²² Vgl. Schmidt, Gerhard: Die Geographie an der Universität Rostock im Wandel der Zeiten, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe* H. 7/8 (1966), S. 861-866.

²³ Vgl. Breuer, Siegfried und Karl-Heinz Noack: Die Geographie an der PH „Karl Friedrich Wander“ Dresden, in: *Geographische Berichte* 72 (1974), S. 199-205.; PH „Karl Friedrich

Die Situation in den Geographischen Instituten gestaltet sich jedoch schwierig. Neben der Zerstörung von Gebäuden, der schwierigen Personalsituation (viele Hochschulgeographen und Studenten sind noch in Kriegsgefangenschaft, auf der Flucht, verletzt oder waren an der Front gefallen) und harter Trümmerzeit stellt der Verlust von Bibliotheken, Kartenbeständen und anderen Sammlungen, verursacht durch Kriegsschäden, Auslagerung und Konfiszierung der Besatzungsmächte, ein schwerwiegendes Problem dar.

In Berlin, besonders von Kriegszerstörung und Besatzung gezeichnet, ergibt sich folgende Situation: Der schon emeritierte Norbert Krebs wird aus Wien auf seinen alten Traditionslehrstuhl zurückberufen; ihm zur Seite steht sein Assistent und Nachfolger Harry Waldbaur. Auf die Emeriti wird auch an anderen Instituten zurückgegriffen: Der 73jährige Otto Schlüter in Halle und der über 80jährige Kurt Hassert in Leipzig übernehmen in fortgeschrittenem Alter die Verantwortung und ermöglichen so einen ersten Lehrbetrieb.

Die neue Berliner Abteilung für Methodik der Geographie an der Pädagogischen Fakultät, gegründet zur Ausbildung der zahlreichen Neulehrer, übernimmt Fritz Haefke. 1948 beginnt schließlich Heinz Sankes hochschulgeographische Karriere als Leiter des Wirtschaftsgeographischen Seminars an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, dem Institut der ehemaligen Wirtschaftshochschule und späteren Institut für Politische und Ökonomische Geographie. Edwin Fels und Walter Behrmann hingegen richten sich im Westsektor der Stadt ein und bilden an der Freien Universität eine weitere Keimzelle. In Ost-Berlin arbeiten also für eine gewisse Zeit drei Geographische Institute nebeneinander. Mit Ausnahme von Sanke (die Position Haefkes ist nicht eindeutig) wird die Berliner Hochschulgeographie von „bürgerlichen“ Geographen getragen, die bereits vor und während des Krieges aktiv waren. Von Ost-Berlin aus, dem Zentrum der politischen Macht, kann Sanke mit seinem Institut und seinen Schülern die ideologisch gebundene Geographie propagieren. Widerstände sind jedoch unvermeidbar.

Wander“ Dresden (Hg.): Geschichte der Sektion Geographie 1953-1986 (Dresdner Reihe zur Traditionspflege 3/86), Dresden 1986.

²⁴ Vgl. Kramm, Hans-Joachim: Das Institut für Geographie 1949-1968, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der PH Potsdam*, Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe 3 (1967), S. 379-393 und Scholz, Eberhard: Entwicklung der geographischen Forschung an der PH „Karl Liebknecht“ Potsdam, in: *Geographische Berichte* 72 (1974), S. 206-213.

Deutsch-deutsche Karrieren

Als eine zentrale Figur der Gründergeneration erweist sich Joachim Heinrich Schultze.²⁵ Von 1940 bis 1956 (von einem Interregnum 1945-1950 unterbrochen) leitet er das Geographische Institut der Universität Jena. Schultzes Rolle in der NS-Geographie, u.a. als Leiter der Thüringer Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung, muß hier unberücksichtigt bleiben. Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der NSDAP wird Schultze nach Wiedereröffnung der Universität Jena von seinem Posten enthoben und kann erst 1950 nach erfolgter Rehabilitierung auf den alten Lehrstuhl zurückkehren. In dieser Übergangszeit arbeitet er, ähnlich wie Ernst Neef in Dresden, in der Wiederaufbau- und Landesplanung. Diese Überbrückungsphasen bis zu einer Wiederezulassung zum Ordinariat sind bei vielen Geographen in allen Besatzungszonen festzustellen.²⁶ Nach der II. Hochschulreform wird Schultze jedoch mehr und mehr mit der Wirklichkeit einer strengen SED-Wissenschaftsorganisation konfrontiert. Er kann 1956 – so berichtet Klaus Hattenbach – als einziger deutscher Hochschulgeograph mit seinem Assistenten Klaus-Achim Boesler in den Westen, auf den Lehrstuhl Walter Behrmanns an die FU Berlin, überwechseln.²⁷

Die deutsch-deutsche Geschichte vieler, aus unterschiedlichen Gründen in den Westen übergesiedelter Geographen, kann hier nur erwähnt werden; ein verstärkter Blick auf dieses Kapitel der deutsch-deutschen Hochschulgeschichte verspricht Spannendes und Neues. Berühmte Namen sind u.a. Peter Schöller (von Ost-Berlin nach Bonn), Anneliese Krenzlin (von Rostock nach Frankfurt/M.), Joachim Blüthgen (von Greifswald nach Erlangen) und Herbert Liedtke (von Ost-Berlin nach Saarbrücken). Aber auch umgekehrte Fälle, die Berufungen westdeutscher

²⁵ Vgl. Hattenbach, Klaus: Materialien zur Geschichte des Geographischen Instituts der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945-1968 (Jenaer Geographische Manuskripte Bd. 1), Jena 1993, S. 10-13.

²⁶ Als ein wichtiges Sammelbecken erweist sich Emil Meynens Amt für Landeskunde in Scheinfeld im Steigerwald.

²⁷ Ebda, S. 14. Hattenbach beschreibt die Berufungsverhandlungen während des Hamburger Geographentages 1955 auf dem Bäderschiff „Wappen von Hamburg“ nach Helgoland. Hattenbach selbst lehnt den genehmigten Wechsel nach West-Berlin ab (Fußnote 32, S. 28).

Geographen auf Lehrstühle in der SBZ und jungen DDR, die niemals angenommen wurden, sind bekannt.²⁸

Der Deutsche Geographentag – deutsch-deutsche Begegnungen

Schwierig gestaltet sich auch die Teilnahme an den Deutschen Geographentagen. In München ist 1948 eine institutionelle Vertretung der Geographen aus der SBZ noch gegeben. Joachim Blüthgen und Anneliese Krenzlin werden als Regionale Obmänner des Zentralausschusses für Deutsche Landeskunde für die östlichen Länder gewählt; Walter Behrmann übernimmt die Aufgabe für Berlin.

Auf dem ursprünglich für Berlin geplanten, dann aber besonders auf Intervention der DDR-Funktionäre nach Frankfurt/M. verlegten Deutschen Geographentag 1951 kann nur eine kleine ausgewählte DDR-Delegation teilnehmen (Hermann Haack, Günther Köhler, Edgar Lehmann, Ernst Neef und Helmut Winz), mit Redebeiträgen von Neef und Köhler. In Essen sind zwei Jahre später lediglich Haack und Neef vertreten. Erst zum Hamburger Geographentag 1955 kann eine größere Gruppe von etwa 150 DDR-Geographen in die Bundesrepublik reisen – ein Jahr nach der ersten wissenschaftlichen Hauptversammlung der Geographischen Gesellschaft in der DDR. Der Vorsitzende des (westdeutschen) Zentralverbandes der Deutschen Geographen Theodor Kraus erwähnt in seiner Eröffnungsansprache extra diejenigen, „die von jenseits der unglücklichen Scheidelinie stammen ... gehören sie doch ganz und gar zu uns.“²⁹ Der DDR-Tagungsbericht betont ebenso eindeutig: „Mit Recht verdiente diese Tagung den Namen ‚Deutscher Geographentag‘: denn in Hamburg waren Geographen aus allen Teilen unseres Vaterlandes zusammenge-

²⁸ Um wieder auf das Beispiel Jena zurückzukommen: Hier versucht Joachim Heinrich Schultze kurz vor seinem Wechsel nach West-Berlin während einer Vortragsreise Carl Rathjens zu überreden, seine Nachfolge anzutreten. Rathjens erwähnt in seiner Autobiographie den „stundenlangen Spaziergang in einer milden Mainacht am Saaleufer in Jena“, bei dem über das „Für und Wider eines Wechsels in die DDR abgewogen“ wurde. Vgl. Rathjens, Carl: Wege eines Geographen. Aus dem Nachlaß hrsg. von Wolfgang Müller (Annales Universitatis Saraviensis, Philosophische Fakultät 10), St. Ingbert 1997, hier: S. 80. Das Ergebnis der Abwägung ist bekannt; Rathjens verbleibt in Saarbrücken und macht internationale Karriere.

²⁹ Kraus, Theodor: Eröffnungsansprache des Vorsitzenden, in: Wilhelmy, Herbert und Karl-Heinz Schröder (Hg.): Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des Deutschen Geographentages Hamburg, Wiesbaden 1957, S. 30-32, hier S. 30.

kommen, um über ihre Fachprobleme zu diskutieren und gleichzeitig persönlichen Kontakt aufzunehmen oder wiederherzustellen.“³⁰

Auf beiden Seiten sind guter Wille einer Zusammenarbeit und Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung (der deutschen Staaten als auch der Geographie) nicht zu übersehen.³¹ Zwei Jahre später kann erneut nur eine offizielle Delegation, diesmal aus den Reihen der Geographischen Gesellschaft der DDR unter Leitung des Vorsitzenden Gellert nach Würzburg reisen.³² Julius Büdel begrüßt noch einmal im Namen des Ortsausschusses „die Gäste aus beiden Teilen Deutschlands“, „die Anwesenden ebenso herzlich ... wie die leider Abwesenden“. Der eingesetzte Verbindungsausschuß von Zentralverband und Geographischer Gesellschaft der DDR, dem Julius Büdel, Horst Mensching, Johannes F. Gellert und Theodor Hurtig angehören, kann die unvermeidliche Spaltung nicht mehr aufhalten. 1959 bildet sich in der DDR das Nationalkomitee für Geographie; 1960 schließlich werden beide deutsche Staaten auf dem Internationalen Geographentag in Stockholm als eigenständige Mitglieder in die Internationale Geographische Union (IGU) aufgenommen.

Alles organisiert sich

Der Austausch unter den Geographen der Gründergeneration verläuft verstärkt in der Ende Januar 1950 in Berlin gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Hochschulgeographen in der DDR (Gastgeber der Gründungsveranstaltung ist Harry Waldbaur, Tagungsleiter Ernst Neef).³³ Bis zur Gründung der Geographischen Gesellschaft in der DDR 1953 finden noch weitere Treffen, u.a. über die Studieninhalte und Lehrpläne der Hochschulgeographie statt.

³⁰ Krämer, Walter: 30. Deutscher Geographentag Hamburg, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 7(1956) H. 1, S. 14-16, hier S. 14.

³¹ Joachim Heinrich Schultze wird neben Carl Troll als wissenschaftlicher Beirat in den Zentralverband gewählt und auf der Sitzung des Verbandes Deutscher Hochschullehrer der Geographie regt Julius Büdel an, „mehr Dozenten aus Mitteldeutschland einzuladen und stärkeren Kontakt zu pflegen“. Schultze heißt anschließend alle Besucher nach Jena herzlich willkommen.

³² Vgl. Patzwail, Kurt: 31. Deutscher Geographentag Würzburg, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 8 (1957) H. 12, S. 371-373.

³³ Eine erste große wissenschaftliche Tagung der DDR-Geographen (gemeinsam mit den Landesplanern) findet bereits im November 1949 in Leipzig anlässlich der Eröffnung der von Ernst Neef angeregten Abteilung für Kulturlandschaftsforschung und Landesplanung des Geographischen Instituts der Universität Leipzig statt.

Die Geographiestudenten organisieren sich unter dem Dach der FDJ und halten ab 1954 jährliche Tagungen ab, die mehr und mehr eine marxistisch-leninistische Neuorientierung der Geographie forcieren. Besonders in diesen Zirkeln, auch unter den Geographielehrern³⁴, sammeln sich die Studenten und Absolventen der proletarischen Vorstudienanstalten, den späteren Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, die das vorrangige Ziel verfolgen, sozialistisch und am sowjetischen Vorbild geschulte Neulehrer, Hochschuldozenten und sonstige Nomenklaturkader auszubilden. Die Geographiedozenten der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten veranstalten bereits im Juni 1951 in Halle unter Leitung von Günter Jacob eine erste Tagung.

In den Behörden und Parteiapparaten der SBZ und später der DDR werden im Zusammenspiel von Geographen und Funktionären die fachpolitischen Entscheidungen getroffen. Die organisatorische Wissenschaftslandschaft entwickelt sich, besonders nach Auflösung der Länderstrukturen 1952, zu einem chaotischen System mit Kompetenzverwirrungen und -verschiebungen. Im Ministerium für Volksbildung und im 1951 gegründeten Staatssekretariat für Hochschulwesen werden die entscheidenden Abteilungen für Geographie eingerichtet; innerhalb der 1954 gegründeten Abteilung Wissenschaften des ZK der SED beteiligt sich unter Führung Kurt Hagers u.a. Heinz Sanke. In diesen wissenschaftspolitischen Gremien, in den wissenschaftlichen Beiräten und Abteilungen, werden die entscheidenden Fäden gezogen, so über die Lehrpläne und Studieninhalte, über Vorbereitungen und Durchführungen der Schul-, Hochschul- und Akademiereformen.

Der FDGB, der Kulturbund, die FDJ, die DSF, die URANIA, einige Volkshochschulen und weitere Massenorganisationen vertreten darüber hinaus in speziellen Sektionen die Geographie. Hier ist die Frage nach den Transmissionsriemen, nach der hierarchischen Durchdringung und Kompetenzkompetenz der SED-Politik durch die Massenorganisationen hinein in beinahe alle Lebensbereiche angebracht.

Die Nähe zwischen Geographie und Staat/Partei, die Politisierung und Ökonomisierung der Geographie (in Form einer an die Wirtschaftspläne angepaßten Auftragsforschung) ist intensiv. Die Sprache der Nomenklaturkader setzt sich oft in den geographischen Publikationen, in den For-

³⁴ Vgl. z. B.: Benecke, B.: Die Kreisarbeitsgemeinschaft Erdkunde, Magdeburg, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 3 (1952) H. 3, S. 84-86.

schungsplänen, den Vorträgen und Manifesten fort. Hier ist der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, von Ulbricht als Oberziel formuliert, allgegenwärtig, jedoch in höchst unterschiedlicher und individueller Konsequenz. In welchem Maße die als sprachliche Anleihen erkennbaren Beschlüsse der SED und der KPdSU Einfluß auf die Geographie in Schule, Hochschule, der Verwaltung und Territorialplanung haben, ist also keineswegs pauschal zu beantworten. Dies muß an Fallbeispielen aufgezeigt und interpretiert werden, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der DDR sehr wohl international anerkannte Forschung ihren Platz hat, daß es immer auch Nischen in den großen Apparaten der Hochschulen und Akademien gibt, daß es aber auch Berührungen mit der Staatssicherheit gibt, daß eine SED-Kaderpolitik eine wissenschaftspolitische Machtausübung darstellt.

Stalins Vermächtnis?

Die Ideologisierung zeigt zunächst in der Schulgeographie ihre Wirkung, in Ansätzen schon nach der ersten Schulreform 1946, Mitte der 50er Jahre endgültig auch in der Hochschulgeographie. Ein eindrucksvolles Zeugnis der DDR-Geographie der 50er Jahre ist das Themenheft der Zeitschrift für den Erdkundeunterricht zum Tode Stalins 1953.³⁵ In den Trauerbekundungen (unter der Überschrift „Das Vermächtnis Stalins lebt in uns weiter!“) der Volksbildungsministerin und vieler Funktionäre der Geographie wird die loyale Gesinnung und Vertretung einer systemnahen Wissenschaft deutlich. Nicht allein Sanke hat die „Nachricht vom Ableben des Genossen Stalin wie ein persönlicher Schlag getroffen“; dem Dresdner Geographiedidaktiker Ludwig Barth gab Stalin „die wissenschaftliche Grundlage für die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit“ und Gertrud Bobek, die stellvertretende Vorsitzende beim Rat des Bezirks Dresden gesteht: „Josef Wissarionowitsch Stalin hat uns Geographen mit seinem genialen Plan zur Umgestaltung der Natur neue Wege gewiesen.“ Die quasireligiösen Verehrungen verdeutlichen einen in der Anfangszeit der DDR durchaus ehrlich gemeinten sozialistisch-antifaschistischen Aufbaugeist, in dem Stalin einen Platz als Befreier des deutschen Volkes und Führer auf dem Weg zum Weltkommunismus einnimmt. Diese Religion macht auch vor der Schul- und Hochschulgeographie nicht halt.

³⁵ *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 4 (1953) 3.

Fazit

Die Textbeispiele aus der frühen DDR-Geographie, mit denen der Geographiehistoriker zwangsläufig konfrontiert wird, beschreiben die doktrinaire Position einer parteiischen Wissenschaft. Hier gilt es, nach Handlungsmustern zu suchen, nach individuellen Geographenkarrieren und wissenschaftlichen wie alltäglichen Aktionsfeldern und Netzwerken der Akteure.

Ein sozial- und kulturhistorischer Ansatz, mit den Erfahrungen der klassischen Wissenschaftshistoriographie und vergleichenden Sozialforschung angereichert, bietet m.E. die beste Basis einer Zeitgeschichtsschreibung. Die Rekonstruktionen der DDR-Geographie bedürfen weiterer Professionalisierung und Anerkennung in den Fachgremien. Es bleibt zu hoffen, daß neben den institutionen- und personengeschichtlichen Analysen auch die Ideen- und Wirkungsgeschichte der DDR-Geographie stärkere Beachtung findet. Immer wieder muß unterstrichen werden, daß DDR-Geographie ein Teil der deutschen Nachkriegsgeographie ist, deren Eigenständigkeit, Differenz und Beziehung zur Bundesrepublik keineswegs eindeutig ist. All zu oft vernachlässigen die westdeutschen Blicke auf die DDR-Vergangenheit die inner- und außerfachlichen Kontexte. Wenig umstritten scheinen die markanten institutionellen, personellen und inhaltlichen Brüche, besonders die Ideologisierungen, Regulierungen und Systemspaltungen seit den 50er Jahren zu sein. Die deutschen Traditionen und deutsch-deutschen Beziehungen reißen jedoch niemals völlig ab und verursachen Widersprüche und Konfrontationen.

Von einem Forschungsstand, vergleichbar mit der Erforschung der deutschen Geographie im Nationalsozialismus sind wir noch sehr weit entfernt. Die in der Zeitgeschichtsforschung immer wieder geäußerte Schiefelage zwischen DDR- und BRD-Geschichte kann uns nur anregen, den geographiehistorischen Blick auch konzentriert in Richtung Westen zu richten.

„Der Turm von Jena“ Ergebnisse eines Forschungsprojekts

Johanna Sängler
Jena

Ebenso wie Leipzig besitzt Jena ein Universitätshochhaus im Zentrum der Stadt. Beide wurden in den späten 60er Jahren vom renommiertesten Architekten der DDR, Hermann Henselmann, als

Prestigeobjekte der Ulbricht-Regierung errichtet. Hier wie dort stehen die Gebäude in Größe und Gestalt singular in ihrer Umgebung. Der Leipziger Turm beherrscht, von gleichaltrigen Universitätsbauten flankiert, den historischen Augustusplatz, der Jenaer steht auf einem flachen Sockel und ist zusammen mit einem großen Aufmarschplatz in die Altstadt eingeschnitten. Beides sind mit hohem politischen Anspruch gebaute und für das Stadtbild wichtige, aber im Hochschulalltag nicht bewährte Gebäude. Während die Universität Leipzig sich jedoch nach der Wende mit ihrem Turm zu identifizieren begann,¹ trennte sich die Jenaer Schwester erleichtert von dem ihren. Denn im Gegensatz zum Leipziger Turm war der Jenaer für die Universität weder geplant noch gebaut, sondern ein stillschweigend aufgezwungenes Notquartier, das nur bei seiner Einweihung 1972 als Erfolg gefeiert wurde.²

Die Vorgeschichte

Dieses ehemalige Universitätshochhaus, umgangssprachlich aber einfach „Uniturm“ oder „Turm“³ genannt, hat die schlichte Form eines schlanken

¹ Vgl. Peer Pasternack: Intransparenz & Konfliktkarriere. Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhanden kam, in: ders./Monika Gibas (Hg.), Sozialistisch behaut & bekunnet. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig 1999, S. 177-186.

² „Medaillen für die Hochhausbauer“, in: *Thüringische Landeszeitung*, 13.9.1972.

³ Verbreitete Bezeichnungen sind weiterhin das gemütvolle „Keksrolle“ und das ironische „Penis jenensis“.

Zylinders, der sich auf einem Durchmesser von 33,9 m ca. 120 m in die Höhe erhebt und 26 nutzbare Etagen besitzt. Ursprünglich für die industrielle Forschung des VEB Carl Zeiss geplant, wurde er mit zwei Großraumbüros auf jeder Etage ausgestattet, die in einem Mittelkorridor durch Aufzüge, Treppenhäuser und Sanitärräume getrennt sind. In den Unter- und einigen Zwischengeschoßen befinden sich technische Anlagen. Der flache Sockel beherbergt ein Foyer und die Mensa. Auf seiner Ostseite am gleichzeitig entstandenen „Platz der Kosmonauten“⁴, die Hanglage ausgleichend, befand sich in einem weiteren Untergeschoß eine große Buchhandlung. Nur diese und zeitweise ein Hochhauscafé im obersten Stockwerk bzw. eine Weinstube im Erdgeschoß waren bis 1989 für die Öffentlichkeit zugänglich.

Nach seiner Fertigstellung zogen 1972 fast alle geisteswissenschaftlichen und auch einige technische Sektionen der Friedrich-Schiller-Universität in die „Halbscheiben“ der Turmetagen. Trotz der offiziellen Lobeshymnen auf den Raumgewinn für die traditionell über der Stadt verstreute Universität erwies sich der Turm als ungeeignet für die wissenschaftliche Nutzung. Die Arbeitsplätze in den Großraumbüros konnten durch Stellwände nur notdürftig voneinander abgetrennt werden. Deshalb gehörten eine permanente Geräuschkulisse durch Stimmen, Telefone, Schreibmaschinen und nicht zuletzt die laute Klimaanlage zum Arbeitsalltag. Lange Wartezeiten vor einem der sechs Fahrstühle zwangen zur häufigen Benutzung der klaustrophobisch engen Treppenhäuser. Wie in Leipzig⁵ waren auch hier die Arbeitsplätze der Mitarbeiter von den Unterrichtsräumen, die sich in anderen Gebäuden der Stadt befanden, und den oft auf anderen Etagen liegenden Zweigbibliotheken getrennt. Trotzdem gab es „Kojen“, in denen Seminare abgehalten, und eine eigene Etage des Instituts für Fremdsprachen, auf der gleichzeitig – nur optisch voneinander geschieden – die verschiedensten Sprachen gelehrt wurden.

Ein Hauptproblem des Turms waren die Bibliotheken. Aufgrund der sehr gering konzipierten Traglast der Zwischendecken konnten zwar Bücher in kleinen Lesesälen meist auf einer Halbscheibe aufgestellt werden, die aber nur den Charakter von Handbibliotheken hatten. Für Mitarbeiter

⁴ Seit 1991: Eichplatz.

⁵ Vgl. Pasternack, a.a.O., und den Beitrag von Thomas Topfstedt: Vom „Weisheitszahn“ zum Werbesymbol, in: Gibas/Pasternack, Sozialistisch behaut & bekunztet, a.a.O., S. 168-176.

und Studenten bedeutete das, viele Bücher mit langen Wartezeiten aus dem Magazin bestellen oder vom Arbeitsplatz ihrer Kollegen ausleihen zu müssen.

Diese Mängel konnten den Vorteil des dichten „Über- und Untereinanders“ der geisteswissenschaftlichen Bibliotheken nicht ausgleichen. Mit der Umstrukturierung der Universität nach der Wende und der Möglichkeit, die Nachteile des Gebäudes offen zu diskutieren, wuchs seine Ablehnung. Auch vergrößerte Bücherbestände und der Einbau von Zwischewänden für Büros trösteten nicht über fehlende Erweiterungsmöglichkeiten, die marode Ausstattung und hohe Brandgefahr hinweg.

Als sich der Hochschule durch die Sanierung und Neuvermietung des ehemaligen Zeiss-Hauptwerks auf der Westseite des Turmes neue, moderne Flächen in der Stadt anboten, war sein Ende als Universitätshochhaus besiegelt. 1996 war ein großer Teil der Etagen geräumt, und die einzelnen Institute zogen in diesen zentralen Campus oder eigene Gebäude. Im August 1999 schließlich verließ auch das Studentenwerk mit der Mensa das Gebäude. Bereits 1998 war der Turm nach langen Querelen der Stadt mit dem Thüringer Finanzministerium an die Firma Saller Gewerbebau Weimar für 1 DM verkauft worden mit der Auflage, einen Teil als Bürofläche für die Stadtverwaltung zu sanieren. Erste Arbeiten im Inneren des Gebäudes begannen im Frühjahr 1999. (Abb. 1)

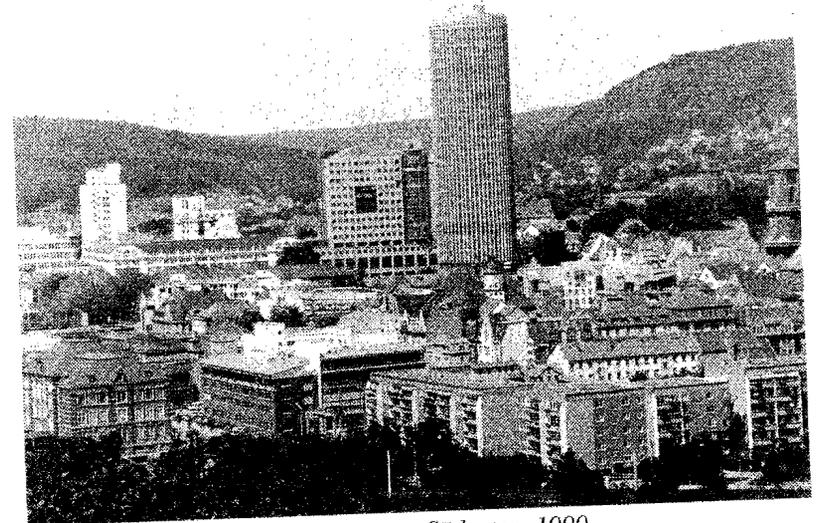


Abb. 1: Blick auf Jena (Zentrum) von Südosten, 1999

Der Turm hat viele Geschichten erzeugt. Die Improvisationszwänge, denen er seine Bewohner unterwarf, und das DDR-lange öffentliche Schweigen um seine eigentliche Bestimmung ließen urbane Legenden entstehen. Warum ist ein Bau, der nach außen mit seiner Glas-Aluminium-Fassade so modern wirkt, im Innern so wenig funktional? Warum steht das mit Abstand höchste Gebäude der Stadt so unvermittelt zwischen Zeiss-Hauptwerk und Altstadt?

Solche Fragen stellten sich Universitätsangehörige ebenso wie die Bürger und Besucher der Stadt. Die Antworten lauteten verschieden und lassen ein verschüttetes Wissen um die historischen Tatsachen erkennen: Das Hochhaus sei für die Rüstungsforschung des RGW bei Zeiss gebaut worden. Es symbolisiere ein Produkt dieses Werkes, das Fernrohr; die Planungen hätten aber zwei durch eine Brücke verbundene Türme, also ein Fernglas, vorgesehen. Aufgrund der großen Nähe Jenas zur Bundesrepublik – oder: weil sich die Planungen der Sowjets änderten – oder: weil die Schwankungen des Turmes zu groß für die Feinoptik seien – oder: weil das Geld alle war – sei nur ein Turm gebaut und der Universität übergeben worden. Fast jeder Jenaer aber war (und ist?) überzeugt, mit *nur einem* Hochhaus den Planungsrest eines größer angelegten symbolträchtigen Bauwerks inmitten seines Stadtzentrums vor sich zu haben.⁶

Mit der Entscheidung der Universität gegen den Turm und ihrem sukzessiven Auszug stand die Zukunft des Turmes im Frühjahr 1996 plötzlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.⁷ Nicht nur das Land Thüringen als sein Eigentümer, sondern auch die Stadt Jena und Interessengruppen von Bürgern fühlten sich von diesem Problem angesprochen, denn Abriß oder Erhalt und zukünftige Nutzung bestimmten die weitere Entwicklung des gesamten, durch Krieg und Sozialismus geprägten Stadtzentrums. An diesem Wendepunkt schlugen die Wogen der „nostalgiegeprägten“⁸ Diskus-

⁶ So immer wieder in Gesprächen mit Bürgern, in Leserbriefen an die Lokalpresse und in Einträgen ins Gästebuch von Besuchern der Ausstellung „Der Turm von Jena. Architektur und Zeichen“ (Jena, 11. März bis 2. Mai 1999. Organisiert und gestaltet von Cornelia Meurer, Alexander Rosenbaum, Johanna Sänger, Todor Simeonow).

⁷ Vgl. Tilo Schieck: Erhalt oder Abriß – Die Turm-Debatte der Gegenwart, in: Michael Diers/Stefan Grohé/Cornelia Meurer (Hg.), Der Turm von Jena. Architektur und Zeichen, Kunsthistorisches Seminar Jena 1999 (Minerva. Jenaer Schriften zur Kunstgeschichte Bd. 9), S. 139-145. Der Band ist zu beziehen über das Kunsthistorische Seminar der Friedrich-Schiller-Universität, Ernst-Abbe-Platz 3, 07740 Jena für DM 29,80.

⁸ Schieck, a.a.O., S. 142.

sion von der Lokalpresse bis zum Stadtrat hoch. Während vordergründig mit der Finanzierbarkeit der beiden Lösungen argumentiert wurde,⁹ polarisierte sich die Diskussion zwischen Befürwortern verschiedener historischer Zustände: Dem Rückgewinn der bis 1969 vorhandenen kleinstädtisch-mittelalterlichen Bebauung oder der Akzeptanz des Turms als Wahrzeichen des High-Tech-Standorts und damit auch der Entwicklung Jenas in der DDR. Insgesamt blieb der Eindruck, daß man versuchte, die Zukunft Jenas an einem gebauten Symbol der städtischen Entwicklung durchzuexerzieren, ohne sich über seine Herkunft und Bedeutung im klaren zu sein.

Das Projekt

Angeregt durch diese Entweder-Oder-Diskussionen begannen sich Studenten der Kunstgeschichte intensiver mit dem Turm zu beschäftigen, der sie nun nicht mehr beherbergte, sondern stärker von außen, in seinem städtebaulichen Kontext, wahrgenommen werden mußte. Über seine emotionale Bewertung als schön oder häßlich hinaus schien er architektonisch eine unbefangene Beschäftigung wert zu sein. Allerdings war klar, daß dies nur mit genauer Quellenrecherche und gründlicher Auswertung stattfinden konnte, denn „Architektur, die so eng mit der Geschichte eines überwundenen Systems verbunden ist, hat es schwer, neutrale Beobachter zu finden [...]“, und „ist insofern immer politisch, die geforderte Neutralität kann deshalb nur auf einer theoretischen Ebene eingehalten werden.“¹⁰

Auf Einladung des Jenaer Kunsthistorikers Michael Diers fand im Juni 1996 ein Kolloquium von Studenten und Mitarbeitern des Kunsthistorischen Seminars der Friedrich-Schiller-Universität statt, auf dem erste Recherchen zur Baugeschichte und Symbolik des Turms, Jenaer Bautraditionen, zum Architekten, zur sozialistischen Architektur sowie der Öffentlichkeit in der DDR vorgetragen wurden. Diese Ansätze rückten bereits die allgemeine Vorstellung vom Hochhaus in ein ganz neues Licht und ließen es geraten erscheinen, die Forschungen für eine Publikation noch auszuweiten, um den „Gesprächen und Debatten einen Leitfaden an die

⁹ Kalkulationen durch die Jenoptik Baumanagement GmbH im Frühjahr 1996 sahen Kosten allein für die Sanierung des Turmschaftes von ca. 74.847 Mio. DM im Gegensatz zu Abbruchkosten von ca. 14.448 Mio. DM voraus, vgl. Schieck, a.a.O., S. 141 f.

¹⁰ Michael Diers: Einleitung, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 9.

Hand zu geben“.¹¹ Im Frühjahr 1999 schließlich erschien der von Michael Diers, Stefan Grohé und Cornelia Meurer herausgegebene Band „Der Turm von Jena. Architektur und Zeichen“ mit differenzierten Beiträgen und einer ausführlichen Quellendokumentation. Parallel dazu fand eine Ausstellung statt, und die stark auf Jena bezogenen Forschungen wurden durch Gastvorträge von Architekturhistorikern¹², insbesondere zur Baugeschichte der 60er Jahre und Hermann Henselmann, ergänzt. Angelehnt an einzelne Beiträge des Buches sollen die Forschungsergebnisse im folgenden kurz skizziert werden.

Planungen und Bau

Die Wiederaufbauplanungen für die stark zerstörte mittelalterliche Altstadt waren nach 1945 zunächst davon beherrscht, deren Struktur wiederherzustellen. Wie in vielen anderen Städten der DDR wandelten sich aber unter dem Eindruck zentralistischer Bauverordnungen die Planungen hin zu einer schematischen sozialistischen Umgestaltung. Die dafür entscheidenden „16 Grundsätze des Städtebaus“¹³ und das Aufbaugesetz der DDR von 1950¹⁴ fanden in Jena zunächst nur theoretische Anwendung. Sie forderten nach sowjetischem Vorbild, die Architektur der Städte als politischen Bedeutungsträger kenntlich zu machen. Die Zentren sollten mit hohendominanten Verwaltungsgebäuden, zentralem Platz und breiten, aufmarschgeeigneten Straßenzügen gestaltet werden. Daran angelehnt zeigen Jenaer Entwürfe der 50er Jahre große Gebäudekomplexe, welche die zum zentralen Platz gewordene Trümmerfläche umgeben. Letztlich wurde aber bis 1959 nur geplant und wenig gebaut. Am Ende dieses Jahrzehnts ruhten schließlich die Planungen; dafür wurde der Wohnungsbau in anderen Stadtgebieten stärker betrieben. Jena besaß immer noch zwischen dem Markt und dem Eichplatz¹⁵ eine von Ruinen beräumte, als Parkplatz und

¹¹ ebd., S. 14.

¹² Das waren Jörn Düwel (Darmstadt), Peter Müller (Berlin) und Thomas Topfstedt (Leipzig).

¹³ Vgl. Cornelia Meurer: Die „Stunde Null“ – Jenas Wiederaufbau 1945-1967, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., Anm. 19, S. 20.

¹⁴ Vgl. Meurer, a.a.O., Anm. 20, S. 20.

¹⁵ Der Eichplatz im Westen der Altstadt war ein ganz idyllischer, 1806 nach den Zerstörungen durch Napoleonische Truppen angelegt, mit einer Freiheitseiche und dem Burschenschaftsdenkmal geschmückter Platz. Im 2. Weltkrieg verschont, wurden seine Bauten erst für den projektierten Zentrumsneubau 1969 gesprengt.

Grünfläche gestaltete freie Fläche („Trümmerwiese“), die verschiedene Straßenzüge durchschnitt. Einzelne Baulücken wurden von der Stadt oder privater Seite wieder geschlossen; lediglich die schwer beschädigte Stadtkirche St. Michael wurde rekonstruiert.

Dagegen entstand zwischen 1959 und 1965 direkt vor dem Johannisstor, am Rand des Zeiss-Komplexes, ein 67 m hohes Scheibenhochhaus, das die Forschungsabteilungen des Werkes aufnahm. Seine bis dahin unerreichte Größe und Massigkeit wirkten wie ein Signal auf die städtebaulichen Planungen verschiedener Interessengruppen, die fortan wenig Rücksicht auf die Altstadtsubstanz nahmen und in ebensolchen Dimensionen dachten. Spätestens jetzt zeigte sich, daß die zentrale städtische Lage dieses immer mehr expandierenden und auch für den täglichen Rhythmus der Stadt, in Konkurrenz zur jahrhundertlang bestimmenden Universität immer wichtiger werdenden Werkes, den Bauten der Altstadt gefährlich zu werden drohte.

1967 endlich schrieb die Stadt einen „städtebaulichen Ideenwettbewerb“ aus, um die vorhandene Lücke nach veränderten architektonischen Gesichtspunkten zu schließen. Im Gegensatz zum schematischen Konzept der 50er Jahre sollten bei der Neubebauung des Zentrums nun die „stadtbildenden und –erhaltenden Faktoren“¹⁶, also die Universität und Industrie (unter anderem auch Zeiss), berücksichtigt werden. Die Ausschreibung sah als wichtigstes Gebäude ein „Haus der Wissenschaft und Technik“ vor, das von Stadt, Hochschule und anderen Institutionen gemeinsam genutzt werden konnte. Eine mögliche Erweiterung von Zeiss wurde nach Norden, wie bisher außerhalb der ehemaligen Stadtmauer, angedacht. Nach dem von der SED verkündeten „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ 1963 wollte man auch in Jena eine Stadt mit sozialistischem Profil bauen, welche der proklamierten Änderung der Lebensweise entsprach. Erhaltene Entwürfe von Wettbewerbsteilnehmer zeigen funktional gestaltete moderne Hochhausbauten.¹⁷

Die eingegangenen Arbeiten wurden im Januar 1968 durch die Jury beurteilt und prämiert, doch weitere Schritte zögerte die Stadt hinaus. Denn inzwischen war die Jenaer optisch-feinmechanische Industrie für die

¹⁶ Cornelia Meurer/Petra Weigel: Planung und Wettbewerb – Die Baugeschichte des Forschungshochhauses des VEB Carl Zeiss Jena, 1967-1972, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 23.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 28.

DDR-Führung zu einer der „Schlüsselindustrien“ geworden, die als Motor der gesamten Volkswirtschaft den Westen „überholen“ sollten, „ohne einzuholen“.¹⁸ Um ihre neuen Aufgaben erfüllen zu können, forderte die Werksleitung u.a. neue Produktionsflächen am Stadtrand und Gebäude für die Forschung und Entwicklung im Zentrum.

Die große Politik griff in die Entwicklung der kleinen Stadt ein. Walter Ulbricht beauftragte kurzerhand die Deutsche Bauakademie mit Planungen, nachdem er öffentlich den stagnierenden Wiederaufbau des Zentrums gerügt hatte. In Jena sollte neu gebaut werden wie „in einigen anderen Städten [...], in denen Bombenschäden zu verzeichnen sind und wo es schwer ist, eine architektonische Gestaltung des Zentrums fertigzubringen, wenn man einige ‚alte Zähne‘ stehen läßt. Man muß offenkundig auch einige ‚alte Zähne‘ beseitigen, damit ein ‚gesundes Gebiß‘ gefertigt werden kann.“¹⁹

Zeiss hatte in Verbindung mit Hans Schlag, dem Architekten des gerade vollendeten Forschungshochhauses, eigene Ideen zu seiner Erweiterung in Richtung Altstadt vorgelegt. Demnach sollten weitere Hochhäuser dieses Typs für betriebliche und öffentliche Zwecke gebaut werden – unter Abriß eines großen Teils nicht kriegszerstörter Straßen. Ende des Jahres 1968 vorgestellte Entwürfe der nun von Hermann Henselmann geleiteten Projektgruppe der Bauakademie übertrafen sogar diese Vorstellungen. (Abb. 2)

Auch dieses Konzept sah einen großflächigen Abriß der gesamten Innenstadt vor, von der nur einzelne Pretiosen wie Marktplatz, die Reste der Stadtbefestigung und Stadtkirche erhalten geblieben wären. Der gesamte Raum sollte neu gegliedert werden. „Signalsetzend“ entwarf Henselmann ein 142 m hohes Forschungshochhaus mit Kupferbekrönung, Hubschrauberlandeplatz und linsenförmigen Fenstern. In einigen Varianten wird es von kleineren Türmen flankiert. Das Sockelgeschoß war gleichzeitig als Werkseingang, „Rehabilitationszentrum“ für die Werksangehörigen und

¹⁸ Zu den politischen Hintergründen und den Folgen für Jena siehe vor allem Rüdiger Stutz: „Durchbruchstellen“ des technischen Fortschritts – Walter Ulbricht und die Umgestaltung der Jenaer Innenstadt (1967-1971), in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., Beilage, sowie Meurer: Die „Stunde Null“, in: ebd. und Meurer/Weigel, a.a.O., S. 24-27.

¹⁹ Vgl. Rede Walter Ulbrichts in Jena, 26. April 1968, Quellen, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, S. 164.

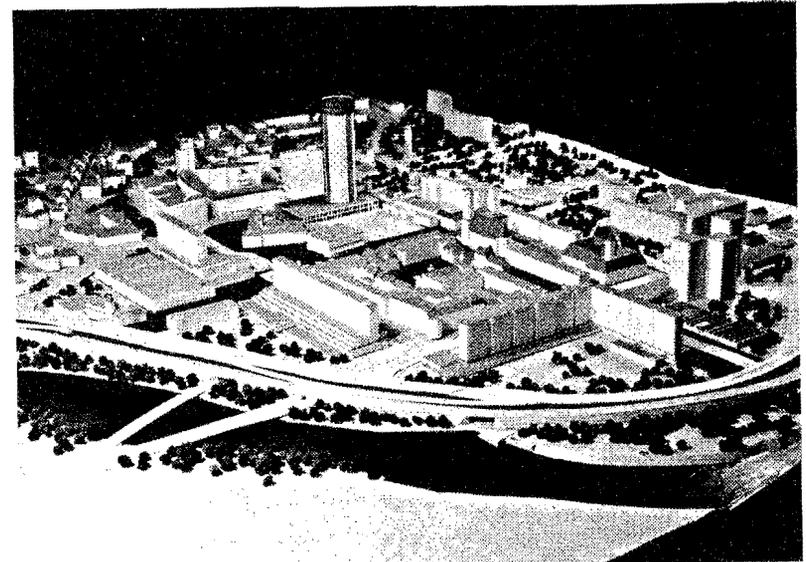


Abb. 2: Hermann Henselmann u.a., Modellfotografie Innenstadt Jena, Planung bis 1971, Ansicht von Südosten, 1968

öffentlicher Raum gedacht. Für diesen Bau sollte auch das Collegium Jenense abgerissen werden, ein ehemaliges Dominikanerkloster, Gründungsstätte und für Jahrhunderte Sitz der Universität. Der große Platz vor dem Turm war für Aufmärsche und Kundgebungen ebenso gedacht wie als erlebbarer Freizeit-Raum.²⁰ An seiner Seite plante man ein Kulturhaus und im weiteren Umkreis Wohnhäuser in Plattenbauweise, um dem erwarteten Bevölkerungswachstum zu entsprechen.

Anspruch und Scheitern

In diesem gigantischen Projekt sollten die großen Erwartungen zu Stahlbeton werden, die man volkswirtschaftlich an die Neustrukturierung des Zeiss-Werkes stellte und gleichzeitig deutlich sichtbar ein anderer, sozialistischer Typus Stadt geschaffen werden. In der Verbindung von Arbeit,

²⁰ Vgl. Quellen, d. Thesen zum Zentralen Ensemble, a.a.O., S. 167, Anm. 14: „10. [...] Hier sind auch Wasserspiele, an der Südseite können dort auch Kinder spielen und alte Menschen in der Sonne sitzen. An Feiertagen bietet er weiten Raum für Kundgebungen und andere festliche Veranstaltungen im Freien.“

Freizeit und Wohnen am innersten Ort der Stadt sahen die Architekten den „Stolz der Bürger auf ihre eigenen Leistungen und ihre Heimat baukünstlerisch und bildkünstlerisch“²¹ dargestellt. Besonderen Stellenwert hatte in diesem Komplex das in Funktion, Form und Größe herausragende Forschungshochhaus. Solche Dominanten, in denen sich „Architektur und bildende Kunst“²² gewissermaßen zur Großplastik, zum städtebaulichen Symbol verbinden, gehörten zur Spezifik Henselmans: Der Berliner Fernsehturm und das Leipziger Universitätshochhaus sind beispielsweise nach seinen Ideen entstanden. Man wird ihm aber wohl nicht gerecht, wenn man diese Bauten verkürzt als Sputnik, aufgeschlagenes Buch/wenhende Fahne oder, wie in Jena vielfach, als Fernrohr sieht.

Für Henselmann war der Turm eine „Stadtkrone“²³, die viele Anknüpfungspunkte bietet: Zum einen erinnert der runde Baukörper an die Bergfriede der umgebenden Burgruinen. Gleichzeitig symbolisierte das weit aus höchste Haus der Stadt, nach ersten Planungen durchaus feudal mit einer Kupferkrone geschmückt und nach neuesten technischen Standards wie Gleitschalung des Rohbaus oder Lift-Slab-Montage der Decken gebaut, die beanspruchte Leistungsfähigkeit der DDR-Industrie. Die linsenförmigen Fenster schließlich wiesen auf die Produktion des VEB Carl Zeiss hin. In einem solchen Gesamtkunstwerk²⁴ manifestierte sich Henselmans Überzeugung, Baumeister einer fortschrittlichen Weltanschauung zu sein. Wie andere seiner Bauten ist dieser für den Standort überdimensionierte Komplex ein soziales Formgefüge, das keine Rücksicht auf die alten Strukturen nimmt.

Henselmans Rolle war die eines Anregers und Vermittlers, der Neues in die Architektur der DDR einbrachte, aber in der Umsetzung seiner Ideen oft scheiterte. Obwohl er von Ulbricht protegiert wurde, konnten wichtige Bestandteile seiner Entwürfe aus technologischen oder Kostengründen nicht realisiert werden und müssen geradezu als utopisch empfunden werden, so daß er zu vielen seiner „verbogen[en]“²⁵ Projekte später ein ambivalentes Verhältnis hatte. Das Bauen für den Sozialismus

²¹ Quellen, d. Thesen zum Zentralen Ensemble, a.a.O., S. 166.

²² Ulf Häder: „Ich habe Türme gebaut“ – Hermann Henselmann als Architekt des Forschungshochhauses, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 52.

²³ ebd.

²⁴ ebd., S. 53.

²⁵ ebd., S. 54.

hatte ebenfalls seinen Preis. Die von Henselmann geforderte und geplante Modernität fand er zumindest seit den 60er Jahren nicht in sozialistischen Vorbildern, sondern im Internationalen Stil und avantgardistischen Entwürfen der westlichen Welt. Auch für den Jenaer Turm lassen sich solche Anregungen vermuten.

Zunächst wurde in der „ersten Bauphase“ ein für Jena schmerzlich großer Teil der noch verbliebenen Altstadt gesprengt, und darauf der Turm errichtet. Nach 1972 sollte das angrenzende Collegium Jenense wiehen, um den Sockel zu erweitern, dann Zug um Zug die gesamte Innenstadt, wie andere Orte der DDR auch, zu einer „sozialistischen Großstadt“ umgebildet werden. Bezeichnend für die damalige Öffentlichkeit ist es, daß der von oben beschlossene Umbau in den Medien propagiert und beschrieben wurde und ihn die Stadtverordneten 1969 auch feierlich beschlossen, prinzipielle Einwände jedoch nicht laut werden durften. Eine Gruppe einflußreicher Hochschullehrer erreichte es immerhin, den Architekten und die Parteiführung auf die Bedeutung des Collegium Jenense aufmerksam zu machen, wurde jedoch nach einem Machtwort Walter Ulbrichts in ihre Schranken verwiesen und jeder künftige Protest damit verhindert.²⁶

In die Planungen des Turms flossen Erfahrungen aus dem Bau des ähnlich ehrgeizig projektierten Leipziger Universitätshochhauses ein. Wie dort verwendete man in Jena Stahlbeton im Gleitschalverfahren, so daß bereits am 10. September Richtfest gefeiert werden konnte. Mittels dieser modernen – und als „Spitzenleistung“ gefeierten – Technik lassen sich in extrem kurzer Bauzeit fugenlos monolithische Bauwerke herstellen. Die Verwendung moderner und vor allem schneller Bauverfahren und – techniken wurde damit zu einem geradezu weltanschaulichen Leitmotiv, gab sie doch der Leistungsfähigkeit der sozialistischen Gesellschaft ihre architektonische Anschauung. Allerdings beschränkte sich der Rausch der Geschwindigkeit auf den Rohbau; die Fassaden- und Innenausbauarbeiten zogen sich aus Kostengründen bis Ende 1972 hin.²⁷

Erst zu Beginn der Vorarbeiten im Herbst 1969 hatte man nämlich festgestellt, daß die Umsetzung des Henselmann-Entwurfs den vorgege-

²⁶ Vgl. Johanna Säger: Der veröffentlichte Turm – Die Debatten während der Bauzeit, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 71-80.

²⁷ Kai Fischer: Die Bautechnologie, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O. S. 69.

benen Finanzrahmen von 65 Millionen Mark um 100 Prozent überschreiten würde. Dem hektischen Kleinrechnen durch ein Jenaer Planungsbüro fiel z.B. die geplante Fassade zum Opfer (statt dessen wurde eine Glas-Aluminium-Vorhangsfassade angebracht), weshalb sich der Architekt von dem Projekt zurückzog und der Bau zwar in seinen Grundgedanken, nicht aber in der technologischen Ausführung als Werk Henselmanns anzusehen ist.²⁸ Aber auch in seiner endgültigen Gestalt steht er, wie westliche Bürohochhäuser dieser Zeit, in der Tradition des Internationalen Stils.²⁹

Bereits im Dezember 1970, als Ulbrichts Wirtschaftspolitik parteiintern kritisiert und auf der 14. Tagung des ZK der SED angekündigt worden war, bestimmte städtebauliche Projekte müsse man später verwirklichen, versuchte das hochverschuldete Zeiss-Werk, den in Bau befindlichen Turm loszuwerden.³⁰ Da die Universität ebenfalls dringend neue Flächen benötigte, wurde ihr das Hochhaus ab Januar 1971 aufgedrängt. Bezeichnend für die DDR-Öffentlichkeit ist, daß die Medien sprachlos über das Versagen des einst so vollmundig gepriesenen Projekts waren. Es wurde kaum noch über den Turm berichtet, nur von Verschönerungsarbeiten in seiner Umgebung. Mit dem DEFA-Spielfilm „Liebeserklärung an G.T.“ um eine junge Wissenschaftlerin, welche die Leitung eines großen Forschungsprojekts im Turm übernehmen soll, wurde 1973 zum letzten Mal die Utopie besungen. (Abb. 3)

Die fehlende Auseinandersetzung, ja überhaupt der Mangel an Informationen, warum das Projekt wirklich gescheitert war, führte zum bis zur Wende beobachtbaren und bereits beschriebenen Verdrängungsprozeß. Erst dann wurde in Jena eine Debatte nachgeholt, die in den 70er Jahren nicht geführt werden konnte.

²⁸ Vgl. Häder: Ich habe Türme gebaut, a.a.O., S. 53 f.

²⁹ Vgl. Thomas Tebruck: Der Turm in Jena – Ein Hochhaus des International Style, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 115-123.

³⁰ Stutz: Durchbruchstellen, a.a.O., Beilage, S. 5.

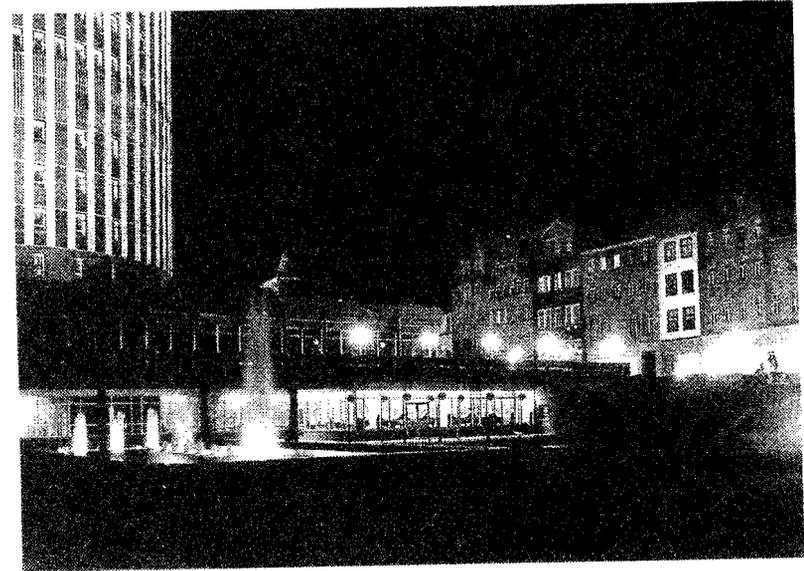


Abb. 3: „Platz der Kosmonauten“, heute: „Eichplatz“

Symbolik

So gigantisch der Bau im städtebaulichen Kontext auch erscheint, reiht er sich doch in die Geschichte der Jenaer Türme und Hochhäuser ein.³¹ Jena besitzt ausgeprägte Höhenunterschiede, so daß sich auf besondere Bauten in der Stadt und Umgebung immer wieder neue Blickpunkte ergeben. Vom Tal aus sichtbar befinden sich auf den Bergen mehrere Burgruinen mit Bergfrieden, Aussichts- und Sendetürme. Die frühere Stadtmauer besaß Ecktürme und Stadttore, die Türme des Rathauses und der Friedenskirche heben sich aus dem Stadtbild ab. Bis zu Beginn des 20. Jahrhundert war der Turm an der Michaeliskirche, 1557 von der Stadt zur Repräsentation errichtet, das mit 50 m höchste Bauwerk der Stadt. Dann kamen Aufbauten des Volksbades und des Universitätshauptgebäudes hinzu.

Das seit seiner Gründung stark expandierende Zeiss-Werk wurde Schritt für Schritt am westlichen Rand der Altstadt ausgebaut, so daß vor dem Ersten Weltkrieg ein großer, aber durch die ihn umgebende Stadt in seiner weiteren Ausdehnung begrenzter Gebäudekomplex, eine „Indu-

³¹ Vgl. Todor Simeonow: Jena als Turmstadt, in: Diers/Grohé/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 97-104, und Martin Klein: Jena als Hochhausstadt, ebd., S. 105-115.

striefestung“, entstanden war. Er wurde 1915, 1936 und zuletzt 1959-65 durch immer höhere Turmhäuser ergänzt. Die Erweiterungspolitik von Zeiss zielte insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf die „fortschreitende architektonische Eroberung“³² neuer Flächen in unmittelbarer Umgebung ab, was durch den Bau des Rundturms 1969-1972 erreicht wurde. Die Bauten nahmen immer weniger Rücksicht auf die umgebende Altstadt, wurden jedes Mal höher, monumentaler, moderner. Diese Industriebauten sind es, die sich zusammen mit den Kirchtürmen auf der kleinen Fläche des Jenaer Zentrums drängen und dem ehemaligen Ackerbürgerstädtchen eine großstädtische Ansicht liefern. Das ehemalige Universitätshochhaus hat mit seiner außerordentlichen Höhe und Form von ihnen die Funktion des städtischen Prestige- und Identifikationsobjekts übernommen.

Der besondere Symbolcharakter von Türmen liegt in ihrer Form und Höhe. Bereits im Urbild der Gattung, dem Turm von Babel, sind ihre Merkmale angelegt: Selbstbewußtsein und Repräsentationswillen bewegen die Erbauer; ihr klägliches Ende gilt als Strafe für die Hybris, sich mit dem vornehmsten aller Bauwerke Gott nähern zu wollen. Denn die runde Form ist, trotz der nicht optimalen Nutzbarkeit ihrer Fläche, Ausdruck eines erreichten Ideals. Durch ihre hohen Ansprüche an die Bautechnik symbolisieren Türme bis heute die Leistungsfähigkeit ihres Erbauers. Seit dem Altertum finden sich dafür Beispiele in der Architekturgeschichte, meist als Teil von Baukomplexen und zu Wehrzwecken.³³ Ebenso symbolträchtig wie die Errichtung von Türmen ist in der Geschichte auch ihr Sturz: Mit der Niederlage eines Machthabers wurden auch seine Türme zerstört oder verkleinert. Schließlich bieten Türme Aussicht und Ansicht in einem. Vom überragenden Jenaer Turm aus hat man einen einzigartigen Blick über die Umgebung. Der exklusive Zugang erhöht den Machtanspruch; wer ihn von außen betrachtet, fühlt sich ihm unterworfen. Seine vorgesehene Nutzung als Forschungshochhaus und die wirkliche als „Elfenbeinturm“ der Universität verstärken die Assoziation von Zurückgezogenheit und Nichtalltäglichkeit, elitärem Wissen und Wehrhaftigkeit. Obwohl die meisten Türme Nutzbauten sind, werden sie durch ihre Form

³² Klein, a.a.O., S. 112.

³³ Vgl. Heike Schlie: Turmbau – ein Abriss der Architektur- und Kulturgeschichte, in: Diers/Groh/Meurer, Der Turm von Jena, a.a.O., S. 125-132 sowie Heike Schlie/Zita Patacki: Turmsymbolik – Ein Überblick, in: ebd., S. 133-138.

und Lage zugleich als Großplastiken wahrgenommen und können zu Wahrzeichen werden. Die Herrschaft der Jenaer Hochhäuser machen sie zu Wahrzeichen einer neuen, von Arbeit geprägten Zeit.

Ausblick

Während sich die Publikation unserer Projektergebnisse eher theoretisch mit dem Jenaer Turm auseinandersetzt, vermittelten die Exponate der Ausstellung seine Geschichte sinnfällig. Beide konnten und wollten jedoch keine Empfehlungen für seine Zukunft geben. Seitdem haben sich die Stadtverwaltung und der Investor auf einen Bebauungsplan verständigt, der immer noch Veränderungen erlebt.

Demnach wird das Gebäude als „Jena-“ oder „Stadtturm“ vollkommen saniert, erhält eine neue verspiegelte Fassade (mit einem Werbeschriftzug) und wird im Inneren zu Büros umgebaut. Die Softwarefirma Intershop, eines der „aufstrebenden“³⁴, international erfolgreichen Jungunternehmen der Stadt, hat inzwischen Interesse an der Übernahme des gesamten Gebäudes gezeigt. Das Festhalten der Firma am Thüringer Sitz ist mit ihrer Gründung 1992 durch einen Elektrotechnik-Studenten in Jena erklärbar – sie verdankt ihre Entstehung somit dem Nährboden des hochgezüchteten Wissenschafts- und Technik-Standortes. Der so ambitioniert geplante Turm wird auch heute noch als repräsentatives Symbol von Aufbruch und technischer Leistung verstanden.

Heftig kritisiert wurden in der Öffentlichkeit Pläne, den Turmsockel stark zu erhöhen und blockartig zu erweitern. Die Jenaer Bürger suchen in ihrer Fassadenkritik nach der endlichen „Aussöhnung“ von Altstadt und Turm, Fachleute vermissen den großen architektonischen Wurf und „gestaltende, visionäre Stadtplanung“³⁵, d.h. einen Lösungsansatz für das gesamte Problemgebiet. Doch werden letztlich Raumbedürfnis und Finanzkraft eines künftigen Nutzers über die Gestalt des Sockels bestimmen.

Auch wenn die Nutzung des Turms und seines Fußes nach einer Sanierung gesichert scheint, bleibt der dazu gehörige Platz vakant. Im Ge-

³⁴ „Neuer Uni-Turm ein Zeichen des 21. Jahrhunderts für Jena. Starker Impuls für aufstrebende Firmen“, in: *Ostthüringer Zeitung*, 4.1.2000.

³⁵ „Büro Trojan wartet vor den Folgen der Uni-Turmpläne“, in: *Ostthüringer Zeitung*, 1.2.2000. Vgl. auch „Städtebauliche Qualität für den Investor geopfert“, ebd., 5.2.2000 und 10.2.2000.

gensatz zu den ersten Planungen der 90er Jahre³⁶, die seine Wiederbebauung in alten Strukturen voraussetzten und mit dem Turmgebäude nicht viel anzufangen wußten, scheint seine Bedeutung als „Spiegelfläche“ des Hochhauses langsam erkannt zu werden. Wie er allerdings zum Verbindungsglied zwischen Turm und der umgebenden traditionellen Bebauung werden könnte, bleibt angesichts horrender Grundstückspreise und finanzieller Unbeweglichkeit der Stadt eine offene Zukunftsaufgabe.

Der Turmbau hat vor 30 Jahren radikal Tatsachen geschaffen, die sich mit dem industriellen Aufschwung der Stadt immer deutlicher ankündigten: die Okkupation der Stadtstrukturen durch die Industrie. Obwohl mit der politischen Wende die Industrieproduktion aus der Innenstadt verschwunden ist, läßt sich diese Entwicklung nicht mehr rückgängig machen. Wie die Entwicklung der 90er Jahre zeigt, prägt die Verbindung von Wissensproduktion an den Forschungseinrichtungen und ihre Umsetzung in Technik auch weiterhin die Entwicklung der Stadt. Dabei rückt in den Hintergrund, daß der Turm aus politischem Anlaß und mit hohem ideologischen Anspruch errichtet wurde. Seine immer noch moderne Gestalt und der überdauernde Kontext erleichtern auch nach dem Ende des Sozialismus Neuinterpretationen. So lange Wissen und Technik für Jena bestimmend bleiben, gilt auch der Turm als Identifikationsobjekt der Stadt. Nicht städtebaulich oder politisch also ist er ein Erfolg, sondern im Überdauern dieses Symbolwertes.

³⁶ Schieck, a.a.O., S. 149 f.

Die Leibniz-Sozietät im Jahr 300 der Berliner Akademie

Herbert Wöltge
Berlin

Die Berliner Akademie begeht in diesem Jahr ihr 300jähriges Jubiläum. Am 19. März 1700 fiel die Entscheidung des Brandenburgischen Kurfürsten, eine Akademie der Wissenschaften zu gründen, am 11. Juli unterzeichnete er den Stiftungsbrief mit der Generalinstruktion der Sozietät der Wissenschaften, und am 12. Juli setzte er Gottfried Wilhelm Leibniz als Präsident der Sozietät ein.

Über vier Fünftel ihrer Geschichte gibt es bei den Wissenschaftshistorikern und im politischen Urteil von heute kaum grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Das ändert sich mit der Sicht auf das Jahr 1945. Als Deutsche Akademie der Wissenschaften setzte sie nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die Preußische Akademie der Wissenschaften fort und geriet sogleich – territorial wie politisch – in die Systemauseinandersetzung und den beginnenden Kalten Krieg. Zu ihr entwickelten sich in Abhängigkeit von dem jeweiligen politischen Standort des Betrachters differierende Haltungen, die noch heute nachwirken und zeitgenössisch ausgeprägt sind. Beziehungspunkte der noch vorzugsweise politischen und weniger wissenschaftshistorischen Auseinandersetzung sind die Monate der Wiedereröffnung der Akademie 1945/46, die Akademiereform von 1968 und die Jahre 1990-1992.

Der größte grundsätzliche Gegensatz der Auffassungen zeigt sich bei der Sicht auf die Ereignisse und Ergebnisse der Jahre 1990 bis 1992, dem Zeitraum vom Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 bis zur Konstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) im Sommer 1992 und der Umwandlung der Gelehrtensozietät in die Leibniz-Sozietät im Frühjahr 1993. Hier sind die historischen Fakten in der offiziellen Lesart bis heute vielfach überformt von politischen Prämissen. Aktuelle Legitimationsbedürfnisse damaligen

Handelns haben dazu geführt, daß der Öffentlichkeit eine auf regierungsamtliche politische Nützlichkeit festgelegte Auffassung angeboten wird, die Dominanz erlangte und eine die Fakten selektierende und sie verhüllende Legendentätigkeit initiierte. Sowohl Charakter als auch Ablauf der Ereignisse wurden weitgehend umgedeutet. Allerdings setzt sich bei den Historikern – weniger bei den Politikern – zunehmend eine Tendenz zur wissenschaftlichen Versachlichung durch.

Die Gelehrtenengesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR war eine nach dem Prinzip der klassischen europäischen Akademien aufgebaute Vereinigung von Akademiemitgliedern, die sich durch Selbstwahl generierte und die in ihrer personellen Kontinuität, in ihren wissenschaftlichen Traditionen und ihrem Vermögen auf die Leibnizsche Akademiegründung von 1700 zurückging. Seit 1972 trug sie den Namen Akademie der Wissenschaften der DDR. Der Einigungsvertrag gab ihr in seinem Artikel 38 (2) die Bezeichnung *Gelehrtensozietät*. Sie hatte am 31. Oktober 1990 286 Mitglieder (182 Ordentliche und 104 Korrespondierende) und 124 Auswärtige Mitglieder aus 24 Ländern Europas und aus Übersee.

Anders als in den traditionellen deutschen Akademien, die regional orientiert waren, war die Akademie der Wissenschaften der DDR als zentrale Wissenschaftseinrichtung des Landes angelegt. Der Einzugsbereich ihrer Mitgliedschaft war überregional. Etwa die Hälfte der Mitglieder arbeitete in den Forschungseinrichtungen der Akademie, die andere Hälfte war in Lehre und Forschung der Universitäten und Hochschulen, im übrigen außeruniversitären Wissenschaftsbereich sowie in der Volkswirtschaft oder in staatlichen Leitungsfunktionen tätig.

Charakteristisch für die DDR-Akademie waren weiterhin Existenz und ständiger Ausbau einer eigenen Forschungsbasis seit ihrer Wiedereröffnung 1946. Das entsprach Bestrebungen, die bereits seit 1900 innerhalb der Preußischen Akademie einsetzten, aber nicht zur Realisierung kamen. Schon Ende 1948 verfügte die Akademie über 23 Institute und Forschungsstellen. 1955 hatte sie 47 Institute mit 4000 Mitarbeitern (davon 1000 Wissenschaftler). Zu Beginn der 60er Jahre existierten 100 Institute und Arbeitsstellen mit 10.000 Mitarbeitern. Ende der 70er Jahren waren es rund 20.000 Mitarbeiter in über 50 Forschungseinrichtungen, etwa zehn Prozent des gesamten in der DDR verfügbaren Forschungspotentials. 1989 war sie auf ihrem Wege zur sozialistischen Forschungsakademie bei rund 23.500 Mitarbeitern in rund 70 wissenschaftlichen und forschungsbegleitenden Dienstleistungseinrichtungen angelangt und damit

die größte Wissenschaftsorganisation der DDR und in Deutschland überhaupt.

Als Effekt dieser Entwicklung ergab sich eine wachsende Dominanz der in der staatlichen Planung fest verankerten Akademieforschung und eine Zurückdrängung und Überformung der ursprünglichen Funktion der Akademie als Gelehrtenengesellschaft. Die Gelehrtensozietät war am Ende der DDR marginalisiert, mehr oder minder eine Randerscheinung im Forschungskombinat Akademie.

Entscheidender Ausgangspunkt der Akademieentwicklung in Berlin nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 war Art. 38(2) Einigungsvertrag. Er sah vor, die Akademie der Wissenschaften der DDR von den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen zu trennen und landesrechtlich zu entscheiden, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR fortgeführt werden sollte. Dieser politische Rahmen bestimmte das Handeln der an diesem Prozeß beteiligten Kräfte.

Der politische Ehrgeiz von Art. 38(2) EV soll hier nicht weiter erörtert werden, seine generelle Ergebniszusammenfassung und -bewertung – wie die des Einigungsvertrages insgesamt – steht ohnehin noch aus, selbst die üppigen Berichterstattungen zum zehnjährigen Jubiläum des Mauerfalls im letzten Herbst beachteten dieses Gebiet nur beiläufig. Soviel kann aber gesagt werden, daß es unbestreitbar die Absicht von Art. 38(2) EV war, die DDR-Wissenschaft als Subjekt selbständigen Handelns und als eigenständige Struktur in der Bundesrepublik zu eliminieren. Die in Art. 38(2) EV verfügte Trennung der Akademie von ihren Instituten und die ebenso verfügte Auflösung aller nicht zur Gelehrtensozietät gehörenden bisherigen Einrichtungen der Akademie führte zu der bekannten Umgestaltung der Forschungslandschaft nach dem Modell der etablierten großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen, die nach entsprechenden Voten des Wissenschaftsrates die für sie geeigneten Teile der Akademieforschung aufnahmen und den beträchtlichen personellen Rest in die Arbeitslosigkeit und in den akademischen Ruhestand entließen, sie somit, wie offenbar vorgesehen, an den sozialen Rand drängten.¹

¹ "Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig. Wir werden sie an den sozialen Rand drängen". Ein westdeutscher CDU-Vertreter in Wildbad Kreuth 1991 zu dem beabsichtigten Umgang mit den Intellektuellen Ostdeutschlands. Zit. in: Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet. Gesellschaft zum

Warum Art. 38(2) EV für die Akademie als Gelehrtensozietät eine rechtliche Garantie für ihren Fortbestand vorsah, wurde bisher nicht einleuchtend interpretiert. Aber seine Formulierung war über jeden Zweifel eindeutig und nicht gegenteilig auslegbar. Die Fortführung der Akademie als Gelehrtensozietät war somit ein bundesrechtlich zwingendes Gebot für das aufnehmende Land Berlin.

So verstand es jedenfalls die Gelehrtensozietät, und sie versuchte, sich in ihrer Arbeit danach zu richten und die gewonnen Möglichkeiten der Selbstbestimmung zu nutzen. Zum einen wurde die wissenschaftliche Kommunikation in der neuen gesellschaftlichen Umgebung fortgeführt und im bisherigen Umfang beibehalten. Von Oktober 1990 bis Juli 1992 fanden 17 wissenschaftliche und Geschäftssitzungen des Plenums und entsprechende Klassensitzungen statt. Inhaltlich ging es vor allem darum, zu den Traditionen vorurteilsfreier wissenschaftlicher Debatten zurückzukehren und dort, wo es notwendig war, Indoktrinierung durch DDR-Ideologie zu beseitigen und die Vorherrschaft des Marxismus durch einen politischen und weltanschaulichen Pluralismus aufzulösen. Als wichtigste Konsequenz aus der Entwicklung der letzten Jahrzehnte wurde angestrebt, ein von ideologischen Zwängen und äußeren Einflüssen unabhängiges wissenschaftliches Profil der Gelehrtensozietät herauszubilden. Aus den Themen der Vorträge in den Plenar- und Klassenveranstaltungen kann man ablesen, wie weit dies gelang.²

Zum anderen ging die Gelehrtensozietät daran, die bereits Ende 1989 begonnenen Bemühungen der Selbsterneuerung und der inneren Reform fortzuführen und sie mit den nun einsetzenden Überlegungen zu der vom Einigungsvertrag geforderten landesrechtlichen Lösung zu verbinden. In einem neuen Statut sollte den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen werden. Die Mitglieder unterzogen sich weiterhin ei-

Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, hrsg. von Wolfgang Richter. Berlin 1993, S. 7.

² Die Themen und Vortragenden in den Sitzungen der Klassen und des Plenums von Februar 1990 bis Dezember 1991 sind abgedruckt in: Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW), Berlin 1994, S. 8f.

Angaben über die Sitzungen im Jahre 1992 in: 1992 – Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. Hrsg. von Horst Klinkmann und Herbert Wöltge, trafo verlag, Berlin 1999, S. 54 ff.

ner wissenschaftlichen Selbstevaluation, um dem Vorwurf zu begegnen, ihre Mitgliedschaft sei nicht ihrer wissenschaftlichen Bonität, sondern der politischen Einflußnahme der Partei und des Staates zu danken.

Berliner Akademiepolitik contra Einigungsvertrag

Dieser erste Versuch der Selbsterneuerung und Selbstbestimmung scheiterte jedoch bald, da das vom Einigungsvertrag mit der Fortführung der Gelehrtensozietät beauftragte Land Berlin aus politischen Gründen nicht bereit war, dem bundesrechtlichen Gebot zu folgen. Zum einen waren beide Stadtparlamente (bis zur Länderwahl am 5. Dezember 1990 existierten Stadtverordnetenversammlung und Abgeordnetenhaus noch nebeneinander) und später das Abgeordnetenhaus trotz des Fortführungsgebotes von Art. 38(2) EV nicht gewillt, eine DDR-Institution fortzuführen, die sie als Ergebnis der Kaderpolitik der SED sehen wollten, der sie eine staatstragende und die SED-Herrschaft unterstützende Funktion zusprachen und die sie aus diesen Gründen als politisch nicht tolerierbar empfanden. Bestärkt wurden sie durch die damals in der öffentlichen Meinung allmählich aufgebaute These vom Unrechtsstaat DDR und durch die öffentliche Atmosphäre zunehmender Intoleranz und unbesehener Verurteilung begangener oder vermuteter Verfehlungen in der DDR-Zeit.

Zum anderen wirkten überkommene innen- und wissenschaftspolitische Konstellationen und politische Mentalitäten im Westteil der Stadt, die nichts mit der neuen Situation zu tun hatten, auf die Problemlösung ein. Gerade erst hatte die rot-grüne Regierungskoalition die auf eigenem Feld gewachsene Akademie zu Berlin (West) per Gesetz aufgelöst (Juli 1990), die wenig zuvor – 1987 – von der vorangegangenen Koalition unter Führung der CDU gegründet worden war. In diesen innenpolitisch freigeschlagenen Akademie-Raum hinein übergab Art. 38(2) EV dem Land Berlin die Gelehrtensozietät.

Niemand durfte erwarten, daß dies den politischen Kräfte der Stadt gelegen kam. Daß Berlin eine Akademie brauchte, war für alle unbestritten. Daß das aber die bestehende, mit allen Makeln einer Herkunft aus der DDR behaftete Ost-Akademie sein sollte, stellte für den politischen Willen und die demokratische Reife der politischen Kräfte des Landes Berlin eine harte Belastungsprobe dar, die sie letztlich – vom Ergebnis her unter den Gesichtspunkt des Einigungsvertrages gesehen – nicht bestanden.

Die Beschlüsse der Stadtparlamente formulierten den Widerspruch deutlich.³ Einerseits sollte die für durchweg politisch belastet gehaltene Mitgliedschaft ausgeschaltet und nicht übernommen werden, andererseits wollte die Stadt aber nicht auf Namen, Tradition und Vermögen der Gelehrtensozietät verzichten. Die ideell-materielle Hülle der Gelehrtensozietät in Gestalt einer fast 300jährigen Geschichte, von wissenschaftlichen Traditionen und Unternehmungen, von Infrastruktur, Kunst- und technischen Sammlungen, Bibliotheks- und Archivbeständen aus drei Jahrhunderten und nicht zuletzt von Stiftungen und beachtenswerten Immobilien erwies sich als reizvoll genug, um den Spagat zwischen Inbesitznahme der Sachen und Rechte einerseits und der Nichtfortführung der Mitgliedschaft andererseits zu versuchen.

Die Nichtfortführungsvariante wurde im zweiten Halbjahr 1990 in ihren Konturen sichtbar. Zunächst mußte erkundet werden, wie groß etwaige politische und rechtliche Komplikationen sein würden, wenn man daran ging, Art. 38(2) EV zu umgehen und die überkommene Mitgliedschaft auszuschalten. So gab es die anfängliche Überlegung, eine gemeinsame gesamtberliner Akademie als Kompromiß aus den beiden Berliner Akademien zu bilden – aus der aufgelösten, aber noch intakten Westberliner Akademie, die nach den Dezemberwahlen 1990 an die nunmehrige Große Koalition neue Ansprüche stellte, und aus der zu reformierenden und politisch zu säubernden DDR-Gelehrtensozietät. Dieser Gedanke wurde bald wieder aufgegeben. Zwar hätte eine Fusionsakademie den Vorteil einer vorzeigbaren formellen Erfüllung von Art. 38(2) EV; unter ihrem Dach hätte eine politische Dominanz der Mitglieder der Westberliner Akademie gesichert werden können und man hätte sich unbehindert Zugriff zu dem gesamten Vermögen, den wissenschaftlichen Unternehmungen und der Leibnizschen Traditionslinie der Gelehrtensozietät verschaffen können. Doch wäre eine politische Unsicherheit im Hinblick auf die zumindest teilweise zu übernehmende Mitgliedschaft der DDR-Altakademie nicht auszuräumen gewesen.

Der Kompromißgedanke blieb außerdem weit hinter den politischen Möglichkeiten zurück, die sich eröffneten, wenn man eine Mißachtung

³ Beschluß des Abgeordnetenhauses von Berlin zur Neukonstituierung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR. Beschlußprotokoll über die 47. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 26.10.1990; Drs 1/291 vom 29.10.1990 der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, angenommen in der Sondersitzung am 31.10.1990, Tagesordnungspunkt 4A.

von Art. 38(2) EV ins Auge faßte – ein Weg, der der Berliner Politik nach kurzer Sondierung der politischen Kräfteverhältnisse mit aller Vorsicht und Behutsamkeit und unter weitgehender Einhaltung demokratischen Gepflogenheiten gangbar schien. Als der neue Wissenschaftssenator Erhardt im Januar 1991 nach dem CDU-Wahlsieg von Dezember 1990 ins Amt gelangte, hatte sich das strategische Ziel der Landespolitik bereits in diese Richtung verschoben. Erhardt ging daran, eine neue Akademie zu errichten, die frei sein sollte sowohl von alten Einflüssen der DDR-Akademie als auch weitgehend von denen der Westberliner Akademie, deren Ansehen aus verschiedenen Gründen bei den übrigen bundesdeutschen Akademien gering war. Die neue Einrichtung sollte im Sinne der Parlamentsbeschlüsse nicht die Mitglieder, wohl aber wissenschaftliches Erbe und Vermögen der Gelehrtensozietät übernehmen und als in der Leibnizschen Tradition stehend erscheinen. Die nun radikalisierte politische *conditio sine qua non* dafür war, die DDR-Altlastenmitgliedschaft überhaupt nicht zu übernehmen und jeden möglichen Einfluß der Gelehrtensozietät auf die Zusammensetzung der neuen Mitgliedschaft auszuschalten.

Wie die Berliner Landesregierung und andere an dem Vorgang interessierten Kreise dabei vorgehen, wurde an anderer Stelle bereits beschrieben.⁴ Gegenüber der Gelehrtensozietät versuchten der Wissenschaftssenator und seine Verwaltung, die wissenschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten einzuengen, Pressionen auf Präsident, Vizepräsident und die verbliebene minimalisierte Geschäftsstelle auszuüben, die restliche Infrastruktur zu beschädigen und die Akademiemitglieder und die Öffentlichkeit mit unzutreffenden Erklärungen über eine aufgelöste oder ohne rechtliche Verfassung bestehende Gelehrtensozietät zu verwirren und einzuschüchtern.

Im Sommer 1991 schloß eine vom Senator einberufene Planungsgruppe ihre Arbeit ab, die das Konzept für eine neue Gesamtberliner Akademie ausgearbeitet hatte. Dieser Gruppe gehörten auch Vertreter der Gelehrtensozietät und der Westberliner Akademie, aber ebenso der Leopoldina an. Die Gelehrtensozietät, die versuchte, das Gremium zur Erarbeitung einer landesrechtlichen Regelung im Sinne von Art. 38(2) EV zu

⁴ Herbert Wöltge, Die *unausrottbare societas*. Bemerkungen zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR 1990-1992, Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 8(1995)8/9, S. a.: Horst Klinkmann / Herbert Wöltge: 1992 – Das verdrängte Jahr, a.a. O.

bewegen, konnte sich hier nicht durchsetzen. Aus den von der Gruppe vorgelegten Empfehlungen ging der Entwurf eines Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg hervor, der nicht die Fortführung der Gelehrtensozietät nach Art. 38(2) EV vorsah, sondern die Neukonstituierung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW). Lediglich in Artikel 12 StV wurde ein Bezug zur Gelehrtensozietät hergestellt: Der neuen Akademie wurde das Vermögen der Gelehrtensozietät und das der Preußischen Akademie der Wissenschaften zugesprochen. Im Sommer 1992 verabschiedeten die Parlamente beider Länder den Vertrag, die BBAW war konstituiert. Eine landesrechtliche Regelung im Sinne von Art. 38(2) EV war damit nicht zustande gekommen, sie stand und steht noch heute aus.

BBAW: Mit geborgter Geschichte leben

Die Konstituierung der BBAW bedeutete zunächst, daß sich Landesrecht über die klare Weisung des Einigungsvertrages als Rechtsvorschrift des Bundes hinweggesetzt hatte und daß der Einigungsvertrag als rechtssetzende Norm landespolitischer Entscheidungen in diesem Punkte ausgesetzt war. Der Bruch des Einigungsvertrages – im Range eines Verfassungsbruchs – als immanenter Bestandteil der Konstituierung der BBAW war ein durch die Berliner Politik verschuldeter schwerer Geburtsfehler der neuen Einrichtung.

Mindestens ebenso schwer wog aber der Versuch, die BBAW als die neukonstituierte Preußische Akademie („vormals Preußische Akademie der Wissenschaften“, wie es in Art. 1(2) des Staatsvertrages heißt) zu installieren und ihr eine historische und rechtliche Kontinuität auf die Preußische zuzuschreiben. Für diese lediglich deklaratorische Konstruktion lassen sich weder historisch-sachlich noch rechtlich überzeugende Gründe finden. Der leere Bezug auf die Preußische Akademie sollte offenbar mehrer Dinge leisten:

- Er sollte den Bruch des Einigungsvertrages und das Fehlen einer von Art. 38(2) EV geforderten landesrechtlichen Lösung verschleiern. Den Juristen der Landesregierung dürfte klar gewesen sein, daß dem Bundesrecht entgegenstehendes Landesrecht nach Art 31 GG nichtig und damit unwirksam war.
- Die Neugründung sollte die wiederbelebte Preußische Akademie sein und deren rechtliche Verfassung als Körperschaft des öffentlichen

Rechts erhalten. Damit wäre die BBAW sozusagen über Nacht in eine lange traditionsreiche und geachtete deutsche und europäische Geschichte eingesetzt und die Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages auf diese Weise von ihrer historischen Legitimation, von ihren Rechten und Pflichten in der Fortführung der Preußischen Akademie suspendiert.

- Er sollte der neuen Akademie das Vermögen der Gelehrtensozietät und der Preußischen Akademie als ihr unbestreitbar zustehend und als Repräsentanz der von ihr beanspruchten Tradition übertragen. In der Begründung zum Staatsvertrag werden als zu übernehmend aufgeführt: Langzeit- und Editionsprojekte, Hauptbibliothek, Archiv, Kustodie (= Sammlungen und Kunstbestände), Nachlässe.
- Er sollte die Gelehrtensozietät und ihre Rechte ohne rechtswirksame Auflösung ausschalten.

Historisch-sachlich muß man sich fragen, wo die Anschlußstücke für eine Kontinuität zur Preußischen Akademie zu finden sein könnten. Sicher nicht bei den Mitgliedern, denn hier liegt die personelle Kontinuität bei der Gelehrtensozietät. Ihre Mitglieder sind – von niemandem bestritten – durch Kooptation in direkter Aufeinanderfolge aus der Mitgliedschaft der Preußischen Akademie hervorgegangen. Die ersten Mitglieder der BBAW wurden nicht von Mitgliedern der Preußischen oder der Gelehrtensozietät gewählt, sondern von einem Wahlgremium nominiert, das unter Verletzung des Staatsvertrages über die Konstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zustande gekommen war.⁵ Die Tatsache, daß sich unter den ersten Mitgliedern der BBAW 1993 auch einige wenige befanden, die aus der Gelehrtensozietät kamen, hat keine personelle Kontinuität begründet, zumal die folgenden Zuwahlen Mitglieder der Gelehrtensozietät weiterhin nur in Ausnahmefällen und ab 1995 überhaupt nicht mehr berücksichtigten.

Kontinuität gab es ebenfalls nicht auf der statutarischen Ebene, denn es wurde an keines der Statuten der vorangegangenen Akademien angeknüpft, weder an die der Preußischen noch an die der Deutschen oder gar an die der Akademie der Wissenschaften der DDR. Kontinuität auf die Preußische Akademie findet man auch nicht bei den wissenschaftlichen Unternehmungen, den sogenannten Langzeit- und Editionsprojekten. Die Unternehmungen, die aus der Preußischen Akademie hervorgingen, über-

⁵ Herbert Wöltge, Die *unausrottbare societas*, a.a.O., S. S. 160 ff.

nahm die BBAW von der DDR-Akademie, die sie über vierzig Jahre lang bearbeitet und gepflegt hatte, so gut sie es vermochte und es die Verhältnisse zuließen, und die dazu auch noch Langzeitvorhaben lieferte, die zur Zeit der Preußischen noch nicht existierten, sondern erst zu DDR-Zeiten entstanden. Anschlußstücke liefert auch das übernommene Vermögen der Gelehrtensozietät nicht, das im übrigen nur zum Teil der BBAW zugeordnet wurde: Stiftungen und Immobilien sowie andere Vermögenswerte behielt das Land für sich.

Rechtlich sah es nicht viel besser aus. Zum Nachweis einer rechtlichen Kontinuität der neu zu konstituierenden Einrichtung auf die Preußische Akademie – entweder im Sinne einer Rechtsnachfolge oder auch nur einer „Anknüpfung“ – benutzte die Landesregierung ein bereits von Erhardts Vorgängerin bestelltes Gutachten des Hamburger Verwaltungs- und Verfassungsrechtlers Werner Thieme. Dessen Hauptthese war, daß die Preußische Akademie der Wissenschaften nach 1945 rechtlich nicht aufgelöst wurde und in keine Nachfolgeeinrichtung eingegangen sei. Sie habe in der Stadt Westberlin als ruhende Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Mitglieder über die Jahrzehnte fortbestanden, ihre Rechte habe ein Notvertreter wahrgenommen. Sie könne durch Regierungs- oder Parlamentsakt des Landes wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Demzufolge sei die Deutsche Akademie der Wissenschaften 1946 nicht identisch mit der Preußischen Akademie, sondern eine Neugründung der sowjetischen Besatzungsmacht, mithin weder Fortführerin noch Rechtsnachfolgerin der Preußischen Akademie. Damit stünde es der Stadt Berlin frei, die Preußische Akademie wiederzubeleben.⁶

Diese juristisch und sachlich außerordentlich schwache Konstruktion war dem Senator Rechtsmantel genug, um Abgeordnetenhaus und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die Konstituierung der BBAW als vormalige Preußische Akademie erfolge rechtmäßig und setze diese in die in Westberlin brachliegenden und notverwalteten Rechte der Preußischen Akademie ein.

Politik und Administration in Berlin hatten sich auf diese Weise vollkommen von der Aufgabe verabschiedet, die Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages fortzuführen. An ihre Stelle war eine Neugründung getreten, die administrativ mit Tradition und Vermögen der Gelehrtensozietät

⁶ Werner Thieme: Fortbestand und Erneuerung der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin/Bonn/München 1992.

ausgestattet war und in der die Mitgliedschaft der Gelehrtensozietät, das eigentliche Subjekt von Art. 38(2) Einigungsvertrag, vollkommen ausgeschaltet war. Art. 38(2) EV erschien im gesamten Gesetzeswerk des Staatsvertrages nicht mehr; im nicht zum Gesetz gehörenden Begründungstext wurde vom Einigungsvertrag lediglich nur noch die Anlage II Kap. XV Abschnitt II Nr. 1 herangezogen, die der Stützung der Annahme dienen sollte, die Gelehrtensozietät sei aufgelöst.⁷

Was die Mitgliedschaft in der Gelehrtensozietät betraf, stellte die Begründung des Staatsvertrages (Abschnitt IIa) lediglich fest, das Land habe sich entschieden, die Mitgliedschaft nicht fortzuführen, und mit der Konstituierung der BBAW sei die Mitgliedschaft erloschen. Die Rechtswirksamkeit dieser Entscheidung ging nicht nur daraus hervor, daß die Begründung zum Gesetzestext selbst keine Gesetzeskraft hatte (die für eine solche Entscheidung erforderlich gewesen wäre), sondern auch daraus, daß eine solche Entscheidung sich bestenfalls nur auf die genannten Parlamentsbeschlüsse hätte stützen können, diese aber ihrerseits nur eine Handlungsempfehlung an den Senat darstellten, der der Senat nicht zwangsläufig folgen mußte und mit der die juristische Institution der Mitgliedschaft überhaupt nicht berührt wurde. Die Erklärung, daß die Konstituierung der BBAW zum Erlöschen der Mitgliedschaft in der Gelehrtensozietät geführt habe, stellt weder einen rechtlichen noch überhaupt einen kausalen Bezug zwischen beiden Sachverhalten her, sie ist eine reine Zweckbehauptung.

⁷ Im Begründungstext zum Staatsvertrag über die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften wird die regierungsamtliche Interpretation des Vertrages für das Land Berlin gegeben. Dort heißt es (A, Abschnitt II, a) Allgemeines): „Die zuletzt in der DDR vorhandene Akademie der Wissenschaften mit Sitz in Berlin ist als juristische Person des öffentlichen Rechts durch den Einigungsvertrag aufgelöst worden. Anlage II Kapitel XV Abschnitt II Nr. 1 hob die Verordnung über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 27. Juni 1990 (Gbl. I Nr. 39 S. 543), die ihren Status zuletzt begründet hatte, auf.“ – Anlage II Kapitel XV Abschnitt II Einigungsvertrag lautet: „Folgendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik wird aufgehoben:

1. Beschluß über die weitere Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Juni 1990 in Verbindung mit der Verordnung über die Akademie der Wissenschaften der DDR vom 27. Juni 1990 ((Gbl. I Nr. 39 S. 543) ...“

Der Landtag Brandenburg beschloß einen anderen Begründungstext, der den Bezug auf den Einigungsvertrag und die die Gelehrtensozietät nicht enthält. Die Existenz oder Auflösung der Gelehrtensozietät wird als ein Problem des Landes Berlin angesehen, zu dem das Land Brandenburg sich nicht äußern muß.

Von der Gelehrtensozietät zur Leibniz-Sozietät

Im Juli 1992 teilte der Wissenschaftssenator allen Mitgliedern der Gelehrtensozietät – auch den 123 ausländischen – in einem Schreiben mit, „eine Fortführung der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in ihrer bisherigen Gestalt“ sehe der Staatsvertrag nicht vor. „Mit der Beendigung der früheren Gelehrtensozietät ist auch Ihre Mitgliedschaft erloschen“.⁸ Damit schien die Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften abgeschlossen zu sein. In der landesoffiziellen Lesart war die BBAW an ihre Stelle getreten, eine landesrechtlich errichtete, durch Staatsvertrag zwischen zwei Ländern abgesicherte Einrichtung, die sich als vormalige Preußische Akademie der Wissenschaften fühlte und deren bisheriger Weg sich mit der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften, der Akademie des Einigungsvertrages, nie gekreuzt hatte und sich auch in Zukunft nicht kreuzen würde, da diese als nicht mehr existent, als aufgelöst galt.

Doch weder war die Gelehrtensozietät aufgelöst noch waren ihre Mitgliedschaften erloschen. Man muß nicht einmal auf die grundgesetzlich unzulässige Ersetzung von Art. 38(2) EV durch entgegenstehendes Landesrecht verweisen, um Zweifel an der Rechtsgrundlage für eine aufgelöste Gelehrtensozietät zu hegen. Diese Rechtsgrundlagen fehlten überhaupt. Es gab keinen hoheitlichen Rechtsakt, keinen *actus contrarius* zur Gründung, der ohnehin die Gesetzesebene verlangt hätte. Damit war auch keine Rechtsnachfolge festgelegt, deren Hauptbestandteil normalerweise die gesetzliche Festlegung der Vermögensnachfolge gewesen wäre. Die Auflösung der Gelehrtensozietät durch Beschluß der Mitgliederversammlung – die andere rechtliche Möglichkeit, eine Gelehrtensozietät aufzulösen – wurde in der Gelehrtensozietät weder diskutiert noch beantragt, dasselbe galt für die Beendigung der Mitgliedschaft.

Was aus der Tatsache hervorgeht, daß die Gelehrtensozietät nicht aufgelöst war, die Politik in Berlin sie aber als aufgelöst behandelte, bedarf zweifellos der tieferen Auslotung an anderer Stelle. Der kürzlich in einem Pressebeitrag erhobene Vorwurf, daß die Landesregierung mit der Vergabe des Vermögens einer existierenden Einrichtung an Dritte gegen Paragraph 266 StGB – Untreueparagraph – verstoßen und ihre Fürsorgepflicht verletzt habe und es in dieser Sache mit dem kulturellen Willen und der

politischen Moral der Berliner Obrigkeit nicht zum besten bestellt sei, trifft wahrscheinlich zu.⁹ Der Vorwurf fand aber bislang weder die Aufmerksamkeit der angesprochenen Senatsdienststellen noch der zuständigen Staatsanwaltschaft. Er dürfte auch längst nicht die einzige Schlußfolgerung sein, die zu ziehen wäre.

Um auf die rechtlich nicht aufgelöste Gelehrtensozietät zurückzukommen: Sie existierte nach Gründung der BBAW nicht nur rechtlich, sondern auch *realiter* weiter. Es lohnt sich mitzuteilen, daß ihr das trotz einer absoluten Mittellosigkeit gelang, denn dank der Enteignungspolitik der Berliner Behörden verfügte sie über keinerlei Finanzmittel, auch nicht über eigene Räume für ihre wissenschaftlichen Veranstaltungen noch über Büro, Sekretariat und Telefon, von anderen modernen bürotechnischen Einrichtungen ganz abgesehen. Sie hatte keine eigene Bibliothek und keine weiteren wissenschaftlichen Hilfseinrichtungen. Die Gelehrten brauchten einige Zeit, um Wende- wie Vereinigungsschock zu bewältigen und das Vorgehen von Politik und Administration im demokratischen Rechtsstaat ihnen gegenüber zu verarbeiten. Nach der Vertreibung aus Arbeit und Funktionen, nach Resignation und Depression überwandene sie das Mißlingen des ersten Versuchs der Selbstbestimmung und Selbsterneuerung und unternahm einen zweiten Anlauf, diesmal in Selbstverwaltung, wenngleich ohne jegliche Mittel der Selbsterhaltung. Eine größere Gruppe von Mitgliedern setzte die gewohnte wissenschaftliche Kommunikation nach dem Erhardt-Brief fort und konstituierte sich wenig später, im April 1993, als Leibniz-Sozietät e.V. Sie verstand sich als freie, unabhängige, pluralistisch orientierte Vereinigung von Natur-, technischen, Sozial- und Geisteswissenschaftlern und nahm die personelle Kontinuität zur Preußischen und DDR-Akademie und die Fortführung der Leibnizschen Traditionen in ihr Statut auf. Sie sah sich berechtigterweise als Akademie des Einigungsvertrages und hielt sich Optionen auf überkommene Ansprüche offen.

Das Plenum und die neu gebildeten zwei Klassen – Naturwissenschaften und Sozial- und Geisteswissenschaften – behandelten aktuelle Grundprobleme von Wissenschaft und Gesellschaft, seit 1993 Jahr für Jahr rund 30 Sitzungen, dazu eine Reihe wissenschaftlicher Kolloquien.

⁸ Dokumentiert in: 1992 – Das verdrängte Jahr, a.a.O., S. 163

⁹ Jakob Wegelin: 'Üb' immer Treu und Redlichkeit. Wie die Berliner Landesregierung 1992 mit dem Vermögen der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften umging, in: *Junge Welt*, 21.1.2000; auch unter: www.jungewelt/2000/01-31/015.html

Die Sozietät baute mit der Herausgabe der Reihe „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät“ und (seit 1999) der Reihe „Abhandlungen der Leibniz-Sozietät“ Publikationsmöglichkeiten auf, in denen die Ergebnisse ihrer Tätigkeit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Sie erweiterte ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit durch alljährliche Zuwahlen, die akademieüblich nach Kriterien hoher wissenschaftlicher Kompetenz durchgeführt wurden. Zu Beginn des Jahres 2000 war sie bei nahezu 200 Mitgliedern angelangt.

Durch die erfreuliche Entwicklung der Tätigkeit vor einem wachsenden wissenschaftlichen Publikum und der Zunahme der Mitgliedschaft aus Ost und West ist sie derzeit an den Grenzen einer sich selbst organisierenden, finanzierenden und verwaltenden Institution angelangt, bei der alle Arbeiten in Geschäftsführung und Kommissionen ehrenamtlich verrichtet werden. Für eine Weiterführung der Arbeit wird die Sozietät nunmehr wohl daran denken müssen, einige der offengehaltenen Optionen in Anspruch zu nehmen. Sie unternahm erste Schritte, um eine amtliche Förderung zu erhalten, wie sie anderen Institutionen seit langem gewährt wird, die erst durch zum Teil erhebliche staatliche Alimentierung in der Lage sind, eine ähnlich gelagerte Tätigkeit wie die Leibniz-Sozietät durchzuführen.

Zweischneidiges Jubiläum: Politik in Nöten

Ihrem 300jähriges Bestehen widmet die Leibniz-Sozietät eine Reihe wissenschaftlicher Veranstaltungen, bei denen die Kolloquia „Akademische Wissenschaft im säkularen Wandel – 300 Jahre Akademie in Berlin“ am 14. April und „Die Berliner Leibniz-Akademie nach 1945 – Wirkungen und Erfahrungen von Zeitzeugen“ am 30. Juni herausragen. Den Jubiläums-Leibniz-Tag begeht die Sozietät mit ihren Freunden und Gästen auf traditionelle Weise mit der Ehrung der Verstorbenen, der Selbstvorstellung neuer Mitglieder, der Verleihung des Leibniz-Preises für Sozial- und Geisteswissenschaften, dem Bericht des Präsidenten über die Tätigkeit der Sozietät und dem wissenschaftlichen Festvortrag, gehalten von Hubert Laitko zum Thema: „Theoria cum praxi – Anspruch und Wirklichkeit der Akademie“.¹⁰

¹⁰ Vgl. www2.hu-berlin.de/leibniz-sozietat

Wie das kulturell und wissenschaftshistorisch auf hohem nationalen und internationalen Rang stehende Jubiläum gestaltet werden kann und wie es in der Bundeshauptstadt überhaupt in dieser Frage weitergehen soll, ist offen. Die offizielle Legende von der BBAW als der legitimen Fortsetzerin der Leibnizschen Akademie und von der durch Einigungsvertrag aufgelösten Gelehrtensozietät sitzt fest im öffentlichen Vorurteil, sie beruht aber auf einer historischen Unwahrheit. Wenn der Bundespräsident, die Bundesministerin für Bildung und Forschung und der Regierende Bürgermeister von Berlin am 1. Juli 2000 wie vorgesehen zu den Gästen der Festversammlung der BBAW anlässlich des 300jährigen Jubiläums der Berliner Akademie sprechen, werden sie zu bedenken haben, daß im Ergebnis der Wissenschaftspolitik in Berlin nach der Wende gleich zwei Einrichtungen ein wissenschaftliches und öffentliches Interesse an diesem Jubiläum artikuliert haben. Die eine, mit der historischen Wahrheit an ihrer Seite, als *Underdog* der Berliner Wissenschaftsszene; die andere, groß und stattlich, als Neugründung mit dem staatlichen Wohlwollen und einer geborgten Vergangenheit ausgestattet. Die Politik wird sicher klug abzuwägen haben, ob man – angesichts der heutigen, aus den politischen Affären dieser Monate gewonnenen Erkenntnisse über Gesetzestreue, Rechtsbruch und Unrecht – bei der Illustration vorgegebener politischer Schemata von gestern bleiben kann oder ob man bei der Suche nach Wegen in die Zukunft nicht besser die wirklichen historischen Fakten berücksichtigen sollte.

Zur Dynamik des Berufungsgeschehens an den Universitäten der Neuen Bundesländer

Die Gewinner der Einheit

Arno Hecht
Auerbach

Die beim staatlichen Zusammenbruch der DDR mit zunehmender Dramatik eskalierenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft gingen nach anfänglicher Ruhe, die eine vor dem Sturm war, auch nicht an den Einrichtungen des Hochschulwesens vorbei. Darüber hinaus

wurde die gesamte geistige Elite der DDR in den sich vollziehenden Umbauprozess unter dem zusammenfassenden Begriff der strukturellen und personellen Erneuerung einbezogen.

In einer ersten Phase, treffend als *romantische Phase des Aufbruchs* gekennzeichnet¹ die etwa bis zum Frühherbst des Jahres 1990 reichte, erfolgte mit rasch abnehmender Tendenz, als Ausdruck der damals noch möglichen Selbstbestimmung, in Verantwortung der letzten DDR-Regierung die zweifellos gerechtfertigte Auflösung der Sektionen Marxismus-Leninismus mit Einstellung ihres studentischen Unterrichts.² Weiterhin wurde vom bürgerbewegten akademischen Mittelbau, oft in Überschätzung der eigenen wissenschaftlichen Fähigkeiten, die trotzdem ebenfalls gerechtfertigte Forderung erhoben, dass die fachliche Kompetenz und nicht das Parteibuch über die leitende Funktion von Wissenschaftlern entscheiden sollte. Ihre Positionen sollten sie freiwillig für Wissenschaftler der 2. Reihe räumen, die angeblich, und im Einzelfall auch tatsächlich, in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung gehemmt worden waren. Diese mit

¹ Pasternack, Peer: Die demokratische Qualität der demokratischen Erneuerung: Humboldt-Universität zu Berlin und (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989-1995, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2 (1999) S. 95-120.

² Meyer, Hans Joachim: Erneuerung und Bewahrung. Die Entwicklung der Hochschulen in den neuen Bundesländern, in: *Forschung & Lehre* 4 (1997)10, S. 511-514. Meyer war als letzter Hochschulminister der DDR für diesen unvermeidlichen Schritt verantwortlich, der auf breite Zustimmung an der Basis stieß.

den sog. Vertrauensabstimmungen verknüpfte Forderung scheiterte besonders bei medizinischen Hochschullehrern vielfach an dem aktiven und passiven Widerstand der Betroffenen, die sich zu unrecht an den Pranger gestellt fühlten, ebenso wie an der fehlenden Rechtsgrundlage. Vorweggenommen sei, dass, wie die spätere Entwicklung zeigte, die Wissenschaftler der 2. Reihe überwiegend nicht in die entscheidenden Positionen einrückten. Dies hatte u.a. auch etwas mit der nicht ausreichenden fachlichen Befähigung zu tun, denn es war durchaus nicht so, dass in der DDR allein das Parteibuch über die Berufung entschied.

Abwicklung und Entlassung als Voraussetzung der Personalerneuerung

Die zweite Phase wird treffend auch als die *strukturelle Umgestaltung* der Hochschulen charakterisiert.³ Die entscheidenden Veränderungen vollzogen sich mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland. Die kurze hoffnungsvolle Phase der Selbstbestimmung wich – nach der vorangegangenen sowjetischen – nunmehr der bundesdeutschen Fremdbestimmung, der sich auch die meisten Wissenschaftler widerstandslos unterwarfen. Auf diesen sog. Prozess der demokratischen Erneuerung und sein Resultat im einzelnen einzugehen erübrigt sich an dieser Stelle, da er sich in seiner Komplexität und Widersprüchlichkeit in zahlreichen Veröffentlichungen dargestellt findet.⁴ Zwar wurde er in Abhängigkeit von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin fachintern diskutiert, fand jedoch insgesamt kaum Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, d.h. in der Presse und im Fernsehen.⁵

Ohne auf die Gründe der Entlassungen einzugehen, ist die Antwort des Wissenschaftsministers des Freistaates Sachsen, Hans Joachim Meyer, auf eine große Anfrage der Landtagsfraktion der PDS von Interesse, wonach nicht ein einziger Wissenschaftler in Sachsen wegen fachlicher

³ Pasternack, Peer, a.a.O.

⁴ Pasternack, Peer: Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998, Weinheim 1999.

⁵ Pasternack, Peer: Die Schwierigkeiten der Selbstreflexion. Wie die Fachdisziplinen ihren Umbau in Ostdeutschland debattierten. *Das Hochschulwesen* 45 (1997)2, S. 69-78.

Inkompetenz seinen Hut nehmen musste.⁶ Widersprüchlich zur Aussage von Hans Joachim Meyer verhält sich der Umstand, dass in Mecklenburg-Vorpommern etwa die Hälfte der Professoren und Dozenten aus fachlichen Gründen ihren Platz räumen musste.⁷ Darüber hinaus verließ ein nicht geringer Teil von Wissenschaftlern aus eigenem Antrieb die Universität bzw. wurde durch die Vorruhestandsregelung und mehr oder weniger sanften Druck in diese Richtung gedrängt.⁸ Meist standen die Betroffenen nur wenige Jahre vor der altersgemäßen Emeritierung. Die mögliche SED-Zugehörigkeit als Entlassungsgrund bedarf noch einer vertiefenden Betrachtung.

Im Ergebnis dieses kurz skizzierten Prozesses entstanden somit, trotz einer Reduktion der Planstellen für Hochschullehrer in den fortgeführten Fakultäten im Vergleich zur Situation in der DDR, eine Unmenge von Vakanzen, die einer Neuberufung harften. Nur am Rand sei bemerkt, dass bei der Realisierung der Entlassungen zwar ostdeutsche Wissenschaftler, die sich selbst zu Opfern erkoren, als Erfüllungsgehilfen eine wesentliche Rolle spielten, die grundsätzliche Weichenstellung jedoch in westdeutschen Amtsstuben und Parlamentsausschüssen schon zu Beginn des Jahres 1990 erfolgte.⁹

Der schmerzhafteste Übergang zur „neuen“ Universität

Um den Lehrbetrieb aufrecht zu halten, wurden in den abgewickelten Fakultäten Gründungsdekane, durch unterschiedliche Vorgehensweise aus-

⁶ Meyer, Hans Joachim: Personelle Erneuerung in Sachsen. Ministerielle Bilanz, in: *hochschule ost* 8 (1999)3/4, S. 263-276: "Es wurde keine Kündigung wegen mangelnder Eignung ausgesprochen".

⁷ Scheven, Dieter: Dreifach überprüft. Abschluss der personellen Erneuerung in Mecklenburg-Vorpommern, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 40 (1992)6, S. 376-378. Für die Kündigung von 233 Professoren und Dozenten waren in 115 Fällen fachliche Gründe maßgebend, d.h. in nahezu der Hälfte der Fälle.

⁸ Kiel, Siegfried: "Personelle Erneuerung" an ostdeutschen Hochschulen. Versuch einer ganzheitlichen Betrachtung, in: *hochschule ost* 3 (1994)1, S. 59-73 Das "freiwillige" Ausscheiden ist häufig "durch den Hinweis auf eine eventuell zu erwartende Überprüfung mehr oder weniger erzwungen worden, oftmals gekoppelt mit der Möglichkeit, in den Altersübergang zu wechseln".

⁹ Hecht, Arno: Das deutsche Reinheitsgebot. Seine Auswirkungen auf den einigungsbedingten Personalwandel medizinischer Hochschullehrer im Osten Deutschlands, in: *hochschule ost* 8(1999)1/2, S. 205-227.

gezeichnet,¹⁰ eingesetzt. Frühzeitig erfolgten die ersten Berufungen aus dem Westen. Einigen Ostwissenschaftlern wurde durch befristete Arbeitsverträge ein Verbleib an der Universität so lange ermöglicht, wie sie zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes notwendig waren. Dann durften auch sie gehen. Außerdem wurden, vor allem in der Medizin und in den Naturwissenschaften – so im Freistaat Sachsen – eine Reihe parteiloser Wissenschaftler ohne Ausschreibung berufen. Mit Hilfe dieser Maßnahmen konnte der Universitätsbetrieb, wenn auch mit deutlichen Abstrichen, trotz der Entlassungswelle aufrecht erhalten werden.

Das dann anlaufende Berufungsgeschäft berücksichtigte vor allem westdeutsche und ausländische Wissenschaftler. Dies wird in zahlreichen Mitteilungen zum Ausdruck gebracht, ohne dass die meist westdeutschen Autoren dies durch Zahlenmaterial belegen. Wir selbst haben eine entsprechende Analyse für die Medizin vorgelegt.¹¹ Trotz oder wegen eindeutiger Zahlen fand sie wenig Zustimmung, sondern erfuhr in Leserbriefen vor allem ostdeutscher Provenienz eine pejorative Bewertung.¹² Von der ursprünglich zumindest verbal angestrebten Ost-West-Vermischung konnte nicht die Rede sein. Vielmehr war eine zunehmende Invasion aus dem Westen zu verzeichnen. Zahlreiche junge Wissenschaftler aus den alten Bundesländern, überwiegend Privatdozenten, erhielten so die einmalige Chance eines unverhofften akademischen Aufstiegs. Nach tragem Anlauf kam so das Berufungsgeschäft rasch in Schwung. In einer Veröffentlichung in *Nature* wird von einem Karriereboom für westdeutsche Wissenschaftler gesprochen.¹³ Danach rückten in die Spitzenposition überwiegend westdeutsche Wissenschaftler ein, während die unteren

¹⁰ Pasternack, Peer: Zu Risiken und Nebenwirkungen der Leipziger Universitätserneuerung. Berichte und Polemiken 1990-1994, Göttingen/Leipzig 1995.

¹¹ Hecht, Arno: Personalwandel zugunsten Westdeutscher..., in: *Deutsches Ärzteblatt* 96 (1999)22, S. A-1466-A-1470. Es wird einmal auf den gravierenden Abbau ostdeutscher medizinischer Hochschullehrer verwiesen und zugleich auf die zunehmende Berufung westdeutscher Wissenschaftler, wobei bei den C4-Professoren ein Überwiegen derselben nachweisbar war, während zu dem Zeitpunkt bei den C3-Professuren noch ostdeutsche Mediziner eindeutig dominierten.

¹² Leserbriefe v. Christian Höver u. Lothar Prinz, in: *Deutsches Ärzteblatt* 96 (1999)42, S. A-2626; Leserbriefe v. Horst Nizze, Ulrich Knolle, H. Prange u. Wolfram Behrendt, in: *Deutsches Ärzteblatt* 96(1999)34-35, S. C-1569-C-1571. Wie üblich, wenn die vorgelegten Fakten nicht widerlegt werden können, wird versucht die Person des Autors zu diffamieren durch Charakterisierung als Altstalinist, Unbelehrbarer, SED-Apologet u.a.

¹³ German academics find career boost in east, in: *Nature* 370 (1994), S. 240.

Chargen, zumindest in dieser Berufungsetappe, von Ostdeutschen eingenommen werden.¹⁴

Es erschien uns von Interesse, den Prozess der Neuberufungen an die ostdeutschen Universitäten an Hand konkreter Zahlen zu dokumentieren; denn entsprechende Fragen lassen sich nicht mit Allgemeinplätzen beantworten.¹⁵ Zu diesem Zweck werteten wir die Rubrik Habilitationen und Berufungen der Zeitschrift *Forschung & Lehre* der Jahrgänge 1994 bis einschließlich 1999 aus. Die Namen der erfassten Wissenschaftler wurden in einer Datenbank erfaßt und mit Hilfe der Tabellenkalkulation Lotus 1-2-3 bearbeitet. Es wurden alle Wissenschaftler erfasst, die in dem angegebenen Zeitraum einen Ruf an eine ostdeutsche Universität erhielten. Entsprechend ihrer Herkunft wurde zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern unterschieden. Weiter wurde dokumentiert, ob der Ruf angenommen oder abgelehnt wurde, bzw. eine solche Aussage nicht getroffen werden konnte. Zusätzlich wurde erfasst, wie viele der westdeutschen Wissenschaftler in diesem Zeitraum ihre Tätigkeit an der berufenen Hochschule aufgenommen hatten, wie viele inzwischen eine Um-, d.h. Rückberufung an eine altbundesdeutsche Hochschule erhielten und wie hoch die Zahl derjenigen war, die einem solchen Ruf Folge leisteten. Außerdem wurde vermerkt, welche der ostdeutschen Wissenschaftler einen Ruf an eine westdeutsche Universität erhielten, und wie sie auf diesen reagierten.

Die Ergebnisse sind in den Tabellen 1 und 2 zusammengefasst. Insgesamt konnten wir 1.878 Wissenschaftler erfassen, von denen 1.358 den Ruf annahmen, davon 1.254 westdeutsche Wissenschaftler. Überwiegend handelte es sich hierbei um Wissenschaftler mit dem Status eines Privatdozenten. Von 148 Wissenschaftlern wurde der Ruf abgelehnt. Bei ihnen überwogen mit knapp 80% Wissenschaftler, die einen höheren akademischen Status als den des Privatdozenten inne hatten. Bei 372 Wissenschaftlern war es bis Ende 1999 nicht möglich zu eruieren, ob sie den Ruf

¹⁴ Noch ausgeprägter scheint die Westdominanz an den Fachhochschulen. Stichprobenartig haben wir die Situation an den FHTW Berlin, Mittweida, Zittau und Zwickau unter Berücksichtigung des Personalverzeichnisses von 1998 erfasst. Von 620 Professoren stammten 27,6% aus dem Osten.

¹⁵ Jachertz, Norbert u. S. Rieser: "... ein Kulturschock war das damals schon ...", in: *Deutsches Ärzteblatt* 96 (1999)22, S. A-1464-A-1466. In einem Redaktionsgespräch versuchen drei ostdeutsche Wissenschaftler, die aktiv an der personellen Erneuerung mitgewirkt hatten, diese zu rechtfertigen und gleichzeitig die Folgen zu verniedlichen, ohne an der Tatsache vorbeizukommen, dass westdeutsche Bewerber vorzugsweise berufen wurden.

angenommen hatten oder nicht. Das überrascht nicht bei dem langen Zeitraum, den die Abwicklung eines Berufungsverfahrens benötigt.^{16 17} Die 1254 angenommenen Berufungen stellen nur etwa die Hälfte der westdeutschen Wissenschaftler dar, die gegenwärtig tatsächlich an einer ostdeutschen Universität tätig sind. Diese Differenz beruht einmal darauf, dass in der Zeitschrift *Forschung & Lehre* nicht alle Berufungen, insbesondere der Jahre 1992 und 1993, erfasst wurden, und viele Berufungen dieser Zeit auf Vorschlag durch die neu gewählten ostdeutschen Dekane erfolgten. Drei Viertel der berufenen Hochschullehrer stammten bis 1993 aus den alten Bundesländern.¹⁸ In diesem Kontext gilt es zu beachten, dass eine beträchtliche Anzahl der ostdeutschen Hochschullehrer in ihrem früheren Rechtsstatus als Hochschullehrer bisherigen bzw. alten Rechts belassen wurde,¹⁹ was sich in einer niederen Entlohnung und eingeschränkten universitären Rechten ausdrückt.

¹⁶ Kuhlén, Rainer: Berufungsverfahren an deutschen Universitäten. Eine gravierende Strukturschwäche, in: *hochschule ost* 8 (1999)3/4, S.159-170. Der Autor stellt fest: "Die gegenwärtige Praxis der Be- oder Wiederbesetzung von Professuren in Deutschland ist so gut wie immer ein Skandal und ein Musterbeispiel für Ineffizienz, oft von Intrigen- und Machtspielen..." Es können anderthalb Jahre, eher mehr, vergehen, ehe eine Neubesetzung abgeschlossen ist.

¹⁷ Zimmermann, Karin: Die soziale Konstruktion der Passfähigkeit in Personalauswahlverfahren. Berufungen an ostdeutschen Universitäten, in: *hochschule ost* 8(1999)3/4 S.171-194. Die Autorin stellt fest, "dass i.d.R. die statushöheren C4-Kernprofessoren vor den C3-Professuren besetzt werden und anschließend die Stellenbesetzung und Überleitung der Positionen im wissenschaftlichen Mittelbau erfolgt". Über diesen Mechanismus wird verständlich, wie die fortschreitende Verwestlichung nicht nur des Führungspersonals der ostdeutschen Universitäten zu erklären ist.

¹⁸ Burkhardt, Anke u. Doris Scherer: Hochschulpersonal-Ost im Wandel. Zwischenbilanz, in: *Das Hochschulwesen* 42 (1994)6, S. 276-281.

¹⁹ Tüffers, Henning: Hochschullehrer bisherigen Rechts, in: *Forschung & Lehre* 2 (1995) 9, S. 505. Im Ergebnis der Untersuchung des Autors sind zu Beginn des Jahres 1995 an den ostdeutschen Hochschulen 650 "Hochschullehrer" bisherigen Rechts tätig. Diese besitzen nur eingeschränkte Universitätsrechte und, wie Minister Hans Joachim Meyer für den Freistaat Sachsen zum Ausdruck bringt, ist an eine Änderung ihres Status nicht zu denken (s. Meyer, a.a.O.). Allerdings wird dies nicht von allen Betroffenen als Nachteil empfunden, steht ihnen so doch mehr Freiraum für ihre wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung.

Tabelle 1: Erfolgte Berufungen an ostdeutsche Universitäten differenziert nach der Herkunft der Wissenschaftler

Berufungen	West	Ost	Summe
Erhalten	372		372
Angenommen	1.254	104	1.358
Abgelehnt	148		148
Summe	1.774	104	1.878

Tabelle 2: Rück- und Umberufungen differenziert nach der Herkunft der Hochschullehrer

Umberufungen	West	Ost	Summe
Keine	1.015	87	1.102
erhalten	64	2	66
angenommen	145	13	158
abgelehnt	30	2	32
Summe	1.254	104	1.358

Von den 1254 Wissenschaftlern, die einen Ruf angenommen hatten, waren inzwischen 145 einer Rückberufung an eine westdeutsche Universität gefolgt, weitere 64 hatten einen solchen erhalten und 30 ihn abgelehnt.

104 Rufe betrafen ostdeutsche Wissenschaftler. Gemessen an der Gesamtzahl sind das verschwindende 5,5% aller Rufe. Von ihnen bekamen 17 einen Ruf an eine westdeutsche Universität. 13 dieser Berufungen wurde Folge geleistet, 2 wurden abgelehnt und bei 2 ist eine definitive Aussage zum Zeitpunkt der Auswertung nicht möglich. Diese Zahlen stützen die Prognose, dass die akademische Migrationsrichtung eindeutig vorgezeichnet ist.²⁰

²⁰ Bierwisch, Manfred: Wissenschaften im Vereinigungsprozeß. Versuch einer Bilanz, in: Kocka, Jürgen u. Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Akademie Verlag, Berlin 1998, S. 485-507.

Nicht Vermischung, sondern westdeutsche Dominanz

Die Zahlen bestätigen den Eindruck, dass nicht nur die im Ergebnis der politisch motivierten Entlassungen frei gewordenen Hochschullehrerstellen durch Berufungen westdeutscher Hochschullehrer besetzt wurden. Vielmehr ist zu beobachten, dass auch die nunmehr durch Umberufung frei werdenden Lehrstühle wie auch diejenigen, die durch altersgemäß ausscheidende ostdeutsche Hochschullehrer frei werden, fast ausschließlich durch westdeutsche Wissenschaftler besetzt werden. So wurden an die Universität Leipzig in einem Jahr 14 Wissenschaftler berufen. Nur einer kam als Hausberufung aus dem Osten.²¹

Bestätigen lässt sich die Voraussage,²² dass es zu einer Rückwanderung kommen wird. Doch hält sich diese gegenwärtig offensichtlich noch in Grenzen, wenn auch bei den weiterhin tätigen Di-Mi-Do-Professoren zu erwarten ist, dass diese nur auf einen Rückruf an eine Universität in den alten Bundesländer warten.

Diesen Vorgang der sich stetig vervollkommnenden Westdominanz kann der Beobachter bedauern oder billigen. Unseres Erachtens ist er im wesentlichen auf zwei Tatsachen zurückzuführen. War es unmittelbar nach dem Anschluss der Kotau verbliebener Ostwissenschaftler und ihrer Vorgesetzten in den Landesregierungen vor einer in den USA genossenen Tätigkeit, die ihre Entscheidung festlegte, so werden jetzt die Berufungskommissionen von westdeutschen Wissenschaftlern dominiert. Diese agieren in einem Netzwerk über Jahrzehnte aufgebauter und gut funktionierender Beziehungen²³ und kennen natürlich nur die jüngeren Nachwuchswissenschaftler aus ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich. Andererseits existiert tatsächlich kaum berufungswürdiger ostdeutscher Nachwuchs. Es wurden viele jüngere Wissenschaftler der 2. Reihe ebenfalls von der Entlassungswelle betroffen. Im Ergebnis der lange Zeit offenen Zukunft an den Hochschulen verließen zudem viele habilitierte Wissenschaftler – die aktiven, mobilen und flexiblen – die Universität und bemühten sich mit unterschiedlichem Erfolg, eine neue Existenz in der frei-

²¹ Universität Leipzig (Zeitschrift der Universität Leipzig) Jahrgang 1999.

²² Schluchter, Wolfgang: Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt am Main 1996, S. 127.

²³ Der pejorative Begriff der *Seilschaft* findet nur in Bezug auf die DDR Anwendung. In diesem Kontext besteht kein Zweifel an der Bedeutung einer derartigen sozialen Kommunikation für das Funktionieren gesellschaftsinterner Prozesse.

en Wirtschaft aufzubauen. Diese Tatsache wird durch den Fakt reflektiert, dass sich unter den 1.878 berufenen Wissenschaftlern nur 104 aus dem Osten finden.

Weiter gilt zu beachten, dass die Zahl der Habilitationen an den ostdeutschen Universitäten dramatisch zurückgegangen war. Gab es 1989 951 Habilitationen, so ging diese Zahl 1994 auf 92 zurück, ein Rückgang um 90,3%.²⁴ Erst neuerdings ist wieder ein allmählicher Anstieg zu beobachten. Zwar hätten zweifellos aus der abgewickelten Akademie der Wissenschaften der DDR reichlich jüngere berufungsfähige Wissenschaftler zur Verfügung gestanden. Doch auch sie wurden mit Ausnahmen nicht berufen und etwa 1600 verkamen allmählich in dem ineffektiven WIP-Programm.²⁵ Wir selbst sind bei unseren Recherchen auf deutlich weniger als 100 habilitierte Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften der DDR gestoßen, die an der Universität eine Anstellung als Hochschullehrer gefunden haben.

Die Zahlen unterstreichen, dass von einer Durchmischung keine Rede sein kann. Huber vertritt die wohl gerechtfertigte Meinung, "dass von einer generellen oder auch nur überwiegenden personellen Kontinuität über die Wiedervereinigung hinweg schon lange nicht mehr gesprochen werden kann", und das bereits 1996.²⁶ Abbott stellt fest, dass 1999 im Vergleich zu 1994 bei den C4-Professoren Westdeutsche dominieren und auch in die unteren Positionen zunehmend westdeutsche Wissenschaftler einrücken.²⁷ Ebenso sind die Berufungen von ostdeutschen Wissen-

schaftlern an eine westdeutsche Universität zahlenmäßig zu vernachlässigen. Somit besteht kein Zweifel, dass auch im wissenschaftlichen Umfeld die Gewinner der Einheit überwiegend nicht im Osten, sondern im Westen Deutschlands zu suchen sind.

Diese im Ergebnis der politisch vorgegebenen Rahmenbedingungen zwangsläufige Entwicklung zur westdominierten Universität im Osten wird langfristig nicht ohne soziale Konsequenzen bleiben.²⁸ Diese sind u.a. in der von Tatsache zu sehen, dass die in den vergangenen Jahren entstandenen Ungerechtigkeiten im Rahmen des Personalaustausches – dieser Terminus trifft die Situation besser als der der Personalerneuerung – die Pressionen des DDR-Alltags verdrängt haben.²⁹ "Der Kapitalismus ist nicht mit der Demokratie verheiratet, sondern mit dem Profit".³⁰ Insofern reflektiert die Beschreibung von Demokratie- und Rechtsdefiziten im Zusammenhang mit der Personalerneuerung³¹ nicht die Ausnahme, sondern das Typische. Der ständige Gebrauch und sich damit abnutzende Slogan vom demokratischen Rechtsstaat dient vom Wesen nur der Verschleierung der grundsätzlichen Widersprüche in Staat und Gesellschaft. Auch an den Universitäten und Hochschulen wird es ein bis zwei Generationen brauchen, ehe die Spuren der "feindlichen Übernahme" vom Wind der Geschichte verweht sind.

Germans were quick to make the most of the new academic opportunities in the east when few available positions were available at home."

²⁸ Scholz, Albrecht u. Peter Wunderlich: Gedanken zum Start der neuen Schriftenreihe. Schriften der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus NF, Bd. 1 (1997) S. 5-7. "Die in den vergangenen Jahren entstandenen Unzufriedenheiten mit der Mißachtung aller bisherigen Strukturen und positiven Erfahrungen der DDR, ungerechtfertigten Abwicklungen und Entlassungen, frühkapitalistische Tagespolitik sowie soziale Verwerfungen haben auf der anderen Seite Pressionen des DDR-Alltags verdrängt." Bramke, Werner: Personelle Hochschulerneuerung in Sachsen 1990-1997. Restimee einer Großen Anfrage im Sächsischen Landtag, in: *hochschule ost* 8(1999)3/4, S. 277-285. Im Hinblick auf die Art und Weise der personellen Hochschulerneuerung gelangt der Autor zu folgender Wertung: "Die Abwicklung hat bis heute ungute Nachwirkungen auf die innere Verfassung der Hochschulen Ostdeutschlands. Es ist immer ein fataler Irrtum zu glauben, eine zeitweilige, auch nur partielle Dispensierung der Demokratie könne folgenlos für diese selbst bleiben oder könne gar positiv, weil als Schocktherapie wirken."

²⁹ Scholz, Albrecht u. Peter Wunderlich: Gedanken zum Start..., a.a.O., S. 6.

³⁰ So zitiert der Germanist und Literaturhistoriker Hans Mayer in seiner Brecht-Biographie den Soziologen Fritz Sternberg. Mayer, Hans: Brecht. Frankfurt am Main 1996, S. 38.

³¹ "Einerseits gab es die Bindung an das Recht und formalisierte Verfahren. Andererseits wurde diese mitunter überformt durch die höhergewichtige Bindung an politische Zielsetzungen." Und weiter: es "mobilisierte der permante Demokratie-Bezug legitimatorisches Potential für die Modalitäten des ostdeutsche Hochschulumbaus", Pasternack, Peer: a.a.O.

²⁴ Mösch, Bettina: Habilitationen von 1980 bis 1994. Neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes, in: *Forschung & Lehre* 2 (1995)11, S.602-605; Burkhardt, Anke u. Doris Scherer: Kapitel V: Wissenschaftlicher Nachwuchs. In: Buck Bechler, Gertraude/Hans Dieter Schaefer u. Carl Hellmut Wagemann (Hrsg.): Hochschulen in den Neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1997, S. 357-420.

²⁵ Seifert, Gottfried: WIPianer in blühenden Landschaften? Nachruf auf ein Stück gelebter Solidarität im zusammenwachsenden Deutschland, in: *hochschule ost* 7 (1998)2 S. 68-99. Ziel des WIP war die Eingliederung von Wissenschaftlern der Akademie-Einrichtungen in die Hochschulen der neuen Länder. Diesem Vorhaben stand die drastische Reduzierung der Stellen für den akademischen Mittelbau im Wege. In der Endkonsequenz bezeichnet der Autor das Programm als gescheitert.

²⁶ Huber, Peter M.: Personelle Kontinuität an den Hochschulen der neuen Länder? In: H. Koschik u. K. Weiss: Von Erblasten und Seilschaften. Olzog-Verlag 1996, S. 139.

²⁷ Abbott, Alison: Tough measures bring a scarred science back to the world stage. Ten years after the fall of the Berlin wall, east German scientists are putting the pain of reunification behind them, in: *Nature* 401 (1999), S. 635-639. Abbotts stellt fest: "West

Abschließend einige Bemerkungen zu dem hin und wieder zu begegnenden Vorwurf, dass sich die westdeutschen Kollegen unsolidarisch verhielten, wenn sie die freien Lehrstühle im Osten übernahmen, ohne zu hinterfragen, welchen Mechanismen sie ihren unverhofften Aufstieg verdanken. Dieser Vorwurf ist obsolet. Einmal sind sie selbst an der Vertreibung ihrer Vorgänger im Amt nicht beteiligt gewesen und mit Ausnahmen grundsätzlich nicht an der DDR-Geschichte der von ihnen übernommenen Einrichtungen sowie Mitarbeiter und Vorgänger interessiert. Zum anderen haben sie ihre Sozialisation in einer Gesellschaft erfahren, in deren Mittelpunkt monetäre und nicht moralische Werte stehen. Sie haben gelernt, dass nur die individuellen Interessen und Vorteile für das eigene Verhalten bestimmend sein dürfen und in diesem Kontext doppelte Moral bzw. mangelnde Wahrhaftigkeit³² hilfreich sind. Für diese Gesellschaft ist ein Nebeneinander und nicht ein Miteinander kennzeichnend. Der Nebeneinander interessiert nur insoweit, als er sich den eigenen Vorstellungen als nützlich oder schädlich erweist. So ist auch erklärlich, dass westdeutsche Wissenschaftler, die früher Kontakt zu ihren ostdeutschen Kollegen suchten und fanden, diese heute nicht mehr kennen. Dies berührt einen DDR-sozialisierten Menschen, geformt durch andere soziale Rahmenbedingungen, besonders negativ. Letztere machen auch die beschriebenen Schwierigkeiten im täglichen Umgang zwischen den zahlreichen aus den alten Bundesländern berufenen Wissenschaftlern und der Minderheit der verbliebenen ostdeutschen Hochschullehrer verständlich.³³ Doch boten die vergangenen 10 Jahre genügend Gelegenheit, sich mit der neuen gesellschaftlichen Realität vertraut zu machen und zu erfahren, dass die Beziehungen zwischen den westdeutschen Kollegen überwiegend ebenfalls durch Kälte und Fremdheit bestimmt werden. Gesellschaften können nicht besser oder schlechter sein als die Menschen, die in ihnen leben. Sie reflektieren somit das jeweils typische menschliche Verhalten, das nur eine Modifikation durch die soziale Umwelt und erneute Verformung durch "anpasserische Wendigkeit" erfährt. So wird verständlich, warum zwi-

³² Meyer, Hans Joachim: Wissenschaft und Wahrhaftigkeit. In: Hans Joachim Meyer: Erneuern und Bewahren. Reden, Aufsätze und Pressebeiträge zur Hochschulpolitik, Teil I. 1990-1993, Dresden 1997, S.11-15. "Wahrhaftigkeit schließt das Recht auf Irrtum und Korrektur ein", so der Autor, doch sicher nicht das Recht auf doppelte Moral, das beim "Erneuern und Bewahren" er durchaus für sich in Anspruch nimmt. Politik und christliche Moral sind zweifellos schwer miteinander vereinbar.

³³ Pasternack, Peer: Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: *Deutschland Archiv* 29 (1996)3, S. 370-380.

schen den verschiedenen Gesellschaftsformen und den Verhaltensweisen der in ihnen lebenden Menschen nur graduelle und keine substantiellen Unterschiede bestehen.

"Neu? Medien, Länder, Konzepte" – Medienausbildung in Ostdeutschland

Angela Zumpe
Dessau

Unter diesem Motto fand am 24. und 25. Juni 1999 das Kolloquium zum Thema Medienausbildung in Ostdeutschland am Bauhaus Dessau und auf dem Campus der Hochschule Anhalt mit vier Podien

zu den Themen – Medienpraxis, Mediendesign, Medienkunst, Medienwissenschaft und einer "langen Nacht der Projekte" statt. Die Vertreter aus 24 Fachbereichen der fünf neuen Ländern waren gekommen, um sich über verwandte Ansätze innerhalb ihrer Disziplin zu informieren, aber auch um fachübergreifend Fragen nach der Tragfähigkeit der Schnittstelle Medien zu diskutieren.

"Sinnlichkeit ist die Basis aller Wissenschaft" läßt Alexander Kluge den Lebensgefährten der Ostagentin in dem Film "In Gefahr und Not bringt der Mittelweg den Tod" (1974) aus Marxens "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" vorlesen. Er setzt auf eine Theorie der Erfahrung, die "Film als lustvoll-kritisches Verständigungsinstrument beim Blick auf unsere Realität ernst nimmt". "Wo heutzutage in den kulturwissenschaftlichen Seminaren allerorten von ‚active audiences‘ die Rede ist, bekommt der Blick auf Kluges aus Überzeugung unaufgeräumten Theoriebaustellen neue Aktualität."¹ Seinen Filmen mutet er die gleiche assoziative Weiträumigkeit zu wie einem theoretischen Essay", und damit ist er immer noch ein wenig Vorbild für die Möglichkeit der Aufhebung von fiction und fact, die dem Serien- und Genredenden von Fernsehprodukten gegenüber steht.

Ein wenig beschlich einen dieses Gefühl des "Drüberredens" bei der Diskussion der Medientheoretiker beim Podium "Medienwissenschaft" des Kolloquiums. Da war die Rede von den unterschiedlichen Apriori, die

die Vertreter der unterschiedlichen Studienrichtungen an den Hochschulen der fünf neuen Bundesländer zu verdeutlichen suchten. Interessant allemal, dass sich Vertreter sowohl der Grundlagenforschung als auch der anwendungsorientierten Geisteswissenschaften erstmalig auf einem Podium zusammengefunden hatten und über ihre unterschiedlichen Ansätze Auskunft gaben. Ebenso vehement forderten Sie die Vertreter des Podiums "Medienkunst" zu einer genaueren Bezeichnung der Differenz der gezeigten Arbeiten auf, die das wiederum nicht als ihre Aufgabe ansahen.

Was hier im Kleinen stattfand, nämlich dass sich Vertreter von 24 Fachbereichen, deren gemeinsamer Nenner der Begriff "Medien" bildet, an einen Tisch setzen, hätte man sich idealer Weise in der Umbruchsituation '89 vorstellen können: möglichst frei von Standortpolitik und Evaluationsbestrebungen, in einer historisch einzigartigen Situation, nämlich der Neuorientierung einer Gesellschaft, zu der parallel die Neugründung vieler Hochschulen und Studienbereiche in diesem Bereich stattfand, Synergien in einem medialen Umfeld zu schaffen, die es ermöglichen, übergeordnete Studienangeboten einzurichten; sowohl Mediengestalter und -theoretiker, Informatiker sowie Wissenschaftler aus unterschiedlichen Bereichen wie Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und künstlerischen Disziplinen in angrenzenden Studiengängen unter dem Dach einer Hochschule zusammenzubringen und offene Bereiche für mögliche Zusammenarbeiten zu schaffen.

Als Dieter Daniels, Professor für Medientheorie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) Leipzig, und ich im November '98 davon sprachen, man müßte mal alle Kollegen und Initiativen im Bereich "Medienausbildung" in den neu gegründeten Fachbereichen und Hochschulen kennenlernen, begannen wir mit einer ersten Recherche. Uns war nicht bewußt, wieviele Ausbildungsstätten existieren. Die Reaktionen einer ersten Anfrage waren dann so prompt und zustimmend, dass wir merkten, dass hier offensichtlich ein übergreifendes Interesse besteht, jenseits medienpolitischer Erwägungen der Ministerien, die sicher auch Grund genug für eine Bestandsaufnahme gehabt hätten, einen Diskurs der Betroffenen selbst zu führen. Wir wählten als Titel "Neu? Medien, Länder, Konzepte", der gleichzeitig das Logo der Veranstaltung bildete. Das Fragezeichen war dabei der entscheidende Faktor, der die Diskussion kontrovers eröffnen sollte.

Zur Fragestellung: Natürlich haben wir uns gefragt, ob es sinnvoll ist, den Begriff *Medien*, der oft genug zum Schlagwort wird, zum gemeinsa-

¹ Eike Wenzel in der *taz* vom 6.1.2000.

men Nenner eines Kolloquiums, eines Treffens vor Ort, von Studiengängen und ihren Vertretern zu machen allein deshalb, weil sie die den Begriff *Medien* im Titel führen. Bevorzugt wird er von Politikern in Bezug auf vermeintliche Standortvorteile und von innovationsbemühten Multimedia-Agenturen im Munde geführt.

"Der Begriff [,Medien'] ist erst seit den 60er Jahren Teil der deutschen Sprache geworden. (...) Er ist mit dem Phänomen, das er beschreibt, entstanden. Es gab ihn beispielsweise noch nicht im Bauhaus der 20er Jahre. Einer unserer großen deutschen sog. Medientheoretiker Walter Benjamin hat ihn noch nicht verwendet (...) Er spricht von Apparat."²

Der Bezug zum Bauhaus lag für uns nahe, da das Bauhaus in den 1920er Jahren das Modell einer interdisziplinären Ausbildung war, auf der Suche nach der verlorenen Synthese von künstlerischer, gestalterischer und industrieller Produktion. Eine vergleichbare Problematik besteht heute im Umfeld der neuen Medien, wo ein schneller technischer Fortschritt gestalterische Lösungen ebenso wie wissenschaftliche Thesen rasch altern lässt. Gleichwohl muss man sicher vorsichtig sein mit Begriffen wie "Elektronisches Bauhaus" oder "Zweite Moderne", dem von Heinrich Klotz geprägten Begriff.³ Dennoch hat ein Gedanke als Geschichte alternativer Lebensformen selten derart radikale Ideen hervorgebracht:

"Die damalige Avantgarde setzte sich nicht nur aus Künstlern, Designern, sondern eben auch aus Philosophen, Technikern, Wissenschaftlern und Schriftstellern zusammen; ihre Bezugsebene war nicht nur die Technik und die maschinelle Produktion, sondern die Suche nach kollektiven Beziehungen und Ausdrucksformen, jenseits individualistischer Selbstbezogenheit."⁴

Insgesamt ist der mediale Bereich einer der größten Wachstumsbereiche, er bietet inzwischen (z.B. 1999 in Nordrhein-Westfalen) mehr Arbeitsplätze als die Autoindustrie. Gleichzeitig führt das auch zu rasanten Änderungen der Berufsfelder, und die Frage, inwieweit die akademischen Strukturen damit Schritt halten können oder überhaupt wollen, ist berech-

² Dieter Daniels in seinem Vortrag beim "Kolloquium für Medienausbildung" Juni '99 in Dessau. Erschienen ist über die Veranstaltung eine 33minütige Videodokumentation, die bezogen werden kann bei: Hochschule Anhalt, FB Design, Prof. A. Zumppe, Schwabestr. 3, 06846 Dessau. Weitere Informationen sind im Infopool auf der Website: www.des.hs-anhalt.de/medienausbildung zu finden.

³ Vgl. Heinrich Klotz: Die zweite Moderne. Eine Diagnose der Kunst der Gegenwart, München 1996.

⁴ "Vom Bauhauskonzept zum Kommunikationsdesign", 1985

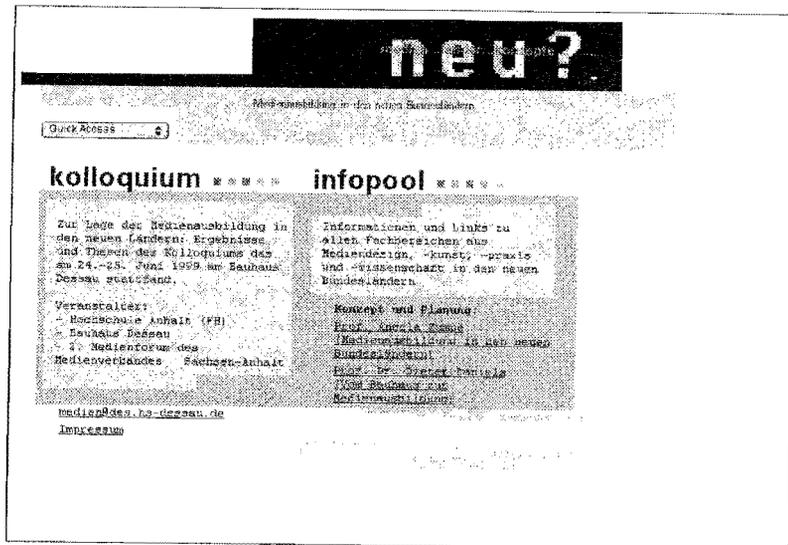
tigt. Die "Medienkompetenz" macht dabei vor der Differenz von Studenten und Dozenten nicht halt. Also stellt sich hier die Frage, wo unsere Rolle als Lehrende in Zeiten rasanter Innovationen ist. Wenn es zu Zeiten des Bauhauses noch "ewige Werte" in Form von Malerei, Fotografie und Film gab, kann man das heute ohne weiteres auf Fernsehen, Multimedia und Internet übertragen? Interessant ist, dass die damals in den 20er Jahren innovativen Medientechniken wie Fotografie oder Film nicht am Bauhaus studiert werden konnten, sondern, wie Dieter Daniels in seinem Vortrag sagt:

"Jedes neue Medium (...) entsteht zunächst zwischen den Stühlen. (...) Die Frage, wer fühlt sich heute für das Internet zuständig, ist ebenso absurd. Der akademische Betrieb zieht dann nach, wenn das Phänomen in seiner Aufbruchphase vorbei ist."

Die regionale Bezogenheit unseres Kolloquiums auf die fünf neuen Bundesländer hat ihre Ursache in der politischen Situation: Seit 1993, innerhalb von sieben Jahren, haben die Bildungsreformen gegriffen und bestehende Hochschulen verändert oder zu Neugründungen von Hochschulen geführt – wie z.B. die Hochschule Anhalt, die 1993 an drei Standorten mit sehr heterogenen Studiengängen gegründet wurde, oder, im Gegensatz dazu, die Filmhochschule in Babelsberg HFF, die sowohl vor der Wende als auch danach eine der zentralen Ausbildungsstätten für Film- und Fernsehen war und ist. Eine in der Geschichte einzigartige Situation hat zu Neugründungen und Umstrukturierungen an den Hochschulen geführt. Es wird sich zeigen müssen, ob hier eine andere Akzentuierung im Bereich der Medien stattfinden wird.

Erklärte zukunftssträchtige Modelle gibt es, z.B. die Universität Erfurt oder die Bauhausuniversität Weimar, mit Studiengängen wie "Medienkultur" und "Mediensysteme". Der Beweis über deren Realisierbarkeit und der Nachweis ihrer Realisierung steht noch aus. Wenn der Absichtserklärung der "Erfurter Idee" keine Erfurter Praxis folgt, bewegt man sich im Bereich der Phrasendrescherei. Alle Hochschulen denken seit einiger Zeit über Internationalisierung der Lehrangebote, "Virtuelle Universitaet" im Sinne von Distance Education und Transdisziplinarität zwischen den Forschungsgebieten nach, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Was meint in diesem Zusammenhang: "Es entwickeln sich neue Verbindungen zwischen Fernsehen, Video, Computer und Telefon. Solchen Zusammenballungen wollen wir in Erfurt nachspüren"? Und was bedeutet es für die

Praxis der Hochschule: "Wir strengen uns an, ein Ort des Vorausdenkens und des Nachdenkens für diese Gesellschaft zu werden"⁵



Prof. Dr. Martin Löffelholz von der TU Ilmenau sagte dazu auf dem Schlußpodium:

"Ich fand dieses Kolloquium sehr hilfreich um herauszufinden, was in diesem spannenden Feld der Medien passiert: Die Studierenden sollten nach Ostdeutschland gehen, hier kann man z.Zt. mehr erfahren, als in den verkrusteten Strukturen traditioneller Institutionen. Ich vermute, dass es entsprechende Reflektionsprozesse auch im Westen geben wird, die man hier überall beobachten kann, und dass das dort auch zu entsprechenden Innovationsschüben führt."

Was hier zukunftsoptimistisch formuliert wurde, verankerte Dieter Daniels historisch:

"Doch ebenso waren die Medien ein wesentlicher Faktor für das Ende des Sozialismus in seiner real existierenden Form. Meine These ist, dass die Wiedervereinigung schon lange vor dem Fall der Mauer in den Medien stattgefunden hat, in dem Moment, als sich die DDR-Regierung dazu entschlossen hat, den Widerstand dagegen aufzugeben, dass über ihrem Territorium die Fernsehhoheit des Westens herrschte."

⁵ Zitate aus Peter Glotz: Die Erfurter Idee, in: *hochschule ost* 2/1997, S. 178-181.

In der Bundesrepublik wird der Diskurs über die Veränderung unserer Kommunikationsformen durch die elektronisch-digitalen Medien bereits seit dem Anfang der 80er Jahre geführt. Hier stellt sich die Frage, ob eine solche Fragestellung bzw. ein entsprechender öffentlicher Diskurs in der DDR überhaupt möglich gewesen wäre. Denn eine Kritik der Medien hätte auch eine Kritik der Inhalte nach sich gezogen. Der Begriff "neue Bundesländer" zeigt, das es auch noch 10 Jahre nach der Wende schwierig ist, Begriffe wie Ostdeutschland und Westdeutschland in ihrer Normalität zu verwenden, zumal der Begriff Ostdeutschland weder kulturhistorisch noch geografisch wirklich zutreffend ist.

Den Schwerpunkt des Kolloquiums "Neu? Medien, Länder, Konzepte" hatten wir auf die Gestaltung und die Geisteswissenschaften gelegt, weniger auf die technischen Studiengänge. Dahinter stand zunächst die Frage nach der Tragfähigkeit der Schnittstelle Medien: Was heißt "Medien" für Designer, Künstler, Wissenschaftler? Gibt es gemeinsame Interessen, oder ist es nicht vielmehr so, dass eher eine klare Abgrenzung zwischen künstlerischen, angewandten und wissenschaftlichen Bereichen stattfindet? Mir fiel bei der Recherche für das Kolloquium auf, dass innerhalb der Lehrangebote noch wenige Schnittstellen bestehen: Bei den Medienwissenschaften gibt es Verbindungen zu den Kommunikationswissenschaften, manchmal auch mit einer Schnittstelle zu den Film- und Literaturwissenschaften. Aber eine innovative Bewegtbildanalyse kombiniert mit einer praktischen gestalterischen Ausbildung findet selten statt. Umgekehrt fehlt es in den praktisch orientierten Ausbildungsbereichen wie "Mediendesign" oftmals an Angeboten, die kritische Reflektion der Ästhetik/Tools und der Inhalte zu kommunizieren.

Siegfried Zielinski, Gründungsrektor der Kunsthochschule für Medien (KHM) in Köln, plädierte aus seiner Erfahrung heraus für eine Heterogenität der Hochschulen: Die KHM schaffe als Kunsthochschule für Medien einen Freiraum für Experimente und könne starke Einzelfelder und -Persönlichkeiten verkraften, die sich bei aller Polarisierung untereinander respektieren. Eine Oscarverleihung in Hollywood mache da den Rücken frei für weniger publikumswirksame Projekte. Laut Zielinski geht es nicht um die "Ergonomisierung der Medien", das Anschmiegsammachen der Medien, und er warnte davor, im "Anwendertum" zu versinken; Medienkompetenz im Sinne von Technik- und Oberflächenkompetenzen haben junge Leute seiner Ansicht nach en masse, dahinter offenbare sich jedoch gähnende Leere. Für die Bildmedien der Zukunft wünsche er sich Natur-

wissenschaftler, Chaostheoretiker und Biologen, um Anregungen zu geben z.B. mit dem Faktor *Zeit* anders umgehen zu lernen: "Chaospiloten, die mit Komplexitäten umgehen können". Zielinski fordert offene Systeme von Bildung, wozu auch der Efenbeinturm nötig sei, es müsse nur genug Wind durchpfeifen. Und die interessanten Fragestellungen kämen nicht aus der Informatik, sondern beispielsweise aus der Kooperation mit den Künstlern. Dazu gelte es, Strukturen zu schaffen, die Kontexte und Atmosphären ermöglichen, statt auf Statistiken zu verweisen und an starren Formen festzuhalten.

Prof. Ruhrmann von der Universität Jena gab bei der Diskussion "Lehr- und Lernbarkeit der Medien" zu bedenken, daß es auch weniger privilegierte Orte gibt. Dort lasse man Studiengänge und Universitäten voll laufen, um Bestandsprobleme zu lösen und Hochschulen attraktiv zu machen. Prof. Strothotte, Studiengang Computervisualistik an der Universität Magdeburg und Leiter des Instituts für Computervisualistik, sieht in der Ausbildung eine Zulieferung für die Industrie: Er sagte, daß die Hochschulen die Impulse dafür geben müssen, was z.B. die Software zukünftiger Generationen enthalten sollen. Grundlegende Algorithmen seien Anfang '98 entwickelt worden, die sich bereits heute in den Softwares wiederfinden.

Nicht allein bedienungsfreundlichere Zugangsmöglichkeiten oder geschicktes Marketing entscheiden über die Akzeptanz von technischen Neuerungen. Wir wissen inzwischen, daß nicht die Medien selbst, sondern der gestalterische Umgang mit ihnen über das Gelingen von Informations- und Kommunikationsprozessen entscheidet – das gilt für's Internet ebenso wie für die Television. Um beim Beispiel des Fernsehens zu bleiben: Zu oft wird dort mit den neuesten Technologien nach Dramaturgien von gestern erzählt. Im Fernsehen interessiert man sich für den Mainstream (d.h.: was kommt bei möglichst vielen Konsumenten an), funktionierende Formen werden kopiert, amerikanische Sendeformate wie Talk- oder Spielshows werden importiert, um dann festzustellen, dass es bei uns nicht funktioniert. Oder man versucht, ein Genre von einem Medium ins andere zu transportieren, wie z. B. eine Seifenoper online ins Netz zu bringen, wie es das ZDF versucht hat, ohne die medienspezifischen Anforderungen zu berücksichtigen. Wenn man sich ausschließlich an den von Marktforschern definierten Publikumserwartungen orientiert, wird man kaum Visionen für neue Medienanwendungen entwickeln können.

The screenshot shows a website interface with a dark header containing the text "kolloquium **** infopool **** neu?". Below the header is a navigation menu with items: "Medienpraxis", "Medienkunst", "Mediendesign", "Medienwissenschaft", "weitere Beteiligte", and "Kommentar". The main content area lists participants, including "Prof. Dr. Dieter Wiedemann, (Hochschule für Film und Fernsehen Babelsberg)". Under his name, there are two sections: "Praxis- und Projektbezug / Qualifikation und Berufsbereitschaft" and "Qualifikation und Berufsrealität / Generalisierung - Spezialisierung". A small portrait of Prof. Wiedemann is visible to the right of the text. At the bottom of the page, the email address "medien@dsg.hs-anhalt.de" is displayed.

Anregungen für neue Dramaturgien und Gestaltungsformen kommen derzeit aus anderen Gattungen: Junge Filmemacher bewegen sich im Erzählraum vor und zurück wie im Cyberspace, das "Erzählen auf mehreren Ebenen" läßt dank der digitalen Bildbearbeitungsmöglichkeiten neue Raum- und Zeitkontinuen zu. Offene narrative Formen, die nicht mehr linear einen Erzählstrang verfolgen, sind möglich – in der Literatur schon längst erprobte Strukturen. Sie bedienen sich darüberhinaus digitaler Effektmöglichkeiten, vertraut aus Werbeclip und Musikvideo. Hinzu kommen neue typografische Ansätze junger Designer und Schriftentwerfer, die sich zunehmend mit bewegter, animierter Typografie auf dem Bildschirm beschäftigen. Die Akzeptanz von MTV und VIVA unter Jugendlichen hat gezeigt, daß die oft wiederholte Kritik der "visuellen Unverdaulichkeit" so nicht mehr zutrifft, sondern dass eine neue Generation offensichtlich wachsende Fähigkeiten entwickelt, mit der Flut der Informationsmedien fertig zu werden, eine Generation, die die neue televisuelle Sprache versteht und zunehmend mitgestaltet. Und hier positioniert sich das Lehrgebiet "audiovisuelle Medien" innerhalb des Fachbereichs Design: Die konzeptionell-gestalterischen Fähigkeiten müssen mit einem breiten technologischen Verständnis verbunden werden. Der Fachbereich Design in Dessau etwa setzt neben Kommunikations- und Produktdesign auf einen starken medialen Schwerpunkt, um in allen Bereichen Schnittstellen zu

schaffen – erfolgreich, wie Kooperationen mit Architekten, Naturwissenschaftlern und der mitteldeutschen Medienförderung zeigen.

Der Begriff "Mediendesign" muss sich inzwischen auch gegen inflationären Gebrauch abgrenzen: "Die Schwierigkeit liegt darin, der Komplexität der Medien gerecht zu werden. (...) So ein bisschen Gestaltung gibt es einfach nicht", so Prof. Krohn vom Fachbereich Mediendesign der Fachhochschule Harz. Prof. Eku Wand, der das Podium "Mediendesign" moderierte, ergänzt:

"Ist der Mediendesigner nicht eigentlich letztendlich ein Gestalter, ein Designer, nur in einem anderen Medium? Gibt es wirklich eine Berechtigung, daraus einen neuen Studiengang zu machen? Ist es nicht eher so, dass der Gestalter zum Medienregisseur wird, der sein gestalterisches Spektrum erweitert?"

"Mir gefällt die Begrifflichkeit des Medienregisseurs in einer Hinsicht ganz gut, nämlich vor dem Hintergrund der möglicherweise existierenden Notwendigkeit der Kooperation der einzelnen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Hinblick auf ein zu erstellendes Produkt", so André Schulz von der Hochschule Wismar: "An die Stelle handwerklicher und künstlerischer Tradition muss die Anwendung künstlerischer Konzepte und wissenschaftlicher Methoden treten." Prof. Kissel von der Hochschule Harz:

"Die Technik steht bei uns nicht im Vordergrund. Wir wollen, dass unsere Studierenden in erster Linie zielorientiert und projektorientiert arbeiten und überlegen, welches technische Medium das Adäquate für die konkrete Problemstellung ist."

Auch die Frage nach der sog. "Freiheit" der Kunst und Zweckgebundenheit des Designs scheint sich in vielen Bereichen kaum noch sinnvoll stellen zu lassen. Denn die Medien schaffen eine quer durch alle Kontexte reichende Vergleichbarkeit und damit Annäherung der Formen. Wenn ich mir eine CD-Rom oder eine Website anschau, stellt sich nicht als erstes die Kontextfrage, wie beispielsweise bei dem anscheinend so klaren Unterschied zwischen Skulptur und Produkt-Design. Peter Weibel sagt, man müsse die Kontexte aufbrechen, um künstlerische Aussagen zu machen. "Keiner interessiert sich für eine humanistische Botschaft, nur da, wo man sie nicht erwartet, tut sie ihre Wirkung"⁶ – und spielt damit auf die Beton-Kampagne an.

Kritik übte auf unserem Kolloquium der Rektor der Filmhochschule Babelsberg, Prof. Wiedemann, an der Medienpolitik:

⁶ Keynote von Prof. Peter Weibel beim Eyes & Ears Executive Club Meeting, ORF Wien '98

"Damals hatte jede Stadt ihr Staatstheater, heute will jeder Landesfürst einen Medienstandort und damit auch eine Medienausbildung haben. Ich weiß nicht, ob jedes Bundesland unbedingt einen grossen Medienstandort haben muss. (...) Wir bilden immer noch so aus, als würden die Leute alle Lebenszeitjobs kriegen. Das kriegt keiner von denen. (...) Die Hochschulausbildung geht an der Realität vorbei. Die Studenten kommen aus einer relativ behüteten Situation heraus in die freie Marktwirtschaft, wo das, was Sie hauptsächlich gelernt haben, erstmal nicht gebraucht wird. (...) Wir sind aber auch dafür verantwortlich, dass wir sie für einen Medienmarkt ausbilden, der immer härter und brutaler wird."

Es war Bestandteil der Diskussion, inwieweit die Ausbildung mitunter im Zwiespalt von technischer und medienphilosophischer Entwicklung steht. Ganz konkret setzt sich dieser Zwiespalt fort in den gegensätzlichen Zielvorstellungen, einerseits kompetente Partner für die Wirtschaft auszubilden und andererseits medienkritische Sichtweisen zu vermitteln. Dazu Prof. Ute Hörner von der Halleschen Hochschule für Kunst und Design:

„Die Frage nach Kooperation mit den Massenmedien? Na klar! Aber wie? (...) Wenn ich als Künstler im Massenmedium auftreten möchte, habe ich dann auch was zu sagen, was für die Masse interessant ist? Bin ich bereit, allgemeinverständlich zu sein? All das muss in die Diskussion mit hinein.“

Als ein Beispiel präsentierte Prof. Rüdiger Steinmetz von der Universität Leipzig einen Ausschnitt von Radio Mephisto, einem lokal vier Stunden pro Arbeitstag zu empfangenden Programm, das von Studierenden gemacht wird: "An diesem Radio werden sowohl journalistisch-inhaltliche Konzepte als auch gegenwärtige und künftige Formatierungskonzepte von Radio durchgespielt und im täglichen Geschäft umgesetzt."

Zur Problematik der Spezialisierung merkte Prof. Petruschat von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Dresden an:

"Ich glaube an die Spezialisierung und weniger an Generalisten. Aber ich glaube, dass die Spezialisierungsfront nicht zwischen Kommunikationsgestaltung und Produktgestaltung verläuft. Die Spezialisierung wird nicht innerhalb der gestalterischen Disziplinen vertieft. Sie wird bestimmt durch die Bindung, die Gestalter mit anderen Disziplinen eingehen."

Prof. Lampe von der Universität Halle beschrieb die Herangehensweise folgendermaßen:

"Die Grundidee besteht darin, dass wir glauben, dass sich theoriegeleitete Praxis etwas anders darstellt und umgekehrt, dass praxisgeleitete Theorie sich selbst reflektieren kann (...), und dass es nicht schaden kann, das Traditionswissen der Filmphilologie und der Medienwissenschaften mit hinzuzuziehen."

Dr. Beck von der Universität Erfurt ergänzte:

"Wir nennen das deshalb ‚berufsfeldqualifiziert‘, d.h. es ist schon die Ver-

mittlung von Basiswissen und Basiskompetenz, (...) Dazu gehören dann aber auch sehr allgemeine Fähigkeiten, sozusagen die Grundlagen zu schaffen für das lebenslange Lernen."

Prof. Butsch von der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig: "Selbstverständlich wird es lebenslanges Lernen geben, man muss aber in ein Gebiet wenigstens einmal ganz tief eingestiegen sein."

Die Frage der weiteren Perspektive stellt sich. Es kann nicht um die Anpassung an die Informationsgesellschaft gehen. Denn schließlich wollen wir in der Ausbildung nicht den Status Quo bedienen, sondern an der inhaltlichen und ästhetischen Weiterentwicklung arbeiten. Zielinski sieht in der Diversität der Medien die Zukunft:

"Ich halte gar nichts davon und opponiere vehement dagegen, so etwas wie ein Mastermedium zu kreieren, was gegenwärtig mit dem world wide web versucht wird, den vernetzten Maschinen und Programmen (...) Wir haben eine enorme Vielfalt von technischen Möglichkeiten z.B. im audiovisuellen Bereich. (...) Es kommt darauf an, zu einer heterogenen, vielfältigen Praxis zu kommen und sich nicht in eine Richtung und auf eine Zielvorstellung zuzubewegen. (...) Die Hochschulen müssen sich auf hybride Qualifikationen einstellen."

Meiner Ansicht nach hat die Hochschule die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass zum einen Mehrfachqualifikationen erworben werden können, die die jungen Leute befähigen, in der Medienbranche zu überleben. Aber es geht auch darum, Raum zu schaffen, dass Felder vertieft werden können und das Abweichende, das Andere entstehen kann. Die Heterogenität von autonomen Einzelfeldern ist notwendig, um Kooperationen möglich zu machen. Dabei ist es zunächst nicht wichtig, ob es sich um künstlerische oder angewandte Bereiche handelt. Immer mehr löst sich die Trennung zwischen gestalterisch-künstlerischen Impulsen und technisch-medialen Innovationen auf: Wenn der Softwareentwickler Linux den Ars Electronica-Medienkunstpreis bekommt, dann ist die Frage: "Wann wird Programmierung zur Kunst?", und umgekehrt bei Softwareentwicklung: "Wann wird Design zum Teil von Medientechnologie?" kaum noch zu beantworten. Vielleicht kann diese Bestandsaufnahme des *state of the art* ein Ausgangspunkt dafür sein, diesen Dialog weiterzuführen und aufgenommene Berührungspunkte weiter auszubauen.

Was aus ihnen geworden ist

Absolventinnen der Technischen Fachhochschule Wildau auf dem Arbeitsmarkt

Michael Laschke
Brigitte Lindert
Leipzig/Berlin

Wildau, ein ehemals bedeutendes Zentrum der deutschen Schwerindustrie im südlichen Weichbild von Berlin, wurde 1949 ein Ort höherer Studien, als aus der Betriebsfachschule des Lokomotiv- und Waggonbaus die Ingenieurschule Wildau entstand. Im Wechsel der Jahre wurden die Fachrichtungen Kraft- und Arbeitsmaschinen, Schwermaschinenbau, Technologie des Maschinenbaus, Allgemeiner Maschinenbau - Konstruktion und Technologie der metallverarbeitenden Industrie angeboten. Die Absolventen waren begehrt. Ein hohes Niveau der Ausbildung und enge Verbindung zur Praxis vor Ort kennzeichneten das Studium.

1991 begann die akademische Epoche: die Technische Fachhochschule Wildau entstand, eine junge und überschaubare Fachhochschule im Reigen der bundesdeutschen akademischen Schulen. Von ihr bekamen wir im Herbst 1997 das Angebot, unter den Absolventinnen eine Befragung durchzuführen. Für die Hochschule war die Befragung unter dem Gesichtspunkt interessant, Informationen zu den Einsatzgebieten der Absolventinnen und speziell zu den Anforderungen zu erlangen, mit denen sie in der Praxis konfrontiert werden.

Die Vorbereitung der Befragung betteten wir in die aktuelle Diskussion über die Frage ein, ob der Trend der Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit fortgesetzt werden kann oder ob Frauen in noch stärkerem Maße als Männer zu den Verliererinnen betrieblicher Rationalisierung und gesellschaftlicher Umverteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit werden. Den Weg zum Studium, die Erfahrungen während der Studienzeit, die Erwartungen an und die Realisierungsmöglichkeiten einer Erwerbstätigkeit wollten wir hinterfragen.

Allgemein anerkannt ist heute, dass sich die Potentiale neuer Techniken nur bei Vorhandensein von qualifizierten, motivierten und leistungsbereiten MitarbeiterInnen voll durchsetzen, wobei technisch gebildete Frauen hinsichtlich Motivation und Leistungsbereitschaft gegenüber Männern oft günstiger beurteilt werden. Das Problem der Beschäftigung von Frauen in technischen Berufen wird angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage aus der Diskussion verdrängt, obwohl es sich mit der Vereinigung Deutschlands zugespitzt hat. Viele Absolventinnen technischer Fachrichtungen arbeiten seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht mehr in ihren studierten Berufen. Dazu trugen sowohl die Prozesse der Abwicklung und Schließung großer Betriebe bei, als auch die Tatsache, daß technisch gebildete Frauen, sofern sie überhaupt noch erwerbstätig sein können, in andere Berufe gedrängt werden.

In den neuen Bundesländern lag der¹ Frauenanteil in den Ingenieurberufen 1991/1992 bei 22 Prozent, in den alten Bundesländern bei etwa 7%². Zum Zeitpunkt der Untersuchung war die Arbeitslosigkeit unter Ingenieurinnen nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit etwa doppelt so hoch wie bei männlichen Absolventen technischer Studienrichtungen³. Zugenommen hat die Arbeitslosigkeit auch unter den technisch gebildeten Frauen in den alten Bundesländern. Unter Beachtung der neuen technischen Möglichkeiten und der demographischen Entwicklung in Deutschland scheint der Trend zur Ausgrenzung der Frauen aus den technischen Bereichen der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Zukunft nicht haltbar zu sein. Es kommt vielmehr darauf an, die Anforderungen an die berufliche Erstausbildung und die wissenschaftliche Qualifikation mit diesen langfristigen Tendenzen der technischen und wirtschaftlichen Arbeitsbedingungen, mit dem Herausbilden neuer Arbeitsmarktsegmente zu verknüpfen. Vorhandenes, aber zur Zeit nicht genutztes technisches Wissen, ist zu aktivieren.

Universitäten und Hochschulen haben hierbei eine besondere Verantwortung in der Aus- und Weiterbildung. Wie die vorhandene Literatur als auch die Ergebnisse zahlreicher Konferenzen zeigen, benötigen sie dazu Aussagen über die realen Verhältnisse der Beschäftigung von Absolven-

¹ Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3/1995, S. 12.

² ebenda

³ vgl. AKTUELL BILDUNG WISSENSCHAFT, Heft 3/1993, Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern, Ergebnisse einer Befragung.

tinnen. Trotz der umfangreichen Literatur zu allgemeinen Aspekten weiblicher Erwerbstätigkeit sind komplexe Untersuchungen zur Situation von Frauen in technischen Berufen im Kontext zu den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen noch nicht sehr häufig. Für die neuen Bundesländer wäre auf die Befragung der HIS GmbH „Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern“ zu verweisen⁴.

Ausgangssituation

Die von uns durchgeführte Untersuchung basiert auf einer Befragung der Absolventinnen der Jahrgänge 1987 bis 1997. Eine solche Aufgabe war insofern reizvoll, als in der HIS-Befragung die Technische Fachhochschule Wildau ausdrücklich nicht genannt war, Daten zur Einrichtung also auch anderswo noch nicht vorlagen. Die Ausgangssituation ist durch folgende Zahlen aus den Unterlagen der Fachhochschule Wildau gekennzeichnet:

Von 1984 bis 1997 meldeten insgesamt 2262 Personen ihr Studieninteresse an. Darunter befanden sich 737 Frauen. Studierende, die das Studium begannen und nicht abbrachen, waren 1627 Studenten, unter ihnen 559 Frauen. Da von ihnen ca. 245 noch studieren, standen sie für die Untersuchung nicht zur Verfügung. Über den Gesamtzeitraum betrachtet, betrug der Anteil der Frauen an den Bewerbungen zum Studium an der Fachhochschule bzw. ihren Vorläufern etwas weniger als ein Drittel. Innerhalb der Gruppe der weiblichen Anmeldungen brachen nur knapp 25 Prozent das Studium vorzeitig ab oder traten nicht an.

Während ein deutlicher Anstieg der Studienanmeldungen nach 1991 festzustellen ist, ging der Anteil der Frauen an den Anmeldungen im Vergleich zum Zeitraum 1984 bis 1990 leicht zurück. Allerdings korrigierten die Frauen, die sich für ein Studium angemeldet hatten, diese Entscheidung in deutlich geringerem Ausmaß als vor 1990. Der Anteil der Frauen an den Abbrechern lag zwischen 1991 und 1997 bei 23 Prozent. 1984 bis 1990 hatte er 34 Prozent betragen. Der Anteil der weiblichen Abbrecher an den weiblichen Anmeldungen ging von 1991 bis 1997 sogar auf 19 Prozent zurück (vorher 33 Prozent). Daraus ist zu schlußfolgern, daß die

⁴ vgl. Wolfram Kempe, Hohe Erwerbsbereitschaft ostdeutscher Frauen unabhängig vom Einkommensniveau, in: *Wirtschaft im Wandel*, 1/1998

Entscheidung für ein Studium an der Technischen Fachhochschule Wildau von Frauen mit größerer Konsequenz „durchgezogen“ wird.

Zu fragen bleibt, ob sich dahinter ein deutlicher Motivationsschub bei den weiblichen Studierenden verbirgt, angesichts des erleichterten Zugangs zu den höheren Schulen akademische Bildung zu erwerben, Chancengleichheit also bewußt zu nutzen, oder das Studium als Ausweg aus der Arbeitsmarktlage gesehen wird.

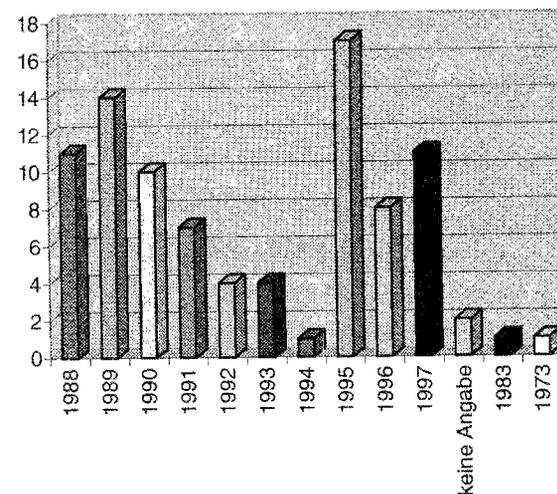
Veränderungen in der Absolventinnenstruktur sind verbunden mit dem Verschieben der fachrichtungsbezogenen Studieninteressen seit dem gesellschaftlichen Umbruch 1989/1990 in den ostdeutschen Ländern. Allgemein wird ein Rückgang weiblicher Studierender in den technischen Fachrichtungen beobachtet. Das wurde auch an der Technischen Fachhochschule Wildau spürbar.

Beschreibung der Untersuchung

Entsprechend dem Ziel, ein Bild über die Einbindung der Absolventinnen der Technischen Fachhochschule Wildau auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, erschien eine Vollerhebung der Absolventinnen sinnvoll, die kurz vor und kurz nach der Wende in den Arbeitsmarkt eintraten bzw. mit den neuen Anforderungen konfrontiert wurden. Der Untersuchung lag ein teilstandardisierter Fragebogen zugrunde. Befragt wurden Absolventinnen der früheren Ingenieurschule Wildau und der Technischen Fachhochschule Wildau sowie einiger anderer Fachhochschulen, deren Anteil aber sehr gering war. Grundlage der Untersuchung bildeten 286 Fragebogen, die an Betriebswirtinnen, Technikerinnen und Ingenieurinnen der Absolventenjahrgänge von 1987 bis 1997 versandt wurden. 50 Fragebögen waren unzustellbar (17,5 Prozent). Damit kann von einer erreichten Population von 236 Frauen ausgegangen werden, von denen 102 die Fragebogen ausgefüllt zurückschickten. Der Rücklauf von 43 Prozent ist als gut einzuschätzen. Die Ergebnisse sind statistisch nicht geprüft.

Die Studienabschlüsse liegen zwischen 1987 und 1997. Lediglich in zwei Fällen lag der Studienabschluß bereits früher (1973 bzw. 1983); in zwei Fragebogen fehlten die Angaben.

Graphik 1: Studienabschlüsse nach Abschlußjahren



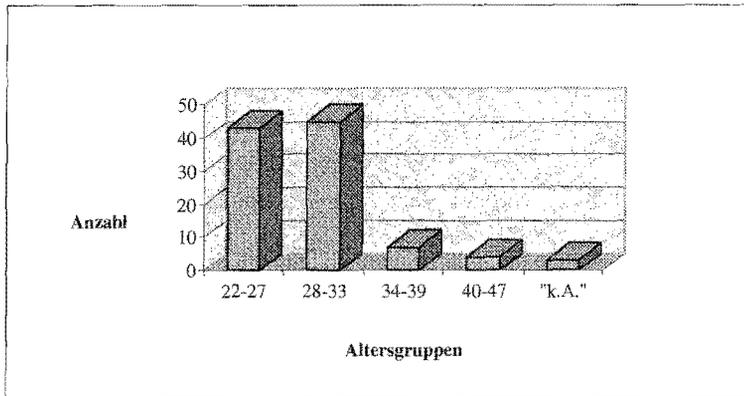
Quelle: Eigene Befragungsunterlagen

Die Studienabschlüsse konzentrieren sich als mit 74 Prozent auf die beiden Zeitabschnitte 1988 bis 1990 und 1995 bis 1997.

Das Lebensalter der Probandinnen liegt zwischen 22 und 47 Jahren. Frauen im Alter zwischen 22 und 27 sowie zwischen 28 und 33 Jahren bilden die Hauptgruppe der Befragten. Von den 102 Befragten sind es 88 Personen oder 86 Prozent. Die Altersgruppen wurden mangels anderer geeigneter Möglichkeiten nach Quartilen geordnet. Die Unterschiede zwischen den beiden ersten Altersklassen hinsichtlich der Personenanzahl in jeder Gruppe sind minimal.

Von den Probandinnen erwarben 25 einen Abschluß als Betriebswirtin, 23 als Technikerin, 20 in der Fachrichtung Maschinenbau, fünf als Konstrukteurin, eine als Physikerin. 11 Abschlüsse wurden auf anderen Gebieten erworben, meist außerhalb der Schule Wildau. 17 Angaben fehlen. Davon haben 54 Frauen einen Diplomabschluß.

Graphik 2: Altersstruktur der Probandinnen



Quelle: Eigene Befragungsunterlagen

Erwerbstätigkeit der Absolventinnen

Die Frage der Erwerbstätigkeit nimmt in den Lebensentwürfen der Frauen in den neuen Bundesländern einen wichtigen Platz ein. Sie spielt eine um so größere Rolle, je höher das Ausbildungsniveau der Frauen ist. Deshalb interessierte in der Befragung zunächst die Berufstätigkeit der Absolventinnen. Von 102 Frauen gaben 87 Prozent an, daß sie einer Erwerbsarbeit nachgehen. 12 Prozent sind ohne Arbeit. Eine Absolventin nannte selbständige Tätigkeit als Erwerbsquelle.

Die hohe Erwerbsquote in den vorliegenden Angaben könnte daraus resultieren, daß sich vorwiegend berufstätige Frauen mit dem Sinn der Befragung auseinandersetzten. Sie wissen um die Bedeutung von Informationen über den Markt und entschieden sich daraus für eine Beteiligung. Zumindest lassen die zahlreichen schriftlichen Äußerungen, die mit dem Fragebogen zurückgesandt wurden, eine solche Interpretation zu. Sie drücken eine innere positive Beziehung zu „ihrer Schule“ aus, die wir als Qualitätsmerkmal der Ausbildung interpretieren.

Eine sozial gestützte Interpretation der hohen Beschäftigungsrate läßt sich aus Thesen des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle ableiten, wonach das in den alten Bundesländern übliche Erwerbsverhalten der Frauen (mit steigendem Einkommen der Männer wird die Erwerbsneigung der Frauen geringer) im Osten nicht zutrifft. Demzufolge können

die befragten Absolventinnen in die Kategorie "hohe Qualifikation und damit verbundene hohe Erwerbsneigung" eingeordnet werden.

Auf die Frage nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses bekamen wir folgende Antworten: 75 Prozent der Frauen haben eine Festanstellung in Vollzeit, 6 Prozent eine Festanstellung in einer Teilzeitbeschäftigung und 4 Prozent arbeiten anderweitig, wozu Drittmittelstellen und Honorararbeiten u.ä. gehören. Keine Probandin hat eine Tätigkeit im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes (z.B. ABM, § 249 h AFG), obwohl gerade hier Hochschulabsolventinnen häufig eingegliedert werden.

Zusammenhang Arbeitsstelle und Studienabschluß

Von den 89 nichtselbständig Tätigen arbeiten 46 auf dem Gebiet ihres Studienfaches, der studierten Fachrichtung; auch die selbständig Tätige ordnete sich hier ein (90 Erwerbstätige). Damit sind ca. 52 Prozent der Absolventinnen gewissermaßen „im Fach tätig“. Das spricht für gute Erwerbschancen nach dem absolvierten Studium. Eine Tätigkeit außerhalb der studierten Fachrichtung gaben 44 Absolventinnen an. Die Gründe dafür sind vielfältig. An erster Stelle steht der Arbeitsplatzmangel. Knapp 57 Prozent nannten dies als Ursache, warum sie nicht im Studienfach beruflich tätig sind. Nur 4,5 Prozent führen familiäre Gründe an. Etwa 7 Prozent haben kein Interesse an einer solchen Tätigkeit. 25 Prozent nannten andere Gründe.

Bei der verbalen Hinterfragung dieser „anderen“ Gründe erhielten wir folgende Antworten: die Nichtanerkennung der Studienfachrichtung respektive des entsprechenden Abschlusses nach dem Einigungsvertrag, einen massiven Stellenabbau und die geringen Chancen im Maschinenbau bzw. der Wunsch, das Tätigkeitsfeld zu wechseln („mal etwas anderes zu machen“). Zusammenfassend ergibt sich, daß die Gründe für eine Tätigkeit außerhalb der studierten Fachrichtung zu zwei Drittel den strukturellen und gesellschaftspolitischen Faktoren nach der Vereinigung der beiden Staaten zuzuordnen sind. Diese Aussage wird durch die dargestellten Arbeitswünsche gestützt.

Von den 44 erwerbstätigen Frauen, die nicht im studierten Beruf arbeiten, würden 60 Prozent eine solche Chance gern wahrnehmen. Daraus läßt sich eine hohe Identifikation mit der studierten Fachrichtung und wahrscheinlich auch ein vorangegangener ausgeprägter Studienwunsch ableiten. Als Gründe für die Ablehnung einer solchen Chance nennen

neun Absolventinnen, daß sie inzwischen eine interessantere Arbeit gefunden haben. Drei finden eine entsprechende Tätigkeit nicht interessant und sieben glauben, zu geringe Chancen zu besitzen, weil zum Beispiel bisher keine Berufserfahrung gesammelt werden konnte (Kurzarbeit Null, Arbeitslosigkeit in der Studienfachrichtung etc.). Aus den ersten beiden Äußerungen ergeben sich Ansatzpunkte für tieferegehende Analysen zum Thema Studienorientierung, für die letztere Meinung hingegen berührt das Problem Studium – Praktika – Praxis.

Verteilung der Absolventinnen auf Branchen- und Betriebsgrößen

Anhand von 79 Angaben der Frauen in Beschäftigung läßt sich folgende Zuordnung der Unternehmen zu den Branchen treffen:

25 Prozent arbeiten im verarbeitenden Gewerbe. Damit nimmt es innerhalb der Branchen die wichtigste Position ein. Mit einem Anteil von knapp 22 Prozent bzw. 20 Prozent sind Handel/Dienstleistungen bzw. Bau- und Baugewerbe ebenfalls wichtige Einsatzbereiche. Bedeutend ist mit 15 Prozent die Beschäftigung in Behörden und Ämtern. Damit zeigt sich die Nutzung eines neuen Arbeitsmarktsektors auch für Absolventinnen der Technischen Fachhochschule Wildau. Fünf der Frauen haben ihre Betätigungsfelder in den Bereichen Energie, Bergbau und Wasserwirtschaft, vier im Kredit- und Versicherungsgewerbe, drei in Kammern und Verbänden und zwei im Verkehrswesen (insgesamt ca. 17 Prozent) gefunden.

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes konzentrieren sich die Einsatzgebiete auf fünf Bereiche. Hierbei stellen der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Herstellung von Büromaschinen und EDV-Anlagen mit 42 Prozent Anteil und der Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik mit 23 Prozent Anteil der Arbeitsstellen die wichtigsten Branchen.

Kleine und mittlere Unternehmen mit zwei bis 199 Mitarbeitern stellen den Hauptanteil der Arbeitgeber für die befragten Frauen (55 Prozent). Innerhalb dieser Größengruppe ist eine Konzentration auf die kleinen Unternehmen bis 19 Beschäftigte (21 Prozent) und die größeren Betriebe von 50 bis 199 Beschäftigten (23 Prozent) festzustellen. Die mittlere Gruppe der Unternehmen mit 20 bis 49 Arbeitnehmern beschäftigt einen relativ kleinen Anteil der Absolventinnen (11 Prozent). Einige mehr - 13 Prozent - sind in Großbetrieben von tausend und mehr Mitarbeitern

eingesetzt. Am geringsten (8 Prozent) ist der Anteil in der Unternehmensgröße zwischen 200 und 1000 Beschäftigten. 82 Angaben lagen insgesamt zu dieser Frage vor. Die Konzentration der Arbeitsstellen von Absolventinnen in den beiden Größengruppen bis 19 Beschäftigte bzw. von 50 bis 199 Beschäftigte ist auffallend. Die Ursachen bedürfen einer näheren Untersuchung.

Regionalstruktur der Beschäftigung

Hinsichtlich der Regionalstruktur konnten wir eine Ballung der Arbeitsstellen in den neuen Bundesländern feststellen. Berlin und Brandenburg sind nicht nur das Einzugsgebiet der Technischen Fachhochschule, sondern auch die wichtigsten Beschäftigungsregionen für ihre Absolventinnen. 22 Prozent der Probandinnen arbeiten in Berlin und 17 Prozent in Brandenburg, 16 Prozent in Sachsen. Sieben Prozent sind in Thüringen beschäftigt. Die Länder Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hamburg sind mit jeweils zwei bis vier Prozent vertreten. 85 Angaben lagen zu dieser Frage vor.

Der Anteil der alten Bundesländer an der Beschäftigung der befragten Absolventinnen beträgt ca. 15 Prozent. Die Anerkennung der an der Technischen Fachhochschule Wildau erworbenen Bildung wird anhand folgender Fakten deutlich: Von den 14 Absolventinnen, die in den alten Bundesländern tätig sind, arbeiten 78 Prozent auf dem Gebiet ihres Studienfaches. Darunter befinden sich zwei Absolventinnen der Fachrichtung Maschinenbau, drei Absolventinnen des Technikerstudienganges und fünf Absolventinnen der Fachrichtung Betriebswirtschaft. Eine besondere Bevorzugung einzelner Fachrichtungen gibt es scheinbar nicht.

Ziele der beruflichen Tätigkeit und Lebenserwartungen

Die Ziele der beruflichen Tätigkeit erfragten wir im Zusammenhang mit der familiären Situation der Absolventinnen. Die Antworten drücken die Erwartungshaltung zu dieser Verbindung von Beruf und Lebensverhältnissen aus. Sie geben also keine Auskunft darüber, wieweit diese Erwartungshaltung tatsächlich erreicht ist. Allerdings deutet ein hoher Anteil von konkret formulierten Zielvorstellungen darauf hin, daß diese nicht als erfüllt eingeschätzt werden.

An erster Stelle steht bei den Frauen, die geantwortet haben, der Wunsch nach einer Tätigkeit, bei der Beruf und Familie miteinander verbunden werden können. Etwa ein Fünftel der Frauen nannte diese Zielstellung. 14 Prozent stellen sich das Ziel, beruflich aufzusteigen. 12 Prozent wünschen sich mehr Eigenverantwortung und 7 Prozent sind mit ihrem beruflichen Leben zufrieden, haben keine Wünsche. 47 Prozent beantworteten die Frage nicht.

Berufstätigkeit und Mutterschaft

65 Prozent der Probandinnen leben in einer Partnerschaft. Kinder gibt es im Vergleich dazu deutlich weniger. Von allen befragten Frauen erziehen 39 Prozent Kinder, aber 57 Prozent leben zur Zeit ohne Kinder. Vier Frauen machten keine Angabe. Diese Zahlen könnten auch in der untersuchten Population den häufig in der Literatur herausgestellten Trend verdeutlichen, daß das Erfüllen eines möglichen Kinderwunsches zugunsten der Erwerbstätigkeit bzw. einer beruflichen Karriere zeitweilig verschoben wird. Das wäre ein voreiliger Schluß. Nach Gründen für die Kinderlosigkeit wurde nicht gefragt.

Von den vollbeschäftigten Probandinnen leben 92 Prozent in einer Partnerschaft; von ihnen haben 35 Prozent Kinder und 64 Prozent keine. Von den 26 Absolventinnen in Vollbeschäftigung mit Kindern erziehen neun Mütter (35 Prozent) zwei Kinder und 17 betreuen ein Kind (65 Prozent). Hinsichtlich der Kinderanzahl dominiert die „Ein-Kind-Familie“. Kinder sind für Frauen im Osten kein Hinderungsgrund für Erwerbstätigkeit. Damit ergänzen die Befragungsergebnisse die Thesen des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle überein, wo festgestellt wurde:

*"Die bekannten Unterschiede in der Einstellung von Frauen mit Kindern zur Berufstätigkeit werden auch praktisch realisiert. ... Im Westen herrscht ein streng negativer Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Frauen und dem Vorhandensein von Kindern im Haushalt. Im Gegensatz dazu gehen Frauen in Ostdeutschland einer Berufstätigkeit nach, unabhängig davon, ob keine Kinder oder zwei Kinder im Haushalt zu versorgen sind."*⁵

Die häufig vorhandenen Einschätzungen zur Erwerbsarbeit, daß es vorwiegend Frauen mit mehreren Kindern seien, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, bestätigten sich in unserer Untersuchung nicht. Von

⁵ ebenda, S. 23

den sechs teilzeitbeschäftigten Probandinnen hat lediglich eine Absolventin zwei Kinder, drei Absolventinnen haben jeweils ein Kind und zwei Absolventinnen leben ohne Kinder. Die geringe Anzahl der Fälle ermöglicht allerdings nicht, gesicherte Schlußfolgerungen über den Zusammenhang zwischen der Zahl der Kinder und der Art der Erwerbstätigkeit zu ziehen

Akzeptanz im Beruf

Eine Frage nach der Akzeptanz im Beruf sollte die Absolventinnen bewegen, über die Anerkennung ihres Studienabschlusses in ihrem beruflichen Umfeld nachzudenken. Dieses Anliegen einer „Selbstevaluierung“ in einer einzigen Frage war offenbar schwierig zu bewältigen. Mehr als die Hälfte der Frauen (54 Prozent) antwortete nicht. 4 Prozent konnten die Frage nicht beantworten („weiß nicht“). 36 Prozent (ein reichliches Drittel) fühlt sich im Beruf als Ingenieurin/Technikerin oder Betriebswirtin bestätigt und 7 Prozent fühlen sich nicht bestätigt.

Die Frauen, die keine Bestätigung im Beruf empfinden, erklären dies in den meisten Fällen damit, daß sie eine andere Tätigkeit ausüben, als ihrer Studienrichtung entsprechen würde. Deutlich höher ist die Ausprägung des subjektiven Gefühls „anerkannt zu sein“ bei den Absolventinnen, die eine Tätigkeit ausüben, die ihrem Studienfach entspricht. In dieser Gruppe fühlen sich 70 Prozent als Ingenieurin/Technikerin bzw. Betriebswirtin akzeptiert. 11 Prozent fühlen sich nicht akzeptiert.

Die Akzeptanz im Berufsleben wird in erster Linie durch die Qualität bei der Erfüllung der Arbeitsaufgaben begründet. Ob und wenn ja, in welchem Ausmaß, die Akzeptanz (vor allem in technischen Tätigkeiten) mit der Anerkennung der Bildungsabschlüsse durch die Unternehmen, Einrichtungen oder Betriebe zusammenhängt, läßt sich aus den Antworten nicht ableiten.

Frauenspezifische Lehrveranstaltungen

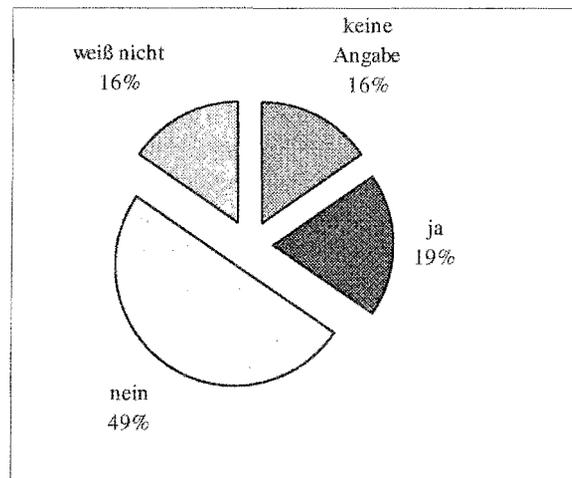
In den alten Bundesländern wird seit einigen Jahren eine kontroverse Diskussion geführt, wie die technische Ausbildung von Frauen bzw. die Chancen der Frauen, technische Bildung zu erlangen, verbessert werden können. Es werden zahlreiche Modellversuche mit dem Ziel praktiziert, Mädchen mit Technik vertraut zu machen und sie für ein technisches Stu-

dium zu gewinnen. Grundlage solcher Versuche ist häufig die Überlegung, daß Frauen einerseits eine andere technische Ausbildung benötigen als Männer; andererseits sei es für sie günstiger, wenn sie ein von den Männern getrenntes Studium absolvieren.

Da sich Mädchen und junge Frauen seit der Wende in den neuen Bundesländern in ihren Ausbildungs- und Studienwünschen verstärkt auf sogenannte Frauenberufe orientieren, scheint es auch hier notwendig, Wege und Mittel zu suchen, sie für die Technik und eine damit verbundene technische Ausbildung zu begeistern.

Wie sehen die Betroffenen, die Frauen selbst, die Möglichkeit und Notwendigkeit, dieses Anliegen durch frauenspezifische Lehrveranstaltungen zu unterstützen? Diese Frage wurde recht eindeutig beantwortet. Überwiegend herrscht unter den Frauen die Meinung vor, daß Ausbildung nicht geschlechtsspezifisch geprägt sein sollte. Die Auswertung der 102 Fragebogen ergab folgendes Bild: 49 Prozent verneinten die Notwendigkeit, in der Lehre frauenspezifische Veranstaltungen durchzuführen und nur 19 Prozent bejahten dies. 16 Prozent hatten sich mit dem Problem nicht beschäftigt und 16 Prozent gaben keine Antwort.

Graphik 4: Meinung zu frauenspezifischen Lehrveranstaltungen



Quelle: Eigene Befragungsunterlagen

Zustimmung zu oder Ablehnung von Lehrveranstaltungen speziell für Frauen sind in der Gesamtheit der Probandinnen durch die beiden jüngeren Altersgruppen zwischen 22 und 27 bzw. 28 und 33 Jahren dominiert. Beide Gruppen stellen den größten Anteil an den Befragungsteilnehmerinnen. Die Zustimmung wird zu 61 Prozent von der jüngsten Altersgruppe geprägt, die Ablehnung zu 58 Prozent von der Altersgruppe 28 bis 32 Jahre. Die Angehörigen beider Altersschichten sind sich allerdings auch deutlich unsicher in der Bewertung („weiß nicht“ bzw. keine Aussage). Innerhalb der jüngsten Altersgruppe sprach sich etwa ein Viertel der Absolventinnen für frauenspezifische Lehrveranstaltungen aus.

Besonders interessant waren für uns die Motive, die dem jeweiligen Votum hinsichtlich der Notwendigkeit frauenspezifischer Lehrveranstaltungen zugrunde lagen. Ausdrücklich baten wir deshalb um verbale Begründungen. In ihnen spiegeln sich die Bewertung gesellschaftspolitischer Erfahrungen zur Gleichberechtigung in der DDR und in der BRD bzw. auch persönlich empfundene Benachteiligung als Frau im beruflichen Leben wider.

Mit der gebotenen Achtung vor den individuellen Meinungen lassen sich die verbalen Begründungen einer *Ablehnung* frauenspezifischer Lehrveranstaltungen vorsichtig gruppieren:

1. Spezielle Lehrveranstaltungen schaffen eine andere Form von gesellschaftspolitischer Ungleichheit.
2. Frauenspezifische Lehrveranstaltungen werden als Abwertung betrachtet.
3. Frauenspezifische Lehrveranstaltungen widersprechen dem Anliegen der Emanzipationsbewegung, weil sie nicht ausreichend auf das gemeinsame Berufsleben mit Männern vorbereiten können.
4. Die Ablehnung ist Ausdruck von Resignation.

Die *Zustimmung* zu frauenspezifischen Lehrveranstaltungen wurde im wesentlichen mit drei Argumentationen begründet:

1. Frauen müssen ihre Benachteiligung im Berufsleben überwinden.
2. Frauen haben eine Mehrfachbelastung durch Berufsleben und Familie zu tragen.
3. Frauenspezifische Lehrveranstaltungen entsprechen dem Anliegen der Emanzipation.

Bei den Zustimmungsaussagen spielte das Argument, daß Frauen anders denken und folglich anders studieren als Männer und deshalb geson-

derte Veranstaltungen nützlich wären, überhaupt keine Rolle. Die Aussagen zu frauenspezifischen Lehrveranstaltungen unterscheiden sich nur partiell zwischen berufstätigen und arbeitslosen Absolventinnen. Jeweils 60 Prozent in beiden Gruppen lehnten sie ab.

Innerhalb der einzelnen Altersgruppen sind die Positionen zu frauenspezifischen Lehrveranstaltungen deutlich differenzierter. Allerdings sind diese Aussagen aufgrund der sehr unterschiedlichen Fallzahlen, mit Ausnahme der beiden Altersgruppen 22-27 Jahre bzw. 28-32 Jahre, nur bedingt vergleichbar. Innerhalb der Altersgruppe 22-27 Jahre sprachen sich 26 Prozent für und 42 Prozent gegen solche Veranstaltungen aus. In der Altersgruppe 28-32 Jahre befürworteten 11 Prozent solche spezifischen Angebote, 51 Prozent lehnten sie ab.

Wenn sich in der jüngsten Altersgruppe etwa ein Viertel der Absolventinnen für frauenspezifische Lehrveranstaltungen aussprachen, so ist diese Aussage als Rückblick auf das Studium aus der Sicht der Berufserfahrungen entstanden. Eine entsprechende Haltung bei den weiblichen Studierenden der gegenwärtigen Studentengeneration kann daraus nicht unmittelbar abgeleitet werden.

Fazit: Mit der Untersuchung erfaßten wir eine Punktsituation auf dem Arbeitsmarkt für Akademikerinnen, überwiegend in den neuen Bundesländern. Obwohl statistisch nicht generalisierbar, gibt sie Anregungen für weitere Untersuchungen. Wir freuen uns über Anregungen und über Hinweise, welche Hochschulen und Universitäten an der Mitarbeit interessiert wären.

Peter Glotz und Wolfgang Bergsdorf

Anhaltspunkte in den politisch-wissenschaftlichen Biographien des ersten Rektors und des ersten Präsidenten der Universität Erfurt für bevorzugte Ziele und Methoden ihres hochschulpolitischen Wirkens¹

Klaus Höpcke Erfurt

Das Bild des Menschen, dem die Erfurter Universität seit Anfang des Jahres 2000 untersteht, gebe ich Ihnen in Form einer Collage. Warum das? Ich gehöre einem Gremium an, in welchem der Mann ein paar Jahre den Vorsitz führte.

Und das hat er ordentlich gemacht, still und ohne Auffälligkeiten. Es handelt sich dabei um das Kuratorium der Stiftung „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“. Wenn es jetzt um seine Eignung als Spitzenmann der Erfurter Universität geht, spielt die Sphäre, in welcher ich ihm begegnet bin, eine eher untergeordnete Rolle. Daher mein Entschluss zur verbalen Collage. Äußerungen anderer, denen ich nur ganz knapp folgernd eine eigene Wertung anfügen werde, entnehmen Sie, bitte, was über den Mann und von ihm dieser Tage zu lesen ist.

Die Papiere, die ich für meine ‚Klebearbeit‘ über Wolfgang Bergsdorf verwendet habe, sind: 1. ein Aufsatz des emeritierten Professors für Politikwissenschaften Wilhelm Hennis aus Freiburg/Breisgau in der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit* vom 5. Januar 2000; 2. in einem Buch von Karl-Rudolf Korte (1998) über Helmut Kohls Kanzlerschaft enthaltene kurze Beschreibungen von Inhalt und Art einiger Tätigkeiten, die Bergsdorf in Kohls Umgebung ausgeübt hat; 3. Stellen aus einem Text, den Bergsdorf in der Beilage der Bonner Wochenzeitung *Das Parlament* am 7. Januar 2000 unter der Überschrift „Deutschland an der Jahrtausend-

¹ Diskussionseinführung im Hochschulpolitischen Zentrum der sächsischen PDS-Landtagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 4. Februar 2000 in Leipzig.

wende. Erfahrungen und Herausforderungen“ veröffentlichen ließ – somit gerät auch ein Zug Bergsdorfschen Selbstporträts in meine Collage.

Wilhelm Hennis schreibt:

„Dagmar Schipanski, in der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten Johannes Rau unterlegen, hatte als frisch gebackene Erfurter ... Ministerin die Chance, Souveränität und Personalkennntnis unter Beweis zu stellen. Mit der Ernennung von Wolfgang Bergsdorf, seit Mainzer Tagen eine ergebene Mehrzweckwaffe in Kohls ‚Familie‘, ist wohl die denkbar schlechteste Wahl aus der guten Tausendschaft früh pensionierter ‚politischer Beamter‘ getroffen worden, die sich der deutsche ‚Parteienstaat‘ – was wäre er denn sonst noch? – glaubt, leisten zu können. Dass er als früh pensionierter Beamter schnell zur Verfügung stünde, war das einzige, was Frau Schipanski für Bergsdorf vorbringen konnte.

Nicht einmal anschauen durften sich die überrumpelten Gremien den alten Freund von Bernhard Vogel: Bergsdorf, ein Mann Kohls fürs Grobe im Kulturbereich: ‚Wahlkampfberater‘ in Mainz, Bürochef Kohls im Adenauerhaus, Chefredakteur einer Parteipostille, dann klassischer Parteibuchbeamter gleich in den höheren Chargen – erst als stellvertretender Chef des Bundespresseamtes, schließlich bis zum Regierungswechsel Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, zuständig für Medien und Kultur – immerhin ist Bergsdorf ja Professor – ohne dass er sein akademisches Licht je erkennbar hätte leuchten lassen.

Für die handverlesenen ‚Willigen Professoren‘ (Spiegel Nr. 49/1999, S. 18), die zur Mehrung des Ruhms des ‚Kanzlers der Einheit‘ unter Bruch des Archivrechts die mehrbändige Geschichte der Einheit schreiben durften, war es doch wohl Bergsdorf, der 3,55 Millionen in den Etat des Innenministeriums bugsierte; sie hätten bei Einhaltung der ‚Formalien‘ nur nach Begutachtung des Projekts durch die Gremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft fließen dürfen. Keines der fünf dicken Bücher enthält den üblichen Dank an den Finanzier, der dieses historische Riesenprojekt ermöglicht hat. Wurden die Mittel von den Autoren ihren Universitäten als Drittmittel gemeldet und wie dann üblich von den Universitätskassen verwaltet? Oder gab es auch hier ‚Anderkonten‘? Die Form ist die Mutter der Freiheit, auch der Wissenschaftsfreiheit!

Schade für Frau Schipanski. Man hätte ihr eine glücklichere Hand gewünscht. Jetzt muss man wohl frei nach Bernhard Vogels unvergessenem Ausruf bei seinem Abgang als CDU-Vormann in Rheinland-Pfalz bitten: ‚Gott schütze die Universität Erfurt!‘“

So weit die Bemerkungen von Professor Hennis, die nach meinem Gefühl im Hinblick auf Frau Schipanski nicht sehr fein sind. Dass sie gerecht wären, kann ich auch nicht finden, wo doch zwei Männer, die Herren Frühwald und Vogel, die ausschlaggebenden Akteure in dieser Sache waren. Was im übrigen das innere Verhältnis von Frau Schipanski zur Erfurter Universitätspräsidenten-Bestimmung nach dem Weggang von Rektor Peter Glotz betrifft: Könnte nicht sein, dass die Ministerin heim-

lich frohlockte? Nach der Devise: Geringeres Format in der Spitzenposition – ausgewogener finanzieller Aufwand für die Institution.

Bergsdorf bei Korte (1998): Im ersten der fünf Bände der von Professor Hennis kritisch apostrophierten, unter Bruch des Archivrechts zustande gekommenen sogenannten „Geschichte der deutschen Einheit“ zeigt er sich so: Er habe, steht zu lesen, als langjähriger Kohl-Vertrauter häufig die letzten Redeentwürfe der Regierungserklärungen Genscher persönlich überbracht (S. 28), einmal sogar Wort für Wort vorgetragen (S. 86) und den Kanzler auch auf seinen privaten DDR-Reisen begleitet.

„Bergsdorf gehörte“, wie es dort weiter heißt, „zur Kategorie der sogenannten ‚Hintergrundtypen‘, die stets diskret, unauffällig, effizient im ‚System Kohl‘ die ihnen zugedachte Rolle spielten.“ (S. 28) Er sorgte „für die Rekrutierung von Personal“. Sein Amt – er war zu der Zeit Leiter der Abt. Inland des Bundespresseamts – habe einen „eigenständigen Beitrag zur Deutschlandpolitik ... zu keinem Zeitpunkt im Untersuchungszeitraum“ geleistet (S. 44). Allerdings ließ er in Vorbereitung der Regierungserklärung Kohls 1982 über Assoziationstests beim Allensbacher Institut ermitteln, welche Schlüsselbegriffe für die Regierungserklärung auf Sympathie und Zustimmung innerhalb der Bevölkerung treffen würden. Dazu gehörten: „Koalition der Mitte“ statt „Neue Koalition“; „Erneuerung“, ein Begriff, in dem gleichermaßen Kontinuität und Konsolidierung steckten; und für die Deutschlandpolitik: „Offenheit der deutschen Frage ...“ (S. 81).

Interessant wohl auch dieses Detail: „Am Abend vor der Regierungserklärung sprachen schließlich Ackermann, Bergsdorf und Teltschik mit einer handverlesenen Crew von Journalisten in einem sogenannten Hintergrundgespräch die Schwerpunkte der Regierungserklärung durch, so dass diese für ihre Kommentierung wussten, worauf es dem Kanzler ankam.“ (S. 87) Zu Bergsdorfs Wirken in Kohls Umgebung gehört auch, dass er dabei zeitweilig mit Peter Boenisch zusammengespannt war, „Bild-Leitartikler und Vorsitzender des Ludwigshafener Kabelfernsehens“, wie er in Kortess Buch vorgestellt wird (S. 107).

Was nun den Beitrag zu einem verbalen Selbstporträt angeht, mit dem sich Bergsdorf in der Beilage von *Das Parlament* vorgestellt hat, schicke ich Wortlaut-Zitaten die Daten voraus, die er zu seinen Tätigkeiten vor dem Gang an die Erfurter Universität angegeben hat: zwölf Jahre (1982 – 1994) Leiter der Abteilung Inland im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; vier Jahre (1994 – 1998) Leiter der Abteilung Kultur

und Medien im Bundesministerium des Innern; außerplanmäßiger Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn; Mitherausgeber der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur*, Chefredakteur der Monatszeitschrift *Die politische Meinung*. In der Ausgabe der Zeitung der Universität Erfurt und der Pädagogischen Hochschule Erfurt *Campus* vom 25. Januar 2000 hat er ergänzend bzw. präzisierend hinzufügen lassen: „Ab 1979 war er Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, wo er auch 1982 an der Philosophischen Fakultät habilitierte. Seit 1964 arbeitete er als freier Journalist, von 1968 bis 1970 war er kulturpolitischer Referent der CDU, später Sprecher der Landesvertretung Rheinland-Pfalz und von 1973 bis 1980 Leiter des Büros des Vorsitzenden der CDU.“

Nun im Originalton eine Probe Bergsdorfscher Sicht von Geschichtsabläufen:

„Ein Jahrzehnt brauchten die Polen, um auf kompliziertestem Weg die kommunistische Herrschaft zentimeterweise abzutragen, bevor ein erster, frei gewählter Nachkriegspremier an die Spitze der Regierung gelangte. Rund zehn Monate benötigen die Ungarn, um eine ähnliche Entwicklung zu nehmen. In zehn Wochen schafften es die Deutschen in der DDR, das Regime eines betonierten Kommunismus ohne Bürgerkrieg abzuschütteln. Die Tschechen und Slowaken erreichten ihre Selbstbefreiung aus dem Würgegriff der allwissenden und allmächtigen kommunistischen Partei in zehn Tagen. In Rumänien fiel die Entscheidung gegen den Totalitarismus in wenig mehr als zehn Stunden. Dieser Zeitvergleich zeigt die Rasanz der Beschleunigung, mit der sich die Dynamik der Freiheit gegen ihre nur scheinbar omnipotenten Unterdrücker entfalten konnte.“

So Bergsdorf (2000, S. 33). Der Bergsdorfsche „Zeitvergleich“ zeigt, so dazu nun ich, die *Rasanz der Beschleunigung, mit der die Dynamik der Schlichtheit klippschulhaften Denkens an der Erfurter Universität das Sagen bekommen hat*. Geschichtliches getrimmt auf die Zahl zehn, zum Beispiel. Peter Boenisch in quasi akademischem Gewand.

Auf solches Niveau waren die Ambitionen einiger mit Universitätsgründungsfragen in Erfurt nach 1990 befasster Herren von Anfang an hinausgelaufen. Das entsprach ihren Absichten – ganz entgegengesetzt den zukunftsbewussten Konzepten, wie sie etwa Ernst Ulrich von Weizsäcker (???) vorgestellt hatte. Wenn wir mit Blick auf das Regierungskonzept für die Erfurter Uni polemisch von einer „Schmalspureinrichtung“ sprachen, wurde dieser Bezeichnung nachgesagt, sie sei eine Verunglimpfung, eine Verleumdung. Und ließen wir gelegentlich sarkastisch anklingen, wegen der starken Betonung theologischen Studiums, hier be-

sonders katholischer Konfession, könne die Universität zu einer „Kaderschmiede“ arbeitsloser Theologen geraten, wollte man auch das nicht wahrhaben. In heftigem Widerspruch dazu wurde in Anspruch genommen, das, was vorgesehen sei an juristisch-ökonomisch-philosophisch-theologischer Anstalt, das geriete innovativ.

Wir dagegen meinten, dass das von Ernst Ulrich von Weizsäcker seinerzeit entwickelte Konzept wirklich den Beinamen verdiente, innovativ zu sein, weil in diesem Konzept die Wechselbeziehung zwischen naturwissenschaftlichen, technischen sowie geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen angesteuert war. Und wenn man sein Buch „Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“ nehme, sagten wir, lese sich das wie ein Vademekum einer solchen zeitgemäßen innovativen Universität. Dieses Konzept aber war von den Thüringer Behörden abgelehnt, war verworfen worden. Wobei für mich ein interessanter Widerspruch darin bestand, dass gerade dieses Buch von Ernst Ulrich von Weizsäcker seinerzeit von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Sonderpreis für ein herausragend wertvolles politisches Buch ausgezeichnet wurde.

Besonders erregt haben Vertreter der Landesregierung damals auf unsere Vorhaltung reagiert, einige sagten voraus, die Erfurter Uni werde einen Lehrkörper haben, der als „ossifrei“ zu bezeichnen sei. Das befürchtend Gesagte wurde als „Hetze“ eingestuft. Aber gekommen ist es genau so. Hiesige wurden nicht berufen. Ein Zeichen der Achtung vor hier erworbener fachlicher Qualifikation wurde nicht gesetzt.

Das passte zu der „Linie“, die Medizinische Akademie bzw. Hochschule als Hochschule aufzuheben und als städtisches Krankenhaus weiterzuführen und an der Pädagogischen Hochschule die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät zu schließen. Zwei wichtige, in eine wirkliche Universitätsneugründung integrierbare Wissenschaftspotentiale waren damit „aus dem Rennen gedrängt“.

Den Herrschaften, die *statt einer modernen Universität eine Repetier- und Reproduktionsanstalt vorgefasster stockkonservativer Ansichten* wollten und wollen, war Peter Glotz ein störendes Zwischenspiel. Nun sind sie ihn los. Professor Schluchter, der bei Benennungen für die Unispitze übergangen worden war, ist per Berufung in den Wissenschaftsrat beschwichtigt. Herr Langewiesche entfleucht aus Thüringen zurück nach Tübingen. Die Herren mit den veralteten Vorurteilen sind wieder ganz bei sich. Wenn Menschen in Ostdeutschland „sich im Zweifel für die

Gleichheit als höchsten Wert entscheiden“, dann ist das dem nun ange-
tretenen Universitätspräsidenten nicht etwa Anstoß zu kritischem wissen-
schaftlichem Reflektieren praktischer Lebens- und Politik-Erfahrungen
dieser Menschen, sondern Anlass für billige Schelte. Wieder im O-Ton:
„Eine vier Jahrzehnte währende Sozialisation unter kommunistischer In-
doktrination und Desinformation hat Langzeitwirkungen.“ (Bergsdorf
2000, S. 35) An Stelle von Ursachensuche in neueren realen Verhältnis-
sen betreibt er Schuldzuweisungen an in zurückliegenden Jahren Gespro-
chenes.

Auf solchem Hintergrund erscheint Peter Glotz geradezu als Lichtge-
stalt. In gewisser Weise ist er das ja auch.

Wenn ich das sage, vergesse ich nicht die Meinungsunterschiede, ja
– gegensätze, die wir miteinander hatten. So in Sachen Studiengebühren.
Es bleibt befremdlich, was er über die für ein Studium als Lebens-
Investition aufzubringenden 300 000 D-Mark gesagt hat: Für ein Eigen-
heim „leiste“ man sich doch auch Ausgaben in der Höhe dieser Summe...
Keine Antenne im Kopf für die Abwegigkeit einer solchen Überlegung
angesichts der Einkommens- und Vermögensverhältnisse „hierzulande“,
in den östlich gelegenen Gegenden des Landes, aber auch in den sozial
schwächer gestellten Schichten der ganzen Bundesrepublik. Hinzu kamen
seine für einen gewesenen Parlamentsabgeordneten erstaunlich illusori-
schen Vorstellungen darüber, dass Einnahmen aus eventuellen Studien-
gebühren tatsächlich den Universitäten und Hochschulen gehören wür-
den, statt im allgemeinen Haushaltsbeutel zu verschwinden.

Ärgerlich fand ich nicht zuletzt, wie er Hinweise auf die tatsächlich
ergiebige potenzielle Geldquelle Eurofighter zu „kontern“ versuchte: Er,
der – das war so und sollte nicht nachträglich geleugnet oder verkleinert
werden – gegen den Eurofighter jahrelang politisch gekämpft hatte, was
machte er nun, wenn Leute wie ich auf Veranstaltungen des Studieren-
denprotests Ende 1997 – immer mit Zustimmung der Studierenden – Eu-
rofighter-Schluss verlangten? Das sei nicht „redlich“, kritisierte er. Wie-
so? Weil inzwischen die Entscheidungen doch gefallen seien und – so
seine mir unannehmbar erscheinende Logik – nicht mehr bekämpft und
ausgehebelt, rückgängig gemacht werden könnten.

Differenzpunkte zwischen Peter Glotz und seinen Konkurrenzpartnern
auf Seiten der Partei des demokratischen Sozialismus ergaben sich ferner
aus seinem ausgeprägten Hang zu „starken“ Rektoren und Dekanen. Das
war eine Tendenz, für die man ein gewisses persönliches Verständnis auf-

bringen konnte, wenn man bedachte, dass er sich so Spielräume für eige-
ne Entscheidungen freihalten wollte. Als System mangelt es einem sol-
chen Denk- und Konstruktionsansatz aber doch sehr des demokratischen
Elements. Wir kritisierten und kritisieren derartige Konzepte als Hang zur
Dekanokratie.

Auch sein Spott über die Studierenden in ihrem Protest kam aus einer
Sicht, die der unseren nicht entsprach. Natürlich haben wir dem Reiz sei-
ner Polemik, wie er sie hier in Stentzlers Hof in Leipzig am 4. Juli 1998
auf dem Alternativen Hochschultag vorgetragen hat, offene Ohren und
auch Bereitschaft zum Mitdenken entgegengebracht. Ich erinnere an den
Auftakt seiner Rede:

*„Eine bizarre Situation: Obwohl die deutschen Studenten in ihren teils heite-
ren, teils albernen Protestdemonstrationen die (hoch berechnete) Kritik an der
Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen mit allerhand törichtem Ressenti-
ments (zum Beispiel gegen ‚Eliten‘) untermischten und die einzige Lösung der
Misere (Studiengebühren) kategorisch ausschlossen, wurden sie vom gesamten
Establishment der Republik gönnerhaft gelobt. Gerade die sinnvollen Forderun-
gen – nach mehr Geld – wollen (und können) die deutschen Politiker aber kei-
nesfalls erfüllen. Das ist symbolische Politik par excellence: Die einen spielen
erzürnte Volksmassen, die anderen verständnisvolle Obrigkeit. Dieses Spiel lie-
fert dem Fernsehen wunderbare Bilder, ändert aber an den (schreienden) Miss-
ständen Null komma Null. Deutlicher als mit dieser Pantomime konnte die deut-
sche Politik nicht zeigen, wie sie derzeit funktioniert: Man tut als ob. Oben und
unten.“ (Glotz 1998, S. 15f.)*

Dazu ist mancher notwendige Einwand vorgebracht worden. Zugleich
wurde Übereinstimmung mit scharf gezeichneten Beobachtungen deut-
lich. Denn immerhin: Die Krise hat er benannt. Und über deren Ursachen
sowie die Suche nach Auswegen auch mit Menschen links von der SPD
zu diskutieren, fand er sich bereit. Hier in diesem Saal oder Haus wie
auch in Thüringen, zum Beispiel als Gesprächspartner der PDS-Land-
tagsfraktion.

Hohe Ansprüche waren das Kennzeichen seiner Pläne für die von ihm
auf den Weg zu bringende Erfurter Universität. Sie sollte, wie er am 9.
Dezember 1996 in seiner Investitur-Rede sagte, zu einem „Labor für neue
Entwicklungen im deutschen Hochschulwesen“ werden. Es ging ihm um
Studienangebote, die „in vernünftiger Zeit durchlaufen werden können“.
Die Lehre sollte genau so wichtig genommen werden wie die Forschung.
Die Hochschullehrer an dieser akademischen Stätte sollten „selbstkritisch
sein und der Evaluation von Forschung und Lehre offen gegenüberste-
hen“. Wenn er munter formulierte, seinen Zuhörern werde „nicht entgan-

gen sein, dass in Erfurt ein Radikalismus der Effizienz beabsichtigt ist, aber ein Konservatismus der Idee“, dann war darin für die Zuhörerinnen und Zuhörer wohl auch Wortgeklingel zu vernehmen, aber zugleich der Ansatz des Bekenntnisses zum Ethos der Humboldtschen Universität.

„Die Formel Bildung durch Wissenschaft, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Idee einer unabschließbaren Einheit der Wissenschaft, das dialogische Prinzip und der sich immer wieder erneuernde Streit der Fakultäten“ waren seiner Meinung nach „heute so unverzichtbar wie im Jahr 1809, als Humboldt das niedergehende Universitätswesen der Aufklärungszeit durch die Berliner Neugründung hochriss.“ Glotz kritisierte die Bodenlosigkeit des Spezialistischen und spottete: „Viele Professoren verwalten heute nur noch ihren Bindestrich.“ Die von ihm ins Auge gefasste Universität sollte „ein Ort des Nachdenkens und Vorausdenkens der modernen Gesellschaft über sich selber sein“. Praktizierter Pluralismus gehörte für ihn untrennbar zu einem solchen Qualitätsanspruch sowie Internationalität. Beides bezogen sowohl auf personale Anwesenheit im Lehrkörper als auch auf Konzepte des zu Erforschenden und zu Lehrenden sowie auf im Alltag geübte (englische) Fremdsprachenkenntnis.

Durch eigenes Denken und Handeln in diesem Geiste war Peter Glotz auf eine derartige Anlage des Universitätsbetriebs geistig gut vorbereitet. Erinnerung sei an sein 1985 veröffentlichtes „Manifest für eine Neue Europäische Linke“; zeitgleich erschien damals ein „Dialog der Gegensätze“ zwischen Peter Glotz und DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, dem ungarischen Wissenschafts- und Kulturpolitiker Béla Köpeczi und Fred Sinowatz, Kulturminister und Bundeskanzler in Österreichs besseren Zeiten. Hinzuweisen ist ferner auf Glotz' 1992 erschienenes Buch „Die Linke nach dem Sieg des Westens“ und sein „Tagebuch ohne Rücksichten“ aus den Jahren 1993 und 1994 unter dem Titel „Die Jahre der Verdrossenheit“.

Verdrossenheit hat Glotz auch in früheren Zeiten und Funktionen nicht verschwiegen, so sie ihn denn überkam. Etwa in seiner Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer der SPD und als Chefredakteur der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Im Bundestag war er zuletzt der bildungs- und hochschulpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion. Als sein Hauptcharakteristikum wurde nicht Verdrossenheit wahrgenommen, sondern ein fast ununterbrochenes Sprudeln von Ideen in sich nicht selten hektisch überstürzenden Wortkaskaden.

Was der Medienprofessor und Publizist so in die Öffentlichkeit trug, enthielt zumeist viel Stoff zum Weiterdenken. Das gilt auch für das von Peter Glotz wenige Monate vor seinem Weggang aus Erfurt veröffentlichte Buch „Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus“, erschienen 1999 im Kindler-Verlag München. Wie Gregor Gysi (1999) in seinen Thesen gegen das Schröder-Blair-Papier geht es Glotz um die Kämpfe, die um eine neue Lebensweise geführt werden. Dabei sieht er als ausschlaggebenden Konflikt den zwischen Be- und Entschleunigern des Lebens. Er distanziert sich ironisch vom Vorgehen der „Allende-Linken“ und wendet sich strikt gegen die „kalifornische Strategie“. In seinen Vorstellungen von dem von ihm bevorzugten „rheinischen“ Handlungsmuster lehnt er zwar Arbeitszeitverkürzungen mit einer Starrköpfigkeit ab, die an seine Position zu Studiengebühren erinnert; andererseits erweist er sich aber als offen für die Idee eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ und für die an Non-Profit-Sektor-Erfahrungen aus der USA-Wirtschaft angelehnten Projekte für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. – Diskussionsstoff noch und noch. Ob nun geistiger Spielraum dafür an der von Glotz verlassenen Universität sein wird?

Zu den perspektivisch fruchtbaren Vorhaben von Peter Glotz im Erfurter Universitätsgeschehen gehörte das Bemühen um die kulturwissenschaftliche Verknüpfung – metaphorisch bis zur Durchdringung gedacht – des Erforschens von Wechselwirkungen in den verschiedenen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Das war für ihn nicht einfach ein methodischer Ansatz, sondern es ging ihm dabei gezielt um Inhaltliches, um geistige Substanz.

„Wir Europäer müssen die Mentalität zum Kulturkolonialismus aufbrechen, die seit dem 19. Jahrhundert in der europäischen Selbstwahrnehmung und in der europäischen Politik eine prägende Rolle spielen“, sagte er zum Beispiel in der bereits zitierten Rede anlässlich seiner Investitur als Rektor am 9. Dezember 1996. Zu gehen sei ein Weg von „Belehrungskulturen“ zu „Lernkulturen“. Das Drohbild vom „clash of civilisations“, das Samuel Huntington an die Wand gemalt habe, sollte in Erfurt nicht kultiviert werden. Lieber wollte Glotz dazu beitragen, dass sich zwischen den Kulturen Lerngemeinschaften herausbilden und dadurch die Innovationspotentiale wachsen.

„Deshalb wollen wir uns in der Forschung“, sagte er, „mit besonderer Intensität den Wechselwirkungen von Institutionen und Kulturen in

Transformationsprozessen widmen ...“ Mit Recht schenkte er in diesem Zusammenhang bevorzugte Aufmerksamkeit einer Christoph-Martin-Wieland-Vorlesungsreihe, zu deren Auftakt der Hamburger Forscher Jan Philipp Reemtsma das Wort erhielt. Wolfgang Leonhard engagierte er für eine mehrwöchige Gastvorlesung über die Probleme Russlands gestern und heute. Weitreichende Beachtung fand und findet das Max-Weber-Kolleg für Graduierte.

Gewisse Misshelligkeiten konnten durch solche „Pluspunkte“ aber nicht entkräftet werden. Angesichts des auch den Thüringer Hochschulbereich betreffenden Sparkurses hat es den Kreis der Freunde und Sympathisanten der Erfurter Universität an den Partner- und Konkurrenzrichtungen in Jena, Ilmenau und andernorts nicht gerade anwachsen lassen, wenn man dort von der Tatsache hörte, dass die Zahl der Studierenden der Universität Erfurt mal gerade so groß ist wie die der Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. „Nicht auf Kosten der anderen“, hieß ein Uni-Erfurt-Geleitwort von Anfang an. Das Versprechen war nicht haltbar – auch: von Anfang an. Es wurde gebrochen, wieder und wieder.

Dass so etwas auf Dauer nicht gut gehen kann, noch dazu mit einer Landesregierung aus CDU pur statt einer bisherigen Koalition unter Beteiligung der SPD, die den für Wissenschaft zuständigen Minister gestellt hatte, hat Peter Glotz wohl Ende 1999 erkannt. Von den Gründen, die er für seinen Abgang hatte, dürfte dies einer der wichtigeren gewesen sein.

Literatur:

- Bergsdorf, Wolfgang (2000): Deutschland an der Jahrtausendwende. Erfahrungen und Herausforderungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Bonner Wochenzeitung Das Parlament B 1-2 2000, 7. Januar 2000, S. 33-38.
- Glotz, Peter (1985): Manifest für eine Neue Europäische Linke, München.
- ders. (1992): Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart.
- ders. (1996): Die Jahre der Verdrossenheit. Politisches Tagebuch 1993/94, Stuttgart.
- ders. (1996b): Der Auftrag der Erfurter Universität. Rede des Rektors der Universität Erfurt, Prof. Dr. Peter Glotz, anlässlich seiner Investitur am 09.12.1996. Sonderdruck der Universität, Erfurt.
- ders. (1996c): Die Erfurter Idee, in: hochschule ost 2/1997, S. 178-181.
- ders. (1998): Die deutsche Hochschulmisere. Eine Reform wäre möglich, ist aber nicht in Sicht, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (Hrsg.), Mitbestim-

- mung an Hochschulen. Alternativer Hochschultag (4. Juli 1998) (=Texte zur Hochschulpolitik Heft 3), Leipzig, S. 15-21.
- ders. (1999): Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München.
- ders./Hans-Joachim Hoffmann/Béla Köpeczi/Fred Sinowatz (1985): Dialog der Gegensätze, Wien.
- Gysi, Gregor (1999): Gerechtigkeit ist modern. Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair, in: PDS-Pressedienst 31/1999, S. 2-11.
- Hennis, Wilhelm (2000): Neues von der „Familie“. Warum wird der Kohl-Mann Wolfgang Bergsdorf Rektor der Universität Erfurt, in: Die Zeit, 5.1.2000, S. 7.
- Korte, Karl-Rudolf (1998): Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart.
- Vorstellung des neuen Universitäts-Präsidenten, in: Campus 1/2000, S. 1.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von: Europa-Universität für das Jahrhundert der Umwelt. Festvortrag am 2. Mai 1992 zu: 600 Jahre Universität Erfurt, Sonderdruck der Universitätsgesellschaft, Erfurt.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Amory B. Lovins/L. Hunter Lovins: (1995): Faktor 4. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome, München.

Einflußfaktoren bei studentischen Lehr- bewertungen an sächsischen Hochschulen

**Erste Untersuchungen der Studierendenbefragungen durch
das Studentische Evaluationsbüro Sachsen im
Sommersemester 1999**

**Melanie Heldt &
René Krempkow**
Dresden

Die Bewertung und die Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrqualität sind zu einem Dauerthema an den deutschen Hochschulen geworden. Längst geht es nicht mehr darum ob, sondern wie die Lehrqualität bewertet wird und welche Schlußfolgerungen sich daraus ergeben (sollen).

Einige Hochschulen vergeben bereits seit mehreren Jahren Preise "für gute Lehre", studentische Fachschaftsvertretungen tun dies z.T. schon sehr viel länger. Inzwischen wird eine Reform des Besoldungssystems diskutiert, in der lehrbezogene Leistungskriterien eine stärkere Rolle spielen sollen als das Dienstalter.

Umstritten sind bei allen Anreizmodellen zur Förderung guter Lehre aber nach wie vor die Kriterien, nach denen Lehre "gut" sei – oder eben nicht. Das wohl am heftigsten umstrittene, aber dennoch unverzichtbare Kriterium sind Studentenbefragungen zur Qualität der Lehre. Diesen wird unterstellt, sie seien beeinflussbar von Faktoren, die nichts mit der Lehrqualität zu tun hätten. Oft wird vermutet, daß Studierende im Grundstudium nicht die nötige Kompetenz zur Beurteilung der Lehre hätten. Weibliche Studierende würden die Lehre anders bewerten als männliche, lautet eine weitere häufige Vermutung. Auch das Anspruchsniveau der Lehre wird als Einflußfaktor aufgefaßt. Lehrende, die die Meßlatte für gute Noten niedriger legen, würden besser bewertet als solche, die dies nicht täten. Und schließlich, so eine ebenfalls häufig genannte Vermutung, seien Fachgebiete, für die sich die Studenten stärker interessieren, im Vorteil gegenüber anderen. Doch wie stark beeinflussen diese Faktoren die Bewertung der Lehre tatsächlich?

In folgendem Beitrag soll dies anhand der Ergebnisse jüngster Studien und eigener Untersuchungen der Befragungen von ca. 18.000 Studierenden durch das Studentische Evaluationsbüro Sachsen (SES) im Sommersemester 1999 diskutiert werden. Zunächst jedoch einige Erläuterungen zum SES – einer sicher über Sachsen hinaus Interesse verdienenden Initiative – selbst.

1. Das Studentische Evaluationsbüro Sachsen (SES)

Die Arbeit des Sächsischen Evaluationsbüros Sachsen (SES) begann am 1. April 1999. Vorgespräche zwischen Gründungsmitgliedern und dem Sächsischen Wissenschaftsministerium (SMWK) fanden bereits 1998 statt, offiziell wurde das Projekt mit Beschluß der Konferenz Sächsischer Studentenräte (KSS) vom Februar 1999 ins Leben gerufen. Seitdem unterstützen zwei Sozialwissenschaftler in einem Büro an der TU Dresden die FachsCHAftsräte ganz Sachsens in allen methodischen, inhaltlichen und technischen Fragen der Lehrbewertung. Die zentrale Beratungsstelle soll in erster Linie Studentenvertretern die nötige Kompetenz geben, selbständig fundierte Befragungen zur Qualität der Lehre und des Studiums durchführen zu können. Hierdurch soll die studentische Position in Fragen der Lehrbewertung gestärkt werden.

Die Angestellten des Evaluationsbüros – d. Verf. – sind mit dem nötigen Know-how und den entsprechenden technischen Mitteln ausgestattet, bis zu 100 studentische FachsCHAftsräte von der Konzeption bis zum maschinellen Einlesen und standardisierten Auswerten der Fragebögen zu unterstützen und dabei die Ergebnisse der Befragungen auch immer wieder kritischer wissenschaftlicher Analyse zu unterziehen. In der Vergangenheit wurden die Ergebnisse von Studentenbefragungen, die FachsCHAftsräte ohne professionelle Unterstützung durchführten, oft mit dem Vorwurf der mangelnden Professionalität zurückgewiesen und führten selten zu konstruktiven Gesprächen zwischen Lehrenden und Lernenden. Verbesserungen von Lehrveranstaltungen sind jedoch nur denkbar, wenn sowohl fundierte Erhebungen und differenzierte Analysen als auch eine Bereitschaft zum Dialog in den Instituten vorhanden sind.

Die KSS hat das SES aber auch vor dem Hintergrund gegründet, daß die bisher erhobenen Daten zwar teilweise in den vom Wissenschaftsministerium geforderten Lehrberichten auftauchen, jedoch nur selten anhand aller verfügbaren Daten einen vollständigen Überblick über die Situation

an den Fachbereichen gaben, und daß sie seitens des SMWK – zumindest nicht offiziell – weder analysiert noch kommentiert werden. Dies ist zwar seit langem bekannt, wurde bislang jedoch kaum Gegenstand der hochschulpolitischen Debatte in Sachsen. Die KSS möchte mit Hilfe des SES Transparenz über die Situation der Lehre an den sächsischen Hochschulen schaffen und durch eine differenzierte Öffentlichkeitsarbeit Realitäten beschreiben, die empirisch belegbar sind. Mit Hilfe des SES soll es in absehbarer Zeit auch möglich sein, Ursachen und damit Ansätze für Verbesserungsmöglichkeiten festgestellten Problemen zu finden. So ist die Tatsache entscheidend, ob Probleme wirklich der Unterfinanzierung zuzuschreiben sind oder ob die Gründe dafür nicht studienorganisatorischer Art sind, also vor Ort zu suchen und zu beseitigen wären.¹

2. Wie kann Lehrqualität "gemessen" werden?

Vor Durchführung von Studentenbefragungen zur Qualität der Lehre sind eine ganze Reihe von Festlegungen, wie z.B. zu den Lehrzielen, zu treffen, auf die hier nicht genauer eingegangen werden kann. Dies wurde an anderer Stelle bereits ausführlicher diskutiert (vgl. Krempkow 1999a).

Von der Festlegung der Lehrziele hängt ab, welche Methoden, Instrumente und letztlich, welche einzelnen Fragestellungen (Items) verwendet werden, mittels derer "gemessen" werden soll, ob die Lehre den ausgehandelten Zielen entspricht. Es gibt jedoch einige "Meß"-Instrumente in Form von standardisierten Fragebögen zur Evaluation von Lehrveranstaltungen, die den verschiedenen Zielen mit einer gewissen Variabilität Rechnung zu tragen versuchen. So wird beispielsweise das Heidelberger Inventar zur Lehrveranstaltungsevaluation (HILVE) aufgrund seiner ausführlich auf Validität und Zuverlässigkeit untersuchten Fragestellungen (inkl. Pool von Ergänzungsfragen) oft und gern verwendet (vgl. Rindermann 1996). Die Fragebögen, die das Studentische Evaluationsbüro Sachsen (SES) zur Verwendung in Vorlesungen und Übungen/Seminaren mit überwiegender Vorlesungscharakter empfiehlt, stellen eine weiterentwickelte und um die häufigsten potentiellen Einflußfaktoren ergänzte Fassung des HILVE dar.

¹ Eine ausführlichere Projektbeschreibung findet sich unter: <http://141.57.35.212/~ses/sesstart.html>

3. Welche Einflußfaktoren sind für Studentenbefragungen bedeutsam?

Bei differenzierter Analyse der häufigsten Argumente gegen Studentenbefragungen zur Lehrqualität anhand mehrerer Studien zur Brauchbarkeit studentischer Lehrbewertungen (insbes. Hage 1996, Rindermann 1996) stellt sich heraus, daß die Studierenden durchaus genügend Kompetenz und "Sachkenntnis" besitzen, um die Qualität der Lehre zu beurteilen. So beurteilen Studierende wesentliche Aspekte von Lehrveranstaltungen nicht grundsätzlich anders als Dozenten oder Fremdgutachter (vgl. Rindermann 1996).²

Bei Anlegen gleicher Kriterien zeigte sich, daß Studierende und Lehrende eine relativ hohe Übereinstimmung der Mittelwerte fast über alle Items hinweg erreichten. Wo es Unterschiede zwischen Dozenten und Studierenden gab, waren diese vor allem dort zu beobachten, wo die Dozenten sich selbst einschätzen mußten. So haben die Dozenten im Vergleich zu den Studierenden und Fremdurteilern ihre "Lehrkompetenz" negativer eingeschätzt.

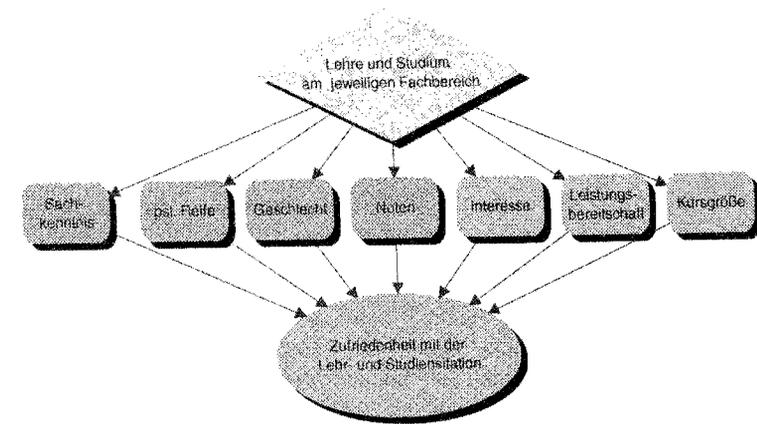
Auch Absolventen beurteilen ihr Studium nach Verlassen der Hochschule nicht wesentlich anders (vgl. Daniel 1996, Krempkow 1999b). Allerdings kann man die Ergebnisse noch nicht verallgemeinern, da bislang wenig Absolventenbefragungen zur retrospektiven Einschätzung der Lehr- und Studiensituation nach Verlassen der Hochschule vorliegen.

² Rindermann hatte ausgehend von der Tatsache, daß zu Beginn seiner Untersuchungen im deutschen Sprachraum noch keine allgemein verwendbaren und auf Testgütekriterien untersuchten Fragebögen zur Veranstaltungsbewertung zur Verfügung standen, den Schwerpunkt seiner Arbeiten auf die Untersuchung und Entwicklung solcher Fragebögen für einzelne Lehrveranstaltungen gelegt (vgl. Rindermann 1994: 11). Der von Rindermann verwendete standardisierte Bogen sollte die Lehre des Dozenten, Veranstaltungscharakteristika und das studentische Verhalten valide und zuverlässig erfassen. Rindermann wandte zur Überprüfung seines Fragebogens ein flexibles, dimensionsorientiertes Konzept an. In seinem ersten Schritt versuchte er, möglichst breit möglichst viele Aspekte von Lehrqualität zu erfassen. Die Items für einen ersten Fragebogen wurden dann durch Befragung von Dozenten, Studierenden sowie die Durchsicht in- und ausländischer Fragebögen sowie hochschuldidaktischer Literatur ausgewählt. In mehreren weiteren Schritten wurden die Items überarbeitet und auf ihre Relevanz geprüft. Nach diesem Prozeß der Itemselektion wurde der überarbeitete Fragebogen anhand von drei zeitlich aufeinanderfolgenden Untersuchungsstichproben (Sommersemester 1992 bis Sommersemester 1994) auf seine Brauchbarkeit untersucht, wobei noch kleinere Änderungen und Präzisierungen erfolgten. Bei der Fortentwicklung des Instrumentes wurden, ähnlich wie bei dem vom SES empfohlenen Fragebogen, Einflußfaktoren berücksichtigt (vgl. Rindermann 1998).

Eine weitere Möglichkeit, die Urteilskompetenz der Studierenden zu prüfen, ist die Analyse, ob Studierende mit höherer Sachkenntnis die Lehre anders bewerten als solche, von denen man eine geringere Sachkenntnis erwartet. Jedoch weder die studentischen Hilfskräfte, noch die Studierenden mit einer höheren Anzahl an Semesterwochenstunden, und auch nicht diejenigen, die zuvor schon eine andere Hochschule besucht hatten, beurteilten die Lehr- und Studiensituation insgesamt nennenswert anders als ihre Kommilitonen. Einzig die Anzahl der Fachsemester hatte einen geringen Einfluß.

Bevor dieser Einfluß auch anhand der Studierendenbefragungen im Sommersemester 1999 durch das Studentische Evaluationsbüro Sachsen näher untersucht wird, soll jedoch noch ein kurzer Überblick über die am häufigsten genannten Einflußfaktoren erfolgen. Solche potentiellen Einflußfaktoren, von denen immer wieder vermutet wird, daß sie die Lehrbewertung so stark beeinflussen, daß diese wertlos wird, wurden in verschiedenen Studien bereits genauer untersucht: Dabei wurden sowohl soziodemographische Merkmale wie Geschlecht und Semesterzahl (bzw. eventuelle Vorerfahrungen), aber auch das Studieninteresse und die Leistungsbereitschaft, erwartete Noten (bzw. die Leistungsfähigkeit) der Studierenden im Zusammenhang mit den Anforderungen analysiert. Und schließlich, so ein in jüngsten hochschulpolitischen Diskussionen immer wieder vermuteter weiterer Einflußfaktor, würden Rahmenbedingungen des Studiums, insbesondere die Kursgröße, Lehrbewertungen beeinflussen. Die häufigsten vermuteten Einflußfaktoren sollen nachfolgend in einer Graphik als intervenierende Variablen veranschaulicht werden:

Einflußfaktoren auf studentische Lehrbewertungen in Anlehnung an Aleamoni (1987) und Hage (1996)



Graphik: Kremppow (1997)

3.1 Wie beeinflusst die Anzahl der Fachsemester die Lehrbewertung?

Die Anzahl der Fachsemester hatte in den bisher durchgeführten Studien zwar Einfluß auf die Lehrbewertung, aber nicht wie ursprünglich vermutet. So bewerten Studierende höherer Fachsemester, also mit "höherem Einsichtsvermögen", die Lehre nicht besser, sondern umgekehrt: Höhere Fachsemester urteilen im allgemeinen etwas kritischer als niedrigere. Die Unterteilung in Grund- oder Hauptstudium hatte der Analyse einer bundesweiten Studentenbefragung (vgl. Hage 1996b) zufolge keine bedeutsamen Unterschiede erbracht. Die wesentliche Änderung der studentischen Perspektive auf das Studium erfolgte dieser Analyse zufolge bereits in den ersten beiden Semestern. Die nachfolgend vorgestellten eigenen Untersuchungen bestätigen weitgehend den geringen Einfluß des Fachsemesters auf die Lehrbewertung. Allerdings konnte bei Zusammenfassung nur nach Grund- und Hauptstudium die Tendenz festgestellt werden, daß Studierende im Grundstudium die Lehre geringfügig negativer bewerten.³

Für die TU Dresden konnten Zusammenhänge lediglich bei der Informatik, Physik und den Geowissenschaften festgestellt werden. Bei der

³ Hierzu soll jedoch noch eine detailliertere Analyse nach Fachsemestern erfolgen.

Informatik hatte das Fachsemester Einfluß auf die Didaktik („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, „Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“) und das Engagement („Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“). Festgestellt werden konnte, daß Studierende im Grundstudium dabei geringfügig schlechter bewerten als ihre Kommilitonen im Hauptstudium. Werden Grund- und Hauptstudium nicht getrennt voneinander untersucht, wird auch die Frage: „Der/die Lehrende nimmt die Lehre wichtig“ signifikant vom Fachsemester beeinflusst. Die ermittelten Mittelwertunterschiede bewegen sich zwischen 0,49 und 0,64. In der Physik konnten Einflüsse auf die Frage: „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“ ermittelt werden. Signifikant sind diese sowohl für eine gemeinsame als auch getrennte Analyse von Grund- und Hauptstudium. Die Mittelwertunterschiede betragen 0,81 für eine getrennte und 0,64 für eine gemeinsame Auswertung der Daten. Studierende im Grundstudium bewerten auch hier etwas schlechter. Ebenfalls signifikante⁴ Einflüsse ermittelten wir bei den Geowissenschaften in Bezug auf Didaktik („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“) und Engagement („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“). Signifikante Mittelwertunterschiede konnten nicht festgestellt werden, allerdings auch hier die Tendenz, daß Studenten im Grundstudium etwas schlechter bewerten als Studierende im Hauptstudium.

Für die beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen läßt sich folgendes festhalten: Bei dem an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen (FH) Zittau/Görlitz (HTWS) evaluierten Fachbereich Sozialwesen hat das Fachsemester keinen Einfluß auf die Lehrbewertung. Bei der Bergakademie Freiberg (Geowissenschaften) gibt es wenige und nur einen signifikanten Zusammenhang. Dieser bezieht sich auf die Frage: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“. Ein nennenswerter Mittelwertunterschied ergibt sich lediglich zwischen 1./2. Semester und 3./4. Semester. Studierende in den ersten zwei Semestern bewerten die oben genannte Frage etwa 0,83 Skalenpunkte schlechter. Die getrennte Analyse von Grund- und Hauptstudium ergab keine Einflüsse.

⁴ Als „signifikant“ wurden, wie in empirischen Sozialwissenschaften üblich, die Zusammenhänge und Mittelwertunterschiede nur dann bezeichnet, wenn die Wahrscheinlichkeit der Nullhypothese (also kein Zusammenhang oder Mittelwertunterschied) bei weniger als 5 Prozent lag („Sehr signifikant“ = 1 Prozent).

Das Fach Psychologie der Universität Leipzig weist zwar einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Frage: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“ und der Lehrbewertung auf. Die Mittelwertunterschiede sind allerdings wesentlich kleiner als 0,5. Bei der Geographie der Universität Leipzig gab es auch lediglich zwei Einflüsse auf die Lehrbewertung, nämlich bei den Fragen: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“, „Der Vortagsstil des/der Lehrenden ist anregend“. Obwohl die Stichproben für Grundstudium (402) und Hauptstudium (32) sehr unterschiedlich sind, waren die Zusammenhänge signifikant. Der Mittelwertunterschied bei der Frage nach dem gestärkten Interesse an den Inhalten beträgt 0,86. In der Informatik der Universität Leipzig hat das Fachsemester Einfluß auf die Fragen F8 („Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“), F11 („Der/die Lehrende vermittelt den Stoff im allgemeinen anschaulich und verständlich“) und F13 („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“). Studierende im Grundstudium bewerten die Lehre in Bezug auf diese Fragen signifikant zwischen 0,4 und 0,6 Skalenpunkten schlechter. Auch die Analysen für die Politikwissenschaft der Universität Leipzig zeigen eine schlechtere Bewertung der Studierenden im Grundstudium. Bei den Fragen F1 („Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“) und F11 („Der/die Lehrende vermittelt den Stoff im allgemeinen anschaulich und verständlich“) macht dies einen signifikanten Unterschied von 0,72 bei F1 bzw. 0,59 bei F11 aus.

Bei der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH) Leipzig (HTWK) konnte in der Fachrichtung Buch und Kunst lediglich *ein* Zusammenhang zwischen Fachsemester und Lehrbewertung ermittelt werden. Dieser bezieht sich auf die Frage: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“. An der TU Chemnitz konnten bei der Informatik durchweg signifikante Zusammenhänge zwischen Lehrbewertung und Fachsemester festgestellt werden. Grundsätzlich bewertet das Grundstudium schlechter als das Hauptstudium. Dies wird bei der getrennten Analyse dieser Semester besonders deutlich, wo mehrfach Mittelwertunterschiede von einer ganzen Note ermittelt wurden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß bis auf die TU Chemnitz kaum Zusammenhänge zwischen Fachsemester und Lehrbewertung vorliegen. Wenn, dann zeigte sich, daß Studierende im Grundstudium die Lehre in Bezug auf einzelne Aspekte geringfügig schlechter bewerteten. Aufgrund der vorliegenden eigenen und weiterer unabhängig voneinander

Informatik hatte das Fachsemester Einfluß auf die Didaktik („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, „Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“) und das Engagement („Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“). Festgestellt werden konnte, daß Studierende im Grundstudium dabei geringfügig schlechter bewerten als ihre Kommilitonen im Hauptstudium. Werden Grund- und Hauptstudium nicht getrennt voneinander untersucht, wird auch die Frage: „Der/die Lehrende nimmt die Lehre wichtig“ signifikant vom Fachsemester beeinflusst. Die ermittelten Mittelwertunterschiede bewegen sich zwischen 0,49 und 0,64. In der Physik konnten Einflüsse auf die Frage: „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“ ermittelt werden. Signifikant sind diese sowohl für eine gemeinsame als auch getrennte Analyse von Grund- und Hauptstudium. Die Mittelwertunterschiede betragen 0,81 für eine getrennte und 0,64 für eine gemeinsame Auswertung der Daten. Studierende im Grundstudium bewerten auch hier etwas schlechter. Ebenfalls signifikante⁴ Einflüsse ermittelten wir bei den Geowissenschaften in Bezug auf Didaktik („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“) und Engagement („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“). Signifikante Mittelwertunterschiede konnten nicht festgestellt werden, allerdings auch hier die Tendenz, daß Studenten im Grundstudium etwas schlechter bewerten als Studierende im Hauptstudium.

Für die beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen läßt sich folgendes festhalten: Bei dem an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen (FH) Zittau/Görlitz (HTWS) evaluierten Fachbereich Sozialwesen hat das Fachsemester keinen Einfluß auf die Lehrbewertung. Bei der Bergakademie Freiberg (Geowissenschaften) gibt es wenige und nur einen signifikanten Zusammenhang. Dieser bezieht sich auf die Frage: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“. Ein nennenswerter Mittelwertunterschied ergibt sich lediglich zwischen 1./2. Semester und 3./4. Semester. Studierende in den ersten zwei Semestern bewerten die oben genannte Frage etwa 0,83 Skalenpunkte schlechter. Die getrennte Analyse von Grund- und Hauptstudium ergab keine Einflüsse.

⁴ Als „signifikant“ wurden, wie in empirischen Sozialwissenschaften üblich, die Zusammenhänge und Mittelwertunterschiede nur dann bezeichnet, wenn die Wahrscheinlichkeit der Nullhypothese (also *kein* Zusammenhang oder Mittelwertunterschied) bei weniger als 5 Prozent lag („Sehr signifikant“ = 1 Prozent).

Das Fach Psychologie der Universität Leipzig weist zwar einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Frage: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“ und der Lehrbewertung auf. Die Mittelwertunterschiede sind allerdings wesentlich kleiner als 0,5. Bei der Geographie der Universität Leipzig gab es auch lediglich zwei Einflüsse auf die Lehrbewertung, nämlich bei den Fragen: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“, „Der Vortagsstil des/der Lehrenden ist anregend“. Obwohl die Stichproben für Grundstudium (402) und Hauptstudium (32) sehr unterschiedlich sind, waren die Zusammenhänge signifikant. Der Mittelwertunterschied bei der Frage nach dem gestärkten Interesse an den Inhalten beträgt 0,86. In der Informatik der Universität Leipzig hat das Fachsemester Einfluß auf die Fragen F8 („Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“), F11 („Der/die Lehrende vermittelt den Stoff im allgemeinen anschaulich und verständlich“) und F13 („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“). Studierende im Grundstudium bewerten die Lehre in Bezug auf diese Fragen signifikant zwischen 0,4 und 0,6 Skalenpunkten schlechter. Auch die Analysen für die Politikwissenschaft der Universität Leipzig zeigen eine schlechtere Bewertung der Studierenden im Grundstudium. Bei den Fragen F1 („Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“) und F11 („Der/die Lehrende vermittelt den Stoff im allgemeinen anschaulich und verständlich“) macht dies einen signifikanten Unterschied von 0,72 bei F1 bzw. 0,59 bei F11 aus.

Bei der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH) Leipzig (HTWK) konnte in der Fachrichtung Buch und Kunst lediglich *ein* Zusammenhang zwischen Fachsemester und Lehrbewertung ermittelt werden. Dieser bezieht sich auf die Frage: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“. An der TU Chemnitz konnten bei der Informatik durchweg signifikante Zusammenhänge zwischen Lehrbewertung und Fachsemester festgestellt werden. Grundsätzlich bewertet das Grundstudium schlechter als das Hauptstudium. Dies wird bei der getrennten Analyse dieser Semester besonders deutlich, wo mehrfach Mittelwertunterschiede von einer ganzen Note ermittelt wurden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß bis auf die TU Chemnitz kaum Zusammenhänge zwischen Fachsemester und Lehrbewertung vorliegen. Wenn, dann zeigte sich, daß Studierende im Grundstudium die Lehre in Bezug auf einzelne Aspekte geringfügig schlechter bewerteten. Aufgrund der vorliegenden eigenen und weiterer unabhängig voneinander

durchgeführten Untersuchungen mehrerer Hochschulen und der bundesweit repräsentativen Untersuchung von Hage (1996b) kann davon ausgegangen werden, daß studentische Lehrbewertungen bei Verwendung entsprechender Meßinstrumente über alle Fachsemester hinweg zuverlässige Ergebnisse erbringen, wobei lediglich die Ergebnisse der ersten Fachsemester noch mit etwas mehr Vorsicht interpretiert werden sollten.

3.2 Wie beeinflußt das Geschlecht die Lehrbewertung?

Anhand der Studie von Hage (1996b) konnte für einen repräsentativen Querschnitt von Hochschulen⁵ der Bundesrepublik gezeigt werden, daß neben der unterschiedlichen Sachkenntnis und Reife der Studierenden weder das Geschlecht der Studierenden, noch das Geschlecht der Lehrenden die Lehrbewertung in inakzeptabler Weise verzerrt. Statistisch signifikante Unterschiede zwischen der Bewertung weiblicher und männlicher Lehrender konnten, allerdings auch aufgrund der geringen Anzahl weiblicher Lehrender, bei den bisherigen Studien nicht gefunden werden. Dies gilt auch für die nachfolgend vorgestellten eigenen Untersuchungen.

Die in die Analyse für die TU Dresden eingegangenen Daten zeigen zunächst ein relativ ausgeglichenes Verhältnis weiblicher (52,2%) und männlicher (47,8%) Studierender, wobei dies natürlich innerhalb der Fachrichtungen/Fakultäten variiert. So sind beispielsweise Psychologie (84,1% vs. 15,9%)⁶ und Erziehungswissenschaften (82,2% vs. 17,8%) eher "weibliche" Studiengänge, während Bauingenieurwesen (29,9% vs. 70,1%) und Physik (13,9% vs. 86,1%) eher von männlichen Studenten gewählt werden.

Die gewichteten⁷ Werte für das Geschlecht ergaben 54,5% weibliche und 45,5% männliche Studierende an der TU Dresden. Damit unterschei-

⁵ Von den Konstanzer Sozialforschern um Bargel wurde versucht, ein möglichst umfassendes Bild der Situation an den repräsentativ ausgewählten Fachbereichen zu zeichnen. Die von Bargel verwendeten Indikatoren wurden in der Nachfolgeuntersuchung von Hage (1996b) auf ihre Validität überprüft. Zusammengefaßt wurden dabei drei Elemente als wesentlich für die Beschreibung der Studienqualität angesehen: Aufbau und Gliederung des Studienganges, Art und Durchführung der Lehrveranstaltungen sowie die inhaltliche Ausrichtung des Lehrangebots, Beratung und Betreuung der Studierenden (vgl. Bargel u.a. 1996: 111-126).

⁶ In Klammern angegeben werden zunächst die Prozentangaben von weiblichen und anschließend von männlichen Studierenden.

⁷ Die Ergebnisse wurden mit einer Gewichtung überprüft. Diese ist immer dann notwendig, wenn beispielsweise einzelne Gruppen von Beobachtungen gegenüber der Grund-

den sich die gewichteten Werte zwar nicht erheblich von den ungewichteten. Die gewichteten Werte entsprechen jedoch mit einer maximalen Abweichung von weniger als 0,5 Prozentpunkten besser der tatsächlichen Geschlechterverteilung an der TU Dresden insgesamt. Vergleichsbasis sind hierbei die Statistiken des Immatrikulationsamtes der TU Dresden vom SS 1999.

Bis auf zwei Ausnahmen bestätigten die Untersuchungen, daß das Geschlecht die Lehrbewertung nicht beeinflußt. Lediglich bei den Forstwissenschaften und der Informatik konnten wenige signifikante Zusammenhänge ermittelt werden. Weibliche Studierende der Forstwissenschaften beantworteten die Frage F1 („Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“) mit durchschnittlich 0,52 Skaleneinheiten schlechter als ihre männlichen Kommilitonen. Zurückzuführen ist dies möglicherweise auf die derzeit vermutlich nicht so guten Berufsaussichten für Absolventen der Forstwirtschaft, insbesondere für Frauen. Der ermittelte Zusammenhang ist mit $r = -0,236$ signifikant.⁸ An der Befragung waren von insgesamt 483 gültigen Fällen 49,3% weibliche und 50,7% männliche Studenten beteiligt.

Ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang ($r = 0,244$) konnte für die Informatik bei der Frage F3 („Die Relevanz der behandelten Themen wird nahegelegt“) ermittelt werden. Daß männliche Studenten diese Frage schlechter bewerten als weibliche, überrascht zunächst, kann aber vermutlich auf die geringe Fallzahl zurückgeführt werden. Insgesamt betrug die Anzahl der befragten Informatikstudenten nur 70 Personen, wobei nur 14,3% weibliche Studierende waren. An den anderen beteiligten Hoch-

gesamtheit systematisch überpräsentiert sind oder wenn einzelne Fälle für mehrere Beobachtungen stehen. Wenn, wie das am Beispiel der Wirtschaftswissenschaften für die TU Dresden deutlich wird, 2682 Studierende im Direktstudium immatrikuliert sind, aber in der Evaluation im SS 1999 5279 Einschätzungen der Lehre stattfanden, geht die Fakultät Wirtschaftswissenschaften mit einem Gewichtungsfaktor von 0,42 in die Gesamtauswertung für die TU Dresden ein. Dieser Gewichtungsfaktor berechnet sich aus der Division des Anteils der Wirtschaftswissenschaftsstudenten bezogen auf alle immatrikulierten Studierenden einerseits und des Anteils der befragten Studierenden in Bezug auf alle Befragten andererseits. Durch eine Gewichtung wird gewährleistet, daß beispielsweise für die TU Dresden alle an der Evaluation beteiligten Fakultäten mit einem der Studierendenzahl entsprechendem Gewicht in die Gesamtauswertung gehen. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurde die Informatik (70 Fälle) in die Gewichtung nicht einbezogen. Für die Lehrveranstaltungen des Studiums generale liegen keine Studierendenzahlen vor (154 Fälle).

⁸ Der Korrelationskoeffizient r bezeichnet die Stärke des Zusammenhangs, der von 0 (kein Zusammenhang) bis 1 (maximal ausgeprägter Zusammenhang) reichen kann.

schulen konnten lediglich bei der HTWS Zittau/Görlitz und der HTWK Leipzig Zusammenhänge festgestellt werden, diese sind aber nicht signifikant. Diese könnten aber auf z. T. noch sehr kleine Fallzahlen zurückzuführen sein.

3.3 Wie beeinflussen Motivation/Interessenlage die Lehrbewertung?

Für vermutete Einflußfaktoren wurden in den bisherigen Studien unterschiedlich große Zusammenhänge mit der studentischen Lehrbewertung festgestellt. Der stärkste Zusammenhang wurde jedoch bei der Untersuchung des Studieninteresses gefunden, und zwar sowohl auf Fachbereichsebene (vgl. Hage 1996b), als auch auf Ebene einzelner Lehrveranstaltungen (vgl. Kromrey 1996).⁹

Bei der nachfolgend vorgestellten eigenen Untersuchung wurden die Daten zunächst auf Hochschulebene, dann auf Fakultäts- bzw. Fachrichtungsebene untersucht. Interessant waren für die Auswertung die Besuchsgründe: "persönliches Interesse am Inhalt der Lehrveranstaltung" und "Pflichtveranstaltung" für den Lehrveranstaltungsbesuch und deren Einfluß auf die Lehrbewertung. Lediglich beim *studium generale* an der

⁹ Kromrey fand bei der Untersuchung der Daten zur Lehrbewertung an der Ruhr-Universität Bochum einen deutlichen Zusammenhang, daß diejenigen Studierenden, die angaben, die Vorlesung "aus persönlichem Interesse" zu besuchen, die Lehre positiver beurteilen und umgekehrt. Um sich nicht nur auf einen einzelnen Indikator zu verlassen, bildete Kromrey aus den Gründen des Veranstaltungsbesuchs (aus rein persönlichem Interesse, zur Auffrischung/Wiederholung von Kenntnissen, Wahlveranstaltung usw.) einen Index zur Beschreibung der vorherrschenden Motivation der Hörschaft. Mit diesem Index untersuchte er die Unterschiede zwischen Lehrveranstaltungen, an denen vorwiegend extrinsisch Motivierte (mehr als 80% Nur-Pflicht-Hörer); und vorwiegend intrinsisch Motivierte (mehr als 70%) teilnahmen. Diese waren beachtlich: Wenn alle anderen Merkmale gleich sind (bzw. ihr Einfluß statistisch kontrolliert wurde), unterscheiden sich die Zufriedenheitsurteile um 1,42 Skalenpunkte (Skala von -2 [=Erwartungen "gar nicht erfüllt"] bis +2 [= "voll erfüllt"]) (vgl. Kromrey 1996: 4).

Allerdings muß die von Kromrey gewählte Darstellung der Ergebnisse dahingehend hinterfragt werden, warum er gerade 70% und 80% der Teilnehmer als Grenze zu "durchmisch" motivierten Lehrveranstaltungen wählte. Durch diese von ihm definierte hohe Schwelle zu einer eindeutigen Motivationslage werden Aussagen über "intrinsisch" Motivierte nur auf der Basis etwa eines Zwanzigstels der insgesamt Befragten getroffen. Zu vermuten ist, daß bei Vergrößerung der Subgruppe dadurch, daß man schon Lehrveranstaltungen mit einer einfachen Mehrheit, also über 50% intrinsisch Motivierter, mit den übrigen Lehrveranstaltungen vergliche, die Unterschiede bei weitem nicht mehr so beeindruckend ausfielen, wenn nicht sogar insignifikant werden. Kromrey begründete seine Grenzziehung leider nicht genauer.

TU Dresden (154 Fälle) liegen keine Daten zur Motivationslage der Studierenden vor.

3.3.1 Persönliches Interesse

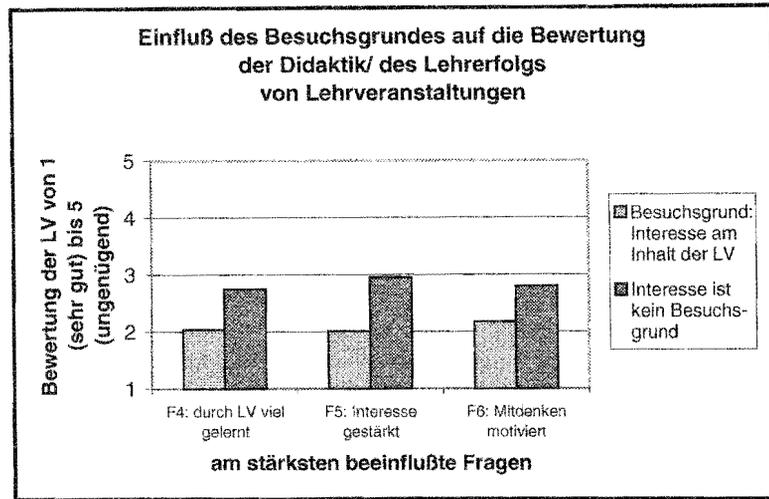
Als Gesamtaussage für die TU Dresden läßt sich feststellen, daß Studierende, die eine Lehrveranstaltung aus persönlichem Interesse besuchen, diese generell auch etwas besser bewerten als Studierende, die diesen Grund nicht angaben. Insgesamt 39,5% gaben persönliches Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung an. Der gewichtete Wert für das persönliche Interesse liegt bei 42,9%. Signifikante Zusammenhänge ergaben sich insbesondere bei der Didaktik (F4: „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, F5: „Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde gestärkt“, F6: „Ich wurde zum Mitdenken motiviert“, F8: „Der Vortragsstil des Lehrenden ist anregend“, F10: „Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“), aber auch bei den Fragen 1, 2 und 3 (F1: „Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“, F2: „Der Aufbau der Lehrveranstaltung ist gut nachvollziehbar“, F3: „Die Relevanz der behandelten Themen wird nahegelegt“), also weiteren Fragen zu den Inhalten und der Präsentation der Lehrveranstaltung. Im Durchschnitt beeinflußt das persönliche Interesse hier die Lehrbewertung um 0,5 Skalenpunkte, d.h. Studierende mit persönlichem Interesse bewerten die Lehre in Bezug auf die genannten Fragen um etwa einen ‚halben‘ Skalenpunkt besser als ihre Kommilitonen, die persönliches Interesse nicht angaben.

Bei den Didaktikfragen F4 und F5 betragen die Mittelwertunterschiede für die gewichteten Daten 0,7 bzw. 0,94 Skalenpunkte. Auch die Analyse der einzelnen Fachrichtungen und Fakultäten weist in diese Richtung. Es ergaben sich schwach negative Korrelationen. Bei den Forstwissenschaften (F4, F5, F6) und der Psychologie (F5)¹⁰ an der TU Dresden konnten in Bezug auf die Didaktik teilweise sogar Mittelwertunterschiede bis zu einem ganzen Skalenpunkt festgestellt werden. Auch die vorliegenden Ergebnisse der anderen an der Evaluation beteiligten Hoch-

¹⁰ Zur Frage F5 wie auch zu einigen anderen Fragen der Didaktik und des Lehrerfolgs ist zu beachten, daß es sich bei den Zusammenhängen möglicherweise um Tautologien (Zirkelschlüsse) handelt, weil die Kausalität auch umgekehrt sein könnte, so daß bei bereits vorhandenem stärkerem Interesse die Studierenden stärker zu der Einschätzung neigen, ihr Interesse würde gestärkt. (Vgl. Hage 1996b)

schulen bestätigen diesen Einfluß des persönlichen Interesses auf die Lehrbewertung. Das folgende Diagramm veranschaulicht die Ergebnisse für 16.804 befragte Studierende der TU Dresden in Bezug auf die Fragen F4, F5 und F6:

3.3.2 Pflicht



80,5% der befragten Studierenden der TU Dresden gaben "Pflichtveranstaltung" als Besuchsgrund für die Lehrveranstaltung an. Der gewichtete Wert liegt mit 66,0% deutlich niedriger als der ungewichtete Wert.¹¹

Signifikante Zusammenhänge konnten anhand der Daten für die gesamte TU Dresden nicht festgestellt werden. Festzustellen war jedoch die Tendenz, daß Studierende eine Lehrveranstaltung geringfügig schlechter bewerten, wenn Pflicht als Besuchsgrund eine Rolle spielt. Werden indes die Fachrichtungen und Fakultäten einzeln betrachtet, ergaben sich einige signifikante Zusammenhänge bei der Erziehungswissenschaft, der Psychologie und der Informatik der TU Dresden.

Zusammenhänge bei der Erziehungswissenschaft zeigten sich in Bezug auf die Didaktik („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, „Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde ge-

stärkt“) und die Frage, ob der Aufbau der Lehrveranstaltung gut nachvollziehbar ist. Mit etwa 0,73 Skalenpunkten wurde die Frage F5 („Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde gestärkt“) schlechter bewertet, wenn Pflicht ein Besuchsgrund war. Bei den anderen Fragen machte dies nur knapp einen halben Skalenpunkt aus.

Diese Tendenz zeigte sich auch bei den Psychologen, hier allerdings mit noch kleineren Unterschieden und in Bezug auf einen Engagementaspekt („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“). In der Informatik wurde dagegen die Frage F6 („Ich wurde zum Mitdenken motiviert“) beeinflusst. Mit etwa 0,69 Skalenpunkten wurde diese Frage von Studierenden, die Pflichtveranstaltung als Besuchsgrund angaben, schlechter bewertet.

Bei den beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen gab es sowohl bei den Informatikern der TU Chemnitz, den Informatikern und Politikwissenschaftlern der Universität Leipzig, der HTWK Leipzig als auch bei den Geowissenschaften der Bergakademie Freiberg keine Zusammenhänge. Im Sozialwesen der HTWS Zittau/Görlitz konnten zwar einige Zusammenhänge in Bezug auf Didaktik und Engagement ermittelt werden, und auch die Mittelwertunterschiede bewegten sich zwischen 0,7 und 1,1 zulasten derer, die Pflicht als Besuchsgrund angaben. Allerdings ist hier wieder die sehr kleine Stichprobenanzahl von 23 Fällen zu beachten. Bei der Geographie der Universität Leipzig wurden Zusammenhänge in Bezug auf zwei Fragen ermittelt: „Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“, „Der Vortagsstil des Lehrenden ist anregend“. Wer eine Veranstaltung aus Pflicht besucht, bewertet diese Fragen etwas schlechter als diejenigen, die diesen Grund nicht angaben.

Zusammenfassend konnte gezeigt werden, daß insbesondere der Besuchsgrund "persönliches Interesse an den Inhalten einer Lehrveranstaltung" einen positiven Einfluß auf die Lehrbewertung hat. "Pflichtveranstaltung" als Besuchsgrund scheint die Lehrbewertung nur in Bezug auf wenige Aspekte zu beeinflussen, die bei den Fachrichtungen sehr unterschiedlich sind Sie tendieren in die Richtung, daß die Bewertung der Lehre geringfügig schlechter ausfällt.

¹¹ Methodisch zur Gewichtung vgl. Fn. 7.

3.4 Wie beeinflussen die Leistungsanforderungen/das Anspruchsniveau die Lehrbewertung?

Das Anspruchsniveau (Stoffmenge, Anforderungen bzw. Tempo der Lehrveranstaltung) wurde in Bezug auf die einzelnen Fachrichtungen der beteiligten Hochschulen sowie für die TU Dresden gesamt untersucht. Die wenigen Zusammenhänge (s.u.), die zwischen Anspruchsniveau und Lehrbewertung ermittelt wurden, heben sich bei der Analyse der Gesamtdaten der TU Dresden auf, so daß über die gesamte Hochschule gesehen die Lehrbewertung nicht von den Leistungsanforderungen beeinflusst wird. Bei Psychologie, Maschinenwesen, Wirtschaftswissenschaften, Forstwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Bauingenieurwesen, Verkehrswissenschaften, Informatik und Physik der TU Dresden konnten einige signifikante bzw. sehr signifikante Zusammenhänge, insbesondere auf die Bewertung der Didaktik, festgestellt werden. Dies gilt, bis auf die Psychologie der Universität Leipzig, auch für die beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen.

Bei der Psychologie in Dresden wurde die Didaktik zwischen 0,4 und 0,6 Skalenpunkten schlechter bewertet, wenn die Anforderungen zu hoch oder zu niedrig waren. Ob sie als zu hoch oder niedrig empfunden werden, macht allerdings keinen nennenswerten Unterschied in der Beurteilung. Entscheidend für die schlechtere Bewertung ist offenbar generell ein unpassendes Anspruchsniveau. Für die Wirtschaftswissenschaftler konnten ähnliche Ergebnisse gefunden werden. Bei den Forstwissenschaften wurde insbesondere das Engagement und die Didaktik beeinflusst, wobei die Mittelwertunterschiede um die 0,5 Skalenpunkte, selten etwas höher, waren. Lediglich *ein* Zusammenhang ergab sich bei den Erziehungswissenschaften und zwei bei den Verkehrswissenschaften. Hier wurde die Bewertung der Fragen: „Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde gestärkt“ und „Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“ durch das Anspruchsniveau beeinflusst. Mittelwertunterschiede betragen etwa 0,5 Skalenpunkte, wobei eine bessere Bewertung mit Annäherung an ein optimales Anspruchsniveau festgestellt werden konnte. Dies zeigte sich auch bei den Physikern in Bezug auf die Didaktik. Sehr hohe Anforderungen wurden hier allerdings im Schnitt etwas schlechter bewertet als zu niedrige. Insgesamt sehr wenige signifikante Zusammenhänge ergaben die Analysen für Maschinenwesen und Bauingenieurwesen. Die errechneten Mittelwertunter-

schiede betragen überwiegend etwa 0,3 Skalenpunkte. Leicht höher (zwischen 0,4 und 0,5) waren sie bei den Bauingenieuren insbesondere bei einem höheren oder zu hohen Anspruchsniveau in Bezug auf die Fragen: Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent, Der Aufbau der Lehrveranstaltung ist gut nachvollziehbar.

Für die anderen Hochschulen ergaben sich folgende Ergebnisse: Bei der HTWS Zittau/Görlitz (Fachbereich Sozialwesen) hatten die Leistungsanforderungen Einfluß auf zwei Fragen: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“ und „Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“, allerdings nicht in konsistenter Richtung. Berücksichtigen sollte man bei der Bewertung dieser Aussage wieder die insgesamt sehr kleine Fallzahl. Bei der zweiten Frage gab es keine Mittelwertunterschiede, was hieße, daß ein optimales und zu niedriges Anforderungsniveau keinerlei Unterschiede in der Bewertung bewirke. Auch das dürfte eher unwahrscheinlich sein und durch die kleine Fallzahl erklärt werden.

Die Untersuchungen für die Geowissenschaften der Bergakademie Freiberg zeigten, daß ein optimales Anforderungsniveau die Lehrbewertung in Bezug auf Didaktik und Engagement positiv beeinflusst. Dies macht zwischen 0,5 und 0,7 Skalenpunkten aus. Die Informatiker der TU Chemnitz bewerteten eine höhere Anforderung besser als eine optimale. Einflüsse wurden in Bezug auf Didaktik ermittelt sowie auf die Fragen: „Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“, „Der Aufbau der Lehrveranstaltung ist gut nachvollziehbar“ und „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“. Die Mittelwertunterschiede waren aber bis auf die Didaktik mit 0,5 Skalenpunkten kleiner.

Die Geographen der Universität Leipzig benoteten eine optimale Anforderung besser als eine eher niedrige. Signifikante Zusammenhänge ergaben sich in Bezug auf Didaktik und Engagement. Die Mittelwertunterschiede sind mit 0,8 bis 1,25 sehr beachtlich. Bei der Informatikern der Universität Leipzig wurde ein eher optimales Anspruchsniveau besser bewertet als ein etwas höheres. Signifikante Zusammenhänge zeigten sich in Bezug auf die Fragen F1 („Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“), F4 („Die Relevanz der behandelten Themen für die spätere Berufspraxis wird nahegelegt“), F11 („Der/die Lehrende vermittelt den Stoff im allgemeinen anschaulich und verständlich“) und F12 („Der/die Lehrende kann auch komplizierte Sachverhalte verständlich machen“). Die Mittelwertunterschiede betragen etwa 0,4 Skalenpunkte.

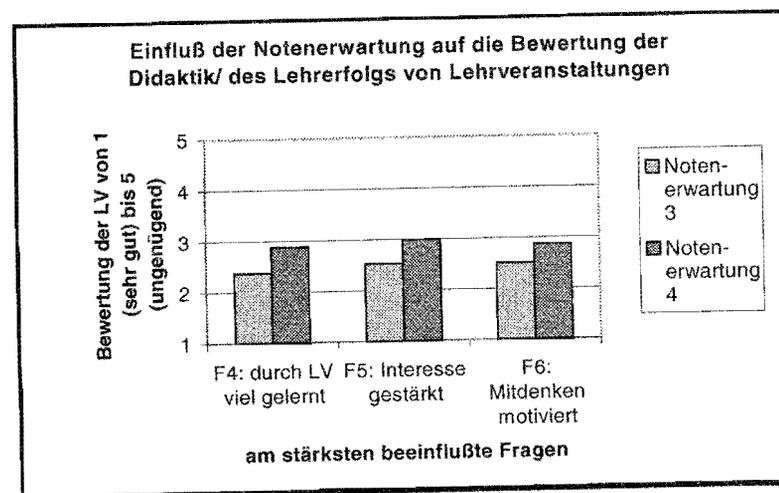
Signifikante Zusammenhänge zwischen Lehrbewertung und den Fragen F4 („Die Relevanz der behandelten Themen für die spätere Berufspraxis wird nahegelegt“), F13 („Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“) und F14 („Der/die Lehrende nimmt die Lehre wichtig“) ergaben die Analysen der Politikwissenschaften an der Universität Leipzig. Geringfügig höhere Anforderungen werden hier im Vergleich zu einem eher optimalen Anspruchsniveau besser bewertet. Dies macht Mittelwertunterschiede zwischen 0,1 und 0,3 Skaleneinheiten aus. An der HTWK Leipzig ergaben die Analysen für den Fachbereich Buch und Kunst, daß eine etwas höhere Anforderung positiver als eine optimale bewertet wird. Signifikante Zusammenhänge gab es auf die Fragen: „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“ und „Die verwendeten Beispiele sind hilfreich“.

Zusammenfassend zeigte die Untersuchung sehr unterschiedliche Ergebnisse. Gerade die Ergebnisse zu den Fachbereichen mit sehr kleinen Stichproben müssen noch mit Vorsicht interpretiert werden. Logischer erscheinen Ergebnisse, die zu einer besseren Bewertung mit Annäherung an eine optimale Anforderung führen. Beachten muß man auch, daß bei der Bewertung selten Extreme (sehr gut, sehr schlecht) angekreuzt werden, sondern in der Regel die Aussagen etwas relativiert werden.

3.5 Wie beeinflusst die Notenerwartung die Lehrbewertung?

Die Notenerwartung wurde sowohl für einzelne Fachrichtungen/Fakultäten der beteiligten Hochschulen als auch für die TU Dresden fachbereichsübergreifend untersucht. Für die TU Dresden gesamt ergab sich ein Mittelwert von 3,17. Lediglich beim studium generale (154 Fälle) wurde die Notenerwartung nicht erfaßt, da sie hier nicht relevant ist. Auch hier wurde das Ergebnis gewichtet und mit dem Notendurchschnitt des letzten Semesters für die TU Dresden gesamt verglichen. Mit einem gewichteten Wert von 3,10 ergibt sich im Vergleich zum WS 98/99 nur eine Abweichung von 0,03 Skaleneinheiten. Im letzten Semester betrug der ermittelte Notendurchschnitt 3,07, wobei hier nur 8 Fakultäten ausgewertet werden konnten.

Signifikante Zusammenhänge ergaben sich für die TU Dresden gesamt insbesondere in Bezug auf die Didaktik¹² (F4: „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, F5: „Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde gestärkt“, F6: „Ich wurde zum Mitdenken motiviert“, F10: „Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“). Aber auch die Fragen F1: „Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“, F2: „Der Aufbau der Lehrveranstaltung ist gut nachvollziehbar“ und F3: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“, also weitere typische Fragen zu den Inhalten und der Präsentation der Lehrveranstaltung, werden von der Notenerwartung signifikant beeinflusst.



Die Mittelwertunterschiede für die gewichteten Daten betragen bei den Didaktikfragen F4, F5 und F6 zwischen Notenerwartung 3 und 4 0,51 / 0,47 bzw. 0,37 Skaleneinheiten, d.h. Studierende, die eine Note 3 erwarten, beurteilen die Fragen F4, F5 und F6 um etwa eine halbe Note besser als Studierende, die von der Note 4 ausgehen. Mittelwertunterschiede zwischen 0,2 und 0,27 konnten zwischen Note 3 und 2 errechnet werden.

¹² Zur Frage F4 wie auch zu einigen anderen Fragen der Didaktik und des Lehrerfolgs ist zu beachten, daß es sich bei den Zusammenhängen möglicherweise um Tautologien (Zirkelschlüsse) handelt, weil die Kausalität auch umgekehrt sein könnte, so daß bei guter Vermittlung der Lehrinhalte die Studierenden stärker zu der Einschätzung neigen, sie hätte „viel gelernt“ (vgl. Hage 1996b).

Alle anderen waren meist wesentlich kleiner. Einen sehr signifikanten Zusammenhang gibt es auch zwischen Notenerwartung und persönlichem Interesse. Wer eine Lehrveranstaltung aus persönlichem Interesse besucht, erwartet auch eine bessere Note (Mittelwertunterschied: 0,4). In nachfolgendem Diagramm sind die Ergebnisse für den Zusammenhang zwischen Notenerwartung und Didaktik für die TU Dresden noch einmal graphisch dargestellt:

Über einzelne Fachrichtungen und Fakultäten hinweg gibt es natürlich Unterschiede, wobei bis auf eine Ausnahme schwach positive bis mäßig positive Korrelationen ($r = 0,2-0,4$ bzw. $0,4-0,6$) festgestellt wurden. Die ermittelten Zusammenhänge sind signifikant. Einflüsse konnten, wie bereits auch bei der TU Dresden gesamt, in Bezug auf Didaktik und Lehrqualität ermittelt werden. Zwischen Note 3 und 4 machte dies in der Regel einen Mittelwertunterschied von 0,5 Skalenpunkten aus.

In Bezug auf die beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten: Die Notenerwartung hat bei der Geographie an der Uni Leipzig mit $r = 0,23$ einen signifikanten Einfluß auf die Zustimmung zur Aussage: „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“. Der Mittelwertunterschied beträgt 0,5 zwischen Note 3 und 4 zugunsten derer, die die Note 3 erwarten. Bei den Psychologen der Universität Leipzig konnten signifikante Zusammenhänge bei den nachfolgend genannten Fragen festgestellt werden: „Die Ziele der Lehrveranstaltung sind transparent“, „Der Aufbau der Lehrveranstaltung ist gut nachvollziehbar“, „Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“, „Mein Interesse an den Inhalten der Veranstaltung wurde gestärkt“. Die errechneten Mittelwertunterschiede waren allerdings nicht nennenswert, d.h. wesentlich kleiner als 0,5.

Sowohl für die Informatik als auch die Politikwissenschaft der Universität Leipzig konnten mehrere signifikante Zusammenhänge ($0,2 - 0,35$) ermittelt werden, diese insbesondere in Bezug auf Didaktik und Engagement. Je besser die zu erwartende Note eingeschätzt wurde, desto besser fiel auch die Bewertung der Lehre aus. Mittelwertunterschiede wurden zwischen 0,2 und 0,5 Skalenpunkten ermittelt. Jedoch bei der Informatik waren diese zwischen Notenerwartung 3 und 4 signifikant höher und betrugen zwischen 0,58 und 0,76.

Auch für die HTWK Leipzig und den dort evaluierten Fachbereich Buch und Kunst ließ sich lediglich ein signifikanter Zusammenhang ($r =$

$0,39$) in Bezug auf die Frage: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“ ermitteln. Zwischen Notenerwartung 3 und 4 wurde ein Mittelwertunterschied von 0,5 Skalenpunkten errechnet, wobei Studierende mit der besseren Notenerwartung diese Frage signifikant besser beantworteten.

Weitere signifikante Zusammenhänge, dennoch ohne nennenswerte Mittelwertunterschiede waren Ergebnis der Analyse für die Bergakademie Freiberg (Geowissenschaften). Lediglich auf die Fragen: „Die Relevanz der behandelten Themen für das Studium wird nahegelegt“ und „Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“ hatte die Notenerwartung keinen Einfluß. Für die HTWS Zittau/Görlitz konnten einige signifikante Zusammenhänge in Bezug auf die Didaktik ermittelt werden. Mittelwertunterschiede betrugen zwischen 0,5 und 1,14. Letzterer Wert gilt für den Vergleich von Notenerwartung 3 oder 4. Da die Anzahl der Nennungen für die einzelnen Noten allerdings zwischen 3 und 14 lagen, sollte das Ergebnis trotz der Signifikanz nicht überbewertet werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Notenerwartung der Studierenden durchaus Einfluß auf bestimmte Aspekte der Lehrbewertung hat, wenngleich dieser zwischen einzelnen Fachbereichen unterschiedlich stark ist. Analysen über eine ganze Hochschule hinweg waren bisher nur bei der TU Dresden möglich, da nur hier ausreichend Daten von 17 Fakultäten bz. Fachbereichen vorlagen.

3.6 Wie beeinflusst Überfüllung die Lehrbewertung?

Noch klarer wird dies beim Zusammenhang der Lehrbewertung mit der Kursgröße. Denn eine gute Betreuungsrelation wird, insbesondere bei drohendem Personalabbau, oft als integrierter Bestandteil guter Lehr- und Studienbedingungen aufgefaßt, wenngleich sie kaum im Verantwortungsbereich der einzelnen Lehrenden und Fachbereiche liegt. Für die TU Dresden gesamt ergab sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen Lehrbewertung und dem Grad der Überfüllung, gemessen an der Frage: „Die Raumgröße ist der Teilnehmerzahl angemessen“.¹³ Dies erklärt sich durch die Analyse einzelner Fachrichtungen und Fakultäten, wo lediglich

¹³ Die Fragestellung ist hier nicht ganz eindeutig, da auch ein zu großer Raum als unangemessen empfunden werden kann. Dies ließ sich jedoch indirekt durch eine andere Frage („Es werden genügend Lehrveranstaltungen angeboten“) überprüfen und zurückweisen.

in zwei Fällen ein signifikanter Zusammenhang ermittelt wurde, aber auch nur in Bezug auf einen bzw. zwei Aspekte der Lehrbewertung. Bei der Chemie an der TU Dresden konnte ein schwach positiver Zusammenhang ($r = 0,21$) zwischen Überfüllung und der Frage: „Der/die Lehrende wirkt immer gut vorbereitet“ festgestellt werden. Die errechneten Mittelwertunterschiede sind bis auf einen verschwindend gering (0,02). Lediglich zwischen den Antwortvorgaben ‚trifft zu‘ und ‚trifft eher zu‘ zeigt sich, daß Studierende, die die Raumgröße für angemessen halten, die Frage nach der Vorbereitung des Lehrenden mit etwa 0,43 Skaleneinheiten besser benoten als Studierende, die ‚trifft eher zu‘ angeben.

Beim Studium generale konnten signifikante Zusammenhänge in Bezug auf zwei Didaktikfragen („Mein Interesse an den Inhalten der Lehrveranstaltung wurde gestärkt“, „Ich wurde zum Mitdenken motiviert“) ermittelt werden. Studenten, die mit der Raumsituation eher zufrieden sind, beantworten in diesem Fall auch die Didaktik besser als Studierende, die das eher nicht sind. Die für beide Fragen schlechteste Bewertung liegt jeweils genau in der Mitte der Antwortvorgaben (weder „zutreffend“ noch „nicht zutreffend“).¹⁴ Lediglich für die Wasserwirtschaft der TU Dresden liegen zur Einschätzung der räumlichen Rahmenbedingungen keine Daten von (599 Fälle). Für die beteiligten Fachrichtungen der anderen Hochschulen konnten nur für die HTWS Zittau/Görlitz und die Universität Leipzig einige wenige signifikante Zusammenhänge ermittelt werden.

Bei der HTWS Zittau/Görlitz (Fachbereich Sozialwesen) hatte die Raumsituation Einfluß auf die Frage: „Der/die Lehrende nimmt die Lehre wichtig“. Mit einer Korrelation von 0,56 ist der ermittelte Zusammenhang zwar beachtlich, sollte aber auf Grund der geringen Stichprobe insgesamt (23) und der natürlich noch kleineren Anzahl der Nennungen (auf die einzelnen Antwortvorgaben verteilt) nicht überbewertet werden. Während es bei der Psychologie an der Universität Leipzig einen Zusammenhang zwischen Überfüllung der Lehrveranstaltung und der Frage:

¹⁴ Möglicherweise ist dies auf die TU-Expertenkommission empfohlene bipolare Skalenvorgabe (+2,+1,0,-1,-2) zurückzuführen, bei der Studenten ‚0‘ als ‚Null‘ bzw. ‚nicht‘ verstehen könnten. In Bezug auf die Skala gibt es aufgrund der vorliegenden Analysen inzwischen Bestrebungen, diese in eine unipolare Skala (1 bis 5) umzuwandeln, da sie den meisten im Fragebogen verwendeten Antwortvorgaben (trifft zu ... - ... trifft nicht zu) besser entspricht. Diese Skala wurde vom SES auch bereits allen anderen sächsischen Hochschulen empfohlen.

„Der Praxisbezug ist ausreichend“ gibt, konnte er bei den Geographen in Bezug auf zwei Fragen („Der/die Lehrende kann komplizierte Sachverhalte verständlich machen“, „Der/die Lehrende steht für Rückfragen zur Verfügung“) ermittelt werden. Bei der Politikwissenschaft der Universität Leipzig wurde die Frage F5 („Durch die Lehrveranstaltung habe ich viel gelernt“) durch die Überfüllung beeinflusst. Die Zusammenhänge sind signifikant. Signifikante Mittelwertunterschiede gab es nicht, jedoch die Tendenz, daß Studierende, die mit der Raumsituation zufrieden sind, diese Fragen besser bewerten.

Zusammenfassend zeigen unsere Analysen, daß die Lehrbewertung nur in einigen Fällen und auch nur auf vereinzelte Fragen von der Raumsituation beeinflusst wird. Entscheidende Mittelwertunterschiede konnten nicht gefunden werden, lediglich die Tendenz der geringfügig besseren Bewertung, je zufriedener Studierende mit der Raumsituation sind. Letztlich bleibt es Frage des Gesamtkonzeptes der Evaluation, ob der Zusammenhang der Lehrbewertung mit der Kursgröße bzw. der wahrgenommenen Überfüllung als Verzerrung interpretiert und deshalb bei Vergleichen "herausgerechnet" werden sollten, oder auf Probleme der Vergleichbarkeit lediglich bei der Interpretation der Ergebnisse (z.B. im Textteil von Lehrberichten) hingewiesen wird. Erhoben und bei Vergleichen berücksichtigt werden sollten die Einflußfaktoren in jedem Fall.

4. Anmerkungen zur Vergleichbarkeit studentischer Lehrbewertungen

Auch wenn die studentischen Urteile nach den vorliegenden empirischen Untersuchungen sehr viel zuverlässiger sind als bisher angenommen: Den Ansprüchen an eine Vergleichbarkeit studentischer Urteile zumindest über die gleichen Fachbereiche verschiedener Hochschulen genügen die studentischen Urteile noch nicht ohne weiteres. Hierzu müßten sie nach Marsh (1982) frei sein von "externen" Einflußfaktoren, die ihrerseits nicht mit der Lehr- und Studienqualität zusammenhängen.

Die gefundenen Zusammenhänge stehen zwar ihrerseits meist in Zusammenhang mit Aspekten, die als Kriterien von Lehr- und Studienqualität aufgefaßt werden können. Jedoch ist die Entscheidung, ob diese Aspekte Bestandteil der Lehr- und Studienqualität sind, erst nach Festlegung der konkreten Lehrziele (z.B. in Form von Zielvereinbarungen) möglich. So könnte das unterschiedliche Studieninteresse der Studieren-

den an verschiedenen Fachbereichen durch seinen Zusammenhang mit der Lehrbewertung Unterschiede in der Lehrqualität suggerieren, obwohl die Ursachen für unterschiedliche Bewertungen eventuell außerhalb des Verantwortungsbereichs der einzelnen Dozenten bzw. der Fachbereiche liegen. Andererseits könnte bei einer stärkeren Übertragung von Verantwortung für die Studieninformation bis hin zur Auswahl von Studierenden an die einzelnen Fachbereiche eine hohe Studienmotivation durchaus als integrierter Bestandteil optimaler Lehr- und Lernprozesse betrachtet werden. Unter diesen Voraussetzungen wäre ein höheres oder geringeres Studieninteresse kein das studentische Urteil verzerrender Bias-Effekt, sondern selber ein Indikator für „gute Lehre“. Sicher ließen sich hier weitere Argumente pro und kontra Vergleichbarkeit studentischer Lehrbewertungen finden. Diese wurden jedoch an anderer Stelle bereits ausführlicher diskutiert (vgl. Krempkow 1999a).

5. Fazit und Schlußfolgerungen

Für eine Anwendung in der Praxis der Evaluationsmaßnahmen an den Hochschulen Deutschlands bieten die in diesem Beitrag vorgestellten Untersuchungen und Ergebnisse einige Ansatzpunkte. Diese können hier jedoch nur in sehr knapper Form dargestellt werden. An erster Stelle der gebotenen Schlußfolgerungen soll genannt werden, daß eine sehr viel klarere Bestimmung der Lehrziele (z.B. in Form von Zielvereinbarungen) notwendig erscheint. Hierfür ist natürlich eine entsprechende Autonomie der Hochschule bis hin zu den einzelnen Fachbereichen nötig. Von den Lehrzielen mit abhängig sind die entsprechenden Instrumente zur Messung von Lehrqualität. Auch die klare Bestimmung der Zielgruppen, für welche die Informationen über die Befragungsergebnisse und Hochschulstatistiken zur Verfügung gestellt werden sollen, erfolgte bisher immer noch zuwenig, obwohl viele Vorbehalte gerade darauf gründen. Weiterhin sollte berücksichtigt werden, daß kurze schriftliche Befragungen ohne Einbeziehung von Rahmenbedingungen zwar für reine Stärken-Schwächen-Analysen zur Optimierung der Lehre in Lehrveranstaltungen genügen. Für die Vergabe von Preisen für „gute Lehre“ könnten studentischer Lehrbewertungen ebenfalls Anwendung finden. Dies wird vielerorts auf Hochschul-, aber auch auf Fachbereichsebene bereits praktiziert, sollte aber noch ausgebaut werden.

Für Evaluationen, die über eine reine Stärken-Schwächen-Analyse hinausgehen wollen, und erst recht für die „beliebten“ Vergleiche von Hochschulen auf Fachbereichsebene erscheint in noch viel stärkerem Maße die Einbeziehung von Rahmenbedingungen notwendig. Zugleich muß darauf hingewiesen werden, daß gerade bei der Anwendung von Evaluationsmaßnahmen in der Praxis, insbesondere was komplexere Anreizsysteme zur Honorierung „guter Lehre“ betrifft, durchaus noch Forschungsbedarf besteht. Dies steht der Umsetzung bereits geplanter Maßnahmen keineswegs entgegen, sollte aber zu einer stärkeren Begleitforschung und (Meta-) Evaluation der Evaluation anregen. So könnten neben Studentenbefragungen auch Absolventen- und Lehrendenbefragungen, für Weiterbildungsinstitutionen entwickelte Evaluationsverfahren und auch eher qualitative Verfahren der Sozialforschung, wie z.B. Gruppendiskussionen, wichtige Ergänzungen sein. Gleiches gilt für die Verbindung solcher (inter)subjektiver Bewertungen wie der eben genannten mit sogenannten objektiven hochschulstatistischen Kennziffern, wie sie in den Lehrberichten den Hochschulen abgefordert werden. Gerade durch diese Verbindung ließen sich sicher einige der noch vorhandenen Mängel und Schwächen ausgleichen.

Zusammenfassend kann als eine Art Zwischenbilanz der neueren Untersuchungen zur Messung von Lehrqualität formuliert werden, daß sich die Studentenbefragungen, unterstützt auch durch die Ergebnisse der nun vorliegenden ersten eigenen Untersuchungen anhand der Studierendenbefragungen durch das Studentische Evaluationsbüro Sachsen im Sommersemester 1999, sehr wohl als valides und zuverlässiges Instrument der Rückmeldung für den Prozeß der Verbesserung der Qualität der Lehre eignen. Für Leistungsvergleiche in Form von Kennzahlen, gleich ob sie aus Hochschulstatistiken oder Studentenbefragungen aggregiert werden, sind jedoch noch weitere Untersuchungen, große Sorgfalt, methodische Sachkenntnis und die Betrachtung der Daten im Kontext der Rahmenbedingungen notwendig.

Literatur

- Bargel, Tino u.a. (1996): Bargel, Tino/Multrus, F./Ramm, M.: Studium und Studierende in den 90er Jahren, bmbf, Bonn 1996.
- Daniel, Hans-Dieter (1996): Evaluierung der universitären Lehre durch Absolventen und Studenten, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE) 2/1996, S. 149-164.

- Hage, Natalija (1996a): Lehrevaluation und studentische Veranstaltungskritik – Projekte, Instrumente und Grundlagen. bmbf, Bonn.
- Hage, Natalija (1996b): Studentische Urteile über die Lehr- und Studienqualität – Analysen zu ihrer Validität anhand der Indikatoren und Skalen im Studierendensurvey. Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (19), Konstanz.
- Krempkow, René (1999a): Ist "gute Lehre" meßbar? Untersuchungen zur Validität, Zuverlässigkeit und Vergleichbarkeit studentischer Lehrbewertungen, Marburg, Tectum Verlag.
- Krempkow, René (1999b): Zwischenbericht. Befragung der Absolventen zur Akzeptanz der Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und geplanter Angebote zur Absolventenbetreuung sowie zur retrospektiven Bewertung der Qualität der Lehre und des Studiums und zum beruflichen Verbleib, hrsg. von Universitätsmarketing TU Dresden.
- Kromrey, Helmut (1996): Von der Lehrevaluation zur Entwicklung von Lehrqualität – Eine Bilanz bisheriger Evaluationsverfahren und ein Ausblick. Langfassung des Vortrags auf dem 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden am 9. 10. 1996, zu beziehen über: FU Berlin, Institut für Soziologie
- Marsh, Herbert W. (1982): Validity of students' evaluations of college teaching – a multitrait multimethod analysis, in: Journal of educational psychology 74(2), S. 264-279.
- Marsh, Herbert W. & Hocevar, D. (1991): Students evaluation of teaching effectiveness: the stability of of mean ratings of the same teachers over a 13-year period, in: Teaching & Teacher Education 7(4), S. 303-314.
- Marsh Herbert W. & Roche, Lawrence A (1997): Making Students Evaluations of Teaching Effectiveness Effective, in: American Psychologist, 11/1997, S. 1187-1197.
- Rindermann, Heiner (1996): Untersuchungen zur Brauchbarkeit studentischer Lehrevaluationen anhand des Heidelberger Inventars zur Lehrveranstaltungsevaluation, Landau, Verlag empirische Pädagogik.
- Rindermann, Heiner (1998): Das Münchner multifaktorielle Modell der Lehrveranstaltungsqualität: Entwicklung, Begründung und Überprüfung, in: Beiträge zur Hochschulforschung 3/1998, S. 189-224.

Hochschulmedizin in Deutschland

Auf der Suche nach adäquaten Rechts-, Organisations- und Finanzierungsmodellen

Gertraude Buck-Bechler
Anke Burkhardt
 Wittenberg/Berlin

Das deutsche System der Hochschulmedizin, organisiert in der medizinischen Fakultät (Vorklinik, theoretische Fächer, interdisziplinäre Kooperationen) und dem Klinikum (einschließlich theoretischer Institute), ist seit Jahrzehnten leistungsstark und reformbedürftig zugleich. Zu dieser Einschätzung muß man kommen, wenn man die Stellungnahmen von Expertengremien und Interessengruppierungen der vergangenen 20 Jahre durchsieht.¹ Einerseits sind Ausbildungs- und Forschungsleistungen von Medizinische Fakultäten anerkannt, vollbringen Hochschulklinika durch Maximalversorgung entscheidende und nicht selten herausragende Dienste in der Vorbeugung, Diagnose und Therapie von Krankheiten. Andererseits werden immer wieder konzeptionelle und strukturelle Defizite in der Hochschulmedizin öffentlich gemacht, werden mit zunehmendem Nachdruck hohe Kosten und geringe Wirtschaftlichkeit der Klinika in der Öffentlichkeit beklagt. Wie zugespitzt sich gegenwärtig die Situation in der Hochschulmedizin hat, zeigt die Flut von Reformempfehlungen seit Mitte der 90er Jahre.

¹ Vgl. dazu Gerok, W.: Zur Lage und Verbesserung der klinischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn 1979; Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur klinischen Forschung in den Hochschulen. Köln 1986; ders.: Leitlinien zur Reform des Medizinstudiums. Köln 1992; Überlegungen zur Neugestaltung von Struktur und Finanzierung der Hochschulmedizin: Beschluß der KMK vom 29. September 1995. Bonn 1995; Neugestaltung von Struktur und Finanzierung der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt: Arbeitstreffen am 17. Mai 1996 in der Lutherstadt Wittenberg. Abschlußdokumentation. Leucorea, Halle-Wittenberg 1996; Wissenschaftsrat Stellungnahme zur Entwicklung der Hochschulmedizin. Köln 1996; Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin: Aufgaben, Organisation, Finanzierung. Würzburg 1999; DFG: Klinische Forschung: Denkschrift. Weinheim 1999.

Die Gründe für einen anwachsenden Reformstau werden sowohl im System selbst (Festhalten an konservativen Strukturen, Konzepten und Studienmodellen), als vor allem auch in Entwicklungen im gesellschaftlichen Umfeld gesehen. Die Ansprüche an eine qualitativ hochwertige medizinische Aufgabenerfüllung sind enorm gestiegen und werden weiter steigen. Hochschulmedizin ist in der gesellschaftlichen Erwartung zu großen Teilen Hochleistungsmedizin. Sie ist damit besonders personal- und kostenintensiv. Vom Leiter einer Universitätsklinik werden "Eigenschaften erwartet, die nahezu unvereinbar sind: guter Lehrer, engagierter Forscher, kenntnisreicher und verständnisvoller Arzt sowie streng kalkulierender Ökonom".² Die Rahmenbedingungen für Ausbildung, Forschung und medizinische Versorgung haben sich gleichzeitig entscheidend verändert; insgesamt werden sie sich weiter verengen (Finanzmittelknappheit, Gesundheitsstrukturgesetz, Bundespflegeverordnung, Krankenkassenreformen). Es besteht auf absehbare Zeit keine Aussichten auf eine bessere Versorgung der Hochschulmedizin mit Ressourcen.

Diesen Veränderungen und gesellschaftlichen Erwartungen muß das System der Hochschulmedizin mit eigenen Konzepten zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung begegnen, um funktionsgerecht wirksam zu bleiben bzw. zu werden.

Bund, Wissenschaftsorganisationen und einige Länderregierungen haben mit Empfehlungen (WR, KMK) und Gesetzesnovellierungen (Approbationsordnung im Entwurf, Landeshochschulgesetze) auf anstehende Entwicklungen reagiert. An verschiedenen Universitätsstandorten ist bereits die Umgestaltung der Hochschulmedizin in Gang gekommen. Ein oftmals zu zögerliches Verhalten, aus dem Inneren der einzelnen Universitäten heraus Modernisierungen einzuleiten, hat dazu geführt, daß gegenwärtig die Konzepte für die Umgestaltung der Hochschulmedizin von außen besonders stark durch betriebswirtschaftlich orientierte Sichtweisen geprägt werden. Im Mittelpunkt dieser Modernisierungsbestrebungen stehen die Universitätsklinika. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und des Überlebens einzelner Standorte werden einschneidende Strukturveränderungen politisch gefordert und teilweise bereits realisiert. Vorreiter dafür sind die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Aber auch in anderen Bundesländern haben Umstrukturierungsmodelle mehr und mehr konkrete Gestalt angenommen.

² Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 4.

Die folgenden Thesen sollen in stark gedrängter Form einen Einblick in die gegenwärtige Reformsituation in der Hochschulmedizin geben.

Hochschulmedizin ist, obwohl als Fachdisziplin konstituiert, nicht ohne weiteres mit den Aufgaben anderer Fachdisziplinen vergleichbar.

Als Aufgabenbereiche der Hochschulmedizin lassen sich unterscheiden

- Ausbildung von Ärzten
- ärztliche Fort- und Weiterbildung sowie Ausbildung des nichtärztlichen Personals
- Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Krankenversorgung (stationär und ambulant).

Die Orte für die Aufgabenerfüllung sind sowohl die Fakultät (theoretische Medizin als medizinische Grundlagenforschung und Lehre) als auch das Klinikum (klinische Forschung, patientenbezogene Lehre und Krankenversorgung). Die Funktionsbestimmung der Hochschule als Ausbildungs- und Forschungsstätte priorisiert von der Idee her die Abhängigkeit des Klinik-Profiles vom inhaltlichen Konzept der medizinischen Ausbildung und Forschung und muß u.a. zur Folge haben, daß Universitäts-Klinika in Hinblick auf die Krankenversorgung Doppelfunktionen erfüllen: Sie müssen sowohl Spitzenforschung sichern als auch die ganz normale medizinische Ausbildung. Im Alltag der Hochschulmedizin hat sich zunehmend ein Spannungsverhältnis zwischen den einzelnen Aufgabenbereichen entwickelt, das insbesondere durch die Konkurrenz um Ressourcen sowie durch mangelnde Transparenz gespeist und oftmals "zuungunsten der akademischen Belange aufgelöst wird".³

Inhaltliche Aufgabenbereiche und strukturelle Organisationsform bedingen, daß sich die medizinische Fakultät nicht nur von den anderen Universitätsfakultäten durch Größe und Haushaltsführung unterscheidet, sondern auch interdisziplinäre Zusammenarbeit und Wettbewerb der Fakultäten unter vergleichbaren Bedingungen erschwert. Hochschulklinika haben sich zu Großbetrieben entwickelt, deren spezifischen Steuerungs- und Verwaltungsansprüchen die tradierten universitären Gremien kaum noch gerecht werden können.

Im Wintersemester 1998/99 waren rund 95.900 Medizinstudenten an Deutschlands Hochschulen immatrikuliert. Sie stellten zwar nur 5,3 Pro-

³ Ebd., S. 49.

zent der Studierendengesamtheit,⁴ der Anteil der Beschäftigten im medizinischen Bereich (rd. 190.200) belief sich aber auf 39,3 Prozent, darunter 25,4 Prozent des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals und 55,4 Prozent des nichtwissenschaftlichen Personals⁵. Nach Analysen des Wissenschaftsrates sind rund 70 Prozent des wissenschaftlichen Personals organisatorisch der klinisch-praktischen Medizin zuzuordnen, also in erheblichen Umfang mit Aufgaben in der Krankenversorgung betraut und damit nicht in Lehre und Forschung tätig.⁶

Integration von Lehre, Forschung, Krankenversorgung und ärztlicher Weiterbildung in einen komplexen Leistungsprozeß haben zur Folge, daß Hochschulmedizin inhaltlich wie berufsständisch, administrativ wie juristisch sowohl im Hochschulwesen als auch im Gesundheitswesen verankert ist.

In beiden Systemen nimmt Hochschulmedizin auf Grund ihrer dualen Ausrichtung und den daraus erwachsenden Synergieeffekten eine Sonderrolle ein. Personen- und kostenintensiv, kommt ihr zum einen aus finanzieller Sicht auch im Hochschulwesen ein hoher, seit Jahren überproportional wachsender Stellenwert zu. Von den 50,9 Mrd. DM Gesamtausgaben der Hochschulen im Jahr 1997 waren 23,2 Mrd. DM, d. h. 45,5 Prozent, im medizinischen Bereich angesiedelt.⁷ Aber auch für das Gesundheitswesen stellen Hochschulklinika keineswegs eine Marginalie dar. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Hochleistungsmedizin der regionalen und überregionalen Krankenversorgung. 13,7 Prozent (13,4 Mrd. DM) der Nettogesamtkosten für stationäre Krankenhausleistungen fielen 1997 in Hochschulklinika an.⁸ Jedes zwölfte Planbett (8,4 %) knapp ein Zehntel der Fälle (9,2 %) waren ihnen zugeordnet. Der Beschäftigtenanteil lag mit rund 140.000 Vollkräften bei 16,3 Prozent.⁹

⁴ Berechnet nach Statistisches Bundesamt: Studierende an Hochschulen Wintersemester 1998/99. - Fachserie 11, Reihe 4.1. - Wiesbaden 1999.

⁵ Berechnet nach Statistisches Bundesamt: Personal an Hochschulen 1998. - Fachserie 11, Reihe 4.4. - Wiesbaden 1999.

⁶ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 5.

⁷ Berechnet nach Statistisches Bundesamt: Finanzen der Hochschulen 1997. - Fachserie 11, Reihe 4.5. - Wiesbaden 1999.

⁸ Berechnet nach Statistisches Bundesamt: Kostennachweis der Krankenhäuser 1997. - Fachserie 12, Reihe 6.3. - Wiesbaden 1999.

⁹ Berechnet nach Statistisches Bundesamt: Grunddaten der Krankenhäuser und Versorgungs- und Rehabilitationseinrichtungen 1997. - Fachserie 12, Reihe 6.1. - Wiesbaden 1999.

Hochschulmedizin wird also aus verschiedenen Finanzierungsquellen gespeist. Traditionell wird die laufende Grundfinanzierung von Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung über einen Landeszuschuß abgedeckt, der im wesentlichen einem Defizitausgleich entspricht. Seine Bemessung richtet sich nach dem Differenzbetrag zwischen Gesamtkosten der Hochschule und den Einnahmen aus der Krankenversorgung. Für die mit der stationären Krankenversorgung verbundenen Betriebskosten kommen dagegen die Krankenkassen auf. Bei der Vergütung ambulanter Leistungen, die ebenfalls den Krankenkassen in Absprache mit den kasernenärztlichen Vereinigungen obliegt, finden Gebührentarife und pauschale, von der konkreten Leistungserbringung weitgehend entkoppelte Vergütungssätze Anwendung. Investitionen (Großgeräte, Bauvorhaben) tragen Bund und Länder auf der Grundlage des Hochschulbauförderungsgesetzes (HBFG) jeweils zur Hälfte. Das ansonsten gültige Krankenhausfinanzierungsgesetz findet im Hochschulbereich keine Anwendung.

Die Reformbedürftigkeit der Hochschulmedizin wird für verschiedene Bereiche artikuliert, besonders exponiert aber für den Bereich der Krankenversorgung.

Die medizinischen Aufgabenbereiche sind – wie dargestellt – systemisch miteinander verflochten. Insofern werden sich, unabhängig davon, welcher Bereich als reformbedürftig gekennzeichnet wird, bei Veränderungen eines Bereiches immer Auswirkungen auf die anderen Aufgabenbereiche ergeben. Von daher sind Zielkonflikte im Innern des Systems stets vorprogrammiert, können aber wichtiger Impulsgeber für Reformen sein. Allerdings gilt es dabei zu berücksichtigen, daß aufgrund weniger systematischer Untersuchungen im medizinischen Bereich eine wissenschaftliche Analyse defizitärer Erscheinungen und die Entwicklung von Lösungsmodellen nur schwer zu leisten ist. Um so vielfältiger sind die pseudowissenschaftlichen Meinungen über die Qualität des Leistungsspektrums der Hochschulmedizin. Auch für betriebswirtschaftliche Einschätzungen sind noch nicht genügend sachdienliche Informationen vorhanden.

Die öffentlich diskutierten Probleme der Hochschulmedizin lassen sich grob nach inhaltlich-qualitativen und strukturellen sowie nach (betriebs-)wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterscheiden.

Inhaltlich-qualitative und strukturelle Probleme werden für alle medizinischen Ausbildungsbereiche formuliert:

- Da ist zunächst die medizinische Ausbildung im Visier. Das Medizin-Studium in Deutschland kann auf eine lange erfolgreiche Tradition verweisen, die einerseits ein gewisses Festhalten an gewachsenen Strukturen verständlich erscheinen läßt, andererseits aber wahrscheinlich auch den Blick für notwendige Modernisierungen aufgrund von Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld zu wenig öffnet. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, daß nunmehr schon seit längerer Zeit auf einen Reform-Stau im deutschen Medizin-Studium hingewiesen wird. Ausdruck erwarteter Reformen ist, daß nicht nur Studierende den Praxisbezug der Ausbildung, die Verbindung der theoretisch ausgerichteten vorklinischen Phase mit der klinischen Ausbildung, fächerübergreifendes und problemorientiertes Studieren fordern und das Multiple-choice-Prüfungssystem sowie die Gruppengrößen bei Demonstrationen und Patientenuntersuchungen als defizitär empfinden, sondern daß auch der Wissenschaftsrat immer wieder auf diese Probleme aufmerksam macht. In seiner letzten Empfehlung wiederholt er seine Forderung, "die Struktur des Medizinstudiums zu reformieren und künftig einen fächerübergreifenden, integrierten Unterrichtsansatz zu wählen. Er begrüßt die Einführung einer Modellklausel in die Approbationsordnung für Ärzte", um neue profilbestimmende Lösungen an den einzelnen Universitäten möglich zu machen.¹⁰
- Als unbefriedigend in Situation und Qualität klinischer Forschung werden nach wie vor erachtet: seltene Forschungsprofile, mangelnde Institutionalisierung der Forschung, damit verbunden Vernachlässigung einer fachspezifischen und strukturierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, geringe Freistellung klinischer Wissenschaftler von der Krankenversorgung zugunsten der Forschung und die nur verhaltene leistungsorientierte Verteilung der Ressourcen für die klinische Forschung.¹¹
- In den Klinika wird eine an Qualitätsstandards orientierte, bedarfsgerechte Versorgung der Patienten angemahnt. Ein besonderes Sorgenkind bilden die ambulanten Einrichtungen. Ihre Leistungen werden mit pauschalen Fallvergütungen abgegolten, die insgesamt nicht kostendeckend sind und in vielen Universitätsklinika zu Defiziten füh-

ren.¹² Der finanzielle Ausgleich für diesen unverzichtbaren Bestandteil der Hochschulmedizin muß dann letztendlich aus dem Landeszuschuß für Lehre und Forschung erfolgen, obwohl die Ambulanzen und Polikliniken über Bereitschaftsdienste, Notfallversorgung, Spezial- und Verbundbehandlungen sowie zeit- und überwachungsintensive Leistungen einen wesentlichen und hochschulspezifischen Beitrag zur diagnostischen und therapeutischen Krankenversorgung erbringen. Gefordert wird die Einführung einer aufgaben- und leistungsgerechten Finanzierung, um die gravierende Unterdeckung im Vergütungssystem der ambulanten Leistungen aufzuheben.¹³

Aber viel stärker als qualitative und strukturelle Probleme werden für die Hochschulmedizin öffentlich *Investitionsstau* (Erneuerung der Geräte und der Bausubstanz, die in den neuen Ländern besonders problematisch ist) und *Kostenexplosion* thematisiert. Beide Probleme sind eng mit den Universitätsklinika und der dort zu erfolgenden Krankenversorgung verbunden. Als Argumente werden angeführt: Klinika könnten aufgrund von Fallpauschalen ihre Kosten nicht mehr decken, weil sie am Ende der Behandlungskette stehen. Bürokratische Systeme würden zur Überregulierung und Übersteuerung neigen. Damit sei das Klinikum im Vergleich mit anderen Krankenhäusern nicht wettbewerbsfähig. Die bisherige Form der Kliniken als unselbständige Einrichtung der Universität würde weiterhin Nachteile durch Nicht-Kompetenz in einer leistungsgerechten Entlohnung und in der Durchführung von Baumaßnahmen haben. Einschränkungen ergäben sich aus dem weitreichenden Personalvertretungsgesetz – und was der Argumente weiter sind.¹⁴

Fehlende Transparenz in den Leistungsprozessen und Finanzströmen im System der Hochschulmedizin hat letztlich vorerst Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegenüber inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten das Primat eingeräumt.

Die oben aufgezeigte Mischfinanzierung in der Hochschulmedizin, mit unterschiedlichen Ansprüchen an die Erfassung und Abrechnung der Leistungen, birgt seit jeher ein gewisses Konfliktpotential in sich. Die

¹⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 50.

¹¹ Vgl. DFG: Klinische Forschung..., a.a.O., S. 9.

¹² Vgl. dazu E. Zrenner: In der Existenz bedroht. Die prekäre Situation der Ambulanzen an den Hochschulklinika. In: *Forschung & Lehre* 7/1999, S. 360-363.

¹³ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 95.

¹⁴ Vgl. insbesondere Neugestaltung von Struktur und Finanzierung der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt, Leucorea, a.a.O.

zweckgebundene Mittelverwendung wurde schon in der Vergangenheit sowohl von Seiten der Kostenträger der Krankenversorgung als auch durch die Verantwortlichen für die Vergabe öffentlicher Mittel in Frage gestellt.

Vor dem Hintergrund stetig steigender Kosten und einer zunehmend angespannten Finanzlage in beiden Bezugssystemen nahmen die gegenseitigen Vorwürfe, jeweils zu Lasten des anderen Bereichs finanziell zu profitieren, an Schärfe zu. Im Zuge der Gesundheitsgesetzgebung setzte dann eine ernsthafte und mit institutionellen Konsequenzen verbundene Reformdebatte über die Neugestaltung der Hochschulmedizin ein. Mit dem Anfang 1993 in Kraft getretenen Gesundheitsstrukturgesetz und den Folgegesetzen, insbesondere der Bundespflegesatzverordnung, wurde ein neues Vergütungssystem etabliert. Das bisher gültige Selbstkostendeckungsprinzip der stationären Krankenversorgung soll schrittweise durch leistungsorientierte Sonderentgelte, Fallpauschalen und Pflegesätze bei gleichzeitiger Budgetdeckung ersetzt werden. Seit 1996 sind auch Universitätsklinika von den Regelungen betroffen.

Daraus erwachsen neue Anforderungen an die kosten- und leistungsmäßige Abgrenzung zwischen der Krankenversorgung und dem Lehr- und Forschungsbereich. Als noch gravierender erweist sich die Gleichbehandlung der Krankenhäuser, denn die Vergütungssätze orientieren sich an bundesweiten Durchschnittswerten. Nach bisherigen Vorstellungen soll das besondere medizinische Leistungsspektrum der Universitätsklinika, für das der Wissenschaftsrat den Begriff der *Supramaximalversorgung* prägte,¹⁵ unberücksichtigt bleiben.

Wo die Spezifika liegen, wurde in einer im Juli vorgelegten Empfehlung des Wissenschaftsrates aufgelistet und statistisch belegt: Vielfalt, Komplexität und Schwierigkeitsgrad der Aufgaben, höherer Anteil von Intensivbetten, Risikopatienten und Schwererkranken, überdurchschnittliche Behandlungskosten bedingt durch innovative diagnostische und therapeutische Verfahren sowie interdisziplinäre Patientenversorgung, Mehraufwendungen in der Vor- und Nachsorge, insgesamt verbunden mit einem Zusatzbedarf an hochqualifiziertem Personal. Trotz der Wahrnehmung dieses kostenintensiven Versorgungsauftrages müssen sich die Universitätsklinika dem allgemeinen Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt stellen. Wirtschaftlichkeitsaspekte könnten in Zukunft existenzentschei-

dende Bedeutung erlangen, insbesondere wenn die derzeit im Rahmen der Gesundheitsreform diskutierte monistische Finanzierung von Investitionen und laufenden Kosten der stationären Krankenversorgung pauschal auf den Hochschulbereich übertragen wird.

Mangels Erfahrung und Kompetenz in der Führung eines Klinikums als Großbetrieb in den Universitäten selbst werden verstärkt Gremien und Interessengruppierungen außerhalb der Universitäten auf den Plan gerufen, für sichtbare defizitäre Erscheinungen unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten Veränderungen vorzuschlagen. Auf damit verbundene Gefahren, daß akademischen Belange durch das Primat der Wirtschaftlichkeit noch weiter zurückgefahren werden, machen nicht nur die Betroffenen an den Universitäten aufmerksam, sondern auch Wissenschaftsrat¹⁶ und Deutsche Forschungsgemeinschaft¹⁷.

Die geforderten Veränderungen kulminieren gegenwärtig in entsprechenden Reformen der Organisationsstruktur und des Finanzierungssystems für die Hochschulklinika.

Auch zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen außerhalb der Universitäten, die Verantwortung für die Hochschulmedizin tragen (Landesregierung, Krankenkassen), sie beraten (Wissenschaftsrat) oder Interessen für Beteiligte wahrnehmen (Gewerkschaften), werden vielfältige Zielkonflikte über mögliche Umstrukturierungen im Aufgabengebiet des zu "Betreuenden" ausgetragen. Zur Zeit gewinnen in der hochschulpolitischen Diskussion diejenigen die Oberhand, die die Veränderungsszenarien der Universitätsklinika in einer organisationsrechtlichen Trennung der Fakultät vom Klinikum sehen. Finanzmittelknappheit der Länder und Kostenexplosion in den Krankenhäusern liefern dafür wesentliche Begründungen. Angestrebte Lösung des krankenhausesökonomischen und -politischen Disputes ist eine stärkere Autonomisierung des Klinikbereiches gegenüber öffentlicher/staatlicher Einflußnahme. Forderungen nach Privatisierung könnten eine Folge undifferenzierter Entstaatlichung sein.

In Reaktion auf die Umbrüche im Gesundheitswesen und die sich zuspitzende Situation der Universitätsklinika legten Kultusministerkonferenz und Wissenschaftsrat 1995 Positionspapiere zur Neuordnung der Hochschulmedizin vor. Übereinstimmend sprach man sich für die Mög-

¹⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 77.

¹⁶ Ebd., S. 53.

¹⁷ DFG: Klinische Forschung..., a.a.O., S. 13.

lichkeit der Überführung von Hochschulklinika in neue Rechtsformen aus, die – gestützt auf ein modernes Management mit kurzen Entscheidungswegen und professioneller Leitung – eventuell bessere Voraussetzungen für effektives Wirtschaften bieten könnten. Als Prämisse setzte der Wissenschaftsrat allerdings die Beibehaltung der Gesamtverantwortung für Forschung, Lehre und medizinische Versorgung.

1996 folgte unter dem Eindruck der Finanznöte der öffentlichen Hand bei gleichzeitigem Investitionsstau und zunehmender Dringlichkeit baulicher Modernisierung eine Novellierung des HBFG. Für eine Erprobungsphase bis Ende 1998 wurde die Vorfinanzierung von Bauvorhaben mit privatem Kapital (Drittvorfinanzierung) als Alternativvariante zugelassen.

In den einzelnen Bundesländern werden zur Zeit unterschiedliche Wege in der Rechtsformentwicklung für Universitätsklinika beschritten.

Inanspruchnahme und rechtliche Umsetzung der genannten Offerten blieben den Ländern vorbehalten. Es setzte eine Welle von Rechtsformänderungen ein, wobei überwiegend der KMK-Orientierung auf das Modell einer *rechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)* gefolgt wird. Zu den Vorreitern zählten Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, für deren Universitätsklinika bereits Anfang 1998 entsprechende Gesetze in Kraft traten. Schleswig-Holstein und Sachsen vollzogen den Schritt 1999. Hessen wird voraussichtlich 2001 folgen. Andere Länder – Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Bayern – entschieden sich für eine dem Haushaltsrecht stärker verpflichtete Betriebsform, *den Landes- bzw. Staatsbetrieb*, oder – Thüringen, Berlin und Saarland – für die Beibehaltung des Klinikums als *rechtlich unselbständige Anstalt der Universität*. In beiden Fällen sichern gesetzlich verbrieftete Ausnahmeregelungen oder Experimentierklauseln den Klinika einen Entscheidungs- und Handlungsfreiraum, der unternehmerisches Agieren ermöglicht (Stichworte: kaufmännische Rechnungsführung, gegenseitige Deckungsfähigkeit der Konten, Rücklagenbildung, Abweichen vom Stellenprinzip, Dienstherreneigenschaft, Zuständigkeit für Investitionsplanung und Baudurchführung, Auftragsvergabe an Dritte).

Sachsen-Anhalt und Thüringen entschieden sich darüber hinaus für den Weg der *Drittvorfinanzierung*, um kurzfristig die baulichen Rahmenbedingungen für eine effiziente Krankenversorgung und damit die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Universitätsklinika zu schaffen.

Komplettiert wird die Palette der Rechtsformen durch einige, z.T. schon vor Jahrzehnten eingeführte Spezialkonstruktionen, wie das sogenannte *Bochumer Modell* (Kooperation der Medizinischen Fakultät mit einem Verbund städtischer Kliniken, die durch Vertrag mit dem Land als Universitätsklinikum fungieren) oder die *Heidelberger Lösung* (am Standort Mannheim erfüllt eine gemeinnützige GmbH, deren alleiniger Gesellschafter die Stadt ist, die Funktion des Universitätsklinikums; am Standort Heidelberg wurde das Universitätsklinikum dagegen in eine AöR umgewandelt).

Den speziell in den neuen Bundesländern offensiv unterbreiteten Angeboten privater Träger zur Übernahme des Klinikums in seiner Gesamtheit blieb bundesweit der Erfolg versagt. Ausschlaggebend hierfür waren Befürchtungen in Richtung einer Entkopplung der Krankenversorgung von Lehre und Forschung, der Dominanz wirtschaftlicher Aspekte gegenüber akademischen Belangen und beschäftigungspolitischer Einschnitte. Bisher erstrecken sich Privatisierungen lediglich auf medizinische Teilbereiche, deren Zusammenwirken mit der Universität durch einen Kooperationsvertrag geregelt wird (Universitätsklinik Herzzentrum Leipzig GmbH der Rhön-Klinikum AG).

Der Stand der Veränderungen in einzelnen Bundesländern ist folgender:

- Rheinland-Pfalz: Klinikum als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes, Vereinbarung zwischen Universität/Fakultät und Klinikum, Aufsichtsratanrufung im Konfliktfall, Gesetz vom 1.7.1997 (in Kraft ab 1.1.1998);
- Baden-Württemberg: Klinikum als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Universität, starke Fakultätsleitung (Fakultätsvorstand), Aufsichtsratanrufung im Konfliktfall, Gesetz vom 24.11.1997 (in Kraft ab 1.1.1998);
- Sachsen-Anhalt: Klinikum als Landesbetrieb innerhalb der Universität, Verwaltungsrat, Gesetz vom 6.3.1997 (in Kraft ab 1.1.1997), Drittvorfinanzierung;
- Bayern: Klinikum als Staatsbetrieb innerhalb der Universität, Aufsichtsrat, Klinikumskonferenz, Experimentierklausel für Umwandlung des Klinikums in eine Anstalt öffentlichen Rechts oder Rechtsform des privaten Rechts, Änderungsgesetz vom 24.7.1998 ;

- Niedersachsen: Klinikum als Landesbetrieb innerhalb der Universität, Experimentierklausel zur Regelung der Organisation und der Aufgaben, Gesetz in der Fassung vom 24.3.1998;
 - Schleswig-Holstein: Klinikum als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Hochschule, Aufsichtsrat, Vereinbarung zwischen Universität/Fakultät und Klinikum, Gesetz vom 28.10.1998 (in Kraft ab 1.1.1999);
 - Hessen: Umwandlung der Klinika in eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Universität, Aufsichtsrat, Gesetz vom 3.11.1998, Rechts-VO für 2001 vorgesehen;
 - Sachsen: Klinikum als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts des Freistaates, Aufsichtsrat, gemeinsame Konferenz zwischen Universität/Fakultät und Klinikum, Gesetz vom 6.5.1999 (in Kraft ab 1.7.1999);
 - Thüringen: Klinikum als rechtlich unselbständige Anstalt des Landes, Änderungsgesetz vom 12.5.1999, Drittvorfinanzierung;
 - Berlin: Klinikum als Bestandteil der Universität, Hochschulverträge zwischen Senat und Universität, Gesetz vom 3.1.1995, Erprobungsklausel im BerlHG;
 - Saarland: Klinikum als rechtlich unselbständige Anstalt der Universität, Regierungsentwurf vom März 1999;
 - Nordrhein-Westfalen: Klinikum als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts oder privatwirtschaftliche GmbH, Regierungsentwurf vom März 1999;
 - Hamburg: Referentenentwurf in Vorbereitung, Klinikum und Fachbereich als rechtsfähige Teilgliedkörperschaft der Universität, Schlichtungsausschuß;
 - Mecklenburg-Vorpommern: Klinikum als zentrale Betriebseinheit der Universität, Reformdiskussion auf Landes- und Hochschulebene, Reformkonzepte intern an der Universität Greifswald.
- Eine 1996 vom Wissenschaftsrat eingesetzte Arbeitsgruppe hat die Erfahrungen der Länder analysiert, wobei die besondere Aufmerksamkeit dem Zusammenspiel von Fakultät und Klinikum innerhalb der verschiedenen Rechtsformen galt. In den 1999 vorgelegten Empfehlungen spricht sich der Wissenschaftsrat nachdrücklich für die Weiterentwicklung der bisherigen Organisationsstruktur der Hochschulmedizin aus. Einen "Königs-

weg" gibt es nach seiner Auffassung nicht. *Kooperationsmodell*¹⁸ und *Integrationsmodell*¹⁹ haben sich gleichermaßen als geeignet erwiesen, die Einheit von Lehre, Forschung und Krankenversorgung zu wahren, wenn präzise Verfahren der Abstimmung und Konfliktfallregelung implementiert wurden. Ähnlich offen fällt das Urteil über die Rechtsform aus. Zwar spricht einiges für rechtlich selbständige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, doch werden andere Modelle nicht generell ausgeschlossen. "Mit der eigenen öffentlich-rechtlichen Rechtspersönlichkeit erhalten die Hochschulen einerseits größere Selbständigkeit als im Fall von Landesbetrieben nach § 26 LHO, andererseits werden die Weiterungen privatrechtlicher Rechtsformen vermieden".²⁰

Entscheidend ist nicht die Rechtsform, sondern ihre inhaltliche Ausgestaltung "mit dem Ziel, die Wahrnehmung der akademischen Aufgaben im Klinikum auf einem hohen Leistungsniveau sicherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulklinika in der Krankenversorgung zu gewährleisten".²¹ Hierfür hat der Wissenschaftsrat Leitlinien entwickelt, mit deren Hilfe der gangbare Korridor der Organisationsreform ausgelotet werden kann:

- Trennung von Aufsichts- und Geschäftsführungsfunktion bzw. von Träger- und Betriebsverantwortung im Aufgabenbereich Krankenversorgung;
 - klare Zuordnung von Aufgaben in Forschung und Lehre sowie der Krankenversorgung und Schaffung von Konfliktfallregelungen;
 - Professionalisierung der Entscheidungsträgerfunktion;
 - Reorganisation des Klinikumsbetriebes (Delegation von Verantwortung mit zunehmenden Entscheidungsspielräumen der nachgeordneten Organisationseinheiten innerhalb des Klinikums, interne Budgetierung);
 - Schaffung geeigneter Entscheidungsstrukturen auf Seiten der Fakultät.
- Letztlich aber sind Reformen nur so gut, wie es ihre Akteure in den Universitäten verstehen, sie wirklich mit Leben zu erfüllen. Es liegt auf der

¹⁸ getrennte Zuordnung von Aufgaben in der Krankenversorgung einerseits und von Aufgaben in Forschung und Lehre andererseits an Leitungsorgane des Klinikums bzw. der Fakultät

¹⁹ Krankenhausbetrieb sowie Forschung und Lehre sind als Teilressorts einem einheitlichen "medizinischen" Vorstand neuer Prägung zugeordnet

²⁰ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur der Hochschulmedizin..., a.a.O., S. 64.

²¹ Ebd., S. 91.

Hand, daß der Abbau des Reformstaus in der Hochschulmedizin davon abhängig sein wird, wie die Akteure im System Hochschulmedizin – Hochschullehrer, Studierende sowie wissenschaftliche und technische Mitarbeiter als Angehörige der Fakultät, studentische, ärztliche, pflegerische und verwaltungstechnische Berufsgruppen im Klinikum –, in das Veränderungs- und Entwicklungsgeschehen involviert sind. Werden diese unterschiedlichen Akteursebenen nicht entsprechend ihrer Sachkompetenz in Kommunikations- und Entscheidungsprozesse einbezogen, dann bleibt die Leistungsmotivation ungenutzt, mit der nur Qualitäts- und Effizienzreserven in den Prozeßabläufen und in den -ergebnissen erschlossen werden können.

REAKTION

Zu „Akademische Rituale“, hso 3-4/1999

Günter Wirth
Berlin

In dem Interview Falk Bretschneiders und Peer Pasternacks mit Reinhard Kreckel werden im Zusammenhang der Fragestellung nach akademischen Ritualen und symbolischer Praxis an den Hochschulen, zugleich in Aufarbeitung der Entwicklung in der alten Bundesrepublik ('68!) und der in der ehemaligen DDR (Hochschulreformen), einige dieser Rituale bzw. Symbole näher betrachtet – von den Talaren bis zum Vokabular („Magnifizenz“, „Spektabilität“). Wenn ich richtig gelesen habe, erfolgen diese Erörterungen im Kontext der Erwägungen zu Grundfragen der „Ordinarienuniversität“, letztlich also in dem der Frage nach dem Wesen der Universität in der demokratischen Zivilgesellschaft an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert. Da der *hochschule ost*-Gesprächspartner gegenwärtiger Rektor der Martin-Luther-Universität ist, finden sich in dem Interview Hinweise auf spezielle, womöglich „folkloristische“ Hallenser Erscheinungen, etwa auf den jährlich stattfindenden Umzug des Akademischen Senats am Reformationstag in der Lutherstadt Wittenberg.

Las man dieses Interview mit seinen sympathischen, oft selbstironischen Akzenten, fiel einem allerdings gleichsam als Folie hierzu ein, daß man ja gerade ein Tagebuchkonvolut zur Kenntnis genommen hatte, in dem es – neben vielen anderen, vor allem dem historischen Atem der sich wandelnden Zeiten – gerade auch immer von neuem um die Universität,

ihren Auftrag, ihr Wesen, die Legitimität ihrer Autonomie oder die mögliche Notwendigkeit deren Einschränkung (unmittelbar nach 1945!) ging, ferner darum, ob der Verfasser der Tagebücher sich zu Recht als Ordinarius fühlen dürfe oder eigentlich nur gelehrter „Journalist“ bzw. journalistischer „Gelehrter“ sei, und vor allem fiel einem ein, daß dieser Autor vor 50 Jahren gern Rektor (erst in Greifswald, dann eben) in Halle geworden wäre – es aber nicht wurde, er, der schon in seinem Curriculum bis 1918 und in seinen Tagebüchern aus der Zeit der Weimarer Republik viel mit dem Universitätsbetrieb (aus der Perspektive eines Geisteswissenschaftlers an einer TH) gehadert hatte, ganz zu schweigen von dem, was dieser jüdische Intellektuelle in der Zeit des NS-Regimes zu leiden gehabt hatte. Man hat (allerdings nicht an der Satzkonstruktion) längst gemerkt: Es ist von Victor Klemperer die Rede.

In der Tat finden sich in den beiden Bänden der Tagebücher von 1945 bis 1959 („So sitze ich denn zwischen allen Stühlen“, Berlin 1999) bemerkenswerte Aussagen, die unmittelbaren Bezug zum Thema des Heftes 3-4/1999 der *hochschule ost* und speziell zum Interview mit Reinhard Kreckel haben.

Gerade mit Blick auf das geradezu existentielle Interesse Klemperers am Hallenser Rektorat läßt sich aus diesen Tagebüchern ablesen, wie in einer Zeit, in der die SED (zusammen mit der Sowjetischen Militäradministration) immer stärker in den Universitätsbetrieb eingriff, Rituale in irgendeiner Form wirksam blieben oder sogar neu zum Leben erweckt wurden.

Als Klemperer nach seinem kurzen Greifswalder Zwischenspiel eines Semesters 1948 nach Halle berufen worden war, war es im Rektorat gerade zum offenbar unfreiwilligen und ungeordneten Wechsel von Otto Eißfeldt, dem bedeutenden Alttestamentler, zu Eduard Winter, dem früheren Prager katholischen Theologieprofessor und katholischen Jugendführer und jetzigem Osteuropahistoriker, gekommen. Bei Klemperer (I 597 f.) liest sich dies unter dem 15. Oktober 1948 so:

„Gestern dies academicus. Sehr große prunkvoll einfache Aula. In Greifswald klein mit Rokoschmuck; hier mächtiges Rechteck, einfach hoch, einziger Schmuck bunte Glasfenster ... Statt Chor u. Orchester nur starke Orgel. Eigentlich hätte es Rektoratsübergabe sein sollen. Aber der theologische u. reaktionäre Eißfeldt, der abgesetzte Vorgänger hatte sich geweigert, dem ‚illegalen‘ Winter das Amt zu übergeben, u. die Regierung hat ihn nicht dazu gezwungen. (Halbheit! ...) Winter ohne Ornat, nur mit Kette über dem dunklen Anzug, Professoren ohne Ornat, zerstreut sitzend. W. gleich nach dem Orgelstück aufs Katheder, kein

Wort von Amtsübernahme, kein Wort zur gegenwärtigen Lage. Nur: sein Thema [osteuropäische Kirchengeschichte] werde im ersten Augenblick zeitfremd scheinen – nachher ...“ – „Das war am Abend des Dies: Festessen bei Pottel und Broskowski, dem sehr eleganten Restaurant am Leipziger Turm. Sehr friedensmäßig in Essen und Trinken, besonders auch im Trinken ... Herrenessen, nur die Magnifica u. ganz wenige Dozentinnen ...“

Wir sehen: Klemperer vermißt traditionelle Rituale und stellt subkutane („Herrenessen“) fest. Bezeichnend, daß er des Rektors Frau als „Magnifica“ bezeichnet. Rektoren wurden bei ihm, seriös oder auch ein wenig ironisch, immer als Magnifizienz oder Magnificus notiert (etwa I 604 und II 136).

1950/51 schien Klemperer von der Ausstrahlung seiner akademischen Tätigkeit und von seiner Vergangenheit als OdF (Opfer des Faschismus) her, aber auch im Zusammenhang mit seiner (partei)politischen Stellung die Chance zu haben, Rektor zu werden. Immer wieder schreibt er im Tagebuch hierüber, zugleich sehnsüchtig und abwehrend („Vanitas“). Doch der Kulturbund-Volkskammerabgeordnete mit jeweils eigenständigen Auffassungen und mit sehr genauen Vorstellungen von dem, was man einer Universität zumuten könne und was nicht, wurde nicht Magnifizienz. Unter dem 19. Januar 1951 (II 123) notiert Klemperer:

„Halle Stadt Hamburg Freitag Nacht ¼ 2

Letztes Aufflackern u. Verlöschen der Hoffnung auf das Rektorat. Feierlich meldete sich Leo Stern auf ½ 6 Nachm. in mein Seminar. Ich dachte: Überbringer des Parteibescheides, stellte mit Rita [Schober – später bekannte Romanistin, G.W.] mein ‚Ministerium‘ zusammen. Er überbrachte mir feierlich die Wertschätzung der Partei, u. daß sie aus sachlichen Gründen sich für Agrikola entschieden habe. Mir drücke sie ihre besondere Achtung aus, ich möge auf andere Ehrungen durch sie hoffen u. im übrigen erwarte sie von mir, daß ich Parteidisciplin halte. Ich sagte zu Stern: Mit A. sei ich einverstanden u. würde ihn wählen und beglückwünschen. Ich sei es aber müde mit ausgereckter Zunge einer vorgehaltenen Wurst nachzulaufen ...“

An seiner Stelle wird der Nationalökonom Rudolf Agricola, der bis 1948 Chefredakteur der Heidelberger *Rhein-Neckar-Zeitung* (mit Theodor Heuß als Lizenzträger) gewesen war, Rektor. Immerhin muß bei der Wahl im Senat Klemperer auf Eduard Winters Vorschlag hin als „Scrutator“ wirken – noch ein bisher nicht erwähntes Ritual. Unter dem 2. Februar 1951 (II 132 f) heißt es bei Klemperer:

„... um 18, der Senat: Rektorwahl als einziger Punkt. Sehr peinliche u. bedrückliche Angelegenheit u. Stimmung. Winter leitete; zwischen ihm u. Agr. wurden wenige durchsichtig heuchlerische Worte mit dem Mindestmaß von Wärme gewechselt. Er schlug ‚im Auftrag des Ministers‘ Agricola vor, der große Ver-

dienste um die Univ. habe. Alles blieb stumm. ‚Wir schreiten zur Wahl; ich bitte unserm Senior Prof. Kl. den Scrutator zu machen.‘ Das Zettelkästchen wurde vor mich hingestellt: zehn Stimmen waren befehlsgemäß für A., 5, klarster Weise die fünf der Schwerpunktdokane unbeschrieben. Das war eigentlich noch schlimmer, als wenn irgendein anderer Kandidat draufgestanden hätte. Man zuckte eben die Achsel u. spielte nicht mit. Agrikola nahm mit sehr gedämpftem u. kurzem Ja an, dankte dem Vorgänge ‚erfreut, daß er uns als Gastprofessor erhalten bleibe‘ u. sagte stockend u. sehr con sordino, er wolle im Augenblick alle Ausführungen unterlassen, er hoffe, das Vertrauen u. die offene Kritik u. jeweilige offene Aussprache der Weißzettler zu gewinnen. Es ging zu wie in einem Krankenzimmer u. dauerte alles in allem kaum 20 Minuten. Man gratulierte dem offenbar sehr mitgenommenen Rolf ..., einer von der Opposition, ich glaube der Naturwissenschaftler Gallwitz beglückwünschte ihn auch. Das Ganze war sehr, sehr peinlich; so hätte ich nicht gewählt werden wollen. Immerhin: Agr. wird die Kette tragen, zu Friedenscongressen u. nach Moskau fahren, alles das haben, was ich so gern gehabt hätte.“

Unter dem 8. Februar 1951 verweist Klemperer auf die Antrittsvorlesung des neuen Rektors („über das Monopolkapital“) und fügt (II 133 f.) hinzu:

„Als er dort mit der goldenen Kette stand, gab es mir doch einen Stich ins eitle Herz. Nach der Feier ein überaus schlechtes u. langes Essen in der Stadt Hbg. 52 Geladene, wenig Professoren, fast nur der Senat, die anderen Studenten, Angestellte, die Fahrer des Rektors u. Prorektors. Die Toaste teils gedrückt (Schallock-Agrikola über die herzustellende Einigkeit) zum größeren andern Teil maßlos heuchlerisch. Winter gerührt über die zu verlassenden Freunde u. seinen ‚treuesten Freund‘, ‚den lieben Rudolf Agrikola‘, Rolf entsprechend zurückhaltend. Geradezu komisch Kratz [...]. Im Armeeton. Er sei zur See gefahren, wenn der Kapitän wechsele, gelobe die Mannschaft auf alle Fälle dem neuen Kapitän Treue. Man sei ja doch eine verschworene Gemeinschaft – wahrhaftig, das sagte er. Eine andere komische Figur war der stattliche Leipziger Rektor Meyer, Historiker, SED-Mann. Corpsstudentengesicht mit Tiefquart. Geschmetterte u. dabei angetrunken entgleisende Sätze. Er sei Schwabe u. alter Achtundvierziger vom Vater her, er trinke energisch. Zusammenarbeit mit der ältesten deutschen Univ., Einigkeit, Deutschland usw.“

Mit Kratz ist der bekannte Gynäkologe Helmut Kraatz gemeint, mit dem Leipziger Rektor Meyer Georg Mayer, ein Nationalökonom, mit Schallock der damalige Volksbildungsminister von Sachsen-Anhalt. Agricolas Nachfolger wurde der schon bisher als graue Eminenz zu entdecken gewesene Historiker Leo Stern – mit ihm ein Parteiexponent von hohem Grad, und merkwürdigerweise passiert dies, von Klemperer unter dem 25. Oktober 1953 aufgezeichnet (II 415):

„Vor der Wahl wurde ich noch zum Genossen Dekan der Juristen Hartwig gerufen. Er informierte mich, wie alles arrangiert sei. Agrikola, aus der Versen-

kung geholt für diese eine Amtshandlung, sollte leiten, es sollte niemand nominiert werden u. nach der notwendigen Zersplitterung des Wahlganges ein zweiter stattfinden; man hoffe daß Stern von 19 Stimmen 11 erhalten werden. – Nachher ging alles am Schnürchen (diese Heucheleien, wo jeder weiß, was in Wirklichkeit los ist – armer Agricola!) Die Wahl brachte eine Überraschung: 17 Anwesende u. 17 Stimmen für Stern – die erste einstimmige Wahl eines Rektors seit 1945, ein zweiter Wahlgang also unnötig. (Sehr vernünftig von den Bürgerlichen!) Um 18⁴⁵ war dieser Teil der Senatsitzung beendet, ich gratulierte Stern, der mir dankte ...“

Zwei Jahre später geschah ähnliches – Klemperer geht unter dem 21. Oktober 1953 darauf ein (II 517 f.):

„Am Di. 18. X allein in Halle. Meine üblichen 4 Stunden. Dann Rektor-Wiederwahl (18 h) Stern. Man fürchtete 5 Gegenstimmen bürgerlicher Naturwissenschaftler – im letzten Augenblick verzichteten sie auf Demonstration gegenüber 15 Genossen, die demonstrativ das Parteiabzeichen trugen u. Stern wurde zum allgemeinen Erstaunen einstimmig gewählt. Übrigens waren Situation u. Einstimmigkeit schon vor zwei Jahren ganz ähnlich gewesen. Stern dankte u. erklärte – auch dies ähnlich wie vor zwei Jahren: er sei erstaunt u. erfreut; er finde also Vertrauen auch bei Andersgerichteten, er werde nach wie vor sachlich verfahren. Danach gab es ein recht elegantes Essen für den Senat bei Pottel u. Broskowski, dem besten Freßladen u. -restaurant in Halle ...“

Freilich muß der genaue Beobachter Klemperer ein für den Akademischen Senat neues Ritual registrieren: Die Genossen Professoren bzw. Spektabilitäten tragen demonstrativ Parteiabzeichen. Doch noch einmal zurück zu „klassischen“ Ritualen der Universität, zu den Talaren. Im Interview mit Reinhard Kreckel (S. 73f.) ist hiervon ausführlich die Rede:

„Da gibt es den Rektortalar, die Prorektorentalare; dann gibt es welche für die Dekane, die sind natürlich alle irgendwie schöner; und es gibt – aus DDR-Zeiten – schlichtere Talare für die Senatsmitglieder. Für die gewählten Vertreter der Studierenden, der wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter im Senat haben wir keine Talare. Meines Wissens hat sich darüber bis jetzt noch niemand beschwert. Die sieben Fakultäten unserer Universität sind nach Farben sortiert. Das sind die historischen Farben der Fakultäten.“

Bei Klemperer kann man nachlesen – unter dem 17. Juli 1949 (I 663) –, wann dieser Brauch wieder aufgenommen wurde: „Beim feierlichen Dies, 12. Juli – ... – trug ein Teil der Professorenschaft zum ersten mal wieder Ornat, u. der großen Versammlung verkündete Magnificenz Winter die Vorschläge der Univ. zur Akademie u. zum Nationalpreis ...“

Vor allem aber ist der Kommentar Klemperers zu diesem Vorgang aufschlußreich: „Sehr wichtig in kulturhistorischer etc. Beziehung, daß

die Ostzone wieder zum Ornat greift – Revolution nimmt Tradition auf, SU glorifiziert den Zarismus.“ (!)

Und unter dem 25. Oktober 1952 (450-Jahrfeier der Universität Wittenberg) hält Klemperer (II 324 f.) fest: „Der 18. in Halle, Sonnabend: durch Menschenspalier und Photographengeknipse, bei Anklatschen der Fakultäten, in den unbequemen Talaren u. Baretten – plumpe schräg zu tragende, einschneidende Vierecktöpfe riesigen Ausmaßes, für die Philosophen mit erikafarbenen Sammeträndern breitesten Formates – Zug von der Universität zum Theater ...“

Talare dann auch in Wittenberg am nächsten Tag („Folklore“), bei Klemperer (II 326) so beschrieben:

„Großes Getümmel auf dem Markt vor dem Rathaus. Innen wieder mitgenommenen Talar angelegt, u. nun wieder eine Prozession, die ziemlich lang währte, Umzug irgendwie um den Markt, mir nicht ganz klar geworden. Vom Turm hinter Häusern bliesen Trompeten Choräle – das war die Schloßkirche, hieß es. Wir landeten in der Marktkirche, saßen im Altarraum, vor uns das Podium der Sprecher, am andern Schmalende der Orgelchor.“

Hinter den Ritualen entdeckte Klemperer damals im nur scheinbar provinziellen Wittenberg die politische Realität, in die reale Universität einschlagend. Man habe in Wittenberg gehört:

„Grotewohl habe privat an Dibelius geschrieben, ob es nicht angebracht sei, die Theologie aus den Univ. herauszunehmen u. an besonderen Hochschulen zu lehren. Dies sei durch Indiscretion in der Kirchenztg publik geworden, u. in der (von mir nicht gehörten) Morgenpredigt habe ein recht kriegerischer Ton gegen die Regierung geherrscht. – An den Akt in der Kirche schloß sich wieder ein großes Essen (mit zu wenigem Getränk). Diesmal war Nuschke CDU [der dann ja entscheidend dazu beitrug, daß die theologischen Fakultäten in den Universitäten blieben, und zwar mehr als ein Ritual, G.W.] anwesend und toastete.“

Wie man sieht, findet man bei Klemperer bemerkenswerte Details an Beobachtungen zur *hochschule ost*-Thematik, Beobachtungen, die freilich seinerzeit schon Kommentare implizierten, und es spricht – nicht nur an dieser Stelle – für den Zeitzeugen Klemperer, daß die zeitgenössischen Kommentare uns heute noch viel zu sagen haben.

„Magnifizienz“ oder nicht „Magnifizienz“, das ist hier die Frage

Zu „Rituale der Akademiker“ und „Talare über Latzhosen“
(*hochschule ost* 3-4/1999)

In beiden Aufsätzen kommt viel Interessantes, Bedenkens- und Beherzigenswertes über akademische Titel und Bräuche zur Sprache. Dazu sei folgendes bemerkt:

1. Die Neigung, andere und sich selbst mit Titeln zu schmücken, ist nicht nur in Deutschland verbreitet. Jeder Österreicher, der den Magistergrad hat, führt ihn neben höheren Graden wie dem eines Doktors, und jeder Professor an einer dortigen Universität legt Wert auf den Titel „Universitätsprofessor“, weil es, wie früher in Deutschland, noch Gymnasialprofessoren gibt. (Auch „Hofräte“ u. ä. hat's ja noch in dem KuK-Nachfolgestaat.) Jeder Tscheche, der ein Ingenieurstudium absolviert hat, stellt seinem Namen dieses Prädikat voran: „Minister Ing. X. Y.“ (Ich spreche nicht vom „Dr.-Ing.“; dieser Titel wird auch in Deutschland geführt.)
2. Den Titel „Dr. habil.“ erwarb man in Ostdeutschland noch 1945 zunächst so wie in Westdeutschland. In den 50er Jahren erzählte mein gräzistischer Lehrer Franz Dornseiff¹, wie sich in Leipzig ein Marxismus-Leninismus-Spezialist mit allen möglichen Tricks bemühte, Dr. habil. zu werden. Solche Leute hatten es damals noch nicht so leicht wie später. Da gab es in Leipzig z. B. einen Slawisten, der offenbar einfach wegen der ‚Verdienste‘, die er sich als Parteisekretär erworben hatte, die Dozentur ohne die Weihen der Habilitation erhielt. Ein solcher Dozent konnte dann auch mühelos Professor werden, zu einer

¹ Vgl. Jürgen Werner, „Die Welt hat nicht mit den Griechen angefangen“. Franz Dornseiff (1888-1960) als Klassischer Philologe und als Germanist. Stuttgart, Leipzig 1999 (Abhandl. d. Sächs. Akad. d. Wiss., Philol.-hist. Kl., Bd. 76, H. 1) Ebd. S. 40 Anm. 10 zu „promoviert/habilitationen werden > promovieren/sich habilitieren“. Vgl. ferner J. W., Textkritisches zu Heinrich Heine und Franz Dornseiff, in: Sächs. Akad. d. Wiss., Arbeitsblätter der Kommiss. f. Kunstgeschichte [...] 8, 1999, 19 ff.

Zeit, als die Habilitation in der alten Bundesrepublik noch unabdingbare Voraussetzung für Hochschullehrerwürden war. Diese Entwicklung erklärt, warum viele ostdeutsche Wissenschaftler noch lange nach der Wende den Titel „Dr. habil.“ führten. Zugleich war dies eine Abgrenzung vom „Dr. sc.“. Irgendwann hatte die DDR das System nach sowjetischem Muster verändert: Dort gab es den „Kandidaten der Wissenschaft“ = „Doktor eines Wissenschaftszweiges“ = Dr. phil., med. usw. und den „Doktor der Wissenschaften“ = Dr. habil.; dementsprechend ersetzte sie den „Dr. habil.“ durch den „Dr. sc(tientiarum)“. Übrigens hat die DDR-Obrigkeit eines Tages ihre Mißachtung der Habilitation bzw. der „Dr. sc.“-Werdung rückgängig gemacht, wohl des internationalen Vergleichs wegen: Ein DDR-Dozent/-Professor sollte ebenfalls zwei akademische Grade erworben haben wie westdeutsche und andere Wissenschaftler.

3. Zum Rektoren-Titel: Walter Jens erzählte mir einmal, es habe seinerzeit in den alten Bundesländern stockkonservative Wissenschaftler gegeben, die die Auffassung vertraten, man könne ja viel gegen die DDR sagen, aber eines müsse man ihr lassen: „Dort wird der Rektor noch mit ‘Magnifizenz’ angeredet!“

Jürgen Werner (Leipzig)

In der Forschung liegen oft die kleinen Unis vorn Im Westen Aachen, im Osten Chemnitz auf Rang 1

An welchen Unis wird am meisten geforscht? Dafür ist die Zahl der Sonderforschungsbereiche ein guter Anhaltspunkt. Allerdings haben große Unis mehr Sonderforschungsbereiche (SFBs) als kleine. Wer die tatsächliche Forschungsstärke messen will, muß deshalb die Zahl der SFBs mit der Zahl der Professoren vergleichen. Wer das tut, erlebt eine Überraschung: In der Forschung liegen oft die kleinen Unis vorn. Den ersten Platz nimmt zwar noch die TH Aachen ein, gefolgt von Stuttgart. Doch gleich danach kommen die Kleinen: die Tierärztliche Hochschule Hannover und die Unis in Konstanz und Karlsruhe. Die bei weitem forschungstärkste Uni in den neuen Bundesländern ist die TU Chemnitz auf Platz 7, gleichzeitig die einzige ostdeutsche Uni unter den ersten 20. Groß-Unis wie die in Bonn, Frankfurt oder Hamburg landen weit abgeschlagen. Immerhin schafft aber die Ludwig-Maximilians-Uni in München noch Platz 17.

Wann ist eine Uni gut? Wenn dort erstklassig geforscht und gelehrt wird. Doch wie misst man das? Nun, in der Forschung ist zum Beispiel die Zahl der Sonderforschungsbereiche (SFBs) ein guter Anhaltspunkt. Solche SFBs richtet die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft, an den Unis ein. Dort wird Spitzenforschung auf internationalem Niveau betrieben.

285 Sonderforschungsbereiche gibt es insgesamt an den deutschen Unis (Stand: 1.1.2000), 630 Millionen Mark wird die DFG im nächsten Jahr dafür ausgeben. Deshalb prüft sie sehr genau, an wen sie ihre Gelder gibt: Sie will Leistung und Erfolge sehen. Anträge auf neue Sonderfor-

schungsbereiche werden daher reihenweise abgeschmettert – ihre Begründungen reichen den Maßstäben der gestrengen Prüfer nicht aus. Zum Jahreswechsel richtete die DFG 21 neue Sonderforschungsbereiche ein – beantragt worden waren 31. Gleichzeitig werden 19 Sonderforschungsbereiche geschlossen.

Von den 21 neuen Bereichen entsteht nur einer in den neuen Bundesländern – an der Technischen Universität Chemnitz. Der SFB Nr. 457 "Hierarchielose regionale Produktionsnetze – Theorien, Modelle, Methoden und Instrumentarien" ist bereits der vierte an der Chemnitzer Uni und der zweite an der Maschinenbau-Fakultät. Daneben arbeiten hier bereits seit einigen Jahren sehr erfolgreich die Sonderforschungsbereiche Nr. 283 "Prozessketten der Massivumformung unter Aspekten der Produktivität und Umweltverträglichkeit", Nr. 379 "Mikromechanische Sensor- und Aktorarrays" und Nr. 393 "Numerische Simulation auf massiv parallelen Rechnern". Das macht die Chemnitzer Uni zu einer der forschungsstärksten in Deutschland.

Die meisten SFBs, 16, gibt es an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen. An der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) sind 14, an der TU München 13 angesiedelt. Danach folgen Stuttgart mit 11 und Erlangen mit 10 SFBs. Chemnitz landet mit seinen vier Sonderforschungsbereichen auf Platz 26 der 59 geförderten Unis. Vierzehn Hochschulen haben nur eine der prestigeträchtigen Einrichtungen in ihren Mauern – rund ein Dutzend Unis kann nicht mal eine einzige vorweisen.

Doch wenn man die Forschungsstärke einer Uni beurteilen will, darf man nicht nur nach der Zahl der Sonderforschungsbereiche gehen – man muss sie vielmehr in Beziehung zur Zahl der Professoren setzen. Und da liegt die Chemnitzer Uni mit 2,31 SFBs auf 100 Professoren bundesweit auf Platz 7 (siehe Tabelle 1). Sie ist auch die beste Uni in den neuen Bundesländern – als einzige Ost-Uni konnte sie sich unter den ersten 20 platzieren, weit vor Weimar mit 1,25 und Dresden mit 1,02 SFBs auf jeweils 100 Professoren (Tabelle 2). Kein Wunder: Dresden hat zwar sechs Sonderforschungsbereiche – zwei mehr als Chemnitz – aber dafür auch dreieinhalb Mal so viel Professoren, Jena mit ebenfalls vier SFBs immerhin noch mehr als doppelt so viele.

Mit Ausnahme der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen (Platz 1 der Gesamtliste) und der Uni Stuttgart (Platz 2) sind auf den vorderen Rängen nur kleine, innovative Unis zu finden: auf Platz

3 die Tierärztliche Hochschule Hannover, gefolgt von Konstanz und Karlsruhe. Die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), mit fast 60.000 Studenten und über 800 Professoren Deutschlands größte Uni, schafft trotz ihrer 14 Sonderforschungsbereiche gerade noch Platz 17, die Groß-Unis in Köln, Münster, Hamburg, Bonn oder Frankfurt landen jenseits des 20. Platzes.

Tabelle 1: Wo am meisten geforscht wird: So viele Sonderforschungsbereiche kommen auf jeweils 100 Profs

1.	Aachen	4,12
2.	Stuttgart	3,86
3.	Hannover, TiHo	3,23
4.	Konstanz	2,91
5.	Karlsruhe	2,89
6.	München, TU	2,72
7.	Chemnitz	2,31
8.	Clausthal	2,20
9.	Erlangen-Nürnberg	1,96
10.	Tübingen	1,89
11.	Göttingen	1,87
12./13.	Mainz	1,83
12./13.	Würzburg	1,83
14.-16.	Bochum	1,82
14.-16.	Heidelberg	1,82
14.-16.	Ulm	1,82
17.	München, LMU	1,73
18./19.	Freiburg	1,71
18./19.	Hamburg-Harburg	1,71
20.	Berlin, TU	1,65

(Stand: 1.1.2000)

Tabelle 2: Welche Uni in den neuen Bundesländern forscht am meisten? Die Rangliste Ost

1.	Chemnitz	2,31
2.	Weimar	1,25
3.	Dresden	1,02
4.	Jena	0,98
5.	Freiberg	0,84
6.	Magdeburg	0,81
7.	Halle-Wittenberg	0,48
8.	Greifswald	0,41
9.	Leipzig	0,40
Noch keine Sonderforschungsbereiche haben die Unis in Cottbus, Frankfurt/Oder, Ilmenau, Potsdam und Rostock.		

(Stand: 1.1.2000)

Pressemitteilung TU Chemnitz, 13.12.1999

Grauschleier über der Stadt

Frankfurt an der Oder im Spannungsfeld zwischen europäischen Hoffnungen und völkischen Wallungen. Ein Stimmengeflacker¹

Ende 1997 tritt der Rektor der Europauniversität Viadrina in Frankfurt/Oder – sie hat um die 3.000 Studenten, gut 30 Prozent Polen, etwa 10 Prozent aus aller Herren Länder – mit einem offenen Brief an die Frankfurter Bevölkerung, in dem es beschwörend heißt: „Übergriffe dieser Art richten sich gegen den Ruf einer Stadt, die gerade auch als Universitätsstadt und als Ort der internationalen Begegnung ihre Zukunft gestalten will. Sie zerstören das Fundament einer Universität, die hier in den letzten Jahren in mühsamer Aufbauarbeit entstanden ist.“

Was war geschehen? Veronica aus Nigeria, Studentin der University of North London, die am 2. Internationalen Sommerkurs „Deutsch als Fremdsprache“ teilnehmen wollte, reiste nach drei Tagen wieder ab. Sie war in der Straßenbahn, am Bahnhof, im Einkaufszentrum neben der Universität mit Deutsch als Deutsch vertraut gemacht, angepöbelt und angegriffen worden. Einen Monat später wurde der polnische Student Kamil M. (im folgenden „das Opfer“) krankenhaushausreif geschlagen.

Beide Übergriffe stehen in einer Reihe von rassistischen Angriffen auf Polen und nichtarisch aussehende Menschen in der Grenzstadt. Die ihrerseits wieder nur die Spitze eines Haßbergs von faschistischen Übergriffen auf Andersdenkende markieren, die bis dahin allzu gern unter „Jugendgewalt“ oder „Grenzkriminalität“ subsumiert oder verschwiegelt wurden. Die Resonanz in den Medien, weit über die Landesgrenzen hinaus, erforderte nun eine offensivere Auseinandersetzung, in deren Zentrum bis heute allerdings die „Wahrung des guten Rufes“ steht. Oder wie der zuständige Bürgermeister ins Gespräch einsteigt: „Rechtsextremismus, wie er sich hier in der Stadt dargestellt hat, ist nicht nur imageschädigend, er ist

¹ Die Recherche begann im Herbst 1998. Die Stimme des amerikanischen Stipendiaten ist einem Interview in der *Märkischen Oderzeitung* vom 12.06.98 entnommen. NPD-Aktivist Hähnel kam 1998 nicht ins Stadtparlament. Statt dessen ein unbekannter Parteifreund, Azubi von 18 Jahren. Bei den Landtagswahlen am 5. September lag der DVU-Anteil in Frankfurt/Oder im Landestrend. Die Lage ist auch im Jahr 10 nach Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs unverändert.

auch entwicklungsschädigend.“ Brandenburgs Innenminister Ziel verkündete zu Beginn des Jahres '98, daß etwa 80 Orte in Brandenburg besonders durch Jugend- oder rechtsextreme Gewalt geprägt seien, deren Namen er aber nicht herausgeben wolle, um diese „nicht zu brandmarken“. Die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John im *Tagesspiegel* über Ausländer in der Hauptstadt: „Man hat einfach Angst vor dem Schritt, sich in den Osten zu begeben und einen Tag dort zu verbringen, in ein Ausflugslokal oder an einen See.“ Und Frankfurt liegt ziemlich im Osten. Und hat eine Brücke nach Polen. Und einen NPD- und JN-Kader (Junge Nationaldemokraten), Jörg Hähnel, dem der MEGA-Experte (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) „Integrationskraft für viele Leute, auch in den subkulturellen Bereich hinein“, bescheinigt. Hähnel ist Schöpfer von Liedern wie „Die Grenze brennt“: „Die Helme auf und festgezurt, es geht um Volk und Land. Freikorps voran, die Grenze brennt, nimmt das Gewehr zur Hand.“

Als da 1991 die Grenze geöffnet wurde, wurden die ersten polnischen Reisebusse mit Steinen empfangen. 1995 kam es zum „Brötchenkrieg“: Die vorbildlich blonde Marta Bruns macht einen Laden auf und verkauft die Brötchen der väterlichen Bäckerei in Slubice für neun Pfennig das Stück zwischen Frankfurter Platte. Bäcker, Handwerkskammer toben im Verein mit den Rechten. Flugblätter rufen zum totalen Boykott auf. Die Stimmung schien nie von guter Nachbarschaftlichkeit geprägt. Was ist los in Frankfurt/Oder?

Der Bürgermeister: Hier wirkt die DDR-Zeit nach. Wir hatten damals ein relativ kompliziertes Nachbarschaftsverhältnis. Teilweise gute Zusammenarbeit, so kamen etwa 1 500 Mitarbeiter unseres Halbleiterwerkes aus Slubice, bei ehemals bis zu 8 500. Das Problem war, daß die Warendecke nicht reichte. Nicht, daß wir gehungert hätten. Aber es war schwierig, sich am Wochenende mit Fleisch zu versorgen. Und der Engpaß hat zu Auffassungen geführt wie: Die Polen kaufen uns alles weg.

Der MEGA-Experte: Erstens erleben wir hier immer noch die Nachwehen des Zweiten Weltkriegs mit den Grenzverschiebungen und Landverlusten. Zweitens hat sich die Minderschätzung der Polen von jeher erhalten. Stichwort: Polackenvirtschaft. Man hat in der DDR zumindest zeitweise versucht, deutsch-polnische Verständigung zu organisieren. Aber als die sozialökonomische Lage verfiel, passierte es eben, daß die Polen die Wa-

renstruktur der Ostdeutschen angriffen. Also: Die Frankfurter kommen nach Betriebsschluß in den Schuhladen, und die gerade angelieferte Ware ist weg. Bis auf die alten Treter, die niemand will. Dann haben Polen Kaffee aufgekauft und in Osteuropa verscherbelt. „Schmuggel und Spekulation“ hat man das damals genannt. Dazu kam eine ansteigende Zahl von Straftaten an der Grenze. Und dann, daß auch SED-Führungsleute im Zuge der Immunisierung gegen die „Solidarnosc“ argumentiert haben: Die Polen sind von jeher faule Hunde. Die streiken, weil sie arbeitsscheu sind, und „Solidarnosc“ ist nur getarnte Arbeitsscheu.

Ein amerikanischer Stipendiat: Die Leute gucken immer so aggressiv, wenn jemand kein Deutsch spricht – oder eben Deutsch mit Akzent. Viele haben mich für einen Polen gehalten und gesagt, ich solle doch nach Polen zurückgehen. Es herrscht irgendwie eine stille Übereinkunft. Das ist mehr als unheimlich für einen Ausländer.

Der Ausländerbeauftragte der Universität: Viele Frankfurter haben massive Ängste um ihre Arbeitsplätze, und es gibt wirtschaftliche Nachteile, die Frankfurt als Wirtschaftsraum durch die polnische Konkurrenz hat. Meine Frau geht natürlich zum Friseur nach Slubice rüber. Die Körbe Erdbeeren und Kirschen bei der studentischen Party gestern sind bestimmt nicht in Frankfurt gekauft worden. Wenn ich sonntags früh schnell tanken fahre, fahre ich auch nach Slubice. Das geht so bis zum Zahnarzt. Viele Frankfurter haben das Gefühl, sie müßten unterstützt, ihnen müßte geholfen werden, und sie haben im Gegensatz zu unseren polnischen Freunden nicht deren optimistische Art. Viele sehen die Chancen nicht, die diese Grenze bietet. Ich kann nicht zu einem, der arbeitslos ist, sagen: „Stell‘ dich nicht so an“, während ich als Hochschullehrer von der politischen Entwicklung profitiere. Ich bin ja gerade da, um etwas Grenzüberschreitendes zu machen. Der arbeitslose Bauarbeiter hat nichts davon, daß ich hier einen schönen Job habe.

Stimme aus dem AstA: Frankfurt ist von der Struktur her eine sehr junge Stadt. Eine der jüngsten in der Bundesrepublik. Das hat damit zu tun, daß Ende der 70er Jahre die Siedlung Neubereshinchen gebaut wurde, deren Wohnungen jungen Familien mit Kindern und jungen Ehepaaren im Fortpflanzungsalter zugewiesen wurden. Deren Hauptarbeitgeber ist völlig weggebrochen. Jetzt sitzen sie da. Sozialer Abstieg und viele Jugendliche.

Der Bürgermeister: Offiziell liegt die Arbeitslosenzahl bei 17 Prozent. Dazu kommt die verdeckte Arbeitslosigkeit. Unsere Hoffnungen, Großbetriebe anzusiedeln, haben sich nicht erfüllt. Unser Institut für Halbleiterphysik hat Weltruf, aber wir haben es nicht geschafft, das Halbleiterwerk in einer anderen Größenordnung als mit den heute 170 Beschäftigten aufzubauen.

Ein amerikanischer Stipendiat: Bei meiner Gastfamilie hatte ich oft den Eindruck, daß ich nur ein unliebsamer Mieter bin. Es wurde häufig nur übers Geld gesprochen. Ich habe doch mit eigenen Augen gesehen, daß es den Polen viel schlechter geht.

Der Ausländerbeauftragte der Viadrina: Diese Universität mit den jungen Leuten, die Karriere machen wollen, stößt zusammen mit Jugendlichen, die außer „deutsch sein“ keine besonderen Qualifikationsmerkmale vorzeigen können, teils betrunken, aggressiv sind. Dabei darf man nicht vergessen, daß es auch in Slubice Kriminalität gibt. Allerdings wird man Sie in Slubice nicht angreifen, weil Sie Deutscher sind, sondern weil man an Ihre Brieftasche will.

Die Antifaschisten: Die Universität wurde reingesetzt, und die Bürger hatten uns lange nicht im Kopf. Zumal es auch viele Studenten aus dem Umland gibt, die am Montag anreisen, am Donnerstag wieder abhauen – ganz wie etliche Professoren auch, die es hier gruselt. Für die Offiziellen ist die Universität das Vorzeigobjekt und Schmuckstück. Aber in der Bevölkerung doch ein Fremdkörper. Reichen sechs Jahre zur Integration, oder wie lange dauert so etwas? Jedenfalls spiegelt sich das gute Verhältnis von deutschen zu polnischen Studenten in der Stadt überhaupt nicht wider.

Das Opfer: Wir gehen halt abends nicht mehr raus, oder nur in größeren Gruppen. Viele trauen sich schon nicht mehr auszusagen oder anzuzeigen. Man hat keine Unterstützung erfahren, keine ernsthaften Bemühungen von den örtlichen Politikern gesehen, den Nazis einen Riegel vorzuschieben.

Die Antifaschisten: Aber mittlerweile kann man die Übergriffe nicht mehr kleinreden. Sie sind ein alltägliches Phänomen. Der Ton der Offiziellen hat sich verschärft. Aber möglicherweise ist das alles, was sich ver-

schärft hat. Beispielsweise wurde vom Aktionsbündnis gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu einer Diskussion eingeladen, die prompt auf den Widerstand von Gemeindevertretern traf, immer unter dem Gesichtspunkt: Das sieht ja so aus, als hätten wir Probleme.

Der Gewerkschafter: Anfang Juni tauchten im Vorfeld der Bundestags- und Kommunalwahlen die JN auf, machten Stände vorm Arbeitsamt, vor Schulen, verteilten Propagandamaterial, und im Gegensatz zu früheren Anlässen waren die Materialien besser und die Leute waren geschult. Vorher waren das mehr so Dödel. Da haben wir uns mit Studentengruppen zusammengesetzt. Drei Wochen später haben wir breiter eingeladen und waren völlig überrascht, daß deutlich mehr Institutionen und Verbände als eingeladen gekommen waren. Eine Deklaration wurde von über 35 Organisationen unterzeichnet. Von Vereinen, Parteien, vom World Trade Center bis zur Jungen Linken. Wir haben eine Menschenkette um das Rathaus gelegt, zum Zeichen, daß da die Rechten nicht reinkommen. Es waren um die tausend Leute dabei. Das ist für Frankfurt gar nicht selbstverständlich. Da haben Gewerkschaften eine wichtige Rolle gespielt.

Der MEGA-Experte: Die Lage ist ja nicht nur in Brandenburg prekär. Ich war jetzt in Thüringen, da sträuben sich einem die Nackenhaare. Ich hatte immer das Gefühl: schnell raus hier. Der Punkt ist, daß sich in den neuen Bundesländern diese völkische Dimension sehr stark verbreitet hat; der völkische Diskurs ist intensiver geworden in der Bevölkerung. Meines Erachtens steckt da die für viele zentrale Frage dahinter: Warum wird der Ausländer in der Bundesrepublik höher bewertet als die eigenen Volksgenossen? Also das Pariabewußtsein, beschädigt worden zu sein im deutschen Vereinigungsprozeß. Da kann man auch nicht mit Transferleistungen kontern oder mit Autobahnbau. Da ist ein massenpsychologischer Prozeß eingetreten: Wir sind die Ärsche und die Kanaken werden höher bewertet. Warum haben die Westdeutschen uns die Perspektive versaut? Über das Linsensystem des Völkischen werden die sozialökonomischen Mißstände in Rechtsextremismus umgebrochen. In eine Vision, gegen den westdeutschen kapitalistischen Staat und das kapitalistische System vorzugehen, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Dazu kommt, daß sich, anders als im Westen, seit den 80er Jahren eine rechtsextreme Jugendkulturlandschaft entwickelt hat, die ein eigenständiges Diskurssystem und – auf kommunaler Ebene – ein eigenständiges Sozialisationssystem

darstellt, wo, neben Schule und Familie, Szenen und Cliques existieren, die auf Zulauf bedacht sind. Da kommt keiner dran vorbei, da muß sich jeder so oder so entscheiden. Also als Linker zu gelten, aufs Maul zu kriegen oder halt zu Hause zu bleiben, oder sich zu den Rechten zu schlagen.

Der Staatsschützer: Man muß die Jugendlichen nicht immer gleich als rechtsextrem diskriminieren. Aber sie sind in einem Alter, wo sie sich positionieren. Und rechts ist in.

Das Opfer: Das erste Mal, als ich zusammengeschlagen wurde, war das vielleicht ein Zufall. Da hat jemand einen Ausländer gesucht und mich gefunden. Das zweite Mal wurde ich gezielt herausgegriffen. Die haben sich als Anti-Antifa vorgestellt, mich mit der Pistole bedroht und für ihre Kartei fotografiert.

Die Antifaschisten: Kameraden, laßt euch was einfallen!, fordern sie in ihren Listen auf. Hier in Frankfurt/Oder wurde das Nationale Pressearchiv organisiert. Auf den Listen stehen Lehrer, Studenten, Journalisten, Angehörige linker Parteien. Das, was ihm passiert ist, ist kein Einzelfall.

Der Staatsschützer: Wir haben keine Erkenntnisse darüber, daß es eine organisierte Anti-Antifa gibt. Übrigens auch nicht, daß es eine organisierte Antifa gibt. Es gab mal eine Anti-Antifa um das Nationale Pressearchiv, das da ein Jugendlicher betrieben hat. Das war eine Einmannshow. Der hat Informationen aus Presse, Fernsehen und Rundfunk gesammelt. Nach unseren Erkenntnissen macht die andere Seite das gleiche. Sammelt Informationen. Die rechte Seite macht das, die linke macht das.

Das Opfer: Wenn man die Lage betrachtet, braucht man sich über die jugendlichen Nazis nicht zu wundern. Die fühlen sich durch ihr Umfeld doch nur bestätigt. Der Rassismus wird täglich gefördert. Die Hetze, hier an der Grenze, daß die Taxifahrer keine ausländisch, asiatisch aussehenden Menschen befördern sollen. Es gibt Taxis mit Aufklebern: Wir befördern keine Ausländer. Jugendliche, die fremd Aussehende zusammenschlagen, müssen sich doch wie Volkshelden vorkommen.

Der Staatsschützer: Der Herr Hähnel ist ja sehr mobil. Steht auf der Landesliste der NPD und wirkt weit über Frankfurt hinaus. Auch mit sei-

ner Singerei. Er hat hier Anhänger. Aber es ist schwer einzuschätzen, wer davon direkt in der NPD oder bei den JN organisiert ist. Vielleicht macht der organisierte Kern 10 bis 15 Personen aus. Aber von denen gehen keine Gewaltstraftaten aus. Die, die zuschlagen, stammen nicht aus der organisierten rechten Szene. Nach unseren Ermittlungen schlagen die auch nicht planmäßig zu. Das passiert aus der Situation. Alkohol ist im Spiel.

Stimme aus dem AStA: Die organisierte rechte Szene ist nicht die Prol- und Prügelszene. Da haben viele Abitur, stehen in Arbeit, gehen ihrer Arbeit nach. Und abends knüpfen sie an ihren Strukturen.

Der Opferberater: In einem Neubaughetto wie Neuberesinchen hat man es beispielsweise als Punk schon schwer. Je später der Abend wird, desto mehr. Da fehlt nicht mehr viel zur national befreiten Zone.

Die Antifaschisten: Die national befreiten Zonen sind ein Konzept von Jörg Hähnel und seiner NPD. Hähnel hat das auch schon im Fernsehen propagiert und davon gesprochen, daß er seine Musik als ein Mittel zu ihrer Durchsetzung begreift.

Der Gewerkschafter: Ne, ne, ne, das mit den national befreiten Zonen seh ich nicht so. In Fürstenwalde soll es so etwas geben, ausländerfreie Gegenden. Und angeblich soll es in Neuberesinchen auch so sein. Aber das kann ich mir nicht vorstellen. Weil, da wohnen ja die Ausländer. Da fahren sie mit dem Fahrrad rum, mit der Straßenbahn, da gehen sie einkaufen. So ausländerfrei kann das nicht sein.

Der MEGA-Experte: In Reinkultur, wie es der rechte Strategiebegriff propagiert, gibt es sowas nicht. Aber als sozialen Prozeß gibt es natürlich sowas wie Herstellung von Hegemonie in bestimmten raumzeitlichen Strukturen. Als Schwarzafrikaner sollte man also in Neuberesinchen nach 22 Uhr einige Ecken besser meiden. Das ist in allen ostdeutschen Städten mehr oder minder so. Also, der Begriff ist umstritten. Als Entfaltung von Hegemoniekapazitäten gibt es so was. Chemisch rein, als rechtsfreien und von allem Undeutschen befreiten Ort, nicht. Auf der Ebene von Kneipen und Jugendclubs kann das dagegen schon sein.

Der Staatsschützer: Das ist doch ganz normal im Alltag. Beispielsweise gehen in einen Jugendclub die Linken, in den anderen die Rechten. Das ist

doch normal, daß die anderen da nicht reingehen. Und wenn da ein Punklokal mit Punkmusik ist, da geht ja auch kein Raver rein. Es gibt Leute, die verkaufen das ständig mit den befreiten Zonen. Da kriege ich immer einen Hals, wenn ich das höre.

Der amerikanische Stipendiat: Es war ein richtiger Kulturschock. Mein Deutschland-Bild hat sich ganz schön verschoben. Für mich selbst ist nach diesen Erfahrungen der Begriff „Heimat“ wichtiger geworden.

Der Gewerkschafter: Ich war dabei, als 1991 die ersten polnischen Reisebusse mit Steinen begrüßt wurden. Meine Empfindung war, das waren ein paar Jugendliche, überwiegend nicht aus Frankfurt, die haben die Polizei, die ein ganz tragisches Bild abgegeben hat, so richtig verarscht. Was ich viel schlimmer fand als die paar Kids, waren die Frankfurter, die dabei standen, keinen Stein geworfen haben, aber so gerne geworfen hätten. Und da glaube ich, daß sich das verändert hat. Nicht zuletzt durch die polnischen Studenten. Weil das Miteinander doch mehr und mehr – nein, noch nicht – zur Normalität geworden ist, bei weitem nicht, aber die Tendenz geht dahin. Ich habe jetzt von einer Sekretärin an der Uni erzählt bekommen, daß mehrere ihrer Kolleginnen Polnisch lernen. Das müssen die nicht machen. Zum einkaufen ist das nicht nötig. Die verstehen schon Deutsch in Slubice. In kleinen Schritten drückt sich das geweckte Interesse positiv aus. Und ganz nebenbei: Die deutschen Gewerkschaften arbeiten seit zwei Jahren mit den polnischen in einem interregionalen Gewerkschaftsrat zusammen. Auch da tritt viel mehr Normalität ein.

Der MEGA-Experte: Ne, das wird nicht besser. Freilich gibt es Menschen und Institutionen, die daran arbeiten. Aber gleichzeitig treibt das neue Widersprüche hervor. Es gibt eine aktuelle Diskussion: „Eurozone Viadrina“, die keine Freude bei den Leuten auslöst. Weil die Befürchtung existiert, daß, wenn so eine deutsch-polnische Zone als wirtschaftliche Sonderzone geschaffen wird, Turbo-Kapitalismus einsetzt, also jegliche Tarifbindung verschwindet, die Effektivlöhne sinken, sich die Lebenslage der Deutschen, die in der Zone leben, verschlechtert. Befürchtungen, die nicht einfach von der Hand zu weisen sind.

Der Staatsschützer: Wir haben so halbwegs die Lage im Griff. Griff kann man vielleicht nicht sagen. Im Auge.

Wilhelm Pauli (Berlin)

(Nachdruck aus: *Die Mitbestimmung*, Zeitschrift der Hans-Böckler-Stiftung, 10/1999. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion *Die Mitbestimmung*)

Bibliographie Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland und Osteuropa von 1945 bis zur Gegenwart¹

Peer Pasternack
Wittenberg/Leipzig

1. Zu Wissenschaft & Hochschule in SBZ / DDR / Ostdeutschland seit 1945

Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990 – 1998* (Wittenberger Hochschulforschung). Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999. 566 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Die Bibliographie dokumentiert 50 Jahre ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, soweit diese sich in Publikationen, die seit 1990 erschienen sind, widerspiegelt: Systematisch recherchiert, erfaßt, annotiert und benutzerfreundlich rubriziert sind 1.931 selbständige Titel, d.h. Monographien, Sammelbände und Broschüren; dabei wurde besonderer Wert auf die Einbeziehung auch der Grauen Literatur, d.h. nichtbuchhändlerischer Veröffentlichungen gelegt. Daneben wurden 14 einschlägige Zeitschriften bibliographisch ausgewertet. Teil A. enthält die Literatur zur allgemeinen ostdeutschen Hochschul- und Wissen-

¹ Die Bibliographie erfaßt ausschließlich selbständige Publikationen: Monographien, Sammelbände, Broschüren, ggf. auch komplette Zeitschriften-Nummern, sofern diese einen an dieser Stelle interessierenden thematischen Schwerpunkt haben.

schaftsentwicklung und zu fächerübergreifenden Themen (Unterkapitel: SBZ/DDR-Wissenschaftsgeschichte allgemein; Statistik; Ostdeutscher Hochschul- und Wissenschaftsumbau 1989ff.; Rechtliche Aspekte; Administrative und technische Aspekte; Spezielle Aspekte: Gleichstellungspolitik/Frauenförderung, Die Studierenden, Akademien, Industrieforschung/F&E; Einzelne Bundesländer; Belletristik). Teil B. rubriziert die relevante Literatur nach einzelnen Fächern, dokumentiert also disziplingeschichtliche Publikationen.

Klemperer, Victor: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959*. Hrsg. von Walter Nowojski. Aufbau-Verlag, Berlin 1999. 2 Bde. 1.824 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Crüger, Herbert: *Ein alter Mann erzählt. Lebensbericht eines Kommunisten*. GNN Verlag, Schkeuditz 1998. 464 S. DM 32,-. Im Buchhandel.

Herbert Crüger war 1958 das letzte Opfer in der Prozeßserie gegen reformorientierte Intellektuelle in der DDR, zu denen auch Wolfgang Harich und Walter Janka zählten. Acht Jahre Zuchthaus wegen "staatsfeindlicher Tätigkeit" lautete das Urteil gegen den Berliner Philosophie-Dozenten.

Deutscher Hochschulverband (Hg.): *Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte* (Reihe Forum Bd. 67). Bonn 1999. 282 S. DM 30,-. Bezug bei: Deutscher Hochschulverband, Rheinallee18, 53173 Bonn.

Der Sammelband enthält folgende Beiträge: „Die zweite Vertreibung Hans Leisgangs von der Universität Jena“ (Thomas Ammer), „Kriegsende und erste Nachkriegsjahre“ (Hartwig Bernitt), „Politischer Widerstand an den Medizinischen Fakultäten der DDR bis 1961“ (Günter Bruns), „Der ‚NATO-Professor‘ Walter Brödel. Eine Dokumentation“ (Gerhard Kluge), „Ein ganz gewöhnlicher Lebenslauf“ (Eike Libbert), „Das ‚Parteilahrjahr‘ an den Universitäten der DDR“ (Johannes Mehlig), „Ulbrichts Verfolgungskampagne an der Universität Halle und der ‚Fall Mühlpfordt‘“ (Günter Mühlpfordt), „Rückblick und Bilanz“ (Paul Heinz Müller), „Scheitern einer Hochschullehrerlaufbahn. Ideologie contra Fachkompetenz“ (Horst Pätzold), „25 Jahre Zwangsarbeit ‚wegen Unterlassung einer Anzeige‘. Der Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek“ (Kurt J. Reinschke), „Zu den Mechanismen ideologischer Disziplinierung an DDR-Universitäten“ (Siegfried Reiprich) und „Ausgrenzung“ (Martin Schulze).

Vodosek, Peter/Marwinski, Konrad (Hg.): *Geschichte des Bibliothekswesens der DDR* (Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens Bd. 31). Hrsg. von der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1999. 199 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Wissenschaftsbezogen interessieren in diesem Band folgende Beiträge: „Staatliche DDR-Akten als historische Quellen zum Bibliothekswesen der DDR“ (Sabine Harik), „Die Entwicklung des Bibliothekswesens im zentralistischen Staat: Verordnete Strukturen und ihre Wirksamkeit“ (Dieter Höchsmann), „Bibliotheksgeschichte in der DDR. Forschung und Lehre, Publikationen - Leistungen und Defizite“ (Konrad Marwinski), „Das richtige Buch für den richtigen Leser und die falschen Bücher von Leo Perutz, Armin T. Wegner und Karl Kautsky. Öffentliches Bibliothekswesen, Volksbildung und Zensur in Ostdeutschland zwischen kulturpolitischer Entnazifizierung und Stalinisierung (1945-1953)“ (York-Gothart Mix), „Tradition auf dem Prüfstand. Die Deutsche Bücherei in den Jahren der DDR“ (Gottfried Rost), „Die Entwicklung der Deutschen Staatsbibliothek und ihre Rolle im Bibliothekswesen der DDR“ (Daniela Lülling), „Die wissenschaftlichen Akademiebibliotheken in Berlin während des Zeitraums des Bestehens der DDR“ (Joachim Rex), „Ausbildung und Beruf im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945 bis 1990“ (Dietmar Kummer). Mit Personenregister.

Land, Rainer/Possekkel, Ralf: *Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren* (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Ch. Links Verlag, Berlin 1998. 310 S. DM 38,-. Im Buchhandel.

DDR-intelligenzgeschichtlich von herausgehobenem Interesse sind die (vergleichsweise wenigen) Nonkonformisten mit einer gewissen öffentlicher Wirkung, die sich grob in zwei Gruppen unterscheiden lassen: SED-Reformer und kirchennahe Bürgerrechtler. Insbesondere erstere waren vornehmlich im akademischen Milieu beheimatet. Das Ende der DDR liegt unterdessen zwar fast ein Jahrzehnt zurück, doch noch immer haben frühere systemnahe SED-Reformer auf der einen und kirchennahe Bürgerrechtler auf der anderen Seite Schwierigkeiten in der politischen Verständigung. Sie haben sich zwar mit denselben Widersprüchen im System auseinandergesetzt; aufgrund ihres gänzlich verschiedenen Zugangs dazu gab es jedoch kaum politisch-theoretische oder emotionale Berührungspunkte zwischen ihnen. Während die SED-Reformer den Sozialismus verbessern und seine Institutionen und Strukturen dafür nutzen wollten, manifestierte sich das Gruppenbewußtsein der kirchennahen Kreise gerade in der Verweigerung, im Bekenntnis zur Machtlosigkeit. In einer Vielzahl von Interviews forschen die Autoren familiären Prägungen und der Wirkung historischer Ereignisse im Leben der Betroffenen nach. So wird nachvollziehbar, wie sich individuelle und kollektive Identitäten über ähnliche Biographien und politische Diskurse herstellten.

Pritchard, Rosalind M. O.: *Reconstructing Education. East German schools and Universities after Unification* (International Education Studies vol. 2). Berghahn Books, New York/Oxford 1999. 249 p. £40.00. Im internationalen Buchhandel. ISBN 1-571-81954-1.

Nach Behauptung des Verlages ist dies „the first study of this kind that closely examines the process of re-education and addresses such vital questions as whether the reforms were educationally sound, to what degree they meshed with local circumstances, what measures were taken to fill the vacuum in moral and social values that was left by the discrediting of Marxism-Leninism, and what happened to the notion of ‘equality’ - they key principle of a socialist society. Contrasting the old and the new regime in the East, the author addresses these and many more crucial issues. Numerous case studies and substantial interview material richly illustrate the author’s arguments.“

Henning, Eckart/Marion Kazemi: *Chronik der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften: 1948 – 1998* (= 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Teil 1). Duncker & Humblot, Berlin 1998. 588 Seiten. DM 148,-. Im Buchhandel.

Die Chronik informiert unter anderen über die Gründung neuer Institute der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländer in den Jahren 1990 bis 1997. Daraus wird ersichtlich, mit welchem gezielten Wachstum die Max-Planck-Gesellschaft auf den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland reagiert hat: "bis zum Jahre 2000 werden etwa 20% ihres wissenschaftlichen und technischen Personals dort in soweit absehbar 17 neugegründeten Instituten, einem Teilinstitut und einer Forschungsstelle tätig sein" (S. VIII).

Gloede, Klaus/Schirmag, Toralf/Schöler, Klaus: *Ökonomische Wirkungen der Universität Potsdam auf die Region*. Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1999. 184 S.

Die Studie quantifiziert die Wirkungen der Anfang der 90er Jahre aus der Pädagogischen Hochschule Potsdam heraus gegründeten Universität Potsdam und sucht sie so als Wirtschafts- und Standortfaktor zu situieren. Untersucht wurden die Mittelverwendung und das Ausgabeverhalten der MitarbeiterInnen und Studierenden.

Thiede, Simone: *Der Dialog zwischen Religionen und säkularen Weltanschauungen. Dargestellt am Beispiel des christlich-marxistischen Dialogs in der DDR*. Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main 1999. 311 S. DM 89,-. Im Buchhandel.

Gegenstand des ersten Teils der Publikation ist die Darstellung des christlich-marxistischen Dialogs in der DDR, der sich weitgehend im akademischen Raum

abspielte. Aufbauend auf der Darstellung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für diesen Dialog auf christlicher und marxistischer Seite werden theoretische und methodologische Positionen zum Dialog auf beiden Seiten erläutert. Daran schließt sich die Erörterung der Dialogpraxis, d.h. der Themen, Formen und Probleme an. Teil 2 beinhaltet in Form einer Fallstudie Interviews mit Vertretern der christlichen und marxistischen Dialogteilnehmer sowie deren Auswertung. Im Mittelpunkt des dritten Kapitels stehen Dialogprojekte vor allem in anderen früher sozialistischen Ländern.

Müller, Eva/Neuhaus, Manfred/Tesch, Joachim (Hg.): *Ich habe einige Dogmen angetastet... Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des Vierten Walter-Markov-Kolloquiums*. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999. 158 S. DM 19,80. Im Buchhandel oder bei: R.-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstr. 10, 04107 Leipzig.

U.a. mit folgenden Beiträgen: Notizen zu einer „Gesellschaftsbiographie“ des Fritz Behrens (1909 -1980) (Helmut Steiner); Fritz Behrens als Hochschullehrer in Leipzig (1946 -1957) (Gerhard Müller); Das Wirken von Fritz Behrens als Leiter des Arbeitskreises 'Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit' an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Heinrich Seickert); Erinnerungen an Fritz Behrens in Leipzig (Rolf Emmrich); Behrens und die Anfänge der politischen Ökonomie in der DDR (Herbert Wolf); Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen? (Helmut Koziol); Fritz Behrens zu Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus (Horst Richter); Fritz Behrens' Beiträge zur Entwicklung der Werttheorie in der DDR (Eva Müller); Fritz Behrens, die Zeitsummenmethode und das Problem der Aggregation von Gebrauchtwerten (Andreas Schüler); Fritz Behrens und die Geschichte der politischen Ökonomie (Günter Krause); Die politische Utopie bei Fritz Behrens (Ernst Wurl). Im Anhang zwei Arbeiten von Fritz Behrens („Erste Fassung der Rede zum Colloquium „Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre 'Kapital' in Frankfurt am Main im September 1967“; „Rede zur Ehrenpromotion Leipzig im Oktober 1979“), eine Behrens-Bibliographie und ein Verzeichnis von Publikationen über Behrens. Mit Personenregister.

Middell, Matthias (Hg.): *Historische Zeitschriften im internationalen Vergleich* (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert Bd. 2). Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 1999. 408 S. DM 49,-. Im Buchhandel.

Die Publikation geht auf eine internationale Tagung am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig im Herbst 1997 zurück. Die Beiträge ordnen sich verschiedenen Etappen zu, die in der Geschichte der wissenschaftlichen historischen Zeitschriften unterschieden werden können. Im hiesigen Kontext ist auf folgende Beiträge hinzuweisen: „Autoren und Inhalte: Die Zeitschrift für Ge-

schichtswissenschaft“ (Matthias Middell), „Klio mit dem Januskopf. Die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (Martin Sabrow), „Erinnerungen an die ersten Jahre der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (Fritz Klein), „Die Zeitschrift für Militärgeschichte - zu Aspekten der Institutionalisierung einer Spezialdisziplin in der DDR“ (Gerald Diesner) und „Agenturen von Entinstitutionalisierungsprozessen und Institutionentransfer. Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland nach 1989“ (Peer Pasternack).

Schreyer, Hermann (Gesamtred.): *Verzeichnis der Bestände der Abteilung DDR* (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs Bd. 64). Bundesarchiv, Koblenz 1998. 191 + XVII S. DM 20,-. Im Buchhandel.

Um dem Informationsbedarf des am DDR-Archiv sehr interessierten Nutzerkreises Rechnung zu tragen, wird dieses Verzeichnis als vorläufiges Verzeichnis vorgelegt: Das nach dem Zusammenbruch der DDR massenhaft übernommene Schriftgut konnte bislang nur vorläufig benutzbar gemacht, zum Teil noch gar nicht bearbeitet und vielfach auch noch nicht endgültig bewertet werden.

Werner, Jürgen: *Die Welt hat nicht mit den Griechen angefangen. Franz Dornseiff (1888-1960) als Klassischer Philologe und als Germanist* (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig Bd. 76). Hirzel-Verlag, Stuttgart 1999. 47 S. DM 28,-. Im Buchhandel.

Das Buch enthält eine Würdigung des Schaffens von Franz Dornseiff, der an den Universitäten Basel, Berlin, Greifswald und Leipzig vor allem mit Forschungen zu Pindar, Hesiod, Homer und zum Einfluß des Alten Orients auf Griechenland sowie als Germanist tätig war. Der Autor geht nicht nur auf Dornseiffs wissenschaftliches Werk, sondern auch seine politische Aktivitäten, seinen Stil und seine Persönlichkeit ein.

Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hg.): *Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte - Methoden - Erkenntnisse*. edition ost, Berlin 1999. 583 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Der Sammelband dokumentiert die Geschichte des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) zwischen 1966 bis 1989. Er enthält folgende Beiträge: „Geschichte des Zentralinstituts für Jugendforschung“ (Walter Friedrich), „Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989“ (Peter Förster), „Zwischen Wende und Ende der DDR - Ergebnisse der Meinungsforschung am ZIJ“ (Peter Förster), „Weltanschauliche Positionen der Jugend“ (Walter Friedrich), „Forschungen zum Geschichtsbewußtsein“ (Wilfried Schubarth), „Studentenforschung“ (Gustav-Wilhelm Batke/Kurt Starke), „Forschun-

gen zu Jugend und Arbeit“ (Barbara Bertram), „Kultur- und Medienforschung“ (Bernd Lindner/Dieter Wiedemann), „Forschungen zur Freizeit der Jugend“ (Peter Voß), „Geschlechter- und Frauenforschung“ (Uta Schlegel), „Partner- und Sexuallforschung“ (Kurt Starke/Konrad Weller), „Familien- und junge Eheforschung“ (Arnold Pinther), „Intelligenz- und Kreativitätsforschung“ (Hans-Georg Mehlhorn), „Begabungs- und Hochbegabungsforschung“ (Käte Pollmer), „Zwillingsstudien“ (Walter Friedrich), „Die Forschungsorganisation“ (Harry Müller), „Methodologische Prinzipien und Methodenarbeit“ (Dieter Schreiber), „25 Jahre Datenverarbeitung am ZIJ“ (Rolf Ludwig), „Die ‘graue’ ZIJ-Literatur und die Information“ (Uta Schlegel), „DDR-Jugend - Sollbild und Realität. Zur Kooperation mit dem ZIJ“ (Ekkehard Saueremann), „Forschungen zu Technikstudenten - in Kooperation mit dem ZIJ“ (Elenor Volprich), „Das Laboratorium für Studentenforschung an der Universität Leipzig“ (Uta Starke), „Meine Kooperation mit dem ZIJ“ (Manfred Rochlitz) und „Nachwort“ (Hartmut M. Griese). Es schließen sich eine Chronologie des ZIJ, eine Übersicht u.a. der mehr als 400 nach 1990 durch das Deutsche Jugendinstitut München/Regionale Arbeitsstelle Leipzig aufbereiteten und dokumentierten größeren Studien, ein Verzeichnis der Buchpublikationen von ZIJ-Mitarbeitern und ein Bildteil an.

Babendererde, Cornell/Claudia Fellmer/Heike Kahlert/Julia Pieper (Hg.): *Impulse – Chancen – Innovationen. Dokumentation der ersten Tagung zur Frauen- und Geschlechterforschung in Mecklenburg-Vorpommern 1998*. Neuer Hochschulschriftenverlag, Rostock 1999. 197 S. Im Buchhandel.

Der Band steckt das Themenfeld der Frauen- und Geschlechterforschung ab und präsentiert erste Ergebnisse des 1996 gegründeten Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien an der Universität Greifswald.

Zumpe, Angela: *medien...länder...konzepte... Medienausbildung in den neuen Bundesländern*. Videodokumentation. Hochschule Anhalt, Dessau 1999. 33 min. Bezug bei: Hochschule Anhalt, FB Design, Prof. A. Zumpe, Gropiusallee 38, 06846 Dessau.

An den ostdeutschen Hochschulen gibt es 42 Studiengänge, die „Medien-“ oder „Kommunikation-“ im Titel führen. Im Juni 1999 trafen sich VertreterInnen dieser Studiengänge zu einer Tagung am Bauhaus Dessau, um sich kennenzulernen, Lehrkonzepte und die Arbeitsmarktsituation zu diskutieren sowie studentische Projekte vorzustellen. Die Tagung bezog ihren wesentlichen Reiz vor allem aus dem Umstand, daß gänzlich verschiedene Fachkulturen aufeinanderstießen: auf der einen Seite Ingenieure und Informatiker, auf der anderen Künstler, dazwischen Kulturwissenschaftler, Journalisten und Kommunikationswissenschaftler. Ein Tagungsband ist in Arbeit, zunächst aber erschien – thematisch adäquat – eine Videodokumentation.

Stiehler, Hans-Jörg/Liepelt, Klaus: *Medienforschung in Sachsen. Ein Gutachten im Auftrag der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und Neue Medien* (Media Studien Bd. 6). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1999. 133 S. + Anh. DM 25,-. Im Buchhandel.

Bratke, Gerrit: *Die Kriminologie in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Anwendung im Bereich der Jugenddelinquenz. Eine zeitgeschichtlich-kriminologische Untersuchung* (Kriminologie und Rechtspsychologie Bd. 6). Lit Verlag, Münster 1999. 254 S. DM 49,80. Im Buchhandel.

Gegenstand der Arbeit sind der Kriminalitäts- und Verbrechensbegriff der DDR-Kriminologie, deren Entstehung, Selbstverständnis und Aufgaben, die innerhalb ihrer entwickelten Theorien zu den Ursachen der Kriminalität in der DDR, die Kritik der DDR-Kriminologen an der bundesdeutschen Kriminologie sowie die Anwendung der kriminologisch erarbeiteten Positionen in der Kriminalitätsverbeugung und -bekämpfung, hier vornehmlich im Bereich der Jugenddelinquenz.

Rottleuthner, Hubert (Hg.): *Das Havemann-Verfahren. Das Urteil des Landgerichts Frankfurt (Oder) und die Gutachten der Sachverständigen Prof. H. Roggemann und Prof. H. Rottleuthner* (Schriftenreihe Recht und Justiz der DDR Bd. 1). Nomos Verlag, Baden-Baden 1999. 437 S. DM 128,-. Im Buchhandel.

Gegen Robert Havemann waren in der DDR zwei Strafverfahren geführt worden, infolge Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile jeweils in zwei Instanzen: Das sog. Aufenthaltsbeschränkungsverfahren 1976 in Fürstenwalde, Berufungsverhandlung 1977 in Frankfurt (Oder), und das Devisenstrafverfahren 1979 in Fürstenwalde, Berufungsverhandlung 1979 in Frankfurt (Oder). Seit 1993 ermittelte die Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen die an beiden Verfahren beteiligten, noch lebenden sieben Juristen wegen Rechtsbeugung. 1995 begann die Hauptverhandlung. Das Verfahren endete 1997 mit Freisprüchen. Der hier vorgelegte Band dokumentiert das Urteil und die Gutachten der Sachverständigen Herwig Roggemann und Hubert Rottleuthner. Alle Texte befassen sich am Beispiel Havemanns mit den Funktionsweisen der DDR-Justiz und insbesondere den Möglichkeiten, diese politisch zu steuern bzw. sich als einzelner Akteur innerhalb des DDR-Justizwesens politischen Steuerungsversuchen zu entziehen.

Grunert, Cathleen: *Vom Pionier zum Diplom-Pädagogen. Lebensgeschichte und Berufsperspektiven von ostdeutschen Studierenden im Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft*. Leske + Budrich, Opladen 1999. 280 S. DM 56,-. Im Buchhandel.

Die Arbeit versucht, biographie-theoretisch gerichtete Generationenforschung und Sachverhalte der Qualifikations- und Berufseinmündungsforschung von Diplom-PädagogInnen miteinander zu verbinden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach der Einbettung eines Studiums in die Biographie und die biographische Verarbeitung des Studiums des ersten Jahrgangs von Absolventen des erziehungswissenschaftlichen Diplomstudiengangs in Ostdeutschland nach 1989.

Zimmermann, Susanne: *Sexualpädagogik in der BRD und in der DDR im Vergleich* (edition psychosozial). Psychosozial-Verlag, Gießen 1999. 238 S. DM 48,-. Im Buchhandel.

Die Verfasserin vergleicht die sexualpädagogische Entwicklung in der BRD und in der DDR. Dafür zieht sie sowohl theoretische Schriften als auch die Praxis der Sexualerziehung zur Untersuchung heran. Diese Analyse der 40jährigen Geschichte getrennter Sexualpädagogik in der BRD und in der DDR soll einen systematischen Überblick über das komplexe Thema Sexualerziehung in beiden Teilen Deutschlands ermöglichen. Die Autorin diskutiert zunächst die Begriffe Sexualität und Sexualpädagogik sowie die historischen Hintergründe der Sexualerziehung. Die theoretische Seite der Sexualpädagogik wird in ihrem gesamten Spektrum relevanter Veröffentlichungen sowohl aus der BRD als auch aus der DDR erfaßt und in einer schematischen Zusammenfassung gebündelt. Zur Ein-stimmung in die Thematik der Jugendsexualität wird eine Re-Interpretation von Studien zur Jugendsexualität durchgeführt. Das umfangreichste Kapitel befaßt sich mit der Realisierung der Sexualpädagogik.

Dumont, Kitty: *Die Sozialpsychologie der DDR. Eine wissenschafts-historische Untersuchung* (Beiträge zur Geschichte der Psychologie Bd. 17). Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1999. 264 S.

Die Geschichte der Sozialpsychologie der DDR ist eng mit den Namen Hans Hiebsch (1922-1990) und Manfred Vorweg (1933-1989) verbunden, die als Begründer der marxistischen Sozialpsychologie gelten. Ferner ist die Sozialpsychologie der DDR mit dem Institut für Psychologie an der FSU zu Jena eng verknüpft, war sie doch in Form eines Ausbildungs- und Forschungszentrums von 1962 bis 1989 dort institutionalisiert. Darüber hinaus war die marxistische Sozialpsychologie von Hiebsch und Vorweg auf das engste mit dem Staat DDR verflochten, denn sie wurde in ihm entwickelt und sie verschwand mit ihm. In der Darstellung der wissenschaftshistorischen Entwicklung dieser psychologischen Teildisziplin unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Verwobenheiten besteht ein wesentliches Anliegen dieses Buches.

Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof WITEGA (Hg.): *Zur Geschichte der chemischen Großforschungsinstitute der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Adlershof von Ende der 60er bis Anfang der 90er Jahre* (Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter Bd. 5). Berlin 1999. 200 S. DM 20,- Bezug bei: WITEGA, Rudower Chaussee 5, 12489 Berlin.

Der Band widmet sich der Zeit der chemischen Großforschungsinstitute, d.h. dem Zeitraum nach der Akademiereform, und spiegelt in Form von Dokumenten, Erlebnisberichten, Fotos, Übersichten und biographischen Materialien vor allem die Geschichte folgender Forschungsstätten in Adlershof wider: Zentralinstitut für organische Chemie (ZIOC) 1971 bis 1991, Zentralinstitut für anorganische Chemie (ZIAC) 1971 bis 1991, Zentralinstitut für physikalische Chemie (ZIPC) 1968 bis 1991, Institut für chemische Technologie (IcT) 1980 bis 1991 und Forschungsstelle für informationelle Photochemie und Photophysik (FIPP) 1983 bis 1991.

Müller, Werner/Pätzold, Horst (Hg.): *Lebensläufe im Schatten der Macht. Zeitzeugeninterviews aus dem Norden der DDR*. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1999. 225 S. Bezug bei: Wolfgang Baudisch, Peter-Lorenz-Weg 3, 18055 Rostock.

Vier im Ruhestand befindliche Professoren haben sich der Aufgabe unterzogen, zeitgeschichtliche Erinnerungsinterviews zu führen, die die Lebenswege von mehr als 40 Personen oder Familien dokumentieren. Davon werden in diesem Band 32 präsentiert. Der institutionellen Herkunft der Professoren ist geschuldet, daß Angehörige der Universität Rostock einen Schwerpunkt in den Befragungen bildeten; ihrer fachlichen Herkunft ist geschuldet, daß vornehmlich Theologen (durch Ernst-Rüdiger Kiesow), Ärzte und medizinisches Personal (Jürgen Kütz) sowie Landwirte (Horst Pätzold und Gerhard Meinel) interviewt wurden.

Diers, Michael/Grohé, Stefan/Meurer, Cornelia (Hg.): *Der Turm von Jena. Architektur und Zeichen* (Minerva. Jenaer Schriften zur Kunstgeschichte Bd. 9). Kunsthistorisches Seminar der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1999. 181 S. mit Beilage. Bezug bei: Friedrich-Schiller-Universität, Kunsthistorisches Seminar, Fürstengraben 1, 07743 Jena.

Der Band faßt die Ergebnisse eines architekturhistorischen Forschungsseminars an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zusammen („Der Turm. Kunsthistorische Perspektiven auf einen (un-)beliebten Bau“, Sommersemester 1996). Die Untersuchungen galten dem (früheren) Universitätshochhaus in der Jenenser Innenstadt, 1993 von der Universität geräumt. Das Hochhaus geht auf Entwürfe von Hermann Henselmann zurück, war ursprünglich als Forschungsgebäude für Carl

Zeiss Jena projiziert, dann aber zum Universitätshochhaus umgewidmet worden. Die Bildzeichenarchitektur - hier einem Fernrohr nachempfunden - sollte auf die optische Industrie (Carl Zeiss Jena) verweisen. „Es bleibt ein Bergfried, eine an der mittelalterlichen Architektursymbolik orientierte 'Trutzburg der Wissenschaft', die für DDR-Verhältnisse einem Prunkbau gleichkommt.“ Es repräsentiere die Avantgarde der späten sechziger Jahre und „zählt ebenso wie das etwa gleichaltrige BMW-Hochhaus in München zum International Style“, so Mitherausgeber Diers. Anliegen der Publikation ist die Verdeutlichung der historischen, politischen und symbolischen Implikationen und Dimensionen des 1971 fertiggestellten Universitätshochhauses in Jena. Folgende Beiträge sind von besonderem Interesse: „Planung und Wettbewerb. Die Baugeschichte des Forschungshochhauses des VEB Carl Zeiss Jena, 1967-1972“ (Cornelia Meurer/Petra Weigel), „'Ich habe Türme gebaut'. Hermann Henselmann als Architekt des Forschungshochhauses“ (Ulf Häder), „Das Universitätshochhaus. Eine Annäherung durch Beschreibung“ (Edith Ulferts/Martin Klein), „Die Bautechnologie“ (Kai Fischer), „Der veröffentlichte Turm. Die Debatten während der Bauzeit“ (Johanna Säger), „'Fiat lux'. Das Forschungshochhaus als Leucht-Turm“ (Stefan Grohé), „Der Turm als Gigant in der Kleinkunst“ (Petra Weigel) sowie in der Beilage der Artikel „'Durchbruchstellen' des technischen Fortschritts. Walter Ulbricht und die Umgestaltung der Jenaer Innenstadt (1967-1971)“. Der Anhang enthält u.a. eine Chronologie zur Jenaer Stadtzentrumplanung und zur Baugeschichte des Forschungshochhauses, diverse Quellen wie z.B. die Rede Walter Ulbrichts am 26. April 1968 in Jena und die Konzeption zur Umgestaltung des Stadtzentrums von Jena.

Linke, Arno: „*Ab morgen bist du Leibarzt*“. *Vom Provinzarzt zum Krebsforscher*. Karl Dietz Verlag, Berlin 1999, 445 S. DM 39,80. Im Buchhandel.

Autobiographie eines Arztes und Wissenschaftlers, der – selbstredend – ein komplettes Leben zu erzählen hat, das eine gewisse Besonderheit aber dadurch aufweist, daß Linke (1920-1993) von 1964 bis 1971 Leibarzt des DDR-Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht war. Die entsprechenden Schilderungen zeigen die Ambivalenz einer solchen Stellung: Erreichbarkeit rund um die Uhr, das Klima zwischen den Funktionären, Schikanen. Andererseits zeichnet Linke ein Bild seines prominenten Patienten, das in keines der gängigen Klischees paßt. 1971 wechselt Linke auf eine ordentliche Professur nach Greifswald, wo ihm 1977 die Entwicklung des Optischen Erythrozytentests gelingt – ein Mikroskopieverfahren zur frühzeitigen Erkennung krankhaft veränderter Erythrozyten, wodurch eine Krebserkrankung bereits zu einem Zeitpunkt signalisiert werden kann, wenn noch keine signifikanten Symptome erkennbar sind.

Schütt, Hans-Dieter: *Rot und weiß. Gespräche mit Moritz Mebel*. Karl Dietz Verlag, Berlin 1999. 155 S. DM 19,80. Im Buchhandel.
Biographische Aufzeichnungen. Mebel, Jg. 1923, war 1960-1981 Leiter der Urologie im Krankenhaus Friedrichshain, 1981-1988 Chef der Urologischen Klinik der Charité und bis 1989 Mitglied des ZK der SED sowie Vorsitzender des Komitees „Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges“.

Becker, Cornelia/Schöpp, Wulfdieter: *Vom Jakobshospital zum Universitätsklinikum. Baugeschichte und Bauplanung am traditionellen Standort in Leipzig*. Leipzig 1999. 48 S. Im Buchhandel.

Das Leipziger Universitätsklinikum ist die älteste Krankenhausanlage der Stadt, in dem Gebäude aus der Anfangszeit vor 100 Jahren neben solchen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, den 1950er und den 80er Jahren sowie aktuellen Neubauten der 90er Jahre stehen. Der Band dokumentiert diese Baugeschichte und gibt Auskunft über geplante Veränderungen und Neubauten.

2. Zu Wissenschaft & Hochschulen in Osteuropa¹

2.1. Nachträge²

Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GHS Kassel (Hg.): *Informationen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West*. 9. Auflage. Kassel 1998. 122 S. DM 5,-. Bezug über: Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GHS Kassel, INCON-Gebäude, Holländische Str. 36-38, 34109 Kassel.

Zusammenstellung der Möglichkeiten der Förderung von Wissenschaftskooperationen mit osteuropäischen Partnern mit Angaben zu Kontaktadressen, Personen,

¹ „Osteuropa“ steht an dieser Stelle vereinfachend für die früher sozialistischen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie die außereuropäischen Staaten, die vormalig als Sowjetrepubliken zur UdSSR gehörten. Formal werden hier – wie unter Pkt. 1. – selbständige Publikationen erfaßt, d.h. unselbständig erschienene Zeitschriften- und Sammelbandartikel finden sich nicht berücksichtigt. Thematisch sind Publikationen einbezogen, die sich (a) mit der Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte osteuropäischer Staaten ab 1917 (Sowjetunion) bzw. ab 1945 (alle anderen Länder), (b) mit der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Osteuropa seit 1990 sowie (c) mit den west-ost-europäischen Hochschul- und Wissenschaftsbeziehungen beschäftigen. Berücksichtigung finden Publikationen in deutscher und englischer Sprache.

² „Nachträge“ bezieht sich auf folgende Veröffentlichung, die an dieser Stelle (Kapitel 2.) fortlaufend ergänzt wird: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa*. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990 – 1998, Wittenberg 1999, ISBN 3-9806701-0-4, DM 25,-, Bezug bei: HoF Wittenberg, Collegienstr. 62b, 06886 Wittenberg.

Telefonnummern, jeweils einbezogene Länder, Antragsmodalitäten. Mit Stichwortverzeichnis.

Gorelik, Gennady E./Frenkel, Victor Y.: *Matvei Petrovich Bronstein and the Soviet Theoretical Physics in the Thirties* (SNHS - Science Networks Historical Studies). Aus d. Russ. v. Valentina M. Levina. Birkhäuser, Basel 1994. 208 S. DM 188,-. Im Buchhandel.

Gorelik, Gennadij E.: „*Meine antisowjetische Tätigkeit*“. *Russische Physiker unter Stalin*. Aus d. Russ. übers. v. Helmut Rotter. Vieweg Verlag, Braunschweig/Wiesbaden 1995. 299 S. Im Buchhandel.

Der Physikhistoriker Gorelik konnte die russischen Archive – 1991 auch Prozeßakten im KGB-Hauptarchiv – auswerten und bemüht sich, die Sozialgeschichte der sowjetrussischen Physik zu erhellen. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den 30er Jahren: in dieser Zeit schaffte die sowjetische Physik den Anschluß an das Weltniveau, wie auch Nobelpreise dokumentierten, und wurden die Voraussetzungen für den Aufstieg zur Atomkraft Ende der 40er Jahre gelegt. Die persönlichen Voraussetzungen dafür bildeten die jungen Physikertalente der 30er Jahre, soweit sie den Großen Terror 1936-1938 überlebt hatten.

Henning, Aloys/Jutta Petersdorf (Hg.): *Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa. Europa litterarum artiumque scientiam communicans* (Multidisziplinäre Veröffentlichungen / Osteuropa Institut der Freien Universität Berlin Bd. 7). Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1998. 301 S. DM 98,-. Im Buchhandel.

Unter anderem mit folgenden Beiträgen: „Paul Walden (1863-1957) – Wissenschaftler zwischen zwei Kulturen“ (Regine Zott), „Von Petersburg nach Moskau: Zur Geschichte der russisch-sowjetischen Mathematik zwischen 1850 und 1975“ (Annette Vogt), „Lues – Lamas – Leninisten: Karl Wilmanns' Tagebuch einer Reise durch Rußland im Sommer 1926“ (Jochen Richter), „Die Sprachtheorie von Nikolaj Marr: Zwischen Wissenschaft und Wahnsinn“ (Wim van Meurs), „Der Weg zu Stalins Bombe: Zur Organisation und Entwicklung der physikalischen Wissenschaften von der Oktoberrevolution bis zum Ende der 40er Jahre“ (Horst Kant), „Die Veränderungen von Wissenschaft und Technik in Mittel- und Osteuropa im Verlaufe des Transformationsprozesses“ (Werner Meske).

Aly, Götz/Heim, Susanne: *Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau (Sonderarchiv). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit*. Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1993. 58 S. Bezug bei: Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 40227 Düsseldorf.

Die Veröffentlichung bemüht sich, die Hypothese zu bestätigen, die Aktenbestände der zerschlagenen deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung seien 1944 vor dem Bombenkrieg in Sicherheit gebracht worden und noch heute in den Magazinen der Archivverwaltungen Osteuropas, insbesondere der früheren Sowjetunion, existent. Die Autoren beziehen sich dabei vor allem auf Funde im Zentralen Moskauer Staatsarchiv. Ein großer Teil der Akten wurde schon in den 50er Jahren an die DDR zurückgegeben. Nach Aussagen der Autoren befanden sich beim Erscheinen der Broschüre aber noch immer 194.000 Akteneinheiten deutscher Provenienz allein im Sonderarchiv. Das vorliegende Bestandsverzeichnis gliedert sich nach Beständen deutscher Provenienz, Aktenbestände österreichischer Herkunft, Dokumente, die die Deutschen in besetzten Ländern erbeuteten, Dokumente und Sammlungen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten, Dokumente von Freimaurerlogen und -vereinigungen, Bestände sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland und andere.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich/Weiß, Johannes (Hg.): *Aufklärung und Ideologie. Die Rolle von Philosophie im gesellschaftlichen Umbruch der 'realsozialistischen' Staaten* (Dokumentation des Kasseler Ost-West-Kongresses 1990 Bd. 3). Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1992. 137 S. DM 20,-. Im Buchhandel.

Im Rahmen des von der Stadt Kassel durchgeführten Jahresprogrammes 'Begegnung mit der Sowjetunion' veranstaltete die Kasseler Universität Gesamthochschule im Juni 1990 einen Kongreß, der auf verschiedenen Wissenschaftsgebieten die Möglichkeiten und Notwendigkeiten eines neuen Ost-West-Dialogs erkunden sollte. Die Tagung wurde in Verbindung mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet. Die Teil-Konferenz „Aufklärung und Ideologie“ war der Frage gewidmet, welche Rolle die Philosophie und Soziologie im Zuge tiefgreifender sozio-politischer und kultureller Umbrüche tatsächlich gespielt haben und welche Konsequenzen aus einer kritischen Prüfung dieser Rolle zu ziehen sind. Folgende Beiträge neben der Einleitung der Herausgeber beinhaltet das die Teilkonferenz dokumentierende Buch: „Der östliche Marxismus und die Soziologie“ (Johannes Weiß), „Die Paradigmen des soziologischen Wissens in der sich wandelnden Welt. Einige Thesen“ (Boris M. Firsow), „Die Soziologie in der DDR - eine verhinderte Orientierungswissenschaft?“ (Vera Sparschuh), „Die Verantwortung der Gesellschaftswissenschaftler und die Erwartungen an die Wissenschaft“ (Walentina J. Fedotowa), „Aufklärung und Ideologie. Aufgaben einer kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis“ (Wolfdietrich Schmied-Kowarzik), „Demokratie als philosophisches Problem“ (Michail A. Kissel), „Die fernen historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. Von Marx zum Marxismus - vom Marxismus zu Marx“ (Helmut Fleischer) und „Intelligenz und Aufklärung in der Perestroika-Zeit“ (Michail Oinuz).

Mutual Recognition of Qualifications. The Russian Federation and other European Countries (CEPES Studies). Bucharest 1997. 124 S. US-\$ 10,-. Bezug bei: CEPES/UNESCO, 39, Stirbei Voda Street, R-70732 Bucharest, Romania.

Kissling, Walter/Manfred Scharf: *Studieren und Forschen in Europa: Ukraine*. Hrsg. vom Club International Universitaire (CIU) – ÖDOZA-Österreichisches Dokumentationszentrum für Auslandsstudium. Wien 1997. 97 S. Bezug bei: ÖDOZA, Schottengasse 1, A-1010 Wien.

Studienführer mit Vorstellung aller ukrainischen Hochschulen. Mit Kurzinformationen der internationalen Abteilung des Schweizer Bundesamtes für Wissenschaft und Bildung für Schweizer Studierende und des DAAD für deutsche Studierende.

Filaretow, Bastian/Diedrich Graf von Keyserlingk (Hg.): *Gesellschaft der Freunde der baltischen Universitäten und Akademien (GFBAUA). Jahrbuch 1998*. Aachen 1998, 155 S. Bezug bei: Gesellschaft der Freunde der baltischen Universitäten und Akademien, Institut für Anatomie, Universitätsklinikum der RWTH Aachen, Pauwelsstr., 52057 Aachen.

Neben dem Tätigkeitsbericht der Gesellschaft und vereinspezifischen Nachrichten enthält das Jahrbuch zwei umfangreiche Aufsätze: „Zurück nach Europa – Estland in den neunziger Jahren“ (Bastian Filaretow), in dem es vorrangig um das estnische Hochschulsystem geht, sowie „Strategien und ihre gesetzliche Verwirklichung zur Entwicklung von Wissenschaft und Bildung in Litauen“ (Jonas Rytius Puodzius).

Bakos, I. (Ed.): *Concept for Higher Education Development in Hungary*. Bureau of Higher Education, Budapest 1991.

Bok, D.: *Reforming Higher Education in Hungary. A Report to the Hungarian Parliamentary Sub-Committee*. Citizens Democracy Corps, Budapest 1993.

Debreczeni, P.: *Hungarian Higher Education* (revised translation). Bureau of Higher Education, Budapest 1992.

Drahos, P.: *The Impact of the First Three Years of Tempus on the Hungarian Higher Education System*. Hungarian Tempus Office, Budapest 1994.

Hámori, J.: *Reforms in Hungarian Higher Education (1990-1993). Perspectives on the Reform of Higher Education in Central and Eastern Europe* (Dokumente zur Hochschulreform). Hrsg. von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Bonn 1994. Bezug bei: HRK, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Horváth, D.T.: *Transition of Education and the Economy in Hungary in the Early 1990's. Conference on the Education and the Economy in Central and Eastern Europe*. Maddison Angus and OECD, Paris 1992.

Kosma, Tamas: *Mid-Term Evaluation of the Catching Up With European Higher Education Fund*. Hungarian Institute for Education Research/World Bank, Budapest 1992. Bezug bei: Hungarian Institute for Education Research, Budapest, Bathori u. 10, 1054 Hungary.

Kosma, Tamas/Szabó, Laszlo T.: *Higher Education Management in Hungary. A Needs Assessment Study*. Hungarian Institute for Educational Research, Budapest 1993. Bezug bei: Hungarian Institute for Education Research, Budapest, Bathori u. 10, 1054 Hungary.

Lukács, P. (Ed.): *A Survey on Hungarian Higher Education*. Hungarian Institute for Educational Research, Budapest 1992. Bezug bei: Hungarian Institute for Education Research, Budapest, Bathori u. 10, 1054 Hungary.

Setényi, J. (Ed.): *State Control in Higher Education*. New Patterns. Educatio, Budapest 1992.

Warnert, T./Offert, J. E.: *Normative Financing of Hungarian Higher Education*. Benkö and Associates, Budapest 1995.

2.2. Aktuelle Publikationen

Fischer, Peter (Red.): *Handbuch Osteuropa-Kontakte Kontaktschriften in Deutschland, Ostmittel-, Südost- und Osteuropa*. 3. aktualis. u. erw. Aufl. fibre Verlag, Osnabrück 1999. 212 S. DM 58,-. Im Buchhandel.

Der erste Teil des Handbuches erfaßt rund 200 Institutionen in Deutschland, die in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Medien tätig sind und sich keinem bestimmten Land in Osteuropa zuordnen lassen. Im zweiten Teil sind, alphabetisch nach Ländern, rund 1400 Institutionen aus den obigen Gebieten verzeichnet. Dabei handelt es sich entweder um deutsche Einrichtungen mit Sitz im jeweiligen Land oder um ausländische Einrichtungen in Deutschland. Das Institutionenverzeichnis ist als Adreßbuch konzipiert und bietet nur in etwa 5 Prozent aller Eintragungen Angaben, die über Anschrift, Telefon-, Telefax- oder e-mail- bzw. Internet-Adressen hinausgehen.

Sabloff, Paula L. W. (ed.): *Higher education in the post-communist world. Case studies of eight universities*. Garland Publishing, New York 1999 (Garland reference library of social science vol. 1122; Garland studies in higher education vol. 14). Im internationalen Buchhandel. ISBN 081532443X.

Krumm, Hans-Jürgen (Hg.): *Sprachen. Brücken über Grenzen. Deutsch als Fremdsprache. Dokumentation der Wiener Konferenz 17.-21.02.1998*. eviva-Verlag, Wien 1999. 279 S.

Die vorliegende Tagungsdokumentation will die Konsolidierung des Fremdsprachenunterrichts in Mittel- und Osteuropa verdeutlichen. In der Umbruchsituation seien Reformen möglich gewesen, die im Fremdsprachenbereich Westeuropas zum Teil erst noch anstehen, wie zum Beispiel die Entwicklung einer berufsorientierten Fremdsprachenlehrausbildung. Aus verschiedenen Beiträgen geht dabei die Bedeutung des Ost-West-Erfahrungsaustauschs mit den Partnerländern hervor. Ebenfalls wurden Verbesserungsvorschläge diskutiert: Zum einen soll künftige Programmevaluation stärker durch eine gleichberechtigte Auswertung gemeinsam mit den Partnerländern durchgeführt werden, zum anderen stellte die Konferenz nach Meinung des Herausgebers Weichen für die künftige Kooperation Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, um unnötige Konkurrenz zu vermeiden und statt dessen gemeinsame Anstrengungen zu intensivieren.

Meissner, Boris/Alfred Eisfeld (Hg.): *50 Jahre Göttinger Arbeitskreis* (Veröffentlichung Bd. 473). Hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis. Göttingen 1998. 132 S. DM 10,-.

Der Göttinger Arbeitskreis befaßt sich seit seiner Gründung im November 1946 mit Ostmittel- und Osteuropa. Die Veröffentlichung enthält die Grußworte (von Rita Süßmuth und Wjatscheslaw Daschtschew) und Vorträge der Jubiläumsfeier am 31. Oktober 1996 anlässlich seines 50jährigen Bestehens. Es wird versucht, einen Überblick über die Entwicklung, Aufbau bzw. Struktur und die Rolle von Rußlanddeutschen in der Forschung des Göttinger Arbeitskreises, die von ihm durchgeführten wissenschaftlichen Tagungen und Symposien sowie die zahlreichen Publikationen zu geben.

Przybilski, Olaf: *Energija/Buran* (Schriftenreihe der Deutschen Raumfahrtausstellung). Institut für Luft- und Raumfahrttechnik der Technischen Universität Dresden, Dresden 1999. 41 S. DM 24,90. Bezug bei: Deutsche Raumfahrtausstellung e.V., Bahnhofsstraße 8, 08262 Morgenröthe-Rautenkranz.

Die Broschüre ist aus der Vorlesungsreihe 'Raketentechnik' des Autors an der TU Dresden hervorgegangen, welche die technische Entwicklung der Großrakete - vom 'Aggregat 4' bis hin zu 'Energija/Buran' - besonders deutsche Raketentechnik und die sowjetische Raumfahrt thematisierte. Im Mittelpunkt der Publikation steht das modulare Transportsystem Zenit/Energija/Buran, das als Antwort auf die militärischen Bestrebungen des Pentagon und das STS-Programm der USA gedacht war.

Kowalski, Gerhard: *Die Gagarin-Story. Die Wahrheit über den Flug des ersten Kosmonauten der Welt*. Schwarzkopf & Schwarzkopf Verlag, Berlin 1999. 271 S. DM 29,80. Im Buchhandel.

Anlaß der Recherchen für dieses Buch waren die Anfang der 90er Jahre kursierenden Gerüchte, Gagarins Weltraumflug hätte gar nicht stattgefunden, sondern sei eine gigantische Simulation gewesen. Der Band erhellt zugleich Aspekte der Geschichte der sowjetischen Weltraumforschung.

Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hrsg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschul-erneuerung, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 698 Seiten, DM 148,-

Der Beitritt der DDR zur BRD und der dadurch bedingte Umbau auch des Hochschulsystems stellt für unterschiedliche Forschungsansätze ein weites Betätigungsfeld dar. Für diejenigen Forscherinnen und Forscher, die weder das Hochschulsystem der DDR noch die Umgestaltung in den vergangenen Jahren erlebt haben, kommt der Beschreibung des Ausgangszustandes und des Umgestaltungsprozesses in seiner Dynamik erhebliche Bedeutung zu. Eine solche umfassende Dokumentation sowohl des Hochschulsystems der DDR als auch vollzogener Umgestaltungen in Einzelbereichen des Hochschulwesens in den ostdeutschen Bundesländern liefert das von Buck-Bechler/Schaefer/Wagemann herausgegebene „Handbuch zur Hochschulerneuerung“ mit dem Titel "Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland". Mit ihm werden zugleich die Ergebnisse der mehrjährigen Forschung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst zusammenfassend veröffentlicht. Die Projektgruppe hatte mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie mit umfangreicher Unterstützung durch die Hochschulen der Länder Wissen über das Hochschulwesen der DDR gesichert und die ostdeutschen Länder im Rahmen der Umstrukturierung der Hochschulen beraten.

Die zwölf, in der Regel durch zahlreiche Publikationen zum Thema ausgewiesenen Autorinnen und Autoren analysieren ausgehend von einer Verortung des Hochschulsystems im gesellschaftlichen Kontext bedeutungsvolle Strukturebenen und Tätigkeitsfelder der Hochschulen wie Hochschulstruktur, Hochschulzugang, Personal und Nachwuchs, Lehre und Studium, Forschung sowie internationale Beziehungen. Als angenehm erweist sich bei der Nutzung des Werkes die nahezu in allen Bereichen durchgehaltene Gegenüberstellung von Ausgangszustand (DDR 1989) und Istzustand (ostdeutsche Länder 1996), die zugleich Rückschlüsse auf das Funktionieren und die Leistungen der Hochschulen im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext zuläßt. So bietet der Band, ohne hier auch nur den Anschein der Vollständigkeit erwecken zu wollen, detaillierte Auskünfte über Differenzierung, Art und Umfang des Bildungsangebotes,

Regelungen zum Hochschulzugang und deren Durchführung, aber auch die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen. Allein die personelle Umbaubilanz (Gesamtreduzierung der Personalstellen um 32% und Austausch von über 50% des wissenschaftlichen Personals) läßt die Ausmaße des Umgestaltungsprozesses und dessen Dramatik erkennen. An Hand der Darstellungen, die zahlreiche Übersichten und Grafiken enthalten, können Leserinnen und Leser sowohl einen schnellen als auch einen detaillierten Überblick über die Veränderungen gewinnen. So läßt sich etwa, auch aufgrund der Auswertung der Materialien des Zentralinstituts für Hochschulbildung der DDR und der Berücksichtigung eigener Erhebungen der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, exemplarisch nachvollziehen, welche Auswirkungen die Hochschulerneuerung auf die Anzahl der jährlichen Promotionen und Habilitationen hatte. Insbesondere für die Leserinnen und Leser, welche mit dem Hochschulsystem der DDR und den Besonderheiten in den ostdeutschen Bundesländern nicht vertraut sind, bietet der Band einen komprimierten und detaillierten, wenngleich nicht lückenlosen Überblick.

Kritisch anzumerken ist, daß der in den Band einführende Text Analysen komplexer Handlungsfelder verspricht, derartige Darstellungen sich dann jedoch im weiteren nicht finden, daß die Texte vielmehr ausgesprochen deskriptiv bleiben, daß im ersten Kapitel zwar eine gesellschaftspolitische Kontextualisierung unternommen wird, diese indessen für die nachfolgenden Texte ohne Bedeutung bleibt. Auch wenn Sachmaterien und Materialbasis variieren, drängen die Beschreibungen des Ausgangs- und Istzustand den eigentlichen Umgestaltungsprozess in Teilbereichen in den Hintergrund. Während etwa die Motivation bei Zugang zum Gymnasium zwischen 1991 und 1995 Rückschlüsse auf Rahmenbedingungen und den Wertewandel zulassen, bleiben die Darstellungen zur Studienberatung oder zu den sozialen Lebensbedingungen sehr allgemein. Signifikant ist zudem, dass sich die Autorinnen und Autoren wohl mit Blick auf die in Einzelbereichen andauernde Umgestaltung umfassender Wertungen enthalten haben oder ihnen vorläufigen Charakter zumessen, während auf Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesdeutschen Systems und Handlungsspielräume hingewiesen wird. Schließlich ist anzumerken, dass die Einzelbeiträge die Untergliederung der Hochschulerneuerung in drei Etappen (Demokratischer Aufbruch bis Herbst 1990, Angleichung 1990-1994, Konsolidierung ab 1994), wie sie in Kapitel 1 vorgenommen wurde, nur beschränkt bestätigen.

Thomas Neie (Leipzig/Berlin)

Christian W. Wolff (Hg.): Wandel in Deutschland – Prozeß oder Abrechnung? Ein Abschnitt aus dem Leben an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1989, Europäisches Centrum für Innovationen (ECI), Weimar 1997, 256 S., ISBN 3-00-002208-2. DM 20,-.

Das Buch versteht sich als Anklage. Immerhin hat sich das vereinte Deutschland den zweifelhaften Ruf eingetragen, das Land mit den gebildetsten Würstchenverkäufern zu sein. Aber der vorliegende Band 1 des Europäischen Centruns für Innovation ist mehr als nur die subjektive Sicht von fünf Professoren der Humboldt-Universität auf "ihre" Abwicklung, die zugleich auch eine "Abwicklung" ihrer jahrzehntelangen Arbeitsleistungen an der Berliner Universität darstellt und vielfach moderat als Transformation umschrieben wird. In erster Linie ist es eine, wenn auch subjektiv gefärbte, Dokumentation, wie mit Teilen der ostdeutschen Wissenschaft und ihren Vertretern nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten umgegangen wurde. Die Autoren können nicht damit rechnen, daß ihre Dokumentation irgend etwas bewirken wird. Wie es der letzte Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Horst Klinkmann, einmal ausdrückte, kann es unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen nur darum gehen, diesen in der Geschichte der Moderne einmaligen Verdrängungsprozeß der akademischen Elite eines Staates für die Nachwelt festzuhalten. Er sagte in einem Interview: "Es bleibt als wichtigste Aufgabe meiner Generation, wenigstens zur Faktensicherung beizutragen – Faktensicherung, die nach unserer Zeit gerechtere Bewertung ermöglichen kann. Kann!"

Ihren Beitrag hierzu haben in dem vorliegenden Band jeweils ein Humanmediziner, Biochemiker, Wirtschaftswissenschaftler, Agrarpädagoge sowie Chemiker geleistet. Nachdem auch schon die Historiker von der Humboldt-Universität eine solche Dokumentation der Abwicklung vorgelegt haben, liegt nunmehr ein weiterer Mosaikstein zur Geschichte der hauptstädtischen Universität nach 1989 vor. Weitere solcher Dokumentationen werden erforderlich sein, damit einst eine objektive Universitätsgeschichte geschrieben werden kann. Bei all der "Würdigung" der unwürdigen Abwicklungspraxis geht es dem Rezensenten nicht darum, den Eindruck zu erwecken, als wäre im Jahre 1990 nicht ein Reformbedarf auch an der Humboldt-Universität dringend notwendig gewesen, der auch persönliche Konsequenzen eingeschlossen hätte. Dieser Prozeß ist jedoch

vielfach nicht als "Reinigungs-" sondern als "Verdrängungsprozeß" von statten gegangen, und die hierfür Verantwortlichen müssen sich schon die Fragen gefallen lassen, warum sie etwa nicht den Empfehlungen der Evaluierungs-Gremien folgten, warum die prüfenden Gremien fast ausschließlich mit westdeutschen Wissenschaftlern besetzt waren, die zum Teil eigene Interessen in dem sich für sie neu aufgetanen Betätigungsfeldern verfolgten.

Den Anstoß für den vorliegenden Band hat Christian W. Wolff gegeben, der als Herausgeber auch ein Geleit- sowie ein Vorwort und die Schlußbetrachtung verfaßte. Er hat eine ungewöhnliche Beziehung zur Thematik. Als einziger Doktorand aus der "alten Bundesrepublik" begann er 1988 eine außerplanmäßige Aspirantur an der damaligen Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, die er im September 1990, also kurz vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, mit der Promotion erfolgreich abschloß. Im Jahre 1996 überkam ihn der Wunsch, die Stätte seiner akademischen Ausbildung in dem altehrwürdigen Gebäude in der Berliner Spandauer Straße wieder aufzusuchen. Wolff berichtet darüber in dem Geleitwort: "Was ich nach 6 Jahren vorfand, führte bei mir zu einer tiefen Enttäuschung. Nur einige wenige Professoren aus 'alten Zeiten' waren noch im Haus tätig. Wo sind die anderen geblieben? Der Zustand des Foyers – einst ein Schmuckstück des Hauses – war für mich deprimierend... Nichts war geblieben von der Würde dieses denkmalgeschützten Bereiches" (S. 6).

Aus dieser Enttäuschung entwickelte sich das Bedürfnis, "den Ursachen für das Vorgefundene nachzugehen und für andere... transparent zu machen. Gemeinsam mit sog. 'Alt-Humboldtianern' sollte alles aufgeschrieben werden", damit einer breiten Öffentlichkeit anschaulich gemacht wird, "welche Spuren die 'Vereinigungsaktivitäten' auch hier hinterlassen haben" (S. 7). Und dies haben die Professoren aus den vorweg genannten Bereichen anschaulich getan. Sie haben den Prozeß ihrer Verdrängung nicht nur beschrieben, sondern auch aus Dokumenten, die wichtige Entscheidungen im Verlaufe der Abwicklung betrafen, ausführlich zitiert und einige als Faksimile abgedruckt. Und gerade hierin liegt der besondere Wert des Buches. Mag man der einen oder anderen subjektiven Ausführung der Verfasser nicht folgen oder ganz anderer Ansicht sein, den Dokumenten kann man ihren zeitkritischen und politischen Wert nicht absprechen. Es wird in jedem der Berichte die Ignoranz, aber auch die Unkenntnis und vor allem das Macht- und Siegesgebaren der neuen,

zumeist aus den Altbundesländern kommenden "Kollegen" deutlich. Gerade in einer Zeit, da angesichts der allen Orts zusammenbrechenden Wissenschaftslandschaft in Deutschland voll Stolz auf diejenigen Einzelschicksale verwiesen wird, die den "Transformationsprozeß" überstanden haben, sind solche Stimmen, wie die in dem von Wolff herausgegebenen Buch dokumentierten, notwendig. Denn die Verlierer des Einigungsprozesses im akademischen Bereich, von denen es weit mehr als sogenannte Gewinner gibt, haben es viel schwerer sich zu Wort zu melden. Aber es ist notwendig, vor allem um den Weg vom 89er Aufbruch bis zum Abbruch eigenständiger Vorstellungen von Wissenschaftsinhalten und -organisation für spätere umfassendere Forschungen festzuhalten. Deshalb gebührt dem Herausgeber Christian W. Wolff, der dem Europäischen Centrum für Innovation (ECI) vorsteht, besonderer Dank und Anerkennung, daß er sich dieser Problematik mit großem Engagement angenommen hat. Es bleibt zu wünschen, daß dem als Band 1 ausgewiesenen Werk noch weitere folgen. Allerdings sollte dann mehr Wert auf die verlegerische Gestaltung gelegt werden.

Ulrich van der Heyden (Berlin)

Alfons Söllner/Ralf Walkenhaus (Hrsg.): Ostprofile. Universitätsentwicklungen in den neuen Bundesländern. Westdeutscher Verlag Opladen, Wiesbaden 1998. 240 S. DM 48,-. ISBN 3-531-132216-4.

Wer im Kindergarten nicht zu denjenigen gehörte, denen ein privilegierter Platz auf dem Klettergerüst durch natürliche Muskelkraft sicher war, kennt das Szenario: War man in den kleinkinddarwinistischen Übungen wie Schubsen und Treten der Unterlegene, dann gab es immer noch den gutgemeinten Rat der Kindergärtnerin, daß der Klügere halt nachgebe. Das war tröstlich. Zwar war die schöne Aussicht auf den Sandkasten futsch, aber dafür wußte man nun wenigstens, daß man der Bessere war. Auch wenn es sonst keinen interessierte.

Mit dem anzuzeigenden Band gibt es neuerdings auch die hochschulpolitische Variante dieses Spielplatzkampfes. Die zum großen Teil aus einer 1995/96 gehaltenen Ringvorlesung an der TU Chemnitz hervorge-

gangenen Beiträge argumentieren gegen eine inzwischen gängige Beurteilung der ostdeutschen Hochschultransformation, nach welcher der Umbau des ostdeutschen Hochschulsystems seit 1991 darauf zu reduzieren sei, daß die westdeutsche Institutionen auf den Osten übertragen wurden und der Osten somit zur nachgeordneten Doppelausfertigung des Westens geworden sei. Der vorliegende Band will diesem Urteil widersprechen. Nicht nur werde mit dieser Diagnose die Dramatik des Umbruchs verkannt, sondern vielmehr noch übersehen, „daß aus dieser Situation ein spezifisches Reformpotential [an den ostdeutschen Hochschulen] resultierte“ (Klappentext).

Die Bewertung der ostdeutschen Hochschultransformation, die der Herausgeber Alfons Söllner in seinen einleitenden Bemerkungen vornimmt, trifft sich mit einer aktuell wohl mehrheitsfähigen Sicht auf den Struktur-, Institutionen- und Personentransfer aus der alten Bundesrepublik in die fünf östlichen Bundesländer: „Das dabei zur Geltung gebrachte Machtgefälle zwischen West und Ost hatte zwar hohe menschliche Kosten und ist insofern zu bedauern, doch gab es angesichts des Modernisierungsrückstandes der DDR-Wissenschaft auf der einen und des von der Politik vorgegebenen Handlungs- und Zeitdrucks auf der anderen Seite keine realistische Alternative“ (S. 25). Sodann verlängert der Autor die Perspektive dieses Urteils in die Gegenwart und kommt zu der Feststellung, daß es den Gesetzen der Logik nach an den ostdeutschen Hochschulen eigentlich „genauso düster aussehen“ müßte wie an deren westdeutschen Vorbildern (ebd.). Da sich ihm die Realitäten jedoch grundverschieden darstellen, beklagt er den verschwindenden Anteil, den ostdeutsche Hochschulen in aktuellen Hochschulreformdiskussionen einnehmen (S. 18).

Die Ignoranz einer anderen aktuellen Erfahrungslandschaft als diskursives Bezugssystem hochschulpolitischer Debatte aufzuheben, soll in der Intention des Herausgebers das Ziel der vorliegenden Suche nach „Ostprofilen“ sein, insbesondere weil die wahrgenommene Topographie eben dieser anderen Erfahrungslandschaft Söllner auf ein konkretes Reformpotential verweist: Die „Startbedingungen für eine durchgreifende Reform an den ostdeutschen Universitäten [sind] gut, jedenfalls besser ... als an den meisten Massenuniversitäten des Westens“ (S. 30). Sechs Faktoren sind aus Söllners Sicht dabei von Belang: 1. die scharfe Profilierung der drei neugegründeten Ost-Universitäten Frankfurt/O., Erfurt und Cottbus, 2. eine anhaltende Aufbruchstimmung, 3. relativ kleine und transparente

Institutionen mit positiven Studienbedingungen, 4. neue Elemente der akademischen Selbstverwaltung mit starken Spitzen, Evaluation der Lehre, indikatorisierter Mittelzuweisung, 5. bessere Voraussetzungen für trans- und supradisziplinäre Arbeit und 6. Aspekte einer neuen akademischen und Wissenskultur.

Auf die Suche nach diesem behaupteten Reformpotential macht sich der Band bei exemplarischen Universitäten der östlichen Bundesländer (die drei genannten Neugründungen sowie die drei Traditionsuniversitäten HU Berlin, Leipzig und Chemnitz). Befragt man die Beiträge nach ihren Befunden im Hinblick auf Söllners sechs Faktoren, so ergibt sich ein etwas irritierendes Bild. Sie folgen nämlich keinesfalls diesem möglichen Muster und können es demzufolge auch kaum empirisch untermauern. Dies liegt insbesondere an der differierenden Qualität der Artikel, ihren unterschiedlichen Ansprüchen, Fokussierungen und Profilierungen: Der Einleitung folgt ein „Humboldt redivivus“? – Drei Universitätsreden“ überschriebener Abschnitt, der Festvorträge von Jürgen Mittelstraß (über „Forschung und Lehre – oder die Modernität Humboldts und die Chancen einer Reform in den Ost-Universitäten“), Hans Joachim Meyer („Universitäten und Universitätsreform“) und Peter Glotz („Forschung und Bildung als politische Herausforderung am Ende des 20. Jahrhunderts“) vereinigt. Sodann folgen in einem Abschnitt „Neugründungen – Drei Universitätsmodelle“ Beiträge des seinerzeitigen Rektors der Frankfurter Europa-Universität Viadrina, Hans N. Weiler, des Gründungsrektors der Brandenburgischen TU Cottbus, Günter Spur, und des Gründungsbeauftragten der Erfurter Universität, Klaus D. Wolff, sowie des ersten Erfurter Rektors Glotz, die die Profizüge dieser neuen Hochschulén skizzieren. Im nächsten Abschnitt beschäftigen sich die Beiträge mit „Traditionen – Drei schwierige Kontinuitäten“. Zunächst betreibt Peer Pasternack die „Prüfung zweier Klischees“, nämlich der „demokratischen Erneuerung“ und der „Kolonialisierung“. Günther Hecht, bis 1997 Rektor der TU Chemnitz-Zwickau, fragt nach deren Zukunft, und Marlis Dürkop schließlich, bis 1996 Präsidentin der Humboldt-Universität, zieht eine persönliche Bilanz. Abschließend untersucht Mitchell G. Ash mit 1933, 1945 und 1989 drei „Bruchstellen in der Geschichte der deutschen Universität“.

Analytisches vermengt sich hier mit Visionärem, der in die Zukunft schweifende Politiker steht neben dem (zu selten zu Wort kommenden) nüchternen Hochschulforscher und der bilanzierenden ehemaligen Uni-

versitätspräsidentin. Die unterschiedlichen Ebenen, auf denen sich die Texte bewegen, machen es eigentlich unmöglich, sie unter einen Hut zu bringen. So verweisen die Neugründungsbeiträge ebenso wie die drei Universitätsreden natürlich auf eine Vielzahl an innovativen Aspekten der ganzen Geschichte – wenn nicht, hätten sie ihre Bestimmung jedoch auch verfehlt und die AutorInnen sich auf ihren Positionen als grob unfähig erwiesen. Empirisch geprüfte und wissenschaftlich verarbeitete Tatbestände aber zeigen sie jedenfalls nicht auf. Und daß die Beiträge an seltenen Stellen auf ein erschreckend banales Niveau herabsinken, sei nur mit einem Zitat belegt: „Wenn alles so bleibt, wie es ist, wird's aber schrecklich; dann sinkt das deutsche Bildungswesen ab“ (P. Glotz, S. 143). Daß der Autor nämlich Zitats über das behauptete Potential ostdeutscher Hochschulreform inzwischen mit den Füßen abgestimmt hat, indem er den prestigereichen Rektorenposten an der Eliteuni in Erfurt gegen eine Professur in der Schweiz eingetauscht hat, macht die ganze Sache nur noch fragwürdiger.

Die disparate Qualität der Texte ist jedoch nicht der Haupteinwand, den der Rezensent dem Band zu machen hat. Angefochten wird von ihm vielmehr ein politisch vielleicht sympathischer, wissenschaftlich aber naiver Blick auf die ostdeutsche Hochschultransformation, wie er sich insbesondere in den Ausführungen des Herausgebers wiederfindet. Was da präsentiert wird, ist der Kulturwissenschaft aus der Untersuchung von Gesellschaften, in denen ein umfassender kultureller Bruch im Gefolge einer Krise der bisher herrschenden Ordnungsvorstellungen stattgefunden hat, wohl bekannt. Ist ein vollkommener sozialer Wandel kulturell zu bewältigen, ein Verlust an Kontinuität und legitimer Tradition zu verarbeiten, dann üben sich die, welche vom Zug gefallen sind, i.d.R. in trotzigem Rückbezug auf das Alte. Diejenigen aber, die das ganze Theater – gefleddert zwar, aber sonst heil – überstanden haben, versuchen sich in einer Vermittlerrolle. Auf der Suche nach einer neuen Identität sind sie bemüht, die Verbindungslinien zwischen der bisherigen Erfahrungswelt und den aktuellen Lebensumständen nicht zu kappen und sich gleichzeitig von den Eiferern – Traditionalisten wie Radikalreformern – abzusetzen. Sie bedauern also die sozialen Kosten des Umbruchs, aber nicht zu laut, sie haben ja überlebt. Sie anerkennen die Entwicklung als hart, aber unausweichlich. Und bei demjenigen Teil der neuen Herrschaftselite, der seine gewonnene Position (aus welchen Gründen auch immer) nicht einfach als erworbenes symbolisches Kapital abbuchen, sondern dieses auch in etwas

Neues investieren will, treffen sie auf eine Bereitschaft, sich zu verbünden. Anders ausgedrückt: Sie machen sich nicht anhaltend etwas daraus, daß ein paar Rambos die oberen Etagen des Klettergerüsts erobert haben und dabei – leider, leider – eine Reihe blutiger Nasen fabrizierten. Sie haben Glück gehabt und sich in den Sandkasten gerettet, von wo aus sie mit den Einsichtigen aus der Klettergerüstfraktion, die auf Klettern schon lange keine Lust mehr hatten, nun laut verkünden können, daß Sandkuchen backen ohnehin viel mehr Spaß macht ...

Hier wird offenkundig an einem (positiven) Gründungsmythos für die ostdeutsche Hochschultransformation gestrickt. In den Ruinen eines implodierten *Ancien Régime* treffen die geschrumpften Illusionen der wenigen Übriggebliebenen auf den Tatendrang der Aufbauhelfer, deren Pläne im Gepäck endlich das projektieren, was in ihrer Heimat immer schon an politischen, sozialen oder administrativen Hürden gescheitert ist. Zusammen schaffen die Hände an einem neuen gemeinsamen Werk. Und natürlich muß dieses Gemeinsame auch besser, schneller, innovativer sein als das jeweils Zurückgelassene.

Der Vorteil einer solchen Interpretation der ostdeutschen Hochschultransformation ist ihr integrativer Charakter. Die übriggebliebenen Osis freuen sich der behaupteten Innovation, die verheißt, sie endlich aus dem inferioren Diskurszustand zu befreien. Die zugereisten Wessis werden ihrer Rolle als Aufbauhelfer gerecht – kollegial, ideenreich, kraftvoll und letztlich sogar solidarisch mit der neuen Umgebung. Und ganz nebenbei verliert sich in der gemeinsamen neuen Zufriedenheit der schale Vorwurf der Kolonialisierung des Ostens durch den Westen. Als Element einer politischen Rhetorik, als Modell zur Bildung einer gemeinsamen Identität, soll dieser Ansatz also gar nicht denunziert werden. Wahrscheinlich ist er hier als sozialer Befriedigungsversuch sogar recht hilfreich (denn zu ändern ist eh nichts mehr).

Wissenschaftlich allerdings ist der Ansatz höchst unbefriedigend. Eine Beschreibung von „Ostprofilen“ bleibt unvollständig, wenn auch die Möglichkeiten ausgeblendet bleiben, die der Sense der Abwicklungen zum Opfer gefallen sind, wenn Verlufterfahrungen weiterhin mit einem bedauernden Schulterzucken beantwortet werden. Sie bleibt unvollständig, wenn sie nicht mit einer eingehenden Analyse diskursiver und sozialer Gründe der anhaltenden Unterrepräsentanz von Ostdeutschen im gesamtdeutschen Hochschulpolitikdiskurs einher geht. Und sie wirkt schon etwas arglos, wenn sie glaubt, allein mit der Behauptung eines Besser-

Seins würde sich daran etwas ändern. Solange in den fachdisziplinären Diskussionen (besonders der Kultur- und Sozialwissenschaften) die Forschungen der DDR-Jahre weiter pauschal als vernachlässigbare Irrwege gelten, so lange die westdeutsche Dominanz auf ostdeutschen Lehrstühlen nicht durch eine äquivalente Repräsentanz von Osis in Köln, Erlangen und Clausthal-Zellerfeld aufgewogen wird, was erst nach dem (lang dauernden) Aufbau von sozialen Netzen überhaupt möglich erscheinen wird, solange muß man sich nicht wundern, daß eine soziale Herrschaft sich auch in Diskursdominanz äußert. Aus den „Ostprofilen“ des vorliegenden Bandes werden im Übrigen auch erst dann Profile ostdeutscher Hochschulreform, wenn sie sich (wie der Beitrag von P. Pasternack) der genuin ostdeutschen Ansprüche annehmen – und etwa die 89/90 geforderte Demokratisierung der Hochschulen nicht bereits in der Übernahme eines verkrüppelten Modells von Gruppen-Universität erfüllt sehen.

Alles andere aber hat nach Meinung des Rezensenten nicht viel mit „Ostprofilen“ zu tun: Es bleibt die Realisierung westdeutscher Versuchsfolgen auf einer freigeräumten ostdeutschen Versuchsstrecke. Oder: Die herausgestreckte Zunge vom Rand des Sandkastens, die man von der Höhe des Klettergerüsts gar nicht sieht ...

Falk Bretschneider (Paris)

Walter Jens: Aus gegebenem Anlaß. Texte einer Dienstzeit. Geleitwort von György Konrad. Parthas, Berlin 1998. DM 49,80. ISBN 3-932529-19-7. 256 S. – Ders.: Macht der Erinnerung. Betrachtungen eines deutschen Europäers. Artemis und Winkler, Düsseldorf und Zürich 1997 (2. Aufl. 1998). DM 39,80. 291 S. ISBN 3-538-07054-7.

Walter Jens – Literaturhistoriker und Literaturkritiker, Rhetorik-Theoretiker und -praktiker, Romancier und Essayist, Übersetzer und Bearbeiter, Gräzist und Spezialist für Antikerezeption, Organisator bedeutender editorischer Projekte (zuletzt: Kindlers Neues Literatur Lexikon¹), um nur die

¹ Vgl. meine Rez. *Deutsche Literaturzeitung* 111, 1990, 532 ff.; 112, 1991, 536 ff.; Sächs. Akad. d. Wiss., Arbeitsblätter d. Kommiss. f. Kunstgesch. [...] 10, 1999, 25 ff.; zu Hincks Buch über Jens: *Universität Leipzig* 4/1993, 29.

wichtigsten Seiten seines Schaffens zu nennen – hat acht schwierige Jahre hindurch mit ebenso viel Engagement wie Fingerspitzengefühl die Geschichte der Westberliner, dann Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste gelenkt, nachdem er gegen massiven politischen Druck die Vereinigung mit der von Heiner Müller geleiteten Ostberliner Akademie der Künste herbeigeführt hatte. Als die Akademie 1998 Jens' 75. Geburtstag beging, überreichte ihm Parthasverlag-Chef Wandrey das erste Exemplar eines Bandes mit Ansprachen, die Jens als Akademiepräsident gehalten hat („Aus gegebenem Anlaß“). Themenbereiche sind: Kulturgeschichte, Kulturpolitik, Bildende Kunst, Architektur; Literatur; Musik, Musiktheater; Theater, Film, Kabarett. Exempli gratia seien genannt „Plädoyer gegen die Preisgabe“ (zur DDR-Kultur und zur Akademien-Vereinigung), „Die Künstler und die Revolution“ (zu 1848 und zur Verleihung des Berliner Kunstpreises an Luigi Nono), „Ein Bund im deutschen Ghetto“ (zum Jüdischen Kulturbund im Dritten Reich), „Zuflucht auf Widerruf“ (über deutsche Künstler und Wissenschaftler im italienischen und portugiesischen Exil während der Nazizeit), „Ein Fest zwischen gestern und morgen“ (zur 300-Jahr-Feier der Akademie) sowie die Reden zum 50jährigen Bestehen des Henschelverlags und zur Wiedereröffnung des Adlon, ferner die Würdigungen von Scharoun, Chodowiecki, Liebermann; Dürrenmatt; Felsenstein; Minetti, Dieter Hildebrandt, der Bergner. Fotos zeigen Jens unter anderem mit R. von Weizsäcker, R. Herzog, Kopelew, Heiner Müller, Hermlin, Hans Mayer, Otto Sander, Matthus, Staack. Ein Anhang verzeichnet die „Quellen und Anlässe“ der Reden.

An dieser Stelle muß eine unsachliche Kritik an Jens' Buch zurückgewiesen werden, die am 17. 8. 1999 in der F.A.Z. erschien. Der Rezensent äußerte sich auf 46 Zeilen durchweg positiv über den Rhetor Jens (vgl. Hans Joachim Meyer, Rhetorik in der Wissenschaft, Sitzungsberichte der SAW, Philologisch-historische Klasse 135 H. 6, Stuttgart/Leipzig 1998, 9), auf weiteren 42 Zeilen negativ über die Fotos des Bandes. Erstens kritisierte er, daß Fotos von der Akademiepräsidenten-Wahl mitten in Jens' Ausführungen über einen jüdischen Todesmarsch stehen. Dies ist in der Tat denkbar unpassend. Allerdings lastet es der Rezensent unerschwerlich Jens an, zu Unrecht. Freilich konnte der Kritiker nicht wissen (es ist in dem Band nirgends vermerkt), daß Fotoauswahl und -platzierung sowie Bildunterschriften vom Verleger stammen, der zugleich der Editor war. Aber es kann dem Rezensenten doch nicht entgangen sein, daß Jens' – seit Jahrzehnten bekannte – Stellung zum Holocaust über jeden Zweifel

erhaben ist. – Zweitens bemängelt der Kritiker, daß Jens zwar den Dualismus zwischen Geist und Macht thematisiert, wobei „der Geist der Macht zu widerstehen hat“, daß aber im Bildteil auch Politprominenz abgelichtet ist, die für den Rezensenten auf jeden Fall die Macht symbolisiert, z. B. der Altbundespräsident. Sieht der Kritiker im Ernst in einem Foto, das Jens mit Richard von Weizsäcker zeigt, einerseits Geist, andererseits Macht repräsentiert? Hätte Jens „der Macht widerstehen“ sollen, indem er sich nicht zusammen mit von Weizsäcker fotografieren ließ? Daß von Weizsäcker in seinem Amt aufgrund seiner überragenden Persönlichkeit Einfluß – nicht: Macht! – ausübte, steht auf einem anderen Blatt. – Drittens behauptet der Kritiker, in den Legenden zu den „37 Fotos“ (er hat sie gezählt!) werde Jens „notorisch [Akademie-]Präsident genannt“. In Wirklichkeit ist er auf 37 Fotos nur viermal als Präsident bezeichnet; das ist wohl nicht zu viel, wenn es um offizielle Reden und andere Amtshandlungen des Präsidenten geht. 20mal heißt er schlicht „Walter Jens“. 13mal ist sein Name gar nicht erwähnt; dort steht dann nur „Mit Peter Wapnewski“ usw. Der Kritiker der „Zeitung für Deutschland“ hat aus dem „Gruppenbild mit Präsident“ und den übrigen Fotos absurde, ehrabschneiderische Folgerungen gezogen; eine äußerst bedenkliche Verwilderung literaturkritischer Sitten. Überflüssig zu sagen, daß die F.A.Z. keine Richtigstellung gedruckt hat ...

Die „Macht der Erinnerung“ (1997; schon 1998 war eine zweite Auflage nötig) enthält andere bedeutende Reden; nur die Ansprache zum Akademie-Jubiläum ist auch hier aufgenommen. Auf das „Lob des Gesprächs“ (zur 500-Jahr-Feier der Rhetorik in Tübingen; 1962 hat Jens dort das erste und bisher einzige deutsche Universitätsinstitut für Rhetorik gegründet) folgen Reden zu: „Staat und Stadt“. „Kunst und Literatur“, „Deutsche Europäer“ sowie „Das Testament des Philipp Melanchthon“, dessen 500. Geburtstag 1997 begangen wurde. Besonders angesprochen haben mich das „Lob des Gesprächs“, die Reden auf Bayreuth und Freiburg, auf den Politiker (und Redner!) Carlo Schmid, den Komponisten Hindemith, den katholischen Theologen Küng, doch bieten auch die hier nicht genannten Reden ein exquisites Lesevergnügen. – Der Anhang teilt die Anlässe der Reden mit und gibt ein Auswahl-Verzeichnis von Jens' Publikationen (ohne Abdrucke).

Jens, der in unterschiedlichen Zusammenhängen auf den Holocaust zurückgekommen ist, vertritt 1990 erneut die von ihm z. B. in der Münchener Rede von 1988 aufgestellte These, daß Deutschland durch Au-

schwitzt den Anspruch auf eine wahrhafte Vereinigung verwirkt habe, daß sie schlechthin „undenkbar“ sei („Aus gegebenem Anlaß“ S. 21), vgl. den in einer Jens-Rede von 1994 hergestellten Zusammenhang zwischen der Judenvernichtung und dem (Bomben-)Krieg („Macht der Erinnerung“ S. 100); dies wird sich nicht jedem Leser erschliessen. – Bemerkenswert häufig werden zwei Schriftsteller apostrophiert: Fontane (unabhängig vom Fontane-Jubiläum 1998; Jens liebt ihn seit langem und hat soeben ein Buch über ihn veröffentlicht: „Wer am besten redet, ist der reinste Mensch“) sowie (was dem gräzistischen Rezensenten besonders sympathisch ist) Lukian, der ständig präsent ist, auch ohne daß sein Name fällt, etwa wenn von „imaginären“ und „Totengesprächen“ die Rede ist. (Jens selbst hat mehrfach derartige fingierte Dialoge geschrieben, z.B. solche zwischen Brecht und Euripides, Lessing und Heine.) Überhaupt begnügt sich Jens oft mit Anspielungen, so, wenn er von „Antigonen, Lysistraten, Elekten“ spricht und Herders „Friedensfrau“ erwähnt: Er überläßt es dem Hörer bzw. Leser, sich an seine, Jens', Übersetzungen bzw. Bearbeitungen antiker Dramen zu erinnern, etwa an die der Aristophanischen „Lysistrate“ (1986) unter dem Titel „Die Friedensfrau“! Und wenn er Ilse Aichinger gegenüber eine Lanze für Judas bricht, läßt er es darauf ankommen, ob man sich dessen bewußt ist, daß er, Jens, 1975 in „Der Fall Judas“ ein elegantes Plädoyer für den 'Verräter' geliefert hat, dessen Tun eine unerläßliche Voraussetzung für die Realisierung des göttlichen Heilsplans ist.

Auch in den hier vorgestellten Bänden von Jens besticht durchweg die Weite des Horizonts, die Stringenz des Gedankens, die Brillanz der Formulierung, die ebenfalls in improvisierten Passagen seiner lebendig vortragenen Reden da ist – ein Phänomen, das jeder kennt, der ihn als Vortragenden erlebt hat. Dies sollten die Verleger augen- bzw. ohrenfällig machen, indem sie zumindest seinen Reden-Bänden CDs beigeben. Bisher weiß ich von einer einzigen Jens-CD (durch Hörensagen; sie ist vergriffen), auf der Jens und Lorient aus dem Briefwechsel zwischen Friedrich dem Großen² und Voltaire lesen, siehe „Aus gegebenem Anlaß“ S. 139.

Jürgen Werner (Leipzig)

² Vgl. J. W., Friedrich II. – „der Große“?, in: Sächs. Akad. d. Wiss., Arbeitsblätter (wie Anm. 1) 12, 1999, S. 32 ff.

Autorinnen & Autoren

Falk Bretschneider, M.A., Historiker, Gastdotorand an der Pariser Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales. Bretschn@clipper.ens.fr

Gertraude Buck-Bechler, Prof. Dr., Hochschulforscherin am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. buck-bechler@hof.uni-halle.de

Anke Burkhardt, Dr. oec., Hochschulforscherin am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg. burkhardt@hof.uni-halle.de

Frank Geißler, Dipl.-Pol., Grundsatzreferent im Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern.

Monika Gibas, Dr. phil. habil., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kultur- und Universalgeschichte e.V. Leipzig. Monika.Gibas@t-online.de

Arno Hecht, Prof. Dr. med., bis 1993 Direktor des Instituts für Pathologische Anatomie der Universität Leipzig, lebt in Auerbach/Vogtland.

Melanie Heldt, Dipl.-Soz., Mitarbeiterin des Studentischen Evaluationsbüros Sachsen (SES) in Dresden. heldt1@hotmail.com

Ulrich van der Heyden, Dr. Dr., Afrikanist und Historiker, Berlin.

Klaus Höpcke, Fraktionsvorsitzender und hochschulpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag.

Roland Köhler, Prof. Dr. phil., Bildungshistoriker bis zum Ruhestand am Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB).

René Krempkow, Dipl.-Soz., Promotionsstudent an der TU Dresden, wissenschaftliche Hilfskraft im Projekt „Evaluation der Lehre“ an der TU Dresden und Leiter des Projekts Absolventenbefragungen an der TU Dresden, Mitarbeiter des Studentischen Evaluationsbüros Sachsen (SES). krempkow@rcs.urz.tu-dresden.de

Michael Laschke, Prof. Dr. sc. oec., Gastdozent an der Technische Fachhochschule Wildau, Fachgebiete: Betriebswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Medizingeschichte.

Brigitte Lindert, Dr. phil., Mitarbeiterin der Berufsbildungswerk GmbH Leipzig und Gastdozentin an der Hochschule Mittweida (FH), Fachgebiete: Soziologische Frauenforschung, Industriegeschichte.

1. Jahrgang 1991/92

Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft * Kirchliche Hochschulen * Geistes- und Sozialwissenschaften * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden während des Umbruchs

2. Jahrgang 1992/93

Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Frauen in der Ostwissenschaft * Sächsische Hochschuleerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden * Hochschulen und MfS * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94

Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin – eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95

Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * *special:* Thomas Neie: Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96

Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

6. Jahrgang 1997

Themenschwerpunkte: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost * Akademische Medizin * Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung II * Wissenschaftliche Zeitschriften in Ostdeutschland * Bibliotheken in Ostdeutschland * *special:* Edelbert Richter (Hg.): Ostdeutsche SozialwissenschaftlerInnen melden sich zu Wort

7. Jahrgang 1998

Themenschwerpunkte: Hochschulbau & Hochschulkunst in der DDR * Ost-Studierende 1998 * „Acht Magnifizenzen“. Bilderstreit in Jena * *Themenhefte:* Peer Pasternack (Hg.): Der innerdeutsche Philosophenstreit 1996/97 * Falk Bretschneider (Hg.): Hochschulpolitikerneuerung. Perspektiven für Sachsen

8. Jahrgang 1999

Themenhefte: Georg Schuppener (Hg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien * Falk Bretschneider / Peer Pasternack (Hg.): Akademische Rituale. Symbolische Praxis an Hochschulen

Insgesamt 53 Hefte, 6.845 Seiten.

Nachbestellungen bis auf wenige Hefte möglich.

Thomas Neie, Jurist, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und Lehrbeauftragter an der FH der sächsischen Verwaltung Meißen. Thomas=Neie@Reui.Hu-Berlin.de

Peer Pasternack, Dr. phil., Politikwissenschaftler am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. pasternack@hof.uni-halle.de

Wilhelm Pauli, Publizist in Berlin.

Rolf Reißig, Prof. Dr., Leiter des Berliner Instituts für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS).

Johanna Sänger, M.A., Kunsthistorikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kunstgeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena. johanna.saenger@uni-jena.de

Bruno Schelhaas, Dipl.-Geograph, Promovend am Institut für Länderkunde Leipzig. B_Schelhaas@ifl.uni-leipzig.de

Dieter Segert, Prof. Dr., Politikwissenschaftler in Berlin.

DSegert@compuserve.com

Katrin Sell, Dr. phil., Strategic Consultant und Autorin in New York.

katrinsell@newyorknet.net

Werner Terpitz, zuletzt Syndikus in einem kreditwirtschaftlichen Spitzenverband in Bonn, jetzt im Ruhestand in Oberwinter. Autor juristischer, zeitgeschichtlicher und spielpoetischer Publikationen.

Michael Vester, Prof. Dr., Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.

Jürgen Werner, Prof. Dr. phil., em. Professor für Klassische Philologie an der Universität Leipzig und Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Günter Wirth, Prof. Dr. phil. Dr. theol. h.c., Kirchenhistoriker und Publizist, lebt in Berlin.

Herbert Wöltge, Dr. phil., Wissenschaftsjournalist in Berlin und Redakteur der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. hwoeltge.leibniz@gmx.de

Angela Zumpe, Prof., Professorin für audiovisuelle Medien an der Hochschule Anhalt, Fachbereich Design in Dessau. AZumpe@compuserve.com

Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-, Doppelheft DM 40,-, Jahresabonnement DM 98,-, PrivatabonnementInnen DM 42,- (Abogebühren inklusive Versandkosten)
Kündigungen: Jeweils bis 4 Wochen vor Ablauf des Jahres für den folgenden Jahrgang.

Konto: 45 37 343, HypoVereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Gemäß §33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich/wir bestelle/n:	
1. Probeexemplar	
2. Nachbestellung(en):	
3. mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement	à DM 98,-
4. mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnementInnen-Abo	à DM 42,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Ich erkläre mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist (Jahresende) kündige.	
.....	
Name	
.....	
Adresse	
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Einzusenden an:
Red. *hochschule ost*, Universität Leipzig,
PF 920, 04009 Leipzig